

V&R **unipress**

Bonner Schriften zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte

Band 1

Herausgegeben von

Thomas Becker, Hans Pohl, Mathias Schmoeckel,

Joachim Scholtyseck und Heinz Schott

Christian George

Studieren in Ruinen

Die Studenten der Universität Bonn
in der Nachkriegszeit (1945 – 1955)

Mit 20 Diagrammen und 9 Abbildungen

V&R unipress

Bonn University Press

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.



Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten Wäldern, kontrollierten Herkünften und Recycled Holz oder Fasern

Zert.-Nr. GFA COC 1229

www.fsc.org

© 1996 Forest Stewardship Council

„Dieses Hardcover wurde auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt. FSC (Forest Stewardship Council) ist eine nichtstaatliche, gemeinnützige Organisation, die sich für eine ökologische und sozialverantwortliche Nutzung der Wälder unserer Erde einsetzt.“

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-89971-608-5

Veröffentlichungen der Bonn University Press
erscheinen im Verlag V&R unipress GmbH

© 2010, V&R unipress in Göttingen / www.vr-unipress.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Nutzung für Lehr- und Unterrichtszwecke. Printed in Germany.

Titelbild: Studenten des Bautrupps bei der Mittagspause vor der Anatomie in Poppelsdorf,
© Universitätsarchiv der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (Signatur: SBS 402)

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Danksagung	9
Einleitung	11
1. Die Grundlagen	25
1.1. Die Bonner Studentenschaft im ›Dritten Reich‹	25
1.2. Die britische Militärregierung und die Universitäten der britischen Zone	40
1.3. Universitärer Neubeginn in Bonn	46
1.4. Die University Education Control Officers (UECOs)	55
1.5. Die Universität Bonn und ihre übergeordneten Behörden	62
2. Der lange Weg zum Studium	67
2.1. Der Numerus clausus	68
2.2. Die fachliche Auswahl der Studenten	80
2.3. Die politische Überprüfung der Studenten	90
2.3.1. Aktive Offiziere	96
2.3.2. Politisch Verfolgte	99
2.4. Die studentischen Bau- und Einsatztrupps	100
2.5. Zusammenfassung und Ergebnisse	106
3. Die Struktur der Studentenschaft	109
3.1. Die Zahl der Studenten	115
3.2. Das Frauenstudium	120
3.3. Das Alter der Studenten	130
3.4. Studienfächer und Studienverhalten	136
3.5. Die geographische Herkunft der Studenten	143
3.6. Die gesellschaftliche Herkunft der Studenten	151
3.7. Die Qualifikation der Studenten	154
3.8. Die Konfession der Studenten	158

3.9. Die politische Vergangenheit der Studenten	161
3.10. Die militärische Vergangenheit der Studenten	165
3.11. Displaced Persons	170
3.12. Ausländische Studenten	185
3.13. Zusammenfassung und Ergebnisse	193
4. Die Studiensituation in der Nachkriegszeit	197
4.1. Die Lebensverhältnisse der Studenten	198
4.1.1. Die Wohnsituation	198
4.1.2. Die Lebensmittelversorgung	208
4.1.3. Der Gesundheitszustand der Studenten	218
4.1.4. Materielle Not und Studienfinanzierung	222
4.2. Hilfe für Studenten	228
4.2.1. Der Verein Studentenwohl	228
4.2.2. Studentische Selbsthilfe	234
4.2.3. Die GEFFRUB	238
4.2.4. Studienförderung	240
4.3. Universitäres Leben in der Nachkriegszeit	244
4.3.1. Die Situation der Lehre	244
4.3.2. Die Bemühungen um eine Studienreform	249
4.3.3. Studium Generale	253
4.4. Kontakte zum Ausland	255
4.4.1. Die Akademische Auslandsstelle und das AStA-Auslandsreferat	255
4.4.2. Ferienkurse	259
4.4.3. Studentenaustausch	263
4.5. Zusammenfassung: Die allmähliche Normalisierung	268
5. Organisation und Einstellung der Studentenschaft	273
5.1. Die studentische Selbstverwaltung	274
5.2. Die studentischen Vereinigungen	286
5.2.1. Die Studentengemeinden	288
5.2.1.1. Die katholische Studentengemeinde	289
5.2.1.2. Die evangelische Studentengemeinde	295
5.2.2. Politische Vereinigungen	304
5.2.3. Korporationen	311
5.2.4. Sonstige Vereinigungen	324
5.3. Studentische Zeitungen	329
5.4. Die politische Haltung der Studentenschaft	333
5.4.1. Das Fortleben nationalsozialistischen Gedankengutes	336

5.4.2. Das Verhältnis zur britischen Besatzungsmacht	342
5.4.3. Die Haltung zu politischen Fragen	345
5.4.3.1. Die Frage nach der deutschen Einheit	345
5.4.3.2. Die Frage der Wiederbewaffnung	352
5.5. Studenten und Professoren	355
5.6. Zusammenfassung: Der Umbruch zu Beginn der 50er Jahre . . .	358
Fazit	361
Anhang	367
1. Tabellen	367
2. Abbildungen	369
3. Abkürzungsverzeichnis	378
4. Verzeichnis der Diagramme	380
Quellen- und Literaturverzeichnis	381
1. Archivalien	381
1.1. Archive in Bonn	381
1.1.1. Archive innerhalb der Universität Bonn	381
1.1.2. Weitere Archive in Bonn	386
1.2. Archive außerhalb Bonns	387
1.2.1. Archive in Köln	387
1.2.2. Archive in Düsseldorf	387
1.2.3. Weitere Archive außerhalb Bonns	389
2. Periodika	390
3. Selbstzeugnisse	391
4. Veröffentlichte Quellen und Forschungsliteratur	394

Danksagung

Die vorliegende Arbeit, zu der ich durch meine langjährige Tätigkeit im Archiv der Universität Bonn angeregt wurde, ist im Wintersemester 2008/09 unter dem Titel »Die Studenten der Universität Bonn in der Nachkriegszeit 1945 – 1955« von der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn als Dissertation angenommen worden.

Zu danken habe ich an erster Stelle meinem Doktorvater, Prof. Dr. Manfred Groten, der das Entstehen der Arbeit mit großer Aufmerksamkeit begleitet hat und mir mit zahlreichen Anregungen zur Seite stand. Mein Dank gilt ebenso Prof. Dr. Joachim Scholtyseck für die Übernahme des Korreferats.

Ebenfalls danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der von mir besuchten Archive und Bibliotheken, die mir bei der Quellensuche behilflich waren sowie allen Kolleginnen und Kollegen des Instituts für Landeskunde und des Archivs der Universität Bonn, die sich durch intensive Diskussion in den Entstehungsprozess der Arbeit eingebracht haben. Stellvertretend seien hier Dr. Hans-Anton Drewes vom Karl Barth-Archiv in Basel, Dr. Stefan Flesch vom Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland sowie Jens Müller M.A. vom Archiv der Universität Bonn genannt.

Danken möchte ich auch den ehemaligen Studenten und Studentinnen, die sich als Zeitzeugen für ein Interview zur Verfügung gestellt haben. Sie haben mein Verständnis für die Nachkriegszeit wesentlich erweitert. Insbesondere gilt mein dankbares Gedenken jenen beiden Interviewpartnern, die zwischenzeitig verstorben sind und die Drucklegung der Arbeit nicht mehr miterleben können.

In besonderem Maße bedanke ich mich bei meinen Eltern und meiner Familie sowie dem Leiter des Bonner Universitätsarchivs Dr. Thomas Becker, die mir jeder Zeit den Rücken gestärkt haben und mich auf unterschiedlichste Weise immer wieder motiviert und unterstützt haben.

Dem Herausgeberkollegium der »Bonner Schriften zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte« danke ich für die Aufnahme in diese Reihe. Der

Universität Bonn gilt mein Dank für die großzügig gewährte finanzielle Unterstützung der Drucklegung.

Mainz, im April 2010
Christian George

Einleitung

»Niemals hat eine Generation unter tragischeren Umständen studiert als die von 1945 bis 1949.«¹
(Eduard Spranger 1955)

Als sich im Sommer 1951 die so genannten ›Alten Bonner‹, die in der katholischen Studentengemeinde aktiven Studenten der ersten Nachkriegsjahre, zu ihrer ersten Arbeitstagung trafen, stellten sie diese unter das Thema ›Generation zwischen den Generationen‹.² Auf dieser Tagung ging es um die Selbstbestimmung einer Gruppe von Studenten mit vergleichbaren Erfahrungs- und Erlebenshorizonten, die sich selbst in ihrer Unterschiedlichkeit zu vorangegangenen und nachfolgenden Studenten als eigenständige Studentengeneration wahrnahmen.³ Aus der Empfindung heraus, »daß die Nachkriegsstudenten-Jahrgänge bis etwa 1950 durch ihre Erlebnisse eine eigene Prägung bekommen haben«⁴, war ein Gemeinschaftsbewusstsein entstanden, das eine Zusammengehörigkeit begründete, die Jahrzehnte überdauern sollte. Die Selbstbezeichnung ›Generation zwischen den Generationen‹ beschrieb das Besondere dieser Studenten, die im Nationalsozialismus aufgewachsen waren, den Krieg überlebt hatten und nun zwar unter ungünstigsten Umständen, aber in neugewonnener Freiheit ihr Studium beginnen oder fortsetzen konnten. Die gemeinsamen Erfahrungen führten zu einer positiven Grundeinstellung, die trotz der widrigen Verhältnisse der Nachkriegszeit aufrechterhalten wurde: »Wir waren fast alle von einem einzigartigen Zukunftsoptimismus beseelt, der in scharfem Kontrast zu den miserablen Lebensverhältnissen stand«, beschrieb der Historiker Konrad Repgen, auch ein ›Alter Bonner‹, 1990 rückblickend die Situation der Studenten in der Nachkriegszeit.⁵

Auch außerhalb der Studentengemeinde bestimmte das Bewusstsein, einer gemeinsamen Generation anzugehören, das Selbstbild der ersten Nachkriegsstudenten. Ebenso wurden sie von den Zeitgenossen als Gruppe wahrgenom-

1 Spranger, Fünf Jugendgenerationen, S. 54.

2 Bonner Studentengemeinde, S. 160.

3 Der Begriff ›Student‹ schließt in der gesamten Arbeit auch Studentinnen mit ein, sofern nicht ausdrücklich auf geschlechtsspezifische Unterschiede verwiesen wird.

4 Studentenpfarrer Steinberg an einen nicht namentlich genannten Dechanten am 24. 6. 1952, Archiv der KHG, Ordner ›Alte Bonner‹.

5 Repgen, 44 Jahre danach, S. 14.

men, die sich von den nachfolgenden jüngeren Studenten unterschied. So gab es nach Walther Killy 1952 eine »auf sehr vielen Gebieten der Universität bemerkbare Veränderung der studentischen Verhältnisse durch den Wechsel von der Kriegs- zur Friedensgeneration«. ⁶ Im gleichen Jahr konstatierte Studentenpfarrer Franz zu Löwenstein: »mit der Ablösung der Soldatengeneration durch die jungen Abiturienten hat sich ein tiefgreifender Wandel an der Hochschule vollzogen.« ⁷

Schon die Zeitgenossen beobachteten also einen Wandel innerhalb der Studentenschaft, den sie als Generationswechsel beschrieben. Was aber machte die erste Nachkriegsstudentengeneration aus? Lassen sich heute noch Strukturen innerhalb der damaligen Studentenschaft erkennen, die sich als »generations-typisch« charakterisieren lassen? Ist also eine Nachkriegsstudentengeneration klar zu definieren und von den nachfolgenden Studenten oder Studentengenerationen abzugrenzen?

Ein wesentlicher Bestandteil des sich entwickelnden Generationsbewusstseins bildete die Studiensituation der Nachkriegszeit. Eduard Spranger hat die akademische Nachkriegsjugend 1955 wie folgt charakterisiert:

»sie war mittellos, mangelhaft ernährt, gesundheitlich gefährdet, schlecht untergebracht, oft völlig heimatlos. Sie hatte auf der Schule wenig oder nichts gelernt; [...] Sie war naturgemäß innerlich völlig desorientiert [...].« ⁸

Die hier beschriebene außerordentliche Notsituation der Nachkriegszeit führte zu einer kollektiven Prägung der Studenten und verstärkte das durch parallele Erfahrungswelten in Diktatur und Krieg bereits entstandene Generationsbewusstsein.

Spätestens mit der Gründung der Bundesrepublik 1949 begannen sich die Parameter der Nachkriegszeit auch an den Universitäten zu verändern. Die Verhältnisse normalisierten sich, die größten Alltagsnöte der unmittelbaren Nachkriegszeit waren überwunden und an den Universitäten hielt eine neue Studentengeneration Einzug, deren Lebensläufe weniger stark von den Kriegseignissen geprägt waren. Die Generation der Kriegsteilnehmer (Jahrgänge 1915 – 1928) ⁹, wurde von jüngeren Studenten (Jahrgänge 1929 und jünger) abgelöst. ¹⁰

Die Studenten in der Nachkriegszeit (bis Mitte der 50er Jahre) werden in der

6 Killy, Studium Generale, S. 74.

7 AEK KDSE 1139.

8 Spranger, Fünf Jugendgenerationen, S. 54 f.

9 Die Jahrgänge 1926 – 1928, die als Luftwaffenhelfer einberufen wurden, werden hier mit zur Kriegsgeneration gerechnet.

10 Echternkamp, Nach dem Krieg, S. 134.

neueren Forschung oft als die einflussreichste Generation des 20. Jahrhunderts beschrieben.¹¹ Auf Grund der Zerstörung der Universitäten und der Angst vor der Entstehung eines akademischen Proletariats wurde die Zahl der Studienplätze durch Zugangsbeschränkungen klein gehalten, so dass der vergleichsweise geringen Absolventenzahl in der Wirtschaftswunderzeit ein Überangebot von Arbeitsmöglichkeiten gegenüberstand. Wer damals das Glück hatte, einen Studienplatz zu bekommen, dem standen nach Abschluss des Studiums alle Möglichkeiten offen. Viele der damaligen Studenten sind so in einflussreiche Positionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gelangt. Die Generation der ›45er‹ wurde seit den 70er Jahren bis zum Generationswechsel nach der Wahl der rot-grünen Koalition 1998 zur politisch bestimmenden Generation in Deutschland.¹² Zu den Bonner Studenten der ersten Nachkriegsjahre gehörten u. a. Nordrhein-Westfalens ehemaliger Kultusminister Paul Mikat, der FDP-Ehrenvorsitzende Otto Graf Lambsdorff, Essens Altbischof Hubert Luthé, der Verfassungsrichter und Kirchentagspräsident Helmut Simon und der Schriftsteller Dieter Wellershoff. Der Weggang dieser Studentengeneration wurde von den Zeitgenossen als Generationswechsel, also als Einschnitt empfunden. Dies bedeutet, dass nicht nur die Studenten von den gemeinsamen kollektiven Erfahrungen des Krieges und der Nachkriegszeit geprägt wurden, sondern dass auch die Universität selbst durch die Studenten ein bestimmtes Gepräge erhielt.

Die vorliegende Arbeit hat sich ein Portrait der ersten Nachkriegsstudentengeneration am Beispiel der Universität Bonn zum Ziel gesetzt. Die Universität Bonn eignet sich dabei als eine der größten Universitäten Westdeutschlands in der Nachkriegszeit besonders für eine solche exemplarische Untersuchung. Aus der Zielsetzung leitet sich die These ab, dass es eine besondere Nachkriegsstudentengeneration gegeben hat, die eine besondere Zusammensetzung aufwies, ihr Studium unter speziellen durch Mangel und Improvisation geprägten Bedingungen absolvierte und die sich in ihrem Verhalten von den nachfolgenden Studenten unterscheiden lässt.

Der Generationsbegriff

In einem grundlegenden Aufsatz konnte Karl Mannheim 1928 den Begriff der Generation für die sozialgeschichtliche Forschung nutzbar machen.¹³ Sein Generationskonzept prägt die Forschung in der Geschichts- und Sozialwissen-

11 Schmidtman, Katholische Studierende, S. 100.

12 Moses, Die 45er, S. 235.

13 Mannheim, Karl: Das Problem der Generation, in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie 7 (1928/29) 2, S. 157 – 185 und 3, S. 309 – 330.

schaft bis heute, obwohl es gerade in jüngster Zeit Erweiterungen und Kritiken erfahren hat.¹⁴ Mannheim präzisiert den Begriff Generation durch die Begriffe Generationslagerung, Generationszusammenhang und Generationseinheit. Benachbarte Geburtsjahrgänge bilden, sofern sie einem gemeinsamen historisch-sozialen Umfeld entstammen eine ›Generationslagerung‹, d. h. durch ihre Verortung im historisch-sozialen Kontext ist der Spielraum der Individuen durch bestimmte potentielle Möglichkeiten begrenzt. Gleichzeitig hat die Generationslagerung das Bestreben, bestimmte Verhaltens-, Gefühls- oder Denkweisen auszubilden.¹⁵ Aber erst durch die Partizipation an gemeinsamen Schicksalen konstituiert sich ein ›Generationszusammenhang‹, es entsteht eine reale Verbindung zwischen den Individuen einer Generationslagerung.¹⁶ Da die kollektiven Erlebnisse eines Generationszusammenhangs von verschiedenen Gruppen unterschiedlich verarbeitet werden, bilden sich Generationseinheiten, die nicht allein durch lose Partizipation an den Ereignissen, sondern durch »einheitliches Reagieren« und »geformtes Mitschwingen und Gestalten« charakterisiert werden.¹⁷ Diesen Generationseinheiten stellt Mannheim die »konkreten Gruppen« gegenüber, die sich durch Nähe (z. B. bei Familien) oder durch einen »Kürwillen« (z. B. bei Parteien) konstituieren. Diese Gruppen bilden keine Generationseinheit, können aber als Kern einer solchen fungieren.

Wie kann nun der Mannheimsche Generationsbegriff auf die Nachkriegsstudenten angewandt werden? Um diese Frage zu klären, ist eine genaue Untersuchung der Struktur der Studentenschaft erforderlich. Als Prämisse lässt sich formulieren, dass die Studenten der Jahre 1945 – 50 zum einen verwandten Jahrgängen und sozialen Kontexten entstammen und damit zu einer Generationslagerung im Mannheimschen Sinne gehören. Zum anderen ist festzustellen, dass ihr Erlebenshorizont durch die Gleichschaltung der Erziehung im Nationalsozialismus und die uniformierte Erfahrungswelt des Krieges einen hohen Grad von Homogenität erreicht hat. Die Partizipation an gemeinsamen Schicksalen und damit die Voraussetzung für einen Generationszusammenhang ist in hohem Maße gegeben. Zum Dritten ist davon auszugehen, dass sie auf Grund ihrer Herkunft und der erfahrenen Prägungen eine bestimmte Haltung und Einstellung gewonnen haben, die sie als Gruppe sowohl von anderen Gruppen desselben Generationszusammenhangs als auch von den Angehörigen nachfolgender Generationszusammenhänge unterscheidet. Damit wäre auch der

14 So beispielsweise von Zinnecker, Jürgen: Das Problem der Generation. Überlegungen zu Karl Mannheims kanonischem Text, in: Jürgen Reulecke (Hg.): Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München 2003 (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquium 58), S. 33 – 58.

15 Mannheim, Problem, S. 174 f.

16 Ebd., S. 310.

17 Ebd., S. 314.

Mannheimsche Begriff der Generationseinheit auf die Nachkriegsstudenten anwendbar. Konzentriert man die Betrachtung auf die ersten Nachkriegsstudenten an der Universität Bonn, so ist letztlich auch der Begriff der ›konkreten Gruppe‹ auf die Studenten übertragbar, da die Größe und die lokale Konzentration der Generationseinheit ›Studentenschaft der Universität Bonn‹ einen persönlichen Kontakt ihrer Mitglieder ermöglichte und die Äußerung eines Kürwillens in Form eines Immatrikulationsantrages vorlag.

Aufbauend auf Karl Mannheim wird Generation hier als eine Alterskohorte verstanden, die aufgrund prägender Erlebnisse zu einer gemeinsamen Identität gefunden hat. Generation ist somit ein »Unterbrechungsbegriff, der an der Erfahrung eines Einschnitts hängt«. ¹⁸ Bei aller Differenzierung des Mannheimschen Generationsmodells ist doch die generationskonstituierende Kraft der altersspezifischen Verarbeitung einschneidender historischer Ereignisse unwidersprochen geblieben. ¹⁹ Dieser Einschnitt, das prägende Erlebnis, waren der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg, die für die ersten Nachkriegsstudenten zum zentralen Bestandteil ihres Generationsbewusstseins wurden und so eine generationsbildende Bedeutung erlangten. Gerade für die ersten Nachkriegsstudenten war der Nationalsozialismus prägend für ihre Jugend und ihre Sozialisation. Das Gros der Studenten hatte Erfahrungen mit Hitlerjugend, Wehrmacht und nationalsozialistischer Erziehung gemacht, auch wenn diese im Einzelfall höchst unterschiedlich ausfallen konnten. Der männliche Teil der Alterskohorte der Jahrgänge 1915 bis 1928 hatte den Krieg zum großen Teil als aktiver Soldat oder Luftwaffenhelfer erlebt. Auch viele Frauen dieser Jahrgänge wurden zu Kriegseinsätzen als Luftwaffenhelferinnen oder zum Lazaretteinsatz herangezogen. Diese Alterskohorte war damit unabhängig vom Geschlecht mit den Forderungen des nationalistischen Staates nach politischem Aktivismus in vollem Umfang konfrontiert worden.

Das Sozialisationsmilieu in der Schule, in den Jugendorganisationen der NSDAP und in der Wehrmacht war einheitlich wie nie zuvor, die außerfamiliären Sozialisationsbedingungen glichen sich weit mehr als jene vorheriger Generationen. ²⁰ Die »Formationserziehung des Nationalsozialismus« ²¹ trug maßgeblich zur Ausbildung einer Generationsprägung der Nachkriegsstudenten bei. Somit handelt es sich hier um eine politische Generation im Sinne einer Alterskohorte,

18 Bude, »Generation« im Kontext, S. 34.

19 Lüscher, Ambivalenz, S. 53. Jaeger hält diesen Teil des Mannheimschen Modells trotz aller Kritik für eine »solide und fruchtbare Hypothese«, vgl. Jäger, Generationen in der Geschichte, S. 445.

20 Rosenthal, Scherben, S. 54, dort bezogen auf die Jahrgänge 1923 – 26.

21 Boll, Jugend im Umbruch, S. 482.

»die – mit bestimmten Schlüsselereignissen konfrontiert – zu einer gleichgesinnten bewußten Auseinandersetzung mit den Leitideen und Werten der politischen Ordnung gelangten, in der sie aufwuchsen.«²²

Die Jüngeren dagegen hatten den Nationalsozialismus zum großen Teil nur in seiner noch weitgehend spielerischen Form im Jungvolk bzw. bei den Jungmädeln erlebt.

Generationen müssen keineswegs gesamtgesellschaftliche Reichweite erlangen.²³ Es sind oftmals nur bestimmte gesellschaftliche Gruppen, auf die der Generationsbegriff Anwendung findet oder die sich selbst als Generation definieren, da nur sie die tiefgreifenden Ereignisse erfahren haben, aus denen sie ihre generationelle Identität schöpfen oder da nur für sie auf Grund ihres Sozialisationszusammenhangs, d. h. beispielsweise ihrer Herkunft, ihrer Bildung oder ihres Geschlechtes, das Schlüsselereignis zu der Erfahrung wird, aus der sie ein identitätsstiftendes Deutungsmuster ableiten. Die Generation, der sich die vorliegende Untersuchung widmet, ist eine solche Generation, die nur einen Teil der Gesellschaft umfasst: Es sind überwiegend Menschen mit einem hohen Bildungsgrad, die zum überwiegenden Teil dem bürgerlichen Milieu entstammen, im Westen Deutschlands aufgewachsen sind und den Geburtsjahrgängen 1915 bis 1928 angehören. Durch die Konzentration der Betrachtung auf einen vergleichsweise homogenen Ausschnitt der Gesellschaft wird dabei eine schärfere und präzisere Verwendung des Generationsbegriffs ermöglicht, als dies eine gesamtgesellschaftliche Untersuchung zu leisten im Stande wäre.

Der Generationsbegriff ist in der historischen Forschung überwiegend männlich geprägt.²⁴ Dies trifft bei der Untersuchung der Studentenschaft in der Nachkriegszeit nicht zu. Zwar ist das Gros der Studenten männlichen Geschlechts, dennoch fußt die Identität der Generation auf einer generationsbildenden Erfahrung, die zwar in höchst unterschiedlicher Weise, aber dennoch auf beide Geschlechter eingewirkt hat. Dies betrifft auf Seiten der Männer insbesondere die Fronterlebnisse, die Erfahrung von Verwundung und Gefangenschaft sowie auf Seiten der Frauen der Verlust von Angehörigen, die Bedrohung durch den Bombenkrieg und – vor allem im Osten – die Furcht um die leibliche Unversehrtheit nach dem Einmarsch alliierter Truppen. Auch die Erfahrungen an den Universitäten der Nachkriegszeit, die den generationsbildenden Prozess maßgeblich beeinflusst haben, waren – zumindest was die materielle Not anging – bei beiden Geschlechtern weitgehend gleich.

Die ersten Nachkriegsstudenten entwickelten zu Beginn der 50er Jahre in

22 Fogt, Politische Generationen, S. 21.

23 Hodenberg, Politische Generation, S. 269.

24 Bennighaus, Geschlecht, S. 127 ff.

Abgrenzung von den nachrückenden jüngeren Kommilitonen ein eigenes Generationsbewusstsein. Sie schufen sich so gleichsam ihre Generation rückwirkend selbst. Die neu heranwachsende Generation hatte auf Grund ihrer andersgearteten Erfahrungen einen neuen Zugang zur sozialen Wirklichkeit.²⁵ Sie entwickelte eigene politische Ansichten und Verhaltensweisen und war sich ihrer Unterschiedlichkeit zu der Vorgängergeneration an der Universität durchaus bewusst.

Der Begriff ›Generation‹ erlebt zurzeit eine Hochkonjunktur in der historischen Forschung. Es werden neue Generationen gefunden und ausgerufen, die oftmals nur wenige Jahre Bestand haben. Im Falle der hier betrachteten Geburtsjahrgänge ist der Begriff Generation bereits früh angewendet worden. Helmut Schelsky hat in einer vielbeachteten Studie den Begriff der »skeptischen Generation« geprägt.²⁶ Mit der Betonung der Skepsis als hervorstechendem Merkmal der Generation griff Schelsky ein Schlagwort auf, das bereits 1947 von Alfred Weber auf dem deutschen Studententag in Heidelberg zur Charakterisierung der Nachkriegsstudentengeneration benutzt wurde.²⁷ Der Begriff ›skeptische Generation‹ wurde schnell zum Synonym für das Fremd- und Selbstbild der Kriegsgeneration.²⁸ Die Studie Schelskys hat in jüngster Zeit nicht unerheblichen Widerspruch hervorgerufen, der das Bild einer homogenen skeptischen Generation zumindest relativiert.²⁹ Vor allem Friedhelm Boll kritisiert die fehlende Berücksichtigung der akademischen Jugend in den Analysen Schelskys und betont die milieuspezifischen Faktoren, welche die einheitliche Generationsprägung aufbrechen und damit die von Schelsky versuchte Konstruktion einer geschlossenen Generationsgestalt in Frage stellen.³⁰

Die Überlegungen zum Generationsbegriff ergaben, dass das Mannheimsche Modell auf die Studenten der ersten Nachkriegsjahre anwendbar ist. Diese verstanden sich spätestens seit dem Beginn der 50er Jahre in Abgrenzung von den nachrückenden jüngeren Studenten als eigene Generation und wurden auch von außen als solche gesehen. Prägend dafür waren neben der Erziehung im Nationalsozialismus vor allem die Kriegserlebnisse, die Erfahrung des Zusammenbruchs von 1945 sowie die Konfrontation mit Not und Mangel in der Nachkriegszeit. Die Untersuchung der Bonner Nachkriegsstudenten als Generationseinheit steht im Mittelpunkt des ersten Hauptkapitels. Hier wird die

25 Fogt, Politische Generationen, S. 24.

26 Schelsky, Helmut: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf 1963.

27 Weber, Student und Politik, S. 290.

28 Kersting, Helmut Schelskys Skeptische Generation, S. 467.

29 U.a. Moses, Die 45er, S. 237 ff.; Boll, Auf der Suche nach Demokratie, S. 14; Boll, Jugend im Umbruch, S. 493 ff.

30 Boll, Jugend im Umbruch, S. 485.

Zusammensetzung der Studentenschaft analysiert, generationsspezifische Gemeinsamkeiten herausgearbeitet und nach der Generation als Sozialisationsgemeinschaft gefragt. Ziel ist zudem, den um 1950 von den Zeitgenossen empfundenen Generationswechsel an Hand der Struktur der Studentenschaft nachzuvollziehen. Im anschließenden Kapitel wird das Augenmerk auf die Studiensituation gelenkt und deren Einfluss auf die Ausbildung eines studentischen Generationsbewusstseins untersucht. Dabei steht die Generation als Erfahrungsgemeinschaft im Vordergrund. Schließlich wird im letzten Hauptkapitel beleuchtet, inwieweit sich das Ende der 40er Jahre entstehende Generationsbewusstsein in bestimmten kollektiven Denk- und Verhaltensweisen manifestierte, die sich an studentischen Organisationsformen und der Einstellung zu politischen Fragestellungen ablesen lassen. Es wird also der Frage nachgegangen, ob die Generation der Nachkriegsstudenten auch als eine »Handlungsgemeinschaft«³¹ anzusprechen ist.

Die drei hier angesprochenen Gesichtspunkte - Generation als Sozialisationsgemeinschaft, als Erfahrungsgemeinschaft und als Handlungsgemeinschaft - bilden das Gerüst für die Untersuchung der Nachkriegsstudentenschaft an der Universität Bonn und leisten Hilfestellung bei der Beantwortung der zentralen Frage, inwieweit diese Studenten, die als erste nach dem Krieg ihr Studium aufnahmen, als eigene Generation anzusprechen sind.

Forschungsstand

Bereits sehr früh rückte die Situation der Nachkriegsstudentenschaft in das Blickfeld der sozialwissenschaftlichen Forschung. 1948 erschien die erste Arbeit, die sich mit den sozialökonomischen Problemen der damaligen Studenten in Form einer staatswissenschaftlichen Dissertation auseinandersetzte.³² Wenig später setzten von Seiten des wiedergegründeten Studentenwerks statistische Untersuchungen ein, welche die Öffentlichkeit in regelmäßigen Abständen über die Lage der Studenten unterrichteten.³³ Diese Arbeiten legten ihren Fokus auf die aktuellen Probleme der jeweiligen Zeit und wagten kaum einmal den Blick zurück auf die vorangegangenen Jahre.

Die Geschichtswissenschaft begann erst in den 60er Jahren, sich mit der Nachkriegszeit zu beschäftigen. Dabei stand die Erforschung der Jahre zwischen

31 Jureit, Generationenforschung, S. 11.

32 Goossens, Franz: Der Student in Bayern nach dem Zusammenbruch. Sozialökonomische Tatsachen und Probleme. Unter besonderer Berücksichtigung der Universität München, Univ. München, Staatsw. Diss. 1948.

33 Kath, Gerhard: Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin, hg. vom Deutschen Studentenwerk, Bonn, 1 (1952) ff.

1945 und 1949 im Schatten der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus. Daran hat sich lange Zeit nur wenig geändert. Doch rückt die Nachkriegszeit in den letzten Jahren mehr und mehr in das Bewusstsein der historischen Forschung. Mit fortschreitender Quellenerschließung in den Archiven und dem Wegfall von Sperrfristen wird dieses Arbeitsfeld auch in Zukunft wachsende Beachtung finden. Während einzelne Aspekte der Epoche, wie beispielsweise die Entnazifizierung³⁴ oder die Remigration vertriebener Wissenschaftler³⁵, schon seit langem Forschungsthemen sind, erfährt der Wiederaufbau der Universitäten erst seit den 90er Jahren vermehrt die Aufmerksamkeit der Geschichtswissen-

34 Zur Entnazifizierung vgl. u. a.: Bachof, Otto: Die ›Entnazifizierung‹, in: Andreas Flitner (Hg.): Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus, Tübingen 1965, S. 195–216; Fürstenauf, Justus: Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, Neuwied 1969; Fritsch, Robert: Entnazifizierung. Der fast vergessene Versuch einer politischen Säuberung nach 1945, in: APuZ 4/72, S. 11–30; Lange, Irmgard (Bearb.): Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen. Richtlinien, Anweisungen, Organisation, Siegburg 1976 (Veröff. d. staatl. Archive des Landes NRW; Reihe C: Quellen und Forschungen 2); Krüger, Wolfgang: Entnazifiziert! Zur Praxis der politischen Säuberung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1982, zugl. Univ. Düsseldorf, Diss. 1981; Gödde, Joachim: Entnazifizierung unter britischer Besatzung. Problemskizze zu einem vernachlässigten Kapitel der Nachkriegsgeschichte, in: GiW 5 (1990), S. 62–73; Vollnhals, Clemens (Hg.): Entnazifizierung. Die politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991 (dtv Dokumente 2962); Rauh-Kühne, Cornelia: Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte 35 (1995), S. 35–70; Chroust, Peter: Demokratie auf Befehl? Grundzüge der Entnazifizierungspolitik an den deutschen Hochschulen, in: Renate Knigge-Tesche (Hg.): Berater der braunen Macht. Wissenschaft und Wissenschaftler im NS-Staat, Frankfurt a. M. 1999, S. 133–149; Krämer, Jörg D.: Das Verhältnis der politischen Parteien zur Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen, Frankfurt 2001 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, 898), zugl. Univ. Bonn, Diss. 2001; Defrance, Corine: Entnazifizierung an westdeutschen Universitäten in der Besatzungszeit, in: Kurt Hochstuhl (Hg.) Deutsche und Franzosen in einem zusammenwachsenden Europa 1945–2000, Stuttgart 2003, S. 43–59 (Werkhefte der staatl. Archivverwaltung in Baden-Württemberg, Serie A: Landesarchivdirektion, H. 18). Zur Entnazifizierung an einzelnen Hochschulen vgl. die Bibliographie in: Woelk, Wolfgang; Sparing, Frank: Forschungsergebnisse und -desiderate der deutschen Universitätsgeschichtsschreibung. Impulse einer Tagung, in: Dies., Karen Bayer (Hg.): Universitäten und Hochschulen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit, Stuttgart 2004, S. 11 Anm. 16; zur Entnazifizierung in Bonn vgl. Wirtz, Karen: Die Entnazifizierung in der britischen Besatzungszone (mit Beispielen aus der Stadt Bonn), unveröffentl. Staatsarbeit, Bonn 1997.

35 Cieslok, Ulrike: Eine schwierige Rückkehr. Remigranten an nordrhein-westfälischen Hochschulen, in: Exilforschung 9 (1991), S. 115–127; Krohn, Claus-Dieter: Deutsche Wissenschaftsemigration seit 1933 und ihre Remigrationsbarrieren nach 1945, in: Rüdiger vom Bruch, Brigitte Kaderas (Hg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 437–452; Krohn, Claus-Dieter: Unter Schwerhörigen? Zur selektiven Rezeption des Exils in den wissenschaftlichen und kulturpolitischen Debatten der frühen Nachkriegszeit, in: Bernd Weisbrod (Hg.): Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002 (Veröffentl. d. zeitgesch. Arbeitskr. Niedersachsen 20), S. 97–120.

schaft.³⁶ Innerhalb der Forschungen zur Universitätsgeschichte der Nachkriegszeit lag der Schwerpunkt bislang auf dem Verhältnis der Universitäten zur Militärregierung³⁷ sowie auf den gescheiterten Bemühungen um eine Hochschulreform.³⁸ Die Mehrzahl der Arbeiten konzentrierte sich zudem auf einzelne Hochschulen,³⁹ eine umfassende Gesamtdarstellung des universitären Wiederaufbaus steht dagegen bislang noch aus.

- 36 Krönig, Waldemar; Müller, Klaus-Dieter (Hg.): Nachkriegssemester. Studium in Kriegs- und Nachkriegszeit, Stuttgart 1990; Respondek, Peter: Der Wiederaufbau der Universität Münster in den Jahren 1945–1952 auf dem Hintergrund der britischen Besatzungspolitik, Münster, 1995, zug. Univ. Münster, Diss. 1992; Maaß, Rainer: Die Studentenschaft der Technischen Hochschule Braunschweig in der Nachkriegszeit, Husum 1998 (Historische Studien 453), zugl. TH Braunschweig, Diss. 1996; Remy, Steven P.: The Heidelberg Myth. The Nazification and Denazification of a German University, Cambridge 2002; Paletschek, Sylvia: Entnazifizierung und Universitätsentwicklung in der Nachkriegszeit am Beispiel der Stadt Tübingen, in: Rüdiger vom Bruch, Brigitte Kaderas (Hg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 393–408; Kleinen, Karin: Ringen um Demokratie. Studieren in der Nachkriegszeit. Die akademische Jugend Kölns (1945–1950), Köln, Weimar, Wien 2005 (Studien zur Geschichte der Universität zu Köln 17), zugl. Univ. Köln, Diss. 2003; Becker, Thomas (Hg.). Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im »Dritten Reich« und in der Nachkriegszeit, Göttingen 2008.
- 37 Raiser, Ludwig: Wiedereröffnung der Hochschulen – Ansätze zum Neubeginn, in: Nationalsozialismus und die deutsche Universität, Berlin 1966 (Universitätstage 1966, Veröffentlichung der Freien Universität Berlin), S. 174–188; Schneider, Ullrich: Die Hochschulen in Westdeutschland nach 1945. Wandel und Kontinuität aus britischer Sicht, in: Bernd Jürgen Wendt (Hg.): Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts, Bochum 1984, S. 219–240; Phillips, David: German Universities after the Surrender. British occupation Policy and the Control of Higher Education, Oxford 1983; Heinemann, Manfred (Hg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945–1952, Teil 1: Die britische Zone, bearb. v. David Phillips, Hildesheim 1990.
- 38 Neuhaus, Rolf: Dokumente zur Hochschulreform, Wiesbaden 1961; Nitsch, Wolfgang: Hochschule in der Demokratie. Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität, Berlin 1965; Phillips, David: Britische Initiative zur Hochschulreform in Deutschland. Zur Vorgeschichte und Entstehung des »Gutachten zur Hochschulreform« von 1948, in: Manfred Heinemann (Hg.): Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich, Stuttgart 1981 (Veröffentl. d. hist. Komm. d. Dt. Ges. f. Erziehungswiss. 5), S. 172–189; Phillips, David: Zur Universitätsreform in der britischen Besatzungszone 1945–1948, Wien 1983; Pingel, Falk: Wissenschaft, Bildung und Demokratie. Der gescheiterte Versuch einer Universitätsreform, in: Josef Föschepoth, Rolf Steininger (Hg.): Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985 (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart), S. 183–212; Defrance, Corine: Die Westalliierten als Hochschulreformatoren (1945–1949). Ein Vergleich, in: Andreas Franzmann, Barbara Wolbring (Hg.): Zwischen Idee und Zweckorientierung. Vorbilder und Motive von Hochschulreformen seit 1945, Berlin 2007 (Wissenskultur und gesellschaftlicher Wandel 21), S. 35–45.
- 39 Zu Aachen: Haude, Rüdiger: Dynamiken des Beharrens. Die Geschichte der Selbstverwaltung der RWTH Aachen seit 1945. Ein Beitrag zur Theorie der Reformprozesse, Aachen 1993; zu Düsseldorf: Sparing, Frank (Hg.): Nach der Diktatur. Die Medizinische Akademie Düsseldorf vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die 1960er Jahre, Düsseldorf 2003 (Düs-

Auffallend ist, dass die studentische Geschichte gegenüber der übrigen Forschung zum Wiederaufbau der Hochschulen deutlich in den Hintergrund tritt. Konnte Konrad Jarausch in seiner Studentengeschichte noch 1984 urteilen, »für die Nachkriegszeit gibt es zwar reichhaltiges politisch-sozialwissenschaftliches Material, aber noch kaum Ansätze zu einer Studentengeschichte«,⁴⁰ ist dem heute zwar nicht mehr uneingeschränkt zuzustimmen – solche Ansätze sind durchaus festzustellen – ein Schattendasein führt die Studentengeschichte aber auch heute noch. Hinzu kommt, dass innerhalb der studentengeschichtlichen Forschung die vorwissenschaftliche Erinnerungsliteratur einen breiten Raum einnimmt. Dabei handelt es sich vor allem um von Laien geschriebene Memoiren und Erinnerungen an die Studienzeit, die häufig lediglich anekdotischen Charakter haben. Durch den Bruch wissenschaftlicher Standards sind solche »mit hohem emotionalen Engagement geschriebenen Betroffenheitstexte« vielfach für die Forschung nur von bedingtem Wert.⁴¹ Auf der anderen Seite ergänzen jedoch solche Darstellungen das Bild, das sich aus den Akten ergibt durch eine persönlichere Sichtweise. Gerade zum Studium in der Nachkriegszeit liegt eine Fülle solcher Erfahrungsberichte vor.⁴²

Erst in den letzten Jahren beginnt sich die Studentengeschichte als eigener Forschungszweig der Geschichtswissenschaft zunehmend zu etablieren.⁴³ Bei-

seldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 66); zu Frankfurt: Notker Hammerstein: Die Johann-Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule, Bd. 1: 1914 bis 1950, Frankfurt 1989; zu Köln: Szöllösi-Janze, Margit (Hg.): Zwischen »Endsieg« und Examen. Studieren an der Kölner Universität 1943–1948. Brüche und Kontinuitäten, Nümbrecht 2007; Haupts, Leo: Die Studentenschaft an der Universität Köln in der Zusammenbruchsgesellschaft und der beginnenden politischen und gesellschaftlichen Neuformierung 1945–1955, in: Erik Giesecking u. a. (Hg.): Zum Ideologieproblem in der Geschichte (Subsidia Academica A 8), Lauf/Pegnitz 2006, S. 139–161; Haupts, Leo: Die Universität zu Köln im Übergang vom Nationalsozialismus zur Bundesrepublik, Köln 2007 (Studien zur Geschichte der Universität zu Köln 18); zu Münster: Respondek, Peter: Der Wiederaufbau der Universität Münster in den Jahren 1945–1952 auf dem Hintergrund der britischen Besatzungspolitik, Münster, 1995, zugl. Univ. Münster, Diss. 1992.

40 Jarausch, Deutsche Studenten, S. 224 Anm.1.

41 Jansen, Mehr Masse als Klasse, S. 407 und 436 f.

42 Eine Liste entsprechender Literatur unterschiedlichster Qualität zum Nachkriegsstudium an der Universität Bonn findet sich im Literaturverzeichnis auf S. 393. Besonders hingewiesen sei hier auf den Roman »Die Studenten von Berlin« von Dieter Meichsner, Hamburg 1954, dem ein unvergleichliches literarisches Portrait der ersten Nachkriegsstudentengeneration an der Freien Universität Berlin gelingt.

43 Krukowska, Uta: Die Studierenden an der Universität Hamburg in den Jahren 1945–1950, Hamburg 1993; Krause, Christiane: Studenten im Aufbruch. Ein Beitrag nicht nur zur Rostocker Universitätsgeschichte, Rostock 1994; Kleinen, Karin: Ringen um Demokratie. Studieren in der Nachkriegszeit. Die akademische Jugend Kölns (1945–1950), Köln, Weimar, Wien 2005 (Studien zur Geschichte der Universität zu Köln 17), zugl. Univ. Köln, Diss. 2003; Schmidtman, Christian: Katholische Studierende 1945–1973. Eine Studie zur Kultur- und

spielhaft für die studentische Geschichte in der Nachkriegszeit ist die Untersuchung von Rainer Maaß zu den Studenten der Technischen Hochschule in Braunschweig.⁴⁴ Maaß liefert eine überzeugende Analyse des Studentenlebens der Nachkriegszeit, hat aber mit seiner Arbeit noch kaum ähnliche Untersuchungen anregen können.⁴⁵ Die Studentengeschichte der Nachkriegszeit stellt nach wie vor ein schmerzliches Forschungsdesiderat dar.⁴⁶

Betrachtet man die Literatur zur Universität Bonn, so ergibt sich ein ähnliches Bild: Einer beachtlichen Anzahl von Schriften zur Geschichte der Universität während des ›Dritten Reiches⁴⁷ steht neben einigen kleineren Beiträgen⁴⁸ lediglich das in der deutschsprachigen Forschung noch wenig rezipierte Werk von Corine Defrance gegenüber, die den Wiederaufbau der Universitäten Bonn, Freiburg und Heidelberg im Vergleich betrachtet.⁴⁹ Daneben leistete einzig Joachim Horn mit seiner unveröffentlicht gebliebenen Staatsarbeit zum Wiederaufbau der Universität Bonn aus den frühen 80er Jahren Pionierarbeit und konnte zu vielen Aspekten des Themas grundlegende Forschungsergebnisse präsentieren.⁵⁰ Die umfangreiche universitätsgeschichtliche Publikationsreihe, die 1968 zur 150-Jahrfeier der Universität Bonn erschien, streift die Studentengeschichte nur am Rande.⁵¹ Erst in jüngster Zeit konnte in einem vom Bonner Universitätsarchiv publizierten Sammelband der Forschung zur universitären

Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Paderborn u.a. 2006 (Veröffentl. d. Komm. f. Zeitgesch.: Reihe B: Forschungen, 102).

- 44 Maaß, Rainer: Die Studentenschaft der Technischen Hochschule Braunschweig in der Nachkriegszeit, Husum 1998 (Historische Studien 453), zugl. TH Braunschweig, Diss. 1996.
- 45 Die Arbeiten von Krukowska zu Studenten in Hamburg oder gar von Krause zu Rostocker Studenten erreichen bei Weitem nicht die analytische Tiefe von Maaß. Allein die Arbeit von Kleinen, Ringen um Demokratie, kann sich bislang an Maaß messen lassen.
- 46 Stickler, Neuerscheinungen, S. 265.
- 47 V.a. Höpfner, Hans-Paul: Die Universität Bonn im ›Dritten Reich‹. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft, Bonn 1999 (Academica Bonnensia 12); Schmoekel, Mathias (Hg.): Die Juristen der Universität Bonn im ›Dritten Reich‹, Köln u.a. 2004 (Rechtsgeschichtliche Schriften 18); Forsbach, Ralf: Die medizinische Fakultät der Universität Bonn im ›Dritten Reich‹, München 2006.
- 48 Hier sind v. a. zu nennen: van Rey, Manfred: Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn vom 18. Oktober 1944 bis 17. November 1945, in: BUB 1995, S. 29–44; Schäfer, Karl Theodor: Verfassungsgeschichte der Universität Bonn 1818 bis 1960, Bonn 1968 (150 Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818–1968), S. 235–250; Hübinger, Paul Egon: Thomas Mann, die Universität Bonn und die Zeitgeschichte. Drei Kapitel deutscher Vergangenheit aus dem Leben des Dichters 1905–1995, München, Wien 1974.
- 49 Defrance, Corine: Les alliés occidentaux et les universités allemands 1945–1949, Paris 2000 (CNRS Histoire).
- 50 Horn, Joachim: Der Wiederaufbau der Universität Bonn 1945–1947, masch. Staatsarbeit, Bonn 1981 (UAB Slg. Bib. 1338); vgl. auch George, Christian: Der Wiederaufbau des Lehrkörpers der Universität Bonn 1945–47, unveröffentl. Magisterarbeit, Bonn 2004.
- 51 Vgl. Wege und Formen der Studienförderung.

Nachkriegszeit ein wichtiger Impuls gegeben werden.⁵² Das Thema ›studentische Geschichte in der Nachkriegszeit‹ ist im genannten Sammelband mit zwei Aufsätzen vertreten.⁵³

Quellen

Im Verlauf der letzten zwanzig Jahre hat sich die Quellenlage zur Nachkriegsgeschichte der Universität Bonn beachtlich erweitert. Im Bonner Universitätsarchiv sind mehrere umfangreiche Bestände mit Aktenmaterial zum Wiederaufbau erschlossen worden.⁵⁴ Außerdem wurden immer mehr Akten und Aktenbestände durch den Ablauf von Sperrfristen zugänglich. Inzwischen unterliegen Sachakten aus der Nachkriegszeit im Regelfall keinen Sperrfristen mehr. Gleiches gilt für die Personalakten der Hauptakteure der Nachkriegszeit. Die vorliegende Arbeit stützt sich hauptsächlich auf die Bestände des Universitätsarchivs Bonn. Hier standen die Bestände der Universitätsverwaltung, der einzelnen Fakultäten sowie der akademischen und studentischen Selbstverwaltung zur Verfügung. Besonders wertvoll für die Untersuchung der Struktur der Studentenschaft war die im Universitätsarchiv vollständig vorhandene Serie von Exmatrikelakten sowie die in jüngster Zeit in einer Datenbank erfasste Studentenkartei, die einer quantitativen Analyse unterzogen wurden.⁵⁵

Als Gegenüberlieferung zu den Akten des Universitätsarchivs wurden die Bestände des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums aus dem Hauptstaatsarchiv Düsseldorf⁵⁶ sowie die Universität und ihre Mitglieder betreffende Akten aus dem Bonner Stadtarchiv herangezogen.⁵⁷ Letztere sind vor allem für die Frühzeit nach Kriegsende maßgeblich, als die Universität für kurze Zeit unter städtischer Verwaltung stand, sowie für alle Fragen der Entnazifizierung, die ab 1946 durch einen auf Kreisebene angesiedelten Entnazifizierungshauptausschuss durchgeführt wurde.

Für die Gegenüberlieferung auf Seiten der britischen Militärregierung sind

52 Becker, Thomas (Hg): Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im ›Dritten Reich‹ und in der Nachkriegszeit, Göttingen 2008.

53 Becker, Zeiten des Hungers. Studentischer Alltag in einer zerstörten Universität; Hanneemann, »Sehr fleißig und im Examen recht gut«. Displaced Persons an der Universität Bonn 1945 – 1950.

54 V.a. die Bestände der Universitätsverwaltung (UV 69 und UV 139), des AStA (AStA 47 und AStA 81), die Akten der einzelnen Fakultäten (PF 138, MF 79 und MNF 88) sowie der in jüngster Zeit mit Unterstützung des Universitätsarchivs erschlossene Bestand der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, der von der Fakultät selbst betreut wird.

55 Zu einer ausführlicheren Beschreibung der Datenbanken und deren Auswertung vgl. Kap. 3.

56 V.a. die Bestände NW 2, NW 15 und NW 25.

57 V.a. die Bestände Pr 8, Pr 9, Pr 10, N 2 und N 10.

die Akten des britischen Foreign Office maßgeblich, die sich in den National Archives (Public Record Office) in London befinden. Hier geben die Protokolle der Konferenzen der Erziehungsbeamten und die zu den einzelnen Universitäten angelegten Dossiers der Erziehungsabteilung (Education Branch) Aufschluss über die britische Sicht der Dinge, die in vielen Fällen deutlich von der deutschen Auffassung abweicht und für die Einschätzung einzelner Sachverhalte von großem Wert ist.⁵⁸

Neben den Verwaltungsakten der Universitäts-, Landes- oder Militärbehörden ist auch aus dem Kreis der Studenten selbst archaisches Schriftgut hervorgegangen. Dies betrifft vor allem die Bestände des AstA, die ebenfalls im Universitätsarchiv aufbewahrt werden. Dort war insbesondere die nahezu lückenlos vorhandene Serie von AstA-Sitzungsprotokollen von großem Wert. Problematischer wird die Überlieferungslage bei studentischen Vereinigungen. Dort war und ist die Verwaltung in der Regel wenig professionell ausgeprägt. Die Aktenführung wurde oftmals mit geringer Sorgfalt betrieben, vielfach verliert sich mit der Auflösung oder dem Eingehen einer Vereinigung auch die Spur der geführten Akten. Vergleichsweise gut ist die Überlieferungssituation bei den an größere Organisationen wie Kirchen oder Parteien angebotenen Vereinigungen. Für Bonn maßgeblich sind hier vor allem die Bestände der evangelischen Studentengemeinde im Archiv der evangelischen Kirche im Rheinland in Düsseldorf und im Evangelischen Zentralarchiv in Berlin, außerdem die Bestände der katholischen Studentengemeinde in der Registratur der heutigen Studentengemeinde sowie im Archiv des Erzbistums Köln. Eine gute Überlieferungslage besteht ebenfalls im Regelfall bei den Korporationen. Hier wurden exemplarisch die Akten einzelner Vereinigungen herangezogen.

Neben den genannten Verwaltungsakten erweitern Akten aus privaten Nachlässen den Blick auf die historischen Zusammenhänge. In privaten Briefen werden häufig Meinungen und Einschätzungen klarer zum Ausdruck gebracht und vermitteln so ein unmittelbareres Bild der Studentenschaft, als aus Verwaltungsschriftgut zu erwarten ist. Dabei erwiesen sich die Nachlässe der Professoren Heinrich Konen, Karl Barth, Paul Martini, Wilhelm Neuss und Erich Rothacker als Quellen von hohem Wert. Insgesamt kann die Quellenlage für die frühe Nachkriegszeit an der Universität Bonn als hervorragend bezeichnet werden.

58 V.a. die Bestände FO 1050, FO 1013 und FO 945.

1. Die Grundlagen

1.1. Die Bonner Studentenschaft im ›Dritten Reich‹

Die Zeit des Nationalsozialismus führte gerade auch im Bereich der Universitäten zu weitreichenden Umwälzungen. Auf vielen Gebieten wurden alte Traditionen abgebrochen und es wurde versucht, neue an ihre Stelle zu setzen. Die Gesetzgebung und die Politik des Nationalsozialismus hatten so Veränderungen in der Struktur der Universität zur Folge, die auch in der Nachkriegszeit noch spürbar waren. Deshalb ist es notwendig, sich zunächst die wesentlichen Entwicklungen der NS-Hochschulpolitik und ihre Auswirkungen auf die Universität Bonn vor Augen zu führen.¹

Die nationalsozialistische ›Machtergreifung‹ im Januar 1933 bedeutete für die Universitäten einen tiefen Einschnitt. Hatten bereits in den letzten Jahren der Weimarer Republik die Studenten des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB) durch Boykottaktionen gegen unliebsame Professoren den friedlichen Lehrbetrieb gestört, so wurden die Universitäten nun mit einer nationalsozialistischen Regierung konfrontiert, die den Umtrieben dieser Studenten zunächst Vorschub zu leisten schien und die gewachsenen Strukturen und Hierarchien der Universität zumindest vorübergehend außer Kraft setzte.

Noch im Jahr der ›Machtergreifung‹ erfolgte durch den Erlass zur ›Vereinfachung der Hochschulverwaltung‹ die ›Gleichschaltung‹ der Universitäten.² Das ›Führerprinzip‹ ersetzte die alte Kollegialverfassung, indem die Rechte von Senat und Fakultätsräten auf den Rektor und die Dekane übergingen. Der Rektor

1 Grundlegend für die Studentengeschichte des Nationalsozialismus ist Grüttner, Michael: Studenten im Dritten Reich, Paderborn u. a. 1995; für Bonn sind maßgeblich: Höpfner, Hans-Paul: Die Universität Bonn im ›Dritten Reich‹. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft, Bonn 1999 (Academica Bonnensia 12); Forsbach, Ralf: Die medizinische Fakultät der Universität Bonn im ›Dritten Reich‹, München 2006, bes. S. 400–412, 460–461, 598–603. Eine grundlegende Arbeit zur Bonner Studentenschaft im Nationalsozialismus steht noch aus.

2 Erlass vom 28. 10. 1933, RGBl. I (1933), S. 225.

wurde zum ›Führer‹ der Universität und zum Vorgesetzten der Professoren und Dozenten. Auf seinen Vorschlag hin ernannte das Erziehungsministerium die Prorektoren und Dekane. Die Dekane wurden ihrerseits zu ›Führern‹ ihrer Fakultät. Senat und Fakultätsrat hatten nunmehr ausschließlich beratende Funktion. Berufungen konnten in direkter Abstimmung zwischen dem Ministerium und den Dekanen ohne Mitwirkung der Fakultäten erfolgen.³ Die traditionelle Selbstverwaltung der Universitäten war damit aufgehoben. Die Einführung des ›Führerprinzips‹ ermöglichte es den nationalsozialistischen Machthabern, durch die Einsetzung ihnen genehmer Rektoren und Dekane mittelbar Einfluss auf die Universitätspolitik zu nehmen. Nach der Aufhebung der Länder übernahm 1934 das neugebildete Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unter dem vormaligen preußischen Kultusminister Bernhard Rust die Aufsicht über die Universitäten. Durch diese Zentralisierung wurden die Einflussmöglichkeiten der nationalsozialistischen Regierung auf die Universitäten noch weiter verstärkt.

Die Politik der ›Gleichschaltung‹ erfasste auch die Studenten. In Preußen wurde mit der neuen Studentenrechtsverordnung vom 12. April 1933 die studentische Selbstverwaltung, die Allgemeine Studentearbeitsgemeinschaft (AStAG), abgeschafft und deren Vorsitzender durch den ›Führer der Studentenschaft‹ abgelöst.⁴ In Bonn hatte sich schon am 5. April der Führer des Bonner NSDStB, Walter Schlevogt, zum ›Führer der Studentenschaft der Universität Bonn‹ erklärt.⁵ Im April 1933 wurde die Deutsche Studentenschaft (DSt), die 1919 als Zusammenschluss der Studentenschaften der einzelnen Hochschulen und Universitäten gegründet worden war,⁶ als alleinige Gesamtvertretung der deutschen Studenten anerkannt.

Seit ihrer Gründung 1928 kämpfte die Bonner Hochschulgruppe des NSDStB für die nationalsozialistische Sache.⁷ Es gelang ihr dabei, ihre Position in der AStAG kontinuierlich auszubauen. Bei der Wahl im Jahr 1932 wurde der NSDStB mit 19 Sitzen erstmals die stärkste Fraktion. Eine stabile Mehrheit konnte der Studentenbund jedoch nicht bilden. Bei der Wahl im Februar 1933 ging die Zahl

3 Fischer, *Repression und Privilegierung*, S. 172.

4 Zentralblatt der Unterrichtsverwaltung in Preußen 1933, S. 117, abgedruckt bei Kalischer, *Universität*, S. 221 f.

5 Höpfner, *Universität Bonn*, S. 114.

6 Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 26.

7 Zur Entstehung und Entwicklung des NSDStB in der Weimarer Republik vgl. Brockert-Dibner, Ursula Ruth: *The History of the National Socialist German Student League*, Ann Arbor 1969, zugl. *Univ. Michigan, Diss.* 1969; Anselm Faust: *Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1973 (*Geschichte und Gesellschaft*); zur Entwicklung des Bonner NSDStB vgl. *Wir tragen das Banner der Freiheit. 10 Jahre Kampf um eine Hochschule. Festschrift zum 10jährigen Bestehen des NSD-Studentenbundes Hochschulgruppe Bonn*, Bonn 1938.

der Sitze des NSDStB wieder auf 14 zurück.⁸ Die Bonner Hochschulgruppe des NSDStB lag mit diesen Ergebnissen weit unter dem Durchschnitt, sie erzielte mehrfach das schlechteste Wahlergebnis aller deutschen Hochschulen.⁹ Im Frühjahr 1933 konnte der NSDStB jedoch auch in Bonn seinen Rückhalt in der Studentenschaft deutlich ausbauen. Die Mitgliederzahlen stiegen von nur 95 Mitgliedern zu Beginn des Wintersemesters 1932/33 auf fast 900 im März 1933.¹⁰ Aber auch nach der ›Machtergreifung‹ blieb der NSDStB in Bonn nicht unumstritten. Immer wieder kam es zu Auseinandersetzungen vor allem mit Vertretern der Korporationen, so dass auch der NSDStB selbst eingestehen musste, dass bis 1935 eine »positive Aufbauarbeit« in Bonn nicht möglich war.¹¹

Unmittelbar nach der ›Machtergreifung‹ wurden die Rechte jüdischer und politisch andersdenkender Studenten an den deutschen Hochschulen systematisch beschnitten. Nachdem jüdischen Studenten im April 1933 die Mitgliedschaft in der Studentenschaft und damit jede Möglichkeit der hochschulpolitischen Mitwirkung oder Interessenvertretung genommen wurde, begrenzte das ›Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen‹ im selben Monat den Anteil der Juden auf 5 %, bei der Ersteinschreibung sogar auf 1,5 %.¹² Da diese Zahlen in Bonn jedoch nicht erreicht wurden, kam es hier zu keinen Relegationen.¹³ Dagegen wurden nach einem preußischen Gesetz gegen kommunistische Studenten vom Juni 1933 in Bonn 29 Studenten vom Studium ausgeschlossen.¹⁴ Die Einschränkungen für Juden wurden in den folgenden Jahren immer weiter verschärft, bis ihnen im November 1938 der Zugang zur Universität ganz versagt wurde.¹⁵ Bis 1938 legten Juden jedoch allen Schikanen zum Trotz noch Examina an der Universität Bonn ab.¹⁶

Kann man zwar im Allgemeinen davon sprechen, dass die Studenten bei der nationalsozialistischen Revolution 1933 eine der treibenden Kräfte waren,¹⁷ muss für Bonn jedoch konstatiert werden, dass die Studentenschaft dem Nationalsozialismus zunächst, d. h. bis zum Frühjahr 1933, reserviert gegenüberstand. Grund dafür war die feste Verwurzelung eines großen Teils der Studentenschaft im katholischen Milieu. Die katholischen Bischöfe hatten 1931 die Unvereinbarkeit zwischen Nationalsozialismus und Katholizismus verkündet

8 Wahlergebnisse aus UAB Kur 106-F2.

9 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, Tab. 25.

10 Höpfner, Universität Bonn, S. 114.

11 Fischer, Weg ins Reich, S. 47.

12 Gesetz vom 25. 4. 1933, RGBl. 1 (1933), S. 225.

13 Höpfner, Universität Bonn, S. 124.

14 Ebd., S. 123.

15 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 220.

16 Forsbach, Medizinische Fakultät, S. 402.

17 Nolte, Typologie, S. 4 f.

und damit allen Katholiken die Mitgliedschaft in der NSDAP untersagt.¹⁸ Dadurch ergab sich eine Zurückhaltung katholischer Studenten gegenüber dem Nationalsozialismus. Insgesamt konnte sich der Einfluss des NSDStB vor 1933 an Universitäten mit hohem Katholikenanteil, wie beispielsweise Bonn oder Münster nur schwach entfalten.¹⁹

Als Hitler im März 1933 in einer Regierungserklärung ein Einlenken in Kirchenfragen signalisierte und die Bischöfe daraufhin ihre Unvereinbarkeitserklärung in Teilen zurücknahmen, hatte dies innerhalb der katholischen Studentenschaft eine Schwächung der den Nationalsozialismus ablehnenden Kräfte zur Folge.²⁰ Die nationalsozialistische Begeisterung erfasste nun auch in Bonn weite Kreise der Studenten, die jetzt wie ihre Kommilitonen an anderen Universitäten aggressiv für die Sache Hitlers eintraten. Mit Angriffen und Vorlesungsstörungen gegen jüdische oder politisch andersdenkende Dozenten drängten sie die Professorenschaft zunehmend in die Defensive und setzten zeitweise die traditionellen Autoritätsstrukturen außer Kraft.²¹ Die jüdischen Dozenten hatten sich nach den Erfahrungen der Boykottaktionen gegen jüdische Geschäfte am 1. April 1933 auf Empfehlung des Rektors bereits aus der Öffentlichkeit zurückgezogen.²² In dieser Phase des Umbruchs etablierten sich die Studentenschaftsführer als eine Art halbstaatliche Behörde, deren Anweisungen befolgt wurden, weil niemand es wagte, ihnen öffentlich zu widersprechen.²³ In Bonn konnte beispielsweise der Studentenschaftsführer durch einen Anschlag am Schwarzen Brett die Studenten zum Boykott der Vorlesungen der politisch links stehenden Dozenten Fritz Lieb, Karl Engeroff, Fritz Kern und Kurt Gottschaldt aufrufen.²⁴ Nach Protesten innerhalb der Universität wurde der Anschlag jedoch am folgenden Tag wieder entfernt.²⁵

18 Rösgen, *Auflösung*, S. 84.

19 Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 53.

20 Schlömer, *Gleichschaltung*, S. 14.

21 Jarausch, *Deutsche Studenten*, S. 166.

22 Höpfner, *Universität Bonn*, S. 118.

23 Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 75 ff.

24 UAB Kur 106-H 1, Bd. 6. Fritz Lieb (1892–1970), Professor für systematische Theologie, an der Universität Bonn seit 1930, 1933 aus politischen Gründen abgesetzt, Emigration nach Paris 1934, 1953 rehabilitiert und emeritiert, vgl. Jürgen Speidel: Fritz Lieb, in: BBKL 5 (1993), Sp. 31–34; Karl Engeroff (1887–1951), seit 1928 Lektor für Englisch an der Universität Bonn, 1933 Entzug der Dozentur aus politischen Gründen, 1942 erneuter Lehrauftrag in Bonn, 1944 wieder zum Lektor ernannt; Fritz Kern (1884–1950), seit 1922 Ordinarius für Mittlere und Neuere Geschichte in Bonn, 1947 emeritiert, vgl. Roland Böhm: Fritz Kern, in: BBKL 3 (1992), Sp. 1399–1402 und Hans Hallmann: Fritz Kern (1884–1950), in: *Bonner Gelehrte, Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn*. Bd. 1: Geschichtswissenschaften, Bonn 1968, S. 351–378; Kurt Gottschaldt (1902–1991), habilitierte sich 1932 in Bonn im Fach Psychologie, 1933–1935 Assistent am Psychologischen Institut.

25 Höpfner, *Universität Bonn*, S. 120.

Einen Höhepunkt der nationalsozialistischen Revolution bildete die im April 1933 von der Deutschen Studentenschaft (DSt) initiierte deutschlandweite ›Aktion wider den undeutschen Geist‹, durch welche sich die DSt als treibende Kraft der nationalsozialistischen Erneuerungsbewegung etablieren wollte. In den ›Zwölf Sätzen der Studentenschaft‹ legte die DSt ihre Forderungen dar, welche die Reinigung des deutschen Schrifttums und der deutschen Sprache von allen jüdischen Einflüssen zum Ziel hatte. Kern der Aktion bildete eine großangelegte Büchersammlung, die am 10. Mai 1933 in öffentlichen Bücherverbrennungen ihren Abschluss fand.²⁶ Auch in Bonn wurde auf dem Marktplatz eine solche Bücherverbrennung durchgeführt. Die zentralen Reden hielten der Germanist Hans Naumann sowie der Kunsthistoriker Eugen Lütghen.²⁷

Die Bücherverbrennung markierte den Höhepunkt des studentischen Einflusses an den Universitäten im Frühjahr 1933: »The book burning episode was the first and last organized student demonstration on a national scale.«²⁸ Noch im Mai setzten von Seiten der Reichsregierung erste Bestrebungen zur Disziplinierung der Studenten ein.²⁹ Die Revolte aktivistischer Studenten hatte zu chaotischen Zuständen an den Universitäten geführt und damit den Eingriff des Staates geradezu herausgefordert. Dieser ergriff nun die sich ihm hier bietende Gelegenheit und schaffte die alte Ordinarienuniversität ab.³⁰ Im Sommer beruhigte sich die Lage an den Universitäten wieder. Insbesondere nachdem Hitler

26 Zwölf Sätze der Studentenschaft, in: Deutsche Kultur-Wacht (1933), H. 9, S. 15, abgedruckt bei Kalischer, Universität, S. 224 ff. Zur Bücherverbrennung vgl. »Das war ein Vorspiel nur...«. Bücherverbrennung Deutschland 1933: Voraussetzungen und Folgen. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung der Akademie der Künste Berlin, hg. von Hermann Haarmann, Walter Huder, Klaus Siebenhaar, Berlin 1983.

27 Hans Naumann, Eugen Lütghen: Kampf wider den undeutschen Geist. Reden gehalten bei der von der Bonner Studentenschaft veranstalteten Kundgebung wider den undeutschen Geist auf dem Marktplatz zu Bonn am 10. Mai 1933, Bonn 1933 (Bonner Akademische Reden 17). Hans Naumann (1886–1951), seit 1931 Ordinarius für Germanistik in Bonn, Rektor im WS 1934/35, vgl. Thomas Schirmacher: »Der göttliche Volkstumsbegriff« und der »Glaube an Deutschlands Größe und heilige Sendung«. Hans Naumann als Volkskundler und Germanist im Nationalsozialismus. Eine Materialsammlung mit Daten zur Geschichte der Volkskunde an den Universitäten Bonn und Köln, Neuauf. in einem Bd., Bonn 2000 (Disputationes linguarum et cultuum orbis Sectio V: Volkskunde und Germanistik 2), zugl. Los Angeles, Pacific Western Univ., Diss. 1989; Eugen Lütghen (1882–1946), Dozent (Kunstgeschichte) in Bonn seit 1917, 1938 zum außerplanmäßigen Professor der Universität Münster ernannt.

28 Brockert-Dibner: Student League, S. 119.

29 Aufruf an die Studenten, Störungsversuche zu unterlassen im Erlass des preußischen Ministers Rust an die preußischen Studentenschaften vom 2. 5. 1933, in: Unitas, 73. Jg. 1933, Nr. 8/9, S. 94, abgedruckt bei Kalischer, Universität, S. 226 f.

30 Hildebrand, Universität im ›Dritten Reich‹, S. 26.

im Juli die nationalsozialistische Revolution für beendet erklärt hatte,³¹ wurden die traditionellen Hierarchien weitgehend wiederhergestellt.

Hatten sich die Studenten nach der ›Machtergreifung‹ gleichsam als »Motor der Gleichschaltung«³² erwiesen, so ließ ihre Begeisterung schon bald merklich nach. Durch die Einführung einer Vielzahl politischer Verpflichtungen ging die Bereitschaft, sich für den Nationalsozialismus über das unbedingt geforderte Mindestmaß hinaus einzusetzen, fühlbar zurück. Zu diesen Verpflichtungen gehörte beispielsweise der 1933 von der DSt eingeführte Studentische Arbeitsdienst, der von jedem männlichen Studenten zehn Wochen Arbeitseinsatz während der Semesterferien vorsah. Während des Semesters waren Wehrsportübungen vorgesehen sowie eine Vielzahl weiterer NS-Pflichtveranstaltungen, welche die Studenten bis zu 24 Wochenstunden beanspruchen konnten. Im Sommer 1939 wurde zudem eine Erntehilfspflicht für Studenten erlassen.³³ Als Folge dieser Inanspruchnahme ging die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der Studenten stark zurück.³⁴ Die anfängliche Begeisterung für den Nationalsozialismus schlug zunehmend in Ablehnung um. Gerade die Erntehilfspflicht wurde in Bonn zum Anlass öffentlicher Unmutsäußerungen. Im Sommer 1939 wurden elf Studenten, die bei einer Pflichtveranstaltung der Studentenführung ihre Unzufriedenheit über den Erntehilfsdienst geäußert hatten, von der Gestapo festgenommen.³⁵ Die Studenten bemühten sich mehr und mehr, dem Druck auszuweichen. Viele zog es an die größeren Universitäten wie Bonn, da es in der Anonymität der vielen Studenten eher möglich war, dem Zwang zu entgehen.³⁶ Von einer »vollständigen Nazifizierung der Studenten«³⁷ kann also in Bonn keine Rede sein. Im Gegenteil konnte der Nationalsozialismus langfristig nie die Masse der Studenten für sich gewinnen. Gerade angesichts der überhandnehmenden Dienstverpflichtungen sind der Rückzug ins Privatleben und das Fernhalten von jeder Art der politischen Betätigung zu beobachten.³⁸

Wie die Politik zunehmend Einfluss auf den studentischen Alltag gewann, so wurde auch die gesamte Bildungs- und Wissenschaftspolitik im nationalsozialistischen Sinne umgestaltet. Ziel war dabei vor allem die Schaffung eines neuen Dozenten- und Studententyps und die Neugestaltung des Begriffs Wissenschaft im nationalsozialistischen Sinne.³⁹ Das nationalsozialistische Wissenschafts-

31 Amtliche Mitteilung vom 6. Juli 1933 über eine Erklärung Adolf Hitlers vor den Reichsstatthaltern zum Abschluss der Revolution, Völkischer Beobachter Nr. 189 (8.7.1933).

32 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 62.

33 Ebd., S. 344.

34 Jarausch, Deutsche Studenten, S. 170.

35 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 345 f.

36 Ebd., S. 274.

37 Kahle, Universität Bonn, S. 133.

38 Seier, Die nationalsozialistische Wissenschaftspolitik, S. 65.

39 Bracher, Gleichschaltung, S. 133.

konzept zeichnete sich durch die Abkehr von Voraussetzungslosigkeit, Wertfreiheit und Wahrheitsstreben in den Wissenschaften und durch die Forderung nach der programmatischen Ausrichtung jeder Forschung im Sinne des Nationalsozialismus aus. In einem solchen Konzept war den Universitäten nur noch die Rolle einer Stätte weltanschaulicher Erziehung zugewiesen.⁴⁰

Die Politik der Nationalsozialisten blieb nicht ohne Einfluss auf die Zusammensetzung der Studentenschaft. Sie verstärkte zunächst vor allem den durch schwache Geburtenjahrgänge und schlechte Berufsaussichten für Akademiker schon fortgeschrittenen Rückgang der Studentenzahlen. Hier wirkten sich besonders die Einführung des Arbeitsdienstes 1933 und die Trennung von Abitur und Hochschulreife 1934 aus. Nur rund 37 % der Abiturienten des Jahrgangs 1934 wurde auch die Hochschulreife zuerkannt. Auf die sich so ergebende drastische Zulassungsbeschränkung für die deutschen Hochschulen wurde jedoch bereits 1935 wieder verzichtet.⁴¹ Ebenso machten sich die Einführung der Wehrpflicht 1935 sowie die Vertreibung der jüdischen Studenten bei der Entwicklung der Studentenzahlen negativ bemerkbar.⁴² Auffällig ist besonders der Rückgang der Zahlen der weiblichen Studenten. Aufgrund der Unvereinbarkeit eines Universitätsstudiums mit dem nationalsozialistischen Frauenbild wurde Frauen der Zugang zu den Hochschulen erschwert. So kam es im Sommer 1934 für den Abiturjahrgang des Jahres zur Festlegung eines Numerus clausus für Frauen in Höhe von 10 % der Gesamtzahl der Studenten.⁴³ Allerdings wurde diese Zulassungsbeschränkung, deren Auswirkungen auf die Zahl der Studentinnen eher gering zu veranschlagen war, bereits im Folgejahr wieder aufgegeben. Die jüngere Forschung hat zudem darauf hingewiesen, dass den Beschränkungen eher antisemitische als frauenfeindliche Ziele zu Grunde lagen.⁴⁴ Da der Anteil der studierenden Frauen in der jüdischen Bevölkerung besonders hoch lag, wirkte sich das Gesetz besonders stark auf jüdische Studentinnen aus.

Insgesamt muss die These, dass der Rückgang des Frauenanteils an der Studentenschaft vor allem auf die konkrete frauenfeindliche Politik der Nationalsozialisten zurückzuführen ist, relativiert werden. Die Gründe für den Rückgang des Frauenstudiums sind vielmehr auch im historischen Kontext der Weltwirtschaftskrise, dem allgemeinen Rückgang der Studentenzahlen durch geburtenschwache Jahrgänge (Kriegsjahrgänge des 1. Weltkriegs) und dem Antiintellektualismus der Nationalsozialisten zu sehen.⁴⁵ Wenn der Rückgang des Frauenstudiums zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft somit auf

40 Kroll, Kultur, S. 25; Nolte, Typologie, S. 5.

41 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 103.

42 Ebd., S. 101 ff.

43 Weyrather, Numerus clausus, S. 143.

44 Huerkamp, Bildungsbürgerinnen, S. 80 f.

45 Pauwels, Women, S. 36 f. und 137; ebenso Mertens, Vernachlässigte Töchter, S. 103.

ein Ursachenbündel zurückzuführen ist, so darf dabei dennoch nicht übersehen werden, dass die Akademikerin einen Widerspruch zum nationalsozialistischen Frauenbild darstellte und der Rückgang des Frauenstudiums von den Nationalsozialisten wenn nicht herbeigeführt, so doch zumindest begrüßt wurde.

Ebenso wurde bei der Ausbildung des Hochschullehrernachwuchses die weltanschauliche Formung und Auslese derart betont, dass ein merklicher qualitativer und quantitativer Rückgang der Habilitanden zu verzeichnen war. Hinzu kam als Ergebnis der bereits 1933 einsetzenden Vertreibung jüdischer oder politisch missliebiger Professoren und Dozenten ein »Verlust an Persönlichkeiten und wissenschaftlicher Substanz, wie ihn die deutsche Universität niemals vorher und nachher [...] erlebt hat«. ⁴⁶ Auch der NS-Führungsschicht blieb diese Entwicklung nicht verborgen. Bereits 1936 bezeichnete das Reichserziehungsministerium die Mangelsituation als immer bedrohlicher werdend. ⁴⁷ Dem drohenden Akademikermangel suchten die Nationalsozialisten durch einen Wandel in der Bildungspolitik entgegenzusteuern. Im Zuge dieses Politikwandels änderte sich auch die nationalsozialistische Einstellung gegenüber den Studentinnen. Ab 1937 wurden die Hürden für das Frauenstudium sukzessive abgebaut, schließlich wurde sogar Werbung für das Frauenstudium betrieben. ⁴⁸ Diese Maßnahmen sorgten dafür, dass der Frauenanteil an den Hochschulen allmählich wieder anstieg, was sich insbesondere nach Ausbruch des Krieges verstärkte. Lag der Anteil der Studentinnen im Sommersemester 1939 noch bei 11,2 %, ⁴⁹ so waren im Sommersemester 1944 nach Grüttner erstmals mehr Frauen als Männer immatrikuliert. ⁵⁰

Auch die Wahl der Studienfächer wurde von der nationalsozialistischen Politik beeinflusst. Die herausstechendste Entwicklung war der starke Zuwachs der Medizinischen Fakultäten, insbesondere nach 1939. ⁵¹ Da im Krieg der Bedarf an Medizinerinnen sehr hoch war, wurde das Studium dadurch begünstigt, dass Medizinstudenten für ihr ganzes Studium von der Wehrmacht an die Universität abkommandiert wurden, während andere Studenten nur ein oder zwei Semester Studienurlaub erhielten. ⁵² Die Mediziner wurden dabei in Studentenkompanien

46 Maier, Nationalsozialistische Hochschulpolitik, S. 82.

47 Kleinberger, Hochschulpolitik, S. 17.

48 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 112 ff.

49 Weyrather, Numerus clausus, S. 145.

50 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 119. Die Verlässlichkeit dieser Zahlenangaben ist fraglich. Für die Universität Bonn liegen für die letzten Kriegsjahre keine Studentenzahlen mehr vor. Dass sich die Anteile von Männern und Frauen am Ende des Krieges stark einander annäherten, darf jedoch als unstrittig gelten.

51 1930 lag der Anteil der Humanmediziner an den Studenten der deutschen Universitäten bei 18,2 %. Bis 1939 war er auf 42,9 % angewachsen, um im 1. Trimester 1940 den Spitzenwert von 57,9 % zu erreichen, Titze, Hochschulstudium, S. 93.

52 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 129.

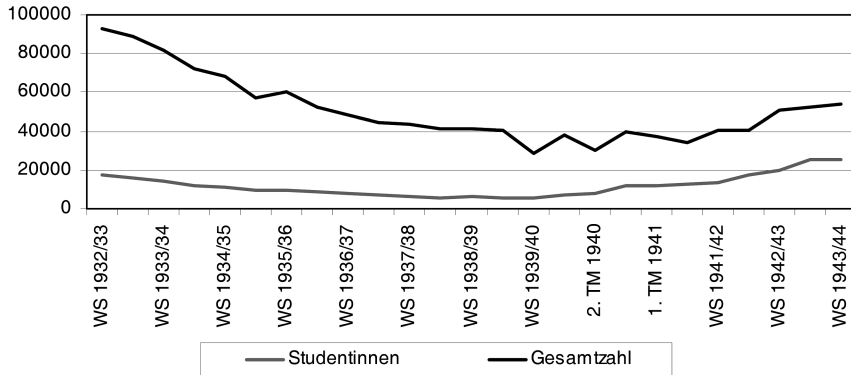


Diagramm 1: Die Zahl der Studierenden an den deutschen Universitäten (Zahlen nach Titze, Hochschulstudium, S. 30)

zusammengefasst. In Bonn bestanden seit 1941 zwei Studentenkompanien des Heeres und für kurze Zeit auch eine Studentenkompanie der Luftwaffe.⁵³

Besonders benachteiligt wurden die von den Nationalsozialisten abgelehnten theologischen Fakultäten. In Bonn war es vor allem die von der Theologie Karl Barths⁵⁴ geprägte Evangelisch-Theologische Fakultät, die völlig umstrukturiert wurde. Nahezu der gesamte Lehrkörper wurde durch Professoren der dem Nationalsozialismus nahestehenden Bewegung der Deutschen Christen ersetzt. Die Bekennende Kirche erließ daraufhin einen Aufruf zum Boykott der Bonner Fakultät, was zur Folge hatte, dass die Studentenzahl so drastisch absank, dass sie am Ende gar von der Zahl der Dozenten übertroffen wurde.⁵⁵ Dagegen ging die Zahl der Studierenden der Katholisch-Theologischen Fakultät nur leicht zurück. Erst in den Kriegsjahren machte sich auch hier ein deutlicher Rückgang der Studentenzahlen bemerkbar.⁵⁶

Insgesamt war die Behandlung der Universitäten durch die Nationalsozialisten besonders seit Beginn der Wiederaufrüstung 1936 stark von utilitaristi-

53 Zu Studentenkompanien vgl. Bugs, Unternehmen Aesculap. Die Studenten-Kompanien der Wehrmacht 1939 – 1945, Osnabrück 1995.

54 Der gebürtige Schweizer Karl Barth (1886 – 1968) wurde 1925 auf ein Ordinariat nach Münster berufen und wechselte 1930 auf den Lehrstuhl für Systematische Theologie an der Universität Bonn. 1934 wurde er aus politischen Gründen entlassen und ging zurück in die Schweiz, wo er einen Lehrstuhl an der Universität Basel übernahm. Nach dem Krieg kehrte er im SS 1946 und im SS 1947 für je ein Gastsemester nach Bonn zurück. Zu Karl Barth vgl. v. a. Busch, Karl Barths Lebenslauf und Kinzig, Wort Gottes in Trümmern.

55 Höpfner, Universität Bonn, S. 160; vgl. auch Ernst Bizer: Zur Geschichte der Evangelisch-Theologischen Fakultät von 1919 bis 1945, in: Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Evangelische Theologie, Bonn 1968 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818 – 1968), S. 227 – 275.

56 Titze, Wachstum und Differenzierung, S. 108.

schen Erwägungen geprägt. Die anfangs betonte Wissenschaftsfeindlichkeit trat im Zuge der Kriegsvorbereitungen in den Hintergrund. Unter der Bedingung des Ausschlusses jüdischer Dozenten hatte jede Disziplin nun die Chance auf Unterstützung durch die Nationalsozialisten, sofern es ihr gelang, ihre Nützlichkeit unter Beweis zu stellen.⁵⁷

Allen Gleichschaltungsmaßnahmen zum Trotz ließ sich die Ideologisierung des Universitätslebens nur zum Teil umsetzen, da sich die überzeugt nationalsozialistischen Professoren in der Minderheit befanden, die Mehrheit dagegen die Politisierung der Wissenschaft ablehnte.⁵⁸ Auch der Einfluss des Nationalsozialismus auf die Universität Bonn war vergleichsweise gering. Neben den Exponenten der NS-Ideologie konnten sich an der Universität Kreise mit anti-nationalsozialistischer Tendenz behaupten, so dass der Senat nach dem Krieg formulieren konnte, Bonn sei während des ›Dritten Reiches‹ »als Sitz einer, wenn auch latenten, passiven und diskreten Opposition gegen die kulturfeindlichen Grundlinien des Hitlersystems« bekannt gewesen.⁵⁹ Dabei ist zu betonen, dass die Ablehnung nur äußerst selten den privaten Bereich verließ und in öffentliche Opposition mündete. Ein Beispiel für offenen Widerstand war der u. a. von Wilhelm Neuß veröffentlichte ›Antimythos‹, der aus katholischer Sicht die nationalsozialistische Programmschrift Rosenbergs kritisierte.⁶⁰

Auch in den Reihen der Studenten gab es Opposition. Hier war der Dissens⁶¹ der Korporationen am deutlichsten zu spüren. Diese waren in wechselnden Koalitionen bis 1933 der bestimmende Faktor in der AStAG gewesen und hatten sich dort bereits seit dem Ende der 20er Jahre mit dem NSDStB auseinandergesetzt. In der Weimarer Zeit war in Bonn rund ein Drittel der männlichen Studenten in Korporationen organisiert.⁶² Nach der ›Machtergreifung‹ betrieb vor allem der NSDStB nachdrücklich die Umwandlung der Korporationen in Kameradschaften des Studentenbundes, die vor allem der ideologischen Erziehung dienen sollten. Nach hartnäckigem Widerstand wurden die Korporationen schließlich 1935/36 zwangsweise aufgelöst, sofern sie sich nicht bereits

57 Szöllösi-Janze, »Wir Wissenschaftler bauen mit«, S. 164 f.

58 Hildebrand, Universität im ›Dritten Reich‹, S. 27; Kroll, Kultur, S. 26.

59 Undatierter Entwurf einer Denkschrift an das Oberkommando der Besatzungsarmee, UAB UV 69 – 3.

60 Studien zum Mythos des 20. Jahrhunderts. Epiloge, hg. vom Erzbischöflichen Generalvikariat, Köln (Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Köln, 1934 November und Dezember, 1935 Amtliche Beilage).

61 In bewusster Abgrenzung zum Begriff ›Widerstand‹ wird hier von ›Dissens‹ gesprochen, um auch abweichende Handlungen und Äußerungen bei weitgehender ideologischer Übereinstimmung in die Betrachtung mit einbeziehen zu können. Zur Abgrenzung von Dissens und Widerstand vgl. Wieben, Studenten, S. 18 ff.

62 Rösgen, Auflösung, S. 182 gibt für das WS 1930/31 einen Anteil von 30,2 % der männlichen Studenten an.

vorher als Kameradschaft konstituiert und selbst gleichgeschaltet hatten. Damit war eine bedeutende Struktur des Studentenwesens zerstört worden, ohne dass die von den Nationalsozialisten intendierten Kameradschaften einen adäquaten Ersatz hätten bieten können.⁶³ Die Studenten wurden aus ihren bestehenden Bindungen herausgerissen und lehnten gleichzeitig die ihnen von den Nationalsozialisten in Form der Kameradschaften offerierten neuen Bindungen zum überwiegenden Teil ab.

Der Dissens der Korporationen beruhte jedoch nicht auf grundsätzlichen politischen oder weltanschaulichen Differenzen zum Nationalsozialismus, sondern entsprang eher sozialem Dünkel, religiösen Gründen oder dem Willen an ihren von den Nationalsozialisten kritisch betrachteten Verhaltensformen festzuhalten.⁶⁴ In vielen Dingen standen die Korporationen, insbesondere die Burschenschaften, dem Nationalsozialismus nahe. Mehrheitlich begrüßten die Korporationen die ›Machtergreifung‹ der Nationalsozialisten.⁶⁵ Bereitwillig übernahmen sie 1933 das ›Führerprinzip‹. Von einem Widerstand der Korporationen kann in ideologischer Hinsicht daher nicht gesprochen werden.⁶⁶ Dagegen stieß vor allem die Einschränkung ihrer Selbstständigkeit auf den Widerwillen der Korporationen. Erster Unmut regte sich, als die Nationalsozialisten die Korporationen aufforderten, sich von ihren ›nichtarischen und jüdisch versippten‹ Mitgliedern zu trennen. Zwar folgte die Deutsche Burschenschaft als Dachverband dieser Aufforderung,⁶⁷ die Bonner Burschenschaften Alemannia und Frankonia verweigerten jedoch die Umsetzung und wurden daraufhin aus dem Verband ausgeschlossen.⁶⁸ Ebenso bemühten sich die Corps, die sich traditionell als unpolitisch verstanden, der Politisierung durch die Nationalsozialisten zu entgehen. Aber auch sie mussten schließlich dem Druck nachgeben und sich auflösen oder sich in Kameradschaften umwandeln.⁶⁹ Das Verbot konfessioneller Begrenzung von Studentenvereinigungen stieß vor allem bei den katholischen Studentenvereinigungen auf Ablehnung.⁷⁰

Als 1935 die Korporationen aufgefordert wurden, sich in Kameradschaften umzuwandeln, beschloss ein Großteil der Dachverbände seine Selbstauflösung. Am 28. September 1935 löste sich der Kösener Senioren-Convents-Verband (KSCV) als Dachverband der Corps auf, am 18. Oktober auch die Deutsche

63 In Bonn waren im WS 1936/37 nur rund 10 % der Studenten in einer Kameradschaft organisiert, ebd., S. 184.

64 Keim, *Erziehung*, S. 339; Wieben, *Studenten*, S. 191.

65 Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 288 ff.

66 Diese Auffassung teilt auch Rösgen, *Auflösung*, S. 151.

67 Zur Rolle der Deutschen Burschenschaft im ›Dritten Reich‹ vgl. Brunck, *Entwicklung*.

68 Oldenhage, *Bonner Korporationen*, S. 95.

69 Zur Rolle der Corps im Dritten Reich vgl. Weber, *Corps*.

70 Rösgen, *Auflösung*, S. 135 ff.

Burschenschaft.⁷¹ Die einzelnen Corps bzw. Burschenschaften vor Ort blieben jedoch bestehen und wurden größtenteils als Kameradschaften in den NSDStB eingegliedert.⁷² Den Todesstoß erhielt die Mehrzahl der Korporationen schließlich, als zum Wintersemester 1935/36 allen Parteimitgliedern und Angehörigen von Unterorganisationen der NSDAP die Mitgliedschaft in einer studentischen Verbindung untersagt wurde.⁷³ Am 20. Juni 1938 wurden schließlich alle katholischen Studenten- und Akademikerverbände aufgehoben und damit auch die letzten noch bestehenden Verbände aufgelöst.⁷⁴

Neben dem Dissens der Korporationen bestand in Bonn zumindest eine Widerstandsgruppe, die sich im kommunistischen Milieu gebildet hatte und die ähnlich wie die Münchener Weiße Rose mit Flugblättern auf sich aufmerksam machte. Initiator dieser Gruppe war der Doktorand Walter Markov.⁷⁵ Dieser kam 1934 nach Bonn, um seine Promotion bei Fritz Kern zu beenden. Er gründete mit vier Kommilitonen, darunter Anthony Toynbee, der Sohn des britischen Historikers Arnold Joseph Toynbee, eine »Gruppe Universität der KPD«, die politische Flugblätter verteilte und Kontakt zur verbotenen KPD unterhielt. 1935 wurden die Mitglieder verhaftet und Markov als Hauptverantwortlicher zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, die er bis Kriegsende in Siegburg absaß. Nach dem Krieg wurde er als Professor in Leipzig zu einem der bedeutendsten marxistischen Historiker der DDR.⁷⁶

1937 immatrikulierte sich Willi Graf, ein Mitglied der Weißen Rose in Bonn.⁷⁷ Inwiefern er eine der Münchener Widerstandsbewegung vergleichbare Gruppe in Bonn sammelte, ist unklar. Auch von der Widerstandsgruppe, die der Student Haecker gegenüber dem amerikanischen Schriftsteller Stephen Spender erwähnte, lässt sich nur ein diffuses Bild zeichnen.⁷⁸ Der Gruppe, die keine gezielten Aktionen durchführte, sollen 80 Personen angehört haben. Die Mitgliedschaft wurde äußerlich durch ein unauffälliges schmales Band am Hosensbund kenntlich gemacht. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die studentische Opposition insbesondere in der Kriegszeit immer stärker wurde, jedoch nur in

71 Weber, Corps, S. 187; Brunck, Entwicklung, S. 351.

72 In Bonn bestanden insgesamt neun Kameradschaften (Bismarck, Blücher, Ägidienberg, Ernst Moritz Arndt, Friedrich Friesen, Yorck von Wartenburg, Theodor Körner, Gneisenau, Moltke), HStAD NW 53 – 380, p. 84.

73 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 312.

74 Rösgen, Auflösung, S. 144 f.

75 Vgl. dazu: Klaus Rosendahl: Studentischer Widerstand an der Universität, in: Josef Matzerath (Hg.): Bonn. 54 Kapitel Stadtgeschichte, Bonn 1989, S. 317 – 322.

76 Zu Markov vgl. auch: Walter Markov: Zwiesprache mit dem Jahrhundert, dokumentiert von Thomas Grimm, Berlin 1989, insbesondere S. 43 – 113 sowie 150 Jahre Klassenuniversität, S. 4 – 21.

77 Forsbach, Medizinische Fakultät, S. 600.

78 Spender, Deutschland in Ruinen, S. 55.

Ausnahmefällen den Bereich der passiven Resistenz überschritt.⁷⁹ Dennoch war nach der Einschätzung des britischen Nachrichtendienstes der Widerstand gegen die Einflüsse der Nationalsozialisten an der Universität Bonn stärker als an allen anderen Universitäten der britischen Zone.⁸⁰

Mit Ausbruch des Krieges änderte sich der Alltag an den Universitäten grundlegend. Zunächst wurden bei Kriegsbeginn alle Universitäten geschlossen. Bereits im Frühjahr 1940 wurden sie jedoch wiedereröffnet und eine Trimesterregelung eingeführt, um das ausgefallene Semester angesichts des drohenden Akademikermangels nachzuholen. Diese Regelung bewährte sich jedoch nicht, so dass ab dem Wintersemester 1940/41 wieder zur alten Semestereinteilung übergegangen wurde.⁸¹ Durch Einberufung zur Wehrmacht ging die Zahl der Studenten bei Kriegsbeginn um rund ein Drittel zurück.⁸² Zugleich bedeutete der Kriegsausbruch aber auch eine Umorientierung in der Wertigkeit der Wissenschaften. Während bis dahin vor allem Wissenschaften gefördert wurden, denen eine ideologische Bedeutung innerhalb der nationalsozialistischen Ideologie zukam, verlagerte sich der Schwerpunkt der Wissenschaftsförderung nunmehr auf solche Disziplinen, die einen unmittelbaren Nutzen für den Krieg versprachen.⁸³

Der Einfluss des Krieges auf den Universitätsalltag wurde mit zunehmender Kriegsdauer immer größer. Ein Großteil der Studenten und der jüngeren Dozenten war zum Kriegsdienst eingezogen worden, darüber hinaus beeinflussten die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft zunehmend Forschung und Lehre. In vielen Instituten konnte der Lehrbetrieb nur provisorisch aufrechterhalten werden. Seit dem Wintersemester 1941/42 war in Bonn an eine geregelte Durchführung der Vorlesungen nicht mehr zu denken.⁸⁴

Auch die Zusammensetzung der Studentenschaft änderte sich durch die Auswirkungen des Krieges drastisch. Der Frauenanteil stieg deutlich an, ebenso die Studentenzahl in den kriegswichtigen Fächern. Dazu gehörten neben Chemie und Medizin auch die neueren Philologien.⁸⁵ Fünf Gruppen von Studenten waren es, die im Wesentlichen die Studentenschaft in der Kriegszeit prägten: die jungen Semester, die noch nicht einberufen waren, die Studentinnen, die zum Medizinstudium abkommandierten Soldaten, die zum Studium beurlaubten Soldaten und die Kriegsversehrten.⁸⁶

79 Kunkel, Weg der deutschen Universität, S. 21.

80 Special political Report Bonn University 27. 8. 1947, PRO FO 1013/2209.

81 Höpfner, Universität Bonn, S. 136.

82 Keim, Erziehung, S. 167.

83 Fischer, Repression und Privilegierung, S. 178.

84 Chronik 1939/40 bis 1948/49, S. 7.

85 Höpfner, Universität Bonn, S. 138.

86 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 361.

Da sich jedoch gerade die überzeugtesten NSDStB-Funktionäre freiwillig zur Wehrmacht meldeten, verschwand mit Kriegsausbruch ein Großteil der fanatischen Nationalsozialisten von der Universität. Der Einfluss des NSDStB brach damit quasi über Nacht zusammen.⁸⁷ Auch in Bonn wurde der langjährige Studentenbundsführer eingezogen. Sein Amt wurde von Studenten übernommen, »denen es bei allem Glauben an die zeitgebundenen Ideale nicht an Menschlichkeit und Bildung mangelte«.⁸⁸ Dadurch verringerten sich die Kontrolle und der Druck auf den einzelnen Studenten. Die Universitäten gewannen einen Teil ihrer inneren Autonomie zurück. Der Krieg trug so zunächst zu einer Entspannung der Situation an den Universitäten bei. Davon profitierten unter anderem die in Kameradschaften umgewandelten Korporationen, die es nun wagen konnten, ihre studentischen Traditionen wieder zu pflegen.⁸⁹ In Bonn wurde im November 1939 mit der Conruebia (später Corona) eine neue Verbindung in der Nachfolge der aufgelösten Verbindungen Novesia und Alania gegründet.⁹⁰ Diese entwickelte im Verborgenen ein traditionelles Verbindungsleben mit Convent, Chargen und Farben und wuchs bis 1944 auf ca. 100 Mitglieder an. 1943 gründete sich eine weitere Interimsverbindung in der Nachfolge des alten Corps Westphalia.⁹¹ Die Kameradschaft »Yorck zu Wartenburg«, die aus dem Corps Rhenania hervorgegangen war, focht im Sommersemester 1941 16 Mensuren.⁹² Im Sommer 1944 gingen die Corps sogar so weit, ihren 1935 aufgelösten Dachverband in Leipzig wieder zu begründen. Beteiligt daran war u. a. das Bonner Corps Rhenania, das seine Mitwirkung jedoch im Laufe des Sommers wieder zurückzog.⁹³

Mit der Wende des Krieges 1943 und dem Beginn der Flächenbombardements wandelte sich der Studienalltag erneut. Besonders an den Universitäten in den Grenzgebieten trat seit 1944 die unmittelbare Bedrohung angesichts der vorrückenden alliierten Truppen in den Vordergrund. Ein geregelter Universitätsbetrieb war während des totalen Kriegseinsatzes der Universitäten sowieso nur noch eingeschränkt möglich, da rund die Hälfte der verbliebenen Studenten zur Wehrmacht oder zum Arbeitsdienst einberufen wurden.⁹⁴ Das Reichs-

87 Giles, *Students*, S. 267.

88 *Chronik 1939/40 bis 1948/49*, S. 74.

89 Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 401 ff.

90 Vgl. dazu Clemens, *Corona*, passim.

91 Ebd., S. 241.

92 Weber, *Corps*, S. 212 f.

93 Ebd., S. 217 f.

94 Von den rund 85.000 Studenten der deutschen Universitäten wurden 16.000 zur Wehrmacht und 31.000 zum Arbeitseinsatz verpflichtet, vgl. Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 425.

erziehungsministerium begann darüber hinaus mit weitreichenden Planungen für die Evakuierung der bedrohten Universitäten.⁹⁵

Zu einer umfassenden Verlagerung der Universität Bonn ist es jedoch nicht gekommen. Lediglich Rektorat und Kuratorium verlegten ihre geschäftsführende Leitstelle nach Adelebsen bei Göttingen⁹⁶ und richteten an der Universität Göttingen einen Meldekopf für Evakuierungsfälle der Universität Bonn ein.⁹⁷ Außerdem brachten einzelne Institute sowie die Universitätsbibliothek ihre kostbaren Geräte, Sammlungen oder Bücher an verschiedensten Orten in Sicherheit.⁹⁸

Schließlich verfügte Rektor Karl Chudoba⁹⁹ am 13. Oktober 1944 die Schließung der Universität für den Unterrichtsbetrieb im Wintersemester 1944/45. Nur die letzten drei Semester der Medizin und Zahnmedizin sollten weitergeführt werden.¹⁰⁰ Fünf Tage später, am 18. Oktober 1944, genau am 126. Jahrestag der Universitätsgründung, erreichte der Bombenkrieg die bislang weitgehend unzerstört gebliebene Stadt Bonn.¹⁰¹ Dabei wurden das Universitätshauptgebäude und die Kliniken in der Theaterstraße schwer beschädigt. Das Hauptgebäude der Universität im ehemaligen kurfürstlichen Schloss brannte bis auf die Außenmauern aus. Einzig der nordwestliche Flügel blieb einigermaßen erhalten. Die Bilanz des Hauptgebäudes vom März 1945 ergab nur drei noch intakte Treppenhäuser aber immerhin noch 60 nutzbare Räume.¹⁰²

Auf einen Schlag waren die vier im Hauptgebäude untergebrachten Fakultäten (neben den beiden Theologischen auch die Philosophische und die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät) obdachlos geworden. Bei mehreren folgenden Bombenangriffen wurden bis zum Februar 1945 auch das Poppelsdorfer

95 Rundschreiben des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 30.10.1944. Dort waren für die Philosophische und die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Bonn die Universität Göttingen, für die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät Berlin, für die Katholisch- und Evangelisch-Theologische Fakultät Freiburg und Tübingen sowie für die Landwirtschaftliche Fakultät Halle als aufnehmende Universitäten vorgesehen, UAB PF 138 – 175; vgl. dazu auch George, Neubeginn, S. 224.

96 Rektor Chudoba an den Dekan der Philosophischen Fakultät am 17.1.1945, UAB PF 138 – 164; Mietvertrag der Universität mit Baron Adelebsen vom 24.3.1945, UAB UV 223 – 28.

97 Rundschreiben des Kurators vom 17.11.1945, UAB PF 138 – 200.

98 Eine Übersicht über die Auslagerungsorte findet sich in UAB PF 77 – 34.

99 Der Mineraloge Karl Chudoba (1898 – 1976) habilitierte sich 1929 in Bonn und wurde 1938 zum Ordinarius ernannt. Nach Kriegsende entlassen, wurde er 1948 in den Ruhestand versetzt. 1953 wurde er ohne Zugehörigkeit zum Lehrkörper reaktiviert und 1966 emeritiert. Vom Wintersemester 1939/40 bis Kriegsende amtierte er als Rektor der Universität.

100 Rundschreiben des Rektors, UAB Kleinere Sammlungen 6.

101 Zur Bombardierung Bonns vgl. Vogt, Helmut: Bonn im Bombenkrieg, Bonn 1989 (Bonner Geschichtsbll. 38).

102 Bericht über den Zustand des Hauptgebäudes vom 30.3.1945, StAB Pr 42/941.

Schloss sowie einige Institute in der Nußallee schwer getroffen. Von allen Fakultäten hatte die Landwirtschaftliche die geringsten Zerstörungen zu beklagen. Der gesamte entstandene Schaden wurde 1949 auf etwa 50 Millionen DM geschätzt. Von den insgesamt ca. 50 Gebäuden der Universität war nicht eines unbeschädigt geblieben.¹⁰³ Allen Zerstörungen und Verlagerungen zum Trotz wurde der Prüfungsbetrieb auch im Wintersemester 1944/45 aufrechterhalten. Noch im April 1945 wurden in Bonn medizinische Promotionen durchgeführt.¹⁰⁴

Bei Kriegsende befand sich die Universität Bonn nur noch provisorisch in Funktion. Auch wenn vereinzelt noch Prüfungen durchgeführt wurden, hatten die Studenten, sofern sie nicht aus Bonn stammten, die Stadt zum überwiegenden Teil verlassen. Einige wenige in Bonn verbliebene Professoren und Dozenten sammelten sich und begannen mit der Organisation des Wiederaufbaus. Die Wiedereröffnung der Universität war jedoch in ungewisse Ferne gerückt.

1.2. Die britische Militärregierung und die Universitäten der britischen Zone

Die preußische Rheinprovinz war nach den Zonenabkommen vom Herbst 1944 der britischen Besatzungszone zugeschlagen worden. Nachdem 1945 auch der französischen Regierung eine Besatzungszone in Deutschland zugestanden worden war, wurde die Rheinprovinz in einen der französischen Zone zugehörenden Südtteil und eine unter britischer Verwaltung stehende Nord-Rheinprovinz geteilt. Bonn lag im nördlichen Teil der Rheinprovinz, der im Frühjahr 1945 von amerikanischen Truppen erobert worden war. Im Juni hatte die britische Militärregierung die Kontrolle über den Bonner Raum übernommen.¹⁰⁵

Die britische Zone war flächenmäßig unwesentlich kleiner als die amerikanische und die sowjetische Zone, hatte aber deutlich mehr Einwohner. Es war daher gerade die hohe Bevölkerungsdichte ihrer Zone, welche die Briten mit massiven Problemen konfrontierte, da ihre Zone nur über wenig landwirtschaftliche Nutzfläche verfügte, die zur Ernährung der zonalen Bevölkerung nicht ausreichte. Da eine Einfuhr von Lebensmitteln aus den landwirtschaftlich reichen ehemaligen deutschen Ostgebieten nicht mehr möglich war, blieb die britische Zone zwangsläufig auf Nahrungsmittelimporte, vor allem aus Groß-

103 Vgl. die Berichte der Seminare und Institute, in: Chronik 1939/40 bis 1948/49, S. 82 ff.; eine Übersicht über die Zerstörungen gibt auch van Rey, Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, S. 32 ff.

104 UAB Med Prom; auch an der Katholisch-Theologischen Fakultät wurden zwischen Zerstörung der Universität und Kriegsende noch acht Promotionen abgelegt, dazu: Gatz, Katholisch-Theologische Fakultät, S. 72.

105 Bonn 1945 – 1950, S. 29.

britannien und den USA, angewiesen. Im Übrigen war die Wirtschafts- und Versorgungslage auch in Großbritannien durch die enormen Kriegskosten stark angespannt, so dass die Versorgung der britischen Zone, die etwa halb so viele Einwohner hatte wie Großbritannien selbst, die Briten vor schier unlösbare Schwierigkeiten stellte und letztlich sogar die Rationierung von Lebensmitteln in Großbritannien zur Folge hatte.¹⁰⁶

Um die Zone möglichst schnell von britischen Hilfslieferungen unabhängig zu machen, war es das oberste Ziel der Briten, die industrielle Produktion insbesondere im Ruhrgebiet wieder anzukurbeln. Diese kam jedoch nur schleppend wieder in Gang. Im dritten Quartal 1946 hatte sie sich zwar gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum verdoppelt, lag aber immer noch bei nur 37 % des Vorkriegsniveaus.¹⁰⁷ Zu einem Einbruch, insbesondere in der Kohlenversorgung der Zone, kam es im Winter 1946/47. Grund dafür war jedoch nicht die niedrige Produktion, vielmehr stellte die Infrastruktur den limitierenden Faktor dar. Die Wiederherstellung der Transportmittel konnte mit der Expansion der industriellen Produktion zunächst nicht Schritt halten. Einen deutlichen Schub erhielt die Produktion nach der Währungsreform, die einen Anstieg um 30 % vom zweiten zum dritten Quartal 1948 bewirkte. Doch sollte es bis Ende 1949 dauern, bis die Industrieproduktion den Stand von 1936 erreicht hatte.¹⁰⁸

Vor diesem wirtschaftlichen Hintergrund bemühten sich die Briten, den gesellschaftlichen und politischen Wiederaufbau ihrer Zone voranzutreiben.¹⁰⁹ Besondere Aufmerksamkeit widmeten sie dabei der Reorganisation des Bildungswesens. Die Führung der Regierungsgeschäfte der britischen Zone lag zunächst bei Marshall Bernhard Law Montgomery als Chef des Military Government Staff der British Army of the Rhine.¹¹⁰ Noch im Sommer 1945 begannen die Briten mit dem Aufbau einer zivilen Verwaltung ihrer Zone, welche die Armeekorps ablösen sollte. Als oberste Verwaltungsbehörde der britischen Zone wurde die Kontrollkommission eingerichtet. Unterhalb dieser obersten politischen Ebene wurden zwölf Direktorate geschaffen, darunter ein Direktorat für Innere Angelegenheiten. Innerhalb dieses Direktorates war die Education Branch für das deutsche Bildungswesen zuständig¹¹¹ und übernahm damit die

106 Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S.166 f.; Watt, Hauptprobleme der britischen Deutschlandpolitik, S. 20 f.

107 Abelshäuser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 108.

108 Ebd., S. 109 ff.

109 Die Leistungen der Briten in ihrer Zone wurden von der Forschung lange Zeit unterschätzt, müssen aber höher veranschlagt werden als bislang angenommen, Epkenhans, Neue Literatur, S. 517.

110 Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, S. 44.

111 Zu Aufgaben der Education Branch vgl. Birley, Robert: British Policy in Retrospect, in: Arthur Hearnden (Hg.): The British in Germany. Educational Reconstruction after 1945, London 1978, S. 146 – 157.

Rolle des ehemaligen Kultusministeriums: »Education Branch would, at least as far as the British Zone was concerned, fill the gap left by the disappearance of the Berlin Ministry.«¹¹² Der Sitz der Education Branch befand sich beim britischen Hauptquartier in Bünde in Westfalen, zu ihrem Vorsitzenden wurde Donald Riddy ernannt, der im Sommer 1946 von Robert Birley abgelöst wurde.¹¹³ Innerhalb der Education Branch richteten die Briten eine University Section ein, die sich speziell um die Angelegenheiten der Universitäten kümmerte.¹¹⁴ Die Leitung der University Section in Bünde wurde Eric Colledge übertragen.

Dieser Aufbau der Besatzungsorgane wiederholte sich auf der Ebene der Provinzen. Der oberste britische Amtsträger des als Nord-Rheinprovinz bezeichneten Nordteiles der ehemaligen preußischen Rheinprovinz war zunächst Regional Commissioner John A. Barraclough, der im Frühjahr 1946 durch William Asbury ersetzt wurde. Die lokalen Kontrollfunktionen im Bildungsbereich wurden so genannten Education Control Officers (ECOs) übertragen, die ihren Sitz zunächst im jeweiligen Hauptquartier der Militärregierung auf Regierungsebene hatten. Die für Bonn zuständigen ECOs hatten ihren Amtssitz daher in Köln. Als sich die Wiedereröffnung der Universitäten abzeichnete, wurde jeder Universität ein ECO zugewiesen, der nun die Bezeichnung University Education Control Officer (UECO) bekam.

Um eine erneute Aggression Deutschlands auf lange Sicht auszuschließen, waren sich die Alliierten über die Notwendigkeit bestimmter Maßnahmen einig. Dazu gehörten die Entnazifizierung, die Entmilitarisierung, die Demokratisierung und die Re-Education. Die Gewichtung und die Art und Weise der Umsetzung variierte jedoch in den einzelnen Besatzungszonen stark. Noch während des Krieges hatte sich bei den Alliierten die Erkenntnis durchgesetzt, dass im Falle eines Sieges der Einfluss der NSDAP und ihrer Gliederungen auf das öffentliche Leben in Deutschland ausgeschaltet werden müsse, um ein friedliches Zusammenleben in Europa in Zukunft gewährleisten zu können. Der Nazismus wurde als ein Element der Kriminalität, Amoralität und Inhumanität im deutschen Volk verstanden, welches durch die militärische Niederlage allein nicht zu beseitigen war.¹¹⁵ Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 formulierten Churchill, Roosevelt und Stalin daher die Grundsätze einer künftigen Entnazifizierungspolitik:

112 Murray, *British Contribution*, S. 79.

113 Koszyk, *Umerziehung*, S. 10.

114 Respondek, *Wiederaufbau*, S. 49.

115 Pakschies, *Umerziehung*, S. 75.

»We are determined to [...] wipe out the Nazi Party, Nazi laws, organisations and institutions, remove all Nazi and militaristic influence from public office and from the cultural and economic life of the German People.«¹¹⁶

Während die ersten drei der genannten Maßnahmen durch Gesetze und Verordnungen zu regeln waren, erforderten Umerziehung und Neuorientierung der Deutschen durch Re-Education andere, tiefergehende Maßnahmen. Die Briten hatten bereits während des Krieges mit Planungen für eine Re-Education der Deutschen nach Kriegsende begonnen.¹¹⁷ Die ersten Konzepte zur Re-Education waren dabei von den Thesen Lord Vansittarts geprägt, die einem kriegerischen Grundcharakter des deutschen Volkes postulierten, der bekämpft und überwunden werden müsse. Vansittart ging dabei von einer weitgehenden Identifizierung von Nationalsozialismus und deutschem Volk aus.¹¹⁸ Da in England jedoch ein Konsens darüber bestand, dass die Re-Education nur unter weitgehender Beteiligung der Deutschen selbst erfolgreich sein könne, setzten sich ab 1942 die politisch Gemäßigten gegen die Hardliner um Vansittart durch.¹¹⁹ Das Konzept und die Umsetzung der Re-Education entsprangen der langjährigen Kolonialerfahrung der Briten und wurden so zu einem typischen Instrument der britischen Besatzungspolitik. Die Erfahrungen in Indien schienen geeignet zu sein, einen »change of attitude« durch eine Kombination von occupation und education auch in Deutschland herbeizuführen.¹²⁰

Dabei bedeutete Re-Education mehr als bloße Umerziehung. Ziel war vielmehr die Anleitung zu selbstständigem Denken und Selbstverantwortung.¹²¹ Durch »die Beeinflussung der nationalen Normen einer Volksgruppe«¹²² sollte nationalsozialistisches und militaristisches Gedankengut aus den Köpfen verbannt und die Deutschen zu Demokraten mit Verantwortungsbewusstsein für die Angelegenheiten des öffentlichen Lebens erzogen werden. Notwendig war, wie Robert Birley, der Educational Adviser der britischen Zone, es ausdrückte, die Entwicklung eines »sense of personal responsibility for the affairs of the

116 Zitiert nach Jones, *Eradicating Nazism*, S. 145.

117 Zu den frühen britischen Re-Education-Plänen vgl. Kettenacker, Lothar: *The Planning of »Re-Education« during the Second World War*, in: Nicholas Pronay (Hg.): *The Political Re-Education of Germany & her Allies after World War II*, Beckenham 1985, S. 59–81; zur Bildungspolitik der Briten vgl. Lutzeback, Rolf: *Die Bildungspolitik der Britischen Militärregierung im Spannungsfeld zwischen »education« und »reeducation« in ihrer Besatzungszone, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg in den Jahren 1945–47*, Frankfurt/M u. a. 1991.

118 Kettenacker, *Planning*, S. 60; zum Vansittartismus vgl. v. a. Pakschies, *Umerziehung*, S. 25 ff.

119 Krönig/Müller, *Nachkriegssemester*, S. 82.

120 Pronay, *Introduction*, S. 8.

121 Lutzeback, *Bildungspolitik*, S. 16.

122 Faulk, *Die deutschen Kriegsgefangenen*, S. 681.

State«. ¹²³ Dabei umfasste der englische Begriff ›education‹ einen weiteren Wortsinn, als die deutschen Begriffe ›Erziehung‹ oder ›Bildung‹. ›Education‹ betont stärker die Charakterbildung und die Vermittlung von Wertvorstellungen als den Erwerb von Wissen und Fähigkeiten. Dem Konzept der Re-Education lag das angelsächsische Ideal der Citizenship, der Vorstellung eines engagierten, mündigen Bürgers zu Grunde. ¹²⁴ Es ging den Briten somit stärker um eine Umorientierung, nicht um Umerziehung im Sinne der Begriffe ›Zucht‹, ›Zögling‹ oder ›Erzieher‹. ¹²⁵

Die größten Möglichkeiten im Sinne der Re-Education auf die Deutschen einwirken zu können, sahen die Briten im Erziehungswesen: »it was clear that education would be the main vehicle of Allied influence«. ¹²⁶ Eine besondere Rolle in diesem Konzept spielten die Universitäten als Ausbildungsstätten der künftigen deutschen Elite. ¹²⁷ Voraussetzung für die Umsetzung einer Reform des Bildungswesens war jedoch zunächst die Verdrängung der nationalsozialistischen Ideologie aus dem Bildungssystem. Dazu gehörten zum einen die Wiederherstellung des gleichberechtigten Zugangs aller zu den Bildungseinrichtungen sowie die Entpolitisierung und Entideologisierung der Schulen und Universitäten. Zudem musste vor der Wiedereröffnung der Universitäten der Lehrkörper von Nationalsozialisten gesäubert werden. Obwohl die Briten im Allgemeinen die Entnazifizierung pragmatisch handhabten und oftmals wirtschaftlichen Erwägungen den Vorrang einräumten, strebten sie im Bildungswesen eine umfassende Säuberung an und erreichten dort eine Überprüfungsquote von über 90 %. ¹²⁸ Dennoch erwiesen sich die Briten in Fragen der Entnazifizierung von allen Besatzungsmächten als am wenigsten dogmatisch. Sie waren weder von einem missionarischen Entnazifizierungseifer beseelt, noch konnten sich die Anhänger der Kollektivschuldthese bei der Etablierung des Verfahrens durchsetzen. Die Säuberungsmaßnahmen der Briten sahen die weitgehende Erhaltung des staatlichen und kommunalen Verwaltungsapparates vor und waren in stärkerem Maße als die Maßnahmen der übrigen Alliierten von einem Pragmatismus geprägt, dessen oberstes Ziel die straffe Verwaltung der Zone und die Vermeidung chaotischer Zustände durch den Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung darstellte. ¹²⁹ Gerade dieser Pragmatismus war es jedoch, der die Entnazifizierungsmaßnahmen aus deutscher Sicht oft als Willkür er-

123 Birley, *British Policy*, S. 54.

124 Wüstemeyer, *Reeducation*, S. 228.

125 Jürgensen, *Kulturpolitik*, S. 129.

126 Murray, *British Contribution*, S. 70.

127 Erger, *Neubeginn der Lehrerbildung*, S. 21.

128 Vollnhals, *Entnazifizierung*, S. 29; Rauh-Kühne, *Entnazifizierung*, S. 44.

129 Dotterweich, »Arrest« und »Removal«, S. 307; Marshall, *German Attitudes*, S. 669.

schienen ließ.¹³⁰ Obwohl die Entnazifizierung sicher als der umstrittenste Teil der Besatzungspolitik gelten kann, haben Freiheitsentzug und Entlassung sowie temporäre soziale Deklassierung und gesellschaftliche Demütigung der ehemals aktiven Nationalsozialisten zu deren politischer Disziplinierung geführt, die sich für den Aufbau eines demokratischen Staatswesens als unverzichtbar erwies.¹³¹

Es war ein besonderes Anliegen der Briten in Bezug auf die Hochschulen, nicht allein zum Hochschulsystem der Weimarer Zeit zurückzukehren und den status quo ante wieder herzustellen. Es ging ihnen vielmehr um weitergehende Reformen. Dazu gehörte zum einen die Durchbrechung der Exklusivität der deutschen Universitäten und deren Öffnung für untere Bevölkerungsschichten,¹³² zum anderen die Einschränkung der nahezu unumschränkten Macht der Ordinarien. Da die Briten befürchteten, die Re-Education mit einem überalterten und konservativen Lehrkörper nur unzureichend durchführen zu können, setzten sie ihre Hoffnung auf junge Nichtordinarien und Nachwuchsdozenten.¹³³ Ein besonderes Augenmerk richteten die Briten auch auf studentische Vereinigungen. Da sie gerade die Korporationen als Hort des Nationalsozialismus ansahen, sprachen die Briten ein generelles Verbot traditioneller Studentenverbindungen aus und behielten sich die Zulassung neuer studentischer Vereinigungen vor. Gleichzeitig war es aber das Ziel der britischen Universitätspolitik, das studentische Gemeinschaftsleben zu fördern, um die durch das Verbot der Korporationen entstandene Lücke zu schließen.¹³⁴

Die Zeit der britischen Besatzung lässt sich im Hinblick auf das Bildungswesen in drei Phasen einteilen.¹³⁵ Die erste Phase stellt die Periode direkter und umfassender Kontrolle durch die Briten dar. Sie dauerte vom Beginn der Besatzung bis Ende 1946. Zum 1. Januar 1947 wurde die Verantwortung im Bildungsbereich zum großen Teil in deutsche Hände übergeben, die Briten behielten sich aber Mitsprache- und Vetorechte vor. Diese zweite Phase der indirekten Kontrolle war von der Zusammenarbeit zwischen Briten und Deutschen geprägt und währte bis zur Gründung der Bundesrepublik im September 1949. Danach begann die dritte Phase, in der die Kontrollfunktion der Briten nach und nach vollständig beseitigt wurde. Mit der Aufhebung des Besatzungsstatuts und der Übergabe der bedingten Souveränität an die Bundesrepublik im Mai 1955 endete schließlich auch diese letzte Phase der britischen Besatzung.

130 Gödde, *Entnazifizierung*, S. 68.

131 Ebd., S. 316.

132 Pingel, *Wissenschaft*, S. 186.

133 Defrance, *Les alliés occidentaux*, S. 121.

134 Balfour, *Vier-Mächte-Kontrolle*, S. 356.

135 Die Einteilung folgt der von Jürgensen, *Concept and Practise*, S. 91 vorgenommenen Unterteilung.

1.3. Universitärer Neubeginn in Bonn

Mit dem Einmarsch amerikanischer Truppen am 8. März 1945 und der offiziellen Übergabe der Stadt am folgenden Tag war die Herrschaft der Nationalsozialisten in Bonn beendet.¹³⁶ Zwar dauerten die Kampfhandlungen im rechtsrheinischen Stadtgebiet noch bis Ende März an, das Ende des Krieges jedoch war absehbar und die unmittelbare Bedrohung der Bevölkerung durch Bombenangriffe vorüber. Die Amerikaner bemühten sich, die Verwaltungsstrukturen der Stadt soweit wie möglich aufrecht zu erhalten. Am 30. März übertrug der amerikanische Stadtkommandant, Major Cofran, die Leitung der Stadtverwaltung einem ›Fünfferrat‹ genannten Gremium, dem neben dem späteren Bürgermeister Eduard Spoelgen unter anderem die Professoren Hans Cloos und Wilhelm Ceelen angehörten.¹³⁷

Noch vor dem offiziellen Ende des Krieges durch die bedingungslose Kapitulation der deutschen Streitkräfte am 8. Mai begann die Bonner Universität mit ihrer Reorganisation. Der letzte nationalsozialistische Rektor, der Mineraloge Karl Chudoba, hatte bereits im Januar Bonn verlassen und den politisch unbelasteten Professor für landwirtschaftliche Betriebslehre Theodor Brinkmann zu seinem Nachfolger ernannt. Dieser nahm noch im März 1945 Kontakt zu den Amerikanern auf und erwirkte den Schutz der Universität vor den weiter andauernden Gefechten im Bonner Raum.¹³⁸ Durch Brinkmann wurde die personelle Kontinuität an der Spitze der Bonner Universität gewahrt und das Fortbestehen der Universität gewährleistet. Obwohl verschiedentlich von deutscher Seite die Befürchtung geäußert wurde, die Universitäten könnten von den Alliierten geschlossen werden, war das Fortbestehen der Universitäten von Amerikanern und Briten nie in Frage gestellt worden. Es kann somit in keinem Fall davon gesprochen werden, dass die Universitäten im Mai 1945 von den Alliierten geschlossen oder gar aufgehoben worden seien.¹³⁹

Brinkmann war es auch, der die Neukonstituierung des Senats initiierte. Am 12. April 1945 versammelten sich auf seine Einladung hin sieben politisch unbelastete Professoren,¹⁴⁰ je einer aus jeder Fakultät, zu einer ersten Sitzung, auf

136 Zum Kriegsende in Bonn vgl. van Rey, Universität Bonn, S. 37 und Vogt, Bonn, S. 613 ff.

137 Bericht Spoelgens auf der Sitzung der Stadtvertretung am 8. 3. 1946, StAB Pr 9/69, p. 22 ff.; Hans Cloos (1885–1951), Prof. für Geologie in Bonn seit 1926; Wilhelm Ceelen (1883–1964), Prof. für Pathologie und Direktor des Pathologischen Instituts in Bonn seit 1926, emeritiert 1952. Zur Gründung des Fünfferrates vgl. Spoelgen, Aus Bonns jüngster Vergangenheit, S. 421 und George, Neubeginn, S. 226.

138 Chronik 1948/49, S. 8; Rektor Chudoba wurde am 10.4. von den Amerikanern verhaftet, UAB UV 223–28. Theodor Brinkmann (1887–1951), Prof. für landwirtschaftliche Betriebslehre, Ordinarius in Bonn seit 1919, emeritiert 1948.

139 Heinemann, Universitäten aus britischer Sicht, S. 42, 49.

140 ›Politisch unbelastet‹ ist hier im Sinne einer Nichtmitgliedschaft in einer NS-Parteiorga-

der über die Zukunft der Universität beraten wurde. Diese Sitzung markierte den Beginn des Wiederaufbaus der Universität Bonn nach dem Zweiten Weltkrieg. An ihr nahmen die Professoren Ethelbert Stauffer (Evangelisch-Theologische Fakultät), Wilhelm Neuss (Katholisch-Theologische Fakultät), Erwin von Beckerath (Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät), Erich von Redwitz (Medizinische Fakultät), Friedrich Oertel (Philosophische Fakultät), Hans Cloos (Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät) und Brinkmann selbst als Vertreter der Landwirtschaftlichen Fakultät teil.¹⁴¹ Es wurde lediglich ein Beschluss gefasst: »Die Leitung der Verwaltung der Universität ist Sache des Rektors«. ¹⁴² Die Senatsmitglieder übernahmen dabei gleichzeitig die Funktion als vorläufige Dekane ihrer jeweiligen Fakultät. Damit hatte sich ein Gremium konstituiert, dessen erklärte Zielsetzung die Aufrechterhaltung der universitären Selbstverwaltung war. Seine Legitimität musste jedoch fragwürdig erscheinen, da weder eine Bestätigung durch eine übergeordnete Stelle noch eine Legitimierung durch eine ordentliche Wahl erfolgt war. Der provisorische Senat verdankte seine Entstehung allein der Ernennung durch den amtierenden Rektor und war damit eher nach den Maßstäben des ›Führerprinzips‹ erfolgt als nach demokratischen Vorstellungen. Die Mitglieder des Senats waren sich dieser Problematik durchaus bewusst und bemühten sich, da Vollversammlungen von der Militärregierung verboten worden waren, um schriftliche Bestätigung durch die übrigen Fakultätsmitglieder.¹⁴³ Im Falle der Katholisch-Theologischen Fakultät erfolgte die Übertragung der Dekansgeschäfte auf Wilhelm Neuss mit ausdrücklicher Zustimmung des amtierenden nationalsozialistischen Dekans Hans Barion. Die Fakultät billigte diese Entscheidung auf ihrer ersten Sitzung am 18. April 1945.¹⁴⁴

Nur wenige Tage später beschloss der vorläufige Rektor mit den vorläufigen

nisation zu verstehen. Zumindest bei Oertel und vor allem bei Stauffer kann als umstritten gelten, inwieweit sie sich dem Nationalsozialismus angenähert hatten, zu Oertels Rolle im ›Dritten Reich‹ vgl. Kahle, Universität Bonn, S. 118.

141 Ethelbert Stauffer (1902–1979), Prof. für Neues Testament, Ordinarius in Bonn seit 1935, wechselte 1948 an die Universität Erlangen; Wilhelm Neuß (1880–1965), Prof. für Kirchengeschichte, Ordinarius in Bonn seit 1920, 1936 zum nicht residierenden Domkapitular ernannt, emeritiert 1949; Erwin von Beckerath (1889–1964), Prof. für Staats- und Wirtschaftswissenschaft, Ordinarius in Bonn seit 1939, emeritiert 1957; Erich von Redwitz (1883–1964), Prof. für Chirurgie, Ordinarius in Bonn seit 1928, Direktor der Chirurgischen Klinik und Leiter des St. Johannes-Hospitals, emeritiert 1952; Friedrich Oertel (1884–1975), Prof. für Alte Geschichte, Ordinarius in Bonn seit 1929, emeritiert 1952.

142 Protokoll vom 12. 4. 1945, UAB Senat 33–1.

143 Rundschreiben des »vorläufigen Dekans« der Phil. Fak. vom 17. 4. 1945, UAB PF 138–163.

144 Sitzungsprotokoll vom 18. 4. 1945, AKathFakB Ordner Fakultätssitzungen. Hans Barion (1889–1973) amtierte seit 1939 als Dekan und war überzeugter Nationalsozialist. Von den Briten wurde er 1945 entlassen, wogegen er umgehend Einspruch erhob. Die daraus resultierenden Rechtsstreitigkeiten zogen sich bis 1957 hin, an die Universität Bonn ist er jedoch nie zurückgekehrt, vgl. dazu HStAD NW 144–341, -343 und -344.

Dekanen, einen von den ortsanwesenden, politisch nicht belasteten Kollegen getragenen ›Repräsentativ-Ausschuss‹ zu bilden, »der im wesentlichen nicht viel anderes ist als der frühere Senat, in seiner Bezeichnung aber mehr dem amerikanischen Empfinden entspricht«. ¹⁴⁵ Neben den vorläufigen Dekanen sollten diesem Ausschuss der 1934 entlassene ehemalige Rektor Heinrich Mathias Konen und der ebenfalls von den Nationalsozialisten vertriebene Dozent der Kunstgeschichte Heinrich Lützel angehören. Wenig später wurde der Repräsentativ-Ausschuss durch den Botaniker Johannes Fitting, der an Stelle von Hans Cloos das mathematisch-naturwissenschaftliche Dekanat übernommen hatte, auf zehn Personen erweitert. ¹⁴⁶

Der Repräsentativ-Ausschuss bemühte sich unmittelbar nach der Kapitulation um die Anerkennung durch die amerikanische Besatzungsmacht. Eine der ersten Handlungen war daher der Entwurf einer Denkschrift an das Oberkommando der Besatzungsarmee, in welchem die Universität Bonn ihre oppositionelle Haltung gegen die Nationalsozialisten betonte. ¹⁴⁷ Da im selben Schreiben die von den Amerikanern durchgeführten Entlassungen an Hand von Mitgliederlisten der NSDAP sowie Plünderungen und Vandalismus amerikanischer Truppen scharf verurteilt wurden, ist anzunehmen, dass der Entwurf nicht in dieser Form den amerikanischen Militärbehörden übergeben wurde.

War Bonn ursprünglich von amerikanischen Truppen erobert worden, so lag es doch auf dem Gebiet der geplanten britischen Zone. Der unerwartet schnelle Vorstoß der Amerikaner in den letzten Kriegsmontaten hatte dazu geführt, dass das von ihnen eroberte Gebiet erheblich größer war, als die geplante amerikanische Besatzungszone. Da der nördliche Teil der ehemaligen preußischen Rheinprovinz in der geplanten britischen Besatzungszone lag, wurden bald nach der Kapitulation der Wehrmacht Maßnahmen zur Übergabe des Gebietes an britische Armee-Einheiten getroffen. Am 15. Mai erreichte das britische Armeedetachment 201 unter Lieutenant Colonel Pirie Bonn. ¹⁴⁸ Es folgte eine kurze Zeit der gemeinsamen amerikanisch-britischen Verwaltung Bonns, ehe die Stadt am 28. Mai offiziell an die Briten übergeben wurde. Zum neuen Stadtkommandant wurde Pirie ernannt. ¹⁴⁹

Am 1. Juni wurde der Repräsentativ-Ausschuss der Universität, der sich in-

145 Rundschreiben des Dekans der Phil. Fak. vom 3. 5. 1945, UAB PF 138 – 163.

146 Senatssitzung vom 30. 5. 1945, UAB Senat 33 – 1; Heinrich Mathias Konen (1874–1948), Ordinarius für Physik in Bonn seit 1920, Rektor 1929/30 und 1931, 1934 in den Ruhestand versetzt, 1945 wieder rehabilitiert, erneut Rektor 1945–1948; Heinrich Lützel (1920–1988), seit 1930 Privatdozent für Kunstgeschichte in Bonn, 1940 Lehrverbot, 1945 rehabilitiert und 1946 zum Ordinarius ernannt, emeritiert 1970; Johannes Fitting (1877–1970), seit 1912 Ordinarius für Botanik in Bonn, emeritiert 1946.

147 UAB UV 69 – 3.

148 Kriegstagebuch des Detachment 201 der BAOR, PRO WO 171/7936.

149 Bonn 1945 – 1950, S. 29; Vogt, Neue Quellen, S. 435.

zwischen in Verwaltungsrat umbenannt hatte,¹⁵⁰ durch die Militärregierung offiziell bestätigt. Er erhielt dabei den Auftrag,

»to properly safeguard, collect and preserve the property, equipment, instruments and library of the university. [...] This board is further authorized to make plans for the reorganisation, rebuilding and restaffing of the University preparatory to its reopening at same [sic!] future date.«¹⁵¹

Damit waren die Weichen für die Vorbereitung der Wiedereröffnung der Universität gestellt, obwohl im selben Dokument dem Verwaltungsrat ausdrücklich verboten wurde, den Lehrbetrieb wieder aufzunehmen: »This authorization does not include authorization to reopen any part of the university as an educational institution.«¹⁵²

Die entscheidende Persönlichkeit in der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte der Universität Bonn war der Physiker Heinrich Mathias Konen. Er amtierte bereits in den 20er Jahren als Rektor, wurde jedoch von den Nationalsozialisten wegen seiner Mitgliedschaft im Zentrum 1934 in den Ruhestand versetzt.¹⁵³ Auf Grund seiner Tätigkeit im Zentrum verfügte Konen über ausgezeichnete politische Beziehungen und Erfahrungen. Zusammen mit seiner politischen Unbedenklichkeit ließen ihn diese Eigenschaften nach dem Krieg trotz seines hohen Alters – er war 1945 bereits 70 Jahre alt – als einen geeigneten Mann für eine führende Rolle im politischen und gesellschaftlichen Leben erscheinen.

Seit Juni 1945 amtierte Konen als Vizepräsident des Verwaltungsrates, im Juli übernahm er schließlich das Amt des provisorischen Rektors. Am 5. Juli 1945 hatte Brinkmann dem Verwaltungsrat seinen Rücktritt mitgeteilt, diesen aber zurückgezogen, nachdem ihm der Verwaltungsrat nachdrücklich das Vertrauen ausgesprochen hatte.¹⁵⁴ Dennoch wurde der Rücktritt wenig später rechtskräftig, da »der Militärgouverneur durch Zufall das Abschiedsgesuch des bisherigen Präsidenten erhalten und daraufhin den bisherigen Vizepräsidenten mit der Nachfolge betraut« hatte.¹⁵⁵ Der Verwaltungsrat sprach daraufhin Konen das volle Vertrauen aus. Konen seinerseits erklärte sich bereit, das Amt kommissarisch auszuüben, bis eine Wahl stattfinden könne. Damit stand Konen nach

150 Nach der Übergabe Bonns an die Briten wurde die Bezeichnung ›Verwaltungsrat‹ für das universitäre Leitungsgremium üblich, die Bezeichnung ›Repräsentativ-Ausschuss‹ wurde nicht weiter gebraucht, Senatssitzung vom 30.5.1945, UAB Senat 33–1.

151 UAB UV 69–1, auch UAB MF 68–7.

152 Ebd.

153 UAB PA 4377 Heinrich Mathias Konen.

154 Senatssitzung vom 5.7.1945, UAB Senat 33–1.

155 Senatssitzung vom 19.7.1945, UAB Senat 33–1; bereits am 10.7.1945 hatte Gouverneur Pirie brieflich sein Bedauern über den Rücktritt Brinkmanns ausgedrückt, UAB UV 139–308.

1929/30 und 1931 zum dritten Mal an der Spitze der Bonner Alma Mater. Mit der Ernennung Konens zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates war die Konstituierung der Universitätsleitung vorerst abgeschlossen. Ende August 1945 gestand die Militärregierung auch die Verwendung der alten Bezeichnungen Rektor, Prorektor, Dekan und Senat wieder zu.¹⁵⁶

Nach seiner offiziellen Anerkennung durch die Militärregierung ging der Verwaltungsrat seinem Auftrag gemäß daran, die zügige Wiedereröffnung der Universität vorzubereiten. Dabei waren die beiden größten Schwierigkeiten der Wiederaufbau der zerstörten Universitätsgebäude und die Schaffung eines ausreichend großen und für die Militärregierung akzeptablen, d. h. von Nationalsozialisten gereinigten Lehrkörpers. Mit dem Wiederaufbau der Gebäude wurde der in den 20er Jahren für den Ausbau der Universität verantwortliche Universitätsbaurat Bernhard Gelderblom beauftragt, dem eine Baukommission des Senats unter dem Vorsitz des Kunsthistorikers Heinrich Lützeler zur Seite gestellt wurde.¹⁵⁷

War schon die bauliche Rekonstruktion der Universität ein Vorhaben, das angesichts der Knappheit des Materials, der Transportkapazitäten und der Arbeitskräfte nur unter größten Schwierigkeiten zu bewältigen war, so erwies sich die Zusammenstellung eines politisch einwandfreien Lehrkörpers als Aufgabe, an der die Wiedereröffnung der Universität zu scheitern drohte. Bei Kriegsende befanden sich nur noch 15 Dozenten in Bonn.¹⁵⁸ Im Verlaufe des Sommers kehrte jedoch ein Großteil der Professoren und Dozenten wieder nach Bonn zurück. Zur Reorganisation des Lehrkörpers richtete der Verwaltungsrat am 24. Mai eine Rückkehrerkommission ein, die die Erfassung und Unterbringung der nach Bonn zurückkehrenden Professoren und Dozenten organisierte.

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates war klar, dass der bestehende Lehrkörper nicht ohne personelle Veränderungen übernommen werden konnte. Die Alliierten hatten sich die Entfernung aller Nationalsozialisten aus dem öffentlichen Leben zum Ziel gesetzt. Bereits im April 1945 hatten die Amerikaner politische Fragebogen ausgegeben, die von allen im öffentlichen Dienst oder in sonstigen verantwortungsvollen Positionen tätigen Personen ausgefüllt werden mussten.¹⁵⁹ Zudem hatte die ausnahmslose Entlassung aller ehemaligen Parteimitglieder in der Bonner Stadtverwaltung durch die Amerikaner dem Verwal-

156 Schreiben vom 28.8.1945, UAB UV 69 – 1.

157 Die Baukommission unter Lützeler hatte sich bereits vor dem Verwaltungsrat konstituiert und am 30.3.1945 erste Maßnahmen zur Sicherung des Hauptgebäudes eingeleitet, UAB Senat 15 – 15; zur Baugeschichte des Schlosses nach 1945 vgl. Satzinger, Das kurfürstliche Schloss, bes. S. 139 ff. und Lützeler, Entwicklung, S. 118 ff.

158 Lützeler, Entwicklung, S. 120.

159 Horn, Wiederaufbau, S. 62.

tungsrat den akuten Handlungsbedarf vor Augen geführt.¹⁶⁰ Auch die Briten begannen, nachdem sie die Kontrolle über Bonn von den Amerikanern übernommen hatten, mit der Überprüfung der Professoren und Dozenten auf der Grundlage von Fragebogen. Um alliierten Zwangsmaßnahmen zuvorzukommen, bemühte sich der Verwaltungsrat nach Kräften, die interne Säuberung in eigener Verantwortung voranzutreiben. Dabei erwies sich die anfangs noch unregelte Entnazifizierungspolitik der Briten als Vorteil, da sie der Universität den Freiraum ließ, die Chance zur Selbstreinigung zu ergreifen.¹⁶¹ Am 24. Mai beschloss der Verwaltungsrat daher die Einrichtung einer so genannten Nachrichtenkommission, die Informationen über die politische Vergangenheit der Universitätsangehörigen zusammentragen sollte. Das genaue Tätigkeitsfeld der Kommission und der Verwendungszweck der gesammelten Informationen blieb jedoch unklar, was zu erheblicher Unruhe im Kollegenkreis führte.¹⁶²

Dieser Kommission, die sich am 6. Juni unter der Leitung des Psychologen Siegfried Behn konstituierte, gehörten außerdem der Astronom Friedrich Becker und der Kunsthistoriker Heinrich Lützeler an.¹⁶³ Die Nachrichtenkommission begann zunächst mit der Sichtung der zur Verfügung stehenden Akten des Rektorats, des Kurators, des Dozentenbundführers und der Dekanate.¹⁶⁴ Nach der ersten Aktensichtung ging die Kommission zur gezielten Materialsammlung bezüglich der ›Grauen Dozenten‹ über, also derjenigen Dozenten, über deren Be- oder Entlassung noch nicht endgültig entschieden worden war. Zu diesem Zweck führte die Nachrichtenkommission auch mündliche Befragungen von Universitätsangehörigen durch.¹⁶⁵ Gerade durch diese Vorgehensweise, die Denunziationen Vorschub leistete, sahen sich die Mitglieder der Kommission dem Unmut der Kollegen ausgesetzt. Der dritte Schritt war die Überprüfung der einzelnen Fakultäten. Im August 1945 vermeldete die Kommission, dass die Bearbeitung der Evangelisch-Theologischen Fakultät abgeschlossen sei.¹⁶⁶ Die Überprüfung der Philosophischen Fakultät zog sich über einen längeren Zeitraum hin, die Beziehungen zu den Medizinern gestalteten sich offenbar schwierig. So äußerte Behn mehrfach die Befürchtung, die Mediziner betrieben ihre völlige Ausschaltung aus dem Überprüfungsprozess.¹⁶⁷

160 Vgl. hierzu Spoelgen, *Vergangenheit*, S. 423.

161 Henke, *Trennung*, S. 44.

162 Defrance, *Les alliés occidentaux*, S. 98.

163 UAB UV 69–2; Siegfried Behn (1884–1970), Prof. für Psychologie, seit 1931 Ordinarius in Bonn, emeritiert 1949; Friedrich Becker (1900–1985), Prof. für Astronomie, seit 1937 apl. Prof. in Bonn, 1947 zum Ordinarius ernannt, emeritiert 1966.

164 Verwaltungsratssitzung vom 28. 6. 1945, UAB Senat 33–1.

165 Im 1. Tätigkeitsbericht der Kommission vom 10. 6. 1945 äußerte Behn: »Kluge Damen auf Bureaus sind überhaupt bei ihrem Ehrgeiz gute ›Quellen‹«, UAB UV 139–309.

166 9. Tätigkeitsbericht vom 7. 8. 1945, UAB UV 139–318.

167 Ebd. sowie im 3. Tätigkeitsbericht vom 19. 6. 1945, UAB UV 139–309.

Im Laufe des Sommers drängte die Universität im Hinblick auf eine zügige Wiedereröffnung auf eine Beteiligung an der »Siebung der Dozenten«,¹⁶⁸ die bis dahin ausschließlich von der Militärregierung auf der Grundlage der eingereichten Fragebogen durchgeführt wurde. Der Verwaltungsrat hatte die Notwendigkeit einer »Nachprüfung und Reinigung des Lehrkörpers« vor der Wiedereröffnung erkannt und bemühte sich um eine Beschleunigung des Verfahrens durch eine aktive Mitarbeit der Universität.¹⁶⁹ Parallel zur Nachrichtenkommission richtete der Verwaltungsrat daher am 12. Juli einen Gutachterausschuss unter der Leitung von Professor Hellmuth von Weber ein.¹⁷⁰ Dieser Ausschuss sollte im Gegensatz zur Nachrichtenkommission nicht nur zur reinen Informationsbeschaffung dienen, sondern Gutachten erstellen, die ausdrücklich zur Weitergabe an die Militärregierung und zur Verwendung im Entnazifizierungsprozess bestimmt waren.¹⁷¹ Dieses Verfahren wurde von der britischen Militärregierung anerkannt, die Mitwirkung von Universitätskommissionen bei der Vorbereitung der Entscheidungen in den Entnazifizierungsverfahren nachdrücklich begrüßt.¹⁷² Die ausschließliche Verantwortlichkeit für das gesamte Verfahren behielten sich die Briten jedoch ausdrücklich vor. Dass der Gutachterkommission die Anerkennung durch die britische Militärregierung bereits im Spätsommer 1945 gelang, kann als Erfolg der Universität gewertet werden, da die offizielle britische Gesetzgebung eine Beteiligung deutscher Stellen am Entnazifizierungsverfahren erst ab Dezember 1945 vorsah.¹⁷³ Der Grund für die Kooperationsbereitschaft der Briten lag in der seit spätestens August 1945 bestehenden Konvergenz der Ziele von Universität und Militärregierung. Die Universitäten der Zone sollten zum Wintersemester wiedereröffnet werden. Bis dahin musste also die Überprüfung einer ausreichenden Menge an Dozenten abgeschlossen sein, um den Lehrbetrieb wieder aufnehmen zu können. Ein beschleunigtes Verfahren lag daher auch im Interesse der Briten.

Es erwies sich jedoch schon bald, dass die Arbeit des Gutachterausschusses durch die große Zahl der zu Überprüfenden nur langsam voranging. Der Senat sah die Wiedereröffnung zum Wintersemester durch das schleppende Verfahren

168 Anonyme Denkschrift Nr. 3 zur schnelleren Eröffnung der Universität Bonn vom 12. 6. 1945, UAB MF 68–8.

169 Konen an Militärgouverneur am 12. 7. 1945, UAB UV 69–1.

170 Verwaltungsratssitzung vom 12. 7. 1945, UAB Senat 33–1; Hellmuth von Weber (1893–1970), Prof. für Strafrecht, Ordinarius in Bonn seit 1937, seit 1946 Universitätsrichter, emeritiert 1961.

171 Verwaltungsratssitzung vom 26. 7. 1945, UAB Senat 33–1.

172 Schreiben der Militärregierung vom 27. 7. 1945, UAB UV 69–1; vgl. auch: Protokoll der 1. Hochschulkonferenz am 26./27. 7. 1945 in Göttingen, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 71.

173 Wie Krämer gezeigt hat, war die Selbstentnazifizierung von Behörden keineswegs so unüblich, wie in der älteren Forschung angenommen, Krämer, Verhältnis, S. 61 ff.

gefährdet. Professor von Weber wurde daher gebeten, seine Bemühungen zu beschleunigen. Außerdem wurde beschlossen, ehemalige Angehörige der SS sofort zu beurlauben, um die Zahl der zu Überprüfenden zu verringern.¹⁷⁴

Von Anfang an war es das Bestreben des Verwaltungsrates, die Universität baldmöglichst wiederzueröffnen. Im Juli 1945 begann die Universität damit, die nach Göttingen ausgelagerten Akten des Kuratoriums nach Bonn zurückzuführen. Am 6. Juli fand der Rücktransport der ersten 100 Materialkisten statt. Die Rückführungsaktion zog sich aber wegen mangelnder Transportkapazitäten bis zum August 1945 hin.¹⁷⁵ Noch schwieriger gestaltete sich die Rückführung des Materials, welches in andere Besatzungszonen ausgelagert worden war. So konnten beispielsweise umfangreiche Buchbestände aus der französischen Zone nicht vor der Wiedereröffnung der Universität nach Bonn zurückgeholt werden.

Während die Universität selbst ihre Wiedereröffnung mit aller Kraft vorantrieb, standen die Briten einer Aufnahme des Lehrbetriebs anfänglich skeptisch gegenüber. Sie richteten ihr Augenmerk zunächst auf die Volksschulen, die bis zum 1. Oktober 1945 wiedereröffnet werden sollten.¹⁷⁶ Innerhalb der Education Branch war die Priorität der Wiedereröffnung der Hochschulen umstritten. Obwohl u. a. die Medical Branch und die Legal Division der Militärregierung die Wiedereröffnung der Hochschulen gefordert hatten, um dem Mangel an Ärzten und Juristen begegnen zu können, hieß es in einem Memorandum der Education Branch vom Juni 1945, es solle nichts getan werden, um den Eindruck zu erwecken, die Universitäten könnten in naher Zukunft wiedereröffnet werden.¹⁷⁷ Zu der Zeit arbeitete die Education Branch jedoch bereits Pläne zur Wiedereröffnung der Universitäten aus, da die Militärregierung in der Directive Nr. 8 verkündet hatte, ihr Ziel sei es, die Universitäten in Funktion zu halten. Da die Universitäten jedoch de facto ihren Betrieb eingestellt hatten, war die Education Branch mit Maßnahmen zur Wiedereröffnung beauftragt worden.¹⁷⁸ Im Laufe des Sommers 1945 ging der Widerstand innerhalb der Education Branch zurück und die Wiedereröffnung der Universitäten wurde nun auch von Seiten der Militärregierung energisch angegangen.¹⁷⁹ Im Juli erließ die Militärregierung eine Verfügung zur Wiedereröffnung der Universitäten Münster, Köln, Bonn und Aachen und übersandte den Fakultäten einen Fragebogen zur räumlichen

174 Verwaltungsratssitzung vom 8. 8. 1945, UAB Senat 33 – 1.

175 UAB UV 69 – 331; vgl. auch StAB Pr 42/941 Universitätsrückführung aus Göttingen.

176 Schreiben Riddys vom 10. 8. 1945, PRO FO 1050/1303.

177 Memorandum on the Re-Opening of German Hochschulen within the British Zone, Juni 1945, PRO FO 1050/1279.

178 Rundschreiben der International Affairs Division an alle übrigen Divisions vom 5. 6. 1945, PRO FO 1050/1279.

179 Die von Balfourt erkannte Absicht der Amerikaner und Briten, die Universitäten erst nach Abschluss der Entnazifizierung wiederzueröffnen, ließ sich an Hand der Quellen zur Universität Bonn nicht nachvollziehen, Balfourt, Vier-Mächte-Kontrolle, S. 349.

und personellen Situation, um die Möglichkeit einer Wiedereröffnung auszuloten.¹⁸⁰

In der Beantwortung der Fragebogen zeigte sich die Universitätsleitung optimistisch und plante die Wiederaufnahme des Vorlesungsbetriebes zum gewohnten Termin Mitte Oktober.¹⁸¹ Ende August besuchte eine britische Delegation die Universität, um sich vor Ort über die Möglichkeit der Wiedereröffnung zu informieren.¹⁸² Diese nahm vor allem den Fortschritt beim Wiederaufbau der Universitätsgebäude¹⁸³ sowie den Stand der Überprüfung des Lehrkörpers in Augenschein.¹⁸⁴ Der Delegation kamen dabei offenbar Zweifel, ob die Universität in der Lage sei, den Lehrbetrieb zum Wintersemester wieder aufzunehmen. Man verständigte sich darauf, den Wiedereröffnungstermin nach hinten zu verschieben. Neben der politischen Überprüfung der Professoren und Dozenten stellte die Bewältigung der enormen Menge von Studienbewerbern die Universität vor eine weitere Herausforderung. Nur 2.500 Studenten durften nach Vorgabe der Militärregierung aufgenommen werden. Die Zahl der Bewerber lag jedoch deutlich über 10.000.¹⁸⁵ Wie die Dozenten mussten auch die Studenten politisch überprüft werden. Hinzu kam, dass eine möglichst gerechte Auswahl aus der großen Zahl der Bewerber getroffen werden sollte.

Am 6. November wurde allen Schwierigkeiten zum Trotz der Vorlesungsbetrieb in Bonn in allen Fakultäten wieder aufgenommen. Ausgenommen waren nur die chemischen Praktika, die wegen der noch fehlenden Gasversorgung nicht stattfinden konnten, sowie einige Veranstaltungen der Zahnmediziner, die ebenfalls auf Grund technischer Schwierigkeiten ausfallen mussten.¹⁸⁶ Die feierliche Eröffnung der Universität erfolgte am 17. November mit einem Festakt im Saal des Collegium Leoninum unter Anwesenheit des Chefs der britischen

180 PRO FO 1013/2183, zitiert nach Heimbüchel, Die neue Universität, S. 602; am 18.7.1945 meldete William Strong nach London: »a survey of universities is now being started to see what faculties can be opened«, BDFa III,F, Vol. 7, S. 193; Unterlagen zur Beantwortung des Fragebogens befinden sich in UAB PF 138 – 164.

181 Memorial vom 28.8.1945, verfasst von Rektor und Senat, UAB UV 69 – 1.

182 Leiter der Delegation war James Mark, Beauftragter der Deutschlandabteilung des Foreign Office, später Sekretär des Deutschlandministers Lord Pakenham, vgl. Heinemann, Universitäten aus britischer Sicht, S. 49.

183 Die diesbezüglichen Gespräche verliefen erfolgreich, die Briten schätzten die Möglichkeiten zur baldigen Wiederherstellung des Hauptgebäudes positiv ein, Lützelner an Oertel, 28.8.1945, StAB NL Lützelner 94.

184 Koenen an den Vorsitzenden des Gutachterausschusses von Weber am 20.8.1945, UAB UV 139 – 325.

185 Die genaue Zahl der Bewerber lässt sich nicht mehr ermitteln, vgl. hierzu ausführlicher Kap. 2.1.

186 GUZ Nr. 7, 22.3.46, S. 26; vgl. dazu auch: George, Christian: Das rekonstruierte Vorlesungsverzeichnis der Universität Bonn für das Wintersemester 1945/46, in: Chronik der Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 119/120, NF 108/109 (2005), S. 348 – 377.

Militärregierung in der Nord-Rheinprovinz, General John Barraclough, und des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz, Robert Lehr.¹⁸⁷

Die Wiedereröffnung der Universität Bonn folgte mit dieser Entwicklung einem Grundmuster, das auch an anderen Universitäten zu beobachten war:¹⁸⁸ Die Führung der Universität übernahm nach dem Zusammenbruch des ›Dritten Reiches‹ ein unbelasteter Altrektor, die deutlich belasteten Dozenten wurden vielfach aus eigener Initiative der Universitäten entfernt. Da besonders junge Dozenten dem Druck der Partei nachgegeben hatten, dominierten auf Jahre hinaus ältere Ordinarien die Universitäten. Das vorrangige Ziel des Lehrkörpers war das Bestreben nach Rückkehr zur Normalität nach einem zwölfjährigen Ausnahmezustand. Vor dem ehrlichen Bemühen um einen Neuanfang trat die Analyse des Versagens der Universitäten vor dem Nationalsozialismus in den Hintergrund.

1.4. Die University Education Control Officers (UECOs)

Zur Überwachung des Bildungswesens und besonders zur Organisation der Entnazifizierung wurden von den Briten so genannte Education Control Officers (ECOs) eingesetzt, die der Education Branch unterstanden. Dabei waren die ECOs zunächst für alle Bildungseinrichtungen, die in ihrem jeweiligen Bezirk lagen, verantwortlich. So wurden auch die Belange der Bonner Universität von den in Köln ansässigen ECOs geregelt.¹⁸⁹ Ende 1945 ging die Militärregierung dazu über, für jede Universität einen eigenen ECO einzusetzen, der nun die Bezeichnung University Education Control Officer (UECO) erhielt.¹⁹⁰ Als erster Bonner UECO wurde Captain Olaf Brann am 20. Dezember 1945 dem Bonner Detachment der Militärregierung zugewiesen.¹⁹¹ Durch die Education Control Instruction (ECI) Nr. 53 wurden im Februar 1946 die UECOs direkt einer bestimmten Hochschule zugeordnet und konnten ein Büro unmittelbar an der Hochschule einrichten. Sie waren zu monatlichen Berichten gegenüber dem Hauptquartier der Education Branch verpflichtet und wurden aufgefordert, regelmäßig zu Konferenzen zusammenzukommen.¹⁹² Damit war der vor Ort ansässige UECO der Hauptansprechpartner der Militärregierung für alle Universitätsangehörigen.

187 Chronik 1939/40–1948/49, S. 8.

188 Schildt, *Im Kern gesund?*, S. 225 ff.

189 Dies teilte der Oberpräsident der Universität am 30.7.1945 mit, UAB MF 68–7; vgl. auch Schäfer, *Verfassungsgeschichte*, S. 238.

190 Heinemann, *Hochschuloffiziere*, S. 9; vgl. die Liste der Bonner UECOs im Anhang.

191 Kriegstagebuch des Detachment 201 BAOR, PRO WO 171/7936.

192 ECI Nr. 53, PRO FO 1013/2173.

Die Mehrheit der UECOs hatte für ihr Aufgabengebiet keine spezielle Ausbildung erhalten, viele waren noch sehr jung und kannten die deutschen Verhältnisse kaum. Einige von ihnen hatten zumindest an deutschen Universitäten studiert oder waren als Lektoren tätig gewesen.¹⁹³ Auf Grund ihrer mangelnden Erfahrung im Verwaltungsbereich wurde ihre Tätigkeit von deutschen und englischen Beobachtern oftmals als laienhaft empfunden.¹⁹⁴

Hinzu kam, dass die UECOs keine detaillierten Befehle erhielten, was genau an den einzelnen Hochschulen zu tun sei. Harry Beckhough¹⁹⁵, UECO der Universität Köln, berichtete von seiner Arbeitsanweisung:

»My brief was short to the point: First, the denazification of the universities and colleges and prevention of re-entry of known Nazis and those with Nazi affiliations. Second, to help to restore university life but on democratic basis, where possible by precept and persuasion, but with the power of veto or positive command.«¹⁹⁶

Der Grund für die unzureichende Vorbereitung der UECOs lag in der Tatsache, dass die Universitäten erst spät in das Blickfeld der Briten rückten.¹⁹⁷ Die Schulen hatten in der britischen Re-Education-Politik Vorrang. Als die Notwendigkeit zur Regelung der universitären Belange offenbar wurde, reichte die Zeit für eine gründliche Vorbereitung der UECOs nicht mehr aus.¹⁹⁸

Am 14. März 1946 wurde Captain Brann dem Senat der Universität offiziell vorgestellt.¹⁹⁹ In der Bonner Universitätszeitung umriss er seine Aufgabenbereiche: Im Mittelpunkt stehe der physische Wiederaufbau und die Lösung der damit verbundenen Schwierigkeiten. Als zentrale geistige Aufgabe nannte Brann »die etwas delikate Pflicht, Ihnen [den Dozenten und Studenten der Universität] eine Mannigfaltigkeit von Gedankengut, das Ihnen lange Zeit verschlossen war, wiederum zuzuführen.«²⁰⁰ Diese konstruktive Beschreibung seiner Aufgaben darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die UECOs als Vertreter der Militärregierung der Universitätsleitung übergeordnet waren und jede Zulassung eines

193 Phillips, *The University Officers of the British Zone*, S. 55. Zum WS 1947/48 erhielt die ehemalige Kieler UEO Amy Fletcher Cunningham einen Lehrauftrag an der Universität Bonn, den sie bis zum Ende des SS 1948 wahrnahm, vgl. Wenig, *Verzeichnis*, S. 49.

194 Pingel, *Wissenschaft, Bildung und Demokratie*, S. 194.

195 Der deutschstämmige Beckhough hatte seinen ursprünglichen Namen Beckhoff angliert, beide Schreibweisen sind in der Literatur gebräuchlich.

196 Beckhough, *The Role of the British University Control Officer*, S. 76.

197 Schneider, *Hochschulen*, S. 219.

198 Diese Ansicht wird von verschiedenen Teilnehmern eines 1982 in Oxford ausgerichteten Symposions zur britischen Hochschulpolitik im Nachkriegsdeutschland geäußert, vgl. Cox, *British University Policy*, S. 170 f.

199 Eine erste Besprechung zwischen Konen und Brann hatte bereits am 25.1.1946 stattgefunden, Senatssitzung vom 25.1.1946, UAB Senat 33–2.

200 BUZ Nr. 3, 18.6.1946, S. 1.

Dozenten oder Studenten durch ihre Hände ging. Sie lasen alle Fragebogen, stellten eigene Untersuchungen an und gaben die Dokumente dann an Public Safety (Special Branch) (PSSB), die für die Entnazifizierung zuständige Militärbehörde, weiter.²⁰¹ Dennoch ist Branns konstruktive Arbeitsauffassung typisch. Die UECOs bemühten sich in der Regel um eine enge Zusammenarbeit mit Rektor und Senat ihrer Hochschule. Diese Zusammenarbeit verlief insgesamt freundschaftlich und vertrauensvoll,²⁰² so dass die UECOs gerade in Fragen der politischen Überprüfung der Professoren und Studenten oftmals als Fürsprecher ihrer Universität bei der PSSB auftraten, die zu einer eher formalistischen Zulassungspolitik neigte.²⁰³ Das zurückhaltende Auftreten der UECOs ist auch ein Ausdruck eines der Grundprinzipien der britischen Deutschlandpolitik, der indirekten Kontrolle. In einem ersten Memorandum zur Re-Education in Germany heißt es dazu: »We should appear to guide rather than lead, to influence rather than to initiate.«²⁰⁴ Das Konzept der indirekten Kontrolle ließ den deutschen Behörden weitreichende Freiheiten bei der Neuentwicklung des Bildungssystems und beschränkte sich weitgehend darauf, Leitlinien vorzugeben und festzusetzen, welche Bereiche des NS-Bildungssystems nicht übernommen werden durften. Andererseits aber wurden keine Vorgaben gemacht, was an die Stelle des alten Systems treten sollte.²⁰⁵

Ursprünglich war vorgesehen, die an den Universitätsorten eingesetzten UECOs regelmäßig alle drei Monate auszutauschen, um allen UECOs der University Section die Möglichkeit zu geben, verschiedene Universitäten kennenzulernen.²⁰⁶ So war für Bonn als Nachfolger Branns Robert H. Pender vorgesehen, der dem Senat von Brann am 9. Juli vorgestellt wurde.²⁰⁷ Der geplante regelmäßige Wechsel wurde schließlich fallengelassen, nachdem die UECOs auf die Bedeutung des persönlichen Kontaktes und des Vertrauensverhältnisses zu den Universitätsangehörigen hingewiesen hatten, die sich nur langfristig entwickeln könnten. Brann blieb gemeinsam mit Pender bis zum Ende des Sommersemesters 1946 im Amt.²⁰⁸

Obwohl Brann im Frühjahr 1946 wegen einer Erkrankung für mindestens einen Monat ausfiel, so dass der Kölner UECO Harry Beckhough die Bonner

201 Bird, *The Universities*, S. 148.

202 Als Beispiel dafür mag ein Brief Branns dienen, den Konen im Dezember 1946 im Senat verlas. In diesem übermittelte Brann den Dozenten und Studenten seine Weihnachts- und Neujahrswünsche, Senatssitzung vom 18. 12. 1946, UAB Senat 33–2.

203 Bird, *The Universities*, S. 148.

204 PRO FO 371–39093 C 1997, zitiert nach Pakschies, *Re-Education*, S. 110.

205 Pakschies, *Re-Education*, S. 112.

206 3. Konferenz der UECOs am 5. 6. 1946, PRO FO 1010/89.

207 Senatssitzung vom 9. 7. 1946, UAB Senat 33–2.

208 Brann und Pender nahmen gemeinsam als Bonner Vertreter an den regelmäßigen Konferenzen der UECOs teil, vgl. PRO FO 1010/89.

Angelegenheiten zeitweise mit übernehmen musste,²⁰⁹ gelang es ihm, die Bedürfnisse der Universität Bonn gegenüber der Militärregierung erfolgreich zu vertreten. Sowohl bei der Erhöhung des Numerus clausus und der Frage der Zulassung von Displaced Persons als auch bei der Genehmigung einer eigenen Bonner Universitätszeitung setzte er sich für die Bonner Interessen ein.²¹⁰ Sein größter Erfolg war jedoch, dass es ihm gelang, von der französischen Militärregierung die Erlaubnis zu erwirken, die in der französischen Zone ausgelagerten Buchbestände der Universität nach Bonn zurücktransportieren zu dürfen.²¹¹

Im September 1946 wurden Brann und Pender als Bonner UECOs durch Ronald Gregor Smith abgelöst. Pender übernahm in der Folge die Leitung der University Section bei der Education Branch in Bünde.²¹² Der neue UECO war evangelischer Theologe und als Übersetzer der Schriften Martin Bubers hervorgetreten.²¹³ Unter Gregor Smith vertiefte sich die bereits unter Brann etablierte vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Universitätsleitung.²¹⁴ Insbesondere auch zu Karl Barth, der ihn und seine deutsche Verlobte im Sommer 1947 in Oberkassel traute, pflegte Gregor Smith ein enges Verhältnis.²¹⁵ Gregor Smith übte sein Amt fast ein Jahr lang aus und legte durch seine nachsichtige Amtsführung die Grundlage für die großzügige Immatrikulationspolitik Koenens, die später zu dessen Amtsenthebung unter Gregor Smiths Nachfolger George A. Kirk führen sollte.

In Gregor Smiths Amtszeit fiel auch eine grundlegende Änderung der Stellung der UECOs, welche von den Briten Anfang 1947 vollzogen wurde. Mit der Verordnung Nr. 57 übertrugen die Briten den deutschen Behörden zum 1. Januar die Verantwortung im Bildungs- und Erziehungswesen.²¹⁶ Dadurch verloren die UECOs die Befehlsgewalt über die Hochschulen und übten nur noch eine beratende Tätigkeit aus. Sinnfällig wurde die gewandelte Funktion durch den Wegfall des Wortes Control in der Amtsbezeichnung. Die UECOs wurden nun als

209 Beckhough, University Control Officer, S. 78. Von Mitte Februar bis Mitte März lief die Korrespondenz des Gutachterausschusses über Beckhough, UAB UV 139.

210 Konferenzen der UECOs, PRO FO 945/137 und FO 1010/89.

211 3. Konferenz der UECOs am 5. 4. 1946, PRO FO 1010/89.

212 Defrance, *Les alliés occidentaux*, S. 48.

213 »ein zum Dichter gewordener schottischer Pfarrer« urteilte Karl Barth über Gregor Smith, Busch, *Karl Barths Lebenslauf*, S. 351; zur Biographie Gregor Smiths vgl. Long, *God, Secularization, and History*, bes. S. 3–4.

214 Besonders zur Evangelisch-Theologischen Fakultät hatte Gregor Smith offenbar ein freundschaftliches Verhältnis entwickelt, Hermann Schlingensiepen bezeichnete ihn rückblickend als »einen ebenso weitblickenden wie entschlossenen Freund und Helfer«, AEKiR NL *Schlingensiepen* 286.

215 Brief Barths an Superintendent Boué vom 9. 6. 1947, KBA 9247.201.

216 Phillips, *University Officers*, S. 53.

University Education Officers (UEOs) bezeichnet.²¹⁷ Im Folgenden verlagerten sich die Aufgaben der UEOs mehr auf das Knüpfen von Verbindungen zwischen ›ihrer‹ deutschen Universität und dem Ausland.²¹⁸ Gregor Smith sah seine künftigen Schwerpunkte bei der Ausweitung des bisherigen Gastdozentenprogramms, den Ferienkursen, der Intensivierung des Studenten- und Professoren-austauschs sowie der Einfuhr und dem Austausch von Büchern.²¹⁹ Ein besonderes Augenmerk legten die Briten gerade hinsichtlich der schwindenden Einflussmöglichkeiten der UEOs nach der Verordnung Nr. 57 auf die politische Haltung der Studenten. Als zentrale Aufgabe der UEOs wurde angesehen, die Intelligence Division über politische Trends in der Meinung von Professoren und Studenten zu informieren, insbesondere wenn es sich um kommunistische Propaganda oder die Bildung kommunistischer Zellen, Hinweise auf die Wiederentstehung von Nationalismus, Antisemitismus, Militarismus oder das Wiederaufleben von traditionellen Studentenverbindungen handelte. Zu diesem Zweck erhielten die UEOs ein spezielles Training, wobei den UEOs von Göttingen und Bonn dabei die oberste Priorität zugestanden wurde.²²⁰ Offenbar befürchtete man von britischer Seite gerade in Bonn eine negative Entwicklung.

Aus den deutschen Quellen ergibt sich das Bild, dass sich zwischen der Universität Bonn und UEO Gregor Smith angesichts der nur gemeinsam zu bewältigenden Aufgaben ein Vertrauensverhältnis herausgebildet hatte, welches auch nach der Übergabe der Verantwortung im Bildungswesen an die Deutschen weiterbestand.²²¹ Die britischen Quellen werfen jedoch ein anderes Licht auf Gregor Smith.²²² Auf den Konferenzen der UEOs erscheint er wenig aktiv. Seine Amtsführung wirkt gerade im Hinblick auf die während seiner Amtszeit entstandenen chaotischen Zustände im Immatrikulationsverfahren blauäugig und naiv. In seinem Bestreben nach einem einvernehmlichen Verhältnis zwischen Universität und Militärregierung war er zu nachlässig gewesen und hatte unter anderem bei Konen den Eindruck hinterlassen, die Universität könnte sich größere Freiräume herausnehmen. Dieses Verhalten hatte sicher zum guten Verhältnis zwischen Gregor Smith und dem Senat beigetragen, führte aber letztlich zu einer Nachlässigkeit gegenüber den Vorschriften der Militärregie-

217 Bird, *The Universities*, S. 152; die Bezeichnung UECO findet sich auch nach 1947 noch in den Quellen, im Folgenden wird für die Zeit von 1945 – 1946 die Bezeichnung UECO, für die spätere Zeit die Bezeichnung UEO verwendet.

218 Phillips, *University Officers*, S. 53; ebenso Defrance, *Les alliés occidentaux*, S. 225.

219 7. Konferenz der UECOs am 6. 11. 1946, PRO FO 1050/1233.

220 Memorandum zur Educational Intelligence im Licht der Verordnung 57 vom 1. 10. 1947, PRO FO 1050/1197.

221 So war Gregor Smith z. B. die Überschreitung des Numerus clausus bekannt, er verzichtete jedoch auf ein Eingreifen, AStA-Protokoll vom 6. 6. 1947, UAB AStA 47 – 1.

222 Vgl. dazu die Protokolle der UECO-Konferenzen in PRO FO 1010/89, FO 1050/1233 und FO 945/137.

rung, die diese auf Dauer nicht zu tolerieren bereit war. Die Einschätzung Karl Barths, Gregor Smith habe »eine Seele wie Espenlaub, voll guten Willens, aber viel zu fein für diese Welt«,²²³ entwirft ein wohl zutreffendes Bild von einem Mann, dem es für seine Aufgabe am nötigen Durchsetzungsvermögen fehlte.

Obwohl die Briten die Hoheit im Bildungswesen in deutsche Hände übertragen und die UECOs ihre Befehlsgewalt über die Hochschulen verloren hatten, bestand die Militärregierung weiterhin auf der Einhaltung der von ihr erlassenen Vorgaben, insbesondere in Fragen der Auswahl der Studenten. Dies zeigte sich, als George A. Kirk im November 1947 das Amt des Bonner Erziehungs-offiziers übernahm.²²⁴ Unter UEO Kirk änderte sich das harmonische Verhältnis zu Rektor und Senat nachhaltig. Bereits kurz nach seiner Amtsübernahme initiierte Kirk eine Untersuchung des Bonner Immatrikulationsverfahrens.²²⁵ Er verstand sich dabei weniger als Vermittler zwischen Universität und Besatzungsmacht, sondern vertrat unnachgiebig die Position der Militärregierung und brachte wenig Verständnis für die Bonner Belange auf. Als Folge der von Kirk angestrebten Untersuchung trat Koenen im Januar 1948 zurück, um seiner Absetzung zuvorzukommen. Ende des Sommersemesters 1948 verließ Kirk Bonn.²²⁶

Im Zusammenhang mit den gewandelten Aufgaben des UECO nach der Übergabe der Kontrolle im Bildungswesen war bereits seit Herbst 1946 im Gespräch, den UECOs einen Assistenten zur Seite zu Stellen. Der ursprüngliche Vorschlag stammte offenbar vom Kölner UECO Beckhough und wurde von Gregor Smith unterstützt.²²⁷ Es sollte jedoch noch bis zum Herbst 1947 dauern, bis Robert Birley, Education Adviser des Militärgouverneurs, offiziell den Vorschlag unterbreitete, an den Universitäten einen zweiten UEO einzusetzen, der sich intensiver um die Belange der Studenten kümmern sollte.²²⁸ Auf der 10. Konferenz der UEOs im September 1947 wurde dieser Vorschlag begrüßt und die Einstellung von Frauen in dieser Position für wünschenswert erachtet. In Bonn amtierte ab Mai 1948 Joan Seedhouse als Assistant-UEO neben George A. Kirk und übernahm nach dessen Weggang seine Amtsgeschäfte kommissarisch, bis im Dezember 1948 mit John Newton ein Nachfolger gefunden werden konnte.²²⁹

223 Brief Karl Barths an die Familie vom 26. 5. 1947, KBA 9247.173.

224 Senatssitzung vom 6. 11. 1947, UAB Senat 33 – 3.

225 Senatssitzung vom 4. 12. 1947, UAB Senat 33 – 3.

226 Senatssitzung vom 8. 7. 1948, UAB Senat 33 – 4. Zur Absetzung Koenens vgl. ausführlicher Kap. 1.5.

227 7. Konferenz der UECOs am 6. 11. 1946, PRO FO 1050/1233.

228 10. Sitzung der UEOs am 24./25. 9. 1947, PRO FO 1050/1233, auch Phillips, Introduction, S. 15, hier mit Datierung auf November 1947.

229 Der früheste Beleg für Assistant-UEO Seedhouse stammt aus dem Genehmigungsverfahren der Lettischen Studentenschaft, das am 8. 5. 1948 von Seedhouse unterzeichnet wurde, UAB UV 69 – 389.

Newton etablierte eine neue Form der Zusammenarbeit mit der Universität in Bonn. In regelmäßigen Abständen lud er Professoren und Studenten zu sich nach Hause zu kleinen privaten Kreisen ein. Nach seiner Auffassung konnte er so seinen Einfluss am besten geltend machen und die akademische Seite seiner Arbeit gegenüber der administrativen mehr betonen.²³⁰ Es scheint Newton mit dieser Methode gelungen zu sein, trotz schwindender Bedeutung der UEOs für die Universität, weiterhin sowohl von den Professoren als auch von der Studentenschaft als Autorität wahrgenommen zu werden.²³¹ Insbesondere beim politischen Arbeitskreis der Evangelischen Studentengemeinde erfreuten sich die Abende bei Newton großer Beliebtheit. Es entwickelte sich ein freundschaftliches Verhältnis des UEO zu dieser Studentengruppe.²³² Newton wurde im Juni 1950 von John G. Dixon abgelöst, dem letzten Bonner UEO, der sein Amt bis 1952 ausübte.²³³ Auch Dixon setzte die von Newton etablierte Tradition der wöchentlichen Abendkreise in seiner Privatwohnung fort.²³⁴

Die Stelle des Assistant-UEO wurde in Bonn nicht durchgängig besetzt. Joan E. Seedhouse blieb ein Jahr in Bonn. Nach einer mehrmonatigen Vakanz der Assistentenstelle amtierte ab September 1949 Valerie Dundas-Grant als Assistant-UEO. Sie ist die einzige Bonner Universitätsoffizierin, von der ein Erfahrungsbericht aus ihrer Bonner Zeit in der Literatur vorliegt.²³⁵ Ihre Aufgaben beschrieb sie rückblickend:

»to make contact with students and the younger lecturers of the University, in order to encourage a critical, enquiring spirit regarding political, social and educational problems; to further international exchanges of students and assist in the organisation of International Student's Conferences.«²³⁶

Im September 1950 kehrte Dundas-Grant nach England zurück.²³⁷ Die Stelle des Assistant-UEO wurde nach ihrem Weggang nicht mehr besetzt. Nach der Gründung der Bundesrepublik war eine Überwachung des Bildungswesens nicht mehr erforderlich. Der Aufgabenschwerpunkt der UEOs lag nun ausschließlich auf der Knüpfung von Verbindungen zwischen Deutschland und Großbritannien. Anfang 1951 wurde die Education Branch in Cultural Relation Group

230 Newton auf der 21. Konferenz der UEOs am 31. 1. 1950, PRO FO 1050/1048.

231 Newton berichtet ebd. von einer Begebenheit, als ihn AstA und Rektor in derselben Angelegenheit um Rat fragten.

232 Semesterbericht 1949/50, EZA 36/749.

233 John Dixon war zuvor Leiter der Physical Education bei der Education Branch, vgl. dazu Dundas-Grant, Assistant University Officer, S. 112.

234 UAB PF 138–94.

235 Vgl. Dundas-Grant, Assistant University Officer, S. 109–122.

236 Ebd., S. 121.

237 Ebd., S. 119 f.

umbenannt. Die Bezeichnung University Officer entfiel.²³⁸ Dennoch blieb Dixon auch unter der Cultural Relation Group in Bonn und der Universität verbunden. Erst im Februar 1952 verließ er Bonn.²³⁹ Damit war die Ära der UEOs vorüber.

1.5. Die Universität Bonn und ihre übergeordneten Behörden

Ein wichtiger Faktor für den Wiederaufbau der Universität Bonn war die Beziehung der Universität zu ihren übergeordneten Behörden. Wie keine andere Hochschule war gerade die Universität Bonn personell eng mit ihren Aufsichtsbehörden verknüpft.

Mit der Eroberung Bonns durch die Amerikaner verlor die bisherige Unterstellung der Universität unter das Reichserziehungsministerium ihre Bedeutung. Bis zur Wiedereinrichtung überörtlicher Behörden musste daher eine Übergangslösung vor allem für die Finanzierung der Universität gefunden werden.²⁴⁰ Am 5. April unterstellte der amerikanische Stadtkommandant Major Cofran die Universität daher der Stadt Bonn.²⁴¹ Im Schreiben zur Bestätigung des Verwaltungsrates vom 1. Juni 1945 wurde dieses Unterstellungsverhältnis nochmals bekräftigt.

»The city of Bonn will assume financial responsibility for the University, until such time as the National Government is again able to assume this responsibility. Further the staff of the University will be responsible to the city administration.«²⁴²

Die Finanzierung der Universität durch die Stadt Bonn währte bis zum Herbst 1945.²⁴³

Es zeigte sich, dass die Zusammenarbeit zwischen Universität und Stadt in den ersten Monaten nach Kriegsende sehr eng war. Grundlage für diese enge Beziehung war zum einen das gute persönliche Verhältnis zwischen Rektor Koenen und Oberbürgermeister Spoelgen, das in den überlieferten Briefwechseln deutlich wird.²⁴⁴ Zudem waren mit Hans Cloos und Wilhelm Ceelen zwei Professoren an der provisorischen Leitung der Stadtverwaltung, dem Fünfferrat, beteiligt, der bis Anfang August 1945 die Geschicke der Stadt Bonn leitete. Insbesondere Hans Cloos, dem das Kulturressort übertragen wurde, war damit

238 Senatssitzung vom 22. 3. 1951, UAB Senat 33 – 7.

239 Senatssitzung vom 31. 1. 1952, UAB Senat 33 – 8.

240 Auch Scholtyseck hebt die Wichtigkeit der Kooperation von »town und gown« bis zur Ausbildung der Länderverwaltungen hervor, Scholtyseck, Stunde null?, S. 210.

241 Spoelgen, Aus Bonns jüngster Vergangenheit, S. 462.

242 UAB MF 68 – 7.

243 Horn, Schwierige Orientierung, S. 491.

244 StAB Pr 8/15 und N 2/128.

unmittelbar für die städtische Aufsicht über die Universität verantwortlich.²⁴⁵ Auch nach der Aufhebung des Fünfferrates setzte sich die gute Zusammenarbeit zwischen Stadt und Universität dadurch fort, dass mehrere Professoren in städtischen Kommissionen und Ausschüssen mitarbeiteten oder als Stadtverordnete tätig waren.²⁴⁶

Im Juni 1945 errichtete die Militärregierung deutsche Verwaltungen in Westfalen und in dem nun Nord-Rheinprovinz genannten nördlichen Teil der ehemaligen preußischen Rheinprovinz. Den Oberpräsidien der neugeschaffenen Provinzen wurden u. a. die Aufgaben des ehemaligen Reichserziehungsministeriums übertragen.²⁴⁷ Erster Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz wurde Hans Fuchs, der bereits zur Zeit der Weimarer Republik Oberpräsident der Rheinprovinz gewesen war. Das Oberpräsidium hatte zunächst seinen Sitz in Tönisstein, wurde für kurze Zeit nach Bonn verlegt und zog noch im Juni 1945 endgültig nach Düsseldorf um.²⁴⁸ Mit der Übernahme der Kulturabteilung innerhalb des Oberpräsidiums der Nord-Rheinprovinz wurde der Bonner Professor für französische Geistesgeschichte Hermann Platz betraut, der dieses Amt auf Grund seines Gesundheitszustandes mit seinem Sohn gemeinsam wahrnahm.²⁴⁹ Die Leitung des Referates Hochschulen innerhalb der Kulturabteilung wurde zunächst Hans Cloos übertragen, ehe der Bonner Philosoph Johannes Thyssen dessen Amt übernahm.²⁵⁰ Hermann Platz starb bereits am 4. Dezember 1945. Thyssen übernahm kommissarisch die Leitung der Kulturabteilung bis Alois Lammers offiziell die Nachfolge Platz' antrat.²⁵¹ Thyssen blieb auch unter Lammers weiterhin Leiter der Abteilung Hochschulen.

Im Dezember konstituierte die britische Militärregierung in Westfalen und der Nord-Rheinprovinz Provinzialräte als Vorstufe eines Landesparlaments, denen allerdings nur beratende Tätigkeit zugestanden wurde. Zu Mitgliedern

245 Bericht Spoelgens auf der Sitzung der Stadtvertretung am 8.3.1946, StAB Pr 9/69, p. 22 ff.

246 Die Professoren Hans Cloos, Paul Martini, Walter Weizel, Heinrich Lützel, Friedrich Oertel, Albert Fischer und Joseph Schmidt-Görg waren zeitweilig Mitglieder des Kultur Ausschusses (StAB Pr 9/357 und Pr 10/10a), darüber hinaus gehörten die Professoren Otto Ullrich, Adolf Nussbaum, Georg Rothes und Theodor Brinkmann weiteren städtischen Ausschüssen an, Professor Walter Weizel war 1946 SPD-Fraktionsführer im Stadtrat (StAB Pr 10a/10).

247 Eich, Schulpolitik, S. 30.

248 Spoelgen, Vergangenheit, S. 433.

249 Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 164; Hermann Platz (1880–1945), Honorarprofessor für Französische Geistes- und Gesellschaftsgeschichte in Bonn seit 1924; zu Platz vgl. auch Becker, Wegbereiter, bes. S. 258 f.

250 UAB PA 9775 Johannes Thyssen; Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen, S. 164. Johannes Thyssen (1892–1968) wurde in Bonn promoviert und habilitiert und wirkt ebenda seit 1928 als außerplanmäßiger Professor für Philosophie. 1947 wurde er zum Ordinarius ernannt, 1966 emeritiert.

251 Eich, Schulpolitik, S. 33.

der Provinzialräte wurden herausragende Persönlichkeiten des politischen Lebens ernannt. Zu diesen Persönlichkeiten gehörten neben Konrad Adenauer und Gustav Heinemann u. a. auch der Bonner Rektor und ehemalige Zentrumsolitiker Heinrich Mathias Konen.²⁵²

Nach der Konstituierung des Landes Nordrhein-Westfalen im August 1946 beauftragte die britische Militärregierung den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Rudolf Amelunxen, mit der Regierungsbildung.²⁵³ Am 30. August stellte Amelunxen sein Kabinett der Öffentlichkeit vor. Darin war das Zentrumsmitglied Wilhelm Hamacher als Kultusminister vorgesehen.²⁵⁴ Die erste Landesregierung war allein durch die Militärregierung legitimiert. Da noch keine Wahlen stattgefunden hatten, war die Verteilung der Sitze nach Parteien letztlich willkürlich, weil niemand die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse kennen konnte. Dies änderte sich nach der ersten Kommunalwahl im Oktober 1946, aus der die CDU als klare Siegerin hervorging und nun auch eine Beteiligung an der Landesregierung forderte.²⁵⁵

In den Verhandlungen um eine Kabinettsumbildung herrschte schnell Einigkeit darüber, dass die CDU unter anderem den Kultusminister stellen sollte. Nach dem Willen von CDU-Fraktionsführer Konrad Adenauer sollte Alois Lammers dieses Amt übernehmen. Dieser scheiterte jedoch am Widerstand der Militärregierung. Schließlich verständigten sich die Verhandlungsführer darauf, den Bonner Rektor Konen zum Kultusminister zu berufen, der jedoch von Adenauer nur als Übergangslösung angesehen wurde, bis die Militärregierung der Ernennung Lammers doch noch zustimmen würde.²⁵⁶

Am 5. Dezember wurde das neue Landeskabinett mit Konen als Kultusminister von der Militärregierung genehmigt.²⁵⁷ Unter Kultusminister Konen wurde Thyssen im Januar 1947 Ministerialrat im Kultusministerium. Dieses Amt hatte er bis zum Rücktritt Konens inne.²⁵⁸ Konen tat sich keineswegs leicht mit der Entscheidung, das Kultusministerium zu übernehmen. Am Tag nach der Bestätigung des Kabinetts schrieb er in einem langen Brief an Adenauer,²⁵⁹ er sehe bei sich zwar den nötigen Idealismus, nicht aber die erforderliche physische Konstitution für die Übernahme des Kultusministeriums zusätzlich zum Bonner Rektorat. Auf letzteres mochte er aber in keinem Fall verzichten, da er sicher

252 Brautmeier, Landesparlament, S. 39.

253 Erdmann, Ende des Reiches, S. 205.

254 Först, Geschichte Nordrhein-Westfalens, Band 1, S. 181.

255 Kanther, Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, S. 39.

256 Brief Adenauers vom 5. 12. 1946 an William Asbury, Adenauer Briefe I 1945–1947, Nr. 401, S. 376 f.

257 HStAD NW 53–389 (1), p. 540.

258 UAB PA 9775 Johannes Thyssen.

259 Konen an Adenauer am 6. 12. 1945, UAB PA 4377 Heinrich Mathias Konen.

nicht ganz zu Unrecht davon ausging, dass er »diese Geschäfte z. Zt. besser kann als alle meine Kollegen in Bonn und sehr viele Kollegen an anderen Orten.«²⁶⁰ Er äußerte zudem die Befürchtung, im Amt des Kultusministers zu versagen, und bat Adenauer, einen anderen Kandidaten auszuersuchen. Diese Einsicht Konens kam zu einem denkbar späten Zeitpunkt, zeigt aber, dass er seine Fähigkeiten durchaus realistisch einzuschätzen wusste und nicht der Machtmensch war, als der er in der Forschung zum Teil erscheint.²⁶¹ Es gelang Adenauer jedoch, Konen umzustimmen, und so debütierte er am 17. Dezember im Kabinett.²⁶²

Konens Doppelrolle als Rektor der Universität Bonn und als Kultusminister war verfassungsmäßig nicht unbedenklich und wurde vor allem von den Briten mit großer Skepsis betrachtet. Der Bonner Senat sah dagegen zunächst die Vorteile, die sich aus dieser Konstellation für die Universität ergeben konnten und begrüßte die Ernennung Konens zum Kultusminister einhellig.²⁶³ Nur wenige Wochen nach seiner Ernennung wurde der amtierende Prorektor Theodor Kipp, der nebenamtlich auch die Geschäfte des Kurators versah, von den Briten wegen des Verdachts auf Beteiligung an Kriegsverbrechen verhaftet.²⁶⁴ Die Verwaltung der Universität geriet so, ihrer Führung beraubt, in eine tiefe Krise, welche die Kritik an Konens Doppelpamt wachsen ließ.

Es zeigte sich darüber hinaus, dass Konen der Doppelbelastung nicht gewachsen war, und so mehrten sich im Laufe des Jahres 1947 von Seiten der Militärregierung und der CDU und schließlich auch innerhalb der Universität die Stimmen, die einen Verzicht auf das Ministeramt forderten.²⁶⁵ Konen reagierte auf diese Kritik, indem er dem Ministerpräsidenten sein Portefeuille zur Verfügung stellte.²⁶⁶ Ministerpräsident Karl Arnold lehnte Konens Rücktritt jedoch ab und forderte ihn stattdessen auf, vom Bonner Rektorat zurückzutreten und sich ganz seinen Aufgaben als Kultusminister zu widmen.²⁶⁷ Als Konen jedoch im Juli 1947 erneut zum Rektor gewählt wurde und ein Ende des Doppelpamtes damit nicht absehbar war, wuchs die Kritik. Den Höhepunkt erreichte die Auseinandersetzung, als sich der neu gewählte Dekan der Mathematisch-

260 Ebd.

261 U.a. bei Först, *Geschichte Nordrhein-Westfalens*, S. 283 f.; Schäfer, *Verfassungsgeschichte*, S. 238.

262 Kanther, *Kabinettsprotokolle der Landesregierung*, S. 40.

263 Senatssitzung vom 18. 12. 1946, UAB Senat 33 – 2; auch Eich stellt fest, dass kein Zweifel darüber bestehen könne, dass Konens erstes Interesse der Universität Bonn und danach den anderen Hochschulen galt, Eich, *Schulpolitik*, S. 44.

264 Die Vorwürfe erwiesen sich als unhaltbar, Kipp wurde jedoch erst am 7. 12. 1948 entlastet, HStAD NW 144 – 359. Karl Theodor Kipp (1896 – 1963) war seit 1932 Ordinarius für Bürgerliches Recht in Bonn. Im SS 1935 amtierte er als Rektor.

265 Heitzer, *CDU*, S. 238 f., 531; Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen*, S. 376.

266 Am 7. 8. 1947, UAB PA 4377 Heinrich Mathias Konen.

267 Eich, *Schulpolitik*, S. 47; zum Rücktritt Konens vgl. auch Först, *Geschichte Nordrhein-Westfalens*, Bd. 1, S. 341 f.

Naturwissenschaftlichen Fakultät, Walter Weizel (SPD), im August 1947 weigerte, sein Amt anzutreten, bis die Angelegenheit geregelt sei.²⁶⁸ Es sollte noch bis Dezember 1947 dauern, bis mit Christine Teusch eine Nachfolgerin für Konen gefunden werden konnte.²⁶⁹ Konen nahm am 15. Dezember 1947 letztmals an einer Kabinettsitzung teil, ohne förmlich verabschiedet zu werden. Am 5. Januar 1948 wurde Christine Teusch als neue Kultusministerin begrüßt.²⁷⁰ Nach seiner insgesamt glücklosen Amtszeit betrachtete niemand Konens Rücktritt als schweren Verlust.²⁷¹ Es kann sogar angenommen werden, dass er selbst nach der Einschätzung seiner Fähigkeiten zu Beginn seiner Amtszeit sein Ausscheiden nicht bedauerte und hoffte, seine Kräfte nun ganz der Universität widmen zu können.

In den entscheidenden Jahren des Wiederaufbaus bis 1947 waren damit einige der wichtigsten Schlüsselpositionen zunächst in der Bonner Stadtverwaltung, dann im Oberpräsidium und schließlich im nordrhein-westfälischen Kultusministerium mit Bonner Professoren besetzt. Die Universität sah sich in der glücklichen Lage, über eine besonders enge Verbindung mit ihren übergeordneten Behörden zu verfügen und erhielt so – zumindest in den ersten beiden Nachkriegsjahren – eine privilegierte Stellung unter den Universitäten der Nordrheinprovinz bzw. Nordrhein-Westfalens.²⁷²

268 Senatssitzung vom 7. 8. 1947, UAB Senat 33 – 3. Walter Weizel (1901 – 1982), seit 1936 Ordinarius für Physik in Bonn, 1969 emeritiert.

269 Christine Teusch (1888 – 1968) war bereits in Weimarer Zeit Abgeordnete des Zentrums im Reichstag gewesen. Nach Kriegsende war sie Mitglied im Provinzialrat der Nord-Rheinprovinz und saß seit 1946 im Landtag von Nordrhein-Westfalen, zu Teusch vgl. Ballof, *Dominica: Christine Teusch (1899 – 1968)*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern* Bd. 2, Mainz 1975, S. 202 – 213.

270 Kanther, *Kabinettsprotokolle der Landesregierung*, S. 440 bzw. 446.

271 Ebd., S. 41.

272 Ebenso auch van Rey, *Universität Bonn*, S. 41.

2. Der lange Weg zum Studium

In Bezug auf die Zulassung der Studenten stellte die Wiedereröffnung der Universität Bonn einen radikalen Neubeginn dar. Nach Zerstörung des Hauptgebäudes und der Kliniken im Oktober 1944 und etwa einjährigem Ruhen des Vorlesungsbetriebes betrachtete der Senat alle aus dem Wintersemester 1944/45 noch bestehenden Immatrikulationen als aufgehoben.¹ Alle ehemaligen Studenten mussten sich nun ebenso wie die neuen Studienanwärter um einen Studienplatz bewerben. Ehemalige und Neubewerber konkurrierten damit gleichermaßen um die Studienplätze, eine automatische Kontinuität in der Studentenschaft gab es nicht.

Angesichts der eingeschränkten Aufnahmekapazität der Universität konnte nur eine sehr begrenzte Zahl von Studenten zugelassen werden. Da der Kriegseinsatz mehrere Abiturientenjahrgänge von einem Studium abgehalten hatte, lag gleichzeitig die Zahl der Bewerber enorm hoch. Es musste also von Seiten der Universität eine strenge Auswahl getroffen werden. Im August 1945 bildete der Senat einen Immatrikulationsausschuss, der die Zulassungspapiere aller Studienbewerber zu prüfen hatte.² Die Studenten mussten dabei nicht nur fachlichen Anforderungen genügen, sondern auch dem von der Militärregierung geforderten politischen Profil entsprechen, d.h. sie durften nicht durch eine nationalsozialistische Vergangenheit kompromittiert sein. Darüber hinaus wandte die Universität eine Vielzahl von sozialen Kriterien bei der Auswahl der Studenten an, so dass beispielsweise Kriegsversehrte oder Studenten in Examensnähe bevorzugt wurden. Durch die Teilnahme am studentischen Bau- oder Einsatztrupp konnten einzelne Studenten zudem eine Anwartschaft auf die Immatrikulation im folgenden Semester erwerben.

Doch nicht nur die Universität, auch das städtische Arbeitsamt und das Wohnungsamt stellten Anforderungen an die Studienbewerber, indem von den Studenten vor der Immatrikulation der Nachweis einer Unterkunft in Bonn und

1 Senatsbeschluss vom 18.10.1945, UAB Senat 33 – 1.

2 Senatssitzung vom 8.8.1945, UAB Senat 33 – 1.

der Nachweis der Befreiung von der Arbeitspflicht gefordert wurden. Dies führte zu einem komplexen und langwierigen Bewerbungsverfahren. Der Bewerber musste zunächst einen Antrag auf Immatrikulation einreichen und sich der politischen, sozialen und fachlichen Überprüfung stellen. Nach erfolgter Zulassung konnte er sich beim Arbeitsamt einen Arbeitsbefreiungsschein ausstellen lassen, um sich dann mit diesem und der Bescheinigung des Wohnungsamtes endgültig zu immatrikulieren. Dabei hing für die Bewerber viel von der Entscheidung der Immatrikulationskommission ab. Mit dem Studienplatz waren Wohnrecht, Zugang zur Mensa und Anrechte auf die verschiedensten Studentenspeisungen verbunden. Ein damaliger Student brachte es auf den Punkt: »erst der Studienplatz sicherte die Existenz«.³

Durch Festlegung und Handhabung der Zulassungskriterien konnte sowohl die Universität als auch die Militärregierung einen weitreichenden Einfluss auf die Zusammensetzung der Studentenschaft ausüben. Im folgenden Kapitel werden daher die Kriterien analysiert, die bei der Auswahl der Studenten angewandt wurden. Darüber hinaus wird untersucht, welche Gruppen von Bewerbern durch die jeweiligen Kriterien begünstigt oder benachteiligt wurden, wie also die Zusammensetzung der Studentenschaft durch das Zulassungsverfahren gesteuert wurde.

2.1. Der Numerus clausus

Um nur wenige Streitpunkte ist an den Hochschulen in der Nachkriegszeit so heftig gerungen worden wie um den Numerus clausus (NC), obwohl sich die Universitäten und die Militärregierung zunächst darüber einig waren, dass nur eine begrenzte Zahl von Studienbewerbern aufgenommen werden konnte. Der Zustand der Universitäten zum Zeitpunkt ihrer Wiedereröffnung ließ keine andere Wahl: zu viele Gebäude waren erst provisorisch wieder hergerichtet, zu wenige Professoren und Dozenten hatten die Zulassung von der Militärregierung erhalten, die Versorgung mit Lehrmaterialien sowie die Ausstattung der noch im Wiederaufbau begriffenen Bibliotheken war noch völlig unzureichend. Zudem wurden überall Arbeitskräfte für den Wiederaufbau benötigt, so dass aus Sicht der Militärregierung der industriellen Produktion und der Erwerbstätigkeit gegenüber dem Studium ein Vorrang eingeräumt werden musste.⁴ Von Seiten der Universität wurde angesichts des durch die Kriegszerstörungen knappen Wohnraums in der Stadt die Unterbringung der Studenten als der entscheidende Faktor bei der Zulassung zum Studium angesehen. Der Senat

3 Manfred Seidler, in: Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform, S. 226.

4 Kleinen, Ringen um Demokratie, S. 148.

beschloss daher im August 1945, die Immatrikulation vom Nachweis einer Unterkunft abhängig zu machen.⁵ Im Sommer desselben Jahres rechnete Dekan Oertel als Vorsitzender des Universitätswohnungsausschusses damit, nur rund 2.000 Studenten in Bonn unterbringen zu können.⁶ Durch die Freigabe von ehemaligen Luftschutzbunkern für studentische Wohnzwecke konnte die Wohnungsfrage jedoch gelöst werden, so dass sich die Universität Bonn mit Vertretern der Hochschulen Aachen und Düsseldorf bei einer gemeinsamen Sitzung darauf verständigte, die Hochschulen nach Möglichkeit ohne Beschränkung der Studentenzahlen wiederzueröffnen.⁷

Lange Zeit schien der Verzicht auf den Numerus clausus möglich. Auf britischer Seite entschloss man sich sehr spät dazu, Studienplatzbeschränkungen einzuführen. Auf einer Konferenz der ECOs am 1. Oktober 1945 wurde noch vage geäußert, dass es vermutlich notwendig sei, einen Numerus clausus festzusetzen. Die endgültigen Zahlen hingen jedoch davon ab, wie weit Deutschland deindustrialisiert würde.⁸ Einen guten Monat vor der Wiedereröffnung der Universität Bonn war damit der Numerus clausus weder im Grundsatz beschlossen, noch waren genaue Höchstzahlen festgelegt worden. Bei den Verhandlungen zur Wiedereröffnung der Universität Mitte Oktober hoffte Rektor Konen daher noch, dass 3.500 Studenten zugelassen werden könnten.⁹

Die Briten sahen die bestimmenden Faktoren für eine Limitierung der Studentenzahlen zum einen im Arbeitskräftemangel vor allem in Bergbau und Landwirtschaft, zum anderen im kriegsbedingten Verlust von Universitätsgebäuden und -einrichtungen sowie zum Dritten im Mangel an Wohnmöglichkeiten für Studenten und der damit verbundenen Befürchtung, der Lebensstandard der Studenten könnte soweit absinken, dass dadurch die allgemeine Gesundheit und die öffentliche Sicherheit gefährdet werden würden.¹⁰ Die Aufnahmefähigkeit der Universität war aus britischer Sicht also nur einer der Faktoren, die bei der Festlegung des Numerus clausus zu berücksichtigen waren. Für die Universität Bonn legten die Briten für das Wintersemester 1945/46 eine Höchstgrenze von 2.500 Studenten fest. Von diesen 2.500 Studienplätzen sollten 10 % für Displaced Persons (DPs) reserviert werden.¹¹

Diese unerwartet geringe Zahl war besonders prekär, weil der Andrang der Studienbewerber nach dem Krieg außerordentlich hoch war. Viele Abiturienten hatten ihr Studium wegen ihrer Einziehung zum Arbeitsdienst oder zur Wehr-

5 Senatssitzung vom 30. 8. 1945, UAB Senat 33 – 1.

6 UAB UV 69 – 27.

7 Gemeinsame Sitzung am 8. 9. 1945, UAB Senat 33 – 1.

8 Konferenz der ECOs am 1. 10. 1945, PRO FO 1050/1303.

9 Konen an die Militärregierung am 18. 10. 1945, UAB UV 69 – 1.

10 ECI Nr. 78 Abs. 4, in der Fassung für deutsche Behörden enthalten in UAB UV 69 – 338.

11 ECO an Rektor Konen am 31. 10. 1945, UAB UV 69 – 1.

macht nicht aufnehmen können, so dass bei der Wiedereröffnung die Abiturjahrgänge 1938 – 1945 gleichzeitig an die Universitäten drängten. Zudem hatten viele Studenten ihr Studium wegen des Krieges unterbrechen müssen und hofften nun, zügig zu einem Abschluss zu kommen. Als die Briten den Numerus clausus von 2.500 Studienplätzen verkündeten, hatten sich an der Universität Bonn bereits mehr als 10.000 Bewerber gemeldet.¹²

Für die Universität begann nun die schwierige Aufgabe der Auswahl der Studenten. Dabei wichen die Vorstellungen von Universität und Militärregierung grundsätzlich voneinander ab: Während sich die Universität bemühte, vor allem hochqualifizierte Studenten aufzunehmen, stand auf Seiten der Militärregierung die politische Überprüfung im Vordergrund. Zudem bemühte sich die Universität angesichts der großen Zahl der Bewerber, so viele Studenten wie möglich aufzunehmen und ersuchte die Militärregierung mehrfach um eine Erhöhung der Zulassungszahlen. Einen ersten Teilerfolg erreichte die Universität dabei im November 1945, als die Militärregierung genehmigte, dass die 250 DP-Studenten zusätzlich zu den bewilligten 2.500 Studenten immatrikuliert werden durften.¹³ Dennoch musste die Universität im Wintersemester 1945/46 rund 7.500 Bewerber abweisen.

Die Entscheidung, wie die 2.500 Studenten auf die einzelnen Fächer verteilt werden sollten, blieb der Universität zunächst selbst überlassen. Die Ende Oktober in Aussicht genommene Aufteilung der Bewerber auf die einzelnen Fakultäten¹⁴ erwies sich jedoch als nicht praktikabel, da sie weder der Nachfrage von Seiten der Studienbewerber noch den tatsächlichen Möglichkeiten der Fakultäten entsprach. Um der übergroßen Nachfrage nach medizinischen Studienplätzen gerecht zu werden, wurde eine Umverteilung der Studienplätze zu Gunsten der Mediziner vorgenommen.¹⁵

Für das Sommersemester 1946 stellte die Militärregierung weitere 500 Studienplätze für solche Studenten in Aussicht, die sich während der Wintermonate an der Brennholzbeschaffung für die Bonner Bevölkerung beteiligen würden.

12 In einem Schreiben an die Nordwestdeutsche Hochschulkonferenz reichte der Senat zu statistischen Zwecken genaue Zahlen der Bewerbungen und Zulassungen der ersten drei Nachkriegssemester ein, UAB UV 69 – 12, hier werden für das WS 1945/46 10.202 Bewerber genannt. In einem Schreiben an die Militärregierung vom Oktober 1945 nennt Koenen die Zahl von 11.500 Bewerbern, UAB UV 69 – 1. In einem Brief an UECO Beckhough vom Februar 1946 ist sogar von 16.000 Bewerbungen die Rede, UAB UV 69 – 338.

13 Verwaltungsratssitzung vom 10. 11. 1945, UAB Senat 33 – 1.

14 Ev. 60, Kath. 220, Phil. 485, MatNat. 420, Med. (einschl. Zahnmedizin) 685, Pharm. 60, Landw. (einschl. Geodäsie) 160, Jur. (einschl. Ökonomie) 420, insges. 2.510, Angaben nach UAB PF 138 – 168.

15 Im WS 1945/46 immatrikulierten sich: Ev. 37, Kath. 195, Phil. 495, MatNat. 357, Med. (einschl. Zahnmedizin) 836, Pharm. 60, Landw. (einschl. Geodäsie) 103, Jur. (einschl. Ökonomie) 451, insges. 2.534, Angaben nach UAB PF 138 – 168.

Die Universität versandte daraufhin eine Mitteilung an alle abgewiesenen Studenten, um sie auf diese Möglichkeit der Aufnahme zum Sommersemester 1946 aufmerksam zu machen.¹⁶

Um die Jahreswende 1945/46 wuchs die britische Kritik an der Auswahl der Studenten. Besonders die politische Überprüfung, die im Hinblick auf eine zügige Wiedereröffnung der Universität nur oberflächlich erfolgt war, wurde als unzureichend angesehen. Im Februar 1946 erließ die Militärregierung daher mit der Erziehungsanweisung (EIGA) Nr. 5 eine neue Richtlinie für die Immatrikulation zum Sommersemester 1946.¹⁷ Danach hatten sich alle Studenten, auch die bereits Immatrikulierten, zum Sommersemester 1946 erneut zu bewerben.¹⁸ Angesichts des deutlich fortgeschrittenen Wiederaufbaus der Universität wurde der Numerus clausus zum Sommersemester 1946 um rund 650 Studienplätze angehoben, so dass insgesamt 3.150 Studenten immatrikuliert werden konnten. Die Zahl der Bewerber war nun nicht mehr so hoch wie im Wintersemester, so dass nur rund 8.400 Bewerber um die 3.150 Studienplätze konkurrierten.¹⁹ Die Briten gingen zudem seit dem Sommersemester 1946 dazu über, den Numerus clausus nicht nur für die Gesamtuniversität festzulegen, sondern auch auf die Verteilung der Quoten auf die einzelnen Fachbereiche Einfluss zu nehmen.

Von der Erhöhung des Numerus clausus profitierten in erster Linie die Zahnmediziner und Landwirte, die den Lehrbetrieb im ersten Nachkriegssemester nur eingeschränkt aufnehmen können und deren Studentenzahlen nun um 100 bzw. 150 Plätze erhöht wurden.²⁰ Leidtragende des Numerus clausus waren im Sommersemester 1946 insbesondere die Studenten der evangelischen Theologie, denen weiterhin nur 60 Studienplätze zugestanden wurden, obwohl der Lehrkörper der Fakultät, der im Wintersemester 1945/46 noch unvollständig gewesen war, mittlerweile wieder neun Dozenten umfasste und zum Sommersemester Karl Barth sein erstes Gastsemester nach dem Krieg in Bonn verbringen wollte. Die Fakultät hatte daher die Erhöhung ihres Numerus clausus auf 150–200 beantragt.²¹ Dem Antrag wurde jedoch nicht stattgegeben.

16 UAB PF 138–169.

17 Enthalten in UAB UV 69–338.

18 Ein damaliges Gerücht besagte, die Ursache der Zwangsexmatrikulierung aller Studenten am Ende des WS 1945/46 sei die Behauptung eines Studenten gewesen, er verfüge über die Tagebücher Joseph Goebbels', vgl. Erinnerungen Horst Uhrig, Bonner Geschichtsbl. 41, S. 219. Hintergrund dieses Gerüchtes ist vermutlich die Verhaftung von Hitlers Luftwaffenadjutanten Nicolaus von Below im Januar 1946, der sich unter falschem Namen in Bonn eingeschrieben hatte. Dieser soll bei seiner Verhaftung das Testament Hitlers bei sich getragen haben, John, Heimkehrer, S. 13. Dies ist nicht ganz unwahrscheinlich, da von Below Hitlers Testament als Zeuge unterschrieben hatte, vgl. dazu Nicolaus von Below, Als Hitlers Adjutant 1937–1945, Mainz 1980.

19 UAB UV 69–12.

20 UAB PF 138–169.

21 Dekan Stauffer an Rektor Konen am 15. 3. 1946, UAB UV 69–338.

Immerhin konnten die evangelischen Theologen den Numerus clausus im Sommersemester 1946 voll ausschöpfen, was ihnen im Wintersemester 1945/46 mangels geeigneter Bewerber nicht gelungen war. Eine Sonderregelung für Studenten der evangelischen Theologie kam erst im Sommersemester 1947 zum Tragen, als UEO Gregor Smith eine zusätzliche Quote von 70 Studienplätzen genehmigte, um mehr Studenten die Möglichkeit zu geben, die Vorlesungen von Karl Barth zu hören, der 1947 zu seinem zweiten Gastsemester nach Bonn kam.²²

Unter den Studenten regte sich im Sommer 1946 erste deutliche Kritik am Numerus clausus. Auf dem ersten Studententag in Göttingen wurde das Thema intensiv diskutiert. Dabei lehnten zwar nur 17 % der Delegierten den Numerus clausus rundweg ab, 76 % sprachen sich jedoch für eine Revision der bisherigen Praxis aus.²³ Angesichts des großen Andrangs sollte das Fassungsvermögen der Universitäten bis zur Grenze ausgeschöpft und der Numerus clausus nur bei Überfüllung der akademischen Berufe aufrechterhalten werden. Zudem wurde eine Altersgrenze von 32 Jahren für den Beginn des Erststudiums vorgeschlagen (Zustimmung 81 %) und gefordert, die Aufnahme von Bewerbern mit bereits abgeschlossenem Hochschulstudium zu unterbinden.²⁴

Zum Wintersemester 1946/47 hoben die Briten den Numerus clausus erneut deutlich an. Der Universität Bonn standen nun 4.075 Studienplätze zur Verfügung. Die Verteilung auf die einzelnen Fakultäten wurde wiederum von der Militärregierung genau festgelegt.²⁵ Diesmal waren es besonders die beiden theologischen Fakultäten, die von einer deutlichen Erhöhung profitieren konnten. Mit der ECI Nr. 78 legten die Briten für das Wintersemester 1946/47 zudem eine Richtlinie vor, die den Numerus clausus ausführlich begründete und die Motive der britischen Politik offenlegte. Die Briten gestanden darin ein, dass die Höchstzahlen für die einzelnen Fakultäten in den vergangenen Semestern mangels entsprechender Unterlagen notwendigerweise willkürlich festgelegt wurden. In Zukunft sollten die Bedürfnisse der verschiedenen Berufe gegeneinander abgewogen werden und bei der Festlegung des Numerus clausus der Arbeitsmarktlage und den Möglichkeiten der Hochschulen Rechnung getragen werden. Als wichtigstes Anliegen sahen die Briten die Eindämmung des Zu-

22 UEO Gregor Smith an Dekan Schlier am 3.4.47, UAB UV 69–333.

23 BUZ Nr. 5, 17.7.1946, S. 3 f.

24 Ebd.

25 UECO Gregor Smith an Rektor Konen am 18.9.1946, UAB PF 138–168: Ev. 200, Kath. 500, Med. (einschl. Zahnmedizin) 940, Rechtsw. 570, Staatsw. 250, MatNat. 575, Phil. 540, Landw. (einschl. Geodäsie) 300, die Zahl der Landwirte wurde wenig später auf 400 (Senatssitzung vom 10.10.1946, UAB Senat 33–2), die Zahl der Mediziner einschließlich Zahnmediziner auf 1.040 (UAB MF 68–11) angehoben.

stroms zu den medizinischen Fächern sowie die Förderung der Ausbildung von Lehrern und Rechtsanwälten.²⁶

Trotz der deutlichen Erhöhung der Studentenzahlen trat das Missverhältnis zwischen der Zahl der freien Studienplätze und der Zahl der Bewerber in diesem Semester besonders deutlich zu Tage. Dies lag vor allem daran, dass erstmals (abgesehen von den durch die Erhöhung des Numerus clausus geschaffenen neuen Studienplätzen) nur so viele neue Studenten zugelassen werden konnten, wie die Universität verließen. Die Zahl der Abgänge war in den ersten Nachkriegssemestern naturgemäß noch sehr niedrig. Zudem setzte die Universität seit dem Wintersemester 1945/46 studentische Bau- und Einsatztrupps ein, in welchen sich Studenten durch Mitarbeit beim Wiederaufbau der Universität ein Anrecht auf einen Studienplatz im folgenden Semester erarbeiten konnten. Durch diese Regelung vergab die Universität immer eine Anzahl Studienplätze ein Semester im Voraus, ohne zu wissen, wie viele Plätze durch Abgänge tatsächlich zur Verfügung stehen würden. Im Sommersemester 1946 war die Zahl der Einsatzstudenten so hoch, dass im folgenden Wintersemester keine Neubewerbungen berücksichtigt werden konnten, da sämtliche Studienplätze bereits an Bautrupps- und Einsatzstudenten vergeben waren.²⁷

Waren sich Militärregierung und Universität in den ersten Nachkriegssemestern hinsichtlich der Notwendigkeit einer Beschränkung der Studienplätze und der Höhe der festgelegten Zahlen weitgehend einig, so änderte sich dies im Frühjahr 1947. Besonders die seit Ende 1945 in der Hochschulkonferenz zusammengeschlossenen Rektoren übten nun deutliche Kritik an der Handhabung des Numerus clausus. Auslöser dieser Diskussionen war zum einen der Umstand, dass sich die Briten bei der Übergabe der Kontrolle im Bildungswesen an die deutschen Behörden Anfang 1947 die Regelung des Numerus clausus ausdrücklich vorbehielten,²⁸ zum anderen aber auch die Absicht der Briten, den Numerus clausus zum Sommersemester 1947 erstmals nicht zu erhöhen. Die Hochschulrektoren sprachen sich einmütig für eine Lockerung des Numerus clausus aus und wandten sich insbesondere gegen die Regelung, den Numerus clausus für die Gesamtzahl der Studenten und nicht nur die Neuzulassungen festzusetzen.²⁹ Die Argumente gegen den Numerus clausus variierten jedoch. Es scheint, als ob die Rektoren jeweils mit unterschiedlichen Argumentationsstrategien versucht hätten, die Militärregierung zu einem Einlenken zu bewegen.

26 ECI Nr. 78 Abs. 6 und 7, UAB UV 69–338.

27 Konen am 6.9.46, UAB MF 68–11.

28 In der Verordnung 57, die die Übergabe der Kontrolle im Bildungswesen an die deutschen Behörden bestimmte, waren die Regelungen der ECI Nr. 78 ausdrücklich ausgenommen worden, Eich, Schulpolitik, S. 17.

29 7. Hochschulkonferenz am 14. 2. 1947 in Bad Driburg und 8. Hochschulkonferenz am 28. 3. 1947 in Braunschweig, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 265 und 295.

War im Februar 1947 noch von den rückkehrenden Kriegsgefangenen die Rede, deretwegen man den Numerus clausus lockern sollte,³⁰ so war das wesentliche Argument im April die Freizügigkeit der Studenten, die durch den Numerus clausus eine massive Einschränkung erfuhr.³¹ Letzterer Argumentationslinie schloss sich auch der studentische Vertreter der Universität Bonn auf der neunten Hochschulkonferenz im April 1947 in Hamburg an.³² Schließlich wurde gar der Erziehungsauftrag der Universität ins Feld geführt, dem man nur unzureichend nachkommen könne, da durch den Numerus clausus das Alter der Studenten zu hoch sei und diese weniger leicht zu beeinflussen seien als jüngere Studenten.³³

Die Militärregierung stand allen Bemühungen der Rektoren zum Trotz hinter dem von ihr festgesetzten Numerus clausus und dessen Anwendung auf die Gesamtzahl der Studenten. John H. Pender, ehemaliger Bonner UECO und nun Vertreter der Education Branch bei der Hochschulkonferenz, bedauerte auf der Konferenz in Münster, dass das Thema auf jeder Konferenz erneut zur Sprache kam.³⁴

Als vehementer Gegner der britischen Handhabung des Numerus clausus profilierte sich der Bonner Rektor und Kultusminister Heinrich Konen auf den Hochschulkonferenzen. Zwar war er von der Notwendigkeit einer Zulassungsbeschränkung angesichts der geringen Kapazität der Hochschulen überzeugt, die Anwendung des Numerus clausus auf die Gesamtzahl der Studenten lehnte er jedoch grundsätzlich ab. Diese brächte die Universitäten zur Verzweiflung, da mit Abgängen in nennenswerter Zahl erst ab 1948 zu rechnen sei.³⁵ Auch innerhalb der Universität Bonn waren sich die Professoren hinsichtlich der Ablehnung des Numerus clausus weitgehend einig. Nur wenige fanden jedoch so deutliche Worte wie der Philosoph Erich Rothacker, der in einem Schreiben an den von den Briten eingesetzten Studienausschuss zur Hochschulreform massive Kritik am Numerus clausus übte und dabei das Verfahren aus der Perspektive der Studenten in den Blick nahm. Er schrieb: »Der Numerus clausus ist das sicherste Mittel der jeweiligen Machthaber, sich ganze Jahrgänge zu Totfeinden [sic!] zu machen. Es ist heute ein Verbrechen, 20jährig zu sein.«³⁶

An dieser Situation änderte sich auch in den folgenden Semestern wenig. Der

30 Kultusminister Konen in einem Schreiben an die Militärregierung am 2. 3. 1947, HStAD NW 25 – 159, p. 174 f.; vgl. auch Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 265.

31 9. Hochschulkonferenz am 22./23. 4. 1947 in Hamburg, Heinemann, Hochschulkonferenzen 2, S. 309.

32 Ebd. S. 335.

33 Ebd. S. 422 f.

34 Ebd. S. 424.

35 Konen auf der 10. Hochschulkonferenz am 12. 6. 1947 in Bad Driburg, Heinemann, Hochschulkonferenzen 2, S. 377.

36 Phillips, Pragmatismus, S. 57.

Numerus clausus blieb im Wesentlichen unverändert, die Zahl der Abgänge niedrig. Erst ab dem Sommersemester 1949, als die ersten Nachkriegsstudenten ihr Studium beendeten, entspannte sich die Situation und die Zahl der Neuzulassungen stieg spürbar an.³⁷ Dennoch blieb die Zahl der Bewerber bis zum Beginn der 50er Jahre weiterhin deutlich höher als die der freien Studienplätze.³⁸

Da sich die Militärregierung in Fragen des Numerus clausus seit dem Sommersemester 1947 gegen weitere Erhöhungen gesträubt hatte,³⁹ versuchte die Universität, den Numerus clausus zu umgehen. Eine Möglichkeit, die von der Medizinischen Fakultät angewandt wurde, war die Zulassung von Physikumskandidaten zur Prüfung ohne Immatrikulation. Auf diese Weise wurden im Wintersemester 1946/47 177 Studenten zugelassen.⁴⁰ Eine weitere Möglichkeit war eine spezielle Gasthörerregelung, nach der vollimmatrikulierte Studenten in ihrem letzten und vorletzten Semester zwangsexmatrikuliert und sofort wieder als Gasthörer außerhalb des Numerus clausus zugelassen wurden. Diese Regelung, die am 20. Dezember 1945 von der Militärregierung im Grundsatz bestätigt wurde,⁴¹ war schon in Einzelfällen seit dem ersten Nachkriegssemester angewandt worden, kam aber nun vermehrt zum Einsatz. Vergleichbare Regelungen waren auch an anderen Universitäten üblich.⁴² Im Oktober ermächtigte Koenen als Kultusminister die Universitäten ausdrücklich, »mit Rücksicht auf die außerordentliche Lage, die zu Einführung eines numerus clausus für die Studierenden gezwungen hat«, Studenten nach Erreichen der Mindestsemesterzahl zu exmatrikulieren.⁴³

Dadurch stieg die Studentenzahl in Bonn stark an und übertraf schließlich den von der Militärregierung festgesetzten Numerus clausus bei Weitem. Bereits im Sommer 1947 wies die Universitätsverwaltung die Dekane der Philosophischen und der Medizinischen Fakultät darauf hin, dass ihre Zulassungszahlen überschritten waren. In einem streng vertraulichen Schreiben gab Universitätsinspektor Linke an, dass die Zahl der immatrikulierten Mediziner die durch

37 Übersicht über die Neuzulassungen in UAB UV 69 – 13.

38 Andrang zur Universität, General-Anzeiger vom 11.3.1950, zitiert nach UAB UV 69 – 53.

39 Auch zum WS 1947/48 wurde der NC nicht erhöht, dies geht aus einem Rundschreiben des Arbeitsamtes an die Dekane hervor, in welchem die Jahrgänge 1928/29 für ein zweites Einsatzsemester vorgesehen werden, UAB MF 68 – 11.

40 UAB MF 68 – 11.

41 »Studenten, die zwar ihre Examenszahl erfüllt, jedoch ihre Examen noch nicht gemacht haben, dürfen für eine kurze Zeit Vorlesungen besuchen je nach Entscheidung des Rektors«, UAB UV 69 – 333, auch der Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz stimmte dem Verfahren als Übergangslösung am 23.5.1946 zu, UAB MF 68 – 11.

42 Vgl. für die TH Braunschweig Maaß, Studentenschaft, S. 78 und für die Universität Köln Kleinen, Ringen um Demokratie, S. 110.

43 Rundschreiben vom 10.10.1947, UAB MF 68 – 11.

Numerus clausus geregelte Höchstzahl um knapp 500 überschreite.⁴⁴ Bei den Philosophen waren es immerhin 140 Studenten mehr als zugelassen.⁴⁵

Insgesamt waren im Wintersemester 1947/48 997 Studenten als Zwangsgasthörer immatrikuliert, davon befanden sich 422 im Examenssemester, 575 in ihrem voraussichtlich vorletzten Semester.⁴⁶ Auch stieß die Zahl der zur Verfügung stehenden Studentenzimmer im Herbst 1947 an ihre Grenze. Professor Oertel, der als Leiter des Wohnungsamtes mit der Unterbringung der Studenten betraut war, bat Rektor Konen schriftlich, keine Zulassungen mehr auszusprechen, da die Möglichkeit der Unterbringung ihre absolute Obergrenze erreicht habe und von jetzt an Zimmer über 15 qm doppelt belegt werden müssten.⁴⁷

Dass die Zahl der Bonner Studenten höher war als erlaubt, war in Universitätskreisen ein offenes Geheimnis⁴⁸ und zumindest auch UEO Gregor Smith bekannt, der auf dem Fachschaftsfest der Zahnmediziner im Sommer 1947 eine entsprechende Bemerkung machte.⁴⁹ Auch der Kölner Rektor Josef Kroll war über die Zustände informiert: »Seit Jahr und Tag war es ein offenes Geheimnis, dass in Bonn in Fragen der Immatrikulation sich alles in heilloser Unordnung befand.«⁵⁰ Es war vermutlich UEO Gregor Smith zu verdanken, dass der Militärregierung das Missverhältnis zwischen festgelegten und tatsächlichen Studentenzahlen nicht schon früher auffiel. Denn kaum hatte Gregor Smith seine Amtszeit in Bonn beendet, initiierte sein Nachfolger George A. Kirk eine Untersuchung der Bonner Immatrikulationspraxis. Dabei stellte die von der Militärregierung eingesetzte Untersuchungskommission fest, dass über 2.000 Studenten mehr immatrikuliert waren, als durch den Numerus clausus festgesetzt.⁵¹ Zudem wurde die politische Überprüfung der Studenten als unzulänglich angesehen, da eine stichprobenartige Untersuchung von Studienaspiranten der zahnärztlichen Abteilung ergeben hatte, dass sich unter den 16 zugelassenen Studenten vier Berufsoffiziere, zwei NSDAP-Mitglieder, ein Mitglied der NS-Frauensschaft, ein NSDAP-Anwärter und ein SS-Anwärter befanden.⁵² Die Verantwortung für diese Unstimmigkeiten sah die Militärregierung bei Rektor

44 Schreiben vom 5. 8. 1947, UAB UV 69 – 339.

45 Jamann an Dekan Oertel am 15. 7. 1947, UAB PF 138 – 168.

46 Rektor Noth an die Militärregierung am 2. 2. 1948, UAB UV 69 – 170.

47 UAB UV 69 – 178.

48 So berichtet die Studentin Irmgard Hönekopp von der Existenz von »Schwarzen Listen« der heimlich zugelassenen Studenten, in: Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform, S. 217; Prof. Ebbecke berichtete am 16. 5. 1946 als Mitglied des Immatrikulationsausschusses der Mediziner, dass der NC in seiner Fakultät bereits im WS 1945/46 überschritten worden sei, UAB MF 68 – 11.

49 Protokollbuch des AStA zum 6. 6. 1947, UAB AStA 47 – 1.

50 Kroll an Adenauer am 27. 1. 1948, UAK NL Kroll 5.

51 Senatssitzung vom 19. 1. 1948, UAB Senat 33 – 4.

52 Erklärung der Militärregierung, in: BUZ Nr. 31, 25. 1. 1948, S. 1.

Konen, der durch den übermäßigen Gebrauch seines Sonderzulassungsrechtes maßgeblich zur Überschreitung des Numerus clausus beigetragen hatte.⁵³ Dagegen hatte Konen die volle Sympathie der Studenten, die seinen »anti-bürokratischen Einfallsreichtum«⁵⁴ rühmten, seine Fähigkeit schätzten, den Besatzungsbehörden immer wieder »ein Schnippchen zu schlagen«⁵⁵ und ihm für die Vorfälle keine Verantwortung zuwiesen.⁵⁶

Konen trat im Januar 1948 vom Amt des Rektors zurück, um einer drohenden Absetzung durch die Briten zuvorzukommen. Am 1. April 1948 wurde er offiziell von allen Amtspflichten entbunden.⁵⁷ Bereits im Dezember 1947 war das seit Sommer anhängige Rücktrittsgesuch Konens vom Amt des Kultusministers wirksam geworden, so dass Konen innerhalb nur eines Monats auf Druck der Militärregierung auf seine beiden Ämter verzichten musste. Es erscheint wenig verwunderlich, dass sich Konen, der sich wie kein anderer für den Wiederaufbau der Bonner Universität eingesetzt hatte, als politisches Opfer betrachtete.⁵⁸

Der Fall Konen schlug zonenweit hohe Wellen. Die Briten bemühten sich, das Immatrikulationsverfahren an allen Universitäten nach den 1946 aufgestellten Grundsätzen zu vereinheitlichen und alle Abweichungen zu beseitigen.⁵⁹ Die Universität Bonn wurde nachdrücklich aufgefordert, die Zahl der Studenten durch Aufnahmesperre oder Zwischenexamina, die bei Nichtbestehen die Zwangsexmatrikulation zur Folge haben sollten, wieder auf den Numerus clausus zu reduzieren. Der Senat beschloss daraufhin, einen Ausschuss für die politische Überprüfung der Studentenschaft zu bilden, der alle Studenten, die gegen die Richtlinien der Briten verstießen, zur Exmatrikulation bringen sollte. Zudem wurde bei Vorexamen ein besonders strenger Maßstab angelegt und in den Fakultäten, in welchen kein Vorexamen vorgesehen war, eine Zwischenprüfung eingeführt. Oberstes Ziel des Senats war, die an die Bau- und Einsatztruppstudenten gemachten Immatrikulationszusagen einhalten zu können.⁶⁰

Auch die UEOs diskutierten auf ihren Konferenzen über eine Lösung des Bonner NC-Problems. Einigkeit herrschte darüber, dass die Studentenzahlen so schnell wie möglich wieder in Einklang mit dem Numerus clausus gebracht

53 In einem Rundschreiben in seiner Eigenschaft als Kultusminister hatte Konen am 25. 7. 1947 die Zulassung von zurückkehrenden Kriegsteilnehmern und vergleichbaren Härtefällen außerhalb des NC genehmigt, wenn deren Zahl nicht 25 % des NC überschreite, enthalten in AKFB IV/4 Immatrikulation und Inskription

54 Erinnerung des Studenten Manfred Seidler, UAB Slg. Wiederaufbau 2.

55 John, Heimkehrer, S. 13.

56 Protokollbuch des AStA zum 9. 6. 1947, UAB AStA 47 – 1.

57 UAB PA 4377 Heinrich Mathias Konen.

58 Zur Absetzung Konens vgl. auch Eich, Schulpolitik, S 46 ff.; George, Wiederaufbau, S. 28 f. und 80.

59 Krukowska, Die Studierenden der Universität Hamburg, S. 32.

60 Senatssitzung vom 19. 1. 1948, UAB Senat 33 – 4.

werden sollten, ohne dass Zulassungen für das kommende Semester völlig ausgeschlossen werden müssten. Zur Erreichung dieses Ziels sahen die UEOs zwei Alternativen: entweder die Überschreitung des Numerus clausus für die nächsten zwei Semester zu erlauben, um eine schrittweise Herabsetzung der Studentenzahlen zu ermöglichen oder ihn durch eine Quotenregelung für Neuzulassungen zu ersetzen. Die UEOs einigten sich darauf, es den Universitäten zu überlassen, Anträge auf Erhöhung des Numerus clausus zu stellen, die von den UEOs schnellstmöglich an das Hauptquartier der Education Branch weitergeleitet werden sollten, wo sie eine »favourable consideration« finden sollten.⁶¹ In der Tat gelang es der Universität Bonn, die Studentenzahlen im Sommersemester 1948 noch einmal auf nun rund 6.100 zu erhöhen.⁶² Erst im Wintersemester 1948/49 sank die Zahl der Studenten auf Grund der sich langsam normalisierenden Zahl der Studienabgänger wieder, blieb aber mit 5.600 immer noch weit über dem Numerus clausus.

Die Diskussion um die erhöhten Studentenzahlen und die massenweise Zulassung von Gasthörern hatte bei den Briten die Überlegung reifen lassen, die Regelung des Numerus clausus nun doch den deutschen Behörden zu übergeben.⁶³ Im Sommer 1948 wurde die Hochschulkonferenz darüber informiert, dass die Briten beabsichtigten, die Kontrolle über den Numerus clausus zum Sommersemester 1949 in deutsche Hände zu übertragen.⁶⁴ Der von den Briten eingesetzte Studienausschuss zur Hochschulreform empfahl in seinem im November 1948 veröffentlichten Gutachten gar die Abschaffung des Numerus clausus, sofern er nicht durch die Kapazität der Hochschule begründet sei.⁶⁵

Ab Januar 1949 lag schließlich die Regelung des Numerus clausus in der Verantwortung der Kultusministerien der Länder. Damit konnte mit dem Abbau des Numerus clausus begonnen werden, der nach der Auffassung des Bonner Rektors Theodor Klausner »seit 1945 wie ein ›Albdruck‹ auf der Universität lastete«.⁶⁶ Die nordrhein-westfälische Kultusministerin Teusch forderte die Universitäten auf, Vorschläge für die künftige Gestaltung des Numerus clausus einzureichen. Der Senat der Universität Bonn lehnte den Numerus clausus zwar grundsätzlich ab, behielt aber angesichts der Kapazität der Institute die Festle-

61 12. und 13. Konferenz der UEOs, PRO FO 1050/1046.

62 Studentenzahlen nach Chronik 1939/40 bis 1948/49, S. 71.

63 13. Konferenz der UEOs am 5./6. 4. 1948, PRO FO 1050/1046.

64 15. Hochschulkonferenz am 26. 7. 1948 in Braunschweig, Heinemann, Hochschulkonferenzen 2, S. 487 f.

65 Phillips, Pragmatismus, S. 58.

66 Rektor Klausner in seinem Jahresbericht vom 18. 11. 1949, UAB UV 69 – 165. Theodor Klausner (1894 – 1984) habilitierte sich 1931 in Bonn. 1937 wurde er zum außerplanmäßigen Professor in Bonn ernannt und 1945 auf den Lehrstuhl für Kirchengeschichte (kath) in Bonn berufen. Von 1948 bis 1950 amtierte Klausner als Rektor der Universität Bonn.

gung der Höchstzahlen bei.⁶⁷ Lediglich die Philosophische Fakultät legte keine Quote für das Wintersemester 1949/50 fest.⁶⁸ Die Universität ging jedoch nun in Abkehr von der britischen Praxis dazu über, die Höchstzahlen für die Neuaufnahmen und nicht mehr für die Gesamtzahl der Studenten festzusetzen.⁶⁹ Dadurch konnte jene Flexibilität erreicht werden, welche die britische Handhabung des Numerus clausus immer verhindert hatte. Erhalten blieb zunächst auch die Ausrichtung des Numerus clausus an der Kapazität der Institute, nicht am Bedarf bestimmter Berufsgruppen. Eine Ausnahme bildete dabei lediglich die Medizinische Fakultät, deren Bewerber wegen der Überfüllung der medizinischen Berufe abgewiesen werden mussten.⁷⁰ Erst allmählich setzte sich die Orientierung der Zulassungsquote am zukünftigen Bedarf des Arbeitsmarktes durch.⁷¹ Zu Beginn der 50er Jahre schafften auch die übrigen Fakultäten mit Ausnahme der medizinischen den Numerus clausus ab.⁷²

Der Numerus clausus hat die Zulassung der Studenten in den ersten Nachkriegssemestern deutlich bestimmt. Die Studenten hatten bei der Wahl ihrer Universität wenig Auswahl. In der Regel bewarben sie sich bei mehreren Universitäten gleichzeitig in der Hoffnung, überhaupt einen Studienplatz zu bekommen. In vielen Fällen dürfte auch der Numerus clausus die Wahl des Studienfaches bestimmt haben. Schon früh wurden Forderungen der Professoren laut, den Weg der Doppeleinschreibung zur Erschleichung der Zulassung zu unterbinden.⁷³ Die Studenten bemühten sich dabei zunächst, die Zulassung für ein weniger stark überlaufenes Fach zu erhalten, um sich später daneben auch für ihr eigentliches Wunschfach einzuschreiben, ohne sich erneut dem Zulassungsverfahren unterwerfen zu müssen.

Durch den Numerus clausus wurden die Rahmenbedingungen geschaffen, die von den Universitäten eine intensive Beschäftigung mit Eignung und Qualifikation der Bewerber und deren Auswahl nach politischen und fachlichen Zulassungskriterien erforderte. Erst der Numerus clausus machte eine strenge Auswahl der Studienbewerber notwendig und führte so dazu, dass die Zusammensetzung der Studentenschaft im Rahmen der von den Briten vorgegebenen Handlungsspielräume von der Universität selbst gesteuert werden konnte.

67 Auch an anderen Universitäten wurde der NC beibehalten, Krukowska, Die Studierenden der Universität Hamburg, S. 19.

68 Senat an Kultusministerium am 1.8.1949, UAB UV 69–353, die Philosophische Fakultät hatte den NC am 17.6.1949 aufgehoben, UAB PF 138–188.

69 Senatssitzung vom 3.3.1949, UAB Senat 33–5.

70 Senatssitzung vom 28.7.1949 UAB Senat 33–5.

71 Maaß, Studentenschaft, S. 81.

72 Die juristische Fakultät ab WS 1950/51, ARSFB 17, Fakultätssitzungen.

73 Senatssitzung vom 26.2.1947, UAB Senat 33–3, ebenso Fakultätsprotokoll vom 26.2.1947, UAB PF 138–187.

2.2. Die fachliche Auswahl der Studenten

Wie gezeigt wurde, erforderte die Beschränkung der Studentenzahlen durch die Briten angesichts des großen Bewerberandrangs eine sorgfältige Auswahl der Studenten. Die Universität bevorzugte dabei vor allem zwei Gruppen von Bewerbern: zum einen solche mit hoher fachlicher Qualifikation und zum anderen solche, die in ihrem Studium schon fortgeschritten waren und von denen zu erwarten war, dass sie die Universität schnell wieder verlassen würden.

Ein Punkt, der von den Universitäten immer wieder beklagt wurde, war das niedrige Bildungsniveau der Studenten.⁷⁴ So schrieb der im Sommer 1946 für sein erstes Gastsemester nach Bonn zurückgekehrte Karl Barth über seine Erfahrungen mit den Bonner Studenten:

»meine Studenten sind zwar alle höchst interessiert und bewegt und schlürfen einem die Worte fast von den Lippen, [...] dafür kann man sich die bildungsmäßigen Voraussetzungen [...] nicht primitiv genug vorstellen.«⁷⁵

Dies hatte seine Ursache in dem an politischen Fragen ausgerichteten Bildungsideal der Nationalsozialisten, das die schulische Bildung gegenüber der politischen Schulung in den Hintergrund hatte treten lassen. Der »Primat der Politik« und der nationalsozialistische »Kampf gegen den Intellektualismus« als zwei Hauptursachen des Mangels an Wissen⁷⁶ äußerten sich in konkreten Maßnahmen, die ein stetiges Absinken des Bildungsniveaus der Schüler und späteren Studenten zur Folge hatten. Dazu gehörte die Trennung von Abitur und Hochschulreife durch Einführung des Hochschulreifevermerks 1934, der die Erteilung der Hochschulreife an die politische Eignung des Abiturienten knüpfte.⁷⁷ Vor allem die jüngeren Jahrgänge waren zudem von der Einführung der achtstufigen Oberschule betroffen, welche die Schulzeit um ein Jahr verkürzt hatte.⁷⁸ Hinzu kamen die Einziehung der Lehrer zur Wehrmacht und die Evakuierung ganzer Schulen während der Kriegszeit, die vielfach einen geregelten Schulbetrieb verhinderten. In den höheren Klassen war der Lehrbetrieb durch Verpflichtung der Schüler zu Kriegshilfsdiensten stark eingeschränkt. Viele Unter- und Oberprimaner erhielten darüber hinaus vor Ablegung des Abiturs mit ihrer Einziehung zu Arbeitsdienst oder Wehrmacht den Reifevermerk, der sie vorzeitig zum Hochschulstudium qualifizieren sollte.

So kam es, dass nach dem Krieg vor allem die jüngeren Studienbewerber nur

74 Killy, *Studium Generale*, S. 20.

75 Barth an Arthur Frey, in: Barth, *Offene Briefe 1945 – 1958*, S. 67.

76 Erlass über Reifevermerk und Studium vom 31.7.1945, in: *MVBl.* 1. Jg. (1945), Nr. 3, S. 13 f.

77 Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 102.

78 Krönig/Müller, *Nachkriegssemester*, S. 160.

bedingt zur Aufnahme eines Studiums qualifiziert waren. Die übliche Anfängergruppe, die nach regulärem Abitur mit 19 oder 20 Jahren ihr Studium begann, gab es 1945 nur in Ausnahmefällen.⁷⁹ Die älteren Bewerber (bis ca. Jahrgang 1920) hatten zwar meist ein reguläres Abitur, dennoch wies auch ihre Allgemeinbildung oftmals Lücken auf, da ihre Schulzeit schon viele Jahre zurücklag und sie die Kriegsjahre in bildungsferner Umgebung verbracht hatten.

Die Auswahl der Studenten unter fachlichen Gesichtspunkten erfolgte durch die Universitäten selbst. Die Universität Bonn bemühte sich frühzeitig, eine qualitative Auslese unter den Bewerbern durchzuführen. Zu diesem Zweck setzte der Verwaltungsrat eine Übergangskommission ein, die u. a. Richtlinien für den Umgang mit den unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen der Studienbewerber erarbeiten sollte.⁸⁰ Die Kommission ging dabei davon aus, die Studienbewerber zunächst in drei Gruppen hinsichtlich ihrer Qualifikation einteilen zu können. Die erste Gruppe bildeten die ausreichend Qualifizierten, die direkt immatrikuliert werden sollten, die zweite Gruppe die Kriegsabiturienten, für die Ergänzungskurse an der Schule vorgesehen waren. Die dritte Gruppe setzte sich schließlich aus Kriegsheimkehrern mit ausreichendem Abitur zusammen, die an der Universität zunächst Vorsemester besuchen sollten.⁸¹ Nach einem Erlass des Oberpräsidenten vom 31. Juli 1945 sollten an den rheinischen Hochschulen für die älteren Kriegsheimkehrer, denen die Rückkehr an die Schule nicht zugemutet werden konnte, Vorsemesterkurse eingerichtet werden.⁸² Angesichts der begrenzten Aufnahmekapazität der Universität und der sich abzeichnenden hohen Bewerberzahl bemühte sich der Bonner Senat seit August 1945 darum, möglichst viele Studienbewerber mit nicht vollwertiger Reife zunächst in Vorbereitungskursen außerhalb der Universität unterzubringen. Dies galt insbesondere für Bewerber, die weniger als sieben Jahre die höhere Schule besucht hatten sowie für solche ohne Reifevermerk. Alle übrigen Bewerber ohne vollwertige Reife, die also mindestens sieben Jahre die höhere Schule besucht oder einen Reifevermerk erhalten hatten, sollten vorläufig zum Studium zugelassen werden oder an der Universität ein Vorsemester absolvieren, um Bildungslücken zu schließen.⁸³

Die endgültige Regelung des Oberpräsidiums sah für alle Schüler der achten Klasse einer höheren Schule mit Reife- oder Vorsemestervermerk einen sechsmonatigen, für Schüler der siebten Klasse mit Reife- oder Vorsemestervermerk einen zwölfmonatigen Sonderlehrgang vor. Schülerinnen mit einer hauswirt-

79 Ebd., S. 159.

80 Vgl. die Berichte der Kommission in UAB UV 69–70, Mitglieder der Kommission waren Ernst Bickel (Vorsitz), Siegfried Behn, Wilhelm Schneider und Friedrich Becker.

81 Senatssitzung vom 26. 7. 1945, UAB Senat 33–1.

82 MVBl. 1. Jg. (1945), Nr. 3, S. 13 f.

83 Senatssitzung vom 8. 8. 1945, UAB Senat 33–1.

schaftlichen Reifeprüfung sollten nach einer Ergänzungsprüfung auch zu einem zwölfmonatigen Sonderlehrgang zugelassen werden. Kriegsteilnehmer, die ihren Reifevermerk vor Oktober 1943 erhalten hatten, durften sich direkt für einen Studienplatz bewerben. Die Sonderlehrgänge wurden an allen höheren Schulen eingerichtet und umfassten 30 Wochenstunden à 45 Minuten in den Fächern Religion, Geschichte, Mathematik, Naturwissenschaften, Deutsch, moderne und klassische Fremdsprachen.⁸⁴ Eigene Vorsemesterkurse wurden an der Universität Bonn nicht eingeführt.

Das Bestreben der Universität nach Immatrikulation der fachlich Besten konkurrierte mit der britischen Forderung nach politischer Auswahl der Studenten und mit der sowohl von den Briten als auch von deutschen Stellen angestrebten Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte.

In einigen Fällen waren sich deutsche und britische Stellen einig. Dies betraf vor allem die Zulassung von Reifeprüfungen der nationalsozialistischen Eliteschulen, wie Adolf-Hitler-Schulen, Ordensburgen oder Nationalpolitischen Lehranstalten (Napola), die sowohl in politischer Hinsicht als nicht tragbar als auch in fachlicher Hinsicht als nicht ausreichend qualifiziert angesehen wurden.⁸⁵

Zur Auswahl der Bewerber bildeten die einzelnen Fakultäten im August 1945 Immatrikulationskommissionen,⁸⁶ die auf der Grundlage des von jedem Studenten einzureichenden Immatrikulationsantrages eine Auswahl trafen. In vielen Fällen verschafften sich die Mitglieder der Immatrikulationskommissionen auch durch ein persönliches Gespräch mit dem Bewerber ein Bild von dessen fachlicher und persönlicher Eignung für das Studium.⁸⁷ Zunächst wurde von Seiten des Senats bewusst auf eine Abstimmung der einzelnen Fakultäten hinsichtlich der Zulassung verzichtet, um den Bedürfnissen der unterschiedlichen Fachrichtungen genug Raum zu lassen. Jede Fakultät sollte ihren eigenen Modus finden.⁸⁸ Als die Wiedereröffnung jedoch näher rückte, beschloss der Senat mit Blick auf die Gerechtigkeit der Auswahl, ein Punktesystem zu entwickeln, das den Fakultätskommissionen als Richtlinie bei der Auswahl der Studenten dienen sollte.

84 Erlass vom 22.9.1945, in: MVBl. 1. Jg. (1945), Nr. 10, S. 50 f., in Bonn bürgerte sich für die Sonderlehrgänge die Bezeichnung ›Schümmer-Kurse‹ ein, benannt nach dem Gymnasialdirektor und Vorsitzenden der nordrhein-westfälischen Direktorenvereinigung Dr. Schümmer, der die Kurse seit dem Frühjahr 1946 organisierte.

85 Erlass des Oberpräsidenten vom 17.10.1945, UAB PF 138 – 169, auch MF 68 – 11.

86 Rundschreiben des Rektors an die Dekane vom 24.8.1945, AKFB IV/4 Studenten und Studien.

87 Bericht Konens an den Oberpräsidenten vom 18.10.1945, UAB UV 69 – 321.

88 Senatssitzung vom 30.8.45, UAB Senat 33 – 1.

Das Punktesystem sah folgende Kriterien für die Auswahl der Studenten vor:⁸⁹

- | | |
|---|-------------------------------|
| 1. Beheimatung in der Rheinprovinz alten Stils | 4 Punkte |
| 2. Tatkräftige Mitarbeit am Aufbau der Universität | 1 oder 2 Punkte |
| 3. Semesterzahl | je 1 Punkt |
| 4. Besondere Schädigungen in den letzten zwölf Jahren | 1 – 4 Punkte |
| 5. Qualität, soweit feststellbar | -6 bis +6 Punkte |
| 6. Examensnähe | Multiplikator 2 (fallweise 3) |

Deutlich erkennbar wird die starke Gewichtung der Nähe des Studienabschlusses, der durch Semesterzahl und Examensnähe gleichsam zweifach berücksichtigt wurde. Diese Bevorzugung von fortgeschrittenen Studenten beruhte auf der Überlegung, dass angesichts der großen Zahl von Bewerbern zunächst diejenigen zugelassen werden sollten, von denen ein baldiges Verlassen der Universität zu erwarten war, deren Studienplätze also schnell an die nächsten Bewerber vergeben werden konnten.

Nach der Examensnähe war die fachliche Qualifikation des Bewerbers mit einer Bewertungsspanne von -6 bis +6 Punkten das am stärksten gewichtete Kriterium bei der Zulassung. Der Punktabzug bei der Bewertung der Qualität galt ausdrücklich für Bewerber mit Reife- oder Vorsemestervermerk. Bemerkenswert ist, dass zwei Kriterien zur Benachteiligung der Studentinnen (Anrechnung von während des Krieges absolvierten Semestern von Nichtsoldaten mit nur je einem halben Punkt, Anrechnung von Militär- oder Kriegshilfsdienstzeiten mit je einem Punkt pro Jahr) aus dem Entwurf wieder gestrichen wurden.⁹⁰

Das Punktesystem kam nicht in allen Fakultäten gleichermaßen zur Anwendung. Die medizinische Fakultät immatrikulierte im Wintersemester 1945/46 beispielsweise noch ohne Punktesystem und entwickelte ab dem Sommersemester 1946 ein eigenes, modifiziertes System, das auf die Bedürfnisse der Fakultät zugeschnitten war. So wurden hier Ärzte- und Dozentenkinder bevorzugt, die Dauer des Wehrdienstes sowie die Beteiligung am Bau- oder Einsatztrupp stärker berücksichtigt. Für die höheren Semester floss auch die

89 Das Punktesystem wurde federführend von Dekan Oertel entworfen, der es dem Senat am 11. Oktober 1945 vorstellte, am 18. Oktober wurde es noch einmal im Senat modifiziert (UAB Senat 33 – 1). Es ist im Universitätsarchiv an verschiedenen Stellen überliefert: als Entwurf in UAB UV 69 – 160, als Entwurf mit Korrekturen in MF 68 – 11, als endgültige Fassung in PF 138 – 168, auch im AKFB, Ordner IV/4 Studenten und Studien. Die Entwürfe sind jeweils undatiert, eine relative Chronologie ergibt sich aus den genannten Zulassungszahlen. Der Entwurf in UV 69 – 160 weist noch die Anfang Oktober vom Senat angestrebten Zahlen für die Philosophische Fakultät auf, der Entwurf aus PF 138 – 168 bereits die endgültigen von der Militärregierung Ende Oktober 1945 festgesetzten Zahlen.

90 Diese Kriterien sind in den Entwürfen in UAB UV 69 – 160 und MF 68 – 11 noch enthalten.

Note des Vorphysikums in die Bewertung ein.⁹¹ Die medizinische Immatrikulationskommission bewertete jedoch auch die Zulassung mittels dieses modifizierten Punktesystems als unbefriedigend, da es zu schematisch und unflexibel sei, um tatsächlich die am besten geeigneten Bewerber auszuwählen. Die Kommission hatte das System im Sommersemester 1946 streng angewandt und nur Studenten mit mehr als zehn Punkten zugelassen, wie aus einer überlieferten Grafik ersichtlich wird.⁹² Der Kritik an der zu schematischen Bewertung der Studenten schloss sich rückblickend auf die Zulassung zum ersten Nachkriegssemester auch Rektor Konen an. Er hielt eine Auswahl nach wissenschaftlichen, politischen und charakterlichen Eigenschaften zwar grundsätzlich für wünschenswert,⁹³ sah aber eine flexiblere Handhabung der Zulassungskriterien als erforderlich an.

Die überlieferten Akten vermitteln den Eindruck, das Punktesystem hätte lediglich als Richtschnur gedient. Der Senat hatte sich durch das Punktesystem zwar auf ein Kriterienbündel verständigt, welches bei der Immatrikulation zu berücksichtigen sei, eine strenge Anwendung des Systems scheint außer bei der medizinischen Fakultät im Sommersemester 1946 nicht erfolgt zu sein.⁹⁴ Dafür spricht auch, dass sich die Kommissionsmitglieder im persönlichen Gespräch mit dem Bewerber einen Eindruck von Charakter und Reife des Kandidaten verschafften, diese Beurteilung jedoch nicht in das Punktesystem einfluss. Das Kolloquium als Mittel der Beurteilung eines Studienbewerbers wurde in der medizinischen Fakultät noch bis zum Wintersemester 1950/51 mit großem Aufwand durchgeführt. Die zeitliche Inanspruchnahme der Immatrikulationskommission, die im Sommer 1950 fünf Tage lang jeweils bis nach Mitternacht 176 Kandidaten begutachtete, führte letztlich dazu, dass das Verfahren als zu aufwändig angesehen und zum Sommersemester 1951 stark vereinfacht wurde, indem der Auswahlsschwerpunkt auf die Reifezeugnisse gelegt und auf Auswahlgespräche verzichtet wurde.⁹⁵

Gerade in den Notzeiten der ersten Nachkriegssemester war das Zulassungsverfahren allen Regelungen zum Trotz nicht frei von Unregelmäßigkeiten. Protektionismus und Bestechung spielten eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Zulassung der Studenten.⁹⁶ So waren Empfehlungsschreiben fester Be-

91 Bericht Prof. Ebbecke, UAB MF 68 – 11.

92 Ebd., auch in HStAD NW 2 – 2.

93 Konen auf der 2. Hochschulkonferenz am 17./18.12.1945 in Bünde, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 94.

94 Vgl. die entsprechende Bemerkung von UECO Beckhough vom 20.2.1946 in UAB UV 69 – 338.

95 Berichte der Immatrikulationskommission, MHI NL Steudel, Sekretariat und Immatrikulationsausschuss.

96 Diese Beobachtung teilt auch Respondek für die Immatrikulation an der Universität Münster, Respondek, Wiederaufbau, S. 301.

standteil eines Großteils der studentischen Bewerbungsunterlagen. Viele Bewerber bemühten sich um prominente Fürsprecher, um sich einen Vorteil im Zulassungsverfahren zu verschaffen. Neben solchen harmlosen Bemühungen, sich in der Konkurrenz mit den Mitbewerbern einen Vorteil zu verschaffen, stehen eindeutige Fälle von Bestechung, indem Bewerber durch Angebot materieller Vorteile auf die Entscheidung der Kommissionen Einfluss zu nehmen versuchten. Dass Bestechungsversuche kein Einzelfall waren, lässt sich aus einem Schreiben Konens an Chief-ECO Walker vom 18. Dezember 1947 ersehen: »Die Versuchung, jemanden aufgrund materieller Vorteile zur Universität zuzulassen, die keinem der Professoren erspart geblieben ist, ist sicher groß.«⁹⁷ Konen selbst hatte, wie er schrieb, zahlreiche Angebote erhalten, gegen Lieferung von Lebensmitteln oder Baumaterialien bestimmte Bewerber zum Studium zuzulassen. Obwohl Konen alle Vorwürfe der Bestechlichkeit von sich wies, war er es doch, der noch im Dezember 1947, als die Untersuchung des Bonner Immatrikulationsverfahrens durch die Militärregierung bereits in vollem Gange war, im Senat vorschlug, »im Kompensationswege durch Immatrikulation einiger Studenten für die Universität wichtige Materialien zu bekommen«.⁹⁸ Dieser Vorschlag, der nichts anderes bedeutete, als Studienzulassungen gegen die Lieferung von Baumaterialien zu vergeben, fand die Zustimmung der anwesenden Studentenvertreter.

Die Quellen vermitteln somit das Bild, dass die Zulassung an der Universität Bonn keineswegs frei von Bestechungsversuchen und Vorteilnahme war. In einem Zeitungsartikel polemisierte 1948 ein Autor anlässlich des Rücktritts von Rektor Konen gegen das Bonner Zulassungsverfahren, man hätte sich 1945 auf der Straße erzählt, dass jeder Student, der immatrikuliert werden wollte, eine fette Gans mitbringen müsse.⁹⁹ Wenn auch diese Darstellung übertrieben sein mag, so weist sie doch darauf hin, dass das Zulassungsverfahren nicht durchweg den strengen Maßstäben gefolgt ist, welche die offiziellen Richtlinien vorgaben. Immer wieder ist von einzelnen Studenten die Rede, die zu Unrecht, gegen Lieferung von Baumaterialien oder wegen sekundärer Qualitäten immatrikuliert wurden. 1947 äußerte sich Professor Johannes Steudel als Mitglied der medizinischen Immatrikulationskommission besorgt darüber, dass das Ansehen der Universität Schaden nähme, wenn sich immer mehr die Ansicht verbreite, dass die Zulassung nicht nach streng sachlichen Kriterien erfolge.¹⁰⁰ Anlass dieser

97 ULB NL Konen 1.

98 Senatssitzung vom 4. 12. 1947, UAB Senat 33 – 3.

99 Forum, 2. Jg. 1947 Nr. 2, S. 62, in: ULB NL Konen 4.

100 Steudel an Elbel am 9. 8. 1947, MHI NL Steudel, Korrespondenz A-K 1947. Johannes Steudel (1902–1973) habilitierte sich 1943 von Leipzig nach Bonn um. 1946 wurde er zum außerplanmäßigen Professor und 1958 zum Ordinarius für die Geschichte der Medizin und

Besorgnis war das Gerücht, ein Student sei ohne Berücksichtigung seiner fachlichen Qualitäten immatrikuliert worden, um die Hockey-Mannschaft der Universität zu verstärken. In einem weiteren Fall hatte ein Unternehmer die Schenkung von Mikroskopen und optischen Geräten von der Zulassung eines bestimmten Bewerbers abhängig gemacht.¹⁰¹ Der Bericht der britischen Untersuchungskommission zum Immatrikulationsverfahren in Bonn listet eine Reihe von Einzelfällen auf, in welchen Konen sich über das vorgesehene Verfahren hinweggesetzt hatte, und kommt zu dem Schluss, dass die Zulassung durch den Rektor nicht im Sinne der ihm zugestandenem Härtefallregelung erfolgt, sondern in vielen Fällen durch politischen Druck, Nepotismus und Bestechung motiviert war.¹⁰²

Seit dem Wintersemester 1946/47 bemühte sich auch die Studentenvertretung um eine Beteiligung an der Zulassung. Im Mai 1947 beklagte der AStA, dass er keine Möglichkeit der Mitbestimmung bei den Immatrikulationskommissionen habe.¹⁰³ Die Professoren standen einer studentischen Beteiligung am Immatrikulationsverfahren skeptisch gegenüber. Erst nach einem klärenden Gespräch zwischen UEO und Rektor wurde dem AStA im neuen Universitätsstatut ein Sitz in der Immatrikulationskommission zugesprochen.¹⁰⁴ Doch an den Vorbehalten der Professoren änderte sich nur wenig. Die Klagen des AStA dauerten auch nach der Neuregelung des Verfahrens durch die Militärregierung an.¹⁰⁵ Nach Ablauf des Sommersemesters 1947 wurde daraufhin die studentische Beteiligung am Auswahlverfahren endgültig geregelt. Danach sollte der AStA vollständige Akteneinsicht erhalten und mit zwei »Herren« im Berufungsausschuss vertreten sein.¹⁰⁶ Festgelegt wurde auch, dass sich das Mitwirkungsrecht des AStA auf politische und soziale Fragen beschränken solle, über die wissenschaftliche Qualifikation der Bewerber aber von den Professoren allein zu entscheiden sei.

Im Wintersemester 1945/46 war es der Universität gelungen, ihre Vorstellungen einer qualitativen Auswahl weitgehend durchzusetzen. Dies war im Wesentlichen der Tatsache zu verdanken, dass von britischer Seite nur sehr zurückhaltende Forderungen an die politische Eignung der Bewerber gestellt wurden. Während des ersten Nachkriegssemesters wuchs jedoch die Kritik der Briten an der politischen Auswahl, insbesondere an der hohen Zahl der zuge-

Naturwissenschaften an der Universität Bonn ernannt. Im akademischen Jahr 1958/59 amtierte er als Rektor.

101 Bericht des Untersuchungsausschusses zur Zulassung im WS 1947/48 in Bonn, PRO FO 1013/2209.

102 Ebd.

103 AStA-Sitzung vom 6. 5. 1947, UAB AStA 47 – 1.

104 AStA-Sitzung vom 16. 5. 1947, UAB AStA 47 – 1.

105 AStA-Sitzung vom 6. 6. 1947, UAB AStA 47 – 1.

106 AStA-Sitzung vom 21. 7. 1947, UAB AStA 47 – 9.

lassenen aktiven Offiziere. Im Februar legten die Briten daher mit der EIGA Nr. 5 eine neue Zulassungsregelung vor, welche die politische Überprüfung gegenüber der qualitativen Auswahl in den Vordergrund rückte.

Neben der Verschärfung der politischen Überprüfung wurden zum Sommersemester 1946 auch die Ansprüche an die schulische Vorbildung erhöht. Nach Beschluss der Hochschulkonferenz wurde nun der Reifevermerk als nicht mehr ausreichend für eine Immatrikulation angesehen.¹⁰⁷ In Bonn wurde diese Bestimmung jedoch offenbar nicht nachdrücklich umgesetzt, da am Bonner Verfahren im Sommer 1948 auf der Hochschulkonferenz kritisiert wurde, es würden den gefassten Beschlüssen zum Trotz Bewerber mit Reifevermerk zugelassen, wenn sie ihr Fachstudium bereits aufgenommen hatten oder vor weniger als neun Monaten aus Gefangenschaft entlassen worden waren.¹⁰⁸

Die strenge politische Auslese stand jedoch nur im Sommersemester 1946 im Vordergrund. Bereits zum Wintersemester 1946/47 fiel mit Inkrafttreten der Jugendamnestie für alle nach dem 1. Januar 1919 Geborenen, also für den Großteil der Studienbewerber, die Überprüfung der politischen Vergangenheit weg.¹⁰⁹ Sofern es sich nicht um hochrangige Nationalsozialisten oder Kriegsverbrecher handelte, wurden ab Herbst 1946 bei der Auswahl der Studenten nur noch fachliche und soziale Gesichtspunkte berücksichtigt. Ebenfalls zum Wintersemester 1946/47 wurden nun auch Abschlüsse von Napolas als vollgültige Reife anerkannt.¹¹⁰

Nach der massiven Kritik der Briten am Bonner Immatrikulationsverfahren und dem erzwungenen Rücktritt Rektor Konens erfolgte zum Sommersemester 1948 eine grundlegende Neuordnung der Immatrikulation. Danach wurden nun die Kriterien akademische Eignung, persönlicher Eindruck, politische oder rassische Verfolgung, Verlust der Eltern durch den Krieg, Beurteilung aus dem Gefangenenlager, Versehrtenstufe ab Grad III und frühere Studienzeiten in dieser Reihenfolge berücksichtigt.¹¹¹ Die Anträge wurden zuerst von der politischen Prüfungskommission bearbeitet und dann von den Fakultätskommissionen fachlich begutachtet. Alle in Frage kommenden Kandidaten wurden dem Rektor vorgeschlagen, der die endgültige Zulassung aussprach.¹¹² Die Briten genehmigten dieses Verfahren, forderten aber nachdrücklich eine Angleichung

107 Beschluss der 3. Hochschulkonferenz am 25.–27.2.1946 in Goslar, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 132.

108 15. Hochschulkonferenz am 26.7.1948 in Braunschweig, Heinemann, Hochschulkonferenzen 2, S. 509.

109 Zur Jugendamnestie vgl. Kap 2.3.

110 Rundschreiben des Kultusministers vom 6.10.1947, UAB MF 68–11.

111 UAB UV 69–54.

112 UAB UV 69–339.

der Zulassung in den einzelnen Fakultäten.¹¹³ In der Tat scheint die Ungleichheit der Zulassungsbedingungen auch universitätsintern für Kritik gesorgt zu haben. In einem Brief beklagte Professor Walter Schirmer als Mitglied des politischen Ausschusses gegenüber dem Rektor die unterschiedlichen Vorgehensweisen der Fakultäten, die u. a. dazu geführt hatten, dass der Notendurchschnitt des Reifezeugnisses in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät bei 1,4, in der Medizinischen Fakultät dagegen nur bei 3,5 läge.¹¹⁴

Die Gründung der Bundesrepublik und die Übernahme der vollen Verantwortlichkeit deutscher Behörden für das Bildungswesen markierten einen weiteren Schritt bei der Abwendung von der politischen Beurteilung und rückten die fachliche Qualifikation der Bewerber weiter in den Vordergrund. Eine detaillierte Abfrage der politischen Vergangenheit, wie sie bis dahin praktiziert wurde, erachtete die Universität nun nicht mehr für notwendig. In den Zulassungsrichtlinien für das Wintersemester 1949/50 wurde eindeutig formuliert: »Maßgeblich ist in erster Linie die fachliche Qualifikation.« Andere Gesichtspunkte politischer oder sozialer Art sollten ausdrücklich erst in zweiter Linie berücksichtigt werden.¹¹⁵

Aber auch die fachliche Prüfung allein stellte viele Bewerber vor große Schwierigkeiten. Viele hatten durch Kriegswirren, Flucht oder Ausbombung ihre Unterlagen verloren und waren nicht in der Lage, ein Reifezeugnis vorzulegen. Die Universität begnügte sich daher in den ersten Nachkriegssemestern mit eidesstattlichen Erklärungen.¹¹⁶ Schwierigkeiten bei der Bewertung der Qualität ihrer Vorbildung bereiteten auch Kriegsgefangene, die während ihrer Gefangenschaft die Reifeprüfung abgelegt oder an einer Lagerhochschule bereits einige Semester studiert hatten. Die Qualität der Ausbildung in den Lagerhochschulen war sehr unterschiedlich und im Einzelfall nur schwer zu überprüfen. Die Rektoren verständigten sich daher zunächst darauf, bei in Kriegsgefangenenlagern absolvierten Kursen die Hälfte der Semester anzurechnen. Unter der Bedingung, dass das Universitätsniveau dieser Kurse nachgewiesen werden konnte, war auch die Vollarbeitung der abgeleiteten Semester möglich.¹¹⁷ Im Sommer 1947 wurde beim Sekretariat der Nordwestdeutschen Hochschulkonferenz eine Zentralstelle für die Begutachtung ausländischer Vorbildungsnachweise eingerichtet, um die Qualität solcher Ausbildungen

113 UEO an Rektor am 8.6.1948, UAB UV 69 – 339.

114 UAB UV 69 – 339. Walter Schirmer (1888 – 1984) wurde 1925 auf den Lehrstuhl für englische Philologie der Universität Bonn berufen. 1929 wechselte er an die Universität Tübingen und kehrte 1946 nach Bonn zurück.

115 Immatrikulationsrichtlinien für das WS 1949/50 (28.7.1949), UAB UV 69 – 353.

116 UAB UV 69 – 136.

117 3. Hochschulkonferenz am 25.–27.2.1946 in Goslar, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 133.

nachzuprüfen und zu bewerten.¹¹⁸ Als erstes Ergebnis ihrer Arbeit vermeldete die Zentralstelle, dass es unmöglich sei, die auf den verschiedenen Lagerhochschulen erbrachten Studienleistungen generell anzurechnen. Daraufhin beendete die Hochschulkonferenz das bisherige provisorische Verfahren und beschloss, in Zukunft jeden Einzelfall zu prüfen.¹¹⁹ Insgesamt bestanden 115 Lager mit schul-, fachschul- oder hochschulmäßigem Unterricht, die meisten in den USA (31) und in Frankreich (18).¹²⁰

Neben der Möglichkeit, die Eignung der Studenten bei der Zulassung zu überprüfen, verstärkten die Universitäten zunehmend ihre Bemühungen, unter den bereits Immatrikulierten die Ungeeigneten auszuselektieren. Das erschien besonders deshalb notwendig, weil der von den Briten festgesetzte Numerus clausus nicht die Zahl der Zulassungen, sondern die Gesamtzahl der Studenten regelte und somit nur Neuzulassungen in Höhe der Abgangszahlen möglich waren. Obwohl sich die Bevorzugung von fortgeschrittenen Studenten, wie oben in Kapitel 2.1. dargelegt, in den ersten Nachkriegssemestern als probates Mittel erwiesen hatte, um auch in den folgenden Semestern neue Bewerber zulassen zu können, war es der medizinischen Fakultät auf Grund der geringen Zahl der Abgänger bereits im Wintersemester 1946/47 nicht mehr möglich, weitere Bewerber aufzunehmen. In den folgenden Semestern, als die Masse der bevorzugt zugelassenen Examenkandidaten die Universität bereits wieder verlassen hatte, die übrigen Studenten aber überwiegend Anfangssemester waren, machte sich die Nichterhöhung des Numerus clausus doppelt hart bemerkbar. Die Zahl der Neuzulassungen sank stark ab und erreichte in Bonn im Wintersemester 1948/49 mit 656 ihren Tiefststand.¹²¹ Der Druck auf die Universität wuchs angesichts der ungebrochen hohen Zahl der Studienplatzbewerber.

Die Universitäten erhöhten daher ihrerseits den Leistungsdruck auf die Studenten, indem sie Fleiß- und Zwischenprüfungen einführten, die bei Nichtbestehen die Zwangsexmatrikulation zur Folge haben konnten. Am 21. Mai 1947 führte das Kultusministerium per Erlass die Zwischenprüfung nach dem vierten Semester ein, um nichtgeeignete Studenten exmatrikulieren zu können. Der Erlass wurde auf drei Jahre befristet und verstand sich ausdrücklich als Notstandsmaßnahme.¹²² Die Rektoren stellten sich auf der Hochschulkonferenz hinter die Einführung der Zwischenprüfung.¹²³ Die Studenten lehnten solche

118 10. Hochschulkonferenz am 12. 6. 1947 in Bad Driburg, Heinemann, Hochschulkonferenzen 2, S. 381.

119 Ebd., S. 478.

120 Wienert, Der Unterricht in Kriegsgefangenenlagern, S. 4 f.

121 UAB UV 69–13.

122 12. Hochschulkonferenz am 9./10. 9. 1947 in Münster, Heinemann, Hochschulkonferenzen 2, S. 412 ff.

123 Norddeutscher Hochschultag am 9. 9. 1947, Neuhaus, Hochschulreform, S. 339.

Prüfungen dagegen mit der Begründung ab, viele von ihnen seien Werkstudenten und hätten bei einer Wochenarbeitszeit von bis zu 54 Stunden keine Zeit für Prüfungsvorbereitungen.¹²⁴

Dem Erlass des Kultusministeriums entsprechend wurden ab dem Sommersemester 1947 Fleiß- und Zwischenprüfungen eingeführt. Die einzelnen Fakultäten handhabten die Prüfungen unterschiedlich. Während die Mathematisch-Naturwissenschaftliche und die Philosophische Fakultät den Nachweis zweier Leistungszeugnisse von unterschiedlichen Gutachtern nach dem dritten Semester forderten, beschränkten sich die Medizinische und die Katholisch-Theologische Fakultät auf die bislang bestehenden Vor- bzw. Zwischenprüfungen.¹²⁵

Wie viele Studenten von der Zwangsexmatrikulation betroffen waren, kann nicht genau gesagt werden, da die entsprechenden Zahlen nicht vorliegen. Die Medizinische Fakultät vermeldete, dass im Sommersemester 1947 90 Exmatrikulationen durchgeführt wurden. Dies entsprach rund 7,5 % der Gesamtzahl der Mediziner. Hochgerechnet auf alle Fakultäten käme man, legte man diesen Prozentsatz als Durchschnitt an, auf gut 300 Exmatrikulationen im Sommersemester 1947.

Seit etwa 1949 normalisierten sich die Zulassungsverhältnisse an der Bonner Universität. Die Zahl der Abgänge stieg und ein immer größerer Teil der Bewerber konnte zugelassen werden. Zudem wurde mit Übertragung des Numerus clausus in deutsche Zuständigkeit der Auswahldruck von den Universitäten genommen. Zwischenprüfungen erschienen dem Senat nun nicht mehr notwendig. Er überließ folglich den Fakultäten die Entscheidung, ob sie die Prüfungen beibehalten wollten.¹²⁶ Die Rechts- und Staatswissenschaftliche sowie die Philosophische Fakultät schafften daraufhin die Zwischenprüfungen wieder ab.¹²⁷

2.3. Die politische Überprüfung der Studenten

Neben der fachlichen musste sich jeder Student auch der politischen Überprüfung stellen. Um den Einfluss der Nationalsozialisten zurückzudrängen, waren die Briten besonders im Bildungsbereich bemüht, keine ehemaligen führenden Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen zum Studium zu-

124 5. Hochschulkonferenz am 16.8.1946 in Bünde, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 215.

125 UAB UV 69–137, vgl. auch AKFB IV/4 Immatrikulation und Inskription.

126 Senatssitzung vom 9.12.1948, UAB Senat 33–4.

127 Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät am 24.11.1948, UAB UV 69–29; die Philosophische Fakultät am 26.1.1949, UAB PF 138–187.

zulassen. Nachdem seit dem Sommer 1945 alle Professoren und Dozenten den von den Alliierten ausgegebenen politischen Fragebogen ausfüllen und sich damit dem Verfahren der Entnazifizierung unterwerfen mussten, wurde auch von jedem Studenten die Vorlage eines solchen Fragebogens bei der Immatrikulation gefordert. Die Universität entwarf zudem im September 1945 einen eigenen Fragebogen, der dem Antrag auf Immatrikulation beizulegen war.¹²⁸ An Hand dieser beiden Fragebogen wurde die politische Belastung des Bewerbers festgestellt. Dabei ließen die Bestimmungen, wer als politisch belastet zu gelten habe, im ersten Nachkriegssemester den Zulassungskommissionen einen weiten Spielraum. Die ECI Nr. 12 sah vor, dass die bloße Mitgliedschaft (»mere membership«) in der NSDAP oder der HJ kein Ausschlusskriterium sein sollte.¹²⁹ Die Briten gingen anfangs davon aus, dass die Integration ehemaliger Nationalsozialisten in die Studentenschaft die beste Methode zur effektiven Umsetzung der Re-Education darstellte. Zudem hatten die Briten der Wiedereröffnung der Universitäten zum Wintersemester 1945/46 oberste Priorität eingeräumt und daher zu Gunsten einer zügigen Wiederaufnahme des Studienbetriebes auf eine detaillierte politische Überprüfung der Studenten verzichtet.

Um die Jahreswende 1945/46 wuchs jedoch die Kritik der Briten an der Auswahl der Studenten. Besonders die politische Überprüfung wurde als unzureichend angesehen. So war in Bonn beispielsweise Hitlers Luftwaffenadjutant Nicolaus von Below unter dem Namen Claus Nagel von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät zum Studium zugelassen worden.¹³⁰ Auch hatte eine hohe Zahl aktiver Offiziere die Zulassung erhalten, obwohl die Briten gerade im Offizierscorps einen Hort des Nationalsozialismus und des Militarismus vermuteten.¹³¹ Als sich im Verlauf des Wintersemesters dazu Berichte in der deutschen und britischen Presse über den innerhalb der Studentenschaft weiterlebenden Geist des Nationalsozialismus häuften,¹³² sahen sich die Briten gezwungen, die Vorschriften für die politische Überprüfung zu verschärfen. Die Universität wurde damit beauftragt, die bereits immatrikulierten Studenten an Hand der Fragebogen erneut zu überprüfen. Zu diesem Zweck setzte der Senat im Dezember 1945 eine Überprüfungskommission bestehend aus dem Kelto-logen Rudolf Hertz und dem Juradozenten Heinrich Vogt ein,¹³³ die nach Ab-

128 Siehe Abbildung im Anhang.

129 Krönig/Müller, Nachkriegssemester, S. 152, auch in UAB PF 138–164.

130 Exmatrikelakte Claus Nagel, WS 1945/46. Im Januar 1946 wurde Below von den Briten festgenommen und trug bei seiner Festnahme angeblich das von ihm als Zeugen unterschriebene Testament Hitlers bei sich, dazu John, Heimkehrer, S. 13.

131 Krönig/Müller, Nachkriegssemester, S. 98.

132 Artikel in der Frankfurter Rundschau vom 29. 1. 1946, im Hannoverschen Kurier vom 30. 11. 1945 und im Observer vom 17. 2. 1946, vgl. dazu Phillips, Re-opening, S. 8 f.

133 UAB UV 139–307. Rudolf Hertz (1897–1965) habilitierte sich 1930 in Bonn. 1938 wurde ihm aus politischen Gründen die Lehrbefugnis entzogen. 1946 wurde er zum außeror-

schluss der Überprüfung feststellte, dass die Mehrheit der Studenten entgegen aller Befürchtungen politisch nicht oder nur unwesentlich belastet sei. Einige Studenten hatten ihre Fragebogen allerdings unvollständig ausgefüllt oder widersprüchliche Angaben gemacht, so dass ihre politische Belastung nicht geklärt werden konnte.¹³⁴

Als die Briten im Januar 1946 mit der Direktive Nr. 24 die Entnazifizierung in geordnete Bahnen lenkten, indem sie erstmalig ein zonenweit einheitliches Verfahren etablierten,¹³⁵ gingen sie auch daran, die Zulassung der Studenten neu zu regeln. Ende Januar verlangte die Militärregierung eine erneute Revision sämtlicher Fragebogen und teilte mit, dass sich alle Studenten, auch die bereits Immatrikulierten, zum Sommersemester erneut um eine Zulassung zu bewerben hätten.¹³⁶ Gleichzeitig wurden die Bestimmungen zur politischen Überprüfung der Studentenschaft durch die EIGA Nr. 5 vom 20. Februar 1946 deutlich verschärft.

Nach den neuen Richtlinien wurden die Studenten in fünf Kategorien unterteilt:¹³⁷

- A Nichtmitglieder der HJ (einschließlich BDM) oder der Partei, keine Parteianwärter
- B Parteianwärter, einfache Mitglieder der HJ
- C Nichtaktivistische Mitglieder der Partei oder einer angeschlossenen Organisation
- D Aktivistische Mitglieder der Partei oder einer angeschlossenen Organisation, HJ-Führer (ab Schar- bzw. Mädelscharführer aufwärts)
- E Unannehmbar

Die unbelasteten Studenten der Gruppe A sollten als Erste zugelassen werden. Erst wenn danach die Höchstzahl der Studenten nicht erreicht war, sollte mit den Gruppen B und C fortgefahren werden. Darüber hinaus sollte der Anteil der Gruppe C an der Studentenschaft nicht mehr als 10 % betragen. Den in die Gruppen D und E eingeordneten Bewerbern wurde die Immatrikulation generell verwehrt. Ausdrücklich wies UECO Brann darauf hin, dass die Begabung nicht unabhängig von der politischen Eignung überprüft werden dürfe.¹³⁸ Die EIGA

dentlichen Professor, 1953 zum Ordinarius für Keltische Philologie an der Universität Bonn ernannt. Heinrich Vogt (1910 – 1990) promovierte und habilitierte sich in Bonn und wirkte dort seit 1942 als Dozent. 1949 wurde er zum außerplanmäßigen Professor, 1964 zum Ordinarius für Römisches und Bürgerliches Recht an der Universität Bonn ernannt.

134 Ebd.

135 Zur Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen vgl. Lange, Entnazifizierung; zum Verfahren an der Universität Bonn vgl. George, Neubeginn.

136 Senatssitzung vom 21. 1. 1946, UAB Senat 33 – 2.

137 Die EIGA Nr. 5 ist enthalten in UAB UV 69 – 338 und HStAD NW 25 – 218.

138 UECO Brann vor dem Verwaltungsrat am 14. 3. 1946, UAB Senat 33 – 2.

Nr. 5 ist ein deutlicher Ausdruck des britischen Bestrebens, die politische gegenüber der fachlichen Qualifikation zu betonen und gegenläufige Absichten der Universitäten zu unterbinden.¹³⁹

Die politische Überprüfung der Studenten erfolgte durch eigens eingerichtete Sonderausschüsse, die endgültige Zulassung blieb der Militärregierung vorbehalten. Damit war die Überprüfung der Studenten vom üblichen Entnazifizierungsverfahren abgekoppelt. Der bei der Stadt eingerichtete Hauptentnazifizierungsausschuss, der bei der Überprüfung der Professoren und Dozenten als Zwischeninstanz fungierte, war an der Zulassung der Studenten nur insofern beteiligt, als er die Mitglieder des Sonderausschusses bestätigen musste. Dieser bestand aus den Professoren Theodor Kipp, Rudolf Hertz, Wilhelm Ceelen und August Reichensperger sowie drei weiteren nicht der Universität angehörenden Mitgliedern. Der Vorsitz wurde von Professor Theodor Kipp wahrgenommen.¹⁴⁰

Als Ergebnis der Kategorisierung im Sommer 1946 wurden 13,1 % der Bewerber der Gruppe A, 80,6 % der Gruppe B und 6,3 % den Gruppen C und D zugeordnet.¹⁴¹ Der Großteil der Bewerber war folglich nur einfaches HJ- oder BDM-Mitglied. Eine erstaunlich hohe Zahl von 1.105 Bewerbern wurde als politisch unbelastet eingestuft, d. h. sie hatten sich der Zwangsmitgliedschaft in der HJ entziehen können und waren auch in keiner anderen NS-Organisation Mitglied. Auffallend ist, dass bei den Bewerbern der Katholisch-Theologischen Fakultät 34,2 % auf die Gruppe A entfielen. Hier kommt die starke Bindung dieser Bewerber an das katholische Milieu und die daraus resultierende Ablehnung der HJ als Konkurrenz zu den konfessionellen Jugendvereinigungen zum Tragen.

Ein Vergleich mit den Kategorien der Hamburger Studienbewerber (4 % A, 16 % B, 66 % C, 12 % D)¹⁴² lässt jedoch Zweifel an der korrekten Durchführung des Kategorisierungsverfahrens aufkommen. Da es unwahrscheinlich ist, dass die Bewerberprofile der Universitäten Bonn und Hamburg so stark voneinander abweichen, waren offenbar die Verordnung zur Kategorisierung nicht eindeutig oder die Kontrolle durch die Militärregierung nicht scharf genug. Die Ursachen,

139 Major James Mark zur Zielsetzung der EIGA Nr. 5 auf der 3. Hochschulkonferenz am 25.–27. 2. 1946 in Goslar, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 117.

140 Senatssitzung vom 6. 4. 1946, UAB Senat 33 – 2. Karl Theodor Kipp (1896 – 1963) wurde 1932 in Bonn zum persönlichen Ordinarius ernannt, 1935 wurde er auf das Ordinariat für Bürgerliches Recht berufen. Im SS 1935 amtierte er als Rektor der Universität Bonn. August Reichensperger (1878 – 1962) promovierte und habilitierte sich in Bonn. 1916 wurde er in Bonn zum Titularprofessor ernannt. Von 1919 – 1928 wirkte er als Ordinarius für Zoologie an der Universität Freiburg/Schweiz, bevor er an die Universität Bonn zurückkehrte. 1948 wurde Reichensperger emeritiert. 1955 erhielt er den Ehrendoktor der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn.

141 UAB UV 69 – 338.

142 PRO FO 1010/89.

warum die Bestimmungen der Zulassungsverordnung in Bonn weniger streng umgesetzt wurden als in Hamburg, lassen sich aus den Quellen nicht rekonstruieren, geben aber Anlass zu grundsätzlichen Zweifeln an der Objektivität und der Vergleichbarkeit der politischen Überprüfung.

Die Verteilung der Bewerber auf die einzelnen Kategorien hatte in Bonn zur Folge, dass nur bei den politisch Minderbelasteten der Kategorie B besondere Anforderungen an die fachliche Qualität gestellt wurden. Da die Bewerber der Gruppe A als erste immatrikuliert wurden und ihre Zahl den Numerus clausus nicht ausschöpfte, erhielt jeder Angehörige der Gruppe A, der ein Reifezeugnis vorlegen konnte, automatisch die Zulassung. Die Zahl der Bewerber der Gruppen A und B zusammen übertraf die durch Numerus clausus geregelte Höchstzahl jedoch deutlich. Daher musste für die noch freien Studienplätze aus den Bewerbern der Gruppe B eine fachliche und soziale Auswahl getroffen werden. Bewerber der Gruppe C konnten dagegen nur in Ausnahmefällen berücksichtigt werden.

Im Wintersemester 1946/47 erfuhr die politische Überprüfung der Studenten erneut eine einschneidende Veränderung. Die Militärregierung ordnete im Oktober 1946 an, dass ein neuer Ausschuss zur politischen Überprüfung der Studenten zu bilden sei, der sich aus zwei Professoren, zwei Nichtuniversitätsmitgliedern und einem Vertreter der Studentenschaft zusammensetzen sollte.¹⁴³ Gleichzeitig kündigten die Briten eine Amnestieregelung für alle nach dem 1. Januar 1919 Geborenen an.¹⁴⁴ Dadurch reduzierte sich die Zahl der zu Überprüfenden um rund 90 %.¹⁴⁵ Außerdem wurde ein neues Kategorisierungssystem eingeführt.

Danach waren folgende Kategorien vorgesehen:¹⁴⁶

A

(I) Unbelastete

(II) Alle nach oder am 1. Januar 1919 Geborenen, sofern sie nicht führende Nationalsozialisten waren

143 UAB UV 69 – 54.

144 Die Jugendamnestie wurde durch die ZEA Nr. 54 (30.11.1946) und die ZEA Nr. 3 (endgültige Fassung vom 7.3.1947) eingeführt. Obwohl nach Lange, Entnazifizierung, S. 278, 297 ff. beide Anweisungen erst am 14.4.1947 in Kraft traten, erfolgte die Zulassung der Studenten bereits im WS 1946/47 nach den Regelungen der Jugendamnestie. Dies geht aus den Protokollen der Sitzungen der UECOs hervor, vgl. Sitzung vom 4.8.1946, PRO FO 945/137.

145 Pingel, University Reform, S. 24.

146 Zulassungsbestimmungen von Studenten an Hochschulen und Lehrerakademien Wintersemester 1946, UAB UV 69 – 338.

B

Alle, die vor dem 1. Januar 1919 geboren wurden und

- (I) Nichtparteimitglieder oder einfache Mitglieder der HJ oder
- (II) nicht aktive Parteimitglieder oder
- (III) aktive Parteimitglieder oder HJ-Führer waren oder
- (IV) nach der Direktive 24 in die Kategorie der Zwangsabzuweisenden fielen.

Die Zulassungsbestimmungen sahen außerdem vor, dass die akademische nun vor der politischen Prüfung stattfand. Dies hatte zur Folge, dass nicht mehr alle Studenten der Kategorie A als erste immatrikuliert werden mussten, ehe ein Bewerber der Kategorie B zugelassen werden konnte. Allerdings erbat sich UECO Gregor Smith am Ende der Zulassungsphase einen Bericht über die abgelehnten A-Fälle.¹⁴⁷ Die Einführung der Amnestie wertete die akademische gegenüber der politischen Qualifikation deutlich auf. Die Güte der Reifezeugnisse wurde für die Zulassung zum Studium nunmehr das entscheidende Kriterium.

Die vermeintliche Abwertung der politischen Überprüfung durch die Briten führte an der Universität Bonn zu einer nachlassenden Sorgfältigkeit bei deren Durchführung. Als die Briten das Bonner Zulassungsverfahren im Wintersemester 1947/48 überprüften, sahen sie dieses als völlig unzureichend an.¹⁴⁸ Das Verfahren musste daraufhin für das folgende Sommersemester einer grundlegenden Änderung unterworfen werden. Nun sollte die Einstufung durch den politischen Ausschuss wieder zuerst stattfinden und anschließend die fachliche Auswahl durch die Fakultäten getroffen werden.¹⁴⁹ Die politischen Kriterien wurden damit wieder stärker betont.

Die strenge politische Überprüfung der Studenten beschränkte sich für das Gros der Bewerber auf das Sommersemester 1946, als die Bestimmungen der EIGA Nr. 5 zum Tragen kamen. In den folgenden Semestern wurde die politische Überprüfung vor allem zur Hürde für die älteren Studenten, die häufiger durch eine Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer ihrer angeschlossenen Organisationen kompromittiert waren. Diese Bewerber verfügten jedoch im Regelfall über ein vollgültiges Reifezeugnis, so dass sich die fachliche Überprüfung für sie als ein geringes Hindernis erwies. Genau umgekehrt war der Fall bei jüngeren Studenten gelagert. Für diese hatte die politische Überprüfung nach Inkrafttreten der Jugendamnestie keine Bewandtnis mehr. Dagegen hatten viele Jüngere keine reguläre Reifeprüfung ablegen können, so dass die nicht ausreichende fachliche Qualifikation ihre Bewerbung zunächst scheitern ließ. Nachdem die

147 Senatssitzung vom 24.10.1946, UAB Senat 33–2.

148 Vgl. dazu Kap. 2.1.

149 UAB UV 69–339.

Entnazifizierung Anfang 1948 in deutsche Hände übergegangen war, arbeiteten die Länder eigene Entnazifizierungsgesetze aus. Die nordrhein-westfälische Landesregierung sprach sich dafür aus, die politische Überprüfung der Studenten vor der Immatrikulation einzustellen. Zum Sommersemester 1949 betrachtete das Kultusministerium daher die politischen Immatrikulationskommissionen als nicht mehr bestehend.¹⁵⁰ Die Universität beschloss, künftig das Augenmerk nur noch auf solche Studenten zu richten, deren Zulassung früher dem UECO alleine vorbehalten war, wie aktive Offiziere oder Angehörige der Waffen-SS.¹⁵¹

2.3.1. Aktive Offiziere

Mit besonderem Misstrauen betrachteten die Briten die Zulassung ehemaliger aktiver Offiziere. Im Offizierskorps vermuteten sie den Hauptträger des klassischen deutschen Militarismus, wie er sich den Briten noch im Ersten Weltkrieg präsentiert hatte.¹⁵² Gerade innerhalb der Studentenschaft der Weimarer Zeit sahen die Briten die Offiziere als Repräsentanten einer reaktionären und militaristischen Haltung.¹⁵³ Indem sie jedoch ihre Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg zu Grunde legten, übersahen die Briten den Wandel, den das Offizierskorps während des ›Dritten Reiches‹ durchgemacht hatte. Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und dem Beginn der Aufrüstung seit Mitte der 1930er Jahre war das Offizierskorps bis Kriegsbeginn auf das Siebenfache seiner ursprünglichen Stärke vor 1933 angewachsen. Im Verlauf des Kriegs verdoppelte sich diese Zahl noch einmal.¹⁵⁴ Dieses enorme Wachstum hatte eine Öffnung der Offizierslaufbahn auch für Bewerber aus ursprünglich nicht offiziersfähigen Schichten zur Folge und führte damit zu einer Einebnung der ständisch orientierten Auswahlkriterien, die für das traditionelle Offizierskorps mit seinem elitären Wert- und Ehrbegriff identitätsstiftend gewesen war.¹⁵⁵ Mit der Entstehung der neuen militärischen Führungsschicht glichen sich die Wertvorstellungen im Offizierskorps an die der deutschen Gesellschaft an. Zudem eröffnete der Eintritt in die Offizierslaufbahn vielen kritisch denkenden Abiturienten die Möglichkeit, einer nationalsozialistischen Gesinnungslaufbahn zu entgehen.¹⁵⁶

150 Senatssitzung vom 10. 2. 1949, UAB Senat 33 – 5.

151 UAB UV 69 – 54.

152 Kroener, *Auf dem Weg*, S. 652.

153 Phillips, *Re-Opening*, S. 7.

154 Kroener, *Auf dem Weg*, S. 654 f.

155 Ebd., S. 652 f.

156 Schlicht, *Burschenschaftler*, S. 40.

Erst spät erkannten die Briten, dass das Offizierskorps in vergleichsweise großer Distanz zur NSDAP gestanden hatte.¹⁵⁷

Obwohl die Briten der Zulassung von aktiven Offizieren zum Studium anfangs skeptisch gegenüberstanden, verzichteten sie bei der Wiedereröffnung zunächst darauf, Offiziere ganz vom Studium auszuschließen. Verschiedene Artikel der deutschen und britischen Presse, in welchen Studenten zitiert wurden, die von einer nationalistischen und antidemokratischen Haltung eines Großteils der Studenten sowie von einem übergroßen Anteil ehemaliger Offiziere sprachen,¹⁵⁸ ließen jedoch die Besorgnis der Briten über ein mögliches Scheitern des demokratischen Neuaufbaus wachsen. Mit der Neufassung der Zulassungsrichtlinien zum Sommersemester 1946 wurde daher die Immatrikulation von aktiven Offizieren eingeschränkt und einer Quote unterworfen.¹⁵⁹ Dabei handhabten die Briten die Zulassung aktiver Offiziere von allen Besatzungsmächten am liberalsten. Entsprechend war der Anteil der Offiziere an den Universitäten der britischen Zone am höchsten.¹⁶⁰

Misstrauen schlug den Offizieren nicht nur von britischer, sondern auch von deutscher Seite entgegen. So mussten sich Mitglieder des AStA wiederholt gegen von deutscher Seite erhobene Vorwürfe verteidigen, den alten Korpsgeist wieder aufleben lassen zu wollen. AStA-Mitglied Hans-Dieter Wolff sah sich im Sommer 1946 aus kommunistischen Kreisen mit dem Vorwurf konfrontiert, Mitglied eines »Offiziers-Klubs« zu sein,¹⁶¹ die kommunistische Zeitung »Volksstimme« bezeichnete die erste Bonner AStA-Wahl als eine »Offiziersverschwörung«.¹⁶² Deutlich wird hier, dass es in dem allgemeinen Klima des Misstrauens gegenüber ehemaligen Offizieren ein Leichtes war, den politischen Gegner durch den geäußerten Verdacht, er könne aktiver Offizier gewesen sein, in Misskredit zu bringen. Es ist allerdings in der Tat nicht abzustreiten, dass der Anteil ehemaliger Offiziere unter den gewählten AStA-Vertretern überdurchschnittlich hoch lag. Zehn der insgesamt 28 AStA-Vertreter im Sommersemester 1946 waren ehemalige Offiziere. Damit lag der Anteil bei gut 35 %. Bei den Vertretern der

157 Krönig/Müller, Nachkriegssemester, S. 98 f.

158 The Observer vom 17. 2. 1946, Hannoverscher Kurier vom 30. 11. 1945, Frankfurter Rundschau vom 29. 1. 1946, zitiert nach Phillips, Re-opening, S. 8 f.

159 Bericht Prof. Wilhelm Dirscherls über die Zulassung zum Studium der Zahnmedizin, in: UAB UV 69 – 338.

160 Im SS 1946 waren in der sowjetischen Zone 3,1 % ehemalige Offiziere (davon 0 aktive Offiziere), in der französischen Zone 16,5 % (1,4 %), in der amerikanischen Zone 19,1 % (2,3 %) und in der britischen Zone 23,8 % (2,8 %) eingeschrieben, Zahlen nach Defrance, La Sélection, S. 209 f.

161 UAB UV 139 – 307, ebenfalls in HStAD NW 2 – 2.

162 Vgl. die Reaktion auf den Artikel in BUZ Nr. 5, 17. 7. 1946, S. 1 und 3; ähnliche Vorwürfe wurden auch gegen die AStA an anderen Hochschulen erhoben, vgl. Bayer, Medizinische Akademie Düsseldorf, S. 188.

Landwirtschaftlichen und der Evangelisch-Theologischen Fakultät lag der Anteil sogar bei 50 %.¹⁶³

Auch innerhalb des Senats wurden Stimmen laut, die eine über die britischen Forderungen hinausgehende Studienbeschränkung für Offiziere ins Gespräch brachten. In einer handschriftlichen Notiz auf einer Zusammenstellung der Immatrikulationszahlen für das Sommersemester 1946 wurde vorgeschlagen, alle Offiziere zu exmatrikulieren, um mehr Studienbewerber aufnehmen zu können.¹⁶⁴ Dass allerdings die universitären Immatrikulationsausschüsse die treibende Kraft bei der Nichtzulassung von Offizieren gewesen seien,¹⁶⁵ lässt sich für Bonn nicht nachweisen. Die Offiziere, die ihre Zulassung zum Studium erhalten hatten, verhielten sich zurückhaltend. Ein Zeitzeuge berichtet, dass er sich als ehemaliger Offizier darum bemühte, nicht aufzufallen, um bei der Wiederzulassung zum Sommersemester 1946 nicht ausgeschlossen zu werden.¹⁶⁶ Andere bewarben sich um eine Zulassung als Gasthörer, in der Hoffnung, dort weniger strengen politischen Kriterien unterworfen zu sein.¹⁶⁷

Im ersten Nachkriegssemester war in Bonn fast jeder vierte Student Offizier.¹⁶⁸ Problematisch war jedoch die Unterscheidung zwischen aktiven, d.h. Berufsoffizieren, und Reserveoffizieren. Diese war häufig nicht zweifelsfrei zu treffen. Bei der Nachuntersuchung der Studenten im Wintersemester 1945/46 stellte die Kommission Herz/Vogt fest, dass es an Hand der Fragebogen zum großen Teil unmöglich sei, festzustellen, wer aktiver Offizier gewesen war.¹⁶⁹ In den Fragebogen wurde lediglich der letzte militärische Dienstgrad abgefragt. Daher wurde zum Sommersemester 1946 ein überarbeiteter Fragebogen eingeführt, der eine zusätzliche Zeile erhielt, die den Status als aktiver oder Reserveoffizier abfragte.

In Bonn waren im Sommersemester 1946 21,4 % der Studenten Offiziere, die meisten davon jedoch Reserveoffiziere. Der Zahl der aktiven Offiziere lag bei nur 24. Damit hatte Bonn mit 0,8 % den niedrigsten Anteil aktiver Offiziere von allen Universitäten der britischen Zone.¹⁷⁰ Als mit der Zulassung zum Wintersemester

163 Namentliche Liste der ehemaligen Offiziere im Sommersemester 1946, in: UAB UV 69–55.

164 UAB UV 69–337; von einer Reservierung von Studienplätzen für ehemalige Offiziere, die Friedhelm Boll vermeinte, feststellen zu können, kann in Bonn keine Rede sein, vgl. Boll, Auf der Suche nach Demokratie, S. 32.

165 Meyer, Soldaten ohne Armee, S. 693.

166 Interview mit Rudolf König, UAB Slg. Wiederaufbau 23.

167 Ingeborg Hüttenbach, in: Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform, S. 213.

168 PRO FO 945/137 und 265, zitiert nach Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 17.

169 13. Tätigkeitsbericht der Kommission vom 21.2.1946, UAB UV 139–307.

170 5. Konferenz der UECOs am 14.8.1946, PRO FO 945/137. Die vom statistischen Amt der britischen Besatzungszone für das SS 1946 erhobene Statistik der deutschen Studenten an acht Hochschulen (Göttingen, Kiel, Düsseldorf, Hannover [Tierärztl. und Techn. Hochschule], Aachen, Braunschweig, Clausthal) ergaben einen durchschnittlichen Anteil von 5,1 % aktiven Offizieren und 35,3 % Reserveoffizieren, UAB UV 69–12.

1946/47 die Richtlinien für die politische Überprüfung abgeschwächt wurden, blieben aktive Offiziere davon ausdrücklich ausgenommen. Es wurde im Gegenteil ein generelles Immatrikulationsverbot für aktive Offiziere verhängt. Ausnahmeregelungen waren nur mit ausdrücklicher Genehmigung des UECO möglich. Bereits immatrikulierte aktive Offiziere durften jedoch weiterstudieren.¹⁷¹ Als aktiver Offizier galt nunmehr, wer bereits vor 1939 im Dienst war.¹⁷²

Im April 1947 verständigten sich die Rektoren und die Militärregierung darauf, dass aktive Offiziere wieder zugelassen werden durften, wenn der Untersuchungsausschuss einstimmig dafür votierte und der UEO keine Einwände erhob. Das generelle Zulassungsverbot wurde damit aufgehoben.¹⁷³ Durch die Einbindung des UEO blieb die Zulassung der aktiven Offiziere jedoch unter der besonderen Überwachung durch die Briten. Bei der Überprüfung des Bonner Immatrikulationsverfahrens im Herbst 1947, das letztlich zur Entlassung Rektor Konens führte, war die hohe Zahl der zugelassenen aktiven Offiziere ein Punkt, der auf die besondere Kritik der Briten stieß.¹⁷⁴

Bis zum Sommersemester 1948 war die Zahl der aktiven Offiziere auf 78 angestiegen, davon waren 27 Juristen. Im folgenden Semester fiel die Zahl leicht auf 74, um dann wieder auf 89 im Sommersemester 1949 anzusteigen. Auffallend ist in diesen beiden Semestern eine Konzentration der aktiven Offiziere im Fachbereich Zahnmedizin.¹⁷⁵ Für die übrigen Semester liegen keine Zahlenangaben vor. Bis zum Sommersemester 1950 blieb die Zulassung der aktiven Offiziere dem UEO vorbehalten.

2.3.2. Politisch Verfolgte

Stellten Offiziere eine Bewerbergruppe dar, der die Briten besonders ablehnend gegenüberstanden, so bildeten die politisch Verfolgten des Nationalsozialismus eine Gruppe, die von britischer Seite besonders gefördert wurde. Politisch Geschädigten wurde von Anfang an ein Vorrang bei der Zulassung eingeräumt. Im September 1945 sprachen sich die Rektoren der Hochschulen der Nord-Rheinprovinz auf einer Konferenz mit dem Leiter der Kulturabteilung des Oberpräsidiums, Professor Thyssen, für eine bevorzugte Immatrikulation von Kriegsteilnehmern und politisch Verfolgten aus.¹⁷⁶ Im Sommer 1946 wurde auf

171 UECO Gregor Smith an Konen am 17. 10. 1946, UAB UV 69 – 436; auch PRO FO 1050/1233.

172 7. Konferenz der UECOs am 6. 11. 1946, PRO FO 1050/1233.

173 9. Hochschulkonferenz am 22./23. 4. 1947 in Hamburg, Heinemann, Hochschulkonferenzen 2, S. 323, Phillips, Re-Opening, S. 7.

174 Chief ECO Colonel Walker vor dem Senat, Protokoll vom 19. 1. 1948, UAB Senat 33 – 4.

175 Zahlen nach UAB UV 69 – 13.

176 UAB UV 69 – 21.

Erlass des Oberpräsidenten auch Kindern von anerkannt politisch Verfolgten ein Vorrang eingeräumt.¹⁷⁷

Bei der Neuordnung des Immatrikulationsverfahrens zum Sommersemester 1948 wurde von Seiten der Militärregierung noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, dass politisch Verfolgte zu bevorzugen seien.¹⁷⁸ In den Richtlinien der Philosophischen Fakultät zum Wintersemester 1948/49 wurden daraufhin politisch Verfolgte konkret insofern bevorzugt, als ihre Zeugnisse um eine Stufe aufgewertet wurden.¹⁷⁹ Damit konnten sie ihre Chancen auf Zulassung erheblich verbessern, da die fachliche Eignung, die auf Grundlage der Zeugnisse bewertet wurde, zu diesem Zeitpunkt an erster Stelle der Auswahlkriterien stand.

Mit zunehmendem zeitlichen Abstand zum Krieg rückte jedoch die besondere Berücksichtigung der politisch Verfolgten in den Hintergrund. Bei den Immatrikulationsrichtlinien für das Wintersemester 1949/50 wurde dieses Kriterium nur an vierter Stelle nach dem Alter, der sozialen Herkunft und der Kriegsverehrtheit berücksichtigt.¹⁸⁰ Maßgeblich war jetzt in erster Linie die sachliche Qualifikation, die übrigen Kriterien wurden jeweils nach ihrer Reihenfolge bei gleicher Eignung berücksichtigt, d. h. die politische Schädigung im Nationalsozialismus gereichte den Bewerbern nach Gründung der Bundesrepublik bei der Zulassung zum Studium nur noch in Ausnahmefällen zum Vorteil.

2.4. Die studentischen Bau- und Einsatztrupps

Eine Besonderheit bei der Zulassung zum Studium in der Nachkriegszeit stellte die sich den Studenten bietende Möglichkeit dar, sich durch aktive Beteiligung am Wiederaufbau der Universität ein Anrecht auf einen Studienplatz zu erwerben. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebäude setzte unmittelbar nach Ende der Kampfhandlungen ein und wurde von der Universität mit Nachdruck betrieben.¹⁸¹ Noch im März 1945 richtete die Universität zwei aus Angestellten der Universität bestehende Selbsthilfetrupps ein, um den Wiederaufbau aus eigener Kraft voranzutreiben.¹⁸² Studenten waren dabei zunächst nicht beteiligt.

Die ersten universitätseigenen Bautrupps wurden für Bauhilfsarbeiten eingesetzt, u. a. für Verschalung von Fenstern, Schuttbeseitigung, Reinigung von Ziegeln, Entwässerung der Dächer, Kanalarbeiten, Ausgrabungen an Einschlagstellen, Auffüllung von Bombentrümmern, Entnagelung von Brettern und

177 Oberpräsident an Rektor Koenen am 23. 7. 1946, UAB MF 68 – 11.

178 UAB UV 69 – 339.

179 UAB Sem. alte Gesch. 146 – 7.

180 UV 69 – 353.

181 Bericht der Baukommission vom 20. 11. 1945, UAB Senat 15 – 15.

182 Bericht der Baukommission vom 14. 6. 1945, UAB Senat 15 – 15.

Dachdeckung.¹⁸³ Nach der Neukonstituierung des Verwaltungsrates konnten die Aufbauarbeiten durch die Einrichtung einer Baukommission im Mai 1945 zielgerichteter vorangetrieben werden. Mit der Aufsicht über den Wiederaufbau des Hauptgebäudes wurde der Kunsthistoriker Heinrich Lützel betraut, dem Ende Mai Universitätsbaurat Bernhard Gelderblom zur Seite gestellt wurde, der bereits den Ausbau der Universität in den 20er Jahren geleitet hatte.¹⁸⁴

Angesichts der Vielzahl der zu erledigenden Bauarbeiten und des Mangels an Arbeitskräften erkannte die Baukommission bald das Arbeitspotenzial der Studenten. Seit August 1945 wurden daher auch Studenten¹⁸⁵, die sich bis dahin offenbar nur in Einzelfällen am Wiederaufbau beteiligt hatten, gezielt für die Baugruppen angeworben.¹⁸⁶ So entstanden bereits vor der Wiedereröffnung der Universität erste aus Studenten bestehende Baugruppen. Im September beschloss der Wohnungsausschuss, auch für den Ausbau der Flakkasernen auf dem Venusberg einen Baugruppe aus Studenten zu bilden.¹⁸⁷

Was vor der Wiedereröffnung der Universität als freiwilliger Einsatz begonnen hatte, wurde nach der erfolgten Zulassung für das Wintersemester zur Pflicht. Im November wurden aus jeder Fakultät 50 männliche Studenten, die dazu körperlich in der Lage waren, zur Teilnahme an einem vierwöchigen Notstandsprogramm zur Brennholzbeschaffung verpflichtet. Diese Arbeit war nicht ungefährlich, da beim Holzeinschlag im Wald stets Gefahr durch Minen und Blindgänger drohte.¹⁸⁸ Zur Mithilfe aufgerufen wurden neben den immatrikulierten Studenten auch die abgewiesenen Bewerber, da die Militärregierung für das kommende Semester 500 Studienplätze zusätzlich für solche Studenten in Aussicht gestellt hatte, die sich an der Holzaktion beteiligten.¹⁸⁹ Damit wurde erstmals die Verbindung zwischen Studienplatzgarantie und Beteiligung am Baugruppe hergestellt. Diese Verbindung sollte in den folgenden Semestern eine wichtige Rolle bei der Zulassung der Studenten spielen. Dabei wurde eindeutig festgehalten, dass vor der Zulassung zum Baugruppe oder zur Holzaktion die Bewerber auf jeden Fall die Bedingungen für eine Immatrikulation erfüllen

183 Bericht der Baukommission vom 20. 11. 1945, UAB UV 69–90.

184 Lützel an Gelderblom am 30. 5. 1945, StAB NL Lützel 87; Senatssitzung vom 14. 6. 1945, UAB Senat 33–1.

185 Bei den genannten Studenten handelte es sich offenbar um solche, die bereits während des Krieges eingeschrieben waren und deren Immatrikulationsverhältnis bis zum Oktober 1945 als fortbestehend betrachtet wurde. Am 18. 10. 1945 beschloss der Senat, alle bestehenden Immatrikulationen als aufgehoben anzusehen, UAB Senat 33–1.

186 Bericht der Baukommission vom 16. 8. 1945, UAB Senat 15–15.

187 Sitzung vom 24. 9. 1945, StAB Pr 42/709.

188 Im Februar 1946 weigerte sich eine Gruppe von Studenten, ohne ordentliche Versicherung an der Holzaktion teilzunehmen, Thyssen an Landesrat Kitz am 25. 6. 1946, HSTAD NW 2–2.

189 Rundschreiben an die Studenten zum WS 1945/46, UAB PF 138–169.

mussten. Es war also nicht möglich, mangelnde Reife durch Einsatz im Bautrupp auszugleichen.¹⁹⁰ Allerdings bedeutete die Teilnahme am Einsatz für die Studienbewerber eine deutliche Aufwertung ihres Punktekontos und damit eine erhebliche Verbesserung der Chance auf Zulassung. Das Punktesystem der medizinischen Fakultät für die Immatrikulation zum Sommersemester 1946 gewichtete beispielsweise den Einsatz im Bautrupp mit fünf Punkten ebenso stark wie ein mit Auszeichnung bestandenes Abitur oder ein mit ›sehr gut‹ abgeschlossenes Vorphysikum.¹⁹¹

Nach Ablauf der Holzaktion richtete die Universität Anfang Januar 1946 einen aus rund 100 Studienbewerbern bestehenden Bautrupp ein, der notwendige Reparaturaufgaben und Bauhilfsarbeiten als Unterstützung für die wenigen verfügbaren Facharbeiter durchführen sollte.¹⁹² Auch diesen Studenten wurden nach dem Modell der Holzaktion Zusagen für einen Studienplatz im kommenden Semester gegeben. Zum Leiter des Bautrupps wurde der vierzigjährige Berufsoffizier Dietrich Roedel ernannt.¹⁹³

Der Einsatz im Bautrupp dauerte 125 Arbeitstage mit einer Wochenarbeitszeit von 48 Stunden.¹⁹⁴ Die Studenten wurden in der ehemaligen Fechtbaracke in der Poppelsdorfer Allee 25 gemeinschaftlich untergebracht. Der mit dem Aufbau der Kliniken beschäftigte Trupp wurde auf dem Venusberg einquartiert. Der Einsatz im Bautrupp erfolgte gegen Bezahlung von 0,70 RM pro Stunde. Außerdem wurden zusätzliche Lebensmittelrationen sowie täglich ein markenfreies Mittagessen garantiert. Ab der 92. Zuteilungsperiode im August 1946 erhielten die Bautruppstudenden volle Schwerarbeiterzulage.¹⁹⁵ Dies bedeutete eine Zusatzverpflegung von 700 Tageskalorien, die den Studenten in der Regel wichtiger war als die Bezahlung.¹⁹⁶

Haupteinsatzgebiete des Bautrupps waren das Hauptgebäude und das Poppelsdorfer Schloss, die Poppelsdorfer Institute sowie die Klinikneubauten auf dem Venusberg. Einige Studentenbautrupps wurden offenbar auch außerhalb der Universität u. a. beim Wiederaufbau des alten Rathauses eingesetzt.¹⁹⁷ Im Frühjahr 1946 wurde das Poppelsdorfer Schloss vollständig von Schutt geräumt, zwei zertrümmerte Stockwerke abgebrochen, das Dach des Mineralogischen Instituts in Stand gesetzt sowie Räumlichkeiten auf dem Venusberg zur Unter-

190 Brinkmann an den Oberpräsidenten am 12. 3. 1946, HStAD NW 2–2.

191 UAB MF 68–11.

192 Roedel, Ein Jahr Studentenbautrupp, in: BUZ Nr. 11, 17. 12. 1946, S. 11.

193 Konen an die Militärregierung am 4. 12. 1945, UAB UV 69–8.

194 Regelung vom 13. 5. 1946, UAB UV 69–436, ursprünglich war nur ein Einsatz von 75 Tagen vorgesehen, Regelung vom 6. 5. 1946, ebd.

195 Gewerbeaufsichtsamt an Ernährungsamt am 15. 8. 1946, StAB Pr 14/72.

196 Erinnerungen Horst Uhrig, in: Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform, S. 218.

197 Erinnerungen Heribert Stein, in: Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform, S. 214.

bringung des Bautrupps geschaffen. Insgesamt konnten innerhalb von zwei Monaten 425 cbm Schutt abtransportiert werden.¹⁹⁸

Neben den unmittelbar im Bautruppp beschäftigten Studienbewerbern wurden auch die bereits immatrikulierten Studenten an einem Tag pro Semester verpflichtet, für Notstandsarbeiten der Fakultät oder der Universität zur Verfügung zu stehen. Dieser Dienst wurde testiert und war Voraussetzung für die Anerkennung des Semesters.¹⁹⁹ Wie aus einem Bericht Dekan Oertels ersichtlich, wurde dieser Einsatz im Wintersemester 1945/46 von rund zwei Dritteln der Studenten der philosophischen Fakultät abgeleistet.²⁰⁰

Nachdem sich die Bautrupps im ersten Nachkriegssemester bewährt hatten, wurden sie auch in den folgenden Semestern von der Universität eingerichtet. Probleme bereitete dabei offenbar die Eignung der Studenten für die schwere körperliche Arbeit. Truppführer Roedel beschwerte sich des Öfteren bei den Immatrikulationskommissionen, dass die ihm zugeteilten Studenten zum großen Teil den körperlichen Anforderungen nicht gewachsen seien und mahnte an, den Gesundheitszustand der Studenten bei der Zulassung zu berücksichtigen.²⁰¹ Seit dem Sommersemester 1946 wurde die Tauglichkeit der Bewerber durch eine ärztliche Untersuchung in der Universitäts-Poliklinik ermittelt.

Für die Studenten, die körperlich nicht für die schwere Arbeit im Bautruppp geeignet waren, bestand seit dem Sommersemester 1946 die Möglichkeit, ihre Chance auf Zulassung im kommenden Semester durch Beteiligung an einem studentischen Einsatztruppp unter der Leitung von Dekan Oertel zu verbessern. Die Hauptaufgabe des Einsatztrupps bestand zunächst in der Rückführung und Reorganisation der Bibliotheken, die während des Krieges in rechtsrheinischen Schlössern und Burgen in Sicherheit gebracht worden waren.²⁰² Nach Abschluss der Bücherbergungsaktion wurden die Einsatzstudenten für in den Instituten anfallende Tätigkeiten eingesetzt. Ein Haupteinsatzgebiet war der Zentralkatalog der Universitätsbibliothek, in welchem außer den Beständen der Universitätsbibliothek selbst auch alle weiteren einsehbaren wissenschaftlichen Bibliotheken, u. a. die Privatbibliotheken der Professoren, erfasst werden sollten. Bis zur Währungsreform konnte der Zentralkatalog jedoch nur zur Hälfte des geplanten Umfangs verwirklicht werden.²⁰³

Die Mitglieder des Einsatztrupps wurden nicht entlohnt, nicht beköstigt und

198 Bericht über die Arbeitsleistung des Bautrupps vom 7.1. bis 1.3.1946, UAB UV 69–90.

199 Senatsbeschluss vom 20.12.1945, UAB Senat 33–1, vgl. auch: Konen am 5.1.1946, UAB UV 69–321; wie aus den Akten hervorgeht, war eine wesentliche Arbeit, die durch Eintageseinsätze geleistet wurde, der Kohlentransport für die Universität, vgl. UAB PF 77–44.

200 Senatssitzung vom 4.3.1946, UAB Senat 33–2.

201 Roedel an Kipp am 22.10.1946, UAB MF 68–11.

202 Mechthild Schumann, Ich erinnere mich, UAB Slg. Wiederaufbau 1.

203 HStAD NW 25–147.

nicht gemeinschaftlich untergebracht. Dem Einsatztrupp angegliedert war der Bautrupps II, der beim Wiederaufbau der Mensa eingesetzt wurde. Für diesen galten dieselben Bestimmungen wie für den Bautrupps I, lediglich auf die gemeinsame Unterbringung wurde verzichtet.²⁰⁴ Sowohl Bautrupps- als auch Einsatztruppsstudenten waren hinsichtlich der Betreuung durch die Akademische Krankenkasse und den Verein Studentenwohl den vollimmatrikulierten Studenten gleichgestellt.²⁰⁵

Da mit der Zulassung zum Bau- oder Einsatztrupp auch die Studienplatz-zusage für das kommende Semester verbunden war, vergab die Universität immer eine große Anzahl von Studienplätzen im Voraus, ohne genau zu wissen, wie viele Plätze tatsächlich zur Verfügung stehen würden, da die Gesamtzahl der Studienplätze durch den Numerus clausus beschränkt war. Bereits im Wintersemester 1946/47 trat so bei der Medizinischen Fakultät erstmals das Problem auf, dass außer den Bautruppsstudenten keinerlei Neuaufnahmen erfolgen konnten. Damit waren Bewerbungen in diesem Semester nur für den Bautrupps mit Aussicht auf Immatrikulation im Sommersemester 1947 möglich.²⁰⁶ Auf Grund der geringen Abgänge in den ersten Nachkriegssemestern entschärfte sich die Situation in den folgenden Semestern nur wenig. Auch im Sommersemester 1947 konnten keine Neubewerber für das Medizinstudium angenommen werden. Angesichts des Zulassungsstaus beschloss das Arbeitsamt, das die Bewerber zum Studium oder zum Bautrupps von der allgemeinen Arbeitspflicht freistellen musste, dass für die Jahrgänge 1928/29 zum Wintersemester 1946/47 nur eine Freistellung für ein zweites Einsatzsemester gewährt werden könne. Dieser Beschluss galt für alle Fakultäten außer den beiden theologischen, bei welchen die Zulassung zum Studium auch ohne Einsatz im Bautrupps möglich war.²⁰⁷ Die Studienbewerber der Katholisch-Theologischen Fakultät leisteten ihren Einsatz beim Wiederaufbau von Albertinum und Leoninum und waren daher vom Bautruppsinsatz für die Universität befreit.²⁰⁸

Mit der Arbeitsmoral der Bautruppsstudenten stand es offenbar nicht immer zum Besten. Insbesondere der auf dem Venusberg eingesetzte Trupp bot hinsichtlich seiner Einsatzbereitschaft und des Arbeitsergebnisses Anlass zur Beschwerde.²⁰⁹ Im Sommer 1947 geriet der Bautrupps in eine schwere Krise, als der Verwaltungsdirektor der Kliniken, Göron, aus gesundheitlichen Gründen kündigte. Die Verpflegung des Bautrupps wurde durch die Verwaltung der Kliniken durchgeführt. Göron hatte sich dabei in der Organisation zusätzlicher Verpfle-

204 Rundschreiben Konens, UAB MF 68 – 11.

205 UAB UV 69 – 339.

206 Dekan an Rektor am 2. 8. 1946, UAB MF 68 – 11.

207 Rundschreiben des Arbeitsamtes an die Dekane vom 7. 10. 1947, UAB MF 68 – 11.

208 Klausen an Martini am 9. 4. 1947, AKFB Ordner IV/4 Studenten und Studien.

209 Bauleitung an Roedel am 26. 3. 1946, UAB UV 69 – 436.

gung hervorgeraten, indem er eine seit 1941 bestehende Regelung, welche die Versorgung der Kliniken und der Mensa mit Kartoffeln und Obst von den Versuchsgütern Dikopshof und Marhof vorsah, stillschweigend weiterführte, obwohl die so gesicherte Versorgung die Rationssätze deutlich übertraf.²¹⁰ Durch den Weggang Göröns sahen die Studenten die Versorgungslage gefährdet, und es wurden von Seiten der Universität Befürchtungen laut, die Studenten könnten sich nach anderen Tätigkeiten umsehen.²¹¹ In der Tat war der Bautrupps im Sommer 1947 vorübergehend mit nur 38 Studenten stark unterbesetzt. Die Bauarbeiten drohten ins Stocken zu geraten, da die Baufirmen nicht in der Lage waren, die Arbeiten ohne die Unterstützung der Studenten durchzuführen.²¹² Dies zeigt die Abhängigkeit der Universität von der Arbeitskraft der Studenten.

Nachdem im Wintersemester 1947/48 die deutliche Überschreitung des Numerus clausus in Bonn offenbar geworden war, sah sich die Universität gezwungen, die Vergabe von Studienplatzgarantien für Bautruppsstudenten zurückhaltender zu handhaben, um die Einhaltung des Numerus clausus in naher Zukunft wieder gewährleisten zu können. In einem Merkblatt für die Zulassung zum Sommersemester 1948 wurde daher diese Zusage nur noch an solche Bewerber gegeben, die die Immatrikulation knapp verfehlt hatten. Andere konnten sich zwar auch am Bautrupps beteiligen, namentlich den jüngeren Jahrgängen wurde aber ausdrücklich keine verbindliche Studienplatzzusage gegeben.²¹³

Nach der Währungsreform verlor die studentische Arbeitskraft für den Wiederaufbau mehr und mehr an Bedeutung. Für die Bauarbeiten standen nun in ausreichendem Maße Fachkräfte zur Verfügung. Zum Sommersemester 1949 wurde der letzte Studentenbautrupps gebildet. Am 27. August 1949 wurde der Bautrupps schließlich aufgelöst.²¹⁴

War die Verwendung von Studenten für den Wiederaufbau angesichts der geänderten Wirtschaftslage obsolet geworden, so hatten sich die Einsatzstudenten in den Bibliotheken und Instituten als Hilfskräfte etabliert. Im Herbst 1948 wurde in Bonn erstmals die Bezahlung der Einsatzstudenten diskutiert. Dabei wurde eine Entlohnung grundsätzlich befürwortet, eine Realisierungsmöglichkeit für diesen Plan erschien jedoch aus Geldmangel in naher Zukunft nicht absehbar.²¹⁵ Schließlich wurde im Frühjahr 1950 die Institution der Einsatzstudenten abgeschafft und ihre Aufgaben durch bezahlte studentische Hilfskräfte übernommen.²¹⁶ Einzelne Fakultäten hatten bereits seit dem Win-

210 Görön an Rektor am 23. 6. 1946, UAB UV 69 – 44.

211 Bauleitung an Rektor am 9. 6. 47, UAB UV 69 – 436.

212 Senatssitzung vom 2. 5. 1947, UAB Senat 33 – 3.

213 UAB UV 69 – 339.

214 Lützel, An der Bonner Universität, S. 66.

215 AStA-Sitzung vom 24. 11. 1948, UAB AStA 47 – 6.

216 Rundschreiben des Rektors vom 10. 1. 1951, UAB UV 69 – 11.

tersemester 1948/49 auf die Verpflichtung zum Einsatz verzichtet.²¹⁷ Der Einsatz von studentischen Hilfskräften verstand sich dabei als Fördermaßnahme für notleidende Studenten. Vor der Einstellung war daher ein Antrag auf Förderung beim Verein Studentenwohl zu stellen.

In den ersten Nachkriegssemestern waren ca. 100 – 300 Studenten je Semester im Bau- bzw. Einsatztrupp eingesetzt. Im Sommer 1946 wurden 130 Studenten für den Baueinsatz zugelassen, dabei wurden 80 den beiden eigentlichen Bautrups zugeteilt, 33 dem Bibliothekstrupp sowie weitere 17 Studenten den einzelnen Instituten für den dortigen Einsatz.²¹⁸ Im Wintersemester 1946/47 wurden 284 Studenten für den Einsatz zugelassen.²¹⁹ Aus diesen Zahlen wird deutlich, dass nur ein geringer Teil der Studenten am Wiederaufbau mitwirkte. Obwohl alle Studenten ihren Bewerbungsunterlagen eine Erklärung ihrer Bereitschaft zur Teilnahme am Bau- oder Einsatztrupp beilegen mussten,²²⁰ kann keineswegs davon die Rede sein, dass alle oder auch nur der größte Teil der Studenten am Bautrupp teilnehmen mussten.²²¹ Bau- und Einsatztrupp waren somit weniger eine Zwangsverpflichtung der Studenten, sondern boten vielmehr einerseits der Universität die Möglichkeit, die Zulassungszahlen zu erhöhen, ohne den Numerus clausus zu überschreiten, andererseits den Studenten die Perspektive auf einen sicheren Studienplatz im kommenden Semester.

2.5. Zusammenfassung und Ergebnisse

Ziel dieses Kapitels war die Untersuchung der Zulassungskriterien für Studienbewerber nach der Wiedereröffnung der Universität. Die beschränkte Aufnahmekapazität hatte in den ersten Nachkriegssemestern eine Begrenzung der Studentenzahlen erfordert. Die Briten legten einen Numerus clausus für die Gesamtzahl der Studenten fest, der im Sommersemester 1946 und im Wintersemester 1946/47 erhöht wurde, seit Sommer 1947 jedoch unverändert blieb. Die Zahl der Bewerber überstieg in den ersten Nachkriegssemestern die Zahl der freien Studienplätze um ein Vielfaches. Die Universität war daher gezwungen, aus der großen Zahl der Bewerber die am besten geeigneten auszuwählen. Die Auswahl erfolgte dabei nach fachlichen, sozialen und politischen Gesichtspunkten. Da die Berücksichtigung der politischen Kriterien im ersten Nachkriegssemester nur oberflächlich erfolgt war, verschärfen und präzisieren die Briten die Vorschriften für die Zulassungen im Sommersemester 1946. Zugleich

217 So beispielsweise die Katholisch-Theologische Fakultät, UAB UV 69 – 56.

218 UAB MF 68 – 11.

219 Konen an die Militärregierung am 26. 11. 1946, UAB UV 69 – 338.

220 AKFB IV Immatrikulation und Inskription.

221 Erinnerungen der Studentin Inge Cramer, UAB Slg. Wiederaufbau 13.

befahlen sie die erneute Überprüfung aller bereits eingeschriebenen Studenten. Zur fachlichen und sozialen Auswahl entwickelte die Universität ein Punktesystem, in welchem die verschiedenen Kriterien mit unterschiedlicher Gewichtung berücksichtigt wurden. Das Punktesystem diente den Immatrikulationskommissionen der einzelnen Fakultäten als Richtlinie und wurde nur in wenigen Fällen streng angewandt.

Da die Bemühungen der Universität, die Briten zu einer weiteren Anhebung des Numerus clausus zu bewegen, nach 1947 ohne Erfolg blieben, suchte sie nach anderen Strategien, um die Zahl der Studenten zu vergrößern. So wurden die seit dem ersten Nachkriegssemester bestehenden studentischen Bau- und Einsatztrupps zunehmend dahingehend genutzt, Studienbewerber zunächst zum Einsatz mit einer Anwartschaft auf einen Studienplatz im übernächsten Semester zuzulassen. Durch diese Praxis war die direkte Bewerbung für die Immatrikulation im folgenden Semester seit dem Wintersemester 1947/48 nur noch eingeschränkt möglich, da ein Großteil der freiwerdenden Plätze bereits an die Bautruppteilnehmer vergeben war.

Zudem ging die Universität dazu über, Examenskandidaten als Gasthörer außerhalb des Numerus clausus zu immatrikulieren, so dass die Gesamtzahl der Studenten kontinuierlich anstieg. Bei einer von UEO Kirk angestrebten Untersuchung stellte die Militärregierung im November 1947 fest, dass der Numerus clausus um rund 2.000 Studenten überschritten worden und die politische Überprüfung der Studenten nicht ordnungsgemäß erfolgt war. Die Briten lasteten Rektor Konen die Verantwortung für die Unregelmäßigkeiten bei der Immatrikulation an und drängten ihn zum Rücktritt.

Der Senat ordnete in der Folge das Immatrikulationssystem neu und verfügte, dass nunmehr die politische Überprüfung vor der fachlichen Auslese zu erfolgen habe. Oberstes Ziel war nun die Senkung der Studentenzahlen, um in den folgenden Semestern den Numerus clausus wieder einhalten zu können. Dieses Ziel hat die Universität bis zur Übergabe der Kontrolle über den Numerus clausus an die deutschen Behörden jedoch nicht erreichen können.

Die Immatrikulation der Studenten stand von Anfang an im Spannungsverhältnis zwischen der fachlichen Qualifikation, die von der Universität gefordert wurde, und der politischen Eignung, welche die Militärregierung für unabdingbar erachtete. Im Sommersemester 1946 trat die politische Überprüfung nach einer Verschärfung der Richtlinien durch die Briten in den Vordergrund. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand zum Krieg wurden die politischen Anforderungen jedoch mehr und mehr zurückgenommen. Ein wichtiger Schritt war die Einführung der Jugendamnestie, die zum Wintersemester 1946/47 wirksam wurde und die politische Überprüfung für die Mehrheit der Studenten zu einer reinen Formsache machte. Die fachliche Eignung trat so seit 1947 in den Vordergrund.

Auf Grund der durch die große Zahl an Bewerbern erforderlichen Auswahl der Studenten nach politischen, sozialen und fachlichen Gesichtspunkten ist zu erwarten, dass die Zulassungskriterien die Struktur der Studentenschaft beeinflussten. Dies betraf vor allem die Studenten der ersten Nachkriegssemester. In den Jahren 1949/50 wandelten sich die Zulassungsbedingungen. Der Bewerberüberhang ging zurück, der Numerus clausus in seiner alten Form wurde abgeschafft. Die Beschränkung der Studienplätze orientierte sich nun an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und bezog sich nur auf Neuzulassungen. Damit war der Auslesedruck von den Universitäten genommen, und die sozialen Auswahlkriterien traten in den Hintergrund. Seit dem Sommersemester 1949 war eine weitgehend freie Studienfachwahl möglich, wie auch der direkte Studienbeginn nach dem Abitur zur Regel wurde, nachdem die älteren Jahrgänge ihr Studium beendet und Platz für die üblichen Erstsemesterjahrgänge geschaffen hatten. Die hohen Anforderungen, mit welchen die Studienbewerber in den ersten Nachkriegssemestern konfrontiert wurden, konnten nach und nach abgebaut werden. Eine ›Bewirtschaftung‹ der knappen Ressource Studienplatz konnte nach Gründung der Bundesrepublik bis auf die am Berufsbedarf orientierte Beibehaltung des Numerus clausus in einzelnen Fächern völlig abgeschafft werden. Fachliche Kriterien bestimmten nun nahezu ausschließlich die Auswahl der Studienbewerber, politische Kriterien spielten dagegen gar keine, soziale Gesichtspunkte nur eine untergeordnete Rolle. Auch die Bau- und Einsatztrupps verloren als besondere Einrichtungen der Nachkriegszeit ihre Bedeutung und wurden 1949 abgeschafft, bzw. durch die Institution der Studentischen Hilfskräfte ersetzt.

3. Die Struktur der Studentenschaft

Wie gezeigt wurde, war der Weg zu einem Studienplatz an der Universität Bonn in den ersten Nachkriegsjahren lang und hindernisreich. Nachdem im vorangegangenen Kapitel die Rahmenbedingungen der Zulassung behandelt wurden, steht nun die tatsächliche Zusammensetzung der Studentenschaft im Vordergrund. Dabei ist bis 1949 eine starke Einflussnahme von Seiten der Universität bzw. durch die politischen Vorgaben der Militärregierung auf die Struktur der Studentenschaft zu beobachten. Erst nach dem Abbau des Numerus clausus und einer zunehmenden Normalisierung des Bewerberfeldes ab etwa 1950 ging diese Einflussnahme zurück und auch in der Zusammensetzung der Studentenschaft machte sich die allmähliche Überwindung der Kriegsfolgen bemerkbar. Wie einleitend angesprochen, beginnen die ersten Nachkriegsstudenten seit Anfang der 50er Jahre mit der Ausbildung eines eigenen Generationsbewusstseins in Abgrenzung von den nun vermehrt an die Universität strömenden jüngeren Studenten. In diesem Kapitel wird daher das Hauptaugenmerk auf den Wandel der Studentenschaft um 1950 gerichtet und gefragt, ob es hinsichtlich dieses Wandels möglich ist, von einem Generationswechsel innerhalb der Studentenschaft zu sprechen.

Blicken wir zunächst auf die Quellen: Für die ersten Nachkriegssemester ist die Quellenlage zur Zusammensetzung der Studentenschaft äußerst disparat. Im Rahmen der Immatrikulation war in Bonn zwar bereits im ersten Nachkriegssemester eine Aufstellung der Studenten erforderlich, die auch in den nächsten Semestern weitergeführt wurde.¹ Diese ersten Übersichten bieten jedoch wenig mehr als die Verteilung der Studenten auf die einzelnen Fächer oder betreffen die im Rahmen der Kontrolle des Numerus clausus erhobenen Parameter wie Anzahl, Geschlecht, Alter oder Studiensemester. Hinzu kommt, dass die Übersichten nach unterschiedlichen, meist nicht genau beschriebenen Erhebungsgrundsätzen erstellt wurden und daher häufig stark voneinander abweichendes Zahlenmaterial bieten, wodurch der Wert vieler in den Akten enthaltenen Sta-

1 Statistiken 1945–1948 in UAB UV 69–12.

tistiken in Frage gestellt werden muss. Durchgehende lange Reihen für den gesamten Untersuchungszeitraum konnten auf dieser Quellengrundlage nur in wenigen Ausnahmefällen erstellt werden.

Seit dem Sommersemester 1948 wurde auch von Seiten der Universität ein stärkeres Streben nach einer statistischen Auswertung der Studentendaten erkennbar. Die in den Akten des Universitätsarchivs überlieferten Statistiken werden umfangreicher, detaillierter und systematischer.² So konnten die Studentendaten nach 1948 u. a. auch hinsichtlich der Konfession, der Herkunft und des sozialen Standes ausgewertet werden.

Auch von Seiten des Kultusministeriums bemühte man sich darum, einen Überblick über die Zusammensetzung der Studentenschaften an den einzelnen Hochschulen zu erhalten. Die ersten Versuche in den Jahren 1946 und 1947 blieben jedoch unvollständig.³ Erst mit der zunehmenden Ausdifferenzierung und Professionalisierung der Verwaltungsstrukturen begann Ende der 40er Jahre ein geordnetes Statistikwesen. Insbesondere die Gründung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes führte zu einer steigenden Nachfrage nach statistischen Angaben zum Bildungswesen. Die Länder der Bizone vereinbarten daher, zum Wintersemester 1947/48 eine einheitliche Erhebung im Hochschulbereich durchzuführen. Aus dieser Erhebung ging die seit 1949 auch bundesweit erhobene so genannte kleine Hochschulstatistik hervor.⁴ Diese lieferte im Wesentlichen eine Aufstellung der deutschen und ausländischen Studenten nach Geschlecht und Fachrichtung. Die Angaben wurden durch einen bundeseinheitlichen Fragebogen erhoben, der von den Hochschulbehörden ausgefüllt und an die Statistischen Landesämter weitergeleitet wurde.⁵ Die kleine Hochschulstatistik wurde semesterweise erstellt und liefert nach einzelnen Hochschulen getrennt aufgeliertes Zahlenmaterial.

Nach Gründung der Bundesrepublik stieg das Bedürfnis nach einer Ergänzung der kleinen Hochschulstatistik. Für künftige Planungen im Hochschulwesen war es unabdingbar, die zeitbedingten Verhältnisse der Studenten genau

2 Statistiken 1948 – 1952 in UAB UV 69 – 13.

3 Vgl. dazu Kullmer, Hochschulstatistik, S. 20. Erwähnt sei hier die umfangreiche Hochschulstatistik, die das Statistische Amt für die britische Besatzungszone im Sommersemester 1946 in Auftrag gab (Die deutschen immatrikulierten Studierenden im Sommersemester 1946 an acht Hochschulen der britischen Zone, Hamburg 1946). Die Angaben dieser Statistik beziehen sich u. a. auf die Universitäten Göttingen und Kiel. Die Universität Bonn wurde nicht berücksichtigt.

4 Statistische Berichte, hg. vom Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Arb. Nr. VIII,4: Der Hochschulbesuch im Bundesgebiet 1.1947/48 – 4.1949/50 (1950) [auch enthalten in UAB UV 69 – 169], danach weitergeführt als Statistische Berichte, hg. vom Statistischen Bundesamt, Arb. Nr. VIII,4: Hochschulstatistiken, veröffentlicht in: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, H. 130,1.

5 Erhard, Hochschulstatistikgesetz, S. 21.

zu kennen.⁶ Die Länder einigten sich daher darauf, eine Individualbefragung der Studenten durch Fragebogen durchzuführen. Auf dieser Grundlage wurde seit dem Wintersemester 1949/50 die sogenannte große Hochschulstatistik erstellt.⁷ Durch die Individualbefragung wurden deutlich mehr Angaben erhoben als bei der kleinen Hochschulstatistik. Die Studenten wurden u. a. um Angaben zu Familienstand, ständigem Wohnsitz, Schulbildung der Eltern, Finanzierung des Studiums und Art und Zeitpunkt des Erwerbs der Hochschulberechtigung gebeten.⁸ Die Befragung wurde einmal jährlich im November vorgenommen, liefert also leider keine semesterscharfen Daten. Zudem wurden die Daten nur nach Bundesländern oder Hochschultypen getrennt ausgewertet. Aussagen für einzelne Universitäten lassen sich auf dieser Grundlage folglich nicht treffen. Auch von nichtstaatlicher Seite setzten seit Beginn der 50er Jahren Untersuchungen zur Sozialstruktur der Studentenschaft ein. Hier sind v. a. die vom Deutschen Studentenwerk in Auftrag gegebenen statistischen Erhebungen zum sozialen Bild der Studentenschaft zu nennen.⁹

Bis zum Einsetzen der kleinen Hochschulstatistik 1947/48 kann kein umfassendes Bild der Studentenschaft der Nachkriegszeit nach veröffentlichten Quellen gezeichnet werden.¹⁰ Besonders für die ersten Nachkriegssemester bis zum Sommersemester 1947 liegt so gut wie kein statistisches Material in gedruckter Form vor. Auch die spärlichen, ungenauen und einander zum Teil widersprechenden statistischen Daten der Universität selbst bilden keine Grundlage für eine umfassende Untersuchung der ersten Nachkriegssemester. Es müssen daher andere Quellen herangezogen werden, um Aussagen über die Struktur der Studentenschaft in dieser Zeit treffen zu können. Zwei Gruppen von Massenakten des Universitätsarchivs boten sich hier zur Auswertung an. Dies waren zum einen die Studentenkartei und zum anderen der Bestand der Exmatrikelakten.

6 Hochschulen und Lehrerbildende Anstalten (Statistik der Bundesrepublik Deutschland, H. 130,1), S. 5.

7 Die großen Hochschulstatistiken für 1949/50 (Arb.Nr. VIII/4/5) und 1950/51 (Arb.Nr. VIII/4/10) wurden nicht veröffentlicht, die Statistiken der Jahre 1951/52 bis 1954/55 sind in den Statistischen Berichten der Bundesrepublik Deutschland, H. 130,1 und H. 196,1 enthalten, 1955/56 wurde keine Erhebung durchgeführt.

8 Erhard, Hochschulstatistikgesetz, S. 21.

9 Kath, Gerhard: Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin, Frankfurt 1952 bzw. 1954 mit Angaben zum SS 1951 bzw. zum SS 1953.

10 So auch Krukowska, Die Studierenden an der Universität Hamburg, S. 2.

Die Studentenkartei

Für jeden Studenten wurde seit der Wiedereröffnung der Universität bis zur Umstellung auf computergestützte Verfahren im Wintersemester 1970/71 bei der Immatrikulation eine Karteikarte angelegt,¹¹ auf der alle für die Universität relevanten Daten des Studenten vermerkt wurden. Dies waren vor allem die Heimat- und die Studienadresse, das Studienfach, Immatrikulations- und Exmatrikulationsdatum sowie Angaben zum Status (vollimmatrikuliert, Gasthörer oder beurlaubt) in den einzelnen absolvierten Semestern. Dabei wurden die persönlichen Daten vom Studenten selbst eingetragen, die Angaben zum Studienverlauf vom Studentensekretariat vermerkt. Diese Karteikarten werden im Universitätsarchiv aufbewahrt und sind im Verlauf der letzten Jahre digitalisiert worden. Dabei wurden die Merkmale Name, Geburtstag, Geburtsort, Immatrikulations- und Exmatrikulationssemester sowie Immatrikulations- und Exmatrikulationsdatum, Fakultät und Matrikelnummer des jeweiligen Studenten in die Datenbank aufgenommen. Für die vorliegende Untersuchung wurden diese Daten auf die hier relevanten Studentenhjahrgänge reduziert und für die Auswertung aufbereitet.¹² Dabei ergab sich für die Immatrikulationssemester WS 1945/46 bis SS 1955 eine Datenbank mit 23.414 deutschen Studenten. Dazu kam eine weitere Datenbank mit 1.513 ausländischen Studenten im gleichen Zeitraum. Diese Karteien umfassen ausdrücklich den vollständigen Studentenbestand der genannten Semester einschließlich der Gasthörer. Der Quellenwert der Datenbanken kann daher nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Probleme bei der Auswertung der Daten bereitete die doppelte Aufnahme der Studienzeit in die Datenbank, die durch die Angabe des ersten und letzten in Bonn absolvierten Semesters einerseits und der genauen Daten der Einschreibung und Exmatrikulation andererseits entstand. Es stellte sich heraus, dass das Datum der Exmatrikulation häufig nicht mit dem letzten absolvierten Semester übereinstimmte. So wurde beispielsweise als letztes Semester das Sommersemester 1948 angegeben, als Exmatrikulationsdatum jedoch der 31. Januar 1949. In diesem Fall konnte an Hand der Datenbankeinträge nicht eindeutig geklärt werden, ob der Student im Wintersemester 1948/49 noch die Universität besuchte oder diese bereits nach Ende des Sommersemesters 1948 verlassen hatte. Die Berechnung der Studienzeiten auf Grundlage der Studiensemester und der genauen Einschreibedaten führte so zu erheblich voneinander abweichenden Ergebnissen.

11 Vgl. Abbildung einer Beispielkarteikarte im Anhang.

12 Die Aufbereitung betraf in erster Linie das Zusammenfassen von mehreren Datenbankeinträgen derselben Person (die zum großen Teil dadurch entstanden, dass bei Heirat und Namenswechsel eine neue Karteikarte angelegt wurde) zu einem Datensatz, die Ergänzung des Parameters ›Geschlecht‹ sowie die Korrektur von offensichtlichen Schreibfehlern.

Um dieses Dilemma zu lösen, wurden die nicht eindeutigen Einträge an Hand der Karteikarten selbst überprüft. Diese Überprüfung führte zu der Erkenntnis, dass die Diskrepanz der Daten in der Regel darauf beruhte, dass der Student sich nicht zurückgemeldet hatte und schließlich im Laufe der folgenden Semester von Amts wegen exmatrikuliert wurde.¹³ Da für die vorliegende Untersuchung der tatsächlichen Anwesenheit eines Studenten in Bonn eine größere Bedeutung beigemessen wird, als der Zeit, in der er offiziell eingeschrieben war, wurde in solchen Fällen das Exmatrikulationsdatum geändert, so dass dieses mit dem letzten angegebenen Semester übereinstimmte. Da sich bestimmte Daten herauskristallisierten, an welchen die amtliche Exmatrikulation durchgeführt wurde, konnten diese Änderungen mit geringem Aufwand durchgeführt werden. In allen Zweifelsfällen wurde das exakte Exmatrikeldatum der Semesterangabe vorgezogen.

Die Exmatrikeldatenbank

Bei der zweiten Quellengruppe handelt es sich um die Exmatrikelakten, die für jeden einzelnen Studenten bei der Einschreibung angelegt und nach Exmatrikulationsjahrgängen in Ordnern abgelegt wurden. Die Bezeichnung der Aktengruppe beruht also auf dem Ordnungsprinzip der Akten nicht auf ihrem Entstehungsprinzip. Die Akten enthalten im Regelfall den Immatrikulationsantrag des Studenten, den politischen Fragebogen der Militärregierung, einen Lebenslauf sowie Anträge auf Exmatrikulation oder Beurlaubung. Besonders wertvoll für diese Untersuchung sind die umfangreichen Immatrikulationsanträge.¹⁴ Diese vierseitigen Fragebogen decken ein breites thematisches Spektrum ab, das die Biographie der einzelnen Studenten in weiten Teilen deutlich werden lässt. Die Fragebogen enthalten vor allem Informationen zur geographischen und sozialen Herkunft der Studenten, ihrem Bildungsgang, ihrer politischen Vergangenheit sowie ihrer militärischen Laufbahn. Durch die beiliegenden handschriftlichen Lebensläufe sowie durch die politischen Fragebogen der Militärregierung konnten die Angaben des Immatrikulationsantrages zum Teil ergänzt und vervollständigt werden. Diese Akten, die ebenfalls im Universitätsarchiv aufbewahrt werden, vermitteln als serielle Quelle ein aufschlussreiches Bild der Studentenschaft.

Bis 1949 blieb der große vierseitige Immatrikulationsantrag mit nur geringen inhaltlichen Änderungen für alle Studenten obligatorisch. Danach wurde ein

13 Als Exmatrikulationsgrund wurde auf den Karten in solchen Fällen »ohne Rückmeldung« vermerkt.

14 Vgl. die Abbildung eines Beispielantrags im Anhang.

neuer, wesentlich verkürzter Antrag eingeführt. Es schien daher hinsichtlich einer angestrebten Homogenität der Daten sinnvoll, die Auswertung auf die Immatrikulationssemester 1945/46 bis einschließlich Sommersemester 1949 zu beschränken, um zu vergleichbaren Aussagen kommen zu können. Es ist davon auszugehen, dass die Immatrikulation der ersten, maßgeblich durch Kriegsteilnehmer geprägten Nachkriegsstudentengeneration zu diesem Zeitpunkt zum allergrößten Teil abgeschlossen war. Die Prägung der Universität durch die Kriegsteilnehmer wird in jenen Semestern besonders stark gewesen sein, so dass zu erwarten ist, dass generationsspezifische Eigenschaften der Studentenschaft in der Auswertung hervortreten. Spezifika der jüngeren Studentenjahrgänge lassen sich dagegen leicht aus dem seit dem Ende der 40er Jahre vorliegenden veröffentlichten Statistikmaterial herausarbeiten.

Die Auswertung der Exmatrikelakten erfolgte mit Hilfe einer Datenbank.¹⁵ Aus den insgesamt (bis 1956) vorliegenden 12.855 Immatrikulationsanträgen wurde ein Sample von 1.000 Einzelakten (7,8 %) gebildet,¹⁶ das einer umfangreichen Analyse unterzogen wurden. Diese Stichprobe wurde nach dem Zufallsprinzip gewonnen, d. h. jede Einflussnahme auf die Auswahl der Akten kann ausgeschlossen werden. Jede Studentenakte hatte die gleiche Wahrscheinlichkeit, in die Stichprobe aufgenommen zu werden. Daher kann das Sample als repräsentativ für die Gesamtheit der Studenten angesehen werden.¹⁷

Da die Immatrikulationsanträge von den Studenten selbst ausgefüllt wurden, kann der Wahrheitsgehalt der gemachten Angaben nur schwer überprüft werden. Allerdings sind aus den zum Teil recht ausführlichen Lebensläufen eine starke Reflexion der eigenen Situation und ein Bemühen um objektive Darstellung des eigenen Erlebten erkennbar. Naturgemäß wurden die bei der Immatrikulation positiv gewerteten Parameter wie politische Benachteiligung im Nationalsozialismus oder aktuelle soziale Notlagen betont, ein Verschweigen der negativ gewerteten Parameter ist dagegen nicht festzustellen. Im Gegenteil ist ein

15 Dabei wurde die Erfassung durch die Sortierung der Akten erschwert. Die Auswertung erfolgte nach Immatrikulationsjahrgängen, die Akten waren jedoch nach Exmatrikulationsjahrgängen alphabetisch abgelegt. Es mussten also, ausgehend von den ersten Nachkriegssemestern, alle Alphabete nach Studenten aus den Immatrikulationsjahren 1945 – 1949 durchsucht werden. Dies wurde jedoch dadurch erleichtert, dass das 1949 neu eingeführte Immatrikulationsformular ein anderes Format erhalten hatte, so dass die Jahrgänge 1945 – 1949 leicht erkennbar waren. Bis 1956 sank dabei die Zahl der Studenten der Immatrikulationssemester 1945 – 1949 auf 130 ab. Die Gesamtzahl der vorhandenen Anträge der Jahrgänge 1945 – 1949 lag 1956 bei 12.855. Die im Jahr 1956 Exmatrikulierten machten also nur noch rund 1 % der Gesamtanzahl aus. Da damit zudem das erste Dezenium nach der Wiedereröffnung abgedeckt war, erschien es nicht zuletzt auch aus arbeitsökonomischen Gründen sinnvoll, die Auswertung mit dem Jahr 1956 abzuschließen.

16 Es wurden 1.000 Zufallszahlen zwischen 1 und 12.855 generiert, die als Ordnungszahlen die Nummern der entsprechenden Akten angaben, die dann ausgewertet wurden.

17 Thome, Induktive Statistik, S. 115; Blalock, Social Statistics, S. 510.

ehrliches Bemühen um ein wahrheitsgemäßes Ausfüllen des Fragebogens erkennbar. Oftmals ist zu beobachten, dass bei der Beantwortung im Zweifelsfall die für den Bewerber ungünstigere Möglichkeit in den Fragebogen eingetragen wurde. Dies betraf vor allem die Frage der Parteizugehörigkeit bzw. -anwärterschaft, deren Ungewissheit durch Zusätze vermerkt wurde.

Die Militärregierung betrachtete die von den Studenten in den Fragebogen gemachten Angaben skeptisch. Bei einer Untersuchung im Sommersemester 1947 wurden von der amerikanischen Militärregierung umfangreiche vermeintliche Fragebogenfälschungen von Studenten festgestellt.¹⁸ Der Anteil der falschen Fragebogen wurde in Heidelberg mit rund 40 % angegeben. Allerdings hatte das Gros der Studenten den Fragebogen nach bestem Wissen und Gewissen ausgefüllt. Offenbar war vielen Studenten ihre Überführung in die Partei unbekannt geblieben. Nach einer genauen Überprüfung blieben lediglich drei Studenten übrig, die wegen Fragebogenfälschung bestraft wurden. Ähnlich lagen die Verhältnisse in Würzburg.¹⁹ Unrichtigkeiten entstammten somit eher der Unwissenheit als der bösen Absicht. Auch für Bonn lässt sich nach der Lektüre der Lebensläufe eine große Gewissenhaftigkeit der Studenten konstatieren.

Der Quellenwert der Exmatrikelakten kann, auch wenn mit wissentlichen oder unwissentlichen Verfälschungen in Einzelfällen gerechnet werden muss, sehr hoch angesetzt werden. Letztlich wurde auf Grundlage der Immatrikulationsanträge und Fragebogen die Entscheidung über die Immatrikulation getroffen. Die Angaben hatten die Immatrikulation bzw. deren Ablehnung²⁰ zur Folge. Die Exmatrikelakten spiegeln also eine Studentenschaft wider, die von den deutschen und britischen Behörden als immatrikulierbar angesehen wurde.

3.1. Die Zahl der Studenten

Um einen ersten Einstieg in die Erforschung der Zusammensetzung der Studentenschaft zu erlangen, erscheint es sinnvoll, sich zunächst die absoluten Zahlen der Studenten in den einzelnen Semestern vor Augen zu führen. Wenn Hans Meinzolt in seinem Vorwort zu Gerhard Kath's erster Ausgabe seiner Reihe über das soziale Bild der Studentenschaft schreibt, dass sich kaum eine Gruppe von Menschen so schwer durch die Zahlenreihen der Statistiken erfassen lässt,

18 12. Hochschulkonferenz am 9./10. 9. 1947 in Münster, Heinemann, Hochschulkonferenzen 2, S. 416.

19 Ebd., S. 417.

20 In Einzelfällen finden sich unter den Exmatrikelakten auch abgelehnte Studienbewerber. Diese wurde bei der Auswahl des Samples nicht berücksichtigt.

wie die der Studierenden,²¹ so wird dies im Hinblick auf die Bonner Studentenzahlen unmittelbar deutlich. An vielen Stellen in der Literatur, in den Akten des Kultusministeriums und der Universität selbst sind die Studentenzahlen der einzelnen Semester überliefert.²² Leider stimmen diese Angaben häufig nicht überein. Dies gilt auch für die internen Zahlen der Universität Bonn. Zwar sind die offiziellen Zahlen, welche die Universität selbst in der Chronik bzw. im Vorlesungsverzeichnis veröffentlichte, identisch,²³ die Zahlen, welche die Universitätsverwaltung als Grundlage ihrer internen Statistiken verwendete, weichen dagegen häufig voneinander ab.²⁴

Bis zu einem gewissen Grad lassen sich die Abweichungen durch die auch innerhalb eines Semesters gewissen Schwankungen unterworfenen Studentenzahl erklären. Durch nachträgliche Immatrikulation, Rücknahme der Immatrikulation vor Studienbeginn oder Exmatrikulation wegen Nichtrückmeldung änderte sich die Zahl der Studenten auch außerhalb des unmittelbaren Immatrikulationszeitraumes deutlich. Daher ergaben sich aus der Zugrundelegung verschiedener Stichtage zum Teil erheblich voneinander abweichende Zahlenangaben. Dies kam besonders in den ersten beiden Nachkriegssemestern zum Tragen, als eine nur rudimentär wieder arbeitende Verwaltung einen enormen Andrang von Studienbewerbern bewältigen und diese zudem außer nach fachlichen auch nach politischen Kriterien bewerten musste. Zudem überschritt die Zahl der Zuzulassenden das übliche Maß um ein Mehrfaches, da alle bestehenden Immatrikulationsverhältnisse vor Beginn des Wintersemesters 1945/46 wie auch des Sommersemesters 1946 für ungültig erklärt wurden und die gesamte Studentenschaft neu immatrikuliert werden musste. Eine weitere Ursache für Abweichungen lag in der Tatsache, dass bei vielen Statistiken oftmals nicht klar definiert wurde, welche Studenten genau berücksichtigt wurden. Häufig blieb unklar, ob die Angaben auch ausländische oder beurlaubte Studenten, Gasthörer oder Displaced Persons umfassten oder nicht.

Legt man die offiziellen Zahlen der Universität zu Grunde, fällt eine starke Abweichung zu den Zahlenangaben der zum Wintersemester 1947/48 einsetzenden kleinen Hochschulstatistik auf.²⁵ Insbesondere in dem Zeitraum zwischen Wintersemester 1949/50 und Sommersemester 1952 beträgt die Differenz

21 Kath, *Das soziale Bild* (1952), S. 3.

22 HStAD NW 144–13, -14, -15; UAB UV 69–12, Chronik der Universität; Vorlesungsverzeichnisse; Statistik der Bundesrepublik Deutschland, H. 130,1 und H. 196,1.

23 Die im SS 1951 auftretende Abweichung ist auf einen Schreibfehler zurückzuführen, hier gibt die Chronik 6.688, das Vorlesungsverzeichnis 6.668 immatrikulierte Studenten an.

24 Vgl. UAB UV 69–12, -13 und -19.

25 Statistische Berichte, hg. vom Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Arb. Nr. VIII,4: *Der Hochschulbesuch im Bundesgebiet 1.1947/48–4.1949/50* (1950), danach weitergeführt als Statistische Berichte, hg. vom Statistischen Bundesamt Arb. Nr. VIII,4: *Hochschulstatistiken*, veröffentlicht in: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, H. 130,1.

bis zu 500 Studenten. Dabei weist das eine Mal die Chronik der Universität, das andere Mal die Hochschulstatistik die höheren Werte auf. Ein Grund für die Abweichung ist nicht erkennbar, zumal die Zahlen der kleinen Hochschulstatistik auf den Angaben der jeweiligen Hochschulsekretariate beruhen und daher mit den Zahlen der Universität übereinstimmen müssten. Die Werte der kleinen Hochschulstatistik weisen in sich starke Schwankungen auf, die ohne plausible Erklärung nicht realistisch erscheinen. Die Schwankungsbreite der von der Universität veröffentlichten Zahlen liegt dagegen im Bereich des im Wechsel zwischen Sommer- und Wintersemester Üblichen.

Zur Verdeutlichung der zahlenmäßigen Entwicklung der Studentenschaft werden hier die in der Chronik und im Vorlesungsverzeichnis der Universität veröffentlichten Zahlen zu Grunde gelegt. Diese bieten gegenüber allen anderen Quellen den Vorteil, dass sie über den ganzen betrachteten Zeitraum hinweg vorliegen und zudem die Universität diese Angaben selbst als Grundlage ihrer eigenen, ab 1948 im Vorlesungsverzeichnis veröffentlichten Studentenstatistik nahm. Ein Vergleich mit den Werten der Studentenkartei ergab Zahlenwerte, die sich im Bereich der Angaben des Vorlesungsverzeichnisses bewegten.

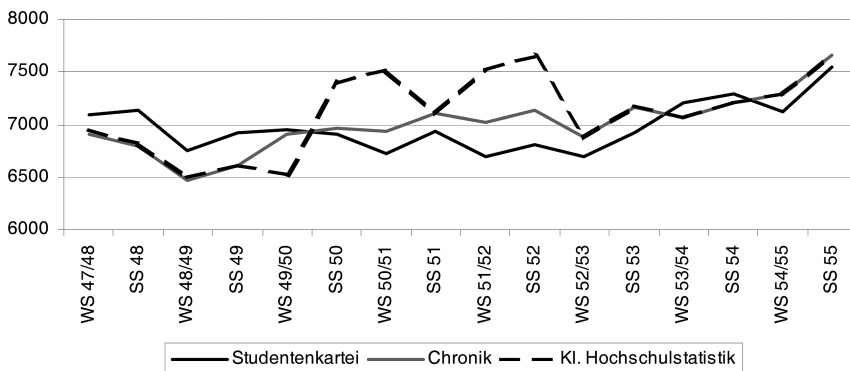


Diagramm 2: Die Gesamtzahl der Bonner Studenten (ohne Ausländer und Gasthörer)

Eine besondere Problematik weisen die nur in der Chronik veröffentlichten Zahlen für die ersten Nachkriegssemester auf.²⁶ Diese verstehen sich, obwohl keine genauen Angaben gemacht werden, offenbar ohne ausländische Studenten, d. h. in dieser Zeit ohne studierende Displaced Persons. Im Wintersemester 1945/46 werden 2.534 immatrikulierte Studenten genannt. Diese Zahl entspricht

²⁶ Chronik 1939/40 bis 1948/49, S. 71. Die Studentenstatistik erscheint erst ab WS 1948/49 im Vorlesungsverzeichnis.

in etwa dem für deutsche Studenten festgelegten Numerus clausus von 2.500.²⁷ Da für DP-Studenten jedoch eine 10 %-Quote außerhalb des Numerus clausus festgelegt wurde, ist mit einer Gesamtzahl von 2.750 Studenten zu rechnen. Allein durch die Verzögerung der Immatrikulation der DP-Studenten konnte diese Zahl im Wintersemester 1945/46 nicht erreicht werden.²⁸ Für die Universität maßgeblich war die für den Numerus clausus relevante Zahl der immatrikulierten deutschen Studenten. Zu den in den Akten und in der Chronik angegebenen Zahlen ist daher bis zum Sommersemester 1949, als der Numerus clausus in deutsche Hände übergang, jeweils die Zahl der DP-Studenten hinzuzurechnen.

Blicken wir zunächst noch einmal zurück in die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Ende der 20er Jahre hatte die Universität Bonn die höchste Studentenzahl seit ihrer Gründung erreicht. Nach einem vorübergehenden Einbruch in der Folge der Wirtschaftskrise stabilisierten sich die Zahlen auf hohem Niveau. Nach der ›Machtergreifung‹ der Nationalsozialisten gingen die Studentenzahlen jedoch deutschlandweit kontinuierlich zurück. Bis zum Wintersemester 1938/39 hatte sich an den Hochschulen des Reiches die Zahl der Studenten gegenüber dem Wintersemester 1932/33 etwa halbiert. In Bonn war der Rückgang sogar noch stärker.²⁹ Auslöser für diesen Rückgang waren neben dem Antiintellektualismus der nationalsozialistischen Ideologie vor allem die Alternativen zum Universitätsstudium, die das Regime durch den Ausbau der Wehrmacht und die zunehmende Attraktivität anderer staatlicher Organisationen bot.³⁰ Mit Ausbruch des Krieges ging die Studentenzahl durch die Einberufung vieler Studenten weiter zurück, stieg aber im weiteren Verlauf durch die Rückkehr von Kriegsverwehrten, der Zunahme des Frauenstudiums sowie durch Freistellungen von Wehrmachtangehörigen zum Medizinstudium wieder leicht an.

Die Zahl der vollimmatrikulierten Studenten wurde im ersten Nachkriegssemester durch den britischen Numerus clausus ungefähr auf der Höhe des letzten Vorkriegssemesters festgelegt. Zu den 2.534 im Wintersemester 1945/46 vollimmatrikulierten Studenten kamen laut Angabe der Chronik 183 Gasthörer, die außerhalb des Numerus clausus zugelassen wurden. Dies ergab 2.717 Studenten, die Ausländer nicht mitgerechnet. Diese Zahl entspricht fast genau den für das Wintersemester 1945/46 vorliegenden Karteikarten (2.716). Tatsächlich lag die Gesamtzahl wohl noch höher. Laut Stammbuch der Universität schrieben sich im Wintersemester 1945/46 2.768 Studenten ein.³¹ Diese Zahl passt zu einer

27 Die leichte Überschreitung kam durch eine dem Rektor zugestandene Sonderquote für Härtefälle zustande.

28 Am 1. 3. 1946 waren 2.685 Studenten immatrikuliert, UAB UV 69 – 12.

29 Vgl. dazu die Angaben bei Titze, Wachstum und Differenzierung, S. 103.

30 Albert/Oehler, Materialien, S. 95.

31 Stammbuch der Universität, UAB AB 21.

Notiz in der Bonner Universitätszeitung, aus der hervorgeht, dass die Zahl der Studenten im Laufe der Immatrikulation um 250 erhöht werden konnte.³² Geht man somit von rund 2.750 deutschen Studenten aus, so ist unter Hinzunahme der Ausländer für das Wintersemester 1945/46 die Zahl von gut 2.900 Studenten anzusetzen. Diese Beispielrechnung soll verdeutlichen, dass die Zahl der Studenten, die tatsächlich an der Universität Bonn Vorlesungen und Seminare besuchten, erheblich höher lag, als von der Universität in ihren veröffentlichten Statistiken angegeben wurde.

Durch die zweimalige Anhebung des Numerus clausus zum Sommersemester 1946 und zum Wintersemester 1946/47 stieg die Zahl der ordentlichen Studenten stark an, stagnierte jedoch ab dem Sommersemester 1947, als die erhoffte weitere Erhöhung des Numerus clausus ausblieb. Dagegen wuchs die Zahl der Gasthörer durch die Zwangsgasthörerregelung stark an, so dass der Numerus clausus im Wintersemester 1947/48 um ca. 2.000 Studenten übertroffen wurde. Aus den offiziellen Studentenzahlen ist der Einschnitt, der durch die britische Überprüfung des Bonner Immatrikulationsverfahrens im Wintersemester 1947/48 hervorgerufen wurde, deutlich abzulesen. Die Briten ordneten an, dass die bisherigen Zwangsgasthörer nunmehr als ordentliche Studenten zu betrachten seien. Dadurch sank die Zahl der Gasthörer stark ab, wogegen die ordentlichen Studenten einen ebenso deutlichen Anstieg verzeichneten. In den folgenden Semestern bemühte sich die Universität auf britische Anordnung, die Studentenzahl wieder in Einklang mit dem Numerus clausus zu bringen. Ein Ziel, das bis zur Abschaffung des Numerus clausus jedoch nicht erreicht wurde.

Einen erkennbaren Einschnitt in der Entwicklung der Studentenzahlen rief die Währungsreform im Sommer 1948 hervor. Viele Studenten mussten ihr Studium aus finanziellen Gründen abbrechen, die Zahl der Vollimmatrikulierten sank daher erstmals seit der Wiederöffnung um 7,9 % gegenüber dem Vorsemester. Damit lag die Entwicklung in Bonn deutlich über dem Durchschnitt von 4,5 % der anderen Universitäten der Bundesrepublik.³³ Dieser vorübergehende Rückgang wurde in den folgenden Semestern durch einen starken Zustrom an Studenten wieder ausgeglichen. Seit dem Sommersemester 1949 setzte sich die steigende Tendenz der Studentenzahlen wieder fort. Übertraf die Bonner Studentenzahl seit dem Wintersemester 1947/48 bereits die während des ›Dritten Reiches‹ erreichten Immatrikulationszahlen, so wurden seit dem Sommersemester 1954 erstmals auch die Spitzenwerte aus Weimarer Zeit übertroffen. Wir

32 Koenen, in: BUZ Nr. 2, 5.6.1946, S. 1 f. Diese Bemerkung bezieht sich wahrscheinlich auf die Regelung, Gasthörer außerhalb des NC aufnehmen zu dürfen. Über eine Anhebung des NC um 250 geht aus den Akten des Universitätsarchivs nichts hervor.

33 Angaben nach Kath, Das soziale Bild (1952), S. 11.

sehen den Beginn einer Entwicklung steigender Studentenzahlen, die bis zum Ende der 60er Jahre anhalten sollte.

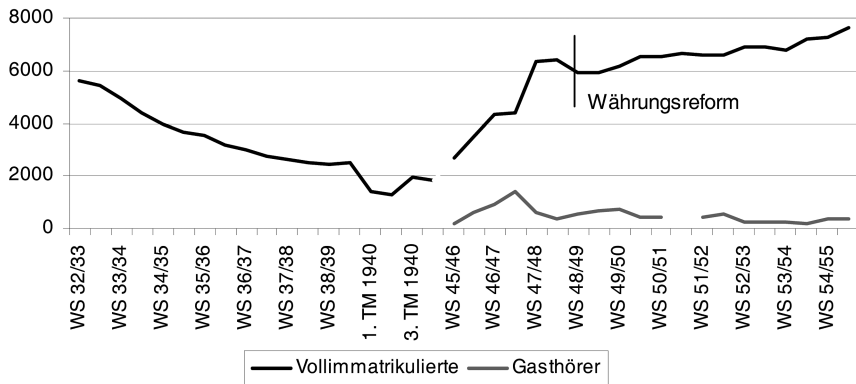


Diagramm 3: Die Entwicklung der Studentenzahlen in Bonn 1932–1955 (Zahlen nach Titze, Hochschulstudium, S. 103 und Chronik der Universität; vgl. auch die tabellarische Aufstellung im Anhang)

Festzuhalten bleibt, dass durch starke Fluktuation eine exakte Anzahl von Studenten zumindest in den ersten Nachkriegssemestern Fiktion bleiben muss, der sich nur genähert werden kann. Dabei kann den von der Universität veröffentlichten Zahlen eine größere Realitätsnähe zugesprochen werden, als den Zahlen des Statistischen Landes- oder Bundesamtes.³⁴ Mit der Professionalisierung der Verwaltung und der Etablierung eines ausgereiften Statistikwesens ist seit dem Ende der 40er Jahre mit verlässlicheren Zahlen zu rechnen.

3.2. Das Frauenstudium

Eine der augenfälligsten Auswirkungen des Krieges auf die Studentenschaft war der deutliche Anstieg des Frauenanteils unter den Studenten. Doch ging damit keineswegs eine Akzeptanz studierender Frauen einher. Das Studium von Frauen war bis weit in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts keine Selbstverständlichkeit, sondern ein polarisierendes Thema, das ebenso vehemente Anhänger wie Gegner fand. Dies trifft auch und vielleicht sogar in stärkerem Maße auf die frühe Nachkriegszeit zu.

Seit Anfang des 20. Jahrhunderts waren Frauen an deutschen Hochschulen

³⁴ Erwähnt seien hier auch die Zahlenangaben der Statistik des Bildungswesens, die für Bonn deutlich zu niedrig liegen, Statistik des Bildungswesens 1950–1975, Wuppertal u. a. 1968 (Strukturförderung im Bildungswesen des Landes Nordrhein-Westfalen 6), Tab. 55.

zum Studium zugelassen. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges stieg ihr Anteil auf rund 5 % an.³⁵ Der Erste Weltkrieg brachte einen Emanzipationsschub für die deutschen Frauen, die durch die Abwesenheit der Männer einen Großteil der ursprünglich mehrheitlich Männern vorbehaltenen Tätigkeiten ausüben mussten. Von dieser Entwicklung profitierte auch das Frauenstudium. Bis zum Ende der 20er Jahre stieg der Anteil der Studentinnen so auf rund 15 % an.³⁶

Die Zeit des Nationalsozialismus bedeutete dagegen zunächst einen deutlichen Rückschlag für das Frauenstudium. Durch die propagandistische Aufwertung der Mutterrolle und konkreter Maßnahmen der Nationalsozialisten gegen berufstätige Akademikerinnen ging der Anteil studierender Frauen zurück. Diese Entwicklung wurde durch die Wirtschaftskrise der 30er Jahre noch forciert. Zudem wurde die Vergabe von Stipendien an Frauen eingeschränkt und durch die Vertreibung der Juden, die einen großen Anteil der Studentinnen ausmachten, ein weiteres Absinken des Frauenanteils herbeigeführt.³⁷

Darüber hinaus stellte auch das Schulsystem Mädchen vor Hindernisse, die ihnen das Erreichen der Hochschulreife erschwerten. So bildeten getrenntgeschlechtliche Schulen für Mädchen eine Bildungssackgasse, da Mädchenschulen wie das Lyzeum mit dreijähriger Frauenschule nicht zur Hochschulreife führten³⁸ oder wie das hauswirtschaftliche oder das sozialkundliche Gymnasium nur ein Studium bestimmter Fächer ermöglichten.³⁹ Die Benachteiligung von Mädchen im höheren Schulwesen wurde durch die Nationalsozialisten weiter verschärft. Gerade im Hinblick auf ein späteres Hochschulstudium stellte die Abschaffung des Lateinunterrichts für Mädchen in der Unter- und Mittelstufe eine entscheidende Hürde dar, die den Hochschulzugang für Frauen erschwerte und damit auch einen Rückgang der Studentinnenzahlen zur Folge hatte.⁴⁰

Ab 1936/37 führte der sich stark bemerkbar machende Akademikermangel zu einem Wandel der Parteilhaltung zum Frauenstudium. War bereits 1935 der ein Jahr zuvor eingeführte 10 %-Numerus clausus für Frauen wieder abgeschafft worden, so wurde nun regelrecht Werbung für das Frauenstudium betrieben, berufliche Diskriminierungen abgeschafft und das hauswirtschaftliche Abitur als vollwertig anerkannt.⁴¹ 1937 forderte Reichserziehungsminister Rust, dass

35 Albert/Oehler, *Materialien*, S. 94.

36 Ebd., S. 94.

37 Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, S. 117 f.

38 Kleinen, *Ring um Demokratie*, S. 41.

39 Hervé, *Studentinnen*, S. 26 f.

40 Weyrather, *Numerus clausus*, S. 146.

41 Jarausch, *Deutsche Studenten*, S. 240.

mehr Frauen zum Studium ermutigt werden sollten. 1940 wurde der Lateinunterricht an Mädchenschulen wieder eingeführt.⁴²

Der Ausbruch des Krieges hatte einen weiteren Wandel des Frauenbildes zur Folge. Der durch die Einberufungen entstehende Männermangel führte wie schon im Ersten Weltkrieg dazu, dass nun auch Frauen zunehmend in vorher Männern vorbehaltenen Berufen tätig waren und ausgebildet wurden. Insbesondere in den medizinischen Berufen stieg der Frauenanteil stark an.⁴³ An den Universitäten führte die Einziehung der Männer zum Kriegsdienst zu einem starken Anstieg des Frauenanteils. Aber auch die absolute Zahl weiblicher Studenten stieg während des Krieges deutlich an. Da die Versorgung durch den Ehemann auf Grund des Krieges unsicherer geworden war, bemühten sich viele Frauen um eine eigenständige Ausbildung. Zudem bot die Aufnahme eines Studiums Schutz vor einer möglichen Dienstverpflichtung, von der Studenten ausgenommen waren.⁴⁴ Die Zahl der Studentinnen an den deutschen Universitäten wuchs so von 5.666 im Wintersemester 1938/39 auf 25.338 im Wintersemester 1943/44 an, stieg also um knapp das Dreieinhalbfache während die Gesamtzahl der Studenten nur um knapp 40 % zunahm⁴⁵. Der weibliche Anteil bei den Studienanfängern stieg dabei im selben Zeitraum von 9,4 % auf 64 %.⁴⁶ In den letzten Kriegessemestern war das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Geschlechtern in etwa ausgeglichen. Der Krieg hatte also eine starke Aufwertung des Frauenstudiums zur Folge und erzwang eine »begrenzte Emanzipation der studierenden Frau«.⁴⁷

Diese Begrenzung der Emanzipation wurde nach dem Krieg deutlich, als die Frauen wieder mit ihren männlichen Bewerbern um die Zulassung zum Studium konkurrierten. Angesichts der Masse der heimkehrenden Kriegsteilnehmer, denen bislang die Aufnahme eines Studiums verwehrt geblieben war, und der restriktiven Zulassungsbeschränkungen durch den von den Briten vorgegebenen Numerus clausus wurde auch die grundsätzliche Diskussion um das Frauenstudium wieder aufgenommen.⁴⁸ Die »Gleichstellung auf Widerruf«⁴⁹ der Kriegsjahre wurde nach Kriegsende sofort in Frage gestellt. Das Frauenstudium geriet erneut unter den Legitimationsdruck, dem es auch in den vorangegangenen Jahrzehnten ausgesetzt gewesen war.

Auf der ersten Hochschulkonferenz im Juli 1945 wurde das Thema Frauen-

42 Weyrather, Numerus clausus, S. 158, 160.

43 Hervé, Studentinnen, S. 18.

44 Huerkamp, Bildungsbürgerinnen, S. 90.

45 Titze, Hochschulstudium, S. 33 und 43.

46 Jarausch, Deutsche Studenten, S. 203.

47 Ebd., S. 204.

48 Kleinen, Ringen um Demokratie, S. 132.

49 Steffen-Korflür, Studentinnen, S. 267.

studium diskutiert. Dabei sprach sich Professor Weber als Vertreter der Universität Göttingen gegen den prinzipiellen Ausschluss von Studentinnen aus, gestand ihnen »in gewissem Sinne« sogar den Status von »Kriegsgeschädigten« zu, da sie durch die große Zahl der Kriegsgefallenen geringere Heiratsaussichten hätten.⁵⁰ Dass die Ablehnung eines grundsätzlichen Ausschlusses besonders erwähnt wurde, zeigt, dass dieser durchaus als eine Möglichkeit angesehen wurde, der Überfüllung der Hochschulen entgegenzuwirken. Die Anerkennung der Frauen als »Kriegsgeschädigte« deutet auf das vorherrschende konservative Frauenbild hin, welches dem Frauenstudium die Rolle einer Reaktion der Frauen auf die Notsituation des Männermangels und der Frau die Heirat als ein dem Studium übergeordnetes Ziel zuwies. Von einer Akzeptanz des Frauenstudiums wie sie dem Studium der Männer entgegengebracht wurde, war man Mitte der 40er Jahre noch weit entfernt.

Obwohl es von Seiten der Universitäten deutliche Vorbehalte gegen das Frauenstudium gab, konnten sich in Bonn die Gegner nicht durchsetzen. So wurde aus dem Punktesystem zur Zulassung zum ersten Nachkriegssemester die ursprünglich vorgesehene Regelung, wonach während des Krieges absolvierte Semester von Nichtsoldaten nur mit halber Punktzahl in die Wertung eingehen sollten, nicht umgesetzt. Dieser Passus, der später gestrichen wurde, richtete sich explizit gegen die Zulassung von Studentinnen.⁵¹

Da durch die Zulassungskriterien der ersten Nachkriegssemester vor allem Examenskandidaten bevorzugt wurden, unter denen sich kriegsbedingt viele Frauen befanden, blieb der Frauenanteil zunächst auf vergleichsweise hohem Niveau.⁵² In Bonn lag der Anteil im Wintersemester 1945/46 bei 23,3 %.⁵³ Da die Immatrikulationsausschüsse in Bonn mit der Zulassung von Examenskandidaten als Gasthörer die Bestimmungen des britischen Numerus clausus zu umgehen versuchten, war gerade auch unter den Gasthörern der Frauenanteil sehr hoch. Dies erklärt die deutliche Abweichung der Studentinnenzahlen, die sich aus der Analyse der Studentenkartei ergeben, von den in der Chronik genannten Zahlen. Die Angaben in der Chronik enthalten keine Gasthörer und weisen deshalb deutlich niedrigere Werte auf als die Studentenkartei. Erst im Wintersemester 1947/48, als nach der britischen Kritik am Bonner Immatri-

50 Referat Prof. Webers, 1. Hochschulkonferenz am 27./27.7.1945 in Göttingen, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 59.

51 Zur Verdeutlichung, welche Gruppe unter Nichtsoldaten zu verstehen war, wurde in Klammern angemerkt »insbesondere Frauenstudium«, UAB MF 68–11, UV 69–160, endgültige Fassung in PF 138–168.

52 Dies bestätigt auch Kleinen für die Universität Köln, Kleinen, Ringen um Demokratie, S. 155; vgl. auch Kleinen, Frauenstudium, S. 283.

53 Zahlen nach Studentenkartei, nach den offiziellen Zahlen der Chronik lag der Anteil mit 21,94 % etwas niedriger.

kulationsverfahren die Zwangsgasthörerregelung abgeschafft und solche Hörer nun als Vollmatrikulierte weitergeführt wurden, gleichen sich die Werte der Chronik den Werten der Studentenkartei an. Der Frauenanteil etablierte sich so in den ersten Nachkriegssemestern ungefähr bei einem Fünftel bis einem Viertel der Studentenschaft und lag damit höher als zu Weimarer Zeit.

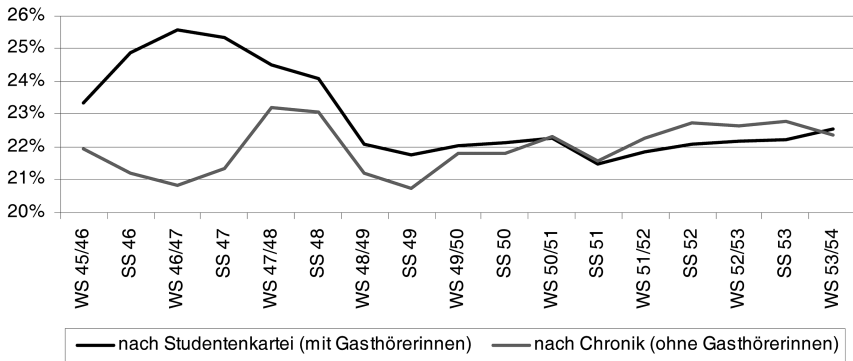


Diagramm 4: Der Frauenanteil an der Studentenschaft der Universität Bonn

Betrachtet man die Zahl der als vollmatrikuliert Zugelassenen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bewerber, ergibt sich im Wintersemester 1945/46 sowohl für männliche als auch für weibliche Studienbewerber eine Zulassungsquote von rund 25 %.⁵⁴ Die von Seiten der Universität geäußerten Vorbehalte gegen das Frauenstudium schlugen sich also im ersten Nachkriegssemester noch nicht in einer Benachteiligung von Frauen bei der Zulassung zum Studium nieder. Ab dem zweiten Nachkriegssemester wurde jedoch eine deutliche Zurückstellung der Frauen bei der Zulassung zur Vollmatrikulation feststellbar. Der Anteil der abgelehnten Männer ging zum Sommersemester 1946 auf 62,3 % zurück, im Wintersemester sank er weiter auf 41,7 %. Der Anteil der abgelehnten Frauen lag dagegen in diesen beiden Semestern bei rund 65 %, obwohl der Anteil der Frauen unter den Bewerbern von 21,7 % im Wintersemester 1945/46 auf 25,4 % im Wintersemester 1946/47 angestiegen war.⁵⁵ Bei der Zulassung zur Immatrikulation als Gasthörer lag dagegen der Frauenanteil deutlich höher. So ergibt sich unter Mitberücksichtigung der Gasthörerinnen für die Semester bis zur Währungsreform ein gegenüber den folgenden Semestern deutlich höherer Frauenanteil.

54 Bei den Frauen lag der Anteil der Zugelassenen mit 25,1 % sogar geringfügig höher als bei den Männern (24,8 %), vgl. Zahl der Bewerber in UAB UV 69 – 13.

55 Zusammenstellung der Zulassungen und Ablehnungen für die Nordwestdeutsche Hochschulkonferenz, in: UAB UV 69 – 12.

Eine Benachteiligung der Frauen erfolgte hauptsächlich durch die bevorzugte Zulassung von Kriegsteilnehmern und Heimkehrern. Diese vorübergehende Zurücksetzung wurde von den weiblichen Studienbewerbern im Grundsatz akzeptiert⁵⁶ und hatte in Bonn keine Verdrängung der Studentinnen von der Universität zur Folge. Dass viele Frauen durch die Bevorzugung der Heimkehrer jahrelang auf ihre Zulassung warten mussten, wie in der Literatur zuweilen geäußert wird, ist eine Übertreibung und lässt sich allenfalls in Einzelfällen für Bonn bestätigen.⁵⁷ Andere Universitäten beschränkten das Frauenstudium in weitaus stärkerem Maße. So wurden in Göttingen nur solche Studentinnen zugelassen, die bereits vor Kriegsende in Göttingen studiert hatten und kurz vor dem Studienende standen.⁵⁸ An den technischen Hochschulen waren die Aufnahmebestimmungen für Frauen zum Teil noch restriktiver. In Braunschweig wurde beispielsweise im ersten Nachkriegssemester keine einzige Frau immatrikuliert.⁵⁹

In Bonn stieg der Frauenanteil bis zum Sommersemester 1947 auf 25,3 % an. Damit lag Bonn verglichen mit anderen Universitäten der britischen Zone über dem Durchschnitt. Eine Statistik vermeldete im Wintersemester 1947/48 mit 30,3 % für die Universität Bonn den höchsten Frauenanteil der britischen Zone.⁶⁰ Diese Zahl ist jedoch zu hoch gegriffen. Die Chronik geht von 23,2 % aus, laut Studentenkartei lag der Frauenanteil bei 24,5 %. Seit dem Sommersemester 1947 war der Frauenanteil wieder im Sinken begriffen. Besonders nach der Währungsreform ging er deutlich zurück und verharrte auf niedrigem Niveau bis 1951. Erst seit dem Wintersemester 1951/52 ist wieder ein leichter Anstieg zu erkennen. Der Frauenanteil blieb jedoch bis Mitte der 50er Jahre unter dem Niveau der ersten Nachkriegssemester.

Auch im Vergleich mit den übrigen bundesdeutschen Universitäten lag der Frauenanteil in Bonn deutlich über dem Durchschnitt. Laut großer Hochschulstatistik belief sich der Frauenanteil der Studenten aller Universitäten in der Bundesrepublik im Wintersemester 1949/50 auf 15,2 %. Bis zum Wintersemester 1954/55 stieg dieser immerhin auf 17,3 %. Nach weitgehender Stagnation des Frauenanteils lässt sich erst ab 1952 wieder ein merklicher Anstieg erkennen.⁶¹

56 Vgl. die Äußerung einer Studentin in der GUZ: »das Vorrecht der Männer, die aus dem Kriege kommen, wird von niemandem bestritten«, zitiert nach Krönig/Müller, Nachkriegssemester, S. 53.

57 So urteilen Metz-Göckel u. a., *Frauenstudium*, S. 14, obwohl ihnen der vergleichsweise hohe Frauenanteil in den ersten Nachkriegssemestern bis 1948 bekannt ist, vgl. ebd. S. 15.

58 Maaß, *Studentenschaft*, S. 104.

59 Ebd.

60 Köln 22 %, Göttingen 19 %, Hamburg 24 %, Kiel 19 %, Münster 26 %, Zahlen nach Phillips, *Pragmatismus*, S. 81.

61 Statistik der Bundesrepublik Deutschland, H. 196,1, S. 12, vergleichbare, aber leicht ab-

Bei den Neuimmatrikulationen lag der Frauenanteil zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Zugelassenen. Die Werte schwanken jedoch stark und lassen keine eindeutige Tendenz erkennen. Auch hier ist aber der deutliche Rückgang nach der Währungsreform zu beobachten. Klar erkennbar wird, dass eine Gesellschaft, die das Studium von Frauen als nicht selbstverständlichen Luxus betrachtete, in finanziellen Krisensituationen andere Prioritäten setzte. Deutschlandweit betrachtet stieg der Frauenanteil unter den Neuimmatrikulierten in den 50er Jahren deutlich an. Zwischen 1950 und 1965 erhöhte er sich von 19 % auf 30 %.⁶²

Die Briten setzten sich sehr für die Stärkung des Frauenstudiums ein. Sie sahen in den schlechteren Bildungschancen der Frauen während der Zeit des Nationalsozialismus ein Unrecht, das es wiedergutzumachen galt,⁶³ konnten sich aber mit ihren Bemühungen um die Förderung des Frauenstudiums nicht durchsetzen. Im deutschen Bildungswesen erfolgten bis zum Ende der 50er Jahre keine wesentlichen Strukturänderungen, welche die Benachteiligung der Mädchen besonders auf den höheren Schulen beseitigt hätten.⁶⁴ Allerdings ergaben sich durch die föderale Struktur des bundesdeutschen Bildungswesens große Unterschiede beim Zugang von Mädchen zu höheren Schulen.

Auch blieb die Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter das entscheidende Denkmuster, nach dem die Elterngeneration ein mögliches Studium ihrer Töchter bewertete. Angesichts einer späteren Heirat und finanziellen Versorgung durch den Ehemann erschien die Finanzierung eines Hochschulstudiums der Tochter als verschwenderischer Luxus, den sich in der Notzeit der Nachkriegsjahre nur wenige Eltern leisten wollten und konnten.⁶⁵ Studentinnen kamen daher in stark überproportionalem Maße aus sozial höhergestellten Elternhäusern mit akademischem Hintergrund. Dort waren die Wertschätzung und das Potenzial zur Finanzierung eines Studiums größer, auch wenn dieses nicht in eine konkrete Berufstätigkeit mündete.⁶⁶ Diese Einstellung war keineswegs eine Besonderheit der unmittelbaren Nachkriegsjahre, sondern blieb auch nach 1950 virulent. Im Sommersemester 1951 besaßen deutschlandweit 41 % aller Väter von Studentinnen eine abgeschlossene Hochschulausbildung.

weichende Werte bei Albert/Oehler, Materialien, S. 99; nach Kath, Das soziale Bild (1954), S. 52 lag der Anteil der Studentinnen an deutschen Universitäten bereits seit SS 1950 bei 21,1 % und stieg bis SS 1953 auf 21,3 %.

62 Peisert, Soziale Lage, S. 105.

63 Donald Riddy auf der 2. Hochschulkonferenz am 17./18.12.1945 in Bünde, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 82 f.

64 Klafki, Die fünfziger Jahre, S. 154.

65 Diese Einstellung zur Ausbildung von Töchtern war bis weit in die 60er Jahre maßgeblich, vgl. dazu Pross, Bildungschancen, S. 23.

66 Hervé, Studentinnen, S. 48, 62.

Bei ihren männlichen Kommilitonen lag der Anteil nur bei 28,9 %.⁶⁷ Der finanzielle Aspekt des Frauenstudiums wirkte sich besonders nach der Währungsreform durch einen deutlichen Rückgang des Frauenanteils unter den Studenten aus: Im Wintersemester 1948/49 lag er erstmals seit Kriegsende wieder unter 20 % und erreichte damit den absoluten Tiefststand im Untersuchungszeitraum.

Die männlichen Kommilitonen standen den Studentinnen ambivalent gegenüber. Besonders kritisch äußerten sich die Korporationen zum Frauenstudium. In Bonn sprach sich die Ripuaria-Görres beispielsweise für ein Frauenstudium aus, welches auf speziell weibliche Berufe beschränkt sein sollte, die Bavaria forderte eine strenge objektive Auslese, um die Universität nicht zum Heiratsinstitut verkommen zu lassen.⁶⁸ Dagegen hoben die auf dem ersten Studententag in Göttingen versammelten Studenten die Forderung nach der Gleichberechtigung der Studentin in einer Erklärung hervor: »Gleichberechtigt stehen Studenten und Studentinnen neben- und miteinander in der Universität, um sich das Rüstzeug für die später zu erfüllenden Aufgaben zu erwerben.«⁶⁹ Da beide Geschlechter gleichermaßen dem Numerus clausus unterworfen seien, ging der Studententag davon aus, dass sich auf diesem Wege ein gesundes Zahlenverhältnis einstellen würde. Die Anerkennung der Frau als gleichberechtigte Kommilitonin wurde hier erstmals von studentischer Seite ausgesprochen.⁷⁰

Gleichberechtigung im Sinne eines ausgeglichenen Zahlenverhältnisses an den Hochschulen oder gleicher Chancen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt war jedoch eine Forderung, die in keiner Weise den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entsprach. Wie sich die Beschränkungen im höheren Schulwesen auf die Zahlen der Studentinnen auswirkten, konnte oben gezeigt werden. Aber auch nach ihrer Zulassung waren sie in stärkerem Maße gezwungen, ihr Studium anderen Dingen unterzuordnen. Dies wird besonders bei verheirateten Studentinnen deutlich. Für viele bedeutete die Heirat automatisch das Ende des Studiums. Nach einer von Gerstein für die Jahre 1946–1964 in Bonn durchgeführten Untersuchung ergab sich, dass Heirat oder Verlobung mit 23 % den häufigsten Grund für einen Studienabbruch bei Studentinnen darstellte.⁷¹ Dieser Umstand erklärt auch die Tatsache, dass bei männlichen Studenten der Anteil der Verheirateten deutlich höher lag. Im Wintersemester 1949/50 waren deutschlandweit 9,8 % der Studenten aber nur 2,6 % der Stu-

67 Kath, *Das soziale Bild* (1951), S. 82.

68 Phillips, *Pragmatismus*, S.82 ff.

69 Ist die Studentin gleichberechtigt?, in: BUZ Nr. 5, 17.7.1946, S. 8.

70 Klutmann, *Studententag*, in: BUZ 12/13, 21.1.1947, S. 2.

71 Gerstein, *Studierende Mädchen*, S. 24.

dentinnen verheiratet.⁷² Der Studienabbruch nach oder wegen der Eheschließung war zudem ein Argument für die Gegner des Frauenstudiums, Frauen gar nicht erst zum Studium zuzulassen. So äußerte sich der Bonner Philosoph Erich Rothacker deutlich gegen das Frauenstudium:

»Es sind genügend Studentinnen bereits da (die hübschen, häuslichen usw., die im allgemeinen bald weggeheiratet werden, müßten eigentlich höhere Gebühren bezahlen, da die für sie verausgabten Staatsgelder verschleudert sind!) Viel zu viele Studentinnen machen nur darum das Abitur und studieren, weil das heute »Mode« ist.«⁷³

Aus Sicht der Dozenten war die Ausrichtung auf eine standesgemäße Heirat für viele Studentinnen die Hauptmotivation für ein Studium: »sie studieren, wenn sie nicht hübsch genug sind, um Heiratsaussichten zu haben«, wie sich ein Dozent über das Frauenstudium äußerte.⁷⁴ Gegen diese Argumentationslinie setzte sich Else Kaehler in ihrem Referat auf dem Göttinger Studententag zur Wehr: Die Studentin habe ohne weiteres ein Anrecht auf ihr Studium, »egal ob sie heiraten wird oder nicht.«⁷⁵

Peisert konnte überzeugend darlegen, dass Heirat als Begründung des Studienabbruchs häufig lediglich als ein gesellschaftlich anerkanntes Alibi vorgebracht wurde, die wahren Ursachen dagegen in der männlich geprägten Universität zu suchen seien, deren Anforderungen im Widerspruch zu der von der Gesellschaft geforderten Frauenrolle stand.⁷⁶ Es zeigte sich jedoch, dass der Anteil an verheirateten Studentinnen seit dem Beginn der 50er langsam anstieg. Dieser Trend weist auf den Rückgang des Studienabbruchs bei Studentinnen auf Grund einer Eheschließung hin.⁷⁷

An den Universitäten herrschte ein Frauenbild vor, nach dem Studium und Ausübung eines akademischen Berufes für Frauen als weniger passend, die Frauen dafür als weniger geeignet angesehen wurden. Dieses »patriarchalische Frauenstereotyp« war in der Studentenschaft vorherrschend und wurde auch »von den Studentinnen in bemerkenswertem Maße geteilt.«⁷⁸ Auch der Lehrkörper stand unter dem »Einfluss eines starken, von der Erfahrung nahezu unabhängigen Frauenstereotyps«⁷⁹, der sich in der Bewertung von Studienleistungen und im Urteil über das Frauenstudium im Allgemeinen niederschlug.

72 Kath/Oehler, Die verheirateten Studierenden, S. 6.

73 Zitiert nach Phillips, Pragmatismus, S. 82.

74 Anger, Probleme, S. 459.

75 Kaehler, Nöte und Anliegen der Studentinnen, in: BUZ Nr. 6, 1. 8. 1946, S. 6–7.

76 Peisert, Soziale Lage, S. 109 f.

77 Kath/Oehler, Die verheirateten Studierenden, S. 6.

78 Vetter, Zur Lage der Frau, S. 660.

79 Anger, Probleme, S. 476.

Nahm die Universität Bonn, was den Frauenanteil ihrer Studentenschaft anbelangte, in den ersten Nachkriegssemestern einen Spitzenplatz unter den bundesdeutschen Hochschulen ein, so lag der Anteil der Frauen im Lehrkörper der Universität Bonn bemerkenswerterweise extrem niedrig. Im Wintersemester 1947/48 wies Bonn den mit großem Abstand geringsten Anteil weiblicher Lehrkräfte aller Hochschulen in der britischen Zone auf. Mit nur fünf Dozentinnen lag Bonn damit deutlich hinter der Universität Köln, die mit 21 Dozentinnen den vorletzten Platz belegte.⁸⁰ Auch 1952 lag Bonn mit einem Anteil von 2,4 % noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 3,3 %.⁸¹

Eine Erhebung unter Professoren und Studenten ergab noch Ende der 50er Jahre, dass 24 % des Lehrkörpers dem Frauenstudium grundsätzlich ablehnend, weitere 40 % bedingt ablehnend gegenüberstanden. Lediglich 4 % befürworteten das Frauenstudium uneingeschränkt.⁸² Deutlich wurde diese Haltung auch in Bonn, als sich angesichts des starren Numerus clausus abzuzeichnen begann, dass im Sommersemester 1947 kaum Neuimmatrikulationen vorgenommen werden konnten. Im Senat wurde daraufhin ein Vorschlag diskutiert, nach dem Studentinnen zwangsweise exmatrikuliert werden sollten, um Studienplätze für Kriegsheimkehrer schaffen zu können. Der Vorschlag wurde jedoch verworfen.⁸³

Unterstützung erhielten die Studentinnen 1948 vom Studienausschuss für Hochschulreform, der sich in seiner als ›Blaues Gutachten‹ bekannt gewordenen Schrift deutlich für die Förderung des Frauenstudiums aussprach: Der Anteil der Frauen sei zu niedrig und müsse erhöht werden.⁸⁴ Konkrete Maßnahmen zur Förderung des Frauenstudiums folgten dem Gutachten jedoch nicht. Noch in den 50er Jahren blieben Frauen an den Universitäten unterrepräsentiert. Dies lag auch an dem 1953 neu gegründeten Bundesfamilienministerium, das unter dem katholisch geprägten Minister Franz-Josef Wuermeling ein konservatives Familienbild propagierte und die Berufstätigkeit von Frauen erschwerte.⁸⁵ Die zweite Hälfte der 40er Jahre erscheint so im Rückblick in Westdeutschland als Übergangsphase zwischen dem Frauenbild des Nationalsozialismus und dem der restaurativen 50er Jahre.⁸⁶ Frauen hatten in den letzten Kriegs- und den ersten Nachkriegsjahren viele traditionelle Männerrollen übernommen. Der Zweite Weltkrieg hatte, wie bereits der Erste, für Frauen Möglichkeiten geschaffen, ihnen bislang verwehrt gebliebene Freiheiten wahrzunehmen, wie beispielsweise die Aufnahme eines Studiums. So kann der hohe Anteil der

80 Phillips, Pragmatismus, S. 79.

81 Lorenz, Entwicklung, S. 14.

82 Anger, Probleme, S. 478.

83 Senatssitzung vom 6.2.1947, UAB Senat 33 – 3.

84 Phillips, Pragmatismus, S. 58.

85 Vgl. dazu Langer, Mohrinnen, S. 119 ff.

86 Echternkamp, Nach dem Krieg, S. 184.

Studentinnen in den ersten Nachkriegssemestern als Erfolg der Frauen auf dem Weg zur Gleichberechtigung angesehen werden.

Das nur langsame Ansteigen des Frauenanteils zeigt jedoch, dass die Gesellschaft noch nicht bereit war, diesen Weg weiterzugehen, sondern vielmehr bemüht war, das traditionelle Frauenbild wieder zu etablieren. Diese Bemühungen wurden zum Teil auch von den Frauen selbst mitgetragen, die den Zugewinn an Handlungsspielraum in Kriegs- und Nachkriegszeit nicht nur als emanzipatorische Chance, sondern auch als umständebedingten Zwang zur Selbstständigkeit empfanden.⁸⁷ Die Festigung des traditionellen weiblichen Rollenbildes in der Gesellschaft führte zu einem erneuten Erstarren des »Hochschulantifeminismus«.⁸⁸ Von einer Akzeptanz des Frauenstudiums war die Gesellschaft in den 50er Jahren noch weit entfernt. Dies bekamen auch die Studentinnen zu spüren, die sich nach einer Umfrage von 1950 zu 42 % an der Universität als »nur toleriert« betrachteten.⁸⁹

Mit Blick auf die erste Studentengeneration ist festzuhalten, dass die Studentenschaft der Jahre 1945 – 1948 einen hohen Frauenanteil aufwies, auch wenn vielen Studentinnen als Examenskandidatinnen nur der Gasthörerstatus zugestanden wurde. Studienanfängerinnen hatten es dagegen schwer, eine Zulassung zu erhalten, so dass die Studentenschaft am Anfang der 50er Jahre einen merklich niedrigeren Frauenanteil aufwies, der erst langsam wieder anstieg.

3.3. Das Alter der Studenten

Das Alter der Studenten lag in den ersten Nachkriegsjahren naturgemäß sehr hoch.⁹⁰ Einem Großteil der Abiturienten war durch den Krieg der Zugang zur Universität verwehrt worden, so dass die Mehrheit der Abiturjahrgänge 1937 bis 1945 nun gleichzeitig an die Universitäten strömte. Dabei waren die jüngeren Jahrgänge schwächer repräsentiert, da in der Endphase des Krieges in vielen Fällen kein geregelter Unterricht mehr möglich war und gerade die Abiturjahrgänge der Kriegsjahre häufig statt des Reifezeugnisses lediglich einen vorzeitigen Reifevermerk erhalten hatten, bevor sie zum Arbeitsdienst oder zur Wehrmacht eingezogen wurden. Wie bereits dargelegt, wurden nach dem Krieg Reifevermerke, die nach dem 1. Oktober 1943 erteilt worden waren, nicht mehr als vollwertige Reifeprüfung anerkannt, so dass jüngere Bewerber in der Regel

87 Kleinen, Frauenstudium, S. 296.

88 Heither, Verbündete Männer, S. 285.

89 Mertens, Vernachlässigte Töchter, S. 123.

90 1928 lag das Durchschnittsalter der männlichen Studenten in Preußen unter 23 Jahren. Im ›Dritten Reich‹ stieg das Durchschnittsalter durch Arbeitsdienst und Wehrpflicht an, vgl. Titze, Hochschulstudium, S. 203 f.

vor Aufnahme des Studiums ein reguläres Abitur in Sonderkursen nachholen mussten.

War somit das Alter des Bewerberfeldes bereits überdurchschnittlich hoch, so wurde der Altersdurchschnitt der Studenten durch die Zulassungspolitik der Universitäten noch weiter verstärkt, da die Universitäten ältere Studienbewerber aus sozialen Gründen den jüngeren vorzogen. Die Älteren hatten durch den Krieg mehr Zeit verloren, deshalb wurde ihnen nach Kriegsende ein größeres Anrecht auf den Beginn oder die Fortsetzung ihres Studiums zugestanden. Zudem befanden sie sich oft schon in höheren Semestern und es war daher zu erwarten, dass sie ihr Studium zügig abschließen und damit Platz für jüngere Bewerber schaffen würden. Dies war angesichts der übergroßen Bewerberzahl und der durch Numerus clausus beschränkten Zahl der Studienplätze in den ersten Nachkriegssemestern eine wichtige Überlegung bei der Zulassung der Studenten. Das in Bonn angewandte Punktesystem zur Zulassung sah eine deutliche Bevorzugung von fortgeschrittenen Studenten vor, indem für Examenkandidaten ein Multiplikator von zwei oder drei eingeführt wurde. Zudem wurde ein Bonus von einem bzw. einem halben Punkt pro abgeleistetem Jahr Militär-, Arbeits- oder Kriegshilfsdienst sowie pro absolviertem Semester vergeben und bei gleicher Punktzahl der ältere Kandidat vorgezogen.⁹¹

Bei der Wiedereröffnung der Universität lag das Durchschnittsalter der Studenten bei 24,4 Jahren.⁹² Durch die Bevorzugung von Examenkandidaten war die Zahl der Abgänge in den ersten Nachkriegssemestern zwar hoch, da aber auch in den nächsten Semestern die Zahl der Bewerber die zur Verfügung stehenden Studienplätze bei Weitem übertraf, mussten die jüngeren Jahrgänge erneut zurückstehen. So stieg das Durchschnittsalter der Immatrikulierten bis 1949 auf 25,2 Jahre an. Erst Ende der 40er Jahre ging die Dominanz älterer Jahrgänge bei den Neuzulassungen zurück und der Altersdurchschnitt der Studentenschaft sank allmählich. Es sollte jedoch noch bis zum Sommersemester 1955 dauern, bis das Durchschnittsalter unter den Wert des ersten Nachkriegssemesters gesunken war. Auch 1955 waren aber bei einem Durchschnittsalter von 24,2 Jahren die Nachwirkungen des Krieges noch deutlich erkennbar. Zum Vergleich: Im Wintersemester 1966/67 lag das Durchschnittsalter der männlichen Studenten – trotz zwischenzeitiger Einführung der Wehrpflicht – bei 23,6 Jahren, bei den Studentinnen ein halbes Jahr niedriger.⁹³

Um den Einfluss der wenigen Seniorstudenten auf die Einschätzung der Al-

91 Ursprünglich war ein Punkt für jedes Jahr Dienstverpflichtung vorgesehen (UAB MF 68 – 11, AKFB IV/4 Studenten und Studien). Eine spätere Regelung sah nur $\frac{1}{2}$ Punkt je Dienstjahr (max. 8 Punkte) vor (UAB PF 138 – 168). Zum Punktesystem vgl. auch oben Kap. 2.2.

92 Die folgenden Angaben beruhen auf der Auswertung der Studentenkartei. Es wurde jeweils das ganzzahlige Alter bei Semesterbeginn zu Grunde gelegt.

93 Albert/Oehler, Materialien, S. 240.

tersentwicklung auszuschalten, wurde neben dem Durchschnittsalter auch der Median berechnet. Dieser gibt den Zentralwert der vorliegenden Altersstufen an und wird darum weniger durch Extremwerte beeinflusst.⁹⁴ Der Median lag im ersten Nachkriegssemester bei 24 Jahren, sank aber schon bei der Neuimmatrikulation zum Sommersemester 1946 auf 23 Jahre ab und fiel ab dem Sommersemester 1949 weiter auf 22 Jahre. Zum Sommersemester 1950 lag er erstmals bei 21 Jahren, im Sommersemester 1955 bei 20 Jahren. Der Median der Gesamtstudentenschaft wurde dadurch jedoch erst deutlich verspätet beeinflusst. Er lag durchgehend bei 24, erreichte im Sommersemester 1949 einmalig 25 und fiel erst im Sommersemester 1955 auf 23 ab.

Lenkt man den Blick auf das Alter der Neuzugelassenen, werden besonders seit Beginn der 50er Jahre deutliche Schwankungen zwischen den Werten der Sommer- und Wintersemester erkennbar: Median und Durchschnittsalter lagen bei den Neuimmatrikulierten jeweils im Sommersemester deutlich niedriger.

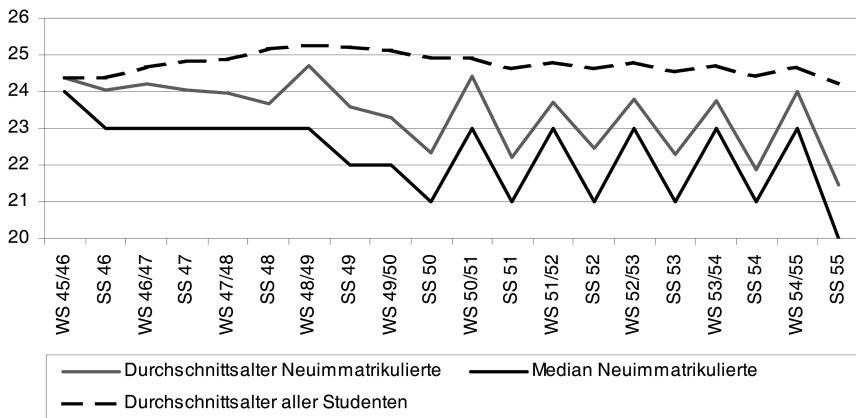


Diagramm 5: Durchschnittsalter und Median der Bonner Studenten (Zahlen nach Studentenkartei)

Wertet man Sommer- und Wintersemester getrennt aus, so zeigt sich, dass vor allem im Sommersemester ein Absinken des Durchschnittsalters zu beobachten ist, während das Alter der im Wintersemester Immatrikulierten sich weiter auf hohem Niveau bewegt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das Sommersemester das übliche Semester für den Studienbeginn darstellte. Nach dem Abitur an Ostern schrieb sich das Gros der Bewerber zum Sommersemester ein, so dass hier Studienanfänger in stärkerem Maße das statistische Bild prägten. Dagegen

⁹⁴ Floud, Einführung in quantitative Methoden, S. 86, 88.

bietet die Auswertung der Wintersemester durch den höheren Anteil von Studienortwechslern, Spätheimkehrern o.ä. ein anderes Bild.

Dass gerade ab etwa 1950 der Unterschied zwischen Winter- und Sommersemester deutlich sichtbar wird, ist ein Zeichen für die fortschreitende Normalisierung im Bildungsbereich. Die Zahl der normalen Studienanfänger, die ohne längere Verzögerung nach dem Abitur ihr Studium aufnahmen, hatte nun einen Umfang erreicht, in welchem er die altersspezifische Zusammensetzung der Studentenschaft deutlich beeinflusste. So konnte auch Rektor Ernst Friesenhahn in seinem Bericht für das akademische Jahr 1950/51 erstmals festhalten, dass die Altersschichtung der Studenten sich allmählich normalisierte.⁹⁵

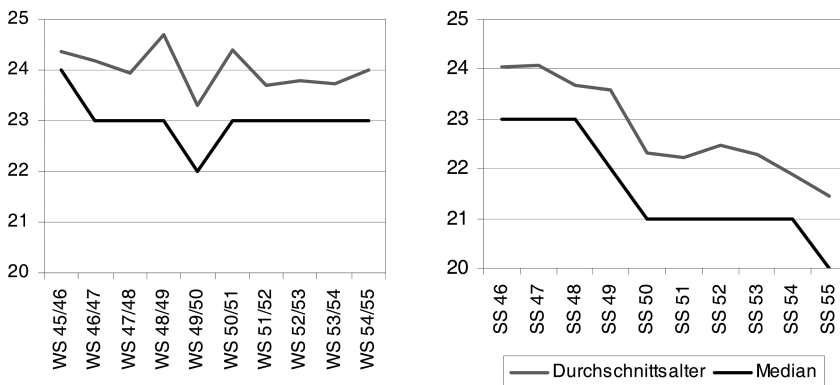


Diagramm 6: Durchschnittsalter und Median der Neumatrikulierten im Winter- und Sommersemester (Zahlen nach Studentenkartei)

Weniger überraschend ist der Unterschied in der geschlechtsspezifischen Altersstruktur. Männliche Studenten sind bis 1950 im Schnitt ein gutes Jahr älter als ihre Kommilitoninnen. Ist diese Differenz eindeutig durch den kriegsbedingten Zeitverlust der Männer zu erklären, so scheint er überraschend niedrig zu sein. Es ist davon auszugehen, dass die männlichen Studenten im Schnitt mehr als nur dreizehn Monate durch die Kriegszeit verloren hatten. Der Altersunterschied zwischen den Geschlechtern relativierte sich jedoch zum Teil durch die bevorzugte Zulassung von höheren Semestern. Da eine große Anzahl Frauen ihr Studium bereits während des Krieges aufgenommen hatte, konnten die fortgeschritteneren und älteren Studentinnen von dieser Regelung in stärkerem Maße profitieren als ihre Kommilitonen. Mit zunehmendem zeitlichen

⁹⁵ Chronik 1950/51, S. 11. Ernst Friesenhahn (1901 – 1984) promovierte und habilitierte sich in Bonn. Seit 1939 war er außerordentlicher Professor, seit 1946 Ordinarius für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Bonn. Im akademischen Jahr 1950/51 amtierte er als Rektor, von 1951 – 1963 wirkte er als Richter beim Bundesverfassungsgericht.

Abstand vom Krieg näherten sich die Durchschnittsalter von Männern und Frauen einander an. Ein weiteres Zeichen für die fortschreitende Normalisierung des Studienbetriebs. Am Ende des Untersuchungszeitraums war das Alter der männlichen Studenten nur noch ein knappes halbes Jahr höher als das der Studentinnen.

Betrachtet man die Generation der Kriegsteilnehmer unter den männlichen Studenten getrennt von den übrigen männlichen Studenten, so wird der enorme Zeitverlust durch den Krieg deutlich. Während die Studenten der Geburtsjahrgänge 1915 – 1925, also der Jahrgänge, die im Zweiten Weltkrieg hauptsächlich gekämpft hatten, bei ihrer Immatrikulation in Bonn durchschnittlich 25,2 Jahre alt waren, lag das Durchschnittsalter der Luftwaffenhelfergeneration (Jahrgänge 1926 – 1928) bei Studienbeginn mit 22,4 Jahren deutlich niedriger. Die jüngeren Jahrgänge (1929 – 1937⁹⁶), die nicht aktiv am Krieg beteiligt waren, konnten sich bereits im Alter von nur 20,7 Jahren einschreiben. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, dass die Zahl der Erstsemester unter den Studenten der Kriegsjahrgänge deutlich geringer war als unter ihren jüngeren Kommilitonen, da viele von ihnen ihr Studium während des Krieges bereits begonnen hatten.

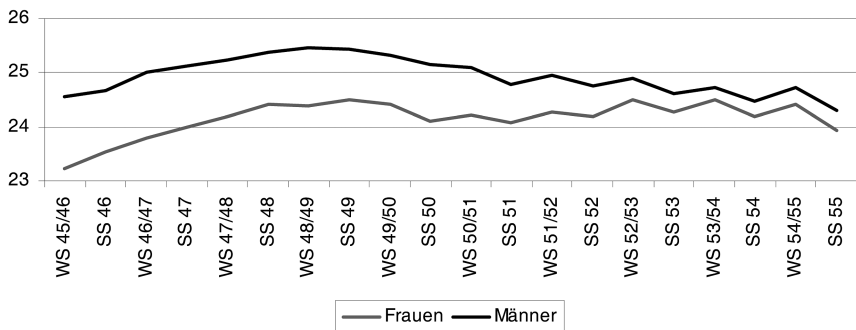


Diagramm 7: Die geschlechtsspezifische Entwicklung des Durchschnittsalters (Zahlen nach Studentenkartei)

In Abhängigkeit vom Lebensalter lassen sich vier Gruppen von Studenten unterscheiden:⁹⁷ Zum einen die Gruppe der alten Studenten der Geburtsjahrgänge vor 1915. Diese hatten ihre Schulausbildung in der Regel zur Zeit der Weimarer Republik absolviert und waren im Studium bereits weiter fortgeschritten. Die zweite Gruppe wurde von den Jahrgängen 1916 – 1923 gebildet. Sie hatten noch eine reguläre Schulbildung genossen, wurden jedoch unmittelbar

96 Dem Geburtsjahrgang 1937 entstammen die jüngsten der hier berücksichtigten Studenten.

97 Die Einteilung folgt der von Maaß für Braunschweig vorgenommenen Gruppierung, Maaß, Studentenschaft, S. 91 ff.

nach der Reifeprüfung eingezogen und hatten ihr Studium bei Kriegsende meist noch nicht beginnen können. Die Jahrgänge 1924 – 1928 bilden die dritte Gruppe derjenigen, die vor Erreichen der Reife einberufen wurden und ihr Abitur nach dem Krieg in Sonderkursen nachholen mussten. Diesen drei Gruppen steht die vierte Gruppe der Jüngeren gegenüber, die ihre reguläre Hochschulreife erst nach dem Krieg erreichten und meist ohne größeren Zeitverlust mit dem Studium beginnen konnten.

Der höhere Altersdurchschnitt der Studentenschaft in den ersten Nachkriegssemestern war schon den Zeitgenossen bewusst, ja er schien ihnen sogar wesentlich höher gewesen zu sein, als er tatsächlich war. Mechthild Schumann berichtet in ihren Erinnerungen an das Nachkriegsstudium, das Durchschnittsalter habe im ersten Nachkriegssemester 28 Jahre betragen.⁹⁸ Bei dieser Fehleinschätzung spielt womöglich eine Rolle, dass viele Studenten durch ihre Kriegserfahrungen einen Reifeprozess durchlaufen hatten und ein hohes Maß an Selbstständigkeit und Verantwortungsbewusstsein zeigten. Die Studenten der ersten Nachkriegssemester waren und verhielten sich erwachsener als Studenten es für gewöhnlich sind und tun.⁹⁹ Zudem waren viele Studenten bereits verheiratet.¹⁰⁰ Dies mag dazu beigetragen haben, dass viele älter erschienen als sie tatsächlich waren.

Der verheiratete Student war eine spezifische Erscheinung der frühen Nachkriegsjahre. Im Wintersemester 1949/50 waren bundesweit 8,5 % der Studenten verheiratet.¹⁰¹ Leider liegen für die ersten Nachkriegssemester keine konkreten Zahlenangaben vor. Der Anteil verheirateter Studenten lag mit Sicherheit unmittelbar nach dem Krieg deutlich höher. In einer Fragebogenerhebung des Deutschen Studentenwerks im Sommersemester 1951 wird der Anteil der verheirateten Studenten mit 7 % angegeben und bemerkt, dass hinsichtlich des Familienstandes allmählich eine Normalisierung der Verhältnisse gegenüber dem (vermutlich geschätzten) Anteil verheirateter Studenten von 12 – 15 % in den ersten Nachkriegsjahren zu beobachten sei.¹⁰² Die entscheidende Ursache des höheren Anteils verheirateter Studenten ist der höhere Altersdurchschnitt der Studenten. Der Anteil der Verheirateten im üblichen Studentenalter in der deutschen Bevölkerung insgesamt hat seit der Währungsreform nicht zugenommen. Eine Tendenz zur früheren Heirat ist in der Nachkriegszeit

98 Mechthild Schumann, in: Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform, S. 230. Diese Zahl nennt auch Oellers, Germanistik, S. 177.

99 Klose, Freiheit, S. 283.

100 Im Sommersemester 1947 waren 6,4 % der Studenten (248 Männer und 31 Frauen von insgesamt 4.387 Studenten) verheiratet, UAB UV 69 – 170.

101 Kath, Das soziale Bild (1952), S. 40.

102 70 Jahre deutsches Studentenwerk, Bd. 2, S. 5.

nicht zu beobachten.¹⁰³ Ein höheres Durchschnittsalter der Studenten führte somit auch zu einer höheren Zahl verheirateter Studenten. Mit dem Absinken des Durchschnittsalters ab etwa 1949 erklärt sich auch der Rückgang des Anteils verheirateter Studenten.

Die Universitäten erkannten im hohen Durchschnittsalter ein Problem. Die älteren, durch Kriegserfahrungen gereiften Studenten zeigten sich selbstständig und entzogen sich dem Einfluss der Professoren. Rektor Konen bedauerte auf der Hochschulkonferenz, dass es auf Grund der Altersstruktur nur schwer möglich sei, auf die Studenten erzieherisch einzuwirken, was nur bei jüngeren Studenten in Frage käme.¹⁰⁴ Den Grund für die Überalterung sah Konen im Numerus clausus, welcher von den Universitäten die Bevorzugung von fortgeschrittenen Studenten verlangte, um zügig Studienplätze für jüngere Bewerber schaffen zu können.

Obwohl sich seit Beginn der 50er Jahre die Altersstruktur der Neuzugelassenen normalisierte, lag das Durchschnittsalter im gesamten Untersuchungszeitraum deutlich über dem für eine Universität in Friedenszeiten zur erwartenden Durchschnitt. Es ist jedoch ab dem Sommersemester 1949 eine merkliche Normalisierung der Altersstruktur der Studentenschaft zu erkennen. Der hohe Altersdurchschnitt und die hohe Zahl verheirateter Studenten sind vor allem für die erste Studentengeneration bestimmend. Die Annäherung dieser Werte an den langjährigen Durchschnitt zu Beginn der 50er Jahre ist ein Zeichen für den Abgang dieser Studentengeneration von der Universität. 1955 hatte sich die Altersstruktur soweit normalisiert, dass ein Psychologe feststellte, die Studenten kämen heute im Allgemeinen in einem unreiferen Zustand an die Universität als früher.¹⁰⁵

3.4. Studienfächer und Studienverhalten

Die Wahl des Studienfaches ist starken gesellschaftlichen und politischen Einflüssen ausgesetzt. Der angehende Student entscheidet nicht nur nach seiner persönlichen Vorliebe, vielmehr wird die Entscheidung durch seine familiäre Prägung oder die gesellschaftliche Stellung seiner Familie beeinflusst. Hinzu kommen die möglichen Berufsaussichten eines Studienganges sowie die politische Lenkung der Fächerwahl, die einen nicht unerheblichen Einfluss auf die fachliche Zusammensetzung der Studentenschaft ausübt. Der National-

103 Kath/Oehler, Die verheirateten Studierenden, S. 38.

104 12. Hochschulkonferenz am 9./10. 9. 1947 in Münster, Heinemann, Hochschulkonferenzen 2, S. 422.

105 Franke, Psychohygiene, S. 35.

sozialismus hatte zu einem allgemeinen Rückgang der Studentenzahlen beigetragen, der sich besonders stark bei den von den Nationalsozialisten bekämpften theologischen Fakultäten sowie bei den von Hitler persönlich gering geschätzten juristischen Fakultäten auswirkte.¹⁰⁶ Dagegen entwickelte das Medizinstudium im ›Dritten Reich‹ eine hohe Attraktivität. Dies lag zunächst an dem durch die Verdrängung jüdischer Ärzte hervorgerufenen Ärztemangel, in den Kriegsjahren am erhöhten Bedarf der Wehrmacht an ausgebildeten Medizinern.¹⁰⁷ Gefördert wurde der Anstieg der Zahl der Medizinstudenten vor allem durch die Möglichkeit zur Entlassung aus der Wehrmacht zum Medizinstudium, während für andere Studiengänge nur einige wenige Semester Studienurlaub erteilt wurden. Das Medizinstudium bot also die Möglichkeit, der Front zu entkommen.¹⁰⁸ Der Anteil der Mediziner stieg im Laufe des Krieges auf über 40 %, wogegen die Studenten der Theologien, insbesondere die der evangelischen Theologie fast völlig von den Universitäten verschwanden.¹⁰⁹

Nach dem Krieg war die Nachfrage nach medizinischen Studienplätzen ungebrochen hoch. Viele Studenten hatten während des ›Dritten Reiches‹ ihr Medizinstudium begonnen und bemühten sich nun um einen erfolgreichen Abschluss. Andere hatten in den letzten Kriegsjahren nur eine Notapprobation erhalten, die nach Kriegsende nicht anerkannt wurde. Diese Studenten mussten ihre reguläre Approbation durch eine Nachschulung an den Universitäten erwerben.¹¹⁰ In Bonn lag der Anteil der Medizinstudenten im Wintersemester 1945/46 bei 33 %, bei den Neuimmatrikulationen im Sommersemester 1946 gar bei 39,7 %.¹¹¹ Durch den großen Andrang auf die Medizinische Fakultät sah sich diese angesichts des starren Numerus clausus bald außer Stande, neue Studenten aufzunehmen. Der Anteil der Medizinstudenten bei den Neuimmatrikulierten ging daher seit dem Wintersemester 1946/47 kontinuierlich zurück. Zudem erfolgte nach dem Krieg eine Umorientierung der Studenten. Die Studenten erkannten schnell, dass durch die Bedürfnisse des Krieges Mediziner über Bedarf ausgebildet worden waren und sich die Berufsaussichten deutlich verschlechtert hatten. Dagegen boten der Mangel an Juristen und Volkswirten neue berufliche Perspektiven, die besonders von männlichen Studierenden wahrgenommen wurden. Seit dem Wintersemester 1946/47 übertraf in Bonn der Anteil der Studenten der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät den der Medizinischen Fakultät bei den männlichen Neuimmatrikulierten. In den folgenden

106 Zur Entwicklung der Fachströme im Nationalsozialismus vgl. Titze, Hochschulstudium, S. 31 ff., zu Bonn vgl. Titze, Wachstum und Differenzierung, S. 103 ff.

107 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 129.

108 Ebd., S. 395.

109 Jaraus, Deutsche Studenten, S. 178.

110 Krönig/Müller, Nachkriegssemester, S. 26.

111 Zahlen nach Studentenkartei.

Semestern entwickelte sich die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät mit zeitweise bis zu 43 % der Neumatrikulierten zum Schwerpunktfach der männlichen Studenten.

Ging deutschlandweit die Verschiebung der Studienfächer von der Medizin hin zu den Fächern der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultäten vor allem auf das Konto der Wirtschaftswissenschaften, deren Studentenzahl sich zwischen 1949 und 1953 fast verdoppelte, während die Zahl der Juristen sogar leicht zurückging,¹¹² so ist in Bonn dagegen ein deutlicher Anstieg auch im Bereich der Rechtswissenschaften zu verzeichnen. Dies lag zum einen an der zunehmenden Anziehungskraft der Bonner Fakultät durch ihre Nähe zum Regierungssitz als auch an der Änderung der Sozialstruktur der Einwohnerschaft nach der Wahl Bonns zur Bundeshauptstadt. Neben der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät waren es in Bonn vor allem die Fächer der Philosophischen Fakultät, deren Studentenzahlen am stärksten anstiegen.

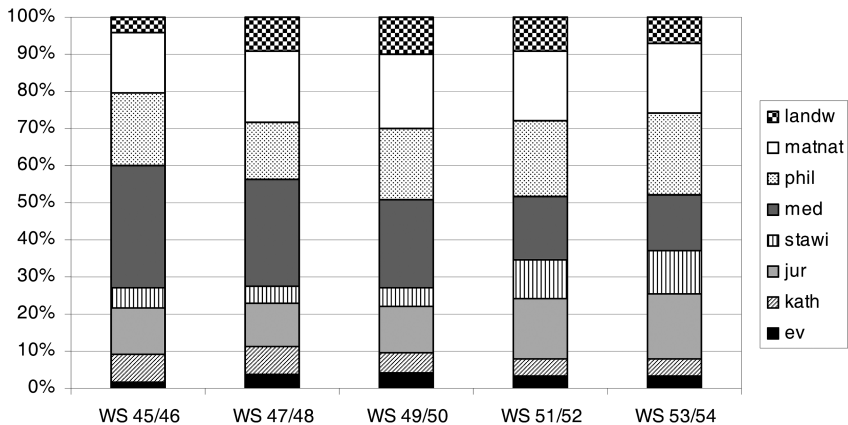


Diagramm 8: Fächerverteilung der deutschen Bonner Studenten (ohne Gasthörer) (Zahlen nach Chronik und Vorlesungsverzeichnis)

Auch bei den Studentinnen war nach dem Krieg zunächst der Anteil an Medizinerinnen außerordentlich hoch. Wie bei ihren männlichen Kommilitonen sank er aber auch hier schnell ab. Seit dem Sommersemester 1947 übernahm die Philosophische Fakultät bei den Studentinnen die Rolle, die für die männlichen Studenten die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät spielte. Die Studentinnen fielen damit zurück in ihre vom traditionellen Frauenbild vorgezeichnete Universitätslaufbahn, die in vielen Fällen auf eine Ausbildung zur Lehrerin hinauslief. Stärker als die Männer tendierten die Frauen auch zu einem

112 Statistik der Bundesrepublik Deutschland H. 130, 1, S. 14.

naturwissenschaftlichen Studium. Hier konzentrierten sie sich meist auf das Pharmaziestudium, das sich auf Grund der kurzen Studienzeit von sechs Semestern¹¹³ in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu einer Domäne des Frauenstudiums mit einem teilweise über 80 % liegenden Frauenanteil etablierte.¹¹⁴ Seit 1950 ist auch ein deutlicher Anstieg des Frauenanteils in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät zu verzeichnen. Die Frauen legten hier jedoch ihren Schwerpunkt auf die wirtschaftswissenschaftlichen Fächer der Fakultät.¹¹⁵

Bei den Studentinnen polarisierte sich die Fächerwahl in stärkerem Maße als bei ihren Kommilitonen. Das lag vor allem daran, dass zwei Fakultäten (die Katholisch-Theologische und die Landwirtschaftliche Fakultät) nahezu völlig ausschieden, da diese für Frauen kaum Berufsmöglichkeiten boten. Es entschieden sich in der Regel weniger als 5 % der neuimmatrikulierten Frauen für Fächer dieser Fakultäten, bei der Katholisch-Theologischen Fakultät lag der Anteil über viele Jahre unter einem Prozent.¹¹⁶

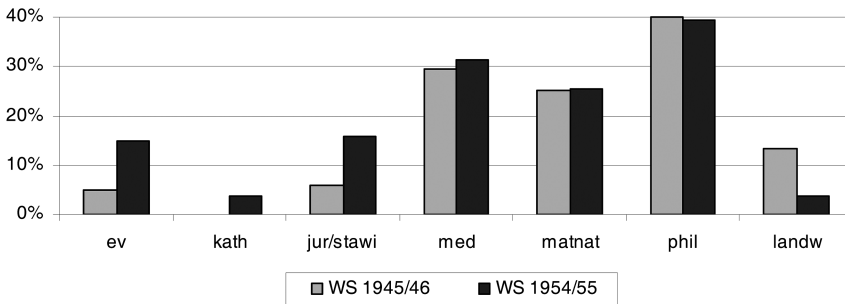


Diagramm 9: Frauenanteil im WS 1945/46 und im WS 1954/55 nach Fakultäten (Zahlen nach Studentenkartei)

Für die Zeit des Numerus clausus muss bei der Auswertung der Fächerverteilung berücksichtigt werden, dass nur bedingt eine Aussage über die Vorliebe oder Attraktivität eines bestimmten Faches getroffen werden kann. Wegen der hohen Anzahl der Bewerber und dem geringen Studienplatzangebot ließen sich viele auf die weniger überlaufenen Fakultäten abdrängen, um überhaupt einen Studienplatz zu bekommen.¹¹⁷ Es ist aber deutlich zu erkennen, dass das In-

113 Studienführer 1948, S. 84. Zur Sympathie von Studentinnen für kürzere Studiengänge vgl. Pross, Bildungschancen, S. 27.

114 Vgl. die Zahlen in UAB UV 69 – 12 und -13.

115 Vgl. ebd.

116 Zahlen nach Studentenkartei.

117 So ist nach Krönig/Müller, Nachkriegssemester, S. 139 zu beobachten, dass sich Bewerber durch strenge Zulassungsbestimmungen bei Medizin und Naturwissenschaften zu den Wirtschaftswissenschaften abdrängen ließen.

teresse an solchen Themen, die während der NS-Zeit nicht oder nur stark ideologisch geprägt behandelt wurden, nach dem Krieg anstieg. Insbesondere auf literarisch-kulturellem Gebiet und im Bereich der Theologien herrschte ein enormer Nachholbedarf. Das Interesse an Philosophie war sehr stark.¹¹⁸ Für Bonn war dieser Wandel besonders bei der Evangelisch-Theologischen Fakultät spürbar. Diese war während des ›Dritten Reiches‹ vollständig umstrukturiert und überwiegend mit Dozenten besetzt worden, die der pro-nationalsozialistischen Bewegung der Deutschen Christen nahestanden. Die Folge war ein Boykottaufruf der oppositionellen Bekennenden Kirche, der einen deutlichen Rückgang der Studentenzahlen bewirkte.¹¹⁹ Nach dem Krieg pendelten sich hier die Studentenzahlen wieder auf einem normalen Maß ein.

Neben der geschlechterspezifischen Entwicklung der Fächerwahl ist auch der Blick auf die generationsabhängige Verteilung relevant. Dabei wird deutlich, dass die Studenten der Kriegs- und Luftwaffenhelfergeneration (männliche Studenten der Jahrgänge bis 1928¹²⁰) in weitaus stärkerem Maße als ihre jüngeren Kommilitonen zu einem Studium der Medizin und der Landwirtschaft drängten. Dagegen lag der Schwerpunkt der Jüngeren mit 39,4 % eindeutig auf den Fächern der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät.¹²¹

Ursächlich für die abweichende Schwerpunktsetzung ist der jeweilige Studienbeginn. Da die Älteren ihr Studium zum Großteil bereits vor 1945 begonnen hatten, fiel ihre Fächerwahl entsprechend den von den Nationalsozialisten geförderten und ideologisch aufgewerteten Fächern aus. Deutlich wird dies an der stärkeren Bevorzugung medizinischer, naturwissenschaftlicher und landwirtschaftlicher Studiengänge. Die Jüngeren, die ihr Studium erst nach Kriegsende begannen, orientierten sich bei der Fächerwahl an den sich neu bietenden beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten insbesondere im juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Bereich.

Neben der Verteilung der Studenten auf die Fakultäten ist die Dauer des jeweiligen Studiums ein wichtiges Kriterium zur Analyse der Struktur der Studentenschaft. Im Schnitt blieben die Studenten 1.214 Tage an der Universität

118 Krönig/Müller, Nachkriegssemester, S. 202.

119 Höpfner, Universität Bonn, S. 179; vgl. auch Bizer, Ernst: Zur Geschichte der Evangelisch-Theologischen Fakultät von 1919 bis 1945, in: Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Evangelische Theologie, Bonn 1968 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818 – 1968), S. 227 – 275, bes. S. 253 – 265.

120 Der Jahrgang 1928 war der letzte der ›klassischen‹ Flakhelferjahrgänge, der geschlossen eingezogen wurde. Die hier vorgenommene Einteilung folgt daher Echternkamp, Nach dem Krieg, S. 134, Hodenberg, Politische Generationen, S. 273 und Schörken, Politisches Denken, S. 13. Andere Autoren zählen auch den Jahrgang 1929 noch zur Flakhelfergeneration (Boll, Jugend im Umbruch, S. 498).

121 Zahlen nach Studentenkartei.

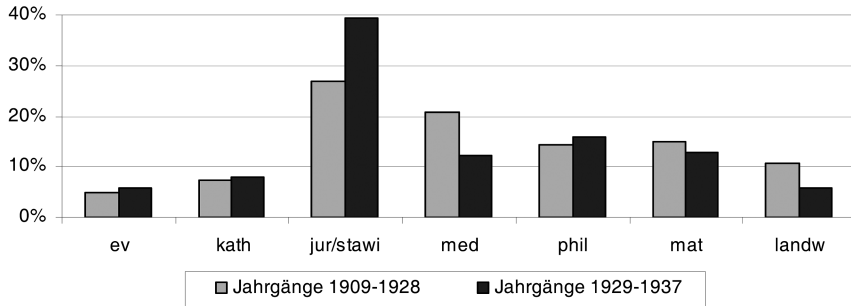


Diagramm 10: Fächerverteilung der männlichen Bonner Studenten nach Jahrgängen (Zahlen nach Studentenkartei)

Bonn.¹²² Das entsprach gut sechseinhalb Semestern. Die Dauer des Studiums in Bonn variierte jedoch stark in Abhängigkeit von Fakultät und Geschlecht der Studenten. Der Zeitpunkt des ersten Bonner Semesters spielte hierbei kaum eine Rolle. Einzige Ausnahme bildete das erste Nachkriegssemester. Bei den Neuimmatrikulierten des Wintersemesters 1945/46 lag die durchschnittliche Verweildauer in Bonn bei nur 1.083 Tagen, also knapp unter sechs Semestern. Dies hing mit der bevorzugten Zulassung von fortgeschrittenen Studenten zusammen, die ein schnelles Freiwerden der Studienplätze für nachrückende Kandidaten zur Folge haben sollte. Dieses Ziel konnte nur im ersten Nachkriegssemester erreicht werden. Im Sommersemester 1946 war die Verweildauer der Neuimmatrikulierten bereits auf 1.233 Tage angewachsen. Auch bei der Betrachtung der Heimkehrergeneration wird eine deutlich kürzere Studienzeit gegenüber den jüngeren Jahrgängen deutlich, die auch hier auf die hohe Zahl der fortgeschrittenen Semester zurückzuführen ist, die ihr Studium in Bonn nach dem Krieg fortsetzten.

Ein wichtiger Faktor bei der Untersuchung der Verweildauer stellt natürlich die Wahl des Studienfaches dar. Während für die medizinischen Fächer eine Mindestzahl von elf Semestern (bzw. zehn Semestern für Zahnmediziner) vorgesehen war, lag die Zahl der Mindestsemester für die theologischen, naturwissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Studiengänge sowie für das Lehramtsstudium bei acht Semestern. Kürzere Studiengänge waren Rechtswissenschaften mit sieben sowie Pharmazie und Landwirtschaftswissenschaften mit sechs Semestern.¹²³ Betrachtet man die Studienzeiten in Relation zu den Mindestsemesterzahlen, wird deutlich, dass vor allem Mediziner und Theologen ihr Studium nur zu einem Teil in Bonn absolvierten. Ihre durchschnittlichen Studienzeiten lagen zwei bis drei Semester unter der geforderten Mindestanzahl.

122 Zahlen nach Studentenkartei.

123 Albert/Oehler, Materialien, S. 299 ff.

Bei Medizinern ist dies auf die hohe Zahl von fortgeschrittenen Studenten zurückzuführen, die ihr Studium nach dem Krieg nur noch zu einem Abschluss führen mussten. Bemerkenswert ist auch die auffällig lange Studienzzeit der Naturwissenschaftler (einschließlich der Pharmazeuten), die mit 8,4 Semestern deutlich über der Mindestsemesterzahl von acht Semestern (bzw. sechs Semestern für Pharmazeuten) lag. Aus den genannten Zahlen kann geschlossen werden, dass insbesondere bei den Bonner Theologen eine starke Tendenz zum Hochschulwechsel vorhanden war, während Naturwissenschaftler meist ihr komplettes Studium in Bonn absolvierten.

Auch das Geschlecht der Studenten hatte einen entscheidenden Einfluss auf die Dauer des Studiums in Bonn. Die Studienzeiten der Frauen lagen etwa 10 % unter denen der Männer. Für dieses Phänomen liefern die gewählten Studienfächer, die hohe Abbrecherquote und der angestrebte Abschluss das Erklärungsmuster. Zum einen entschieden sich Studentinnen, wie bereits angesprochen, in stärkerem Maße für Studienfächer mit kurzer Studiendauer. Hier ist vor allem das Pharmaziestudium oder das Staatsexamen für das mittlere Lehramt mit geringer Mindestsemesterzahl und überdurchschnittlich hohem Frauenanteil zu nennen.¹²⁴ Zum anderen lassen sich die kurzen Studienzeiten durch die hohe Abbrecherquote unter den Studentinnen erklären. Dem Studium von Frauen wurde innerhalb der Gesellschaft der frühen Nachkriegszeit eine geringe Wertschätzung entgegengebracht. Dies hatte zur Folge, dass Studentinnen ihr Studium in stärkerem Maße als ihre männlichen Kommilitonen anderen Dingen unterordnen mussten. Auch der Widerstand, der den Studentinnen von Seiten der Kommilitonen oder Dozenten entgegengebracht wurde, führte neben familiären oder wirtschaftlichen Gründen häufig zum Abbruch des Studiums.¹²⁵ Zum Dritten beeinflusste neben dem Fach auch der angestrebte Abschluss die Studienzeiten. Studentinnen entschieden sich überwiegend für das Staatsexamen. Promotionsstudiengänge blieben dagegen in der überwiegenden Mehrheit den Männern vorbehalten. So ist eine fortschreitende Reduktion des Frauenanteils von Studienanfängern (30 %) bis zu Examensabsolventen (Staatsexamen 20 %, Promotion 18 %) zu beobachten.¹²⁶ Schließlich war wegen der Bevorzugung der Kriegsheimkehrer in den ersten Nachkriegssemestern die Examensnähe für die Zulassung von Frauen ein weitaus entscheidenderes Kri-

124 Gerstein, *Studierende Mädchen*, S. 17; Pross, *Bildungschancen*, S. 27.

125 Vgl. dazu die von Hannelore Gerstein am Beispiel Bonns durchgeführte Untersuchung, Gerstein, Hannelore: *Studierende Mädchen. Zum Problem des vorzeitigen Abgangs von der Universität*, München 1965; vgl. dazu auch Kap. 3.2.

126 Peisert, *Soziale Lage*, S. 107. Die Zahlenangaben beziehen sich auf die gesamte Bundesrepublik zu Anfang der 60er Jahre. Es ist davon auszugehen, dass die Reduktion Anfang der 50er Jahre noch deutlicher ausgeprägt war.

terium, was zu einer merklich höheren Zahl von fortgeschrittenen Studentinnen führte, die die Universität entsprechend früher verließen.

Die Wahl des Studienfaches ist ein Kriterium, an dem die Trennung zwischen der ersten Nachkriegsstudentengeneration und den nachkommenden Studenten deutlich wird. Während die Nachkriegsstudenten ihre während des Krieges oder bereits vorher begonnenen Studien fortsetzten und ihre Fächerwahl dementsprechend mehrheitlich auf die Medizinische Fakultät fiel, orientierten sich ihre jüngeren Kommilitonen, die seit Ende der 40er Jahre an die Universität drängten, stärker in Richtung Rechts- und Wirtschaftswissenschaft. Die Ablösung der Mediziner durch Juristen und Volkswirte als größte Fakultät im Sommersemester 1950 markiert somit für Bonn auch den Wechsel einer Studentengeneration.

3.5. Die geographische Herkunft der Studenten

Über die Herkunft der Bonner Studenten liegen nur für einzelne Semester (WS 1946/47 und SS 1948 – SS 1950) Daten in den Akten vor.¹²⁷ Zur näheren Untersuchung der Herkunft wurden daher die in der Studentenkartei angegebenen Geburtsorte herangezogen. Auf den zugrundeliegenden Karteikarten ist zwar daneben auch der Wohnort der Eltern angegeben, dieser wurde bei der Digitalisierung der Daten jedoch nicht übernommen. Der Geburtsort ist somit die einzige geographische Angabe, auf die bei der Analyse der Herkunft der Studenten zurückgegriffen werden kann. Nicht immer mag dabei die Gleichung Geburtsort = Herkunftsort aufgehen, insbesondere da unter Akademikern, zu denen ein Großteil der Eltern der Nachkriegsstudenten zu rechnen ist, eine überproportional hohe regionale Mobilität zu erwarten ist. Dennoch scheint der Geburtsort die einzige Größe zu sein, die herangezogen werden kann, um sich ein Bild von der geographischen Herkunft der Studenten zu machen. Der Wohnort der Eltern erscheint weniger aufschlussreich, da dieser oftmals als mehr oder weniger zufälliges Ergebnis der Bevölkerungsverschiebungen in der Folge des Zweiten Weltkrieges anzusehen ist und letztlich nicht die Herkunft der Studenten im Sinne einer landschaftlichen Verwurzelung ihrer Familien widerspiegeln. Von der Auswertung der Geburtsorte ist somit ein leicht verzerrtes, aber dennoch im Großen und Ganzen stimmiges Bild der Regionalstruktur der Bonner Studenten zu erwarten.

Zur Analyse der Herkunft der Studenten wurden die Geburtsorte der Studentenkartei in Kategorien zusammengefasst. Grundlage der Kategorienbildung waren die politischen Grenzen Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Dies

127 UAB UV 69 – 13, HStAD NW 144 – 13, -14 und -15.

erschien sinnvoll, da diese Grenzen den Bezugsrahmen für die Wahl des Studienortes darstellten. Es wurden folgende Kategorien gebildet: Ausland, ehemalige deutsche Ostgebiete, Sowjetische Zone, Berlin sowie jeweils eine eigene Kategorie für die westdeutschen Bundesländer. Studenten, die im Ausland geboren wurden, sind in der Regel den deutschsprachigen Minderheiten in der Tschechoslowakei, in Lothringen oder in Belgien zuzuordnen.¹²⁸ Unter der Kategorie »ehemalige deutsche Ostgebiete« wurden all jene Orte verstanden, die nach dem Ersten oder Zweiten Weltkrieg von Deutschland an die östlichen Nachbarländer abgetreten wurden. Die so gewählte Kategorisierung ermöglichte die schnelle Zuordnung der Geburtsorte und ließ neben der regionalen auch die zonale Aufgliederung nach Besatzungszonen zu.¹²⁹

Da die Mobilität der Studenten angesichts der daniederliegenden Infrastruktur in den ersten Nachkriegssemestern noch sehr eingeschränkt war, ist zu erwarten, dass ein Großteil der Abiturienten aus Bonn und dem näheren Umkreis Bonns auch ihr Studium an der dortigen Universität aufnahmen. Entsprechend lag der Anteil der auf dem Gebiet des späteren Nordrhein-Westfalen geborenen Studenten im Wintersemester 1945/46 bei 69,2 %, allein 6,9 % waren in Bonn geboren worden. Weitere 11,8 % stammten aus dem nun zu Rheinland-Pfalz und dem Saarland gehörenden südlichen Teil der preußischen Rheinprovinz. Die übrigen Bundesländer folgten mit großem Abstand. Am stetigen Rückgang des Anteils nordrhein-westfälischer Studenten mit fortschreitendem Abstand vom Krieg wird die Zunahme studentischer Mobilität erkennbar. Von den Neuimmatrikulierten des Wintersemesters 1947/48 stammten nur noch 63,7 % aus Nordrhein-Westfalen. Im Wintersemester 1951/52 sank deren Anteil erstmals auf unter 50 %.

War es im 19. Jahrhundert bis hin zur Weimarer Zeit für Studenten üblich gewesen, den Universitätsort häufig zu wechseln und nur wenige Semester an einer Universität zu bleiben,¹³⁰ so kam diese akademische Mobilität nach 1945 fast völlig zum Erliegen. In den ersten beiden Nachkriegssemestern war ein Studienplatzwechsel nahezu unmöglich. Vertreter der Studentenschaft beantragten daher auf der Hochschulkonferenz, für entsprechende Erleichterungen zu sorgen und den jeweiligen AStA mit der Organisation der Studienplatz-

128 Ausgewertet wurde nur die Kartei der deutschen Studenten, ausländische Staatsangehörige blieben unberücksichtigt.

129 Problematisch wurde diese Vorgehensweise einzig in den später zu Baden-Württemberg zusammengelegten Teilen der französischen und amerikanischen Besatzungszone. Hier wurde nur die Kategorie Baden-Württemberg zu Grunde gelegt. Da nur ein geringer Teil der Studenten dort geboren wurde, war die nachträgliche Ausdifferenzierung in Besatzungszonen hier mit nur geringem Mehraufwand möglich.

130 Eulenburg gibt für die Jahre 1830 bis 1880 eine durchschnittliche Verweildauer eines Studenten an einer Universität »ziemlich konstant« mit 1,8 Jahren also gut 3,5 Semestern an, Eulenburg, Frequenz, S. 30.

wechsel zu beauftragen. Die Rektoren sprachen sich dafür aus, bei einem Wechsel der Universität keine erneute politische Überprüfung der Studenten durchzuführen.¹³¹ Dieser Beschluss wurde im Frühjahr 1947 erneut gefasst, was auf Schwierigkeiten bei dessen Umsetzung hindeutete.¹³² Zur Organisation des Studienplatzwechsels innerhalb der drei westlichen Zonen wurde in Heidelberg eine Zentralstelle eingerichtet. Doch wurde noch 1948, als sich die Zentralstelle etabliert hatte und der Studienplatzwechsel im Wesentlichen reibungslos funktionierte, auf der Hochschulkonferenz Klage darüber geführt, dass einige Hochschulen den Vorgang entgegen den Beschlüssen der Konferenz durch erneute Prüfungen erschwerten.¹³³ Angesichts der Erleichterung vieler Studenten, überhaupt einen Studienplatz bekommen zu haben, bemühte sich die Mehrzahl nicht um einen Wechsel, der nur mit hohem bürokratischen Aufwand möglich gewesen wäre, insbesondere wenn er über Zonengrenzen hinweg erfolgen sollte.

Allgemein war in Deutschland ein Rückgang der Studienplatzwechsel nach dem Zweiten Weltkrieg zu beobachten. Hatten an den preußischen Universitäten 1911/12 nur 38,3 % der Studenten den Hochschulort nicht gewechselt, so waren es im Sommersemester 1951 an den westdeutschen Universitäten 66,5 %.¹³⁴ Dies lag neben den organisatorischen Schwierigkeiten auch in der größeren Zielstrebigkeit der Studenten, die ihr Studium zunehmend als Vorbereitung auf einen künftigen Beruf betrachteten und es zügig zu einem Abschluss bringen wollten.¹³⁵ So gaben bei einer Umfrage an der Kölner Universität im Wintersemester 1946/47 nur 35 % der Studenten den Wunsch nach einem Universitätswechsel an.¹³⁶ Mit Normalisierung der Verhältnisse stieg auch die Zahl der Universitätswechsler wieder an. Im Sommersemester 1953 hatten nur noch 60,1 % der Studenten ihren Studienort nicht gewechselt.¹³⁷ Die akademische Mobilität nahm nach Gründung der Bundesrepublik zu. Der Studienplatzwechsel entwickelte sich jedoch nicht wieder zu der Selbstverständlichkeit, mit der er im 19. Jahrhundert und noch in Weimarer Zeit mit dem Studium verbunden war.

Ein erkennbares Hindernis für den Wechsel des Studienortes waren bis 1949 die Zonengrenzen. Der Anteil der Studenten aus der britischen Zone blieb in den ersten Nachkriegssemestern mit leichten Schwankungen in etwa konstant bei

131 5. Hochschulkonferenz am 16.8.1946 in Bünde, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 213 f.

132 9. Hochschulkonferenz am 22./23.4.1947 in Hamburg, Heinemann, Hochschulkonferenzen 2, S. 335.

133 13. Hochschulkonferenz am 22./23.3.1948 in Hahnenklee, Heinemann, Hochschulkonferenzen 2, S. 473.

134 Kath, *Das soziale Bild* (1952), S. 88.

135 Schelsky, *Skeptische Generation*, S. 323.

136 Seyffert, *Methode und Ergebnis*, S. 29.

137 Kath, *Das soziale Bild* (1954), S. 88.

rund 70 %.¹³⁸ Durch die veränderte geopolitische Lage Bonns, welche die Stadt unmittelbar an die Landesgrenze zwischen Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz heranrückte, die zudem auch noch die Grenze zwischen der britischen und der französischen Zone darstellte, verlagerte sich die Herkunft der Studenten nach Norden. War bis 1945 die preußische Rheinprovinz der maßgebliche geographische Horizont gewesen,¹³⁹ so wurde für Studenten aus dem südlichen, nun französisch besetzten Teil der ehemaligen Rheinprovinz der Zugang zur Universität Bonn erschwert. Die Anreise nach Bonn und zurück in die Heimat sowie der Transport von Waren, wie etwa die überlebenswichtigen Lebensmittelpakete von zu Hause, erwiesen sich durch die Zonengrenze für Studenten aus Rheinland-Pfalz ungleich schwieriger als für nordrhein-westfälische Studenten.

Aus Sicht der Universität Bonn blieb bis zur Gründung der Bundesländer die alte Rheinprovinz der Orientierungsrahmen. Studenten, die in der Rheinprovinz in den alten Grenzen beheimatet waren, erhielten bei der Zulassung vier Bonuspunkte. Nach der Gründung Nordrhein-Westfalens wurden nordrhein-westfälische Studenten mit zwei Bonuspunkten begünstigt.¹⁴⁰ Die Universitäten neigten allgemein dazu, lokale Bewerber bevorzugt zuzulassen. Zwar hatte sich der Hochschultag gegen diese Praxis ausgesprochen, sie wurde aber dennoch beibehalten, da der Wohnungsmangel es nahelegte, Bewerber, die bereits am Universitätsort wohnten, bevorzugt zu immatrikulieren.¹⁴¹

Nach der Gründung der Bundesländer setzte ein Wandel des geographischen Horizonts ein. Die neuen Grenzen bildeten nun mehr und mehr den Bezugsrahmen für die Wahl des Studienortes. Lag der Anteil der zugelassenen Studenten aus der französischen Zone in den ersten beiden Nachkriegssemestern noch bei knapp 12 %, so ging er im Wintersemester 1946/47 schlagartig auf 7,7 % zurück und verharrte auf diesem Niveau mit leichten Schwankungen bis zur Gründung der Bundesrepublik. Ein Grund hierfür ist in der beginnenden Auseinanderentwicklung der landesspezifischen Bildungssysteme zu suchen. Seit 1948 ist in den Akten eine Diskussion um die Anerkennung der Reifezeugnisse der französischen Zone in Nordrhein-Westfalen erkennbar. Wahrscheinlich hatte schon einige Semester zuvor die unterschiedliche Notenstruktur der Reifezeugnisse zur Schlechterstellung der Abiturienten aus Rheinland-

138 Damit lag er in Bonn deutlich unter dem Landesdurchschnitt: im WS 1950/51 kamen 83 % der Studenten an den nordrhein-westfälischen Hochschulen aus Nordrhein-Westfalen, Albert/Oehler, Materialien, S. 212.

139 Zu Beginn der 20er Jahre stammten rund 85 % aus der Rheinprovinz, vgl. die Zahlenangaben im Personal- und Studentenverzeichnis der Universität Bonn für das SS 1921, WS 1921/22 und SS 1922.

140 Vgl. Punktesysteme zur Zulassung in UAB PF 138 – 168.

141 13. Konferenz der UEOs am 5./6. 4. 1948, PRO FO 1050/1046.

Pfalz geführt, ehe das Problem auf Kultusministerebene geklärt werden konnte.¹⁴² Darüber hinaus wurde der Rückgang des Anteils rheinland-pfälzischer Studenten durch die kleine Gesamtzahl der Neuzugelassenen seit dem Wintersemester 1946/47 verstärkt, da sich dadurch die Bevorzugung von Bewerbern aus der britischen Zone deutlicher in der Verteilung der Herkunft bemerkbar machte. Nach Gründung der Bundesrepublik und dem Ende der Zonengrenzen stieg der Anteil der Rheinland-Pfälzer und Saarländer unter den Neumatrikulierten zunächst wieder auf knapp 10 % an, blieb aber in den nächsten Semestern schwankend. Die Tiefstwerte der Besatzungszeit wurden jedoch nicht wieder erreicht.

Dass dennoch in den ersten beiden Nachkriegssemestern immerhin knapp 12 % der Bonner Studenten aus der französischen Zone stammten, weist auf die noch bestehende Orientierung auf die preußische Rheinprovinz hin. Gerade den Studenten im nördlichen Teil der französischen Zone standen nur wenige Alternativen zu Bonn offen. Auf dem Gebiet des späteren Bundeslandes Rheinland-Pfalz gab es im Wintersemester 1945/46 keine einzige Universität. Allein die Universität Mainz, die zum Sommersemester 1946 ihren Betrieb aufnahm, bot den Studenten des nördlichen Teiles von Rheinland-Pfalz die Möglichkeit zum Universitätsstudium nah der Heimat. Die übrigen Universitäten der französischen Zone lagen allesamt weit im Süden und stellten wohl schon wegen ihrer Entfernung für viele Studenten keine Alternative zu Bonn dar.

Die deutlichste Änderung erfuhr die regionale Zusammensetzung der Studentenschaft durch die Flüchtlingsbewegungen in der Folge des Zweiten Weltkrieges. Die Auswertung der Flüchtlings- und Vertriebenen Zahlen unter den Studenten wird durch die in Literatur und Quellen uneinheitliche Verwendung der Begriffe Vertriebener und Flüchtling erschwert. In den Akten und in der Literatur werden beide Begriffe häufig synonym gebraucht. Solche terminologischen Unschärfen lassen oftmals eine eindeutige und vergleichbare Auswertung des vorhandenen Zahlenmaterials nicht zu. Unter Vertriebenen werden im Folgenden solche Studenten verstanden, die unter Zwang die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie verlassen hatten. Daneben wird die Gruppe der aus der russischen Zone in die Bundesrepublik eingewanderten Studenten hier als Flüchtlinge bezeichnet.

Bei der Auswertung der Studentenkartei ist der Schluss von einem Geburtsort in den nach dem Krieg verlorenen Ostgebieten bzw. in der späteren russischen Zone auf ein Vertreibungs- bzw. Flüchtlingsschicksal nur sehr bedingt zulässig.

142 Die Gesamtnote wurde bei rheinland-pfälzischen Reifezeugnissen anders berechnet. Kultusministerin Teusch verfügte im Februar 1949, dass Bewerber aus der französischen Zone mit weniger als 13 Punkten in begründeten Ausnahmefällen zugelassen werden können, UAB UV 69–136.

Die so gewonnenen Zahlen geben somit Näherungswerte an, die einerseits Studenten, die nach ihrer Geburt in den Osten gezogen sind, andererseits solche, die den Osten ohne äußeren Druck verlassen haben, unberücksichtigt lassen. Auch aus den Exmatrikelakten ist eine Zuordnung nicht immer eindeutig möglich. Oftmals kann nur aus den enthaltenen Lebensläufen auf ein Flüchtlings- oder Vertreibungsschicksal geschlossen werden. Die aus der Studentenkartei und der Exmatrikeldatenbank gewonnenen Werte können daher nur ein grober Anhaltspunkt sein.

Nach der Exmatrikeldatenbank sind im Wintersemester 1945/46 6,4 % der Studentenschaft als Flüchtlinge oder Vertriebene anzusprechen. Bis zum Wintersemester 1948/49 stieg deren Anteil auf 10,5 % an, um im Sommersemester 1949 wieder auf 9,4 % abzufallen. Die Studentenkartei gibt eine ähnliche Entwicklung wieder. Berücksichtigt man alle in den verlorenen Ostgebieten oder auf dem Gebiet der sowjetischen Zone geborenen Studenten, so stieg deren Anteil von 7,5 % im Wintersemester 1945/46 auf 12,1 % im Sommersemester 1949. Die Entwicklung beider Werte verläuft bis zum Wintersemester 1948/49 etwa parallel. Die Studentenkartei weist dabei um etwa 1 % höhere Werte auf, was darauf hinweist, dass natürlich nicht alle in Ost- und Mitteldeutschland geborenen Studenten ein Flüchtlings- bzw. Vertreibungsschicksal erlitten hatten.

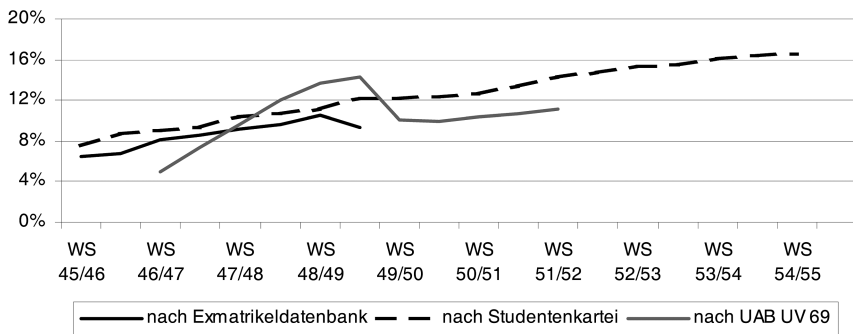


Diagramm 11: Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen an der Studentenschaft

Über die genauen Flüchtlings- und Vertriebenenanzahlen kann zumindest in den ersten Nachkriegssemestern keine Gewissheit gewonnen werden. Deutlich wird dies, wenn man die Akten des Universitätsarchivs mit einbezieht.¹⁴³ Hier wird beispielsweise der Anteil der Ostflüchtlinge im Wintersemester 1947/48 mit

¹⁴³ Eine durchgehende Statistik der Flüchtlinge und Vertriebenen wurde von der Universität Bonn nicht geführt, vgl. die vereinzelt Angaben in UAB UV 69 – 12 und -13.

5 % angegeben.¹⁴⁴ Ein Semester später soll er bereits bei 12 % gelegen haben.¹⁴⁵ Die Anteile der aus den Ostgebieten und der sowjetisch besetzten Zone stammenden Studenten, wie sie sich nach Analyse der Studentenkartei darstellt, mögen eine Orientierung für die Gesamtentwicklung der Flüchtlings- und Vertriebenen zahlen geben. Die Werte der Studentenkartei dürften aber nach Vergleich mit der Exmatrikeldatenbank um ca. 1 – 2% zu hoch liegen. In Bonn ist von einem Anteil von Flüchtlingen und Vertriebenen von maximal einem Fünftel der Bonner Studentenschaft auszugehen. In den ersten Nachkriegssemestern lag der Anteil noch deutlich niedriger.

Damit lag die Universität Bonn weit unter dem westdeutschen Durchschnitt. Im Sommersemester 1951 kam eine Erhebung des Studentenwerks zu dem Ergebnis, dass 13,3 % der Studenten der Bundesrepublik Heimatvertriebene seien. Weitere 13,2 % stammten aus der russisch besetzten Zone (einschließlich Berlin).¹⁴⁶ 1953 lag der Anteil der Heimatvertriebenen bei 14,9 % und der aus der Sowjetzone und Berlin Zugewanderten bei 13,6 %.¹⁴⁷ Nach Angabe des Studentenwerks lag die Universität Bonn hinsichtlich des Anteils der Flüchtlinge und Vertriebenen im Sommersemester 1951 an viertletzter Stelle der untersuchten Universitäten.¹⁴⁸ Zusammengefasst ergibt sich somit, dass deutschlandweit mehr als 25 % der Studenten infolge des Krieges ihre Heimat verlassen mussten.¹⁴⁹

Bei den Neuzulassungen weist die Zahl der aus den Ostgebieten stammenden Studenten in Bonn insgesamt eine allmählich steigende Tendenz auf. Ein erster deutlicher Anstieg ist im Wintersemester 1948/49 zu erkennen, als der Anteil erstmals über 7 % stieg.¹⁵⁰ Dies hing mit den für das Wintersemester 1948/49 vom Kultusministerium vorgegebenen Immatrikulationsrichtlinien zusammen, die Bevorzugung von Ostflüchtlings vorsahen.¹⁵¹ Zwar wurden in Bonn bereits vorher Ostflüchtlings bei der Zulassung mit zwei Bonuspunkten begünstigt, allerdings wurden gleichzeitig für Studenten aus der Rheinprovinz vier Bonuspunkte vergeben.¹⁵² Ostflüchtlings wurden also nur gegenüber dem vergleichsweise geringen Anteil der nicht aus der ehemaligen Rheinprovinz stammenden Bewerber begünstigt. Gegenüber dem Gros der Bewerber waren sie de facto im Nachteil.

144 Brinkmann i.V. am 18. 1. 1947 an den Arbeitsminister von NRW, UAB UV 69 – 12, in den 5 % sind offenbar auch Studenten aus der sowjetisch besetzten Zone enthalten.

145 UAB UV 69 – 170.

146 Kath, *Das soziale Bild* (1952), S. 42 ff.

147 Kath, *Das soziale Bild* (1954), S. 44 und 48.

148 Kath, *Das Soziale Bild* (1952), S. 42 ff.

149 Ebd.

150 Zahlen nach Studentenkartei.

151 HStAD, NW 25 – 163 (2), p. 97.

152 UAB PF 138 – 168, Punktesystem für die Zulassung zum SS 1947 oder WS 1947/48.

Der geringe Anteil an Ostflüchtlingen an der Universität Bonn entspricht dem insgesamt niedrigen Anteil der von Nordrhein-Westfalen aufgenommenen Flüchtlinge.¹⁵³ Durch die großen Zerstörungen von Wohnraum gerade in den städtischen Ballungsgebieten Nordrhein-Westfalens waren dem Bundesland nur vergleichsweise wenige Flüchtlinge zugewiesen worden. Entsprechend war der Anteil der Vertriebenen unter den Studenten in Nordrhein-Westfalen der niedrigste aller Bundesländer.¹⁵⁴

Trotz der niedrigen Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen an der Universität Bonn begannen diese, ihre eigenen Interessen zu erkennen und wahrzunehmen. Im Dezember 1948 fand eine Flüchtlingsversammlung statt, auf der Angelegenheiten der Gruppe besprochen wurden.¹⁵⁵ Zu einer Konstituierung eines studentischen Vereins der Flüchtlinge kam es jedoch nicht.¹⁵⁶ Seit 1949 stellten die Flüchtlingsstudenten einen Vertreter im AStA, der dort ihre Belange mit beratender Stimme vertrat.¹⁵⁷ Erst 1950 gründete sich eine Bonner Hochschulgruppe der Arbeitsgemeinschaft der aus der Sowjetzone verdrängten Studenten, die sich jedoch bereits 1953 wieder auflöste.¹⁵⁸

Die regionale Herkunft der Studenten war großen Wandlungen unterworfen. Die enormen Bevölkerungsverschiebungen in der Folge des Krieges sorgten für eine Öffnung der Universitäten. Obwohl die Universität Bonn Studenten aus der näheren Umgebung bevorzugte, sank der Anteil nordrhein-westfälischer Studenten langsam ab. Dagegen stieg der Anteil der Studenten aus den Ostgebieten und der sowjetischen Zone, auch wenn die Universität Bonn vergleichsweise wenige dieser Studenten aufnahm. Die politischen Umwälzungen der Nachkriegszeit führten so zu einer größeren regionalen Durchmischung der Studenten. Ein zeitlicher Einschnitt ist bei der Betrachtung der Herkunft nicht zu konstatieren, die Tendenz zur Auflösung der homogenen Herkunft der Studentenschaft ist jedoch klar zu erkennen.

153 Kath, Soziale Lage 1952, S. 44.

154 Statistik der Bundesrepublik Deutschland, H. 130,1, S. 54 (Angaben für das Wintersemester 1953/54).

155 AStA-Sitzung vom 14. 12. 1948, UAB AStA 47 – 6.

156 AStA-Sitzung vom 18. 1. 1949, UAB AStA 47 – 6.

157 AStA-Sitzungen vom 25.1. und 15. 6. 1949, UAB AStA 47 – 6.

158 Am 2. 2. 1950 befürwortete der AStA die Lizenzierung der Gruppe, UAB AStA 47 – 4; am 25. 4. 1953 wurde die Auflösung im Senat bekanntgegeben, UAB Senat 33 – 9.

3.6. Die gesellschaftliche Herkunft der Studenten

Das Hochschulstudium war traditionell die Domäne von Kindern aus Familien der bürgerlichen Eliten. Bereits die Nationalsozialisten hatten dagegen die soziale Öffnung der Hochschulen propagiert. Doch konnten sie sich mit diesem Konzept nicht durchsetzen, da zum einen die Sozialstruktur der Studentenschaft noch von Rekrutierungsmaßnahmen abhing, die bereits vor 1933 wirksam waren, und da zum anderen der allgemeine Rückgang der Studentenzahlen auf Grund ungünstiger Berufschancen einen höheren Anteil von Studenten aus bürgerlichen Familien zur Folge hatte.¹⁵⁹ So konnte von einer sozialen Öffnung der Hochschulen während des ›Dritten Reiches‹ keine Rede sein, vielmehr hatte das Bürgertum an den Universitäten an Boden gewonnen.¹⁶⁰

Die ersten konkreten Angaben des Anteils von Studenten aus Arbeiter- oder Bauernfamilien in der Nachkriegszeit liegen in Bonn für das Wintersemester 1946/47 vor. Hier lag er bei 7 %, der Anteil der Studenten aus Akademikerfamilien dagegen bei 33 %.¹⁶¹ Der Anteil an Studenten aus den unteren sozialen Schichten an der Bonner Studentenschaft stieg bis zum Sommersemester 1949 leicht auf 9,5 % an und verharrte bis zum Sommersemester 1950 bei gut 9 %.¹⁶² Damit lag Bonn über dem Bundesdurchschnitt von 7,4 % im Wintersemester 1950/51 bzw. 8,8 % im Wintersemester 1952/53.¹⁶³ Die in der Literatur genannten Anteile deuten zum Teil auf eine deutschlandweit noch stärker ausgeprägte Unterrepräsentation der Studenten aus dem Arbeitermilieu hin.¹⁶⁴

Aus der Exmatrikeldatenbank ergaben sich für die Nachkriegssemester bis 1949 deutlich von der universitätseigenen Statistik abweichende Werte. Zur Auswertung der Datenbank wurden aus den Berufsangaben der Studenten alle Arbeiter, Landwirte sowie einfache Handwerker (keine Handwerksmeister) in einer Kategorie zusammengefasst und diese der Gesamtzahl der ausgewerteten Studenten gegenübergestellt. Das Ergebnis weist eine erstaunliche Konstanz auf: Der Anteil dieser Studenten stieg von 10,2 % im Wintersemester 1945/46 leicht auf knapp 12 % im Sommersemester 1946 an und verharrte in den folgenden Semestern auf Werten um 12 %. Entsprechend ist für die Berufskategorie der Akademiker die umgekehrte Entwicklung zu beobachten. Hier sank der Anteil

159 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 139 f.

160 Ebd., S. 138.

161 UAB UV 69–12.

162 UAB UV 69–13.

163 Kath, Das soziale Bild (1952), S. 33; Kath, Das soziale Bild (1954), S. 31.

164 Seemann, Politische Säuberung, S. 204, nennt für Freiburg einen Anteil von 78 % von Studenten mit Eltern mit Universitätsabschluss und nur 0,75 % für Studenten aus Arbeiterfamilien.

von 53,4 % im Wintersemester 1945/46 auf 50,1 % im Sommersemester 1946, um sich im Folgenden bei Werten um 50 % zu stabilisieren.

Damit lag der Anteil von Studenten aus unteren Gesellschaftsschichten nach der Exmatrikeldatenbank deutlich über den von der Universität selbst angegebenen Werten. Da die universitätseigenen Statistiken die Grundlagen der Kategorienbildung nicht aufschlüsseln, sind die abweichenden Zahlen mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die unterschiedliche Kategorisierung der einzelnen Berufsgruppen zurückzuführen.¹⁶⁵

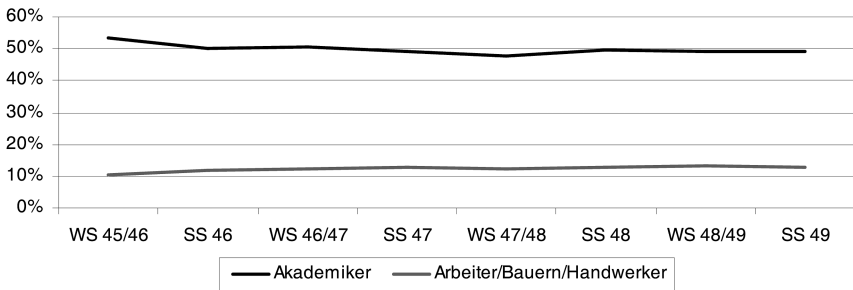


Diagramm 12: Die Vaterberufe der Bonner Studenten (Zahlen nach Exmatrikeldatenbank)

Nach 1945 machten die Briten es zu einem ihrer zentralen hochschulpolitischen Anliegen, den Anteil der Studenten aus den unteren gesellschaftlichen Schichten und die Durchlässigkeit des starren deutschen Bildungssystems zu erhöhen.¹⁶⁶ Alle diese Bemühungen von britischer Seite zur Verbreiterung des sozialen Hintergrunds der Studentenschaft scheiterten jedoch. Zwar hatte bereits die Hochschulkonferenz in Göttingen im Mai 1946 das Problem erkannt und seine Lösung gefordert,¹⁶⁷ auch wurde im August eine Hochschulkonferenz in Bünde einberufen, die sich speziell mit dieser Thematik beschäftigte.¹⁶⁸ Alle diese Bestrebungen blieben jedoch in den Ansätzen stecken. Verbindliche Beschlüsse wurden nicht gefasst.

Neben den Hochschulrektoren setzte sich auch der Bonner ASTa für die Öffnung der Universität für Studenten aus unteren sozialen Schichten ein. Im Sommer 1947 forderte der ASTa die Einführung einer 20 %-Quote für Bewerber

¹⁶⁵ Gleiches gilt für die von Seemann für Freiburg angegebenen Zahlen. Eine Vergleichbarkeit der Werte ist so nur bedingt gegeben.

¹⁶⁶ Krönig/Müller, Nachkriegssemester, S. 100, ebenso Pingel, University Reform, S. 21.

¹⁶⁷ Hochschulkonferenz am 28.5.1946 in Göttingen, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 181; vgl. Neuhaus, Hochschulreform, S. 20.

¹⁶⁸ Hochschulkonferenz am 16.8.1946 in Bünde, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 195 ff.

aus der »Arbeiterklasse«,¹⁶⁹ um deren Anteil an der Studentenschaft zu erhöhen. Rektor Konen lehnte diese Forderung mit der Begründung ab, die akademische Qualifikation müsse für die Zulassung zum Studium ausschlaggebender sein als die soziale Herkunft. Konen hatte sich bereits im April 1947 als Kultusminister von NRW gegen eine Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit an höheren Schulen und damit gegen eine Erleichterung des Hochschulzugangs für wirtschaftlich und sozial schlechter gestellte Schichten ausgesprochen.¹⁷⁰

So blieb die Bevorzugung von Kindern aus diesen Schichten in Bonn nur Lippenbekenntnis. Die Richtlinien für die Zulassung zum Wintersemester 1948/49 sahen die Bevorzugung solcher Bewerber zwar vor, jedoch erst an letzter Stelle, nachdem jeweils bei gleicher Eignung Bewerber aus der Ostzone, ältere Studenten und Kriegsversehrte berücksichtigt worden waren.¹⁷¹ In den Richtlinien für das Wintersemester 1949/50 wurde die Reihenfolge der Kriterien geändert. Nun rangierte die soziale Herkunft an zweiter Stelle nach dem Alter des Bewerbers.¹⁷² Berücksichtigt wurden alle diese Kriterien jedoch nur bei gleicher Eignung der Kandidaten. Zudem verstanden sie sich nur als Leitfaden für die Zulassungsausschüsse der Fakultäten und hatten keine Verbindlichkeit. Die geänderten Richtlinien hatten keine Auswirkung auf die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft. Der Anteil von Studenten aus Arbeiter- oder Bauernfamilien lag in Bonn im Sommersemester 1950 bei 9,2 % und damit knapp unter dem Niveau vom Sommersemester 1949.¹⁷³

Bemerkenswert ist die Schwankung des Anteils in Abhängigkeit vom Studienfach. Den höchsten Anteil von Arbeitervätern stellten die Studenten der katholischen Theologie mit 8,9 % im Wintersemester 1946/47.¹⁷⁴ Entsprechend war der Anteil von Studenten mit Akademikervätern bei der Katholisch-Theologischen Fakultät mit 13,8 % am niedrigsten, während bei den Studenten der Medizinischen Fakultät 42 % der Väter über Hochschulbildung verfügten.¹⁷⁵ Diese Schwankungen sind Ausfluss der besonders bei Medizinern verbreiteten Berufsvererbung. Von den in der Exmatrikeldatenbank ausgewerteten Studenten, die den Beruf des Vaters mit Arzt angaben, entschlossen sich 69 % für ein Medizinstudium. Dagegen verhinderte bei Studenten der katholischen Theologie der Zölibat die Vererbung von Bildungstraditionen.¹⁷⁶

169 Sondersitzung des AStA am 10.6.1947, UAB AStA 47–9.

170 Kleinen, Ringen um Demokratie, S. 43.

171 UAB Sem. f. alte Gesch. 146–7.

172 UAB UV 69–353.

173 UAB UV 69–13.

174 UAB UV 69–12.

175 Durchhalten wird groß geschrieben. Die soziale Lage der Studenten von heute. Gesehn am Beispiel der Universität Bonn, Die Welt, Anfang März 1951, enthalten in UAB UV 69–91.

176 Peisert, Soziale Lage, S. 83.

Im Ganzen ist eine »bemerkenswerte Unveränderlichkeit in der sozialen Herkunft der Studenten festzustellen«,¹⁷⁷ obwohl die Gesellschaftsstruktur im 20. Jahrhundert tiefgreifende Änderungen, insbesondere hinsichtlich der Bildungschancen und der wirtschaftlichen Situation der Arbeiterkinder, erfahren hat.¹⁷⁸ Die Ursachen für den geringen Anteil der Studenten aus unteren sozialen Schichten sind daher nicht allein in schlechten Bildungschancen oder geringerem Einkommen zu suchen. Vielmehr ist die Entscheidung gegen ein Hochschulstudium auch Ausdruck einer Orientierung an anderen sozialen Leitbildern, die nicht die akademische Bildung als höchstes Ziel propagieren.¹⁷⁹ Die Barrieren für Kinder aus den unteren Schichten liegen nicht nur in den rechtlichen Rahmenbedingungen sondern auch in der »sozialen Distanz« des Arbeiters von der Universität.¹⁸⁰ Eine Erhöhung des Anteils der Arbeiterkinder an der Studentenschaft ist also mit der Begünstigung bei der Zulassung allein nicht zu erreichen. Die Entscheidung, wie viele Arbeiterkinder die Universität besuchen, wird bereits im Schulsystem, vor allem beim Übergang auf die höhere Schule gefällt.¹⁸¹

Hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Herkunft unterscheiden sich die Studenten der ersten Nachkriegsgeneration kaum von den Studentengenerationen vorher und nachher. Da die Mehrheit der Studenten aus bürgerlichen Schichten stammte, war für sie das Studium Mittel zur Bestätigung nicht zum Erwerb ihres sozialen Status.¹⁸² Erst mit der Einführung der Studienförderung nach dem Honnefer Modell wurden 1955 die Grundlagen für die Änderung der sozialen Zusammensetzung der Studentenschaft gelegt.¹⁸³ Die Sozialstruktur ist daher für den hier betrachteten Zeitraum kein geeignetes Kriterium zur Charakterisierung der Nachkriegsstudentenschaft.

3.7. Die Qualifikation der Studenten

Ein für die Universität gewichtiges Problem stellte die Überprüfung der Qualifikation der Studenten, besonders in den ersten Nachkriegssemestern dar. Viele Bewerber hatten durch den Krieg ihre Zeugnisse verloren und konnten ihre

177 Albert/Oehler, *Materialien*, S. 244; diese Beobachtung teilt auch Maaß, *Studentenschaft*, S. 87 im Hinblick auf die TH Braunschweig.

178 Kath, *Das soziale Bild* (1954), S. 29.

179 Schelsky, *Skeptische Generation*, S.317; Kath, *Das soziale Bild* (1954), S. 32.

180 Dahrendorf, *Arbeiterkinder*, S. 19.

181 Ebd., S. 22.

182 Ebd., S. 12 f.

183 Webler, *Geschichte der Hochschule*, S. 173; vgl. auch: Gerda Stephany: *Das Honnefer Modell*, Berlin 1968 (*Schriften zum Öffentlichen Recht* 77), bes. S. 32 ff.

akademische Reife nicht auf die übliche Art nachweisen. Die Universität erkannte daher zunächst eidesstattliche Erklärungen der Studenten an, verpflichtete diese aber, baldmöglichst eine Abschrift ihres Reifezeugnisses vorzulegen.¹⁸⁴ Im November 1945 beschloss das Kultusministerium, die Universitäten nicht mehr zu verpflichten, Abiturzeugnisse solcher Studenten nachzuprüfen, die bereits ein oder mehrere Semester erfolgreich studiert hatten.¹⁸⁵ Diese Regelung stellte zwar eine bürokratische Erleichterung dar, die Universität Bonn befürchtete jedoch, dass eine solche Zulassung rechtlich anfechtbar wäre und verzichtete nur in Ausnahmefällen auf die Vorlage und Überprüfung des Reifezeugnisses. Bei der Zulassung zum Sommersemester 1946 wurde festgelegt, dass Studenten ohne Reifezeugnis zwar grundsätzlich zugelassen werden konnten, in jedem Fall aber hinter anderen Bewerber zurückzustehen hatten.¹⁸⁶

Dem Reifezeugnis wurde mit fortschreitender Normalisierung der Verhältnisse immer mehr Bedeutung bei der Zulassung der Studenten beigemessen. Kriegsbedingte Kriterien wie Flüchtlingsschicksal, politische Schädigung während des ›Dritten Reiches‹ oder Kriegsversehrung, traten dagegen immer mehr in den Hintergrund.¹⁸⁷ Bedeutsam war diese Aufwertung des Reifezeugnisses besonders für diejenigen Studenten, die während des ›Dritten Reiches‹ ein Sonderreifezeugnis erworben hatten. Dazu gehörten Zeugnisse von nationalsozialistischen Eliteschulen wie Adolf-Hitler-Schulen, Ordensburgen oder Nationalpolitischen Erziehungsanstalten (Napola), aber auch aus Kriegsgründen vorzeitig vergebene Abgangszeugnisse mit Vorsemester- bzw. Reifevermerk.

Während Zeugnisse der NS-Eliteschulen grundsätzlich nicht als ausreichende Qualifikation für die Hochschulzulassung angesehen wurden,¹⁸⁸ suchte man bei der Zulassung der Bewerber mit Reife- oder Vorsemestervermerk nach einer pragmatischen Lösung. Der Reifevermerk war während des Krieges Schülern aus der achten Klasse der höheren Schule erteilt worden, wenn sie zum Kriegs- oder Arbeitsdienst vorzeitig einberufen wurden. Diesen Schülern fehlten zum regulären Abschluss lediglich einige Monate Unterricht sowie die Reifeprüfung. Den Vorsemestervermerk erhielten dagegen bereits Schüler der siebten Klasse der höheren Schule. Diese Schüler sollten nach Ableistung ihres Dienstes zunächst ein Vorsemester besuchen, um ihre Hochschulreife zu erlangen. Im Verlaufe des Krieges wurden diese Bestimmungen jedoch zunehmend auf immer

184 UAB UV 69 – 136.

185 Thyssen an Konen am 21. 11. 1945, UAB MF 68 – 11.

186 Bericht der Zulassungskommission (20. 2. 1946), UAB PF 138 – 168.

187 Seit der Zulassung zum WS 1948/49 stand das Reifezeugnis an erster Stelle der zu berücksichtigenden Kriterien, UAB Sem. alte Geschichte 146 – 7.

188 Pingel, Attempts at University Reform, S. 23 f.

jüngere Schüler ausgedehnt, so dass am Ende bereits Schüler der fünften Klasse der höheren Schule mit dem Vorsemestervermerk entlassen wurden.¹⁸⁹

Nach dem Krieg sollte diesen Studienbewerbern, die bereits durch den Krieg viel Zeit verloren hatten, der Weg zur Universität nicht verbaut werden. Andererseits hielten Universität und Oberpräsidium aber grundsätzlich daran fest, dass für die Zulassung zum Studium der Nachweis der Reife einer acht- oder neunklassigen höheren Schule erforderlich sei. Um diesen beiden Zielen gerecht zu werden, wurden nach einem Erlass des Oberpräsidenten vorzeitig erteilte Reifevermerke nur dann anerkannt, wenn sie vor Oktober 1943 ausgestellt worden waren.¹⁹⁰ Dieser Erlass wurde im September dahingehend präzisiert, dass Abgänger der achten Klasse mit Reife- oder Vorsemestervermerk an sechsmonatigen, Abgänger der siebten Klasse an zwölfmonatigen Sonderlehrgängen teilnehmen mussten, die an allen höheren Schulen eingerichtet wurden. Alle Abgänger der sechsten Klasse mussten noch einmal zurück zur regulären Schule.¹⁹¹ Diese Regelung trug zum einen den nicht als ausreichend betrachteten allzu freigiebig verteilten Reifevermerken der letzten Kriegsjahre Rechnung und ermöglichte gleichzeitig den älteren Bewerbern, die den Reifevermerk vor Oktober 1943 erhalten hatten, die direkte Bewerbung um einen Studienplatz. Hierbei wurden Bewerber mit Reifevermerk in Bonn allerdings durch einen Abzug von bis zu vier Punkten benachteiligt.¹⁹² Im ersten Nachkriegssemester 1945/46 verfügten so 13,6 % der zugelassenen Bewerber nur über einen Reifevermerk und hatten kein reguläres Abitur erworben.¹⁹³

Im Frühjahr 1946 verständigten sich die Rektoren auf der Hochschulkonferenz darauf, Reifevermerke in Zukunft nicht mehr anzuerkennen und lediglich die bereits immatrikulierten Studenten mit Reifevermerk auf der Universität zu belassen.¹⁹⁴ In Bonn verfügte im Sommersemester 1946 rund ein Viertel der neuzugelassenen Studenten nach wie vor nur über den Reifevermerk.¹⁹⁵ Ab Herbst 1946 strömten die Absolventen der ersten Sonderlehrgänge an die Universität, die seit Frühjahr 1946 unter der Leitung von Dr. Schümmer eingerichtet worden waren. Die Mehrheit der zugelassenen Studenten ohne reguläre Reifeprüfung hatte seit dem Wintersemester 1946/47 einen Sonderlehrgang durchlaufen. Zulassungen mit Reifevermerk allein blieben von nun an auch in Bonn die Ausnahme.

189 Erlass über Reifevermerk und Hochschulstudium vom 31.7.1945, in: MVBl. 1 Nr. 3, S. 13 f.

190 Erlass vom 31.7.1945, in: Mitteilungs- und Verordnungsblatt des Oberpräsidenten

191 MVBl. 1. Jg. Nr. 10, S. 50 f.

192 Punktesystem zur Zulassung im WS 1945/46, UAB UV 69–337.

193 Zahlen nach Exmatrikeldatenbank.

194 3. Hochschulkonferenz am 25.–27.2.1946 in Goslar, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 132.

195 Zahlen nach Exmatrikeldatenbank.

Zum Sommersemester 1948 wurde die Anerkennung der Reifevermerke auf Spätheimkehrer beschränkt.¹⁹⁶ Die Zahl der Zugelassenen mit Reifevermerk ging dadurch auf rund 15 % zurück.¹⁹⁷ Von den in der Exmatrikeldatenbank erfassten Studenten lässt sich für 40 % die Teilnahme an einem Sonderlehrgang nachweisen. Lässt man die beiden ersten Nachkriegssemester, in welchen die Sonderkurse noch nicht abgeschlossen waren, außen vor, sind es gar 55 %. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Zahl der Studenten der Datenbank, deren Bildungsgang nicht restlos geklärt werden konnte, hoch ist und so für die Immatrikulationssemester bis zum Sommer 1949 mit einer noch höheren Beteiligung an den Sonderlehrgängen zu rechnen ist.

Die Problematik des Reifevermerks betraf vor allem die Geburtsjahrgänge 1918–1928, also die Kriegs- ebenso wie die Flakhelfergeneration. Zwar war für die Flakhelfer während ihres Dienstes Schulunterricht vorgesehen gewesen, dieser konnte jedoch in der Regel nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden.¹⁹⁸ Ungefähr ein Viertel jedes Jahrgangs (23,4 % der Jahrgänge 1918–1925 und 26,4 % der Jahrgänge 1926–1928) erhielt den Reifevermerk.¹⁹⁹ Die Flakhelfer der Jahrgänge 1926–1928 hatten in der Regel ihren Reifevermerk nach dem Stichtag im Oktober 1943 erhalten und waren daher in stärkerem Maße gezwungen, vor Aufnahme eines Studiums noch einmal regulär die Schule zu besuchen und ihre Reifeprüfung nachzuholen.

Die schlechte Schulbildung der Flakhelferjahrgänge bezog sich nicht nur auf die Männer. Zwar wurden überwiegend Jungen als Flakhelfer eingezogen, doch erhielten durchaus auch Mädchen den vorzeitigen Reifevermerk und wurden Scheinwerfer- und Sperrballonbatterien zugeteilt.²⁰⁰ Somit war der Reifevermerk keineswegs ein rein männliches Problem, wie Krukowska zu erkennen meint.²⁰¹ Unter den in der Exmatrikeldatenbank ausgewerteten Studierenden mit Reifevermerk befanden sich immerhin 7,2 % Studentinnen. Zudem betraf der allgemeine Niedergang der Schulausbildung, der durch häufige Luftangriffe, Kinderlandverschickung und Einberufung der Lehrer hervorgerufen wurde, Mädchen gleichermaßen wie Jungen. Die Dienstverpflichtungen wirkten sich jedoch bei männlichen Studienbewerbern stärker aus. Im Schnitt erwiesen sich Frauen nach ihren Zeugnissen als die besser qualifizierten Bewerber.²⁰²

Der Anteil der Studenten, die ihre Hochschulreife allein durch den Reifevermerk ohne Sonderlehrgang erworben hatten, blieb bis zum Sommersemester

196 Senatsbeschluss vom 12.2.1948, UAB Senat 33–4.

197 Zahlen nach Exmatrikeldatenbank.

198 Bude, *Deutsche Karrieren*, S. 15.

199 Zahlen nach Exmatrikeldatenbank.

200 Ebd., S. 38.

201 Krukowska, *Die Studierenden*, S. 38.

202 Respondek, *Wiederaufbau*, S. 311.

1949 bei rund 13 %, sank dann schlagartig zum Wintersemester 1949/50 auf 6,2 % ab.²⁰³ Die Ursache hierfür ist im Studienabschluss der Heimkehrergeneration zu suchen. Es bleibt festzuhalten: Die Zulassung mit Reifevermerk allein, ohne reguläres Abitur, wurde ab dem Ende der 40er Jahre ein Phänomen, das sich auf Spätheimkehrer und die wenigen noch verbliebenen Studenten der älteren Jahrgänge beschränkte, und somit ein Merkmal der ersten Nachkriegsstudentengeneration.

3.8. Die Konfession der Studenten

Die Verteilung der Konfessionszugehörigkeit innerhalb der Studentenschaft änderte sich in der frühen Nachkriegszeit nur wenig. Die überwiegende Mehrheit (rund 98 %) gehörte den beiden großen christlichen Konfessionen an, dabei waren knapp zwei Drittel römisch-katholisch und gut ein Drittel evangelisch. Die Zahl der Katholiken war leicht rückläufig, dagegen stieg die Zahl der Protestanten leicht an.²⁰⁴ Die übrigen rund 2 % der Studentenschaft bezeichneten sich überwiegend als gottgläubig (im Sommersemester 1948 0,5 %) oder als konfessionslos (1,2 %). Ende der 40er Jahre studierten darüber hinaus zwei Juden in Bonn.

Es ist wenig verwunderlich, dass im katholisch geprägten Rheinland auch die Universität Bonn mehrheitlich von katholischen Studenten besucht wurde. Nimmt man jedoch das gesamte Bundesgebiet in den Blick, so macht sich eine deutliche Unterrepräsentation katholischer Studierender verglichen mit dem Bevölkerungsanteil der Katholiken bemerkbar. Der Anteil katholischer Studierender lag im Wintersemester 1952/53 3,2 % niedriger als der katholische Bevölkerungsanteil. Dieser negative Überhang vergrößerte sich im Laufe der 50er Jahre stetig und war bis zum Wintersemester 1960/61 auf 10,1 % angewachsen.²⁰⁵ Bonn lag als katholisch geprägte Universität hier nicht im Trend. Die Ursache dieses katholischen Bildungsdefizites war primär nicht in der Konfessionszugehörigkeit zu suchen, sondern lässt sich vielmehr auf verschiedene andere Faktoren zurückführen. So ist beispielsweise der Anteil der Katholiken an bildungsfernen Bevölkerungsschichten wie Arbeitern, der Landbevölkerung oder kinderreichen Familien höher. Die Konfession ist dabei nur sekundäres Merk-

203 Werte nach UAB UV 69 – 13: SS 1948 12,4 %; WS 1948/49 13,6 %; SS 1949 12,8 %; WS 1949/50 6,2 %; SS 1950 5,4 %.

204 Statistiken liegen nur für die Semester SS 1948 bis SS 1950 vor (UAB UV 69 – 13), die Zahlenangaben für übrigen Semester beruhen auf der Auswertung der Exmatrikeldatenbank. Im WS 1945/46 waren 64,4 % Katholiken und 34,0 % Protestanten, im SS 1950 61,0 % Katholiken und 36,7 % Protestanten eingeschrieben.

205 Erlinghagen, Bildungsdefizit, S. 53 ff.

mal dieser Kriterien, welche die Bildungschancen negativ beeinflussen.²⁰⁶ Hinzu kommen die in der katholischen Bevölkerung stärker ausgeprägte Geringerschätzung der höheren Mädchenbildung sowie die mangelnde Förderung von Studentinnen durch Stipendien. So begann beispielsweise die katholische Begabtenstiftung Cusanuswerk erst 1966 mit der Förderung von Studentinnen. Peisert sieht daher den Bildungsrückstand der Katholiken besonders im Hinblick auf die Bildung von Mädchen und Frauen weniger als Ausfluss einer konfessionspezifischen Minderbegabung als einer minderen Begabungspflege.²⁰⁷

Bemerkenswerter als die Konfessionsverteilung der Studentenschaft insgesamt ist die Fächerwahl der jeweiligen Konfessionsangehörigen. Dabei fällt eine nach Konfessionszugehörigkeit variierende Schwerpunktsetzung auf. Die Bonner katholischen Studenten wählten in stärkerem Maße als ihre protestantischen Kommilitonen ein medizinisches (30 %, Protestanten 24 %) oder ein geisteswissenschaftliches Studium (16 %, Protestanten 13 %). Die protestantischen Studenten dagegen drängten stärker zu den naturwissenschaftlichen Fächern (19 %, Katholiken 17 %) oder zu den Rechtswissenschaften (17 %, Katholiken 13 %).²⁰⁸ Dies entspricht auch der bundesweit zu beobachtenden konfessionsabhängigen Fächerwahl.²⁰⁹

Bis 1950 verlagerten sich die Studienschwerpunkte leicht, wobei in den meisten Fächern die Entwicklung von Protestanten und Katholiken parallel verlief. Die bei beiden Konfessionen zu beobachtende Vorrangstellung des Medizinstudiums ging zu Gunsten der Natur-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften zurück. Gegenläufige Entwicklungen sind dagegen beim Theologie- und Jurastudium zu beobachten: Bei den Theologien verschieben sich die Anteile leicht zu Gunsten der Protestanten, während in der Rechtswissenschaft die Dominanz der Protestanten abnahm.

Die Verschiebung bei der Wahl des Theologiestudiums ist bemerkenswert, da bundesweit eine höhere Affinität der Katholiken zum Theologiestudium erkennbar wird.²¹⁰ In Bonn ist diese jedoch nur in den ersten beiden Nachkriegssemestern zu erkennen. Während im Wintersemester 1945/46 sich 15,6 % der Katholiken für die Theologie entschieden, taten dies nur 7,1 % der Protestanten. Im Sommersemester 1946 war das Verhältnis mit 11,4 % zu 8,4 % immer

206 Peisert, Soziale Lage, S. 81.

207 Ebd., S. 87.

208 Zahlen bezogen auf das Sommersemester 1948, UAB UV 69–13.

209 Vgl. Erlinghagen, Bildungsdefizit, S. 54 f., ebenso Kaupen, Einfluss, S. 135.

210 Ebd. Das stärkere Streben katholischer Studenten zu einem geistlichen Beruf führt in Verbindung mit dem Zölibat dazu, dass Bildungstraditionen nicht vererbt werden und leistet dadurch dem katholischen Bildungsdefizit Vorschub, vgl. dazu Peiser, Soziale Lage, S. 83.

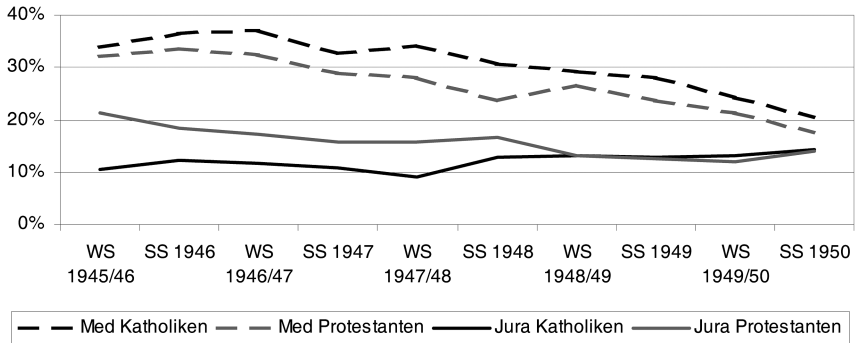


Diagramm 13: Die Fächerwahl in Abhängigkeit von der Konfession (Zahlen für WS 1945/46 bis WS 1946/47 nach Exmatrikeldatenbank, für SS 1948 bis SS 1950 nach UAB UV 69 – 13)

noch sehr unausgeglichen und entspricht dem, was nach dem Bundesdurchschnitt zu erwarten war.²¹¹ In den folgenden Semestern glich sich jedoch das Verhältnis an, die Protestanten entschieden sich gar in leicht höherem Maße für die Theologie als die Katholiken. Der Grund für den niedrigen Anteil protestantischer Theologiestudenten in den ersten beiden Nachkriegssemestern ist an der Bonner Universität in den Anlaufschwierigkeiten der Fakultät zu sehen, die sich nach ihrem völligen Umbau im ›Dritten Reich‹ erst wieder neu etablieren musste. Seit 1946 war die Fakultät aber wieder in vollem Umfang hergestellt und die Studentenzahlen stiegen merklich an.²¹²

Alles in allem ist keine gravierende Veränderung in der konfessionsabhängigen Fächerverteilung zu beobachten. Die Entwicklungen laufen weitestgehend parallel. Allenfalls ist eine zunehmende Angleichung festzustellen. Blickt man zeitlich weiter nach vorne sieht man diesen Trend bestätigt. Im Wintersemester 1961/62 weist die Fächerverteilung kaum noch konfessionsabhängige Unterschiede auf. Lediglich bei den Geisteswissenschaften ist der Anteil der Katholiken, bei den Naturwissenschaften der der Protestanten um je rund 2 % höher.²¹³ Mit dem Rückgang der Bedeutung der Konfessionen für das gesellschaftliche Leben gingen auch die konfessionsbedingten Unterschiede, die sich u. a. in der Wahl des Studienfachs niederschlugen, zurück. Das katholische Bildungsdefizit begann sich aufzulösen, da seine einzelnen Bestimmungsmomente an Wirkung verloren.²¹⁴ In den ersten Nachkriegssemestern sind diese

211 Bonner Zahlen nach Exmatrikeldatenbank.

212 Zur Entwicklung der Fakultät im ›Dritten Reich‹ vgl. Bizer, Ernst: Zur Geschichte der Evangelisch-Theologischen Fakultät von 1919 bis 1945, in: Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Evangelische Theologie, Bonn 1968 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818 – 1968), S. 227 – 275.

213 Die Studierenden an den wissenschaftlichen Hochschulen in NRW, WS 1961, S. 31.

214 Peisert, Soziale Lage, S. 89.

Unterschiede noch deutlich erkennbar. Ein Rückgang derselben und eine zunehmende Parallelisierung des Studienverhaltens der Angehörigen verschiedener Konfessionen beginnen sich bereits abzuzeichnen. Ein deutlicher Einschnitt ist hier jedoch nicht erkennbar.

3.9. Die politische Vergangenheit der Studenten

Wie oben (Kap. 2.3.) gezeigt wurde, war die politische Vergangenheit der Studenten ein entscheidendes Kriterium, das bei der Auswahl der Studienbewerber berücksichtigt wurde. Für das erste Nachkriegssemester hatte die Militärregierung die Devise ausgegeben, dass die einfache Mitgliedschaft in der Partei oder einer ihrer Organisationen kein Grund für die Ablehnung eines Bewerbers sei.²¹⁵ Im Verlauf der Zulassung zeigte sich jedoch, dass detailliertere Richtlinien für die Auswahl der Studenten erforderlich waren. Für das Sommersemester 1946 wurden daher strengere Maßstäbe bei der politischen Überprüfung zu Grunde gelegt und die Bewerber in die Kategorien A bis D je nach Schwere ihrer Belastung eingestuft.²¹⁶ Da die Immatrikulation in der Reihenfolge der Kategorien erfolgte, d. h. zuerst die Gruppe A (politisch Unbelastete) und danach die Bewerber der Gruppe B (einfache Mitglieder) zugelassen wurden, sind für das Sommersemester 1946 und die folgenden Semester ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Studenten zu erwarten, die politisch nicht oder nur minderbelastet waren. Da mit Zulassung der Bewerber der Gruppe B zumeist der Numerus clausus erreicht war, konnten die Bewerber der übrigen Gruppen nicht mit einer Zulassung rechnen.

Das Sommersemester 1946 ist das einzige Semester, zu welchem konkrete Zahlenangaben über die Zugehörigkeit zu den einzelnen Kategorien in den Akten des Universitätsarchivs überliefert sind. Danach hatten sich insgesamt 8.455 Bewerber bei den Immatrikulationsausschüssen gemeldet. Von diesen wurden 13,1 % der Gruppe A zugerechnet, 80,6 % der Gruppe B und nur 6,3 % den Gruppen C und D.²¹⁷ Bemerkenswert ist, dass die Kategorisierungen starke Unterschiede in Bezug auf das Studienfach aufweisen. Während bei Studenten der katholischen Theologie 34 % der Gruppe A angehörten, waren es bei der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät 8 % und bei der Evangelisch-Theologischen Fakultät gar nur 4 %. Da die beiden letztgenannten Fakultäten

215 Krönig/Müller, Nachkriegssemester, S. 152, auch in UAB PF 138–164.

216 Die EIGA Nr. 5 (enthalten in UAB UV 69–338) sah folgende Gruppen vor: Unbelastete (A), Parteianwärter, einfache Mitglieder der HJ (B), nichtaktivistische Parteimitglieder (C), aktivistische Mitglieder der Partei, auch HJ-Führer (D), Unannehmbare (E), vgl., auch oben Kap. 2.3.

217 Eingereichte Anträge für das Sommer-Semester 1946, UAB UV 69–338.

von Protestanten dominiert wurden, wird hier die Konfessionsabhängigkeit der politischen Belastung deutlich: Während katholische Studenten in ihrer Kirche ein Wertesystem fanden, dass sie in der Ablehnung des Nationalsozialismus bestärkte, waren die Protestanten durch die enge Zusammenarbeit eines maßgeblichen Teiles ihrer Kirche mit dem Nationalsozialismus eher zur Kooperation bereit.²¹⁸ Dies zeigt sich in seinen Auswirkungen auch in der Zusammensetzung der Nachkriegsstudentenschaft.

Hauptgrund für eine politische Belastung war die Mitgliedschaft in einer der Jugendorganisationen der NSDAP (DJ, JM, HJ oder BDM). Mitgliedschaften in der Partei selbst oder in deren angegliederten Organisationen wie SA, SS oder NSKK waren dagegen seltener und nur bei älteren Bewerbern anzutreffen. Die HJ²¹⁹ war im ›Dritten Reich‹ ein gesellschaftliches Totalphänomen. Bewusst zielte die Partei darauf ab, alle Jugendlichen eines Jahrgangs in die HJ aufzunehmen, um sie in ihrem Sinne erziehen und formen zu können. Alle 10-jährigen wurden jeweils an Hitlers Geburtstag in das Deutsche Jungvolk aufgenommen, von dort mit 15 in die HJ, mit 18 im Regelfall in die NSDAP überführt. Ab dem Geburtsjahrgang 1926 wurden dabei ca. 95 % aller Zehnjährigen erfasst.²²⁰ 1940 wurden erstmals alle zehnjährigen Jungen und Mädchen zwangsweise zur HJ eingezogen.²²¹ Es ist also davon auszugehen, dass sich von den Jahrgängen nach 1926 nur in Ausnahmefällen völlig unbelastete Studienbewerber um die Aufnahme an der Universität bewarben. Die Mehrzahl der Studenten wird Mitglied der HJ gewesen und somit der Gruppe B zuzurechnen sein.

Der Anteil der HJ-Mitglieder unter den Bonner Studenten nahm in Abhängigkeit vom Geburtsjahrgang kontinuierlich zu. Von den Jahrgängen 1916 – 1920 waren durchschnittlich 70,2 % der Bonner Studenten Mitglied der HJ gewesen,²²² bei den Jahrgängen 1921 – 1925 lag der Anteil bereits bei 79,9 %. In den Jahrgängen 1926 und 1927 erreichte der Anteil mit jeweils über 93 % den Höhepunkt. Auf Grund des vorliegenden Datenmaterials können für die jüngeren Jahrgänge keine verlässlichen Aussagen getroffen werden. Der Geburtsjahrgang 1916 bildete unter den Bonner Studenten die Grenze zwischen den Älteren, die altersbedingt nur in Ausnahmefällen Mitglieder der HJ waren und den Jüngeren, deren Mitgliedschaft den Regelfall darstellte.

Im Wintersemester 1946/47 wurde die zuvor erlassene Jugendamnestie für

218 Dies zeigt sich u. a. auch in der Mitgliedschaft im NSDStB, an dem Protestanten in weitaus stärkerem Maße beteiligt waren als katholische Studenten, vgl. dazu Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 53.

219 Die Bezeichnung HJ wird hier als Gesamtbezeichnung der NSDAP-Jugendorganisationen einschließlich DJ, JM und BDM verstanden.

220 Klönne, Jugend im Dritten Reich, S. 28.

221 Ebd., S. 37.

222 Zahlen nach Exmatrikeldatenbank.

alle nach dem 1. Januar 1919 Geborenen wirksam. Dies bedeutete für den Großteil der Bewerber, dass ihre politische Vergangenheit, sofern sie nicht zur NS-Führungsschicht gehörten oder an Kriegsverbrechen beteiligt waren, keine Rolle für ihre Zulassung zum Studium mehr spielte.²²³ Unter den Älteren, die nicht von der Jugendamnestie profitierten, war der Anteil der Belasteten deutlich geringer, als bei den Jüngeren, die durch die de facto-Pflichtmitgliedschaft in der HJ vielfach automatisch belastet waren. Von den vor 1919 Geborenen waren nur 58,7 % Mitglieder einer NS-Organisation gewesen.

Im ersten Nachkriegssemester waren 74,3 % der Studenten ehemalige Mitglieder in der HJ, weitere 6,5 % hatten der Partei oder einer ihrer übrigen Gliederungen angehört. Lediglich 19,2 % waren völlig unbelastet.²²⁴ Der Anteil der ehemaligen Führer lag bei 18,8 %. Die überwiegende Mehrheit der Studenten hatte allerdings nur untere Führerränge bekleidet, lediglich 1,2 % der Studenten waren Scharführer oder höherrangig gewesen. Der Rang des HJ-Scharführers war die Stufe, ab welcher der Student der Gruppe C zugerechnet wurde und damit nur in Ausnahmefällen mit der Zulassung zum Studium rechnen durfte.²²⁵

Die Verschärfung der Zulassung zum Sommersemester 1946 betraf insbesondere Bewerber der Gruppe C. Während der Anteil der einfachen HJ-Mitglieder mit 73,2 % gegenüber dem vorangegangenen Semester in etwa konstant blieb, stieg der Anteil der ehemaligen Mitglieder in sonstigen Parteiorganisationen um ein knappes Drittel auf 8,6 %. Gleichzeitig sank der Anteil der ehemaligen Führer leicht auf 17,2 %, der der höheren Führerränge dagegen deutlich auf 0,5 % ab. Das vorrangige Ziel der Briten, die Zurückdrängung der stärker belasteten Führer, konnte damit im Sommersemester 1946 erreicht werden.

Die Mitgliedschaft in der HJ während des ›Dritten Reiches‹ war für den Bonner Nachkriegsstudenten der Normalfall. Drei Viertel bis vier Fünftel der Studenten waren in der HJ organisiert gewesen. Bemerkenswert ist, dass der Anteil der ehemaligen HJ-Mitglieder an der Nachkriegsstudentenschaft am Ende der 40er Jahre anstieg. Waren es im Wintersemester 1945/46 noch 74,3 %, konnte in den beiden folgenden Semestern der Anteil zunächst auf unter 74 % gedrückt werden. Nach Einführung der Jugendamnestie stieg er wieder an und erreichte im Sommersemester 1949 82 %. Für die folgenden Semester liegen keine Daten vor. Es ist aber davon auszugehen, dass durch das Nachrücken jüngerer Jahrgänge, die nicht mehr vom nationalsozialistischen Erziehungssystem erfasst wurden, der Anteil zu Beginn der 50er Jahre deutlich sank. Der Anteil der Führerränge entwickelte sich parallel zum Anteil der einfachen Mit-

223 Von der Jugendamnestie profitierten ca. 90 % der Studenten, Pingel, *Attempts at University Reform*, S. 24. Zur Einführung der Jugendamnestie vgl. Kap. 2.3.

224 Zahlen nach Exmatrikeldatenbank.

225 Anhang A zur ECI 52, enthalten in HStAD NW 25–218.

glieder. Auch hier ist im Sommersemester 1946 und im Wintersemester 1946/47 zunächst ein leichter Rückgang zu bemerken. Der Anstieg nach der Jugendamnestie fällt hier mit einem Sprung von 17,9 % im Wintersemester 1946/47 auf 20,5 % im Sommersemester 1947 noch deutlicher aus. Die erfahrene Prägung durch die HJ war für Studenten bis Mitte der 50er Jahre der Regelfall. Vor allem die Geburtsjahrgänge 1926 bis 1934 waren stark betroffen, während die jüngeren Jahrgänge nur die noch weitgehend spielerische Erziehung der Deutschen Jugend bzw. der Jungmädels erhalten hatten.

Eine weitere politische Belastung stellte die Mitgliedschaft im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) dar. Da die Zulassungsbestimmungen eine Bevorzugung von Studenten höherer Semester vorsah, war die Zahl der Studenten, die bereits vor Kriegsende mit dem Studium begonnen hatte, in den ersten Nachkriegssemestern sehr hoch. Im Wintersemester 1945/46 lag der Anteil von Nicht-Erstsemestern bei 62,1 %.²²⁶ Knapp zwei Drittel der Studenten waren also während ihres Studiums zur NS-Zeit den Werbeversuchen des NSDStB ausgesetzt gewesen. Eine Zwangsmitgliedschaft zum NSDStB bestand zwar nicht,²²⁷ durch die Verknüpfung von Stipendien mit der Mitgliedschaft im NSDStB wurde letztere jedoch zum notwendigen Übel für Studenten, die ihr Studium nicht aus eigenen oder familiären Mitteln finanzieren konnten. Eine Mitgliedschaft im NSDStB war daher meist eher ein Ergebnis von Druck oder indirektem Zwang als von politischer Überzeugung.²²⁸ So konnte der Studentenbund innerhalb der Studentenschaft nie eine Rolle einnehmen, wie sie die HJ für die unter 18-jährigen spielte. Grüttner schätzt den Anteil der Studentinnen in der Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Studentinnen (ANSt), der weiblichen Entsprechung des NSDStB, auf rund zwei Drittel. Den Anteil der Studenten im NSDStB setzt er geringer an. Dabei sind große regionale Unterschiede festzustellen, da der NSDStB besonders an katholisch geprägten Universitäten, wie u. a. auch Bonn, eine geringere Rolle spielte.²²⁹

Im Wintersemester 1945/46 waren an der Universität Bonn nur 17 % der männlichen Studenten, die ihr Studium während des ›Dritten Reiches‹ begonnen hatten, Mitglied im NSDStB gewesen (dazu kamen weitere 9,3 % mit Anwärterstatus). Bei den Studentinnen lag der Anteil der Mitglieder der ANSt mit 18,2 % und 20,5 % Anwärterinnen deutlich höher.²³⁰ Bereits im Sommersemester 1946 ging der Anteil der Mitglieder im NSDStB auf 15,5 %, der Anteil der ANSt-Mitglieder auf 13,1 % deutlich zurück. Bei der Zulassung wurde die Mitgliedschaft im NSDStB oder ANSt wie die einfache Mitgliedschaft in der HJ

226 Zahlen nach Exmatrikeldatenbank.

227 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 328.

228 Ebd., S. 328.

229 Ebd., S. 413.

230 Zahlen nach Exmatrikeldatenbank.

gewertet. Für die Mehrheit der ehemaligen NSDStB/ANSt-Studenten war die Mitgliedschaft in der Studentenorganisation nicht die einzige Belastung. Im Regelfall waren sie bereits in jüngeren Jahren Mitglied der HJ gewesen. Die Mitgliedschaft in HJ *und* NSDStB wirkte sich jedoch nicht verschärfend auf die Zulassung aus. HJ- oder NSDStB-Mitgliedschaft führte zur Einstufung in die Gruppe B, nur höhere Führerränge wurden in die Gruppe C eingestuft und damit de facto zunächst vom Studium ausgeschlossen.²³¹

Die erste Studentengeneration zeichnete sich durch einen geringeren Anteil an Mitgliedern der Hitlerjugend aus als die nachfolgenden jüngeren Studenten. Dagegen waren sie in stärkerem Maße durch Mitgliedschaft in den übrigen NS-Organisationen belastet. Der stärkeren politischen Belastung der älteren Jahrgänge standen dabei ihr höheres Reflektionsniveau und ihre durch die Kriegserfahrungen gewachsene Abneigung gegen den Nationalsozialismus gegenüber. Dagegen hatten die Jüngeren die nationalsozialistische Erziehung in vollem Umfang erhalten, waren auf der anderen Seite aber vor den Erfahrungen des Krieges größtenteils verschont geblieben. Sie waren daher bis zum Zusammenbruch in stärkerem Maße von der NS-Ideologie durchdrungen. Ihr junges Alter und ihr geringer Erfahrungshorizont machten den jüngeren Studenten jedoch gleichzeitig die Neuorientierung nach 1945 leichter.

3.10. Die militärische Vergangenheit der Studenten

Neben der politischen Vergangenheit war es auch die Rolle des einzelnen Studenten im Krieg, die bei der Zulassung eine wichtige Rolle spielte. Im Punktesystem zur Zulassung war für den Kriegsdienst zunächst ein Bonus von einem Punkt pro Jahr vorgesehen. Diese Wertung wurde jedoch noch vor Immatrikulationsbeginn zum Wintersemester 1945/46 fallengelassen.²³² Dagegen wurde der Kriegsdienst nun mit anderen Kriterien zu einem Unterpunkt »besondere Schädigungen irgendwelcher Art in den letzten 12 Jahren« zusammengefasst. Innerhalb dieses Unterpunktes waren maximal zwölf Bonuspunkte möglich, für jedes Jahr Kriegsdienst wurde ein halber Punkt angerechnet.²³³

Von den in der Exmatrikeldatenbank erfassten männlichen Studenten hatten 84,4 % im Krieg gekämpft. Die durchschnittliche Dauer des Wehrdienstes lag bei 41 Monaten.²³⁴ Darin ist die Zeit vom Tag der Einberufung bis Kriegsende bzw. zur vorzeitigen Entlassung aus der Wehrmacht enthalten, d. h. auch Urlaubs-

231 Vgl. dazu EIGA Nr. 5, enthalten in UAB UV 69–338 und HStAD NW 25–218.

232 Ein früher Entwurf des Punktesystems enthält diesen Punkt noch, vgl. UAB MF 68–11. Dort wurde er nachträglich gestrichen. Vgl. zum Punktesystem zur Zulassung auch Kap. 2.2.

233 Endgültiges Punktesystem zur Zulassung für das WS 1945/46 in UAB PF 138–168.

234 Zahlen nach Exmatrikeldatei.

zeiten oder Zeiten der Behandlung im Lazarett. Der durchschnittliche Student hatte also dreieinhalb Jahre in der Wehrmacht gedient und konnte in dieser Zeit nur bedingt seine Lebenspläne verwirklichen.

Das konkrete Kriegsschicksal war dabei stark vom jeweiligen Geburtsjahrgang abhängig. Im Hinblick auf die Kriegserlebnisse lassen sich für die männlichen Studenten drei Alterskohorten definieren, die sich durch ihre kriegsbestimmten Kollektiverfahrungen voneinander trennen lassen. Zum einen die Kriegsteilnehmer im engeren Sinne der Jahrgänge 1915 – 1925. Diese trugen die Hauptlast des Krieges und mussten zum großen Teil auch die Erfahrung der Gefangenschaft machen. Die zweite Gruppe bildeten die Luftwaffenhelfer der Jahrgänge 1926 – 1928,²³⁵ die nur kurze Kriegserfahrungen machen mussten, diese dafür jedoch in sehr jungen Jahren und schließlich die Kriegskinder der jüngeren Jahrgänge bis 1937²³⁶, die nicht mehr aktiv am Krieg beteiligt waren.

Von den Bonner Studenten der Jahrgänge 1915 – 1925 waren 93 % am Krieg beteiligt. Hauptsächlich kriegsgeschädigt waren die Jahrgänge 1921 – 1925, unter welchen auch die höchste Zahl an Kriegstoten zu beklagen war.²³⁷ Einen Einschnitt bildete die Einführung der Wehrpflicht 1935. Danach wurden alle Männer in dem Jahr, in welchem sie ihr 20. Lebensjahr vollendeten, zur Wehrmacht einberufen.²³⁸ Besonders betroffen waren davon die Jahrgänge 1915 – 1919, die noch vor dem Krieg ihren Wehrdienst ableisten mussten. Mit durchschnittlich über 60 Monaten Dienstzeit in der Wehrmacht hatten diese Jahrgänge dadurch den größten Zeitverlust bis zur Aufnahme ihres Studiums.²³⁹

Ein Blick auf das nachfolgende Diagramm zeigt deutlich, wie stark die Universität bis zum Anfang der 50er Jahre von den Kriegsheimkehrern der Jahrgänge 1915 bis 1925 geprägt war. Der Anteil dieser Generation lag in den ersten Nachkriegssemestern bei knapp 90 %. In den folgenden Semestern ging er jedoch stetig zurück. Die Luftwaffenhelfer der Jahrgänge 1926 bis 1928 kamen dagegen erst mit Verzögerung an die Universität, da sie zum großen Teil keine Hochschulreife oder nur einen Reifevermerk erhalten hatten und das Abitur in speziellen Kursen erst nachholen mussten. Sie erreichten mit 34 % im Wintersemester 1951/52 ihren größten Anteil an der Studentenschaft. Da die Luftwaffenhelfer die kleinste der hier betrachteten Alterskohorten darstellten, kam es nicht zu einer Prägung der Studentenschaft durch diese Gruppe.

235 Die zeitliche Begrenzung der Luftwaffenhelfergeneration wird in der Literatur unterschiedlich vorgenommen. Boll grenzt sie auf die Jahrgänge 1927 – 1929 ein (Boll, *Jugend im Umbruch*, S. 498). Die hier vorgenommene Begrenzung folgt Echternkamp, *Nach dem Krieg*, S. 134 und wird durch die Angaben der Exmatrikeldatenbank nahegelegt.

236 Dem Geburtsjahrgang 1937 entstammen die jüngsten der hier betrachteten Studenten.

237 Hodenberg, *Politische Generationen*, S. 273.

238 Wehrgesetz vom 21. 5. 1935, RGBl. 1935 I, S. 609 – 614.

239 Zahlen nach Exmatrikeldatenbank.

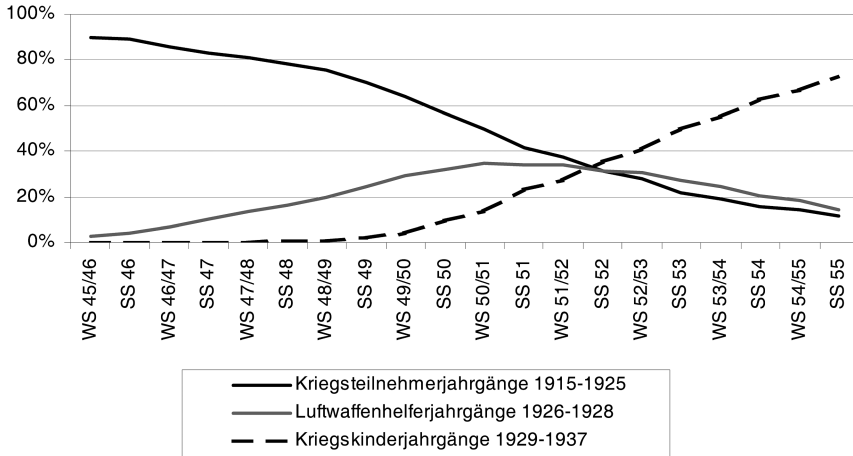


Diagramm 14: Die Zusammensetzung der männlichen Studentenschaft nach Jahrgängen (Zahlen nach Studentenkartei)

Seit dem Ende der 40er Jahre drängten dagegen zunehmend jüngere Studenten an die Universität. Im Sommersemester 1952 war die Gruppe der Kriegskinder erstmals größer als die der Frontkämpfer. Seit dem Wintersemester 1953/54 stellten sie mehr als 50 % der männlichen Studenten und drängten die Prägung der Studentenschaft durch die Heimkehrer zunehmend in den Hintergrund. Auch wenn die Zugehörigkeit zu einer bestimmten hier definierten Alterskohorte keine Rückschlüsse auf das individuelle Schicksal eines Studenten zulässt, ist doch zu erwarten, dass von der bestimmenden Gruppe eine Prägung der Studentenschaft ausgeht, die als Ausfluss der jeweiligen Kollektiverfahrungen zu verstehen ist und die sich in politischen Meinungsbildern oder Verhaltensweisen äußert.²⁴⁰ Die kollektiven Erlebnisse des Krieges hatten den männlichen Nachkriegsstudenten einen gemeinsamen Erfahrungshorizont verliehen, der sie zwangsläufig von den jüngeren Studenten unterschied.

Ebenso wie der Krieg wurde die Erfahrung der Gefangenschaft zum Kollektiverlebnis. 83 % der Kriegsteilnehmer unter den Bonner Studenten gerieten in Gefangenschaft.²⁴¹ Die Erfahrungen der Gefangenschaft waren je nach Dauer, Ort und Siegermacht extrem unterschiedlich. Insofern sind die statistischen Zahlen, die eine Durchschnittsdauer der Gefangenschaft von sieben Monaten ergeben, nur wenig aussagekräftig.²⁴² Die Gefangenschaft konnte von einem mehrwöchigen Aufenthalt in einem Lager in Deutschland bis zur Deportation in

240 Vgl. dazu Kap. 5.

241 Zahlen nach Exmatrikeldatenbank.

242 Zahl nach Exmatrikeldatenbank. Da die Datenbank nur Studenten enthält, die sich bis zum Sommersemester 1949 immatrikulierten, sind hier Spätheimkehrer nicht berücksichtigt.

das jeweilige Siegerland mit mehrjähriger Lagerhaft reichen. Während der Transport in die UdSSR meist jahrelange Zwangsarbeit unter erbärmlichen Lebensumständen, für viele Gefangene auch gesundheitliche Schäden oder gar den Tod bedeutete, herrschten in den Lagern der westlichen Alliierten im Regelfall bessere Lebensbedingungen. Für angehende Abiturienten und Studenten bestand in einigen Lagern die Möglichkeit, die Reifeprüfung abzulegen oder mit dem Studium zu beginnen (vgl. auch oben Kap. 2.2.). Immerhin 5,6 % der in Gefangenschaft geratenen Studenten der Exmatrikeldatenbank hatten die Möglichkeit genutzt, im Lager ein Studium zu beginnen, die meisten von ihnen in Großbritannien, den USA, Frankreich und Kanada. Problematisch für jene Studenten war die Anerkennung der Studienleistungen, für deren Überprüfung von der Hochschulkonferenz 1947 eine eigene Zentralstelle gebildet wurde.²⁴³

Als Folge des Krieges gab es eine hohe Zahl Kriegsgeschädigter unter den Studenten. Waren bereits während des Krieges die Versehrten eine der Gruppen, die das Bild der Studentenschaft geprägt hatte,²⁴⁴ so blieb ihr Anteil auch in den ersten Nachkriegssemestern sehr hoch. Als Geschädigte des Krieges wurden Versehrte bei der Zulassung bevorzugt.²⁴⁵ Zudem profitierten sie von einer 1946 zu ihren Gunsten erlassenen Amnestie.²⁴⁶ Darüber hinaus hatten viele Versehrte bereits während des Krieges ihr Studium beginnen können und wiesen nun eine hohe Semesterzahl auf, was ebenfalls ihre Zulassung begünstigte. Alle diese Faktoren führten dazu, dass der Anteil kriegsversehrter Studenten in den ersten Nachkriegssemestern überdurchschnittlich hoch war. Im ersten Nachkriegssemester war gut ein Drittel der männlichen Bonner Studenten kriegsversehrt.²⁴⁷ Damit lag der Anteil der Kriegsversehrten an der Universität Bonn in einer Größenordnung, wie er auch an anderen Universitäten anzutreffen war. In Köln lag er 1946 bei 27 %, ²⁴⁸ an den acht vom Statistischen Amt der britischen Be-

243 10. Hochschulkonferenz am 12. 6. 1947 in Bad Driburg, Heinemann, Hochschulkonferenzen 2, S. 381.

244 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 361.

245 Im Punktesystem zur Zulassung erhielten sie je nach Versehrtenstufe 1 – 3 Bonuspunkte, UAB PF 138 – 168.

246 Die sogenannte ›Weihnachtsamnestie‹, vgl. Fritzsche, Entnazifizierung, S. 17.

247 Zahlen nach Exmatrikeldatenbank. Danach lag der Anteil der Kriegsversehrten im WS 1945/46 bei 37,9 %. Es sei hier ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es auch kriegsversehrte Studentinnen gab. Im WS 1949/50 waren in Bonn 13 kriegsversehrte Studentinnen immatrikuliert. Dies entsprach einem Anteil von 1 % der Studentinnen. Zahlenangaben nach: Die Studierenden in Nordrhein-Westfalen. Hochschulstatistik für das Wintersemester 1949/50.

248 Seyffert, Methode und Ergebnis, S. 34. Edith Schaefer spricht in ihrem Bericht zur sozialen Lage des Studenten, in: Auditorium 1 (1947), Nr. 3, S. 7 – 11, hier S. 10 von 30 %. Die Vergleichbarkeit der Zahlen ist problematisch, da unklar bleibt, inwieweit noch nicht einer Versehrtenstufe zugeordnete Studenten erfasst wurden.

satzungszone erfassten Hochschulen lag er 1946 bei 33,1 %.²⁴⁹ Edith Schaefers sprach 1947 von einem deutschlandweiten Anteil von 30 %.²⁵⁰

Da viele Kriegsversehrte nach dem Krieg noch längere Zeit in Lazaretten oder Krankenhäusern versorgt werden mussten, strömte auch in den folgenden Semestern eine große Zahl an die Universitäten. Den Höhepunkt erreichte die Zahl der Kriegsversehrten im Wintersemester 1947/48 mit 963 Versehrten der Stufen I bis IV (dazu weitere 512 ohne oder mit noch nicht festgestellter Versehrtenstufe).²⁵¹ Die bevorzugte Zulassung der Kriegsversehrten sowie ihre absolvierten Kriegssemester hatten aber auch zur Folge, dass Kriegsversehrte ihr Studium zügig zu einem Ende führen konnten und ihr Anteil an der Studentenschaft rasch sank. Im Wintersemester 1949/50 lag er nur noch bei 20 %.²⁵² Ein deutlicher Einschnitt ist zum Sommersemester 1950 zu beobachten, als der Anteil schlagartig auf unter 10 % abfiel.²⁵³ Es bleibt fraglich, ob dieser deutliche Rückgang nicht auf einem Fehler der Statistik oder auf einer Änderung der Bezugsgrößen beruhte, da die Hochschulstatistik für Nordrhein-Westfalen für Bonn im Wintersemester 1951/52 noch einen Anteil von 12,6 % Kriegsversehrte unter den männlichen Studenten auswies.²⁵⁴ Auch im Bundesdurchschnitt lag der Anteil 1951 nach einer Erhebung des Studentenwerks noch bei 15,4 %.²⁵⁵ Erst bei der nächsten Erhebung zwei Jahre später war der Anteil auf 7,7 % gesunken.²⁵⁶

Deutlich erkennbar wird sowohl in Bonn als auch an den anderen Hochschulen der Bundesrepublik, dass die Versehrtenzahlen unter den Studenten am Beginn der 50er Jahre deutlich zurückgingen. Prägten Versehrte in den ersten Nachkriegssemestern noch das Bild der Studentenschaft, so waren sie in den Jahren nach 1950 zu einem seltenen Anblick geworden. Mit ihnen verschwand auch die stetige Mahnung an die Leiden des Krieges von den Universitäten. Der

249 Hochschulstatistik für das Sommersemester 1946, hg. vom Statistischen Amt für die britische Besatzungszone. Die acht ausgewerteten Hochschulen waren die Universitäten Göttingen und Kiel, die Medizinische Akademie Düsseldorf, die Tierärztliche Hochschule Hannover, die Technischen Hochschulen Aachen, Braunschweig und Hannover und die Bergakademie Clausthal.

250 Schaefers, Bericht zur sozialen Lage des Studenten, S. 10. Die Vergleichbarkeit der Zahlen ist problematisch, da unklar bleibt, inwieweit Studenten erfasst wurden, deren Versehrtenstufe noch nicht festgestellt worden war.

251 Zahlen nach Exmatrikeldatenbank. Veröffentlichtes statistisches Material über die Kriegsversehrtheit der Studenten liegt erst ab dem Sommersemester 1948 vor.

252 Zahlen nach Exmatrikeldatenbank.

253 UAB UV 69–13.

254 Die Studierenden in Nordrhein-Westfalen, WS 1951/52. Gegen eine Änderung der Bezugsgrößen spricht die seit Sommersemester 1948 regelhafte Anlage der überlieferten Statistiken, vgl. UAB UV 69–13.

255 Kath, Das soziale Bild (1952), S. 47.

256 Kath, Das soziale Bild (1954), S. 43.

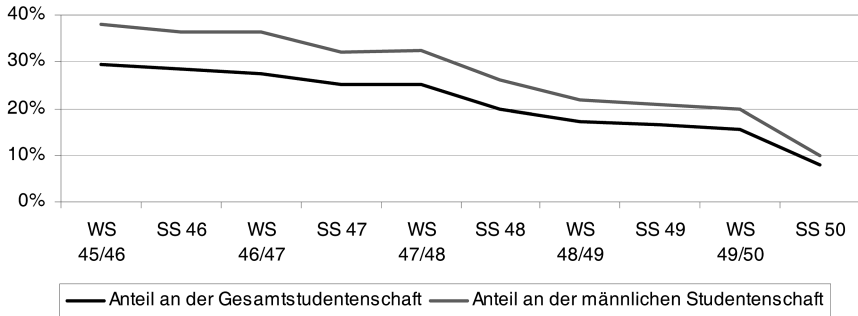


Diagramm 15: Anteil der kriegsversehrten Bonner Studenten (Zahlen für das WS 45/46, SS 46, SS 47 und WS 47/48 nach Exmatrikeldatenbank, für das WS 47/48 nach UAB UV 69–12, für die übrigen Semester nach UAB UV 69–13)

versehrte Student war eine typische Erscheinung der ersten Nachkriegsgeneration.

3.11. Displaced Persons

Eine besondere Gruppe sowohl innerhalb der deutschen Nachkriegsgesellschaft als auch innerhalb der Bonner Studentenschaft bildeten die Displaced Persons. Nach der offiziellen Definition der Militärregierung wurden unter der Bezeichnung Displaced Persons (DPs) solche Zivilpersonen verstanden, »die sich aus Kriegsfolgegründen außerhalb ihres Staates befinden; die zwar zurückkehren oder eine neue Heimat finden wollen, dieses aber ohne Hilfsstellung nicht zu leisten vermögen.«²⁵⁷ Dabei handelte es sich vor allem um osteuropäische Zwangsarbeiter, Flüchtlinge oder Verschleppte, um Kriegsgefangene oder um ehemalige Konzentrationslagerhäftlinge. Die meisten DPs stammten aus Russland oder Polen und waren als Kriegsgefangene oder als Zwangsarbeiter nach Deutschland gebracht worden. Daneben stellten Balten, Jugoslawen und Ukrainer die wichtigsten Nationalitäten dar. Kleinere Gruppen von DPs stammten aus Rumänien, Griechenland, Österreich oder der Tschechoslowakei.

Bereits 1943 war zur Betreuung der von den Alliierten erwarteten großen Zahl von DPs die United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) gegründet worden, die ab 1945 in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Militärregierung ihre Arbeit in Deutschland aufnahm.²⁵⁸ Unmittelbar nach der Be-

257 SHAEF, Administrative Memorandum Nr. 39, 18.11.1944, zitiert nach Jacobmeyer, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 16.

258 Zur Geschichte der UNRRA vgl. George Woodbridge, UNRRA. The History of the United Nations Relief and Rehabilitation Administration, New York 1950.

freierung der ersten DPs begann deren Rückführung in ihre jeweiligen Heimatländer. Jacobmeyer geht von einer Gesamtzahl von 10,8 Millionen DPs aus, von denen sich im Sommer 1945 noch ca. 8 Millionen auf dem Boden des Deutschen Reiches befanden.²⁵⁹ Der größte Teil der Displaced Persons wurde noch 1945 repatriiert, so dass Ende September nur noch 1,2 Millionen DPs in den drei Westzonen gezählt wurden, darunter 13 % Balten und Staatenlose sowie 66 % Polen.²⁶⁰ Für das Rheinland geht Schröder von einer Zahl von 160.000 – 170.000 Displaced Persons im Juni 1945 aus.²⁶¹

Da die Repatriierung der DPs von den Westalliierten mit großem Nachdruck betrieben wurde, konnte die Rückführung der eindeutigen Fälle bis Jahresende 1945 als abgeschlossen angesehen werden. Zu diesen eindeutigen Fällen gehörten diejenigen DPs, deren Staatsangehörigkeit zweifelsfrei feststellbar war und die zudem bereit waren, in ihre Heimat zurückzukehren. Dies betraf vor allem DPs aus west- und südeuropäischen Staaten.²⁶²

Ebenfalls bereits 1945 wurde die Repatriierung der sowjetischen DPs durchgeführt.²⁶³ Diese waren jedoch im Regelfall keineswegs zur freiwilligen Heimkehr bereit, leisteten im Gegenteil erbitterten und verzweifelten Widerstand. Da jedoch das in Jalta geschlossene interalliierte Abkommen die bedingungslose Rückführung aller sowjetischen Staatsangehörigen unabhängig von deren individuellem Wunsch vorsah,²⁶⁴ bildeten sowjetische DPs im ersten Nachkriegsjahr die größte Gruppe der repatriierten DPs. Angesichts der dramatischen Szenen, die sich vor den Augen der Westalliierten bei der bevorstehenden Zwangsrepatriierung in die Sowjetunion abspielten, verzichteten die Amerikaner seit Juli 1945 schrittweise auf Zwangsmaßnahmen bei der Repatriierung. Die Briten schlossen sich wenig später dieser Praxis an. Bis sich dieser Politikwechsel jedoch Ende 1945 durchgesetzt hatte, war der größte Teil der sowjetischen Displaced Persons bereits repatriiert worden.²⁶⁵

Die Folge dieser Repatriierungspolitik war, dass sich Ende 1945, zum Zeitpunkt der Wiedereröffnung der Universitäten, überwiegend nur noch solche DPs in Deutschland befanden, die keine sowjetischen Staatsbürger waren und damit nicht unter die Regelung der Zwangsrepatriierung fielen, und die eine

259 Nach Jacobmeyer, *Zwangsarbeiter*, S. 42, ebenso Pegel, *Fremdarbeiter*, S. 10; Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*, S. 220, geht ebenfalls von 10 – 11 Mio DPs aus, andere Autoren setzen die Zahlen niedriger an; Dietz-Görrig, *Displaced Persons*, S. 10 rechnet mit 8,5 Mio, Woodbridge, *UNRRA*, S. 469, nennt 8 Mio.

260 Jacobmeyer, *Zwangsarbeiter*, S. 84.

261 Schröder, *Displaced Persons* (2003), S. 185.

262 Jahn, *DP-Problem*, S. 16.

263 Vgl. dazu Polian, *Deportiert nach Hause*, bes. S. 89 ff. und Goeken-Haidl, *Der Weg zurück*.

264 Echternkamp, *Nach dem Krieg*, S. 63.

265 Jacobmeyer, *Zwangsarbeiter*, S 128, 134 ff.

freiwillige Rückkehr verweigerten. Zu dieser Gruppe gehörten vor allem Balten, Jugoslawen, Ukrainer und Polen.

Ein Großteil der Balten war erst im letzten Kriegsjahr auf der Flucht vor den vorrückenden sowjetischen Truppen nach Deutschland gekommen.²⁶⁶ Unter ihnen befanden sich einige, die mit den Nationalsozialisten sympathisiert oder gar kollaboriert hatten.²⁶⁷ Auch der Anteil der Angehörigen sogenannter ›fremdvölkischer Verbände‹ der Waffen-SS war gegenüber dem Anteil der Zwangsarbeiter unter den Balten vergleichsweise hoch.²⁶⁸ Im Dezember 1946 erwies sich, dass sich unter den estnischen Studenten in Bonn 17 Mitglieder der Waffen-SS und zwei ehemalige Angehörige eines Polizeibataillons befanden. Diesen wurde umgehend die Zulassung zum Studium entzogen.²⁶⁹ Amerikaner und Briten verzichteten nach dem Krieg auf die Repatriierung der Balten, da deren Staatsangehörigkeit nach der sowjetischen Annexion der baltischen Staaten ungeklärt war. Zwar sahen die Sowjets die Balten als sowjetische Staatsbürger an, auf die ebenfalls die Bestimmungen der Zwangsrepatriierung anzuwenden seien, Amerikaner und Briten hatten jedoch die sowjetische Annexion der baltischen Staaten nie anerkannt und verweigerten daher die Rückführung der baltischen DPs.²⁷⁰ Auch die Balten selbst waren auf Grund ihrer zumeist antisowjetischen Haltung zur freiwilligen Rückkehr nicht bereit.

Die Ukrainer bildeten eine besondere Gruppe. Da es keinen unabhängigen ukrainischen Staat gab, wurden die Ukrainer nach ihrem Geburtsort als sowjetische, polnische, rumänische oder tschechoslowakische Staatsangehörige behandelt.²⁷¹ Durch das Auseinanderklaffen von Staatsbürgerschaft und Nationalität bei den Ukrainern war eine Repatriierung nur schwer möglich. Viele Ukrainer, die eigentlich russische Staatsangehörige waren, gaben sich als Polen aus, um nicht zwangsrepatriert zu werden. Die meisten Ukrainer bezeichneten sich als staatenlos.²⁷² In der offiziellen Statistik der Briten tauchten sie erst 1947 auf, bis dahin wurden sie zu den Polen gerechnet.²⁷³

Nachdem die Repatriierung der Russen abgeschlossen war, unterbrachen die

266 Dietz-Görrig, *Displaced Persons*, S. 15.

267 Dietrich, *Weg zur Freiheit*, S. 25, ebenso Maaß, *Studentenschaft*, S. 122. Müller, *Fremde*, S. 49 zieht gar generell in Zweifel, ob baltische DPs als solche anzusprechen sind.

268 Jacobmeyer, *Zwangsarbeiter*, S. 80; Angehörige der Wehrmacht unter den DPs wurden nicht als Studenten zugelassen, ECI 27, PRO FO 1013/2173.

269 Monatsbericht UECO Gregor Smith vom Dezember 1946, PRO FO 1013/2209.

270 Schröder, *Displaced Persons* (2003), S. 197. Lediglich die französische Militärregierung betrachtete die Balten als sowjetische Staatsbürger und ordnete deren Zwangsrepatriierung an, Jacobmeyer, *Zwangsarbeiter*, S. 81 f.

271 Holborn, *IRO*, S. 178.

272 Zur Problematik der Nationalität der Ukrainer vgl. Müller, *Fremde*, S. 45 ff.

273 Woodbridge, *Displaced Persons*, S. 497 f., Schröder, *Displaced Persons* (2003), S. 197. Dies ist vermutlich auch der Grund für das deutliche Ansteigen der Zahl der Ukrainischen DPs im WS 1946/47, vgl. Diagramm unten.

Alliierten während des Winters 1945/46 witterungsbedingt die Transporte. Als im Frühjahr 1946 mit der Rückführung der Polen begonnen werden sollte, war deren Rückkehrwille bereits soweit erlahmt, dass es nicht zu Repatriierungen in nennenswertem Umfang kam. Für viele Polen war die Besetzung ehemals polnischen Gebietes durch die Sowjets ein Grund, sich der Rückführung zu verweigern.²⁷⁴

Polen und Balten bildeten so die beiden größten Nationalitätengruppen unter den Displaced Persons. Die übrigen Nationalitäten fielen weit weniger ins Gewicht. Neben den Ukrainern waren es in Bonn jedoch besonders die Jugoslawen, die eine Rolle spielten, da im DP-Camp in Oberkassel 295 der insgesamt 361 im Rheinland untergebrachten jugoslawischen DPs lebten.²⁷⁵ Zur Wahrnehmung ihrer Interessen gründeten die verschiedenen DP-Nationen Nationalkomitees, die sich zur Dachorganisation INCOPORE (Internationales Interessenkomitee für politische Flüchtlinge und verschleppte Personen) zusammenschlossen.²⁷⁶

Obwohl das oberste Ziel von Militärregierung und UNRRA die Rückführung der DPs war, sahen sie sich auch in der Pflicht, den DPs für die Zeit bis zu ihrer Repatriierung eine Perspektive aufzuzeigen. Da ein Großteil der DPs als Zwangsarbeiter nach Deutschland gekommen war und entsprechend seiner Arbeitsfähigkeit ausgewählt wurde, ergab sich eine starke Verschiebung der demographischen Struktur zu Gunsten der jüngeren Jahrgänge. Nur 13 % der DPs waren älter als 44 Jahre, nur 0,4 % hatten das Alter von 65 bereits überschritten.²⁷⁷ Um gerade den jungen DPs die Möglichkeit zu geben, die Zeit bis zu ihrer Repatriierung sinnvoll zu nutzen, erlaubten die Alliierten ihnen die Aufnahme oder Fortsetzung eines Studiums, obwohl die damit verbundene Bindung an Deutschland der Verwirklichung der Repatriierung im Wege stand.²⁷⁸ Den Universitäten der britischen Zone wurde auferlegt, 10 % des Numerus clausus für DPs freizuhalten.²⁷⁹ Dies bedeutete für Bonn, dass 250 der 2.500 bewilligten Studienplätze im Wintersemester 1945/46 für DPs reserviert werden mussten. Diese sollten an 150 Polen und 100 Balten vergeben werden. Alle übrigen Ausländer, einschließlich der Displaced Persons aus anderen Staaten, mussten über die Quote für deutsche Studenten immatrikuliert werden.²⁸⁰ Um

274 Jacobmeyer, Zwangsarbeiter, S. 97 f.

275 UNA, PAG-4/3.0.11.2.0.2:71, file 212, zitiert nach Schröder, Displaced Persons (2003), S. 191.

276 Jahn, DP-Problem, S. 51 f.

277 Holborn, IRO, S. 190, 197.

278 Das Studium der DPs hat erst in den letzten Jahren von der Forschung mehr Beachtung gefunden. Zu Bonn vgl. den grundlegenden Beitrag von Laura Hannemann »Sehr fleißig, und im Examen recht gut.«, zu Münster vgl. Schröder, Displaced Persons (2005), zu Braunschweig vgl. Maaß, Studentenschaft, S. 111 ff.

279 Schreiben des ECO an die Universität vom 31.10.1945, UAB UV 69–1.

280 Senatssitzung vom 13.12.1945, UAB Senat 33–1, vgl. auch die Liste der auf die deutsche

die Jahreswende 1945/46 wurde von britischer Seite vorübergehend erwogen, im DP-Camp Duisdorf eine eigene Universität für 250 Studenten einzurichten. Nach einer genaueren Überprüfung schien das Lager Duisdorf jedoch für diese Pläne nicht geeignet, vor allem da es wegen Platzmangels und witterungsbedingten Transportschwierigkeiten keine Möglichkeit gab, die nicht studentischen DPs aus Duisdorf in andere Lager zu verlegen.²⁸¹

Wie bei der Vergabe der Studienplätze an deutsche Bewerber war auch der Andrang auf die für Displaced Persons reservierten Studienplätze sehr groß. Allein 220 Polen bewarben sich auf die 150 für sie freigehaltenen Plätze. Die Bewerberliste der Litauer umfasste für das Wintersemester 1945/46 107 Namen bei 35 zu vergebenden Studienplätzen.²⁸² Angesichts dessen bemühte sich die Universität um eine Erhöhung des Numerus clausus. Im November gestand die Militärregierung eine dahingehende Änderung zu, dass an den Hochschulen, an welchen der Numerus clausus auf Grund der Wohnungssituation festgelegt worden war, die DP-Studienplätze zusätzlich zu den vom Numerus clausus geregelten Plätzen vergeben werden durften, da die DPs in Lagern lebten und nicht den Wohnungsmarkt der Universitätsstädte belasteten.²⁸³ Dies bedeutete für Bonn, dass die 250 DP-Studienplätze zusätzlich zu den 2.500 Plätzen für deutsche Studenten vergeben werden konnten. Die Universität Bonn war damit neben den eigens für und von DPs eingerichteten Hochschulen in Pinneberg und München die wichtigste deutsche Universität für Displaced Persons.²⁸⁴ Im Jahr 1948 entfielen von 578 DP-Studenten²⁸⁵ in Deutschland mehr als ein Viertel auf die Universität Bonn.

Quote immatrikulierten Ausländer in UAB UV 69 – 338. Da sich eine große Zahl von Studenten aus 19 anderen Nationen beworben hatte, bemühte sich die Universität um ein weiteres Sonderkontingent von 100 Studienplätzen für diese Studenten. Die Militärregierung war jedoch nicht zu weiteren Zugeständnissen bereit, so dass vor allem jugoslawische und ukrainische Studenten, auch wenn sie DP-Status hatten, auf das Kontingent der deutschen Studenten immatrikuliert werden mussten, Entwurf eines Schreibens an die Militärregierung (Herbst 1945), UAB UV 69 – 176 (2), vgl. auch: Senatssitzung vom 19. 12. 1945, UAB Senat 33 – 1. Seit dem Wintersemester 1946/47 wurden auch Jugoslawen innerhalb der DP-Quote zugelassen, Schreiben an UEO Gregor Smith vom 9. 4. 1947, UAB UV 69 – 326.

281 PRO FO 1052 / 303 Polish Camp University at Bonn-Duisdorf 1945 – 1946.

282 Vgl. die nach Nationalitäten geordneten DP-Listen in UAB UV 69 – 326.

283 ECI Nr. 27 vom 1. 11. 1945, HStAD NW 25 – 155a p. 183.

284 Zur DP-Universität in München vgl. Bernhard Zittel, Die UNRRA-Universität in München 1945 – 1947, in: *ArchivalZ* 75 (1979), S. 280 – 301 und Wynar: Ukrainian Scholarship, S. 323 – 326; zur Baltischen Universität in Pinneberg vgl. Eder, Angelika: Die Baltische Universität 1946 bis 1949, in: *Baltica* 10 (1997), H. 4, S. 9 – 27.

285 Zahlenangabe nach Dietz-Görrig, Displaced Persons, S. 87. Wynar, Ukrainian Scholarship, S. 323 nennt für 1947 – 48 eine Zahl von 500 DP-Studenten. Diese Zahlen beziehen sich nur auf die an deutschen Universitäten eingeschriebenen DPs und berücksichtigen nicht die Studenten der DP-Universitäten; nach Jahn, DP-Problem, S. 57 gab es im WS 48/49 insgesamt rund 10.000 DP-Studenten in Deutschland.

Ausdrücklich verstand sich die Zulassung von DPs zum Hochschulstudium im Wintersemester 1945/46 als Interimsmaßnahme.²⁸⁶ Vorrangiges Ziel der Briten war die Repatriierung. Die Aufnahme eines Studiums konnte daher nur eine Überbrückung des Zeitraums bis zur Heimkehr oder zur Übersiedlung in ein Drittland darstellen. Da aber Angehörige der Intelligenz von potentiellen Aufnahmeländern selten gesucht wurden, weil diese Konkurrenz zu ihren eigenen Landsleuten befürchteten, gehörten gerade die Studenten unter den DPs zum ›hard core‹ der Unvermittelbaren, die als letzte in Deutschland blieben.²⁸⁷

Die Zulassung der Displaced Persons erfolgte durch die britische PWDP-Division, der für Kriegsgefangene und Verschleppte zuständigen Militärbehörde in Zusammenarbeit mit den Nationalvertretungen der DPs.²⁸⁸ Die Universität hatte keinen Einfluss auf die akademische Auswahl und konnte nur im Nachhinein Beschwerden über unzureichende akademische Qualifikation oder Deutschkenntnisse an den UECO richten.²⁸⁹ 1946 wurde die Auswahl der DP-Studenten dem UNRRA-Zonenhauptquartier übertragen, welches sich seinerseits durch spezielle Auswahlkomitees der einzelnen nationalen Gruppen der DPs beraten ließ. So erfolgte die Auswahl der polnischen Bewerber durch das Polish Education Office und die der baltischen Bewerber durch den Rektor des Hamburg University DP study centre.²⁹⁰

Mit der Betreuung der DPs von Seiten der Universität wurden im November 1945 der litauische Honorarprofessor für das Geistesleben des slawischen Ostens Wladimir Szykarski und der in Polen geborene Ukrainer Professor Jaroslaw Pasternak ernannt, der im Sommer 1945 nach Bonn gekommen war und durch seine umfassenden Kenntnisse der slawischen Sprachen für diese Aufgabe geeignet schien. Bis zu seiner Auswanderung 1949 übte er sein Amt als Tutor der DPs aus.²⁹¹

Das Zulassungsverfahren der DP-Studenten zum ersten Nachkriegssemester begann erst, nachdem die deutschen Studenten bereits immatrikuliert waren und zog sich über einen langen Zeitraum hin. Die ersten DPs immatrikulierten

286 ECI Nr. 27 vom 1. 11. 1945, HStAD NW 25 – 155a p. 183.

287 Dietz-Görrig, Displaced Persons, S. 31.

288 Schröder, Displaced Persons (2005), S. 278; Jahn, DP-Problem, S. 81.

289 ECI Nr. 27 vom 1. 11. 1945, HStAD NW 25 – 155a p. 183.

290 PRO FO 945/695, ebenso 3. Konferenz der UECOs am 5. 6. 1946, PRO FO 1010/89 und Rundschreiben der Militärregierung vom 10. 8. 1946, HStAD NW 25 – 155a.

291 Schreiben des Rektors an die Militärregierung vom 26. 11. 1945, UAB UV 69 – 32. Jaroslaw Pasternak wurde in Prag promoviert und war seit 1939 Ordinarius in Lemberg, 1945 kam er nach Bonn, wo er 1947 einen Lehrauftrag erhielt. 1949 wanderte er nach Kanada aus, zu Pasternak vgl. UAB PA 6810. Wladimir Szykarski (1884 – 1960) war seit 1926 Ordinarius in Kowno. Seit 1941 lebte er in Deutschland. 1946 wurde er in Bonn zum Honorarprofessor ernannt, zu Szykarski vgl. UAB PA 8067.

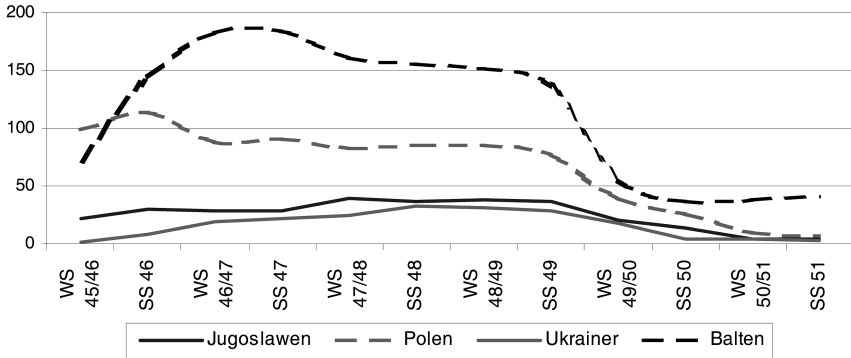


Diagramm 16: Displaced Persons an der Universität Bonn (Zahlen nach Studentenkartei und UAB UV 69 – 176)

sich in Bonn am 12. November 1945,²⁹² es blieb jedoch zunächst bei vereinzelt Zulassungen, erst Mitte Januar kam die Immatrikulation in Schwung. Bis Ende März 1946 waren 195 der 250 Studienplätze vergeben worden.²⁹³ Davon gingen 98 an polnische und 71 an baltische Studenten. Darüber hinaus wurden im ersten Nachkriegssemester 21 jugoslawische Studenten aus dem DP-Camp Oberkassel aufgenommen. Universität und Militärregierung bemühten sich, die noch freien Studienplätze zu besetzen.²⁹⁴ Erst im Sommersemester 1946 stieg die Zahl der immatrikulierten Displaced Persons auf 306, um sich in den folgenden Semestern im Bereich zwischen 300 und 350 einzupendeln.²⁹⁵

In der Wahl der Studienfächer legten die Displaced Persons den Schwerpunkt

292 Studentenkartei, Ausländeralphabet.

293 Am 18.3. nannte Prof. Pasternak eine Zahl von 175 Studenten, vgl. UAB UV 69 – 338. Bis Ende März konnten noch 20 weitere zugelassen werden. Obwohl sie die Zulassung zum WS 1945/46 erhalten hatten, konnte ein Großteil der DPs in diesem Semester keine Veranstaltungen mehr besuchen, da ihre Zulassung erst nach bzw. kurz vor Ende der Vorlesungen am 16.3. 1946 erfolgte.

294 Schreiben der Universität an das Litauische Komitee in Detmold mit dem Hinweis auf noch zu besetzende Studienplätze vom 21. 1. 1946, UAB UV 69 – 176 (2); Protokoll der 1. Konferenz der ECOs der britischen Zone am 3. 4. 1946, HStAD NW 25 – 218 p. 33 f.

295 Die in den Quellen überlieferten Zahlenangaben widersprechen sich. Statistiken sind in UAB UV 69 – 55, -170 und -326 enthalten, in letztgenannter Akte finden sich mehrere voneinander abweichende Statistiken. Zwei der überlieferten Tabellen weisen nur geringe Abweichungen auf, davon ist eine in zwei verschiedenen Akten überliefert (UAB UV 69 – 55 und -326). Diese wurde hier als Grundlage genommen. Aus ihr gehen folgende Gesamtzahlen hervor: WS 1945/46: 175, SS 1946: 315, WS 1946/47: 348, SS 1947: 347, WS 1947/48: 318, SS 1948: 318, WS 1948/49: 303. Für das Wintersemester 1945/46 wurde die Zahl an Hand einer in UAB UV 69 – 176 überlieferten, nach Immatrikulationsdaten und Matrikelnummern geordneten Namensliste auf 195 korrigiert. Der Behauptung, die Zahl der studierenden DPs sei in Bonn unbekannt gewesen (Schröder, Displaced Persons (2005), S. 281 Anm. 202) ist nicht zutreffend.

auf praxisbezogene Fächer. Rund 70 % entschlossen sich für ein medizinisches, naturwissenschaftliches oder landwirtschaftliches Studium. Noch stärker als bei ihren deutschen Kommilitonen wirkte sich der Trend zum Medizinstudium aus, zu dem sich 37,8 % der DPs entschlossen.²⁹⁶ Auch die naturwissenschaftlichen Fächer wurden von den DPs häufiger gewählt als von deutschen Studenten. Am deutlichsten ist der Unterschied jedoch bei der landwirtschaftlichen Fakultät. In diese schrieben sich 15 % der DP-Studenten ein, während der Anteil der Agrarwissenschaftler und Geodäten bei den deutschen Studenten nur bei 6,9 % lag. Stark unterrepräsentiert im Vergleich zu den deutschen Kommilitonen waren DP-Studenten vor allem in den Theologien. In der Philosophischen sowie der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät war der Unterschied weniger stark ausgeprägt. Auffallend ist, dass sich an der Fächerverteilung bei den DP-Studenten bis zum Sommersemester 1949 nur wenig änderte, während bei den deutschen Studenten die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät am Ende der 40er Jahre die Medizinische von ihrem Spitzenplatz verdrängte.

Hohe Konstanz bei der Fächerwahl sowie die Konzentration auf anwendungsbezogene Fächer deuten auf ein stärker zukunftsorientiertes Studium der DPs hin, das ihre Chancen auf den Aufbau einer Existenz nach ihrer Emigration verbessern sollte. Insbesondere Agrarwissenschaften, Medizin und Naturwissenschaften boten hierfür die günstigsten Aussichten, wogegen die Rechtswissenschaft mit ihrer engen Anbindung an den deutschen Rechtsraum und die geisteswissenschaftlichen Fächer mit ihrem wenig konkreten Berufsbild schlechtere Aussichten auf einen Arbeitsplatz im künftigen Aufnahmeland versprachen.²⁹⁷ Die Wahl der Fächer deutet darauf hin, dass die Mehrheit der DPs nicht mit einer Zukunft in Deutschland rechnete.²⁹⁸

Das Studium der DPs war mit einer Reihe von Privilegien verbunden. Dazu gehörten die Befreiung von Studiengebühren, die Versorgung mit einer höheren Kalorienmenge sowie wöchentliche Unterhaltszahlungen in Höhe von 43,- RM (nach der Währungsreform 43,- DM), die von der Universität an jeden Studenten ausgezahlt wurden.²⁹⁹ Diese Zahlungen waren von der Militärregierung vorgesehen, aber offenbar im Wintersemester 1945/46 von Seiten der Bonner Universität nicht erfolgt, da diese die Regelung als Kann-Bestimmung ausgelegt

296 Zahlenangaben nach Studentenkartei.

297 Hannemann, *Sehr fleißig*, S. 281 f., auch Schröder, *Displaced Persons* (2005), S. 281.

298 Nach einer OMGUS-Umfrage unter DPs im März 1947 hatten 61 % der DPs nicht die Absicht in Deutschland zu bleiben, 34 % wollten in ihr Heimatland, 53 % in ein anderes Land ausreisen, Merritt, *Public Opinion*, S. 148.

299 UAB UV 69–176. Nach Woodbridge, *Displaced Persons*, S. 503 erhielten die DPs in der britischen Zone zunächst 2.170 Tageskalorien pro Person, ab dem 1.3.1946 wurde die Ration auf 1.850 Kal gesenkt und ab dem 1.8.1946 an die deutsche Ration von 1550 angepasst.

hatte. Erst der Protest von Seiten der UNRRA führte im Sommer 1946 zum Beginn der wöchentlichen Auszahlungen.³⁰⁰

Die Unterbringung der DP's erfolgte im Regelfall in Lagern, nur ein geringer Teil lebte außerhalb von Massenunterkünften.³⁰¹ In Bonn waren in den Duisdorfer Kasernen zeitweise bis zu 20.000 DP's untergebracht.³⁰² Ein weiteres, wesentlich kleineres Lager befand sich in der Kalkuhlschen Oberrealschule in Oberkassel.³⁰³ Durch die Repatriierungen war die Zahl der DP's bis Ende 1945 stark gesunken, so dass im Februar 1946 in Duisdorf noch 1.830 und in Oberkassel 755 DP's untergebracht waren.³⁰⁴ Die Briten förderten die Unterbringung der Displaced Persons in Lagern, um diese einer stärkeren Kontrolle unterwerfen zu können. Ab Sommer 1946 stellten sie daher sämtliche Unterstützungsleistungen für nicht in Lagern lebende DP's ein.³⁰⁵

Im Frühjahr 1947 begann die Militärregierung darüber hinaus mit Überlegungen zur Umsiedlung der Oberkasseler DP's in das große Camp in der ehemaligen Abtei Brauweiler. Dies rief von Seiten der in Bonn studierenden DP's heftige Proteste hervor. In einem Brief an Rektor und Militärregierung wiesen sie auf die zu große Entfernung zur Universität, die eine Reisezeit von rund sechs Stunden je Strecke bei den damaligen Verkehrsverhältnissen erfordert hätte.³⁰⁶ Die Umsiedlung nach Brauweiler wurde fallengelassen, allerdings wurde die Versorgung der DP-Studenten der Universitäten Köln, Bonn und Aachen zentral über das Lager in Brauweiler abgewickelt.³⁰⁷ Nach der Schließung des Oberkasseler DP-Camps im April 1947³⁰⁸ wurden die dort lebenden DP-Studenten gegen den Willen der Bonner Stadtverwaltung in der Moltkestraße 3 – 11 (der heutigen Weberstraße) untergebracht.³⁰⁹

Als die Militärregierung im Sommer 1948 auch die Ermekeilkaserne zur Unterbringung für DP's ins Auge fasste, stieß dies auf den massiven Protest der

300 HStAD NW 25 – 155a.

301 Nach Holborn, IRO, S. 197 lebten in der britischen Zone 35 % der DP's außerhalb der Camps, in der US-Zone waren es 59 %.

302 Überwiegend Polen und Russen, vgl. Bonn 1945 – 50, S. 146.

303 Dort waren etwa 2.000 DP's untergebracht, Vogt, Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten, S. 626; vgl. auch Hey, Oberkassel, S. 69 – 72.

304 UNA, PAG-4/3.0.11.2.0.2:71, file 212, zitiert nach Schröder, Displaced Persons (2003), S. 191. Nach Angaben der Militärregierung waren es in Oberkassel Anfang 1947 bereits nur noch 707, PRO FO 1050/1242.

305 Jacobmeyer, Zwangsarbeiter, S. 102.

306 Schreiben vom 16. 3. 1947, UAB UV 69 – 176 (2).

307 Randnotiz des kommissarischen Anstaltsleiters Radermacher zu einem Zeitungsausschnitt über die Zustände im DP-Camp Brauweiler in der Westdeutschen Zeitung vom 15. 6. 1949, zitiert nach Wißkirchen, Stadt Pulheim, S. 262 Anm. 28.

308 Hey, Oberkassel, S. 72.

309 Sitzung des Wohnungsausschusses vom 15. 4. 1947, StAB Pr 9/396; Monatsbericht des Oberstadtdirektors an die Militärregierung April 1947, StAB Pr 10/593.

Bonner Stadtverwaltung, die die Räume gerne als Ausweichquartier für die im Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Bonner Schulen genutzt hätte. Auch von Seiten der Bonner Studentenschaft, namentlich vom Vorsitzenden der Demokratischen Hochschulgruppe, wurde Protest laut. Bezeichnend für den Umgang mit den Displaced Persons war die Art und Weise, in welcher sich die einheimische Bevölkerung gegen die Umsiedlung der DPs zur Wehr setzte. Ein Bonner Stadtverordneter vermeinte, die Verlegung der DPs nach Bonn käme »einer Katastrophe dieser Stadt und ihrer Umgebung« gleich.³¹⁰ Die Äußerungen des Vorsitzenden der Demokratischen Hochschulgruppe waren offenbar nicht frei von rassistischen Vorurteilen, so dass sich der UEO in einem Brief äußerte: »The tone of your protest is to me as distasteful as ›Der Stürmer‹.«³¹¹ Auch die Rhetorik der Stadtverordneten stieß auf deutliche Kritik der DP-Studenten, die brieflich Protest einlegten und persönlich beim Oberbürgermeister vorstellig wurden. Der Stadtrat sah sich daraufhin zu einer entschuldigenden Klarstellung gezwungen.³¹²

Grund für die Ressentiments der Stadträte gegen die DPs war die in den ersten Wochen nach ihrer Befreiung sprunghaft angestiegene Kriminalität, die im August 1945 in der Ermordung dreier Patres und eines Gastes im Kloster auf dem Kreuzberg durch russische DPs ihren Höhepunkt gefunden hatte.³¹³ Die jüngere Forschung hat jedoch gezeigt, dass die Übergriffe der DPs auf die deutsche Bevölkerung und deren Eigentum im Rahmen der nach Kriegen üblicherweise zu beobachtenden erhöhten Kriminalität lag und die Zahl der Kapitalverbrechen bei DPs im Durchschnitt nicht oder nur geringfügig höher lag als bei der deutschen Bevölkerung.³¹⁴ Die Aufmerksamkeit, die von DPs begangene Verbrechen erregten, war nicht auf deren große Zahl zurückzuführen, sondern beruhte auf der Überraschung darüber, dass von diesem Personenkreis überhaupt Kriminalität ausging.

Seit Mitte 1946 zeichnete sich ein Umschwung in der Repatriierungspolitik der UNNRA ab. Die paradoxe Situation, einerseits DPs zu einem Studium in Deutschland zuzulassen, andererseits dieselben DPs zur Repatriierung zu drängen, hatte bei der UNRRA zu der Einsicht geführt, dass Studienbeschränkungen notwendig waren.³¹⁵ Auch angesichts der geringen Erfolge aller Repa-

310 Sitzung der Stadtvertretung vom 6. 6. 1947, StAB Pr 9/69 p. 534 ff.

311 UEO an den Vorsitzenden der Demokratischen Hochschulgruppe am 31. 7. 1948, UAB UV 69 – 176 (2).

312 Sitzung der Stadtvertretung vom 22. 7. 1948, StAB Pr 9/69 p. 606 ff.

313 Schreiben an die Militärregierung vom 5. 8. 1945, StAB Pr 10/753.

314 Jacobmeyer, Zwangsarbeiter, S. 50, ebenso Pegel, Fremdarbeiter, S. 77. Insgesamt lag die Zahl der Kapitalverbrechen im Stadtkreis Bonn mit je 1 Mord 1946 und 1947 unter dem Stand von 1939. Sehr deutlich angestiegen waren dagegen nach dem Krieg die Zahlen von Diebstahl und Raub, vgl. Bonn 1945 – 50, S. 78.

315 Schröder, Displaced Persons (2005), S. 285.

triiierungsversuche und der immensen Kosten, die die Versorgung der DPs erforderte, wurden die Privilegien der DPs nun schrittweise abgebaut, um sie so zur Heimkehr zu drängen. Der erste Schritt war die Angleichung der Lebensmittelrationen an das niedrigere Niveau, das für die deutsche Bevölkerung galt. Seit Herbst 1946 galt außerdem de facto eine Arbeitspflicht für die Displaced Persons.³¹⁶ Die Education Branch kritisierte darüber hinaus die häufig fehlende oder nicht nachweisbare akademische Qualifikation der DPs. Eine Untersuchung der Aufnahmeanträge hatte ergeben, dass nur wenige DPs Reifezeugnisse vorlegen konnten. Für das Wintersemester 1946/47 wurde daher von allen DPs, die ein Studium aufnehmen oder fortsetzen wollten, der Nachweis der Hochschulreife gefordert.³¹⁷ Auch die 10 %-Quote für DPs, die den Universitäten von Anfang an ein Dorn im Auge war,³¹⁸ wurde im Sommersemester 1947 auf 2 % für Neuzugänge gesenkt.³¹⁹ In der Tat ging die Zahl der Neuzulassungen im Sommersemester 1947 stark zurück,³²⁰ zu einem Rückgang der Gesamtzahl führte diese Regelung jedoch nicht.

Alle diese Maßnahmen zeitigten jedoch nur einen geringen Erfolg, die Repatriierungsquote erhöhte sich nur wenig.³²¹ Im Sommer 1947 begann mit dem Übergang der Zuständigkeit für DPs von der UNRRA auf die neugeschaffene International Refugee Organisation (IRO) das Programm des Resettlement, das eine Ansiedlung der DPs in Drittländern vorsah. Durch diese Politik verringerte sich die Zahl der DPs in der britischen Zone deutlich. Um das Resettlement-Programm weiter zu fördern, lehnte die IRO die weitere Aufnahme von DPs an deutschen Universitäten ab und forderte die Abschaffung der 2 %-Quote. Die UEOs sprachen sich jedoch für die Beibehaltung der Quote aus, da sie die Meinung vertraten, die DPs hätten im Allgemeinen eine hohe akademische Qualifikation und übten einen positiven Einfluss auf die Universitäten aus.³²² Die UEOs vereinbarten, die Fälle der DPs einzeln zu untersuchen und so individuell zu entscheiden, wer sein Studium fortsetzen durfte. Für das Wintersemester 1948/49 ließ sich die IRO zu einer Beibehaltung der 2 %-Quote bewegen, kündigte aber an, ab dem Sommersemester 1949 keine Zulassung von DPs zum Studium mehr zu unterstützen.³²³

316 Schröder, *Displaced Persons* (2003), S. 193.

317 PRO FO 945/695.

318 9. Hochschulkonferenz am 22./23. 4. 1947 in Hamburg, Heinemann, *Hochschulkonferenzen* 2, S. 326 f.

319 Schröder, *Displaced Persons* (2003), S. 194; bereits im November 1946 hatte die Militärregierung die Senkung des DP-Studenten-Anteils von 10 % auf 2 % erwogen, 7. Konferenz der UECOs am 6. 11. 1946, PRO FO 1050/1233.

320 Von 81 im WS 1946/47 auf 16 im SS 1947, Zahlen nach Studentenkartei.

321 Schröder, *Displaced Persons* (2003), S. 193 f.

322 15. Konferenz der UEOs am 20./21. 9. 1948, PRO FO 1050/1046.

323 16. Konferenz der UEOs am 30.11./1. 12. 1948, PRO FO 1050/1047.

Auch auf die Zahl der Bonner DP-Studenten hatten alle diese Maßnahmen zunächst nur einen geringen Einfluss. Die Zahl der immatrikulierten DPs hatte im Sommersemester 1947 mit 333 Studenten ihren Höhepunkt erreicht, verharnte bis zum Wintersemester 1948/49 auf über 300 und sank erst in den anschließenden Semestern deutlich ab, bis sie im Wintersemester 1950/51 bei nur noch 60 immatrikulierten DP-Studenten lag.³²⁴

Bedeutsamer für den Rückgang der DP-Zahlen an der Bonner Universität war die von der Militärregierung in Zusammenarbeit mit der Universität durchgeführte schrittweise Anpassung der Studienbedingungen der DPs an die ihrer deutschen Kommilitonen. Diese machten den Aufenthalt der DPs an der Universität zunehmend unattraktiver. Dazu gehörten die zum Sommersemester 1949 eingeführte Senkung der wöchentlichen Unterstützungszahlungen von 43 auf 25 DM sowie die Aussetzung der Zahlungen in den Semesterferien.³²⁵ Zudem wurden sie nun in die akademische Krankenkasse aufgenommen, was zur Folge hatte, dass sie nun auch die Sozialabgaben von 19,50 DM pro Semester zu zahlen hatten.³²⁶ Schließlich wurde den DP-Studenten das Auslaufen der IRO-Unterstützungen mit Ende des Wintersemesters 1949/50 angekündigt. In diesem Rahmen sollten alle DPs, die keine Gewähr für einen erfolgreichen Abschluss im Wintersemester 1949/50 boten, zum Ende des Sommersemesters 1949 exmatrikuliert werden. Um die Studienverhältnisse der DPs zu überprüfen, besuchte eine englische Kommission im August 1949 die Universität Bonn.³²⁷ Außerdem sollten die Reifezeugnisse der DPs überprüft werden und die Fortsetzung ihres Studiums von der Anerkennung des Zeugnisses sowie von drei Fleißprüfungen abhängig gemacht werden.³²⁸ Darüber hinaus benötigte jeder DP-Student, der während der Semesterferien oder im Sommersemester 1950 weiterhin Unterstützungszahlungen der IRO erhalten wollte, eine Bescheinigung eines Professors, aus der hervorging, dass der Student in den Ferien mit wissenschaftlicher Arbeit, etwa mit Prüfungsvorbereitungen, beschäftigt war bzw. im Sommersemester 1950 sein Examen ablegen würde.³²⁹

Als zum 1. Juli 1950 die Verantwortlichkeit für die DPs auf deutsche Behörden überging, bauten diese deren Sonderstellung völlig ab und stellten sie den deutschen Studenten gleich. Nach dem Ende des Resettlement-Programms am

324 Zahlen nach Studentenkartei, Ausländeralphabet.

325 UEO an Rektor (6. 4. 1949), UAB UV 69 – 176 (2); die UEOs hatten ursprünglich gefordert, das Wochengeld auf 15 DM zu senken, um die DPs nicht deutlich besser als ihre deutschen Kommilitonen zu stellen, 15. Konferenz der UEOs 20./21. 9. 1948, PRO FO 1050/1046.

326 Schreiben Rektor Noths am 18. 3. 1949, UAB UV 69 – 176 (2).

327 Rundschreiben des Rektors an die Dekane vom 28. 8. 1949, UAB UV 69 – 176 (2).

328 Rundschreiben des Kultusministers vom 27. 8. 1949, UAB UV 69 – 176 (1).

329 Entsprechende Bescheinigungen in UAB UV 69 – 361.

31. Dezember 1951 wurden in der britischen Zone noch 51.827 DPs gezählt.³³⁰ In Bonn waren nach dem Ende der Förderung der DPs durch die IRO noch 67 ehemalige DP-Studenten immatrikuliert, die gewillt waren, ihr Studium in Bonn zu beenden.³³¹ Bonn nahm damit für DP-Studenten weiterhin eine führende Rolle unter den deutschen Universitäten ein. Im Sommersemester 1952 waren 15 % aller in Deutschland studierenden DP-Studenten an der Universität Bonn eingeschrieben.³³²

Insgesamt zeigte sich die Universität Bonn mit ihren DPs zufrieden. Rektor Koenen erklärte der Hochschulkonferenz, dass die Bonner DPs sich als sehr fleißig erwiesen hätten und diejenigen mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen nach Rücksprache mit dem UECO ausgesondert wurden.³³³ Dennoch stieß die akademische Qualifikation der DPs auch in Bonn auf Kritik, so dass die Universität Bonn es für nötig erachtete, ab dem Wintersemester 1947/48 verpflichtende Fleißprüfungen auch für DPs einzuführen.³³⁴ Trotz der Aussonderung der DPs mit schlechten Deutschkenntnissen, blieb gerade die Sprachkompetenz der DPs ein Stein des Anstoßes. Hier griff die Universität im Wintersemester 1948/49 zur Selbsthilfe, indem die Auslandsstelle spezielle Sprachkurse für DPs einrichtete.³³⁵

Auch für Bonn ist zumindest für die ersten Nachkriegssemester der von Frank Sparing für Düsseldorf geäußerten Ansicht zuzustimmen, dass die DPs eine nicht integrierte Randgruppe darstellten.³³⁶ Die DPs lebten an der Universität in einer Parallelgesellschaft und wurden von ihren deutschen Kommilitonen kaum wahrgenommen. In der ausgewerteten Erinnerungsliteratur werden sie nicht erwähnt. Die deutschen Studenten sahen im DP-Studenten zuerst die Displaced Person und dann den Kommilitonen.³³⁷ Die Ausgrenzung und Nichtwahrnehmung der Displaced Persons wurde durch deren verpflichtende gemeinsame

330 Holborn, IRO, S. 201; Pegel, Fremdarbeiter, S. 49 nennt die Zahl von 48.516 hard-core-Fällen für Gesamtdeutschland.

331 Zahlen für das WS 1951/52, UAB UV 69–170, ursprünglich ging der Verein Studentenwohl von nur 17 DP-Studenten aus, die weiter in Bonn studieren wollten. Diese sollten vom Verein Studentenwohl betreut werden (AStA-Sitzung vom 22. 11. 1949, UAB AStA 47–4), bereits im Dezember 1949 war die Zahl der DPs mit Bleibeabsichten auf 44 gestiegen, AStA-Sitzung vom 7. 12. 1949, UAB AStA 47–4.

332 Nachrichtenblatt 4. Jg. (1952), Nr. 4/5, S. 25.

333 9. Hochschulkonferenz am 22./23. 4. 1947 in Hamburg, Heinemann, Hochschulkonferenzen 2, S. 327. Koenen nennt in diesem Zusammenhang für Bonn die Zahl von 400 DPs, die deutlich zu hoch angesetzt ist. Auf der 10. Konferenz spricht er gar von 480 DPs, ebd., S. 348.

334 Rektor an Dekan der Medizinischen Fakultät am 2. 2. 1948, UAB MF 68–11.

335 Holle, Auslandsamt, S. 68.

336 Sparing, Es wurde gearbeitet, S. 175, auch Schröder, Displaced Persons (2005), S. 280.

337 Wienert, DP-Studierende, S. 8.

Unterbringung im Lager begünstigt, hinzu kam der wirtschaftliche Sonderstatus der DPs.

Auf der anderen Seite passten sich die DPs innerlich wie äußerlich keineswegs den deutschen Standards an, so dass sie überall als DPs klar zu erkennen waren.³³⁸ Von Seiten der deutschen Bevölkerung bestand ebenfalls kein Wille zur Integration. Die große Mehrheit der Bevölkerung konnte sich ein Zusammenleben mit DPs in Deutschland nicht vorstellen.³³⁹ In den ersten Nachkriegsjahren bestimmte gerade in Bonn die Erinnerung an die Morde auf dem Kreuzberg das Bild der DPs. Zusammengenommen mit dem Neid auf die bessere Lebensmittelversorgung und der Beschäftigung der Studenten mit der eigenen Alltagsnot war wenig Interesse für die Lage der DPs zu erwarten. Nur langsam wuchs auf deutscher Seite das Verständnis für die DPs und führte allmählich zu einer Intensivierung des Kontaktes auf studentischer Ebene.³⁴⁰

Zwar wurde ein Antrag der DP-Studenten auf einen Sitz im AStA zunächst abgelehnt,³⁴¹ im Sommersemester 1947 erhielten sie jedoch Sitz und Stimme im AStA.³⁴² Aber auch aus den AStA-Protokollen wird die Nichtwahrnehmung der DPs offensichtlich: Die Belange der DPs wurden in der Studentenvertretung so gut wie nie behandelt. 1951 beschäftigte sich der AStA erstmals mit der Stellung ausländischer Studenten innerhalb der Studentenvertretung. Er erkannte dabei ausdrücklich seine Pflicht zur Wahrung der Interessen ausländischer Studenten, insbesondere der »Exilstudenten« an und beauftragte einen ukrainischen DP-Studenten mit der Betreuung der Ausländer.³⁴³ Daneben bestand zu Beginn der 50er Jahre ein engeres Verhältnis zwischen einem Kreis der evangelischen Studentengemeinde und den baltischen DPs, die in Hangelar ein Heim des christlichen baltischen Studentenbundes errichtet hatten.³⁴⁴

Die nach Nationalitäten getrennte, gemeinschaftliche Unterbringung im Lager bei gleichzeitiger Absonderung von der deutschen Bevölkerung hatte auch zur Folge, dass die eigene Volkszugehörigkeit zum starken Identifikationsmuster der DPs wurde. Durch die Selbstverwaltung der Lager entwickelte sich unter den DP-Studenten früh ein hoher Organisationsgrad, so dass die DPs durch die jeweiligen Lagervertreter mit gemeinsamer Stimme ihre Interessen

338 Jacobmeyer, Zwangsarbeiter, S. 208.

339 OMGUS-Umfrage vom 3. 12. 1947, Merritt, Public Opinion, S. 186.

340 Wienert, DP-Studierende, S. 9.

341 Chronik 1950/51, S. 42.

342 AStA-Sitzung vom 19. 2. 1947, UAB AStA 47 – 1. Eine tatsächliche Teilnahme von DPs bei einer Sitzung ist jedoch erstmals im SS 1948 belegt, AStA-Sitzung vom 17. 6. 1948, UAB AStA 47 – 7.

343 AStA-Sitzung vom 24. 1. 1951, UAB AStA 47 – 2.

344 Semesterbericht vom SS 1951, EZA 36/749.

vertreten konnten.³⁴⁵ Auch fanden sich die einzelnen Nationalitäten zu Gruppen zusammen, die im Falle der Lettischen Studentenschaft³⁴⁶ und des Baltischen Christlichen Studentenbundes³⁴⁷ auch die Form einer studentischen Vereinigung annahmen.³⁴⁸

Das Wintersemester 1949/50 war ein deutlicher Einschnitt in der Geschichte der DPs an der Universität Bonn. Ihre Zahl sank auf Grund der Zwangsmaßnahmen der Briten stark ab. Mit dem Auslaufen des Resettlement-Programms der IRO und der Übertragung der Zuständigkeit für DPs in deutsche Hände 1951 verloren die DPs endgültig ihre Sonderstellung und zuletzt auch ihren Namen. Die deutschen Behörden führten sie nunmehr als »heimatlose Ausländer«. An der Universität wurden sie wie deutsche Studenten behandelt. Auch gegenüber anderen ausländischen Studenten, die seit dem Ende der 40er Jahre vermehrt nach Deutschland kamen, waren sie nun in der Minderheit. Sie stellten eine Nationalitätengruppe unter vielen dar. Mit dem Verlust ihres Sonderstatus als DPs wird es schwierig, DP-Studenten bzw. solche Studenten, die bis 1951 DP-Status hatten, von den übrigen Ausländern zu unterscheiden. Die Zahl der Studenten aus den ehemaligen DP-Nationen sank nach 1950 in die Bedeutungslosigkeit ab. Eine Ausnahme bildeten dabei Esten und Letten, deren Zahl durch Neuimmatrikulationen von 1950 bis 1955 in etwa konstant blieb.³⁴⁹ Wenn auch die letzten der ehemaligen DPs die Universität Bonn erst viel später verließen,³⁵⁰ war das Kapitel der Displaced Persons an der Universität Bonn spätestens 1951 beendet. Einzige Nachwirkung ist das vom Baltischen Christlichen Studentenbund getragene Wohnheim, das die baltischen Displaced Persons nach der Aufhebung der Lager mit Genehmigung der Militärregierung auf dem Flughafengelände in Hangelar errichteten. Als ihnen dort 1952 gekündigt wurde,

345 Im März 1947 begegnet in den Akten erstmals ein DP-Students-Camp-Committee des Oberkasseler Lagers, UAB UV 69 – 176 (2).

346 Die Gründungsversammlung fand am 23. 10. 1947 statt, die Genehmigung durch den UEO erfolgte am 9. 6. 1948, die Vereinigung bestand bis zum Sommersemester 1955, UAB UV 69 – 389.

347 Zum Baltischen Christlichen Studentenbund vgl. UAB UV 69 – 373.

348 In einem Schreiben von Webers an den Rektor wird 1947 außerdem eine polnische Studentenvereinigung »Prawda« erwähnt, deren Status jedoch ungeklärt war, da sie nicht nur an der Universität Bonn aktiv war, UAB UV 69 – 374.

349 Im SS 1950 waren 15 Esten und 19 Letten, im WS 1954/55 15 Esten und 21 Letten immatrikuliert. Zu den Neuimmatrikulierten gehörten u. a. Studenten der ehemaligen baltischen Universität Pinneberg, die nicht auswandern konnten oder wollten, Hannemann, Sehr fleißig, S. 298.

350 Im SS 1955 waren nur noch 3 Studenten, die vor 1950 mit DP-Status in Bonn eingeschrieben waren, immatrikuliert.

gelang es ihnen, das Gut Annaberg in Bonn zu erwerben, wo das bis heute bestehende baltische Studentenwohnheim aufgebaut wurde.³⁵¹

3.12. Ausländische Studenten

Neben den Displaced Persons studierte bereits im ersten Nachkriegssemester eine kleine Zahl anderer ausländischer Studenten in Bonn. Seit dem Ende der 50er Jahre, als die Zahl der ausländischen Studenten ihren ersten Höhepunkt erreichte, ist das Studium der Ausländer in der Literatur ein häufig behandeltes Thema.³⁵² Die Schwerpunkte der Untersuchungen liegen jedoch meist auf der jeweils aktuellen Lage der ausländischen Studenten, der Vergabe von Stipendien oder der Reintegration der Ausländer nach der Rückkehr in ihre jeweiligen Heimatländer. Studien zum Ausländerstudium in historischer Perspektive, insbesondere zur frühen Nachkriegszeit, liegen bislang keine vor. Dabei ist gerade der Beginn des Ausländerstudiums nach dem Zweiten Weltkrieg für die Entwicklung der Studienverhältnisse an den deutschen Universitäten von besonderer Bedeutung. Die Zahl der nichtdeutschen Studenten (ohne DPs) kann gleichsam als Indikator für die Normalisierung des Universitätsbetriebes angesehen werden.

Naturgemäß war die Zahl der ausländischen Studenten, abgesehen von DP-Studenten, in den ersten Nachkriegssemestern sehr gering. Waren im letzten Vorkriegssemester an den deutschen Hochschulen noch 5.320 Ausländer immatrikuliert (rund 8 %), sank deren Zahl bis zum ersten Trimester 1940 auf 2.467.³⁵³ Nach 1942 wurden von deutscher Seite alle Fördermaßnahmen für Ausländer eingestellt, so dass in der Folge die Relevanz des Ausländerstudiums bis zur Bedeutungslosigkeit abnahm.³⁵⁴ Nach dem Krieg bot das zerstörte Deutschland mit seiner am Boden liegenden Infrastruktur und der katastrophalen Versorgungslage wenig Anziehungskraft für Ausländer. Zwölf Jahre Rassenpolitik und sechs Jahre Weltkrieg hatten ein Übriges dazu beigetragen, das Ansehen Deutschlands im Ausland auf ein Minimum absinken zu lassen. Davon waren auch die Universitäten nicht ausgenommen. So konnten erst langsam wieder Kontakte zum Ausland geknüpft werden.

In den ersten Nachkriegssemestern ist davon auszugehen, dass sich auch die ausländischen Studenten ohne DP-Status mehrheitlich aus Kriegsfolgegründen

351 Hofmanis, *Einige Gedanken*, S. 95 ff.; vgl. auch HStAD NW 144 – 142 Studentenwohnheim Annaberg.

352 Vgl. die Bibliographien in Ehling, *Als Ausländer*, S. 111 – 255 und Bockhorni, *Ausländerstudium in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 5 – 76.

353 Pätzold, *Ausländerstudium*, S. 19.

354 Ehling, *Als Ausländer*, S. 51.

in Deutschland befanden.³⁵⁵ Im Wintersemester 1945/46 waren neben den 195 DPs 28 weitere ausländische Studenten, vornehmlich aus den Benelux-Ländern sowie aus Österreich eingeschrieben. Die Zahl der ausländischen Kommilitonen stieg bis zum Sommersemester 1955 auf 407 an.³⁵⁶ Im Wintersemester 1950/51 wurde die Zahl der DP-Studenten erstmals von der übrigen ausländischen Studenten übertroffen. Der Ausländeranteil ohne DP-Studenten lag dabei 1945/46 bei rund 1 %. Auf diesem Niveau, schwankend zwischen 0,8 % und 1,4 %, blieb er bis zum Wintersemester 1950/51 annähernd konstant. Danach stieg er kontinuierlich an, bis er im Wintersemester 1954/55 6,2 % erreichte. Seit dem Wintersemester 1952/53 lag die Universität Bonn mit diesem Ausländeranteil deutlich über dem Bundesdurchschnitt, der von 2,0 % im Wintersemester 1952/53 auf 4,5 % im Wintersemester 1954/55 anstieg.³⁵⁷

Ebenso wie Zahl und Anteil der ausländischen Studenten stieg auch die Zahl der verschiedenen Herkunftsländer an. Im ersten Nachkriegssemester waren Studenten aus 19 Nationen an der Universität Bonn vertreten. Diese Zahl blieb auch in den nächsten Semestern mit geringen Schwankungen konstant. Eine zunehmende Internationalisierung der Universität Bonn ist erst seit Gründung der Bundesrepublik zu beobachten. Die Zahl der unterschiedlichen Herkunftsländer vergrößerte sich seit dem Sommersemester 1950 kontinuierlich. 1955 waren Studenten aus 48 verschiedenen Nationen an der Universität Bonn immatrikuliert.³⁵⁸

Unter diesen kristallisierten sich einige Nationen heraus, die größere Gruppen unter den Bonner Studenten stellten. Dazu gehörten vor allem US-Amerikaner, Norweger, Iraner und Griechen, wobei Norweger und Iraner mit 65 bzw. 75 Studenten in den jeweiligen Spitzensemestern die deutlich größten

355 Einige der ausländischen Studenten im WS 1945/46 waren in Deutschland geboren oder hatten zumindest nach ihren deutsch klingenden Namen zu urteilen, deutsche Wurzeln.

356 Zahlen nach Studentenkartei. Mit dem Ende der IRO und der Aufhebung des Sonderstatus der DPs 1951 ist die Vergangenheit des einzelnen Studenten als DPs nicht mehr eindeutig zu erkennen. Es wurden daher alle Studenten aus den ehemaligen DP-Nationen (Polen, Balten, Jugoslawen und Ukrainer), die sich nach 1950 in Bonn immatrikulierten, zu den übrigen ausländischen Studenten gerechnet. Die Zahlen der Studentenkartei weichen von der Ausländerstatistik in der Chronik der Universität, die ab dem WS 1950/51 vorliegt, geringfügig ab. Da die Zahlen der Kartei im Regelfall höher liegen als die in der Chronik genannten Zahlen, wurde hier die Studentenkartei zu Grunde gelegt.

357 Zahlen nach Abiturienten und Studenten, S. 19. Bis 1959 stieg der Anteil der ausländischen Studenten an den Universitäten in Nordrhein-Westfalen an (Die Studierenden an den wissenschaftlichen Hochschulen in NRW, WS 1961, S. 39), danach war er wieder rückläufig (Ehling, Als Ausländer, S. 53 f.). Diese Entwicklung traf auch auf die Universität Bonn zu, die im WS 1958/59 mit 11 % ihren höchsten Ausländeranteil erreichte. Im WS 1970/71 war er bereits auf 7,8 % gesunken, im WS 1980/81 lag er nur noch bei 4,3 % (vgl. die Zahlenangaben in der entsprechenden Chronik der Universität Bonn). Im WS 2007/08 lag der Anteil bei 15,6 %.

358 Zahlen nach Studentenkartei, Ausländeralphabet.

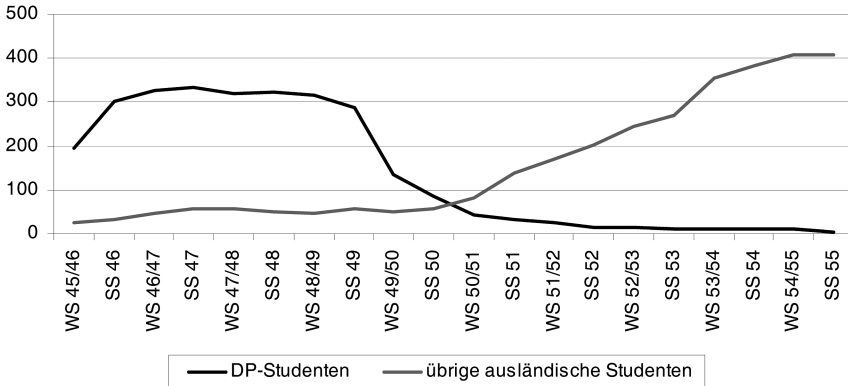


Diagramm 17: DPs und andere ausländische Studenten an der Universität Bonn (Zahlen nach Studentenkartei, Ausländeralphabet)

nationalen Gruppen bildeten.³⁵⁹ Über den ganzen Zeitraum bis 1955 betrachtet stellten Briten und US-Amerikaner mit je 103 Studenten die größte Gruppe.³⁶⁰

Es fällt auf, dass das Studienverhalten je nach Herkunftsland unterschiedlich ausfällt. Studienmotive, Fächerwahl und Zusammensetzung der nationalen Gruppen variierten in Abhängigkeit von dem jeweiligen Herkunftsland erheblich. Während Norweger und Briten ihr Studium in Bonn früh aufnahmen (ihr Durchschnittsalter beträgt bei der Immatrikulation 21,7 bzw. 22,1 Jahre), kamen griechische und US-amerikanische Studenten erst in fortgeschrittenerem Alter nach Bonn (26,3 bzw. 27,3 Jahre).³⁶¹ Auffallend ist gerade bei den britischen Studenten der hohe Frauenanteil (41,7 %). Dies mag im Falle der Briten mit der Stationierung britischer Soldaten in Bonn und mit den Kontakten zu britischen Universitäten, die von den zum Teil weiblichen Bonner UEOs geknüpft wurden, zusammenhängen. Den britischen UEOs ist es auch zu verdanken, dass britische Studenten schon deutlich vor der Gründung der Bundesrepublik als Studenten nach Bonn kamen.

Für das Studienverhalten der ausländischen Studenten war die Situation des Bildungswesens in ihrem jeweiligen Heimatland der bestimmende Faktor. Deutlich erkennbar ist, dass Griechen, Norweger und Iraner häufig ihr komplettes Studium in Bonn absolvierten (durchschnittliche Studiendauer in Bonn 6 Semester bei Griechen und Norwegern, 10 bei Iranern), während sich Briten und Amerikaner nur für einige wenige (durchschnittlich 2 bzw. 3 Semester) in Bonn

359 Auch deutschlandweit gesehen bildeten diese Nationen die größten Gruppen ausländischer Studenten, vgl. dazu Pfeiffer, *Ausländische Studenten*, S. 11.

360 Diese Zahlen sind jedoch gering im Vergleich zu den DP-Studenten: allein im Sommersemester 1946 waren 113 Polen und 145 Balten in Bonn immatrikuliert.

361 Zahlen nach Studentenkartei.

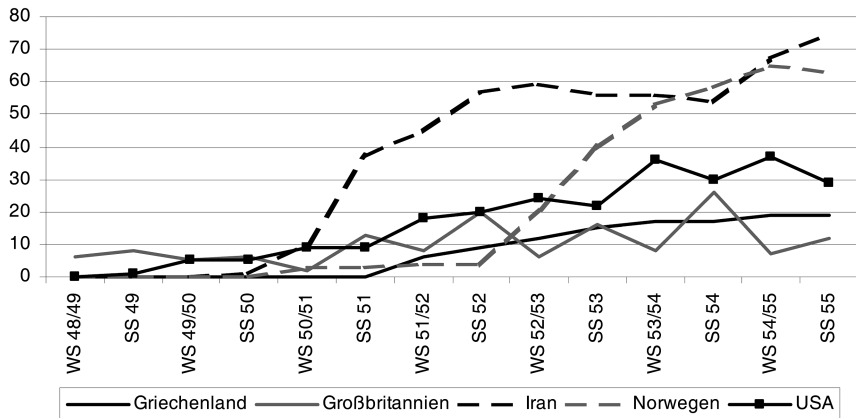


Diagramm 18: Die Zahl der ausländischen Studenten der Universität Bonn aus den fünf wichtigsten Herkunftsländern (Zahlen nach Studentenkartei)

immatrikulierten.³⁶² Die Motive für ein Studium in Deutschland variierten in Abhängigkeit von der Attraktivität des eigenen nationalen Bildungssystems. Für Studenten aus Ländern mit einem geringen Angebot an Studienmöglichkeiten (Norwegen, Iran) oder restriktiven Auswahlverfahren an den heimischen Universitäten (Griechenland) war Deutschland als Universitätsstandort seit etwa 1950 wieder attraktiv geworden.³⁶³ Für diese Studenten bot die Ausbildung in Deutschland eine Möglichkeit, sich Qualifikationen zu erwerben, die in ihrem Heimatland nicht oder nur schwer zu erlangen waren. Dagegen waren die Motive für Studenten aus Ländern mit traditionsreichen eigenen Universitäten, die nur für ein oder zwei Auslandssemester nach Deutschland kamen, offensichtlich anders gelagert. Die längere Studiendauer der Studenten aus Ländern mit nicht ausreichenden Bildungsangeboten hat eine höhere Konstanz der Studentenzahl zur Folge, die aus obigem Diagramm deutlich erkennbar wird. Durch die stärkere Fluktuation bei britischen und amerikanischen Studenten wird u. a. die Vorliebe der Briten für das Sommer- und der Amerikaner für das Wintersemester deutlich.

Für Iraner hatte das Auslandsstudium eine lange Tradition. Nachdem militärische Niederlagen gegen das zaristische Russland im 19. Jahrhundert ein Bewusstsein der technischen und wissenschaftlichen Rückständigkeit geschaffen hatten, begann der Iran gezielt mit der Entsendung von Studenten in das westliche Ausland. Mit der Gründung der Pahlevi-Dynastie 1925 wurden diese Bemühungen verstärkt und die Beziehungen zu Deutschland intensiviert. 1942

362 Zahlen nach Studentenkartei.

363 Zur Motivation iranischer, norwegischer und griechischer Studenten zur Aufnahme eines Studiums in Deutschland vgl. Danckwortt, Anpassungsprobleme, S. 27 ff.

mussten diese jedoch auf Druck der Alliierten abgebrochen werden. Nach Kriegsende konnten Deutschland und der Iran an ihre fruchtbaren Beziehungen der Zwischenkriegszeit anknüpfen. Die Zahl der iranischen Studenten an deutschen Universitäten stieg nach Gründung der Bundesrepublik stetig an. 1950 studierten rund 3.500 Iraner im westlichen Ausland, ein Großteil von ihnen in Deutschland.³⁶⁴

Auch für norwegische Studenten stellte der Mangel an Ausbildungsmöglichkeiten im eigenen Land die Hauptmotivation für ein Studium in Deutschland dar. Danckwortt rechnet sie zu der Gruppe der »zu Hause Vertriebenen«,³⁶⁵ da ihr Bildungswunsch nur im Ausland erfüllbar war. Ein besonderer Mangel scheint im Bereich der medizinischen Ausbildung vorhanden gewesen zu sein, da hier ein deutlicher Schwerpunkt der norwegischen Studenten in Bonn lag.³⁶⁶

In den späten 50er Jahren wurden die Griechen zur stärksten Gruppe unter den ausländischen Studenten in Deutschland.³⁶⁷ Entscheidender push-Faktor für die Wahl eines ausländischen Studienortes war die restriktive Auswahl der Studenten an griechischen Universitäten, die für viele Studienwillige nur den Weg ins Ausland offen ließ. Lagen die bevorzugten Universitäten griechischer Studenten zunächst in Italien und Österreich, so entwickelte sich in der zweiten Hälfte der 50er Jahre Deutschland zum wichtigsten Studienort.³⁶⁸

Es ist nicht verwunderlich, dass sich gerade Studenten aus Entwicklungsländern zu studentischen Vereinigungen zusammenschlossen. Da sie in der Regel ihr komplettes Studium in Deutschland absolvierten, waren sie für lange Zeit fern der Heimat. Die Vereinigung bot ihnen die Möglichkeit zur kulturellen Selbstvergewisserung in der Fremde. Im Wintersemester 1951/52 schlossen sich iranische Studenten zur ›Organisation der iranischen Studenten der Universität Bonn‹ zusammen, die sogar eine eigene Zeitschrift herausgab.³⁶⁹ Nach dem Putsch gegen die Regierung Mossadegh 1953 kam es zu einer zunehmenden Politisierung der iranischen Studenten im Ausland. Die in der Zeitschrift der Organisation der iranischen Studenten veröffentlichten politischen Stellungnahmen erregten die Kritik anderer iranischer Studenten, die nun den ›Irani-

364 Vgl. dazu Ghasemina, Iraner und Iranerinnen, S. 96 ff.

365 Danckwortt, Anpassungsprobleme, S. 27.

366 Von den 85 Norwegen, die zwischen 1945 und 1955 an der Universität Bonn studierten, entschieden sich 82 (96,5 %) für ein Medizinstudium, Angaben nach Studentenkartei.

367 Danckwortt, Anpassungsprobleme, S. 29.

368 Ebd., S. 27 ff.

369 UAB UV 69–385 (2), dort auch einige Ausgaben des »Briefs der iranischen Studenten der Universität Bonn«. Bei der Bonner Organisation iranischer Studenten handelte es sich wohl um einen Vorläufer der 1953 gegründeten Organisation iranischer Studenten in Deutschland (SDAMA), die politisch der kommunistischen Tudeh-Partei nahestand, vgl. Ghasemina, Iraner und Iranerinnen, S. 125.

schen Studentenverein« gründeten. Letzterem gehörte in den folgenden Semestern knapp die Hälfte aller Bonner Studenten aus dem Iran an.³⁷⁰

Bereits 1948 konstituierte sich die rumänische Studentenvereinigung »Nicolae Balcescu« mit dem Ziel, eine »Zusammenschließung der rumänischen Studenten und Doktoranden in einer Gemeinschaft wahren akademischen Geistes« zu fördern.³⁷¹ Die Mitgliederzahl überstieg die der in Bonn immatrikulierten rumänischen Studenten deutlich.³⁷² Als einzige ausländische Studentenvereinigung eines westeuropäischen Landes hatte sich bereits 1952 der Luxemburger Studentenverein »Alesontia« gegründet, der sich der Tradition der deutschen Studentenverbindungen verpflichtet sah und Farben führte.³⁷³

Auch bei der Fächerwahl wird der Unterschied zwischen ärmeren und reicheren Ländern deutlich. Während sich Studenten aus ärmeren Ländern bevorzugt für ein Studium der Medizin, Naturwissenschaften, Rechts- oder Wirtschaftswissenschaften entschieden, fiel die Wahl der Studenten aus reicheren Ländern eher auf die Geisteswissenschaften. So studierten 78,4 % der Iraner und 96,5 % der Norweger Medizin. Dagegen lag bei den britischen Studenten der Anteil der Fächer der Philosophischen Fakultät bei 86,4 %. Betrachtet man die Gesamtheit der ausländischen Studenten, so ist der Trend zum Medizinstudium mit 34,9 % zwar erkennbar, aber weniger stark ausgeprägt als bei den DP-Studenten. Wie für die DP-Studenten gilt auch für die übrigen Ausländer, dass das Jurastudium, zu dem sich nach 1950 die Mehrheit der deutschen Studenten entschloss, wegen dessen Bindung an den deutschen Rechtsraum nur wenig Attraktivität entwickeln konnte.

Wenig bekannt ist über die Kontakte ausländischer Studenten zu ihren deutschen Kommilitonen. Wegen ihrer kriegsbedingten Ressentiments gegenüber den Deutschen blieben norwegische Studenten gerne unter sich und suchten keinen Kontakt.³⁷⁴ Von deutscher Seite waren Vorurteile besonders gegenüber Griechen und Iranern ausgeprägt. Diese hatten am häufigsten Schwierigkeiten mit ihren Wirtinnen und waren oft gezwungen, die Zimmer zu

370 UAB UV 69 – 387. Die Regierung Mossadegh wurde 1953 mit Unterstützung der Amerikaner gestürzt. Nach einem Besuch Nixons in Teheran kam es an der dortigen Universität zu Studentenprotesten, die von der Regierung blutig niedergeschlagen wurden. Dem studentischen Widerstand gegen die Putschregierung schlossen sich auch iranische Studenten in Bonn an, vgl. dazu Ghasemina, Iraner und Iranerinnen, S. 125.

371 Satzung des Vereins »Rumänische Studentengemeinschaft Nicolae Balcescu«, UAB UV 69 – 387. Die Anerkennung des Vereins durch die Universität erfolgte 1954.

372 Die Mitgliederzahl wird in UAB UV 69 – 387 mit 10 bzw. 26 Studenten für das WS 1954/55 bzw. das SS 1955 angegeben, die Zahl der immatrikulierten Rumänen betrug jedoch nur 5 bzw. 4 Studenten.

373 UAB UV 69 – 409.

374 Danckwortt, Anpassungsprobleme, S. 28.

wechsellern.³⁷⁵ Bereits 1946 gründete sich an der Universität Bonn unter dem Namen »Club Bonner Studenten« eine Vereinigung mit internationaler Ausrichtung, die sich später zur Bonner Gruppe des Internationalen Studentebundes ISSF entwickeln sollte. Ziel dieser Gruppe war es, die kulturellen und geistigen Beziehungen mit dem Ausland aufzubauen und zu pflegen.³⁷⁶

Der AStA begann nur zögerlich mit seiner Ausländerarbeit. Andere Sorgen lagen zunächst näher. Die Schwerpunkte des Außen- oder Auslandsreferates lagen in den ersten Semestern bei der Vermittlung von Auslandsaufenthalten für Bonner Studenten. Eine Betreuung ausländischer Studenten in Bonn fand in dieser frühen Zeit von Seiten des AStA nicht statt. Zum Sommersemester 1947 erhielten die Ausländer Sitz und Stimme im AStA.³⁷⁷ Zu diesem Zeitpunkt war der weitaus größte Teil ausländischer Studenten noch DP's, so dass diese Position in den nächsten Semestern von DP-Studenten wahrgenommen wurde, auch dann noch, als die DP's ihre Sonderstellung verloren hatten und gegenüber den übrigen Ausländern in die Minderheit geraten waren.³⁷⁸ Eine Beschäftigung des AStA mit ausländischen Studenten oder gar die Schaffung von Betreuungs- oder Hilfsangeboten, wie sie in den späten 50er Jahren selbstverständlich werden, ist in der frühen Nachkriegszeit nicht erkennbar. Im Sommer 1949 wählte die Auslandskommission des AStA verschiedene Referenten für einzelne Länder, deren Hauptaufgabe in der Anbahnung von Studentenaustauschen mit den jeweiligen Ländern, nicht in der Betreuung bereits in Deutschland studierender Ausländer bestand.³⁷⁹ Erst in den 50er Jahren wandelte sich das Verhältnis der Universität zu den an ihr eingeschriebenen ausländischen Studenten. Der 1950 erstmals durchgeführte Empfang für ausländische Studenten war ein großer Erfolg³⁸⁰ und kann als Ausdruck des gewandelten Verhältnisses gewertet werden. 1953 nahmen an diesem Empfang über 400 ausländische Studenten aus 45 Nationen teil.³⁸¹

Die Auslandsarbeit der Universität lief nach dem Krieg über den Anglisten Walter Schirmer, der 1948 die Leitung der neugegründeten Auslandsstelle übernahm.³⁸² Zum Sommersemester 1951 richtete die Universität ein Akademisches Auslandsamt als Koordinierungsstelle der universitären Auslandsarbeit ein, dessen Leitung im November 1950 dem Germanisten Werner Betz anver-

375 Ebd., S. 31 f.

376 Frowein: Der »Club Bonner Studenten« stellt sich vor, in: BUZ Nr. 9, 19.11.1946, S. 12.

377 Sitzung vom 19.2.1947, UAB AStA 47-1.

378 Am 24.1.1951 wird ein ukrainischer DP-Student mit der Betreuung der Ausländer beauftragt, UAB AStA 47-2.

379 AStA-Sitzung vom 19.7.1949, UAB AStA 47-5.

380 AStA-Sitzung vom 20.12.1950, UAB AStA 47-2.

381 Klein Paris, in: Nachrichtenblatt 5. Jg. (1953), Nr. 11, S. 24.

382 Holle, Das Akademische Auslandsamt, S. 63, 65.

traut wurde.³⁸³ Bereits 1950 war der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) unter maßgeblicher Beteiligung des Bonner Rektors Theodor Klauser, der auch zum ersten Vorsitzenden des DAAD gewählt wurde, wiederbegründet worden.³⁸⁴ Mit seinem Sitz in Bonn (im Gebäude der Mensa in der Nassestraße) und seiner engen personellen Anbindung an die Bonner Universität³⁸⁵ gab der DAAD einen wichtigen Impuls für die weitere Entwicklung der Ausländerarbeit in Bonn.

Die Jahre 1950/51 bildeten einen Einschnitt in der Ausländerarbeit der Universität. Im Wintersemester 1950/51 war mit 1,3 % der Tiefpunkt des Ausländeranteils erreicht, der durch die Verdrängung der DPs seit dem Sommersemester 1949 hervorgerufen wurde.³⁸⁶ Gleichzeitig wurde erstmals die Zahl der DP-Studenten von der Zahl der übrigen ausländischen Studenten übertroffen. Durch die Gründung des akademischen Auslandsamtes als zentraler Einrichtung wurde die Auslandsarbeit jedoch zunehmend professionalisiert. Die Aufgabengebiete des Auslandsamtes wandelten sich von der Anbahnung von Kontakten zum Ausland, die bis Ende der 40er Jahre im Mittelpunkt der Bemühungen standen, zu einer Betreuung ausländischer Studenten, die seit der Erhebung Bonns zur Bundeshauptstadt verstärkt an die Universität drängten.³⁸⁷ Zudem wurde die Zulassung von ausländischen Studenten im Interesse der Wiederaufnahme von Beziehungen zum Ausland vereinfacht, indem auf besondere Anforderungen, die für deutsche Studenten galten, verzichtet wurde. Dazu gehörte u. a. das für Studenten der Landwirtschaft vor Studienbeginn zu absolvierende Vorpraktikum.³⁸⁸ Bis zum Wintersemester 1954/55 war der Ausländeranteil so auf 6,2 % angestiegen.³⁸⁹

Der Unterschied zwischen den ausländischen und den DP-Studenten wird in den Akten des Universitätsarchivs sehr deutlich. Mit DP-Studenten beschäftigte sich vornehmlich die Universitätskasse, die die wöchentlichen Unterhaltszahlungen zu leisten hatte. Darüber hinaus waren es Fragen der Zulassung und der Qualifikation, die in den Akten eine Rolle spielen. Um die übrigen Ausländer

383 UAB UV 69–88. Werner Betz (1912–1980) war seit 1941 Dozent in Bonn, 1948 wurde er zum außerordentlichen Professor ernannt, 1950 zum Ordinarius, er folgte 1959 einem Ruf an die Universität München.

384 Zur Gründung des DAAD vgl. Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1925 bis 1975, S. 36–76.

385 Klauser blieb bis 1954 Vorsitzender, dann übernahm das Amt der Bonner Altrector Werner Richter, seit 1953 war Ernst Bizer stellvertretender Vorsitzender, die Geschäftsführung lag bis 1955 in der Hand der Bonner Kunsthistorikerin Ruth Tamm, vgl. ebd.

386 Der Ausländeranteil (einschl. DP-Studenten) lag bis zum SS 1949 zwischen 5,8 % (SS 1948 und SS 1949) und 9,7 % (SS 1946), Angaben nach Studentenkartei, Ausländeralphabet.

387 Holle, Das Akademische Auslandsamt, S. 67.

388 Senatssitzung vom 16. 11. 1950, UAB Senat 33–6.

389 Zahlen nach Studentenkartei.

kümmerten sich dagegen seit Anfang der 50er Jahre das akademische Auslandsamt sowie das Auslandsreferat des AStA. Es wurden gezielt Kontakte geknüpft und die Universität betrachtete diese ausländischen Studenten – im Gegensatz zu den DP-Studenten – als Bereicherung. Es kann behauptet werden, dass die ausländischen Studenten betreut, die DP-Studenten dagegen verwaltet wurden.

3.13. Zusammenfassung und Ergebnisse

Die in den vorangegangenen Abschnitten zusammengetragenen Daten lassen sich zu folgenden Ergebnissen zusammenfassen:

Die in den amtlichen Statistiken angegebenen Zahlen der Bonner Studenten weichen oftmals nicht unerheblich von den von der Universität selbst publizierten Daten ab. Eine absolut verlässliche Studentenzahl lässt sich zumindest für die Nachkriegsjahre bis 1949 nicht angeben. Deutlich wird jedoch die Entwicklung der Studentenzahlen in Bonn: Sie stieg bis zur Währungsreform stark an, erhielt dann einen leichten Rückschlag um im Folgenden den Anstieg kontinuierlich, aber weniger stark bis in die 60er Jahre fortzusetzen.

Der Frauenanteil lag im ersten Nachkriegssemester durch die hohe Zahl der fortgeschrittenen Studentinnen, die vorwiegend als Gasthörerinnen zugelassen wurden, auf hohem Niveau. In den folgenden Semestern setzte sich eine stärkere Bevorzugung männlicher Studienbewerber durch. Als 1947/48 die Zwangsgasthörerregelung abgeschafft wurde, sank der Frauenanteil deutlich ab. Erst zu Beginn der 50er Jahre stieg er wieder leicht an, ohne jedoch das Niveau der ersten Nachkriegssemester zu erreichen. Die Ablehnung der Frauen sowohl von Seiten der Professoren als auch von Seiten ihrer Kommilitonen war deutlich festzustellen und manifestierte sich in einer hohen Abbrecherquote von Studentinnen. Das Frauenstudium war so in der Nachkriegszeit noch eine Randerscheinung. Studentinnen wurden an der Universität geduldet, aber nicht als gleichberechtigt akzeptiert.

Da die Mehrheit der Studenten durch Arbeitsdienst, Krieg oder Gefangenschaft viele Jahre an Zeit verloren hatten, lag das Durchschnittsalter der Studenten im ersten Nachkriegssemester sehr hoch. Dabei waren die männlichen Studenten im Durchschnitt älter als ihre Kommilitoninnen. Da durch den Numerus clausus auch in den folgenden Semestern nur wenige jüngere Studenten nachfolgen konnten, stieg das Durchschnittsalter bis zum Ende der 40er Jahre auf über 25 an. Seit dem Beginn der 50er Jahre begann sich die Altersstruktur allmählich zu normalisieren. Auch die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Altersstruktur gingen zurück. Eine normale Altersschichtung wurde erst in der zweiten Hälfte der 50er Jahre wieder erreicht.

Bei der Fächerwahl ist ein deutlicher Wandel festzustellen. Während in den ersten Nachkriegssemestern die meisten Einschreibungen auf die Medizinische Fakultät entfielen, entwickelte sich zu Beginn der 50er Jahre die Rechts- und Staatswissenschaftliche zur größten Fakultät. Die Ursache hierfür lag in der starken Förderung des Medizinstudiums durch die Nationalsozialisten, die sich auch nach dem Krieg in einem hohen Medizineranteil unter den Studenten niederschlug. Angesichts der sich verschlechternden Berufsaussichten für Mediziner verlagerte sich die Wahl des Studienfaches jedoch zunehmend auf die übrigen Fakultäten. Im Sommersemester 1950 war erstmals die Rechts- und Staatswissenschaftliche die größte Fakultät. Besonders die jüngeren männlichen Studenten entschieden sich ab dem Ende der 40er Jahre vorwiegend für Rechts- oder Staatswissenschaften. Bei den Studentinnen verlagerte sich der Schwerpunkt zu Beginn der 50er Jahre auf die Fächer der Philosophischen und Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, hier besonders auf die Pharmazie.

Über die geographische Herkunft der Studenten lassen sich nur vorsichtige Aussagen treffen. Es ist festzustellen, dass sich der Herkunftsbereich der Studenten insbesondere durch den Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen erweiterte. Der Anteil der aus Nordrhein-Westfalen stammenden Studenten nahm bis Mitte der 50er Jahre ab. Ein deutlicher Einschnitt ist hier jedoch nicht zu erkennen.

Auch die gesellschaftliche Herkunft der Studenten bietet für Bonn keine Möglichkeit, eine Nachkriegsstudentengeneration zu definieren. Die Studenten stammten überwiegend aus einem bürgerlich-akademischen Milieu. Arbeiter- oder Bauernkinder waren (und sind bis heute) unterrepräsentiert. Charakteristische Änderungen hinsichtlich der sozialen Herkunft sind in der Zeit bis 1955 nicht zu beobachten.

Hinsichtlich ihrer Qualifikation lassen sich in der Nachkriegszeit zwei Studentengenerationen deutlich voneinander unterscheiden. Die ersten Nachkriegsstudenten waren durch die lange Zeit, die kriegsbedingt seit ihrem Abitur verstrichen war, bzw. durch den vorzeitigen Abbruch ihrer Schulausbildung schlechter auf ein Universitätsstudium vorbereitet, als die jüngere Generation, die seit Ende der 40er Jahre an die Universität strömte. Ein Einschnitt ist hier im Wintersemester 1949/50 zu erkennen, als der Anteil von Studenten mit Reifevermerk schlagartig absank. Notreife, akademische Vorkurse und Sonderlehrgänge waren damit typische Kennzeichen der ersten Nachkriegsgeneration.

Bei der Betrachtung der Konfession der Studenten fällt ein Rückgang der konfessionsspezifischen Fächerpräferenzen auf, der einen Hinweis auf die gesamtgesellschaftliche Abnahme der Konfession als Determinante für soziales Verhalten gibt. Dieser Prozess ist jedoch schleichend, so dass sich auch hier keine Generationen voneinander abgrenzen lassen.

Dagegen ist eine Abgrenzung zweier Generationen der Studentenschaft in Abhängigkeit von ihrer politischen Vergangenheit gut möglich. Während die älteren Studenten quantitativ geringer belastet waren, war die Anzahl der stark Belasteten unter ihnen deutlich höher als unter den nachfolgenden jüngeren Studenten. Dies hing mit der Pflichtmitgliedschaft in der HJ zusammen, die erst in der zweiten Hälfte der 30er Jahre de facto (seit 1940 auch de jure) wirksam wurde und somit nur die Jahrgänge ab etwa 1926 betraf. Die Belasteten unter den älteren Studenten hatten in höherem Maße Führerränge bekleidet oder waren bereits Mitglied in NSDStB, SA, SS oder NSDAP gewesen, während die Belastung der jüngeren Jahrgänge im Regelfall in der einfachen Mitgliedschaft in der HJ bestand.

Auch die Kriegserfahrung war typisch für die Studenten der älteren Generation. Die Jahrgänge bis 1925 waren im Regelfall Kriegsteilnehmer, die Jahrgänge 1926–1928 hatten als Luftwaffenhelfer gedient, während die jüngeren Jahrgänge zumeist von Kriegseinsätzen verschont geblieben waren. Insbesondere für die aktiven Kriegsteilnehmer kam die von nahezu allen zumindest für kurze Zeit gemachte Erfahrung der Gefangenschaft hinzu.

Charakteristisch für die Bonner Studentenschaft der ersten Nachkriegsjahre war ein hoher Ausländeranteil, der durch eine große Anzahl von DP-Studenten hervorgerufen wurde. Diese wurden 1949 von den Universitäten verdrängt. Dagegen strömten nun vermehrt andere ausländische Studenten an die deutschen Universitäten. Deren Anteil an der Gesamtstudentenschaft lag jedoch bis Mitte der 50er Jahre in Bonn deutlich unter dem der DP-Studenten in den ersten Nachkriegsjahren. Im Umgang mit ausländischen Studenten ist ein deutlicher Wandel zu erkennen. Während DP-Studenten zwar in großer Zahl in Bonn studierten, bestanden kaum Kontakte zwischen den DPs und ihren deutschen Kommilitonen. Dagegen richtete die Universität nach 1949 ein Akademisches Auslandsamt ein, das für die Betreuung der in Bonn studierenden Ausländer zuständig war. Auch die Auslandsstelle des AstA sowie verschiedene studentische Vereinigungen bemühten sich um Kontakte zwischen ausländischen und deutschen Studenten.

Es kann also festgehalten werden, dass sich die Struktur der Studentenschaft hinsichtlich des Alters der Studenten, des Frauen- und Ausländeranteils, der politischen und militärischen Vergangenheit sowie der Fächerwahl und der Qualifikation der Studenten in den Jahren um 1950 in einem Maße verändert, dass von einem Generationswechsel gesprochen werden kann.

Der typische Student der ersten Nachkriegssemester kam in einem vergleichsweise hohen Alter an die Universität, hatte keine oder eine weit zurückliegende Hochschulreife aufzuweisen, hatte im Krieg gekämpft und war zumindest kurze Zeit in Gefangenschaft gewesen und studierte Medizin. Das Studium in der Nachkriegszeit in Bonn blieb eine Domäne der Männer, auch

wenn der Frauenanteil in den ersten Nachkriegsjahren deutlich höher lag, als zu Beginn der 50er Jahre. Gerade in Hinblick auf die Jugendzeit im Nationalsozialismus, die Kriegszeit und die Erfahrung der Gefangenschaft kann von den ersten Nachkriegsstudenten als eine Sozialisationsgemeinschaft gesprochen werden, die in Kindheit und Jugend vergleichbaren Einflüssen ausgesetzt war.

Der Typus der ersten Nachkriegsstudentengeneration verließ die Universität am Ende der 40er Jahre und wurde durch einen neuen Typ verdrängt, der sich nach einer ungestörten Schullaufbahn unmittelbar nach Erlangen der Reifeprüfung immatrikulieren konnte, der den Krieg nur als Kind und den Nationalsozialismus nur als einfacher Hitlerjunge erlebt hatte. Diese jungen Studenten entschieden sich nun, sofern es sich um Männer handelte, für ein Studium an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, die Frauen dagegen für ein Studium der Pharmazie oder eines Faches der Philosophischen Fakultät.

Durch die hohe Vergleichbarkeit der Biographien der hier untersuchten Studenten ist die Anwendung des Mannheimschen Generationsbegriffs auf die Bonner Studentenschaft der Nachkriegszeit nicht allein eine Möglichkeit, vielmehr erscheinen durch die Anwendung des Begriffs auf einen eng umrissenen Ausschnitt der Gesellschaft die generationsspezifischen Merkmale noch stärker ausgeprägt. Es kann somit also von einer Nachkriegsstudentengeneration der Jahre 1945 bis um 1950 gesprochen werden, die sich deutlich von den nachfolgenden Studenten unterscheiden lässt. Im Folgenden soll der Blick auf die Bedingungen gerichtet werden, unter welchen diese Generation ihr Studium absolvierte.

4. Die Studiensituation in der Nachkriegszeit

Die Notsituation der Nachkriegszeit traf Studenten besonders hart. Nur notdürftig untergebracht, mit nur einer Garnitur Kleidung und leerem Magen begannen sie ihr Studium an einer Universität, die selbst gezeichnet war von den Folgen des Krieges. »Wahrscheinlich war niemals eine Studentengeneration so sehr von Nahrungsmangel, Kleidermangel und Wohnraumnot betroffen wie diese.«¹ Die vom Mangel bestimmten Studienbedingungen prägten die Studenten, forderten und förderten bestimmte Verhaltensweisen und ließen ein Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen. Die Zeit des Mangels bildete den Erfahrungshorizont, der die erste Nachkriegsstudentengeneration deutlich von den nachfolgenden Studenten unterschied. Daher ist neben der Zusammensetzung der Studentenschaft die Studiensituation der Nachkriegszeit ein wichtiger Faktor für die Ausbildung eines Generationsbewusstseins der Nachkriegsstudenten. Wurden im vorangegangenen Kapitel die generationskonstituierenden Elemente der studentischen Biographien vor 1945 und die sich daraus ergebende Zusammensetzung der Studentenschaft analysiert, so wird der Blick nun auf die äußeren Einflüsse gelenkt, denen die Studenten nach Beginn bzw. Wiederaufnahme ihres Studiums in der Nachkriegszeit ausgesetzt waren.

Im Mittelpunkt stehen vor allem die von Not und Mangel geprägten Studienbedingungen der ersten Nachkriegssemester. Wohnungsnot, Hunger, Krankheit und Mangel an allen Gütern des täglichen Bedarfs charakterisierten die Studiensituation in unterschiedlicher Intensität und Rangfolge bis zum Beginn der 50er Jahre. Unabhängig voneinander und doch zeitlich parallel vollzogen sich in den Jahren um 1950 der Wandel der Lebensverhältnisse und der Generationswechsel in der Studentenschaft.

Im Folgenden wird zunächst die Studiensituation der ersten Nachkriegsjahre untersucht. Anschließend werden in einem weiteren Schritt die Maßnahmen beleuchtet, welche Studenten oder Universitätseinrichtungen ergriffen, um der Not zu begegnen. Die Nachkriegszeit ist oft als »Blütezeit der Improvisation«

1 Becker, Zeiten des Hungers, S. 301.

gekennzeichnet worden.² Dies lässt sich auch im Hinblick auf die Studiensituation an den Universitäten der Nachkriegszeit bestätigen. Die akute Notlage in Fragen der Wohnung, Ernährung und des akademischen Alltags erforderte oft unorthodoxe Lösungen. In diesem Abschnitt stehen vor allem die verschiedenen universitären Hilfsinstitutionen, angeführt vom Verein Studentenwohl, im Vordergrund. Neben der sozialen Notlage der Studenten ist der akademische Alltag Thema dieses Kapitels.

In einem letzten Abschnitt wird der Frage nach der Situation der Lehre und der Diskussion um die Reform der Universität, die in den ersten Nachkriegsjahren intensiv geführt wurde, nachgegangen. Als besonderer Indikator des Wandels können die sich allmählich wieder ausbildenden Kontakte zum Ausland gewertet werden, auf die der Blick abschließend gelenkt wird. Die Verbindung mit ausländischen Universitäten und Kommilitonen eröffnete den deutschen Studenten die Möglichkeit, ihren eigenen Horizont zu erweitern, eine fremde Sichtweise gerade im Hinblick auf den Nationalsozialismus kennen zu lernen und einen Beitrag zum Anschluss der deutschen Universitäten an die internationale akademische Welt zu leisten. Gerade die Beziehungen zum Ausland sind ein Gradmesser für die Normalisierung des Studienalltags an den Universitäten der Nachkriegszeit.

4.1. Die Lebensverhältnisse der Studenten

4.1.1. Die Wohnsituation

Die Wohnungssituation in Bonn war nach dem Krieg sehr angespannt. Durch die Zerstörungen des Bombenkriegs waren 40 % der Wohnungen in Bonn total, 20 % minder und 20 % leicht beschädigt.³ Gerade in der Innenstadt war Bonn jedoch zu 95 % zerstört.⁴ Von den verbleibenden unbeschädigten Wohnungen wurde eine beträchtliche Anzahl für Zwecke der Militärregierung beschlagnahmt. Dabei war Bonn insgesamt im Vergleich zu anderen Städten weniger von den Zerstörungen betroffen, so dass der Stadt ein großes Kontingent Flüchtlinge zur Unterbringung zugewiesen wurde. Neben den Bonner Bürgern, welche die Stadt wegen der Bombenangriffe verlassen hatten, kehrten seit Frühjahr 1945 auch ehemalige Studenten nach Bonn zurück, die nach dem Ende des Krieges hofften, ihr Studium bald fortsetzen zu können. Als im Sommer 1945 bekannt wurde, dass die Universität zum Wintersemester voraussichtlich wieder eröffnet

2 Bargmann, Wiederaufbau, S. 653.

3 Verwaltungskonferenz vom 10.7.1945, StAB Pr 9/219.

4 Fehre, Bonn, S. 138.

werden würde, drängten dazu auch viele neue Studienbewerber in die Stadt. Die Einwohnerzahl Bonns, die in den letzten Kriegsmonaten auf rund 50.000 gesunken war, stieg bis Februar 1946 auf rund 94.000 an und überschritt im August 1946 erstmals wieder die Grenze von 100.000 Einwohnern.⁵

Die Universität war sich der schwierigen Frage der Unterbringung der künftigen Studenten bewusst und richtete bereits im Juli 1945 einen Universitätswohnungsausschuss ein, der unter der Leitung von Dekan Oertel eng mit dem städtischen Wohnungsamt zusammenarbeitete.⁶ Erstes Ziel dieses Ausschusses war es, die Freigabe der Kameradschaftshäuser der ehemaligen Korporationen für studentische Wohnzwecke zu erreichen.⁷ Im Wintersemester 1945/46 konnte das Wohnungsamt das Haus des Corps Rhenania in der Koblenzer Straße 94, das Platz für 25 Studenten bot, sowie das Haus des katholischen Studentenvereins Arminia in der Kaiserstraße 85, wo 50 Studentenzimmer eingerichtet wurden, zur Unterbringung von Studenten nutzen.⁸ Zum Sommersemester 1946 konnte auch das Haus der Studentenverbindung Bavaria in der Koblenzer Straße 107 als Wohnheim hergerichtet werden.⁹

Darüber hinaus vermittelte der Wohnungsausschuss private Zimmer an einzelne Studenten. Bereits Anfang August 1945 konnte er vermelden, dass innerhalb von 14 Tagen 106 Einzelfälle bearbeitet worden waren.¹⁰ Diese Zahl entsprach gut 7 % der letzten offiziellen Studentenzahl vor Kriegsende¹¹ und deutet auf den enormen, bereits im Sommer 1945 einsetzenden Rückstrom ehemaliger Studenten hin. Um möglichst alle Studenten mit Unterküften versorgen zu können, wurde Oertel ermächtigt, drei Wohnhäuser anzumieten.¹² Zudem unterstützte auch die Stadt Bonn den universitären Wohnungsausschuss bei der Unterbringung der Studenten. Im August 1945 wurde eine Sonderregelung erlassen, nach der überschüssiger Wohnraum von Professoren nicht mehr geschlossen an Familien abzugeben war, sondern in mehrere Zimmer unterteilt

5 Zahlen nach StAB Pr 14/22.

6 Verwaltungsratssitzung vom 12.7.45, UAB Senat 33 – 1. Weitere Mitglieder des Ausschusses waren Prof. Brinkmann, Dr. Busley und Bürgermeister Dani, die erste Sitzung fand am 6.7.1945 statt, UAB UV 69 – 178.

7 Sitzung des Universitätswohnungsausschusses vom 6.7.1945, StAB Pr 42/709.

8 Sitzung des Wohnungsausschusses vom 3.9.1945, StAB Pr 42/709.

9 Oertel, Studentenfürsorge, in: BUZ Nr. 1, 16.5.1946, S. 3 f.

10 Verwaltungsratssitzung vom 2.8.1945, UAB Senat 33 – 1.

11 Im 1. Trimester 1940 waren in Bonn 1.493 Studenten eingeschrieben, Chronik 1939/40 – 1948/49, S. 71, danach endet die offizielle Studentenstatistik.

12 Verwaltungsratssitzung vom 2.8.1945, UAB Senat 33 – 1. Um welche Häuser es sich handelte und ob dieser Plan auch in die Tat umgesetzt wurde, lässt sich aus den Akten nicht mehr ermitteln. Möglicherweise handelt es sich um die erwähnten ehemaligen Kameradschaftshäuser, die vom Wohnungsausschuss wiederholt für studentische Wohnzwecke ins Auge gefasst wurden, so beispielsweise auf der Verwaltungsratssitzung vom 12.7.1945, UAB Senat 33 – 1.

werden konnte, um diese an Studenten vermieten zu können.¹³ Ursprünglich ging Dekan Oertel davon aus, 150 Studenten in ehemaligen Kameradschaftshäusern, 150 bei Professoren, 500 in der Bürgerschaft und 400 bei Verwandten unterbringen zu können. Außerdem plante er, im Althistorischen Seminar Massenquartiere einzurichten, um insgesamt Wohnmöglichkeiten für rund 2.000 Studenten zu schaffen.¹⁴

Als sich im Oktober nach Festlegung der endgültigen Studentenzahlen für das Wintersemester 1945/46 abzeichnete, dass in den bis dahin vorhandenen Quartieren nicht alle Studenten untergebracht werden konnten, schlug Dekan Oertel vor, bei der Stadtverwaltung die Freigabe zweier Bunker für die Unterbringung von Studenten zu erwirken.¹⁵ Die Stadt erklärte sich mit dieser Regelung einverstanden und stellte der Universität zunächst den Poppelsdorfer Bunker in der Trierer Straße 24 zur Verfügung. Im Frühjahr 1946 ließ die Stadt auch den Bunker in der Theaterstraße räumen und stellte ihn ebenfalls der Universität zur Verfügung.¹⁶ Insgesamt konnte das Wohnungsamt im ersten Nachkriegssemester 500 Zimmer in Bonn und 200 in Godesberg vermitteln.¹⁷ Aus diesen Zahlen wird deutlich, dass der Großteil der insgesamt rund 2.500 Studenten auf eigene Faust eine Unterkunft finden musste, der Wohnungsausschuss dabei zwar eine wertvolle Hilfestellung bot, jedoch keinesfalls die Unterbringung der gesamten Studentenschaft zu organisieren vermochte.¹⁸

Die Frage der Unterbringung der Studenten blieb dennoch ein Problem, so dass die SPD am 5. April 1946 eine kleine Anfrage an den Stadtrat richtete, in der sie die Zimmerfrage der Studenten klären wollte. Der zuständige Dezernent Rott sagte für das Sommersemester eine Verbesserung der Wohnverhältnisse zu.¹⁹ Eine erste Maßnahme, um zusätzlichen Wohnraum für Studenten zu schaffen, war eine im Frühjahr 1946 von der Stadt durchgeführte Wohnraumkontrolle. Dabei sollten nicht gemeldete Zimmer festgestellt werden, um gegebenenfalls dort Studenten unterbringen zu können. Diese Maßnahme zeitigte offenbar nicht den gewünschten Erfolg und stieß auf den Unwillen der betroffenen Bonner Einwohner, so dass die Stadt beschloss, künftige Wohnraumkontrollen

13 Rundschreiben Oertels am 24. 8. 1945, UAB MF 68 – 11.

14 UAB UV 69 – 27.

15 Verwaltungsratssitzung vom 2. 10. 1945, UAB Senat 33 – 1.

16 Sitzung des Wohnungsausschusses vom 12. 4. 1946, StAB Pr 9/396. Dieser scheint jedoch zur Unterbringung von Studenten zunächst nicht genutzt worden zu sein, da er erst 1950 von den Studenten »entdeckt« wurde, Chronik 1949/50, S. 31.

17 Oertel, Studentenfürsorge, in: BUZ Nr. 1, 16. 5. 1946, S. 3 f.

18 Eine ähnliche Entwicklung ist an der Universität Köln zu beobachten, vgl. vom Hagen, Wohnsituation, S. 72. Dem Kölner Wohnungsbeschaffungsausschuss gelang es nur, 312 Wohnungen für mehr als 1.500 zugelassene Studenten bereitzustellen.

19 Sitzung der Stadtvertretung vom 5. 4. 1946, StAB Pr 9/69 p. 38 f.

durch die Studenten selbst durchführen zu lassen.²⁰ Im Dezember 1946 wurden auf Anordnung des Oberpräsidenten in Bonn und Godesberg erneut derartige Kontrollen durchgeführt. Die Universität forderte die Studenten zur Beteiligung auf und richtete am vorgesehenen Termin einen dies academicus ein.²¹ Jeder Student sollte die Wohnungen in ca. sieben Häusern erfassen.²² Trotz der Unterstützung der Wohnraumkontrollen durch den AStA²³ war die Beteiligung der Studenten an den Kontrollen gering.²⁴ Allerdings hatte eine größere Zahl von DP-Studenten ihre Mitwirkung zugesagt. Dies lehnte die Universität jedoch ab, da sie befürchtete, die DP-Studenten würden bei der Kontrolle eine eigene Wohnung suchen, obwohl deren zentrale Unterbringung in Lagern vorgesehen war.²⁵ Über das Ergebnis der Kontrollen wird in den Akten nichts weiter berichtet. Der Erfolg scheint allerdings gering gewesen zu sein. Weitere Kontrollen wurden offenbar nicht durchgeführt.

Wie angespannt die Wohnungssituation in den ersten Nachkriegssemestern war, wird auch daraus ersichtlich, dass jeder Student vor der Immatrikulation eine Unterkunft in Bonn nachweisen musste.²⁶ Ursprünglich war von Seiten der Universität vorgesehen, dass alle ehemaligen Bonner Studenten automatisch eine Zuzugsgenehmigung erhalten und lediglich von den noch nicht immatrikulierten Studenten ein Unterkunftsnachweis verlangt werden sollte.²⁷ Diese Regelung wurde im Oktober 1945 fallen gelassen, als die Universität alle bestehenden Immatrikulationsverhältnisse für aufgehoben erklärte und damit nunmehr von allen Studenten der Wohnungsnachweis erbracht werden musste.

Die Wohnraumknappheit erreichte im Herbst 1947 ihren Höhepunkt. Das Wohnungsamt sah keine Möglichkeit der adäquaten Unterbringung der Studenten mehr. In einem Schreiben an den Rektor bat Oertel daher, keine Studenten mehr zuzulassen, da von jetzt an Zimmer mit mehr als 15 qm doppelt belegt werden müssten.²⁸ Anfang 1948 hatte sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt etwas entspannt, so dass die Universität bei der Neuordnung des Immatrikulationsverfahrens zum Sommersemester 1948 auf den Wohnungsnachweis bei der Neuimmatrikulation verzichten konnte.²⁹ Zu diesem Zeitpunkt waren 1.881 Studenten in Einzelzimmern untergebracht, 1.008 verfügten im-

20 Senatssitzung vom 1. 6. 1946, UAB Senat 33 – 2.

21 Senatssitzung vom 22. 11. 1946, UAB Senat 33 – 2.

22 Schreiben Konens an das Wohnungsamt am 25. 11. 46, UAB UV 69 – 178.

23 AStA-Sondersitzung vom 19. 11. 1946, UAB AStA 47 – 1.

24 So beteiligte sich beispielsweise die katholische Studentenschaft nicht an der Aktion, Fakultätsprotokoll vom 18. 12. 1946, AKFB, Ordner »Fakultätssitzungen«.

25 Senatssitzung vom 5. 12. 1945, UAB Senat 33 – 1.

26 Verwaltungsratssitzung vom 30. 8. 1945, UAB Senat 33 – 1.

27 Sitzung der Institutsdirektoren am 13. 8. 1945, UAB Senat 33 – 1.

28 Schreiben vom 4. 11. 1947, UAB UV 69 – 178.

29 Senatssitzung vom 22. 1. 1948, UAB Senat 33 – 4.

merhin über eine Schlafstelle, 129 über ein Pensionszimmer. Weitere 580 Studenten wohnten in Gemeinschaftsunterkünften.³⁰ Die Wohndichte betrug im November 1948 in Bonn nur noch 1,42 Personen pro Zimmer. 1946 hatte sie noch bei 2,3 Personen gelegen.³¹ Auf der anderen Seite waren die Wohnverhältnisse immer noch so beengt, dass die Briten es mit ausdrücklichem Hinweis auf die Wohnsituation ablehnten, ausländische Studenten in Bonn zuzulassen³² und das Studentenwerk einen weiteren Bunker in Beuel als Wohnheim für Studentinnen anmietete.³³

Anfang 1949 riefen die Pläne, Bonn zur Bundeshauptstadt zu wählen, die Befürchtung beim AStA hervor, die Situation auf dem Wohnungsmarkt würde sich für Studenten durch den Zuzug von Regierungsbediensteten verschlechtern.³⁴ Dieser Befürchtung verlieh auch der Rektor im Namen des Senats in einem Schreiben an Kultusministerin Teusch Ausdruck.³⁵ Die Wahl zur Hauptstadt hatte jedoch offenbar auf das Angebot an Studentenzimmern nur geringe Auswirkungen. Zumindest wurden derartige Befürchtungen nicht weiter geäußert. Es ist im Gegenteil davon auszugehen, dass der Not der Studenten in der künftigen Hauptstadt mehr Aufmerksamkeit zuteil wurde und die Bereitschaft zur Hilfe stieg.

Neben der Frage der Unterbringung war die Versorgung der Studenten mit Heizmaterial eine der wichtigsten Schwierigkeiten. Insbesondere in den harten Wintern 1945/46 und 1946/47 machte sich der Kohlenmangel so stark bemerkbar, dass Überlegungen angestellt wurden, die Universität wegen fehlender Beheizungsmöglichkeiten vorübergehend zu schließen. Von diesen Plänen nahm man jedoch Abstand, da befürchtet werden musste, dass die Studenten im Falle der Schließung ihre Zimmer verlieren würden.³⁶ Dennoch wurden 1947 und 1948 die Winterferien wegen Kohlenmangels bis Mitte bzw. Ende Februar ausgedehnt.³⁷

Um den Studenten eine Möglichkeit zum Aufwärmen zu bieten, wurden im Arminienhaus, im Café Rittershaus und in der Mensa II im Hotel Stern am Marktplatz Wärmestuben eingerichtet.³⁸ Dort wurde Heizmaterial konzentriert, so dass eine angenehme Temperatur gehalten werden konnte, während es in den Universitätsinstituten zum Teil nicht möglich war, eine Temperatur von 10° C zu

30 Wohnungsamt am 14.2.1948 an Amt 00, StAB N 2/128.

31 StAB N 64/253.

32 Senatssitzung vom 12.2.1948, UAB Senat 33–4.

33 HStAD NW 25–160.

34 AStA-Protokoll vom 25.1.1949, UAB AStA 47–6; vgl. auch Schreiben des AStA an den Bonner Oberbürgermeister vom 29.1.1949, StAB N 1988/1171.

35 HStAD NW 179–894.

36 Senatssitzung vom 8.11.1946, UAB Senat 33–2.

37 Fakultätssitzungen vom 14.2. und 19.11.1947, AKFB, Ordner Fakultätssitzungen.

38 BUZ Nr. 27, 10.11.1947, S. 9.

erreichen.³⁹ Da seit dem Sommersemester 1947 auch die Studentenbücherei im Arminienhaus untergebracht war, entwickelte sich das Haus im Winter zu einem beliebten Aufenthaltsort der Studenten.⁴⁰ Daneben war es den Studenten ausdrücklich gestattet, sich im Winter in den Warteräumen der Kliniken aufzuhalten, um sich aufzuwärmen.⁴¹ Auch bestand die Möglichkeit des Besuchs in der »Brücke«, dem britischen Kulturzentrum, in dem Zeitungen auslagen und die Räume geheizt waren.⁴²

Als Folge des Mangels an Hausbrand nahm der Diebstahl von Kohle zu. Insbesondere die Kohlenzüge, die in Bonn auf einem Nebengleis auf den Gegenzug warten mussten, wurden nachts häufig geplündert.⁴³ Auch die Währungsreform brachte in Bezug auf die Kohlenfrage keine Verbesserung. Im März 1949 bezeichnete der Bonner Oberstadtdirektor die Versorgung mit Hausbrand in seinem Bericht an die Militärregierung als »menschenunwürdig«.⁴⁴ Die Kohleknappheit hielt bis zum Beginn der 50er Jahre an und durchzog die Monatsberichte an die Militärregierung jeden Winter.⁴⁵ Noch 1951 stand den Studenten der Raum 13 des Studentenhauses ganztägig als geheizter Raum zur Verfügung.⁴⁶

Damals wie heute sind zwei Arten studentischen Wohnens zu unterscheiden: zum einen die Unterkunft in einem privaten Zimmer, zum anderen die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft. Die Mehrzahl der Studenten war in privaten Zimmern untergebracht. Diese Zimmer waren in der Regel spärlich möbliert, schlecht oder gar nicht beheizt und wurden ab einer bestimmten Mindestgröße von mehreren Studenten bewohnt.⁴⁷ Die privat vermieteten Zimmer befanden sich oft unmittelbar in der Wohnung des Vermieters. Student und Vermieter wohnten also häufig neben- und miteinander. Die soziale Kontrolle der Studenten war dadurch sehr stark. Deutlich wird dies bei der Durch-

39 Prof. Behn an Rektor am 25.1.46 über das Philosophische Seminar, UAB UV 69–49.

40 Interview mit Dr. Lotte Perpeet, UAB Slg. Wiederaufbau 22; zur Entwicklung der Studentenbücherei vgl. Lang, Studentenbücherei.

41 Senatssitzung vom 5. 12. 1946, UAB Senat 33–2.

42 Felfe, Im Dienst des Gegners, S. 138.

43 Sühnel, Die euphorischen Jahre, S. 35.

44 Monatsbericht März 1949, StAB Pr 10/617.

45 Monatsberichte Oktober 1950 und Januar 1951, StAB N 2/124.

46 AStA-Sitzung vom 16. 1. 1951, UAB AStA 47–2.

47 Die Angaben dieser Mindestgröße schwanken, lagen aber deutlich unter dem, was heutzutage als zumutbar angesehen werden würde. Bei der Sitzung des Wohnungsausschusses vom 24. 9. 1945, StAB Pr 42/709, wurde festgelegt, dass Zimmer über 12 qm doppelt belegt werden, im November 1947 mussten Zimmer über 15 qm von zwei Studenten bewohnt werden, Monatsbericht November 1947 StAB Pr 10/593; ein Zeitzuge berichtete, dass er sich ein ca. 10 qm großes Zimmer mit einem Kommilitonen geteilt habe, Interview mit Dieter W., UAB Slg. Wiederaufbau 25.

sicht der Akten des Universitätsrichters. Konflikte mit Vermietern beispielsweise wegen nächtlichen Damen- bzw. Herrenbesuchs sind häufig.⁴⁸

Ein großes Problem war die Sicherung der studentischen Zimmer während der Semesterferien. Ein Großteil der Studenten lebte in den Ferien nicht in Bonn und kündigte daher die Zimmer, um die Miete zu sparen. Diese Zimmer mussten dann vorschriftsmäßig an das städtische Wohnungsamt gemeldet werden und wurden mit anderen Wohnungssuchenden belegt, so dass sie bei Semesterbeginn den zurückkehrenden Studenten nicht mehr zur Verfügung standen. Dem Universitätswohnungsamt gelang es jedoch im Sommer 1946, diese Zimmer für Studenten zu erhalten, indem beim städtischen Wohnungsamt die Zuweisung des Zimmers nicht an den einzelnen Studenten, sondern an die Universität erfolgte.⁴⁹ Diese Zimmer wurden während der vorlesungsfreien Zeit für die Unterbringung von Tagungsteilnehmern oder sonstigen Gästen der Universität genutzt.⁵⁰

Einen größeren Freiraum als private Zimmer versprachen die studentischen Gemeinschaftsunterkünfte. Solche bestanden in den ersten Nachkriegssemestern in den erwähnten Korporationshäusern der Bavaren, Arminen und Rhenanen sowie in den von Studenten bewohnten Bunkern in Poppelsdorf, Beul und in der Theaterstraße. Für 85 Theologiestudenten bestand daneben bereits seit dem Wintersemester 1945/46 eine Unterbringungsmöglichkeit im notdürftig in Selbsthilfe wiederhergestellten Wohntrakt des Collegium Albertinum. Im Sommer 1946 wohnten bereits 125 Theologen im Albertinum, allerdings unter sehr beengten und einfachen Verhältnissen, zum Teil zu dritt oder viert in unbeheizten Zimmern. Die Zentralheizung konnte erst seit dem Winter 1947/48 genutzt werden.⁵¹ Auch das evangelisch-theologische Studienhaus Adolf Clarenbach wurde im Sommer 1948 wieder von 12 Studenten bezogen, im Wintersemester 1948/49 waren es bereits 23.⁵² Ebenso bot das Alt-Katholische Konvikt seit 1949 ungeheizte Doppelzimmer zu günstigen Preisen an.⁵³

Eine Bonner Besonderheit und »kulturhistorisch ein Kuriosum« stellten die Studentenbunker dar.⁵⁴ Die Wohnsituation in den Bunkern war nach heutigen Maßstäben katastrophal: keine Fenster, schlechte Belüftung, winzige Zellen,⁵⁵ die zum Teil von zwei Studenten bewohnt wurden. Auf Grund der unzuverlässigen

48 Vgl. UAB UR 67 – 1 und -2.

49 BUZ Nr. 3, 18. 6. 1946, S. 8.

50 UAB PF 138 – 93.

51 Evertz, Konvikt, S. 267 f.

52 Heyer, Geschichte des evangelisch-theologischen Studienhauses, S. 50 f.

53 Chapeaurouge, Zwischen Politik und Kunstgeschichte, S. 63.

54 Fuchs, Studentische Wohnheime, S. 20; weitere von Studenten bewohnte Bunker gab es nur in Münster und Mannheim.

55 Die Grundfläche einer solchen Zelle betrug 2 x 3,5 m, Erinnerung von Ursula Hammer, in: Annette Kuhn, Frauenstudium, S. 234 f.

sigen Stromversorgung waren die Bunker zeitweise völlig ohne Beleuchtung. Als im November 1946 Stromsperrzeiten eingeführt wurden, suchte man nach einer Lösung für die Bunkerbewohner, die nun täglich mehrere Stunden im Dunkeln saßen, da ein offenbar vorhandener Generator wegen Ölmangels nicht in Betrieb genommen werden konnte.⁵⁶ Neben diesen Nachteilen boten die Bunker aber auch einige Vorzüge. Dazu gehörte zum einen die Zentralheizung, welche die Beliebtheit der Bunker vor allem in den Wintersemestern ansteigen ließ.⁵⁷ Hinzu kamen die günstigen Mietpreise, die mit 8,- RM (1950 auf 10,- DM erhöht)⁵⁸ deutlich niedriger lagen als bei üblichen Studentenzimmern, für die nach der Währungsreform zwischen 25 und 35 DM zu zahlen waren.⁵⁹

Eine Erhebung zur Sozialstruktur der Bunkerbewohner ergab 1950, dass sich nur 8 % der Bewohner um eine neue Unterkunft bemühten, dagegen 88 % wegen der günstigen Miete im Bunker wohnen bleiben wollten bzw. mussten. Die Hälfte der Bunkerbewohner bewohnte den Bunker bereits seit zwei Jahren.⁶⁰ Die trotz der erbärmlichen Wohnverhältnisse hohe Attraktivität der Bunker erklärt sich auch aus den dort größeren Freiräumen. Die Bunker wurden von den Bewohnern selbst verwaltet. Die Bunkerstudenten waren gleichsam ihre eigenen Herren. Besonders ausgeprägt war die Selbstverwaltung im Theaterbunker. Dieser war erst 1950 von Studenten als mögliches Wohnheim entdeckt und in völliger Eigenregie eingerichtet und bewohnbar gemacht worden. Alle Regeln des Zusammenlebens wurden in der Vollversammlung demokratisch beschlossen. Walther Peter Fuchs, der 1950 im Auftrag des Verbandes Deutscher Studentenwerke alle deutschen Wohnheime besuchte, schrieb über die Wohngemeinschaft des Theaterbunkers:

»Diese Bunkerunterkunft gehört zu den bedeutsamsten Selbsthilfeeinrichtungen, die seit 1945 von deutschen Studenten unternommen worden sind, [...] die Bewohner [...] bringen an gemeinschaftlichen Leistungen mehr und Imponierenderes zustande als manches vortrefflich ausgestattete moderne Studentenheim.«⁶¹

1951 konstituierte sich die Wohngemeinschaft Theaterbunker als studentische Gemeinschaft mit 114 Mitgliedern.⁶² Auch für den Poppelsdorfer Bunker zeichnet der Bunkervertreter Arno Müller ein positives Bild: Hilfsbereitschaft und Zusammengehörigkeitsgefühl seien stark ausgeprägt und das Gemein-

56 Antrag der CDU auf Verbesserung der Stromversorgung in den Bunkern, Sitzung der Stadtvertretung 29. 11. 1946, StAB Pr 9/69 p. 169.

57 Dekan der MedFak an Oertel am 14.11.47, UAB MF 68 – 11.

58 AStA-Sitzung vom 12. 1. 1950, UAB AStA 47 – 4.

59 Mitgliederversammlung des Vereins Studentenwohl am 23. 6. 1948, UAB UV 69 – 77.

60 HStAD NW 15 – 100, p. 114 – 116.

61 Fuchs, Studentische Wohnheime, S. 22, 51.

62 UAB UV 69 – 374.

schaftsleben wirke sich positiv auf die akademische Persönlichkeitsentwicklung aus.⁶³ Ebenfalls aus studentischer Initiative ging das 1950 eröffnete Internationale Studentenwohnheim in der Koblenzer Str. 42 hervor, das vorwiegend zur Unterbringung ausländischer Gaststudenten genutzt wurde. Das Wohnheim, das auf den Trümmern des Instituts für Vor- und Frühgeschichte errichtet wurde, bot Platz für 30 Studenten.⁶⁴

Das Studentenwerk setzte alles daran, die Bunker zu schließen und die dort wohnenden Studenten anderweitig unterzubringen, obwohl die eingerichtete Bunkerkommission im Mai 1952 feststellen musste, dass viele der Bunkerbewohner aus verschiedenen Gründen weiterhin dort wohnen bleiben wollten.⁶⁵ Die als studentische Vereinigung organisierte Bunkergemeinschaft widersetzte sich allen Bestrebungen, die Bunker zu räumen. Dennoch beschloss das Studentenwerk, bis zum Herbst die Bunkergemeinschaft aufzulösen.⁶⁶ Kaum wurde dieser Beschluss öffentlich bekannt, stiegen in Bonn die Zimmermieten merklich an.⁶⁷ Um die Studenten bei der Zahlung der höheren Mieten zu unterstützen, stellte das Studentenwerk beim Kultusministerium einen Antrag auf Zuschüsse zu Mietbeihilfen in Höhe von 35.000 DM, der im Mai 1952 bewilligt wurde.⁶⁸ Die Bunkerstudenten lehnten jedoch die Mietbeihilfen mit der Begründung ab, diese Summe müsse einem anderen Posten entzogen werden.⁶⁹ Die Studenten wandten sich mit der Bitte um Unterstützung gegen die Auflösung der Bunker an den AStA, der sich der Nöte der Bunkerstudenten annahm und eine Bunkerkommission gründete, die in Verhandlungen mit dem Studentenwerk und dem städtischen Wohnungsamt trat.⁷⁰ Ein besonderer Kritikpunkt war die Zwangseinweisung obdachloser Familien in die Studentenbunker von Seiten des städtischen Wohnungsamtes, die den Auszug der Studenten beschleunigen sollte. Nach heftigem Protest der Bewohner und des AStA sagte das Wohnungsamt zu, die Zwangseingewiesenen bis Weihnachten wieder aus dem Bunker zu entfernen.⁷¹ Im Oktober 1952 wohnten noch 270 Studenten in den Bunkern.⁷²

Oberstes Ziel des Studentenwerks war die Schaffung neuen Wohnraums und

63 Arno Müller, Soziale Struktur des Studentenbunkers, HStAD NW 15 – 100, p. 114 – 116.

64 UAB UV 69 – 406, Walterscheid, Das wissenschaftliche Deutschland, S. 37; Fuchs, Studentische Wohnheime, S. 49.

65 Chronik 1952/53, S. 39.

66 Senatssitzung vom 29. 5. 1952, UAB Senat 33 – 8.

67 AStA-Sitzung vom 18. 11. 1952, UAB AStA 81 – 67.

68 Schreiben des Studentenwerks an das Kultusministerium vom 5. 5. 1952, HStAD NW 15 – 93, p. 40.

69 AStA-Sitzung vom 18. 11. 1952, UAB AStA 81 – 67.

70 Ebd.

71 AStA-Sitzung vom 25. 11. 1952, UAB AStA 81 – 67; in der Sitzung vom 16. 12. 1952 wurde vermeldet, dass nun Ausweisungsbefehle gegen die eingewiesenen Bewohner vorlägen, UAB AStA 81 – 67.

72 Beiratssitzung vom 27. 10. 1952, UAB PF 138 – 116.

die menschenwürdige Unterbringung der Studenten und damit die Beseitigung der als kriegsbedingtes Provisorium angesehenen Studentenbunker. 1951 begann das Bonner Studentenwerk mit dem Wiederaufbau des zerstörten Studentenheimes in der Lennéstraße, der durch eine Spende von 200.000 DM durch den US-Highcommissioner John McCloy unterstützt wurde. Dieses neue Wohnheim, das heutige Tillmannhaus, bot Platz für 55 Studenten.⁷³ Es wurde im Mai 1952 als erstes Wohnheim des Bonner Studentenwerks eingeweiht. 1954 folgte das Carl-Schurz-Haus, dessen Bau ebenfalls durch großzügige amerikanische Spenden möglich geworden war. Auch die beiden Studentengemeinden begannen Anfang der 50er Jahre ebenso wie viele der wiedererstandenen Korporationen mit dem Bau oder der Einrichtung von Wohnheimen. In enger Zusammenarbeit mit dem Verein Studentenwohl entstanden 1950 erste Pläne für die Errichtung eines katholischen Studentenwohnheims. Dank der finanziellen Unterstützung durch das Kultusministerium konnte das Newman-Haus der katholischen Hochschulgemeinde bereits 1951 an der heutigen Adenauerallee eingeweiht werden.⁷⁴

Mit dem Beginn des Aufbaus neuer Studentenwohnheime wurde auch die Frage nach neuen Wohn- und Gemeinschaftsformen akut. Die neuen Heime verstanden sich nicht als Studentenhotels, sondern suchten gezielt die Gemeinschaft der Heimbewohner zu fördern und damit einen Beitrag zur Hochschulreform und zum Studium universale zu leisten. Bei der Errichtung neuer Wohnheime stand seit den 50er Jahren neben dem Wohnungsproblem ein pädagogisch-politisches Konzept im Vordergrund, das die Fundierung der staatsbürgerlichen Bildung, die Einübung demokratischen Handelns und die Formung neuen Gemeinschaftslebens zum Ziel hatte.⁷⁵

Ein wichtiger Aspekt der Gemeinschaftsförderung war die Selbstverwaltung der Häuser. In den Wohnheimen des Studentenwerks wohnte ein Professor als Heimleiter mit im Haus,⁷⁶ die Studenten wählten einen Senior und einen Con-senior, die mit dem Heimleiter das Hauspräsidium bildeten.⁷⁷ Die Nachfrage nach den neuen Wohnheimen war zunächst sehr hoch. Für die 55 Plätze im Tillmannhaus hatten sich 250 Studenten beworben. Da sich die neuen Wohnheime dem Ziel verpflichtet fühlten, eine Hausgemeinschaft zu schaffen, »die sich in ihrem Sein und in ihrer Arbeit bewußt in den Dienst der Bildungs- und

73 UAB UV 69–77, vgl. auch Walterscheid, Das wissenschaftliche Deutschland, S. 37.

74 HStAD NW 15–94.

75 Neumann, Studieren im Sozialstaat, S. 44.

76 Im Tillmannhaus der Botaniker Maximilian Steiner, im Carl-Schurz-Haus der Mathematiker Paul Lorenzen.

77 Chronik 1951/52, S. 89.

Erziehungsaufgaben der Universität stellt«, wurden für alle Bewerber kurze Kolloquien durchgeführt, um die geeignetsten auszuwählen.⁷⁸

Das anfängliche Interesse für die Studentenwohnheime ließ jedoch schnell nach. Die Studenten zeigten nur wenig Neigung, die Angebote der Wohnheime anzunehmen. Zu restriktiv erschienen ihnen die Wohnheimregularien, zu strikt die Kontrolle durch den mit im Wohnheim untergebrachten Heimleiter. So war beispielsweise Damenbesuch in den Wohnheimen 1951 völlig ausgeschlossen, ausgenommen in speziellen Besucherräumen.⁷⁹ Nachdem die große Wohnungsnot der ersten Nachkriegsjahre überwunden war und Studentenzimmer eine größere Distanz zum Vermieter und damit eine geringere soziale Kontrolle ermöglichten, schien die private Unterkunft größeren Freiraum zu bieten als die Wohnheime. Zudem fanden sich zu wenige Dozenten, die die neue Bewegung mittrugen. Die Versuche, eine neue Form studentischen Gemeinschaftslebens durch Wohnheimbau zu etablieren, können insgesamt als gescheitert betrachtet werden.⁸⁰

Eigenverantwortung und Selbstverwaltung konnten sich als neues Prinzip studentischen Wohnens in Bonn nicht durchsetzen.⁸¹ Die Jahre 1950/51 markieren den Wendepunkt der studentischen Wohnsituation in Bonn. Mit der Einrichtung neuer Wohnheime durch das Studentenwerk und die Studentengemeinden wurden neue Wohnmöglichkeiten für Studenten geschaffen, welche die Wohnungsnot entschärften und zum Verschwinden des Nachkriegstyps des Bunkerstudenten beitrugen. Provisorien konnten beseitigt und dauerhafte Lösungen etabliert werden. Mit dem Beginn der 50er Jahre wurde ein neues Kapitel studentischen Wohnens in Bonn aufgeschlagen, auch wenn die idealistischen pädagogischen Konzepte der neuen Wohnheime auf Dauer nicht umgesetzt werden konnten.

4.1.2. Die Lebensmittelversorgung

Das beherrschende Thema der Nachkriegszeit war die Versorgung mit Lebensmitteln. Bereits seit August 1939 waren Grundnahrungsmittel nur mit Lebensmittelkarten zu erhalten. Im Verlauf des Krieges wurde die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung kontinuierlich schlechter, jedoch schien es nach Kriegsende zunächst möglich, die Grundversorgung mit dem 1936 vom Völ-

78 Steiner, *Studentische Wohngemeinschaften*, S. 37 ff.

79 Protokoll der Sitzung von Vertretern des Studentenwerks am 28.11.1951, HStAD NW 15–442, p. 39 ff.

80 Zu diesem Schluss kommen auch Krönig/Müller, *Nachkriegssemester*, S. 271.

81 Eine solche offene oder verdeckte Ablehnung neuer studentischer Wohnformen beobachtet auch Maaß, *Studentenschaft*, S. 268, für Braunschweig.

kerbund festgelegten Tagesminimum von 2.400 Kalorien für den erwachsenen Menschen sicherzustellen.⁸² Das bestehende System der Rationierung wurde von den Alliierten nach Kriegsende nahezu unverändert übernommen.⁸³ Die vierwöchigen Zuteilungsperioden der Lebensmittelmarken wurden auch unter alliierter Hoheit schlicht weitergezählt. Verschiedene Faktoren führten jedoch noch 1945 zu einer Senkung der ausgegebenen Rationen durch die Alliierten auf 1.550 Kalorien.⁸⁴ Dazu gehörten zum einen die durch Flüchtlingsströme bedingte Bevölkerungsverdichtung, zum anderen die Abschottung der Besatzungszonen untereinander, wodurch Ausgleichslieferungen erschwert wurden, und schließlich der Verlust der Ostgebiete, die einen Großteil der Getreideproduktion für das Deutsche Reich geleistet hatten.⁸⁵ Daneben spielte auch der kriegsbedingte Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion in den Westzonen eine Rolle, der durch Maßnahmen der Besatzungsmächte, wie Demontagen und Produktionseinschränkungen (beispielsweise bei der Herstellung von Kunstdünger) noch verstärkt wurde. Für die britische Zone mit ihrem hohen Städteanteil und ihrer geringen agrarischen Nutzfläche mussten sich diese Faktoren besonders drastisch auf die Versorgung der Bevölkerung auswirken.⁸⁶ Durch die Zonenrandlage Bonns und die Zerstörung der Rheinbrücken war Bonn von den Versorgungswegen abgeschnitten. Die Nahrungsmittelversorgung lag daher in Bonn unter dem Standard vergleichbarer Städte der britischen Zone.⁸⁷

Auch die von den Alliierten vorgesehene reduzierte Versorgung mit 1.550 Kalorien erwies sich bereits im Frühjahr 1945 als illusorisch. Im Mai sank die Versorgung im Ruhrgebiet auf unter 1.000 Tageskalorien.⁸⁸ Für das kommende Erntejahr rechneten die Briten im Sommer 1945 mit einem weiteren Rückgang der Rationen. Sie gingen von maximal 1.000 Kalorien für den Normalverbraucher aus, hielten aber 850 Kalorien für wahrscheinlich, eine Ration »near to starvation level«.⁸⁹ Bereits im Sommer 1945 hatte Professor Paul Martini in einer Denkschrift die Nahrungsmittelversorgung mit 1.250 Tageskalorien als Nähr-

82 Stüber, Kampf, S. 98.

83 Zur Bewirtschaftung der Nahrungsmittel vgl. Hubert Schmitz: Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter 1939–1950. Dargestellt am Beispiel der Stadt Essen, Essen 1956.

84 Trittel, Hungerkrise, S. 382.

85 Durch den Verlust der Gebiete östlich von Oder und Neiße verlor Deutschland 33 % der Roggen- und 29 % der Kartoffelernte, vgl. Gries, Rationen-Gesellschaft, S. 27.

86 Vgl. auch Geyer, Hungergesellschaft, S. 176.

87 Becker, Zeiten des Hungers, S. 302.

88 Trittel, Hunger und Politik, S. 23.

89 PRO FO 942/331, zitiert nach Trittel, Hunger und Politik, S. 31.

wert bezeichnet, »der sogar bei völliger Ruhe, auf die Dauer gesehen, unweigerlich zum Hungertod führen müßte«. ⁹⁰

Im Winter 1945/46 gelang es den Briten zwar, die schlimmste Hungerkrise durch die Einfuhr von Weizen und Kartoffeln in die britische Zone abzufedern, ⁹¹ dennoch spitzte sich die Versorgungslage im Frühjahr 1946 weiter zu, so dass eine Kürzung der Rationen auf 1.014 Tageskalorien notwendig wurde. ⁹² Jede nur verfügbare Anbaufläche in den Städten wurde nun zur Subsistenzwirtschaft genutzt. Im April stimmte der Senat der landwirtschaftlichen Nutzung des Hofgartens und der Poppelsdorfer Allee zu. ⁹³

Der erste Hungerwinter führte zur Ausbreitung von Hoffnungslosigkeit und Enttäuschung in der Bevölkerung, die sich auch gegen die britischen Besatzer wandte. ⁹⁴ Die anfänglich vorhandene positive Einstellung gegenüber den britischen Besatzern schlug im Winter 1945/46 in regelrechten Hass um. Zwar konnten die Briten durch Importe aus England, die sie nur unter großen Anstrengungen zu leisten im Stande waren, den Mangel mildern, das Opfer der Briten wurde von den Deutschen jedoch nicht gewürdigt. ⁹⁵ Jede Maßnahme der Militärregierung musste sich aus deutscher Sicht an der Verbesserung der Versorgungslage messen lassen. Die Briten waren sich im Klaren über die absolute Vordringlichkeit der Überwindung der Hungerkrise, wenn die Ziele der britischen Besatzungspolitik Erfolg haben sollten. Die Befürchtung, die Deutschen würden die Demokratie als Staatsform, in der man hungert, ablehnen, breitete sich unter den Briten aus. Der Leiter der britischen Kontrollkommission General Brian H. Robertson schrieb in einer Stellungnahme zur Ernährungssituation in Deutschland: »if, after a year of the democratic experiment and british administration, starvation is the result, they will be advised to reject both democracy and the Western way of life«. ⁹⁶

Nach der Ernte im Herbst 1946 konnte die Versorgung wieder auf 1.550 Kalorien angehoben werden und die Lebensmittelknappheit wurde vorübergehend etwas gelindert. Doch der Winter 1946/47, einer der kältesten des 20. Jahrhunderts, führte erneut zu einer Versorgungskrise, welche die des vorangegangenen Winters noch übertraf. ⁹⁷ Im Frühjahr 1947 war der Versorgungstiefpunkt erreicht. Es kam, ausgehend vom Ruhrgebiet, zu ersten Streiks und Massendemonstrationen. Die Proteste beschränkten sich zunächst noch fast ausschließ-

90 Denkschrift Martinis vom 10.7.1945, StAB Pr 10/637.

91 Watt, England, S. 75.

92 Trittel, Hungerkrise, S. 382.

93 Senatssitzung vom 18.4.1946, UAB Senat 33 – 2.

94 Watt, England, S. 94.

95 Trittel, Hunger und Politik, S. 292.

96 PRO CAB 129/9, zitiert nach Trittel, Hunger und Politik, S. 45.

97 Echternkamp, Nach dem Krieg, S. 21 f.

lich auf die britische Zone, ein deutliches Zeichen für die dort besonders dramatische Notsituation. Viele Deutsche vertraten die Ansicht, die Briten verfolgten eine bewusste Hungerpolitik, um die Deutschen zur Unterwerfung zu treiben. Dabei wurde übersehen, dass auch in England Lebensmittel rationiert werden mussten und die Briten für die Aufrechterhaltung der minimalsten Versorgung der Zonen einen erheblichen Teil ihrer Dollarreserven aufwandten.⁹⁸ Am 1. April 1947 fand auch in Bonn eine Demonstration gegen die katastrophale Versorgungslage statt.⁹⁹ In Bonn wurden im Frühjahr 1947, in der 101. und 102. Zuteilungsperiode mit 740 bzw. 737 Kalorien die niedrigsten Rationen der Nachkriegszeit ausgegeben.¹⁰⁰ Auch rückblickend erschien den Studenten das Jahr 1947 als das schlimmste: »in der Vorlesung fielen Kommilitonen vor Hunger und Schwäche um«, berichtet beispielsweise der damalige Student Werner Hörnemann.¹⁰¹

Trotz der Einrichtung der Bizone, die eine Verteilung der Ausgaben und Hilfslieferungen der britischen und amerikanischen Zone auf die Schultern beider Mächte zum Ziel hatte, entspannte sich die Situation im Sommer 1947 auf Grund der mäßigen Ernte nur wenig, um im Frühjahr 1948 erneut zu eskalieren. Diesmal ergriff die Protestwelle ganz Deutschland und erfasste auf dem Höhepunkt der erneut ausbrechenden Streikbewegung ca. vier bis fünf Millionen Menschen. Ausgangspunkte waren auch hier das Ruhrgebiet sowie Hamburg.¹⁰² Das städtisch geprägte Nordrhein-Westfalen war besonders von der Versorgungskrise betroffen und wurde mehrfach zum Opfer eines gescheiterten übergebietlichen Ausgleichs, da Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bayern ihren Lieferverpflichtungen oftmals nicht in vereinbartem Umfang nachkamen.¹⁰³

Die Versorgungslage wurde noch dadurch verschlimmert, dass die Qualität der ausgegebenen Lebensmittel nicht den normalen Bedürfnissen menschlicher Ernährung gerecht wurde. Selbst wenn die Kalorienzahl ausreichte, fehlte es doch vor allem an frischem Obst und Gemüse. Brot wurde mit Ersatzstoffen gestreckt, um Mehl zu sparen. Bohnenkaffee war so gut wie gar nicht zu bekommen und wurde durch ein Gebräu aus Bucheckern oder Zichorien ersetzt. Die Folge war neben der Mangel- auch eine unvermeidbare Fehlernährung, die vielfach Erkrankungen zur Folge hatte. So berichtet die Bonner Studentin Eva Sternheim-Peters, dass sie als Folge des Mangels an frischem Obst und Gemüse

98 Watt, England, S. 111.

99 Monatsbericht für April 1947, StAB Pr 10/593.

100 Vgl. Lageberichte an die Militärregierung in StAB Pr 10/593. Die Zahlen verstehen sich als »Ist«-Werte und liegen deutlich unter der offiziell vorgegebenen Kalorienanzahl.

101 Hörnemann, Packpapier für Thomas Mann, S. 9.

102 Trittel, Hungerkrise, S. 378 ff.

103 Trittel, Hunger und Politik, S. 150.

im Alter von 22 Jahren fünf Backenzähne verlor.¹⁰⁴ Durch die große Not nahm auch die Zahl der Nahrungsdiebstähle oder der Fälschung von Lebensmittelmarken deutlich zu. Die Universitätsgerichtsbarkeit griff dabei in den verhandelten Fällen hart durch. Verweise von der Universität erfolgten wegen Diebstahls von Carepaketen oder Fleischmarken, eines Truthahns oder des Verkaufs von gefälschten Lebensmittelmarken.¹⁰⁵

Erst ab Sommer 1948 verbesserte sich allmählich die Lebensmittelversorgung, wie die Monatsberichte der Bonner Stadtverwaltung vermeldeten.¹⁰⁶ Grund hierfür war die gute Ernte des Jahres 1948 sowie die seit 1947 anlaufenden Hilfslieferungen aus dem Ausland. Insbesondere nach der Währungsreform hatte sich die Lage deutlich zum Positiven gewendet, so dass trotz der Sorge der Bevölkerung wegen befürchteter Preissteigerungen ein Stimmungsumschwung bemerkbar wurde. Im Juni 1949 konnte die Minimalversorgung von 2.400 Kalorien erstmals überschritten werden. Das Vorkriegsniveau hinsichtlich der Lebensmittelversorgung konnte in der britischen Zone aber erst 1951 wieder annähernd erreicht werden.¹⁰⁷

Neben der regionalen Differenzierung der Versorgungskrise, ist auch eine soziale Unterscheidung zu treffen. Am stärksten betroffen von der Rationierung der Lebensmittel waren die so genannten ›Normalverbraucher‹, die ausschließlich auf die Standardrationen angewiesen waren und nicht in den Genuss von Sonderzuteilungen z.B. für Schwerarbeit kamen. Zu diesen Normalverbrauchern gehörten alle nicht Arbeitstätigen (Rentner, Hausfrauen, Arbeitslose und Arbeitsunfähige) sowie solche Berufstätige, die keiner schweren Arbeit nachgingen.¹⁰⁸ Studenten fielen in der Regel ebenfalls in diese Kategorie, sofern sie nicht als Mitglieder des Bautrupps Schwerarbeiterzulage erhielten. Das ausschließliche Angewiesensein auf die Normalration bedeutete Hunger und führte auf Dauer zu gesundheitlichen Schäden wie Hungerödemen oder Tuberkulose.¹⁰⁹

Gerade im Hinblick auf die Studenten wird die gesellschaftliche Wirkung des Hungers deutlich. Der Kampf um das tägliche Brot ließ Klassenunterschiede in den Hintergrund treten. An die Stelle der alten Gesellschaftsschichten rückte die Unterscheidung in Selbstversorger und Nichtselbstversorger. Durch das häufig mit dem Zwang zur Illegalität verbundene ›Organisieren‹ von Nahrungsmitteln wurden zudem traditionelle Wertmaßstäbe außer Kraft gesetzt und die Gesell-

104 Sternheim-Peters, Von der Hochschule, S. 244 ff.

105 UAB UR 67 - 1, -2, -12, -65.

106 Monatsberichte an die Militärregierung, StAB N 2/124.

107 Trittel, Hungerkrise, S. 382 f.

108 Ebd., S. 384.

109 Krönig/Müller, Nachkriegssemester, S. 175.

schaft so zu einer »klassenlosen Klugesellschaft«¹¹⁰ nivelliert. Die Studenten, traditionell aus mittleren oder höheren Gesellschaftsschichten stammend, sahen sich mit einem sozialen Abstieg konfrontiert und zu Schwarzhandel oder Plünderungen gezwungen, um das Überleben sicherzustellen.

Auch im Rückblick, mehr als ein halbes Jahrhundert später, war für viele Zeitzeugen der Hunger das bestimmende Gefühl der Nachkriegszeit.¹¹¹ Die Einschätzung, dass viele Studenten im harten Winter 1946/47 erfroren oder verhungert wären,¹¹² ist übertrieben, deutet aber auf die existenzielle Not hin, in der sich die Studenten in den ersten Nachkriegssemestern befanden. Körperliche Entkräftung als Folge des Hungers und damit verbundene abfallende Studienleistungen erfassten einen Großteil der Studentenschaft. Das plötzliche Zusammenbrechen von Studenten oder Dozenten im Hörsaal war keine Seltenheit.¹¹³ Der Hunger war ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, ja er wurde in der unmittelbaren Nachkriegszeit geradezu zum »Kristallisationspunkt einer ganzen Gesellschaft«.¹¹⁴

Die lang anhaltende Krise führte zu einem Aufblühen des Schwarzmarktes sowie des Kleingartenwesens, da eine zusätzliche Lebensmittelbeschaffung zu den Rationen der Bezugsscheine unabdingbar war. Studenten, insbesondere solche ohne Verwandtschaft vor Ort, traf die Lebensmittelknappheit besonders hart. Ihnen stand nur in Ausnahmefällen die Möglichkeit offen, durch Kleintierhaltung oder Kleingärtnerei das Nahrungsangebot aufzubessern.¹¹⁵ Da sie in der Regel nicht über Waren verfügten, die sie bei Hamsterfahrten gegen Lebensmittel eintauschen konnten, waren sie auf Unterstützung durch ihre Familien oder die Universität, namentlich durch den Verein Studentenwohl, angewiesen. Besonders hart traf es Studenten aus den Ostgebieten, die nicht auf Unterstützung durch ihre Familien hoffen konnten. Für viele blieb der Erwerb von Lebensmitteln auf dem Schwarzmarkt die einzige Möglichkeit, die spärlichen Rationen aufzubessern.¹¹⁶ Für Nichtraucher unter den Studenten bot sich die Raucherkarte als Tauschobjekt an. Nach einer Umfrage unter Kölner Studenten im Wintersemester 1946/47 benutzte knapp die Hälfte der Studenten die Raucherkarte gelegentlich zum Tausch gegen Lebensmittel. Darüber hinaus

110 Heinrich Böll, zitiert nach: Trittel, Hunger und Politik, S. 280.

111 Vgl. z. B.: Hörnemann, Packpapier; John, Heimkehrer; Seidler, Rübenkraut.

112 Erinnerungen von Manfred Seidler, UAB Slg. Wiederaufbau 2.

113 Schaefers, Soziale Lage, S. 8 f.

114 Gries, Rationengesellschaft, S. 323.

115 Eine solche Ausnahme war beispielsweise der Kommilitone, der nach Erinnerungen Manfred Seidlers von den Eiern eines Huhnes lebte, die er auf dem Schwarzmarkt verkaufte, vgl. UAB Slg. Wiederaufbau 2.

116 Der Bonner Schwarzmarkt hatte sich auf dem Dreiecksplatz, in der ersten Fährgasse (Erinnerungen Johanna Holtzmann, UAB Slg. Wiederaufbau 12) und in der Kasernenstraße (Manfred Seidler, in: Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform S. 225) etabliert.

erhielten 55 % der Kölner Studenten Lebensmittelzuschüsse, etwa von den Eltern oder durch Hamsterfahrten.¹¹⁷ Das Handeln auf dem Schwarzmarkt barg dabei durchaus einige Risiken. Immer wieder kam es zu Razzien, bei denen auch Studenten festgenommen wurden. Die Festnahme zog in der Regel eine Verhandlung vor dem Universitätsrichter nach sich und konnte mit dem Verweis von der Universität enden.¹¹⁸

Eine weitere, legale Methode, um an zusätzliche Lebensmittel zu kommen, war die gerade von Studenten häufig praktizierte Blutspende.¹¹⁹ Dazu bedurfte es jedoch einer guten körperlichen Konstitution, die ohne zusätzliche Nahrungsversorgung mit den Lebensmittelkarten allein nicht zu erreichen bzw. zu halten war. Neben der physischen Belastung durch ständigen Hunger bedeutete das Organisieren von Nahrungsmitteln eine enorme zeitliche Inanspruchnahme für die Studenten. Um an die Spitze einer Schlange bei einer Lebensmittelzuteilung zu gelangen, musste man sich bis zu 12 Stunden vorher anstellen.¹²⁰ Die erwähnte Umfrage unter Kölner Studenten ergab, dass 36 % der Studenten wöchentlich vier oder mehr Stunden für den Einkauf von Lebensmitteln aufwandten.¹²¹

Die Errichtung einer Mensa war hinsichtlich der Versorgung der Studenten das wichtigste Ziel der Universität. Eine erste Mensa wurde behelfsweise im November 1945 im Collegium Albertinum eingerichtet.¹²² Nachdem ursprünglich das Borussen-Haus als Mensa vorgesehen war,¹²³ gelang es der Universität im Dezember 1945 im Haus des Bonner Bürgervereins in der Poppelsdorfer Allee eine Mensa einzurichten, in der 600 Studenten gegen Abgabe der entsprechenden Lebensmittelmarken eine Mahlzeit erhalten konnten.¹²⁴ Für eine Graupensuppe mussten fünf Gramm Fett und 50 Gramm Nahrungsmittel der Lebensmittelkarten abgegeben werden, bei einer Wochenration von 50 Gramm Fett und einer Monatsration von 500 Gramm Nahrungsmittel pro Person.¹²⁵

An den geringen Rationen konnte jedoch auch durch die Einrichtung der Mensa nichts geändert werden, zumal Qualität und Nährwert des ausgegebenen Essens Anlass zur ständigen Kritik der Studenten gab. Das Mensaessen bestand

117 Seyffert, Methode und Ergebnis, S. 38.

118 John, Heimkehrer, S. 11, vgl. auch die entsprechenden Akten des Universitätsrichters in UAB UR 67.

119 Krönig, Müller, Nachkriegssemester, S. 176.

120 Dies berichtet der Student Rolf Sühnel, Die euphorischen Jahre, S. 35.

121 Seyffert, Methode und Ergebnis, S. 38.

122 Schreiben Oertels an den Generalvikar vom 27. 11. 1945, AEK CR II 9.1,1.

123 Sitzungen des Universitätswohnungsausschusses vom 3.9. und 10.9.1945, StAB Pr 42/709.

124 Am 3. 11. 1945 bat Koenen die Militärregierung um die Freigabe des Hauses, UAB UV 69-1; in der Verwaltungskonferenz am 3. 12. 1945 wurde die Freigabe des Hauses zur Einrichtung einer Mensa bekannt gegeben, StAB Pr 9/219.

125 Erinnerung der Zeitzeugin Johanna Holzmann, UAB Slg. Wiederaufbau 12.

in der Regel aus einer Wassersuppe mit nur wenigen festen Gemüsebestandteilen. Problematisch war besonders die Versorgung der Studenten der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, die in Bad Godesberg untergebracht waren und für die im Wintersemester 1945/46 noch keine eigene Mensa eingerichtet werden konnte. Erst 1946 konnte durch die Aufnahme des Mensabetriebes in der Gaststätte Maternus in Godesberg auch für die Juristen eine Versorgungsmöglichkeit geschaffen werden.¹²⁶ Der AStA gründete zur Kontrolle der Essensausgabe in der Mensa im Sommer 1946 einen Mensaausschuss, der sich insbesondere um die gleiche Belieferung der Mensen in Bonn und Godesberg sowie um das gerechte Verhältnis zwischen Markenabgabe und ausgegebenen Lebensmitteln kümmerte.¹²⁷ Besonders in der Kritik stand die Godesberger Mensa, deren Mahlzeiten in Qualität und Quantität noch hinter denen der Bonner Mensa zurückblieben.¹²⁸ Vielleicht ist dies der Grund für die nur zurückhaltende Nutzung der Mensa in der Gaststätte Maternus, an die sich ein Zeitzeuge erinnert.¹²⁹

Problematisch war auch die Kapazität der Mensa. Obwohl die Mensa im Bürgerverein im Sommersemester 1946 vergrößert werden konnte, gelang es ihr kaum, dem Andrang Herr zu werden. Da die Studenten kaum eine andere Möglichkeit zur Nahrungsmittelversorgung hatten, musste die Mensa im Sommer 1946 täglich 2.000 Essen ausgeben.¹³⁰ Zum Wintersemester 1947/48 wurde daher eine zweite Mensa im Hotel Stern am Marktplatz eingerichtet, die für 400 Portionen je Essenszeit ausgelegt war.¹³¹

Im September 1946 nahm sich die Hochschulkonferenz des Nahrungsmittelproblems der Studenten an. Angesichts einer täglichen Versorgung mit nur 1.300 Kalorien ging die Hochschulkonferenz davon aus, dass es für jeden Studenten erforderlich sei, rund 700 Kalorien täglich zusätzlich zu besorgen, was aber gerade für Studenten fern der Heimat ein großes Problem darstellte. Die Rektoren kamen überein, die Versorgung mit den fehlenden 700 Kalorien durch eine Bezuschussung der Mensen zu gewährleisten.¹³² Inwieweit diese Absicht auch in die Tat umgesetzt werden konnte, ist fraglich, da angesichts der Lebensmittelknappheit mit finanziellen Zuschüssen wenig auszurichten war. In Bonn konnte die Mensa jedoch von den Obst- und Kartoffellieferungen der landwirtschaftlichen Versuchsgüter Marhof und Dikopshof sowie von den

126 Vertrag mit den Eheleuten Maternus vom 25. 7. 1946, UAB UV 223 – 6.

127 Protokoll der AStA-Sitzung vom 2. 7. 1946, UAB AStA 47 – 1.

128 Protokoll der AStA-Sitzung vom 30. 7. 1946, UAB AStA 47 – 1.

129 Kleinheyer, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, S. 246.

130 Monatsbericht UECO Gregor Smith für September 1946, PRO FO 1013/2209.

131 Mitteilungen des Akademischen Hilfswerks, BUZ Nr. 26, 25. 10. 1947, S. 10.

132 6. Hochschulkonferenz am 24./25. 9. 1946 in Bonn, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 258.

Produkten der Versuchsfelder des Instituts für Pflanzenkrankheiten profitieren.¹³³

Bis Ende 1946 war Deutschland als Urheber des Weltkrieges von den Nahrungsmittellieferungen der internationalen Hilfsorganisationen ausgeschlossen.¹³⁴ Erst 1947 liefen die Lebensmittelspenden für Deutschland in größerem Umfang an. Im März 1947 erreichte die erste große Spende die Universität Bonn. Es handelte sich dabei um eine umfangreiche Speckspende des irischen Roten Kreuzes, die von einer Erbsen- und Bohnenspende der schweizerischen Hilfsorganisation *Donne Suisse* ergänzt wurde. Um die gerechte Verteilung des Specks und um den Kreis der Bezugsberechtigten entspannen sich weitreichende Diskussionen, an denen sich der Senat, der AStA sowie Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes beteiligten. Aus der Emotionalität und Eindringlichkeit der geführten Diskussionen wird deutlich, dass die Verteilung von Nahrungsmitteln angesichts der Krisensituation eine Angelegenheit von allerhöchster, ja existenzieller Bedeutung darstellte.¹³⁵

War die irische Speckspende noch eine einmalige, zeitlich begrenzte Unterstützungsaktion, verstetigten sich ab dem Herbst 1947 die Hilfslieferungen. So erfolgte im Wintersemester 1947/48 die erste Speisung des schwedischen Roten Kreuzes.¹³⁶ Diese sah die tägliche markenfreie Ausgabe von 1.260 Portionen Suppe während des Semesters vor.¹³⁷ Major Bolinder, der Vertreter des schwedischen Roten Kreuzes, setzte sich maßgeblich dafür ein, dass die Speisung auch nach dem Ablauf der ersten, auf drei Monate befristeten Aktion fortgesetzt werden konnte.¹³⁸ Die Zahl der täglich ausgegebenen Essen wurde bis zum Wintersemester 1948/49 auf 2.000 erhöht.¹³⁹ Dies war insbesondere deshalb von Bedeutung, da nach der Währungsreform die als Mensa eingerichteten Gaststätten ausfielen, da die Mahlzeiten dort zu teuer geworden waren.¹⁴⁰ Hier konnte durch die Schwedenspeisung wertvolle Hilfe geleistet werden. Weitere Einzelspenden von Lebensmitteln erreichten die Universität aus Chile (Linsen), Norwegen (Fisch) sowie aus den USA (Fleisch, Haferflocken). Im Sommer 1948

133 UAB UV 69–44.

134 Stüber, Kampf, S. 117.

135 Zur Speckspende vgl. Johannes Arens: Die irische Speckspende von 1947, in: BUB (2008), S. 37–47.

136 Die Ausgabe der Speisungen erfolgte im Hof des Chemischen Institutes in Poppelsdorf (Ingeborg Hüttenbach, in: Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform, S. 213) und im Ettscheidhof neben dem Universitätshauptgebäude (Interview mit Dr. Lotte Perpeet, Slg. Wiederaufbau 22).

137 Von der Schwedenspende profitierte ca. 1/3 der Studenten jeder Hochschule in der britischen Zone, vgl. Maaß: Studentenschaft, S. 261 ff.

138 UAB UV 69–364.

139 Heinrich Lützelzer, Bilanz der Universität, UAB UV 69–13.

140 Chronik 1939/40–1948/49, S. 120.

nahmen die Mennoniten ihre Speisung auf.¹⁴¹ Ebenfalls 1948 gelang es den Universitäten, in die Schulspeisung (Hooverspeisung) einbezogen zu werden.¹⁴² Bereits seit Beginn des Wintersemesters 1946/47 hatte der AStA wiederholt die Ausdehnung der Schulspeisung auf die Universitäten gefordert.¹⁴³ Die Ausgabe der Hooverspeisung erfolgte in Form einer Suppe, die gegen 15 Pfennige markenfrei abgegeben wurde,¹⁴⁴ seit Frühjahr 1949 wurde sie kostenlos ausgeteilt. Mit 4.000 täglich ausgegebenen Portionen im Wintersemester 1948/49 war die Hooverspeisung die umfangreichste Hilfsaktion für die Bonner Studenten.¹⁴⁵ Durch den Rückgang der Versorgungsnot waren die Hilfslieferungen ab Anfang der 50er Jahre nicht mehr notwendig. Mit dem 1. Januar 1950 endete die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel. Lediglich Zucker war bis April noch ausschließlich auf Lebensmittelkarte erhältlich. Mit dem Ende der 137. Zuteilungsperiode endete nach fast elf Jahren die Rationierung endgültig.¹⁴⁶ Auch Schwedenspeisung und Hooverspende wurden im Juni 1950 eingestellt.¹⁴⁷

Mit der Inbetriebnahme der Mensa im wiederaufgebauten Studentenhaus im Wintersemester 1949/50 wurde ein neues Kapitel in der Versorgung der Studenten aufgeschlagen. Die Mensa bot drei verschiedene Mahlzeiten an: eine Suppe für 0,25 DM, ein einfaches, meist fleischloses Gericht ohne Bedienung für 0,70 DM und eine bessere Mahlzeit mit Bedienung für 1,20 DM.¹⁴⁸ Insgesamt stieg der Komfort in der Mensa zu Beginn der 50er Jahre deutlich an. Ebenso wuchsen jedoch die Ansprüche der Studenten. 1950 geriet der hohe Weinpreis in der Mensa in die Kritik,¹⁴⁹ nur wenig später schlug eine Gruppe Studenten vor, während des Essens in der Mensa Musik abzuspielen.¹⁵⁰

Rund 2.500–3.000 Studenten besuchten die Mensa täglich. Die Zahl der ausgegebenen Mahlzeiten stieg zu Beginn der 50er Jahre stark an, so dass die Kapazität der Mensa bald überschritten wurde. Von 1950 bis 1954 wuchs die Zahl der pro Semester ausgegebenen Essen von 183.000 auf 296.000.¹⁵¹ Da die vorhandenen Sitzplätze für diesen Ansturm bei Weitem nicht ausreichten, wurden

141 AStA-Sitzung vom 4. 5. 1947, UAB AStA 47–7; HStAD NW 25–90, NW 25–160.

142 Nach der Anweisung Nr. 37 der Militärregierung erhielten alle Schüler ab dem 1. Februar 1946 täglich eine warme Zusatzmahlzeit.

143 Sitzung vom 5. 11. 1946, UAB AStA 47–1; im Oktober 1946 wandte sich die Stadt Bonn auf ein Schreiben des AStA hin sogar an den Oberpräsidenten der Nordrheinprovinz, StAB Pr 14/41.

144 Rundschreiben des Rektors vom 21. 10. 1948, UAB UV 69–9.

145 Heinrich Lützel, Bilanz der Universität, UAB UV 69–13.

146 Gries, Rationengesellschaft, S. 332.

147 UAB UV 69–77.

148 Studienführer 1952, S. 38.

149 Schreiben des Rektors an Prof. Noth vom 2. 1. 1951, UAB 69–77.

150 AStA-Sitzung vom 16. 1. 1951, UAB AStA 47–2.

151 Werner Klett, Unser Studentenhaus, in: Nachrichtenblatt 6. Jg. (1954), Nr. 9, S. 13.

die Studenten wiederholt aufgefordert, nach dem Essen zügig die Mensa zu verlassen, um Platz für Nachrückende zu schaffen.¹⁵²

Der Hunger als ständiger Begleiter betraf vor allem die Studenten der ersten Nachkriegsgeneration. Nach der Normalisierung der Verhältnisse konnten die jüngeren Studenten ihr Studium vor dem Hintergrund einer gesicherten Ernährung absolvieren. Die Zeiten des Hungers waren für die Studenten der 50er Jahre vorbei.

4.1.3. Der Gesundheitszustand der Studenten

Angesichts der miserablen Wohnsituation und Ernährungslage ist es wenig verwunderlich, dass der Gesundheitszustand vieler Studenten besorgniserregend war. Da, wie gezeigt wurde, die Studenten in der Regel wirtschaftlich schlechter gestellt waren als der Durchschnitt der Bevölkerung, litten sie besonders unter der Lebensmittelknappheit. Entsprechend hoch war der Krankenstand unter den Studenten.¹⁵³ Insbesondere Tuberkulose (Tbc) und durch Unterernährung hervorgerufene Mangelkrankungen griffen in der Studentenschaft um sich.

Wie schon nach dem Ersten Weltkrieg stieg auch 1945 die Zahl der Tuberkuloseinfektionen stark an. Grund für den Anstieg waren zum einen die schlechten und beengten Wohnverhältnisse, durch welche die Ansteckungsgefahr erhöht wurde, zum anderen der Zustrom an Flüchtlingen und Soldaten, die durch ihre Unterbringung in Lagern einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt gewesen waren.¹⁵⁴ In Bonn stieg die Zahl der Tuberkuloseerkrankungen besonders während der Höhepunkte der Hungerkrise stark an. So war im Frühjahr 1947, als die Abwehrkräfte der Menschen nach dem zweiten Hungerwinter ihren Tiefpunkt erreicht hatten und die Vorräte der Vorjahresernte verbraucht waren, ein deutlicher Anstieg der Erkrankungen zu beobachten. Waren es im November 1946 in Bonn noch 1.303 Erkrankte, so lag deren Zahl im Mai bei 3.200.¹⁵⁵

Die Behandlungsmöglichkeiten der Tuberkulose waren noch sehr eingeschränkt. Nachdem 1930 in Lübeck ein Unfall mit verunreinigtem Impfstoff 72 Todesopfer gefordert hatte, war die Tuberkuloseimpfung in Deutschland diskreditiert und kam daher nur selten zur Anwendung.¹⁵⁶ Im Regelfall wurde die Krankheit mit einer Sanatoriumstherapie bekämpft, deren Heilerfolg zwar medizinisch angezweifelt wurde, die durch Ruhe und Schonung des Patienten

152 Mitteilungen des Studentenwerks, in: Nachrichtenblatt 5. Jg. (1953), Nr. 11.

153 Sparing, Es wurde gearbeitet, S. 190.

154 Zur Tuberkulosebekämpfung vgl. Lindner, Gesundheitspolitik, S. 131 ff.

155 Monatsberichte für die Militärregierung, StAB Pr 10/593.

156 Lindner, Gesundheitspolitik, S. 141 f.

zumindest aber vorübergehende Linderung versprach.¹⁵⁷ Sanatoriumsaufenthalte ließen sich jedoch angesichts des allgemeinen Zusammenbruchs nach dem Krieg nur sehr begrenzt durchführen. Vor allem für Studenten erschien diese Art der Therapie als zu aufwändig und teuer. Auf dem Studententag im Frühjahr 1947 in Hamburg wandten sich daher die dort versammelten Studentenvertreter an ihre Kommilitonen in der Schweiz und baten diese, sich für die Aufnahme tuberkulosekranker deutscher Studenten einzusetzen.¹⁵⁸ Auch die Hochschulrektoren erkannten die Notwendigkeit der Tuberkulosebekämpfung unter den Studenten und bemühten sich um die Einrichtung eines eigenen Sanatoriums für tuberkulöse Studenten. Nachdem erste Bestrebungen gescheitert waren, trat die Hochschulkonferenz im Herbst 1947 in Verhandlungen mit einem Sanatorium in Hormannshausen bei Loccum, in welchem 60 Plätze für Studenten eingerichtet werden sollten.¹⁵⁹

Gerade die Tuberkulose war eine Gefahr, der die Studenten bis zur Einführung wirksamer Medikamente mehr oder weniger schutzlos ausgeliefert waren und die in vielen Fällen tödlich verlief. So starb der Mitbegründer der Bonner Gruppe des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), Hellmut Tappen, 1947 im Alter von 22 Jahren an Tuberkulose.¹⁶⁰ Entscheidend für den Verlauf der Krankheit war die Versorgung mit Lebensmitteln. Mit dem Absinken der Kalorienversorgung war ein deutlicher Anstieg der Tuberkulosemortalität festzustellen.¹⁶¹

Bald nach dem Krieg wurden erste Medikamente zur Tuberkulosebekämpfung entwickelt, die eine wirksame Alternative zur Sanatoriumsbehandlung darstellten. Eines der ersten Präparate war das Antibiotikum Streptomycin, das seit 1948 auch in der britischen Zone zur Anwendung kam.¹⁶² Der Einsatz dieses Mittels führte zusammen mit der Verbesserung der allgemeinen Ernährungs- und Wohnsituation zu einem deutlichen Rückgang der Tuberkuloseerkrankungen unter den Bonner Studenten.

Um einen Überblick über den Gesundheitszustand der Studenten zu erhalten, setzten von Seiten der Universitätsleitung schon früh Überlegungen ein, Reihenuntersuchungen durchzuführen. Rektor Konen regte bereits im Oktober 1945 in einem Rundschreiben an, eine Pflichtuntersuchung für Studenten im ersten und dritten Semester einzuführen oder gar auf Grund der äußeren Um-

157 Ebd., S. 131.

158 Die Resolutionen von Hamburg, in: BUZ Nr. 15, 18.2.1947, S. 2–4.

159 12. Hochschulkonferenz am 9./10.9.1947 in Münster, Heinemann, Hochschulkonferenzen 2, S. 416.

160 Martin Neuffer: Hellmut Tappen zu Gedächtnis, in: BUZ Nr. 25, 10.10.1947.

161 Sons, Gesundheitspolitik, S. 145.

162 Lindner, Gesundheitspolitik, S. 145.

stände im Wintersemester 1945/46 alle Studenten zu untersuchen.¹⁶³ Die Universität sah sich aber offenbar zu diesem Zeitpunkt außer Stande, eine Reihenuntersuchung aller Studenten durchzuführen.¹⁶⁴ Untersuchungen einzelner Studenten, etwa um ihre Tauglichkeit für den Bautrupp festzustellen, waren dagegen seit dem Sommersemester 1946 üblich.¹⁶⁵ Im Oktober 1946 beschloss der Senat, ab dem Wintersemester 1946/47 eine Pflichtuntersuchung, die sich in eine Röntgenuntersuchung und eine allgemeine ärztliche Untersuchung gliedern sollte, durchzuführen.¹⁶⁶ Die Teilnahme war für alle Studenten verpflichtend. Die Anrechnung des Wintersemesters wurde von der Teilnahme an der Untersuchung abhängig gemacht. Auslöser dieses Beschlusses war der sich deutlich verschlechternde Gesundheitszustand der Studenten. UECO Gregor Smith hielt es angesichts der geschwächten Studenten für ein Wunder, dass die Vorlesungen überhaupt weitergeführt werden konnten.¹⁶⁷ Auch die Studenten wandten sich auf dem ersten Studententag in Göttingen an die Öffentlichkeit und wiesen auf ihren schlechten Gesundheitszustand hin. Da die Unterernährung als Hauptursache dafür ausgemacht wurde, baten die Studentenvertreter um die Zuwendung zusätzlicher Lebensmittel in der Art der an den Schulen bereits angelauten Speisungen.¹⁶⁸

Als Ergebnis der ersten Reihenuntersuchung im Wintersemester 1946/47 stellte sich heraus, dass von den 4.174 untersuchten Studenten 2.190 ein Untergewicht von 10–20 %, 1.258 von 20–30 % und 84 ein Untergewicht von mehr als 30 % aufwiesen. 69 Fälle von aktiver Tuberkulose wurden festgestellt sowie Menstruationsstörungen bei 28,5 % der untersuchten Studentinnen.¹⁶⁹ Insgesamt wurden bei rund 4 % der Studierenden Tuberkulose, bei rund 33 % eine gesundheitliche Gefährdung durch Untergewicht diagnostiziert.¹⁷⁰ Mit diesem erschreckenden Ergebnis standen die Bonner Studenten im Vergleich noch gut da. Ähnliche Reihenuntersuchungen an den Hochschulen in Aachen und Wuppertal hatten einen noch schlechteren Gesundheitszustand der dortigen Studenten offenbart.¹⁷¹

Die Reihenuntersuchungen wurden jeweils zu Semesterbeginn für die Studenten im ersten und dritten Semester wiederholt. Der Gesundheitszustand besserte sich dabei von Jahr zu Jahr. Im Wintersemester 1948/49 wurden nur

163 UAB UV 69–161.

164 Schreiben Konens an das Arbeitsamt Bonn vom 2. 11. 1945, UAB MF 68–11.

165 UAB UV 69–436.

166 Senatssitzung vom 3. 10. 1946, UAB Senat 33–2.

167 Monatsbericht UECO Gregor Smith vom 28. 11. 1946, PRO FO 1013/2209.

168 Soziale Hilfe für Studenten, in: BUZ Nr. 5, 17. 7. 1946, S. 4–5; zu einer Aufnahme der Studenten in das Schulspeisungsprogramm kam es erst 1948, vgl. dazu oben Kap. 4.1.2.

169 UAB UV 69–43.

170 UAB UV 69–170.

171 UAB UV 69–172.

noch 25 Fälle von behandlungsbedürftiger Tuberkulose festgestellt.¹⁷² Dennoch wurden auch in den 50er Jahren regelmäßig Tuberkuloseerkrankungen bei den Reihenuntersuchungen diagnostiziert.¹⁷³ Nach einem vorübergehenden Rückgang des Krankenstandes 1951 war die Universität durch den erneuten Anstieg 1952 alarmiert und sprach sich für die Beibehaltung der Semesterreihenuntersuchungen aus.¹⁷⁴ Im selben Jahr regte der AStA eine Erhöhung der Sozialgebühren um 0,50 DM an, um die Pflichtuntersuchungen ausweiten zu können.¹⁷⁵ Bis Mitte der 50er Jahre wurden die Untersuchungen im ersten, dritten, sechsten, neunten und zwölften Semester fortgeführt.¹⁷⁶

Eine besondere Rolle spielte die Feststellung des Gesundheitszustandes der einzelnen Studenten bei der Verteilung von Lebensmittelspenden. Sowohl bei der irischen Speckspende als auch bei der Schwedenspeisung war von den Spendern festgelegt worden, dass nur gesundheitlich gefährdete Studenten an den Speisungen teilnehmen sollten.¹⁷⁷ In Bonn wurden im April 1947 30 % der Studenten als gesundheitlich gefährdet eingestuft. Damit lag der Anteil im Vergleich zu anderen Hochschulen niedrig.¹⁷⁸

Die Sorge für die Gesundheit der Studenten oblag der im Wintersemester 1945/46 wieder eingerichteten Akademischen Krankenkasse. Durch diese waren alle vollmatrikulierten Studenten krankenversichert. Die Finanzierung erfolgte durch die Sozialabgaben der Studenten.¹⁷⁹ Im Wintersemester 1945/46 stellte die Krankenkasse 800 Krankenscheine aus.¹⁸⁰ Im März 1948 wurde auf Anregung Dekan Oertels der Akademischen Krankenkasse eine Dienststelle für die Gesundheitsüberwachung der Studenten angegliedert.¹⁸¹ Diese führte in der Folge eine Kartei, in welcher der Gesundheitszustand der Studenten vermerkt wurde.

Der entscheidende Faktor für die Gesundheit der Studenten war, wie gezeigt wurde, die Ernährungslage. Mit Verbesserung der Versorgung nach der Währungsreform ging der Krankenstand unter den Studenten deutlich zurück. Der schlechte Gesundheitszustand war so ein Merkmal der ersten Studentengene-

172 Schreiben an den Rektor vom 10.9.1949, UAB UV 69–43.

173 Sitzung des Vereins Studentenwohl vom 28.7.1950, UAB UV 69–77.

174 Chronik 1951/52, S. 90.

175 Sitzung vom 24.7.1952, UAB AStA 81–67.

176 Chronik 1954/55, S. 103.

177 Zur Speckspende vgl. Protokoll des Speckkomitees vom 21.4.1947, UAB 69–172.

178 Protokolle einer Besprechung von Hochschulvertretern mit dem DRK über Studentenspeisungen am 24.4.1947, UAB UV 69–172.

179 Satzung der Akademischen Krankenkasse, UAB UV 69–85.

180 Bericht des Vereins Studentenwohl, PRO 1013/2209; Senatssitzung vom 11.3.1948, UAB Senat 33–4.

181 Senatssitzung vom 11.3.1948, UAB Senat 33–4.

ration. Dennoch blieb die Universität auch in den 50er Jahren in Sorge um den Gesundheitszustand der Studenten.

4.1.4. Materielle Not und Studienfinanzierung

Die Versorgungsengpässe waren nach dem Krieg bei Kohle und Lebensmitteln besonders existenziell und prägen daher auch heute noch im Wesentlichen das Bild der Nachkriegszeit. Knappheit herrschte jedoch auf fast allen Gebieten. Auch wenn dieser Mangel weniger lebensbedrohlich erschien, so erfuhr doch der studentische Alltag etwa durch das fast völlige Fehlen von Lehrbüchern, Papier und Schreibgeräten empfindliche Einschränkungen.

Großer Mangel herrschte in den Nachkriegssemestern auch an Kleidung. Viele Studenten hatten nur ihre Wehrmachtsuniform, die sie zur Zivilkleidung umgefärbt weitertrugen,¹⁸² so dass der Schriftsteller Dieter Wellershoff, der sei dem Wintersemester 1946/47 in Bonn studierte, den Wechsel von der Militär- zur Zivilgesellschaft als einen »langsamen Umkleidevorgang« beschrieb.¹⁸³ Das Tragen eines Ledermantels, des typischen Kleidungsstücks der Offiziere, konnte dabei schon Anlass für einen Verweis von der Universität sein. So wurde Philipp von Boeselager, ein Teilnehmer des Attentats vom 20. Juli, als Besitzer eines Ledermantels von den Briten festgenommen und von der Universität verwiesen. Durch die Fürsprache eines Professors erhielt er jedoch die Erlaubnis, als Gasthörer weiterzustudieren.¹⁸⁴

Gefragt nach ihren »greatest cares and difficulties« gab die Bevölkerung der britischen Zone dem Kleidungsbedarf nach der Nahrungsmittelversorgung den größten Stellenwert.¹⁸⁵ Besonders in den Wintermonaten machte das Fehlen von warmer Kleidung bei erhöhter Kälteempfindlichkeit durch Unterernährung das Ertragen des Hungers noch schwerer. Studenten litten besonders unter dem Kleidermangel. Nach einer Umfrage unter Kölner Studenten konnte die Versorgung der Mehrzahl der Studenten mit Kleidung als unzureichend bezeichnet werden. Ihnen fehlten im Wintersemester 1946/47 vor allem Anzüge, Mäntel und

182 Nach einem Befehl der Militärregierung war das Tragen der feldgrauen oder luftwaffengrauen Uniform ab Dezember 1945 verboten, die Kleidungsstücke mussten entsprechend umgefärbt werden, Besprechung mit Major Brown am 4. 12. 1945, StAB N 10/191.

183 Wellershoff, Ernstfall, S. 238 f.

184 John, Heimkehrer, S. 12 f.

185 In verschiedenen seit 1947 durchgeführten Umfragen des Public Opinion Research Office hatten die Befragten in Hamburg und Schleswig-Holstein die Ernährungssituation mit 30–40 % als ihre größte Sorge angegeben, gefolgt vom Kleidungsbedarf mit 10–20 %, vgl. Braun/Zörkler, Die sozialwissenschaftliche Forschung, S. 77; entsprechende Untersuchungen mit vergleichbaren Ergebnissen liegen auch für die amerikanische Zone vor, vgl. dazu Merritt, Public Opinion, S. 16 f.

Schuhe,¹⁸⁶ wobei zu berücksichtigen ist, dass der Anzug, sofern der Student über einen solchen verfügte, das normale Kleidungsstück im universitären Alltag darstellte. Seit 1948 erreichten die Universität Bonn Kleidungs Spenden aus dem Ausland. Die erste Spende dieser Art war eine Lieferung von Männerschuhen der schwedischen Armee im Februar 1948.¹⁸⁷

Dazu wurden, um die wenige vorhandene Kleidung zu erhalten, von verschiedenen Stellen Flick- und Nähstuben eingerichtet. Seit Dezember 1945 bot die katholische Hochschuleseelsorge mittwochs eine regelmäßige Flickstunde an, in der Studentinnen ehrenamtlich Kleidungsstücke ihrer Kommilitonen reparierten.¹⁸⁸ Diese Flickstunden wurden bis zum Sommersemester 1948 beibehalten.¹⁸⁹ Die Möglichkeit zur Reparatur von Kleidungsstücken bestand jedoch auch weiterhin, da der Verein Studentenwohl im Februar 1948 eine Nähstube eingerichtet hatte,¹⁹⁰ die auch über die frühen Nachkriegsjahre hinaus Bestand hatte. Daneben existierte seit dem Frühjahr 1948 eine Schusterei in einem Kellerraum des chemischen Institutes.¹⁹¹

Weitere gerade für Studenten bedeutsame Einschränkungen waren der Mangel an Glühbirnen und die unzureichende Stromversorgung. Ein konzentriertes Arbeiten war vielen Studenten nicht möglich, da dafür der geeignete Arbeitsplatz fehlte. Vielfach waren die Zimmer schlecht beleuchtet. Besonders in den ersten Nachkriegsjahren waren Glühbirnen Mangelware. Auch die Stromzuteilung war noch stark begrenzt. Im Oktober 1946 beantragte die Universität eine Verdopplung ihres Stromkontingents. Die Erhöhung wurde durch den Bedarf von einer 40W-Glühbirne pro Student und Verwaltungsangestellten bei einer Brenndauer von 5 Stunden pro Tag begründet.¹⁹² Gerade die Frage des Stromverbrauchs war ein Punkt, an welchem sich häufig Konflikte zwischen Studenten und ihren Vermietern entzündeten.¹⁹³ Ebenso war der Diebstahl von Glühbirnen ein vor dem Universitätsrichter häufig verhandeltes Delikt, das im Regelfall mit der Entfernung von der Universität geahndet wurde.¹⁹⁴ Die Bauleitung hatte daher für die Sommermonate alle Glühbirnen aus den Hörsälen und Fluren des Hauptgebäudes entfernen lassen und empfahl den Instituten, dasselbe zu tun.¹⁹⁵

186 Seyffert, Methode und Ergebnis, S. 37.

187 UAB UV 69 – 364.

188 Mitteilungen der katholischen Hochschuleseelsorge Bonn vom 28. 11. 1945, AEK CR II 9.1,1.

189 Vgl. Maul, Möglichkeiten, Grenzen und Wandel, Anhang.

190 Mitgliederversammlung des Vereins Studentenwohl am 23. 6. 1948, UAB UV 69 – 77.

191 UAB UV 69 – 82.

192 Gelderblom an Konen am 7. 10. 1946, UAB UV 69 – 7.

193 UR 67 – 1, ein Vermieter verweigerte einem Studenten das Licht, indem er die einzige Glühbirne in dessen Zimmer entfernte.

194 UR 67 – 55.

195 Gelderblom an Konen am 17. 7. 1947, UAB PF 138 – 174.

Ein speziell studentisches Problem stellte die Versorgung mit Materialien wie Büchern, Papier oder Schreibgeräten dar. Besonders der Büchermangel war in den ersten Nachkriegssemestern gravierend. Die Bibliotheken der Universität Bonn hatten durch die Bombenangriffe schwere Verluste hinnehmen müssen. Allein die Universitätsbibliothek bezifferte den Verlust auf rund 25 % ihres Buchbestandes.¹⁹⁶ Zwar konnte der größte Teil der Bücher außerhalb Bonns in Sicherheit gebracht werden, da jedoch die im Hauptgebäude untergebrachte Universitätsbibliothek 1944 völlig zerstört wurde, fehlte es, als die Universität nach Kriegsende mit der Rückführung der ausgelagerten Bücher begann, an einem geeigneten Aufstellungsort.¹⁹⁷ Im Mai 1945 bildete der Senat einen speziellen Ausschuss, in welchem Dekan Oertel für die Rückführung der Privatbibliotheken und der stellvertretende Direktor der Universitätsbibliothek Karl Lelbach für die Reorganisation der Universitätsbibliothek sowie der Institutsbibliotheken zuständig war.¹⁹⁸ Die Universitätsbibliothek konnte provisorisch in der unversehrt gebliebenen landwirtschaftlichen Abteilung in Poppelsdorf wieder eingerichtet werden und den Studenten bei Eröffnung der Universität immerhin 130.000 Bände zur Benutzung zur Verfügung stellen.¹⁹⁹ Die Rückführung der ausgelagerten Bestände konnte bis zum Frühsommer 1946 mit Hilfe der Militärregierung abgeschlossen werden. Die Bücher wurden provisorisch in den Räumen der ehemaligen Universitätskasse im Hauptgebäude (heute CIP-Pool und Universitätsarchiv) und im Görres-Bunker an der Gronau aufgestellt. Bis 1947 war so nur ca. die Hälfte des Gesamtbestandes der Universitätsbibliothek nutzbar, erst 1949 konnte das Provisorium im Bunker beendet und der Gesamtbestand wieder zugänglich gemacht werden.²⁰⁰

War die Versorgung mit Lehrbüchern durch die universitären Bibliotheken damit nur eingeschränkt gewährleistet, so konnten auch die Bonner Buchhandlungen wegen Papiermangels den Bedarf bei Weitem nicht decken. Beim Kauf eines Buches mussten ein bis zwei Kilogramm Altpapier mitgebracht werden. Die so erworbenen Bücher gingen dann von Hand zu Hand.²⁰¹ Bücher blieben ein kostbares Gut, was auch in den Akten des Universitätsrichters deutlich wurde, der mehrfach über Bücherdiebstahl oder Schwarzhandel mit

196 Chronik 1939/40 – 1948/49, S. 111.

197 Zu Auslagerung und Zerstörung der Bibliothek vgl. Krosta, Universitätsbibliothek, S. 114 – 130.

198 Aktenvermerk Dr. Busley vom 9.5.1945, StAB Pr 42/941. Für die zweite Junihälfte 1945 berichtet Prof. Oertel von der Bergung von insgesamt 17.250 Bänden der Bibliothek für Landwirtschaftliche Betriebslehre sowie der Privatbibliotheken mehrerer Professoren, UAB PF 77 – 34. Zur Wiedererrichtung der Universitätsbibliothek vgl. Herkenhoff, Wiederaufbau.

199 Chronik 1939/40 – 1948/49, S. 112.

200 Ebd., S. 113.; Herkenhoff, Wiederaufbau, S. 329 f.

201 Hörnemann, Packpapier für Thomas Mann, S. 9.

Büchern zu verhandeln hatte.²⁰² Im Sommer 1948 wurde im AStA diskutiert, ob nicht der Buchhandlung Bouvier der Titel Universitätsbuchhandlung entzogen werden könne, da diese nach Meinung des AStA die Bücherversorgung der Studenten vor der Währungsreform nicht gewährleistet hatte, obwohl ausreichend Bücher vorhanden gewesen seien.²⁰³ Noch 1951 waren nur 23,6 % der deutschen Studenten nach eigenen Angaben ausreichend mit Lehrbüchern versorgt.²⁰⁴

Etwas anders sah die finanzielle Situation der Studenten aus. Zwar liegen für die Bonner Studenten aus den ersten Nachkriegssemestern keine Daten vor, es ist jedoch davon auszugehen, dass in den Semestern bis zur Währungsreform Geld nicht die dringlichste Sorge der Studenten war. Viele von ihnen, insbesondere die höheren Dienstgrade unter den Kriegsteilnehmern, waren während des Krieges in der Lage gewesen, Rücklagen für ihr künftiges Studium zu bilden.²⁰⁵ Die Kölner Untersuchung vom Wintersemester 1946/47 ergab, dass bei 54 % der Studenten die Summe des monatlich zur Verfügung stehenden Geldes zwischen 150 und 250 RM lag.²⁰⁶ Viele Studenten waren zwar von der Entnazifizierung in finanzieller Hinsicht betroffen, wenn die Eltern ihre Arbeitsstelle verloren und dadurch keinen Beitrag zur Finanzierung des Studiums leisten konnten,²⁰⁷ insgesamt standen jedoch finanzielle Sorgen bei den Studenten nicht im Vordergrund. Von den befragten Kölner Studenten sahen im Wintersemester 1946/47 83 % die Finanzierung ihres Studiums als gesichert an, wenn es nicht zu einer Geldentwertung käme.²⁰⁸

Mit der Währungsreform änderte sich die finanzielle Situation jedoch grundlegend. Hatte bis dahin Geld angesichts des allgemeinen Mangels nur eine vergleichsweise geringe Rolle gespielt, kam mit der neuen Währung nun das Ende des Warenmangels. Mit dem neuen Geld war man in der Lage, die benötigten Waren einzukaufen. Da aber gleichzeitig alle Ersparnisse abgewertet wurden und die Preise anstiegen, traten Geldsorgen gegenüber den Versorgungsnoten in den Vordergrund. Das Hungerproblem wurde so zunächst zu einem Geldproblem.²⁰⁹ Anfang 1949 pendelten sich die Preise jedoch auf einem

202 Vgl. UAB UR 67-1 und -2.

203 Protokoll der AStA-Sitzung vom 16.7.1948, UAB AStA 47-7.

204 Kath, *Das soziale Bild* (1952), S. 73.

205 Krönig/Müller, *Nachkriegssemester*, S. 189. Dieser Einschätzung schließt sich auch Maaß, *Studentenschaft*, S. 274 für die TH Braunschweig an; ebenso Zeitzeuge Horst Uhrig, in: *Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform*, S. 218.

206 Seyffert, *Methode und Ergebnis*, S. 35.

207 Krönig/Müller, *Nachkriegssemester*, S. 157.

208 Seyffert, *Methode und Ergebnis*, S. 45.

209 Erker, *Hunger*, S. 403 f. Deutlich ersichtlich wird dies aus der OMGUS-Umfrage nach den »Major Cares and Worries«, wo die Sorge um die Ernährung nach der Währungsreform schlagartig durch Geldsorgen abgelöst wird, Merrit, *Public Opinion*, S. 16/17.

normalen Niveau ein. Der monatliche Etat, der den Studenten zur Verfügung stand, ging nach der Währungsreform merklich zurück. Im Sommersemester 1951 mussten 85,6 % der deutschen Studenten während des Semesters mit weniger als 150 DM monatlich auskommen.²¹⁰ 1954 erreichte nur etwa ein Achtel der Studenten das finanzielle Existenzminimum, das für Bonn mit 100 – 120 DM angesetzt wurde.²¹¹ Ein Drittel verfügte nur über 75 DM im Monat.²¹²

Die Währungsreform führte zu einem grundlegenden Wandel der Studienfinanzierung. Während nach einer Untersuchung des Statistischen Landesamtes Nordrhein-Westfalen zur Auswirkung der Währungsreform die Studienfinanzierung durch Ersparnisse von 13,6 % im Wintersemester 1947/48 auf 1,8 % im Wintersemester 1948/49 deutlich zurückging, konnte im gleichen Zeitraum ein Anstieg der Erwerbstätigkeit der Studenten von 7,4 % auf 15,2 % festgestellt werden.²¹³ Die Studenten bemühten sich offenbar erfolgreich, die Entwertung ihrer Ersparnisse durch Werkstätigkeit zu kompensieren, um ihr Studium nicht abbrechen zu müssen. Das Werkstudententum wurde so zu einem Kennzeichen der Studentenschaft nach der Währungsreform.

Unterstützung erhielten die Studenten dabei durch die Stadt Bonn, die sich insbesondere auf Betreiben Professor Martinis für die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Studenten einsetzte.²¹⁴ Das Werkstudententum war ein überwiegend männlich geprägtes Phänomen.²¹⁵ Die Studentinnen stammten zum überwiegenden Teil aus gut situierten Familien. Ihr Studium war daher zum größten Teil elternfinanziert.²¹⁶ 12,6 % der männlichen Studenten waren 1951 neben dem Studium laufend, 49,3 % gelegentlich erwerbstätig. Bei Studentinnen lag der Anteil bei 8,9 % bzw. 34,6 %.²¹⁷ Dabei betrug die wöchentliche Arbeitszeit während des Semesters bei 19,9 % der werktätigen Studenten (bei 14,5 % der Studentinnen) unter 12, bei 8,1 % (6,1 %) zwischen 13 und 30, bei 3,5 % (2,0 %) sogar über 30 Stunden.²¹⁸ Der nach der Währungsreform aufgetretene Zwang, den Lebensunterhalt durch Werkarbeit selbst zu verdienen, führte so zu einer

210 Kath, *Das soziale Bild* (1952), S. 69.

211 Studienführer der Universität Bonn 1952, S. 35.

212 Studienführer der Universität Bonn 1954, S. 46.

213 HStAD NW 144 – 13.

214 Sitzung der Stadtvertretung am 15. 7. 1948, StAB Pr 9/69, p. 592 ff.

215 Krönig/Müller, *Nachkriegssemester*, S. 193.

216 Hervé, *Studentinnen*, S. 62. Kath, *Das soziale Bild* (1952), S. 55 nennt einen Anteil von 78,1 % der Studentinnen, die Zuschüsse von ihren Eltern erhalten (gegenüber 68,5 % bei ihren männlichen Kommilitonen), bei 54 % wurde das Studium ausschließlich von den Eltern finanziert (bei männlichen Studenten 34,2 %) [die beiden letztgenannten Prozentzahlen entstammen StAB N 1988/1171].

217 Kath, *Das soziale Bild* (1952), S. 59.

218 Ebd., S. 61.

nicht unerheblichen Einschränkung der Zeit, die den Studenten für ihr Studium zur Verfügung stand.

Im Sommersemester 1946 begann die Universität Bonn mit der Vergabe von Stipendien. Der dafür vorgesehene Etat stieg kontinuierlich an. Konnten im Sommersemester 1946 nur 114 Studenten gefördert werden, so waren es im Wintersemester 1948/49 bereits 1.018,²¹⁹ im Sommer sogar 1.300.²²⁰ Die Universität Bonn lag dabei mit dem Anteil der von ihr geförderten Studenten deutlich über dem Landesdurchschnitt. Das Studentenwerk gab 1949 den Anteil der geförderten Studenten an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen mit 20 – 25 % an.²²¹ In Bonn waren es 27,5 % der Studenten, die von Stipendien profitieren konnten. Dennoch war die finanzielle Lage der Bonner Studenten auch 1948 noch so schlecht, dass ein Teil der Studenten gezwungen war, die Studiengebühren durch den Verkauf ihrer Tabakrationen zu finanzieren.²²² Durch den Wegfall des Schwarzmarktes nach der Währungsreform entfiel diese Möglichkeit der Zusatzversorgung mit Lebensmitteln. Zigaretten hatten in der Schwarzmarktzeit teilweise die Rolle einer Währung übernommen und als Münzfuß gedient, auf den man Schwarzhandelspreise abstimmte.²²³

Im studentischen Zonenrat wurde die Befürchtung geäußert, ohne Hilfsmaßnahmen müssten etwa 80 % der Studenten nach der Währungsreform ihr Studium abbrechen.²²⁴ Um die finanziellen Folgen für die Studenten abzufedern, bemühte sich der AStA darum, eine von den Änderungen der Währungsreform unberührte Vorsorgekasse einzurichten, in der jeder Student den Betrag von 950 RM für jedes noch zu belegende Semester einzahlen sollte.²²⁵ Diese Pläne konnten jedoch nicht umgesetzt werden.

Ebenso bemühte sich das Bonner Akademische Hilfswerk nach Kräften, notleidende Studenten finanziell zu unterstützen und die Auswirkungen der Währungsreform abzumildern. In den ersten Monaten nach der Währungsreform bis April 1949 konnten insgesamt ca. 200.000 DM an etwa 2.000 Studenten vergeben werden.²²⁶ Zudem wurden die Mensapreise um 10 Pfennig gesenkt und den Bunkerstudenten die Miete für Juli erlassen.²²⁷

219 UAB UV 69 – 17.

220 Protokoll der Arbeitstagung des VDS mit Vertretern des deutschen Studentenwerks, UAB UV 69 – 74.

221 Ebd.

222 Schreiben des AStA-Vorsitzenden Hastenrath an den rheinland-pfälzischen Kultusminister vom 7.3.1948, UAB UV 69 – 129.

223 Bölcke, Schwarzmarkt, S. 114; Reeb, Student und Währungsreform, S. 22.

224 Reeb, Student und Währungsreform, S. 21.

225 UAB UV 69 – 117, vgl. auch 13. Hochschulkonferenz am 22./23.3.1948 in Hahnenklee, Heinemann, Hochschulkonferenzen 2, S. 468.

226 Tätigkeitsbericht des Akademischen Hilfswerks 1948/49, Archiv der KHG, Ordner 240: Rektor und Verwaltung, Kultusministerium.

Insgesamt blieb die finanzielle Lage der Studenten angespannt und trat nach der allmählichen Verbesserung der Lebensmittelversorgung seit dem Ende der 40er Jahre deutlicher in den Vordergrund der studentischen Alltagsnöte. Auch in der ersten Hälfte der 50er Jahre verbesserte sich die finanzielle Situation der Studenten nur wenig.²²⁸ Es zeigte sich, dass die Studenten nicht am Wirtschaftsaufschwung der 50er Jahre partizipierten und dass das Werkstudententum keine vorübergehende Erscheinung geblieben war, sondern sich zum Normalfall entwickelte.²²⁹

Während der Mangel an Schreibmaterial, Kleidung und Büchern sich auf die Studienzeit der ersten Nachkriegsgeneration beschränkte und mit zur Ausbildung eines generationellen Selbstverständnisses beitrug, blieb die nach der Währungsreform eintretende Geldnot der Studenten eine Konstante, die bis zum Beginn des Honnefer Modells Ende der 50er Jahre den studentischen Alltag bestimmte und auch die nachfolgenden Studentengenerationen betraf.

4.2. Hilfe für Studenten

4.2.1. Der Verein Studentenwohl

Bereits vor Wiedereröffnung der Universitäten zeichnete sich eine besondere Notlage der Studenten ab. Insbesondere der Mangel an Studentenzimmern stellte die Universitätsbehörden vor ernsthafte Probleme und erwies sich schließlich als der limitierende Faktor, an dem sich die Festlegung der Höchstzahl der Studenten orientierte.²³⁰ Nach der Wiedereröffnung der Universität wurde die Not der Studenten besonders hinsichtlich der Versorgung mit Nahrungsmitteln, Kohlen, Kleidung oder Büchern offenbar. Die Notlage wurde dadurch verschärft, dass die bis 1945 bestehenden akademischen Hilfsorganisationen erst langsam wieder ihre alten Funktionen übernahmen. Das Reichsstudentenwerk wurde nach dem Zusammenbruch als zentrale Einrichtung des Reiches von den Alliierten aufgelöst und das noch vorhandene Vermögen gesperrt.²³¹

Ohne Rückgriffsmöglichkeiten auf staatliche Ressourcen waren die Universitäten in den ersten Nachkriegssemestern auf sich gestellt. Vielfach kam es

227 Westdeutsche Rundschau 3.7.1948, StAB N 2/128.

228 Scanlon, Student Aid, S. 86.

229 1951 waren 33 % der Studenten Werkstudenten, 1956 waren es bereits 45 %, Neumann, Studieren im Sozialstaat, S. 36.

230 Vgl. dazu oben Kap. 4.1.1.

231 Giles, Verfaßte Studentenschaft, S. 20.

daher früh zur Neu- oder Wiedergründung von Selbsthilfeorganisationen.²³² In Bonn konnte die Universität auf den Verein Studentenwohl, der sich seit dem Ende des Ersten Weltkrieges um die sozialen Belange der Studenten gekümmert hatte, zurückgreifen. Der Verein war 1921 als ›Neuer Verein Studentenwerk‹ gegründet worden, hatte aber seinen Namen noch im selben Jahr in Verein Studentenwohl geändert. 1934 wurde er dem Reichsstudentenwerk unterstellt, das im Folgenden die Aufgaben der Studentenfürsorge in Bonn übernahm.²³³ Nach dem Krieg war die Restituierung des Vereins Studentenwohl ein Ziel, das vom Verwaltungsrat sehr früh angegangen wurde. Eine Denkschrift zur Wiedereröffnung der Universität Bonn vom Juni 1945 sah im Wiederaufbau des Vereins Studentenwohl die erste Voraussetzung für eine erfolgreiche Versorgung der zurückkehrenden Studenten.²³⁴

Im November 1945 wurde der Verein Studentenwohl schließlich wiederbegründet.²³⁵ Gründungsmitglieder des Vereins waren neben Rektor Konen die Professoren Oertel und von Beckerath sowie Oberbürgermeister Spoelgen und die Herren Stockhausen, Rott und Hüvel als Vertreter der Stadt Bonn.²³⁶ Anders als bei den universitären Hilfswerken nach dem Ersten Weltkrieg, die aus studentischen Initiativen erwachsen, waren Studenten an der Gründung des Vereins nicht beteiligt.²³⁷ Die Satzung vom März 1946 sah jedoch in Anknüpfung an die studentische Tradition des Vereins die Beteiligung der Studentenschaft ausdrücklich vor. So sollte eines der drei vorgesehenen Vorstandsmitglieder sowie ein Viertel des Verwaltungsrates und ein Drittel des geschäftsführenden Ausschusses von der Studentenschaft gestellt werden.²³⁸ Da bei Inkrafttreten der Satzung noch keine Studentenvertretung bestand, wurde in den Übergangsbestimmungen festgelegt, dass die Organe des Vereins bis zur Konstituierung einer Studentenvertretung auch ohne deren Beteiligung beschlussfähig sein sollten. Erst nach der Gründung des AStA im Frühjahr 1946 beteiligten sich Studenten an der Arbeit des Vereins. Der AStA richtete einen Sozialausschuss ein, der mit

232 So beispielsweise in Braunschweig und Göttingen, dazu Maaß, Studentenschaft, S. 246 f.

233 Reichsverordnung über die Bildung eines Reichsstudentenwerks vom 2. 11. 1934, Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen 1934, S. 355.

234 Kurzdenkschrift der Kommission ›Übergang‹, verfasst von Siegfried Behn, UV 69–70.

235 Senatssitzung vom 22. 11. 1945, UAB Senat 33–1, am 28. 11. wurde der Verein von der Militärregierung offiziell zugelassen (UAB UV 69–82), am 6. 12. 1945 die Statuten des Vereins vom Senat bestätigt (Schäfer, Verfassungsgeschichte, S. 241), am 6. 3. 1946 wurde er unter der Nr. 174 in das Vereinsregister eingetragen (UAB UV 69–82).

236 UAB UV 69–82.

237 Zur Entstehungsgeschichte des Deutschen Studentenwerks vgl. Schairer, Reinhold: Das erste Jahrzehnt des Deutschen Studentenwerks 1921–1932, in: Deutsches Studentenwerk 1921–1961. Festschrift zum vierzigjährigen Bestehen, Bonn 1961, S. 42–62. [gekürzte und überarbeitete Ausgabe des Beitrags ›Die Studentische Wirtschaftshilfe‹ in: Das Akademische Deutschland, Bd. 3, Berlin 1930].

238 Satzung des Vereins Studentenwohl, UAB UV 69–77.

dem Verein Studentenwohl zusammenarbeiten sollte²³⁹ und entsandte Mitglieder in die einzelnen Vereinsorgane.

Auf der Gründungsversammlung des Vereins wurden dessen künftige Aufgaben umrissen. Dazu gehörten vor allem die Einrichtung einer Mensa und eines akademischen Wohnungsamtes und die Organisation der Einzelfürsorge. Zur Bewältigung dieser Aufgaben richtete der Verein entsprechende Ausschüsse ein.²⁴⁰ Der Verein finanzierte sich vor allem aus den Sozialabgaben der Studenten, die mit ihrer Einschreibung automatisch zu ordentlichen Mitgliedern wurden. Dazu kamen die Beiträge der außerordentlichen Mitglieder sowie die Mieteinnahmen aus den vom Verein betreuten Wohnheimen. In die Eröffnungsbilanz flossen 22.714 RM an Beiträgen der Studenten für das Wintersemester 1945/46 und 2.792 RM an Einnahmen aus der Vermietung des Poppelsdorfer Bunkers ein.²⁴¹ Um volle Handlungsfähigkeit zu erreichen, war es das erste Ziel des Vereins, die Freigabe des gesperrten Vermögens des Studentenwerks zu erreichen. Im Herbst 1945 hatte die Militärregierung erklärt, es seien nun die rechtlichen Voraussetzungen für die Freigabe des Vermögens der alten Studentenwerke geschaffen worden.²⁴² Auf der ersten Sitzung des Vereins Studentenwohl konnte daher verkündet werden, dass die Militärregierung bereit sei, das »Vermögen der früheren Mensa« (gemeint war das Vermögen der Bonner Zweigstelle des Reichsstudentenwerks) sowie deren Aktienkapital auf den Verein zu übertragen.²⁴³ Der Verwaltungsrat des Vereins rechnete mit einer zügigen Übertragung des Gesamtvermögens des alten Studentenwerks. Doch die Verhandlungen über die Vermögensübertragung zogen sich über Jahre hin und waren im Sommer 1950 noch immer nicht zu einem Abschluss gekommen.²⁴⁴

Neben der Erweiterung des finanziellen Spielraums sah der Verein Studentenwohl im Wintersemester 1945/46 das drängendste Problem in der Einrichtung einer provisorischen Mensa als Ersatz für die Mensa im Studentenhaus, das 1944 bei den Bombenangriffen auf Bonn vollständig zerstört worden war. Im Dezember 1945 konnte im Haus des Bonner Bürgervereins ein Provisorium geschaffen werden. Da der Ansturm der Studenten zu groß war, wurde im Hotel Stern am Markt eine zweite Mensa eingerichtet. Auch in Godesberg schuf der

239 AStA-Sitzung vom 2. 7. 1946, UAB AStA 47 – 1.

240 Protokoll der Gründungsversammlung, UAB UV 69 – 82.

241 Eröffnungsbilanz vom 1. 4. 1946, UAB UV 69 – 82.

242 Schreiben der Militärregierung an den Oberpräsidenten vom 17. 12. 1945, UAB UV 69 – 82; vgl. auch die entsprechende Bemerkung Colledges auf der 2. Hochschulkonferenz am 17./18. 12. 1945 in Bünde, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 91.

243 UAB UV 69 – 82.

244 Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses vom 28. 7. 1950, UAB UV 69 – 77.

Verein Studentenwohl eine Mensa für die dort untergebrachten Studenten der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät.²⁴⁵

Daneben arbeitete der Verein Studentenwohl eng mit dem Akademischen Wohnungsamt zusammen, das sich um die Vermittlung von Zimmern und um die Betreuung der bestehenden Massenunterkünfte in den Studentenbunkern kümmerte. Dazu kam die Wiedererrichtung der Akademischen Krankenkasse, der die Betreuung kranker Studenten oblag. Angesichts des schlechten Gesundheitszustandes der Studenten wurde 1948 neben der Akademischen Krankenkasse eine Gesundheitsüberwachungsstelle zur Durchführung der Pflichtuntersuchungen eingerichtet. In den ersten Nachkriegssemestern entwickelte sich der Verein Studentenwohl so zu einem ausdifferenzierten Gremium der universitären Selbsthilfe.

Das entscheidende Organ des Vereins war der geschäftsführende Ausschuss, der aus je drei Vertretern des Lehrkörpers, der Studentenschaft und drei weiteren Personen bestand. Zum Vorsitzenden des geschäftsführenden Ausschusses bestimmte der Senat den Althistoriker Friedrich Oertel, der in der Folge zur bestimmenden Persönlichkeit in allen die sozialen Nöte der Studenten betreffenden Belangen wurde. Er koordinierte die Tätigkeit des Vereins Studentenwohl und des Akademischen Wohnungsamtes, die Verteilung der Spenden und die Organisation der Einsatzstudenten. Dabei entwickelte sich die Privatwohnung Oertels zur Zentrale aller sozialen Einrichtungen an der Universität Bonn. Hier waren neben dem Verein Studentenwohl und dem Akademischen Wohnungsamt auch die Koordinationsstellen für die Speckspende, die Bücherbergung, den Zentralkatalog und für die Einsatzstudenten untergebracht.²⁴⁶ Daneben beherbergte Oertels Wohnung auch das Althistorische Institut, das Institut für Papyrologie und das Dekanat der Philosophischen Fakultät. Lützel sprach angesichts der Fülle der Ämter und Zuständigkeiten Oertels insbesondere im Bereich der studentischen Sozialfürsorge einmal von den »Vereinigten Oertelwerken«.²⁴⁷ Die Studenten verliehen Oertel wegen seines Einsatzes bei der Verteilung der Speckspende den Spitznamen »Speck-Oertel«.²⁴⁸ Im August 1947 beschloss der geschäftsführende Ausschuss des Vereins die Einrichtung eines akademischen Hilfswerkes als Dachorganisation aller sozialen Selbsthilfeeinrichtungen der Universität, das den Verein Studentenwohl, die Akademische Krankenkasse, das Akademische Wohnungsamt und die Gesundheitsüberwachungsstelle zusammenfasste.²⁴⁹ Auch hier übernahm Friedrich Oertel den Vorsitz.

245 Rath, Bericht, S. 387; vgl. oben Kap. 4.1.2.

246 Mietvertrag zwischen der Universität und Oertel vom 1.7.1945, UAB UV 223 – 28.

247 Lützel, Bonn am Rhein II, S. 26.

248 Manfred Seidler, in: Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform, S. 226.

249 Oertel an Rektor am 15.8.1947, UAB UV 69 – 82.

Die Umtriebigkeit Oertels stieß dabei auf Kritik von britischer Seite. UECO Gregor Smith vermutete in Oertels Aktivität eine Kompensation für fehlende akademische Auszeichnungen.²⁵⁰ Zudem erschien der Militärregierung Oertel nicht als der geeignete Kandidat, um den Wiederaufbau der Universität in ihrem Sinne voranzutreiben. Nach Auffassung der Militärregierung gewann unter der Ägide Konens, Oertels und Behns der Einfluss des Nationalsozialismus wieder an Boden, nicht weil sie ihn förderten, sondern weil sie unfähig waren, dem »nationalistic spirit which is a noticeable feature of the University« zu begegnen.²⁵¹ Wie auch immer Einstellung und Motive Oertels zu werten sind, sein Engagement in den Schlüsselstellen der sozialen Selbsthilfeeinrichtungen an der Universität Bonn trug maßgeblich zur Linderung der studentischen Not bei. Oertel hat im Bereich der sozialen Hilfsleistungen für Studenten die Nachkriegszeit an der Universität Bonn geprägt wie kein anderer. Seine vielleicht nicht immer von Selbstgefälligkeit freie Aktivität hat einen großen Beitrag zum Aufbau eines vorbildlichen sozialen Systems geleistet, das die Grundlage für die Arbeit des späteren Studentenwerks bildete.

Unmittelbar nach der Währungsreform hielt der Verein im Juni 1948 seine erste Mitgliederversammlung nach dem Krieg ab und zog Bilanz über die geleisteten Arbeiten: Drei Mensen konnten eingerichtet werden, ebenso eine Lesehalle, die Studentenbücherei wurde aufgebaut, seit Frühjahr 1948 bestanden eine Nähstube und eine Schusterei, die Gesundheitsüberwachung und die Verteilung von Lebensmittelpenden und Studienbeihilfen wurde organisiert.²⁵²

Mit der Währungsreform verlagerten sich die Aufgaben des Akademischen Hilfswerks. Die Verteilung von Nahrungsmittelpenden rückte in den Hintergrund. Hauptaufgabe war nun die Vergabe von Studienbeihilfen, die Arbeitsvermittlung und die Verteilung von Auslandsspenden,²⁵³ wobei es sich bei diesen Spenden nun zunehmend um Kleidung, Bücher und Schreibwaren und weniger um Lebensmittel handelte. Zudem trug der Verein dem verstärkten Bedürfnis der Studenten nach einem Nebenerwerb Rechnung und richtete eine Arbeitsvermittlungsstelle ein.²⁵⁴ Bis April 1949 konnten rund 1.500 Arbeitsmöglichkeiten an Studenten vermittelt werden.²⁵⁵

Einen Einschnitt in der Arbeit des Vereins bildete der im Dezember 1948

250 Monatsbericht vom 18. 12. 1946, PRO FO 1013/2209.

251 Special Political Report Bonn University vom 27. 8. 1946, PRO FO 1013/2209. Die drei genannten hatten gerade in der ersten Nachkriegszeit Schlüsselpositionen an der Universität inne: Konen als Rektor, Oertel als Vorsitzender des Vereins Studentenwohl und Behn als Vorsitzender der Nachrichtenkommission.

252 Mitgliederversammlung am 23. 6. 1948, UAB UV 69 – 77.

253 Rath, Bericht der Universität Bonn, S. 388.

254 Studienführer 1948, S. 14.

255 Tätigkeitsbericht des Akademischen Hilfswerks für das Geschäftsjahr 1948/49, Archiv der KHG, Ordner 240: Rektor und Verwaltung, Kultusministerium.

erklärte Rücktritt Oertels vom Vorsitz des Akademischen Hilfswerks zum Ende des Wintersemesters.²⁵⁶ Vorangegangen waren nicht näher ausgeführte Vorwürfe gegen Oertel. Mit seinem Rücktritt ging eine vierjährige Ära zu Ende. Zu Oertels Nachfolger wurde der ehemalige Rektor Martin Noth bestimmt.²⁵⁷ Unter der Leitung Noths schritt die Professionalisierung des Akademischen Hilfswerks fort, das sich mehr und mehr von seinen studentischen Ursprüngen entfernte. Die Beteiligung der Studentenschaft ging zurück, die Arbeit wurde in die Hände von hauptamtlichen Angestellten gelegt. Zur Hauptaufgabe des Vereins entwickelte sich die finanzielle Unterstützung der Studenten durch Stipendien, Gebührenerlass, Beihilfen oder Darlehen. Um dieser Aufgabe gerecht werden zu können, erhielt der Verein nun regelmäßige Zuschüsse aus dem Landeshaushalt.²⁵⁸ Im Dezember 1948 bewilligte das Kultusministerium 120.000 DM zur Vergabe von Stipendien,²⁵⁹ vom Nordwestdeutschen Rundfunk hatte der Verein bereits im August eine Spende von 18.000 DM erhalten.²⁶⁰

Ein weiterer Schwerpunkt am Ende der 40er Jahre stellten die Bemühungen um die Überwindung der Provisorien bei der Speisung und Unterbringung der Studenten dar. Als Hauptaufgabe für die Zukunft war auf der Mitgliederversammlung im Sommer 1948 der Wiederaufbau des zerstörten Studentenhauses angesprochen worden.²⁶¹ Im Herbst 1948 besorgte der Bautrup die Entrümmerung des Grundstückes, so dass im Dezember mit den Bauarbeiten begonnen werden konnte.²⁶² Auch hier erwies sich das Land Nordrhein-Westfalen als wichtige Stütze. Es bewilligte 520.000 DM für den Wiederaufbau des Studentenhauses,²⁶³ das nach einem knappen Jahr Bauzeit zum Wintersemester 1949/50 in Betrieb genommen werden konnte. Am 7. November 1949 wurde mit dem Mensabetrieb begonnen.²⁶⁴

Mit der Eröffnung des Studentenhauses in der Nassestraße hatte die Studentenschaft ein neues Zentrum. Neben der Mensa wurden Bade- und Duschräume, eine Schusterei und mehrere Studentenzimmer eingerichtet.²⁶⁵ Der große Saal des Studentenhauses stand zudem für Veranstaltungen aller Art zur Verfügung. Hier trat das Studentenkabarett »Wintergärtchen« auf, hier wurden

256 Senatssitzung vom 5. 1. 1949, UAB UV 33–5 und UV 69–77.

257 Martin Noth (1902–1968) war seit 1929 Ordinarius für Altes Testament (ev) in Königsberg und wurde zum WS 1945/46 nach Bonn berufen. Im WS 1947/48 und im akademischen Jahr 1957/58 amtierte er als Rektor der Universität Bonn.

258 UAB UV 69–74.

259 Schreiben des Ministeriums an den Verein Studentenwohl vom 7. 12. 1948, UAB UV 69–74.

260 UAB UV 69–74.

261 Mitgliederversammlung am 23. 6. 1948, UAB UV 69–77.

262 Bericht des Akademischen Hilfswerks über das Geschäftsjahr 1948/49, UAB UV 69–77.

263 UAB UV 69–74.

264 Rundschreiben Noths vom 7. 11. 1949, UAB UV 69–77.

265 Ebd.

Karnevalsfeiern, Fakultätsfeste und gesellige Abende veranstaltet. Der Saal erfreute sich großer Beliebtheit. Täglich fanden eine bis drei Veranstaltungen statt.²⁶⁶

Am 26. Februar 1951 erfolgte mit der Umgründung des Akademischen Hilfswerks zum Studentenwerk Bonn e.V. ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Professionalisierung der Studentenhilfe.²⁶⁷ In seiner Satzung stellte sich das Studentenwerk drei Hauptaufgaben: die Errichtung und Erhaltung von Wirtschaftsbetrieben mit dem Zweck, den Lebensstandard der Studenten zu heben ohne die Lebenshaltungskosten zu erhöhen, die Förderung des akademischen Nachwuchses und die Gesundheitsfürsorge.²⁶⁸ Nach 1950 wurde die Errichtung und Betreuung von Wohnheimen zum zentralen Aufgabengebiet des Studentenwerks.

Gleichzeitig mit der Professionalisierung ist eine Entfremdung der Studenten von der Arbeit des Studentenwerks feststellbar. Die Studentenwerke entwickelten sich zu halbstaatlichen Verwaltungskörperschaften, die nicht mehr auf die Beteiligung der Studenten- und Dozentschaft angewiesen waren. Sie verloren ihren ursprünglichen Charakter einer studentischen Selbsthilfeeinrichtung und wurden zunehmend als reine Dienstleistungsunternehmen angesehen.²⁶⁹ Anfang der 50er Jahre ist im Bereich der studentischen sozialen Fürsorge eine weitgreifende Normalisierung der Verhältnisse zu beobachten. Die spezifischen Aufgaben der Nachkriegszeit wie Spendenverteilung oder Organisation von Wärmehallen für Studenten waren in den Hintergrund getreten, wogegen die »klassischen« Aufgaben des Studentenwerks wie Mensabetrieb und Wohnheimbetreuung einen größeren Stellenwert einnahmen. Gerade die Wohnungsnot blieb aber noch lange Zeit ein Problem, dem das Studentenwerk erst nach und nach durch die Errichtung weiterer Wohnheime begegnen konnte.

4.2.2. Studentische Selbsthilfe

Wie bereits erwähnt, hatte die studentische Selbsthilfe eine Tradition, die bis in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zurückreichte.²⁷⁰ Die Selbsthilfeeinrichtungen in rein studentischer Trägerschaft nahmen mit der Ausweitung

266 Eine Liste der Veranstaltungen im Studentenhaus findet sich in UAB UV 69–77; zum Wintergärtchen, vgl. Gutacker, Hans Wilhelm: Das Wintergärtchen – ein echtes Bonner Gewächs. Ein Studentenkabarett der frühen Präbafögzeit, in: Bonn – Jahre des Aufbruchs. Erinnerungen an die Zeit nach dem Krieg, Bonn 1986, S. 25 – 28.

267 Klett, Entwicklung, S. 39.

268 Studienführer 1952, S. 38.

269 Scanlon, Student Aid, S. 71.

270 Dazu Schairer, Das erste Jahrzehnt, S. 42 ff.

und Professionalisierung ihrer Aufgaben zunehmend den Charakter selbstständiger Organisationen an. Mehr und mehr musste auf die Mithilfe nicht-studentischer Fachkräfte zurückgegriffen werden, so dass der studentische Charakter der Hilfseinrichtungen mehr und mehr verloren ging. 1929 wurden sie völlig aus der Studentenschaft herausgelöst und als Deutsches Studentenwerk e.V. selbstständig.²⁷¹

Bei der Wiedereröffnung der Universität Bonn waren die erst wieder im Entstehen begriffenen Einrichtungen zur Unterstützung der Studenten, wie der Verein Studentenwohl, noch nicht in vollem Umfang arbeitsfähig und konnten den Unterstützungsbedarf der Studenten nicht decken. Es war daher von den Studenten selbst Initiative zur Lösung der bestehenden Probleme gefordert. Half man sich untereinander im Freundeskreis, indem beispielsweise Lebensmittelpakete geteilt wurden,²⁷² so erwachsen aus studentischem Engagement auch größere Hilfsprojekte für notleidende Studenten.

Mit der Gründung des AStA 1946 wurde die studentische Selbsthilfe institutionalisiert. Im November 1946 führte der AStA eine Selbsthilfeaktion durch, bei der u. a. Lehrbücher, Schreibpapier, Federhalter, Rechenschieber, Kleidungsstücke, Schuhe, Decken, Möbelstücke, Aktentaschen, Sportartikel, Glühbirnen, Glas, Zement und Bauholz, also Dinge des täglichen studentischen Bedarfs und Baumaterialien für den Wiederaufbau der Universitätsgebäude gesammelt wurden.²⁷³ Zudem setzte sich der AStA intensiv für die Lösung des Kohlenmangels ein. UECO Gregor Smith wurde um Hilfe gebeten und eine Eingabe an die Militärregierung verfasst. Dazu wurde der Senat gebeten, den Beginn des Wintersemesters vor- und damit aus der Heizperiode hinauszuverlegen.²⁷⁴ Neben diesen Aktionen aus eigener Initiative arbeitete der AStA aktiv an den verschiedenen Hilfseinrichtungen der Universität mit.²⁷⁵

Mit der Ausdifferenzierung des Vereins Studentenwohl wiederholte sich die Entwicklung der Weimarer Zeit. Das Akademische Hilfswerk erarbeitete sich eine Monopolstellung für die Unterstützung der Studenten. Die Aufgaben der studentischen Selbsthilfe, die zum Teil vom AStA, zum Teil von studentischen Vereinigungen übernommen worden waren, wurden zunehmend vom Akademischen Hilfswerk abgedeckt, die darüber hinausgehende Initiativen überflüssig erscheinen ließen. So sah beispielsweise die Caritas im Wintersemester 1948/49 ihre Aufgaben als erfüllt an und stellte den von ihr organisierten Stu-

271 Gieseke, Studentenschaft, S. 17.

272 Die Studentin Ilse L. berichtet von einer »hohen Bereitschaft zu teilen«, Interview vom 5. 6. 2006, UAB Slg. Wiederaufbau 24.

273 AStA-Sitzung vom 9. 7. 1946, bekräftigt am 5. 11. 1946, UAB AStA 47 – 1. »Studenten-Selbsthilfe«, BUZ Nr. 8, 4. 11. 1946, S. 1.

274 AStA-Sitzungen am 19. 2. 1947, 6. 5. 1947

275 AStA-Sitzung vom 2. 7. 1946, UAB AStA 47 – 1.

dententisch ein, da sie nach dem Ausbleiben ausländischer Spenden mit den Preisen der Mensa nicht mehr konkurrieren konnte.²⁷⁶

Die studentische Selbsthilfe zog sich in Nischen zurück, die noch nicht vom Akademischen Hilfswerk abgedeckt wurden. So organisierte der ›Studenten-Schnelldienst‹ kleinere Gelegenheitsarbeiten, die von Studenten für Bonner Bürger durchgeführt wurden. Der Schnelldienst war somit zum einen Dienstleistungsangebot der Studenten, zum anderen aber auch eine Arbeitsvermittlung für Studenten, die sich so einen Nebenverdienst erwirtschaften konnten. Erst im November 1948 gegründet, wurde er nach der Einrichtung der Erwerbsvermittlung des Vereins Studentenwohl in diese eingegliedert.²⁷⁷ Dabei ging der Schnelldienst zunächst davon aus, dass seine Eingliederung in die Erwerbsvermittlung des Hilfswerks eine Aufwertung und Erweiterung seiner Tätigkeit darstelle. Doch machte der Geschäftsführer des Hilfswerks, Werner Klett, unmissverständlich deutlich, dass die Eingliederung das Ende der Existenz des Schnelldienstes bedeutete.²⁷⁸ War die Zentralisierung aller Hilfsmaßnahmen im Akademischen Hilfswerk in ökonomischer Hinsicht sinnvoll, so erstickte sie jedoch studentische Initiativen und entthob die Studenten der Verantwortung, gemeinschaftlich Lösungen für anstehende Probleme zu entwickeln. Gerade das Beispiel des Studenten-Schnelldienstes zeigt, dass Selbsthilfe in studentischer Eigenregie von Seiten des Akademischen Hilfswerkes als unerwünschte Konkurrenz angesehen wurde.

Eine weitere studentische Initiative stellte das seit 1950 vom Verband deutscher Studentenschaften (VDS) durchgeführte studentische Jugendarbeitsprogramm dar. Sein Ziel war eine Reform von Stipendienwesen und studentischer Werkarbeit. Studenten erwirtschafteten im Rahmen dieses Programms durch Werkarbeit während der Semesterferien einen Verdienst, der ihnen in Form eines Stipendiums im Laufe des folgenden Semesters ausgezahlt wurde. Dadurch wollte der VDS zum einen die Beschränkung studentischer Werkstätigkeit auf die Semesterferien erreichen, zum anderen die Studenten durch Zuweisung sozialer und pädagogischer Tätigkeiten in stärkeren Kontakt mit dem öffentlichen Leben bringen und sie damit zu einem demokratischen Verantwortungsbewusstsein anleiten.²⁷⁹ So wurde die Studentin Helga S. beispielsweise als Bewährungshelferin eingesetzt.²⁸⁰ Die Verknüpfung zwischen Werkstätigkeit und den Ideen der Hochschulreform sind dabei unübersehbar. So lobte der Geschäftsführer des

276 Schreiben von Studentenpfarrer Steinberg an das Generalvikariat vom 25.11.1949, AEK CR II 9.1,3; vgl. auch Werner Joachim Düring, *Der Caritas-Studententisch*, in: Bonner Studentengemeinde, S. 74–76.

277 UAB UV 69–82.

278 Korrespondenz Neeb-Klett und Klett-Stockhausen in UAB UV 69–82.

279 Franke, *Jugendarbeitsprogramm*, S. 79.

280 Helga S., *Erfahrungsbericht*, S. 77.

Bonner Studentenwerks, Werner Klett, die Aktion des VDS auch als »ein echtes Stück studium generale«.²⁸¹ Die Zahl der Teilnehmer an dem Programm war jedoch sehr begrenzt. Im Wintersemester 1952/53 nahmen drei Bonner Studenten teil, ein Jahr später immerhin zwölf.²⁸² Die Trägerschaft des Jugendarbeitsprogramms lag beim Deutschen Studentenwerk. Auch wenn die Initiative vom VDS ausging, so blieb die Organisation der Durchführung dem Studentenwerk überlassen.

Blickt man in die AStA-Protokolle, so wird deutlich, dass mit dem Prozess des Bedeutungsverlustes der sozialen Aufgaben des AStA ein scheinbares Anwachsen der Aufgaben des AStA-Sozialreferates einhergeht. Im Wintersemester 1952/53 wurden die Aufgabengebiete der beiden Sozialreferenten erstmals klar getrennt: Der erste Referent übernahm die Förderung (damit gemeint waren Gebührenerlass, Studienbeihilfe, Darlehen und Führerscheinerwerb), die Arbeit im Studentenwerksvorstand und im studentischen Jugendarbeitsprogramm. Der zweite Referent war für die Organisation der öffentlichen Förderungen wie Heimkehrer- und Schwerbeschädigtenbeihilfe oder das Soforthilfeprogramm, sowie für die Betreuung des Studentenbunkers und des Studentenhauses verantwortlich.²⁸³ Die vermeintliche Fülle dieser Aufgaben darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich nur um beratende oder mitwirkende Tätigkeit handelte. So nahm der AStA beispielsweise die Anträge auf Gebührenerlass entgegen, die letztendliche Entscheidung fällte jedoch die Senatskommission für Gebührenerlass. Eigenverantwortliche studentische Selbsthilfe wurde vom AStA seit Ende der 40er Jahre kaum mehr praktiziert. Die sozialen Aufgaben waren durch das Studentenwerk übernommen worden.²⁸⁴

Die erste Nachkriegsgeneration war auf Grund der noch fehlenden institutionalisierten Unterstützung in stärkerem Maße gezwungen, anstehende Probleme selbst anzugehen und Lösungsversuche zu unternehmen. Die nachkommenden Studenten konnten dagegen auf ein voll funktionierendes Akademisches Hilfswerk vertrauen, das ihnen jede Notwendigkeit zur Selbsthilfe abnahm.

281 Generalanzeiger vom 17.6.1953, zitiert nach Franke, Jugendarbeitsprogramm, S.75.

282 Ebd., S. 86 ff.

283 AStA-Sitzung vom 11.11.1952, UAB AStA 81 – 67.

284 Vgl. Krönig/Müller, Nachkriegssemester, S. 231.

4.2.3. Die GEFFRUB

Einen bedeutenden Beitrag zur finanziellen Unterstützung der Universität Bonn leistete die Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität Bonn (GEFFRUB). Die Gesellschaft war 1917 auf Initiative des Leiters der Bayerwerke, Carl Duisberg, als erste Fördereinrichtung dieser Art in Deutschland gegründet worden.²⁸⁵ Sie hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die Universität bei der Anschaffung von Apparaten und Büchern, durch Forschungsbeihilfen oder durch Förderung studentischer Wohlfahrtseinrichtungen finanziell zu unterstützen. Den Vorsitz hatte seit 1931 Paul Müller, der Generaldirektor der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-Gesellschaft Troisdorf, inne. Als dieser kurz nach Kriegsende starb, übernahm Heinrich M. Konen als Rektor satzungsgemäß den kommissarischen Vorsitz.²⁸⁶

Angesichts des völligen Zusammenbruchs der Wirtschaft war es in den ersten Nachkriegsjahren aussichtslos, die Öffentlichkeit um Unterstützung der Universität zu bitten. Das Konzept einer universitären Fördergesellschaft wurde daher zunächst zurückgestellt. Rektor Konen verstand es jedoch, das noch vorhandene Vermögen der erloschenen Gesellschaft zum Nutzen der Universität einzusetzen. So konnten im Sommer 1945 die Gehälter der nach Bonn zurückkehrenden Professoren aus ehemaligen GEFFRUB-Mitteln bezahlt werden, bis die Gehaltszahlungen wieder vom Staat übernommen wurden.²⁸⁷

Im Sommer 1947 wurden die Bemühungen zur Wiedererrichtung der GEFFRUB konkreter. Der Senat plante, eine Kommission einzusetzen, welche die Neugründung der GEFFRUB vorbereiten sollte.²⁸⁸ Von der Arbeit einer solchen Kommission fehlt in den Akten des Universitätsarchivs allerdings jede Spur. Die Währungsreform gab auch hier den Anstoß, die Bemühungen um die Einrichtung einer Fördergesellschaft zu verstärken. Fehlten der Universität in der Zeit vor der Währungsreform vor allem Baumaterialien oder Treibstoff, so mangelte es nun an Geld für den Wiederaufbau. Das noch vorhandene Vermögen der alten GEFFRUB war durch die Währungsreform so gut wie ausgelöscht worden.²⁸⁹ Dies führte im Sommer 1948 der Universität die dringende Notwendigkeit einer Fördergesellschaft vor Augen. Nachdem die deutsche Wirtschaft durch die Einführung der Deutschen Mark auf eine solide Basis gestellt worden war, entschloss sich die Universität Bonn, ihre Fördergesellschaft wieder einzurichten.

Im Frühjahr 1948 wurden von Rektor Noth Gespräche zur Neugründung der Gesellschaft angebahnt, die auf positive Resonanz bei den regionalen Wirt-

285 Braubach, Die Gesellschaft von Freunden und Förderern, S. 91 f.

286 Ebd., S. 103.

287 Büchel, 80 Jahre GEFFRUB, S. 17.

288 Senatssitzung vom 7.8.1947, UAB Senat 33 – 2.

289 Chronik 1939/40 – 1948/49, S. 129.

schaftsunternehmen stießen. Auch die Stadt Bonn erwies sich als großzügiger Spender. Der Kulturausschuss der Stadt beschloss bereits im Januar 1948, in diesem Haushaltsjahr einen Zuschuss zur GEFFRUB von 10.000 RM einzuplanen.²⁹⁰ Hier profitierte die Universität, die in den Nachkriegsjahren insgesamt sieben Professoren²⁹¹ in den städtischen Kulturausschuss entsandte, von ihren engen Verbindungen zur Stadt Bonn.

Im März 1949 wurde der Direktor der Bayerwerke, Ulrich Haberland, zum vorläufigen Vorsitzenden bestellt, am 13. April wurde die Gesellschaft in das Vereinsregister eingetragen.²⁹² Auf der ersten Nachkriegssitzung der GEFFRUB im Juni 1949 konnte die offizielle Wahl des Vorstandes stattfinden, bei der Haberland als Vorsitzender bestätigt wurde.²⁹³ Damit knüpfte die Universität an ihre traditionell engen Beziehungen zu den Bayerwerken an. Die Verbindung zu Haberland hatte bereits Rektor Konen hergestellt,²⁹⁴ der jedoch die Neugründung der Gesellschaft nicht mehr erlebte, da er am 31. Dezember 1948 verstarb.

Die wiedergegründete Gesellschaft fand in der Öffentlichkeit regen Zuspruch. Die Chronik der Universität nannte 1949 als Mitglieder bereits gut 350 Personen und Institutionen.²⁹⁵ Im folgenden Jahr waren es bereits über 400, bis 1955 stieg die Mitgliederzahl auf über 600 an.²⁹⁶ Eines der ersten von der Gesellschaft geförderten Projekte war die Innenausstattung des 1949 fertiggestellten Studentenhauses, das dank dieser Unterstützung früher als geplant seiner Bestimmung übergeben werden konnte. Bis 1955 stellte die GEFFRUB der Universität insgesamt rund eine halbe Million DM zum Wiederaufbau der Institute, zur Anschaffung von Apparaten und Vervollständigung der Bibliotheken zur Verfügung.²⁹⁷ Entscheidend gefördert wurde auch das Akademische Hilfswerk, das 1950 20.000 DM und 1951 weitere 10.000 DM an Fördergeldern erhielt.²⁹⁸

Wie die Betrachtung der GEFFRUB gezeigt hat, stellte das Jahr 1948 auch hinsichtlich der nichtstaatlichen Förderung einen Einschnitt dar. Nach der Währungsreform hatte die finanzielle Unterstützung einen wesentlich höheren Stellenwert angenommen. Dem an der Universität zu Tage tretenden Geldmangel konnte wirksam durch die nun verstärkt einsetzende finanzielle Förderung durch regionale Wirtschaftsbetriebe entgegengetreten werden. Die Wiedergründung der universitären Fördergesellschaft und die damit verbun-

290 Sitzung des Kulturausschusses vom 22.1.1948, StAB Pr 9/357.

291 Hans Cloos, Heirncih Lützel, Albert Fischer, Friedrich Oertel, Walter Weizel, Joseph Schmidt-Görg und Paul Martini, StAB Pr 9/357 und Pr10a/10; vgl. dazu auch Kap. 1.4.

292 Braubach, Die Gesellschaft von Freunden und Förderern, S. 103.

293 Senatssitzung vom 30.6.1949, UAB Senat 33–5.

294 Braubach, Die Gesellschaft von Freunden und Förderern, S. 103.

295 Chronik 1939/40–1948/49, S. 131–139.

296 32. Hauptversammlung der GEFFRUB 1955.

297 27.–32. Hauptversammlung der GEFFRUB 1950–55.

298 27. und 28. Hauptversammlung der GEFFRUB 1950, 1951.

dene Unterstützung der Universität durch finanzkräftige Wirtschaftsunternehmen, allen voran durch die Bayerwerke, trugen maßgeblich zur Normalisierung der Verhältnisse an der Universität bei.

4.2.4. Studienförderung

Mit dem staatlichen Zusammenbruch kamen auch alle Möglichkeiten der öffentlichen Studienförderung zum Erliegen. Bei der Wiedereröffnung der Universitäten standen den bedürftigen Studenten keine Stiftungen zur Seite, die ihnen Studienbeihilfen gewähren konnten. Auch die Universitäten selbst waren nur in sehr beschränktem Umfang dazu in der Lage, Studenten in finanziellen Schwierigkeiten zu helfen. In Bonn wurde die Koordination der finanziellen Förderungsmöglichkeiten dem Verein Studentenwohl übertragen. Dieser beschritt drei Wege der Förderung: den anteiligen oder vollständigen Erlass der Studiengebühren, die Gewährung von Studienbeihilfen und die Vergabe von Darlehen.

Die einfachste Möglichkeit, finanzielle Probleme der Studenten zu erleichtern, bestand im Erlass der Studiengebühren. Diese betragen pro Semester 80 RM. Zusätzlich wurden 2,50 RM pro belegte Semesterwochenstunde berechnet.²⁹⁹ Für manche Studiengänge kamen Gebühren für Praktika oder besondere Institutsgebühren hinzu. Bereits im ersten Nachkriegssemester hatte die Universität eine Senatskommission für Gebührenerlass eingerichtet.³⁰⁰ Aufgabe dieser Kommission war die Überprüfung der beim Verein Studentenwohl eingegangenen Anträge auf Gebührenbefreiung.³⁰¹ Im ersten Nachkriegssemester konnte zwar nur 38 Studenten Gebührenerlass gewährt werden, die Zahl der befreiten Studenten stieg aber in den folgenden Semestern deutlich an.³⁰² Die Entscheidung über die Gewährung von Gebührenerlass richtete sich dabei nicht allein nach der Bedürftigkeit der Studenten, sondern auch nach deren Studienleistungen, die durch die Vorlage von Fleißzeugnissen nachgewiesen werden mussten.³⁰³

Bemerkenswert ist, dass sich in den ersten Nachkriegssemestern nur wenige

299 UAB UV 69–117. Die Höhe der Gebühren blieb konstant und wurde nach der Währungsreform in gleicher Höhe in DM erhoben. Nicht berücksichtigt wurden hier die zu zahlenden Sozialabgaben in Höhe von 25–30 RM bzw. DM.

300 Senatssitzung vom 6.12.1945, UAB Senat 33–1.

301 Schreiben Oertels an Hermann Schlingensiepen vom 7.6.1948, UAB Sem. Alte Geschichte 146–7.

302 Gebührenerlass im WS 45/46 für 38 Studenten, im SS 46 174, im WS 46/47 248, im SS 47 292, im WS 47/48 367, im SS 48 506, Zahlen nach UAB UV 69–17.

303 UAB UV 69–77.

Studenten um Gebührenerlass bewarben. Auf einer Fakultätssitzung der Philosophischen Fakultät wurde im Frühjahr 1947 mit Erstaunen festgestellt, dass nur 5 % der Studenten einen entsprechenden Antrag gestellt hatten.³⁰⁴ Hieran wird deutlich, dass Geld vor der Währungsreform nicht das vordringlichste Problem der Studenten war. Dies änderte sich mit der Währungsreform. Die Zahl der bedürftigen Studenten stieg schlagartig an. Im Sommersemester 1948 wurde über 500 Studenten Gebührenerlass gewährt.³⁰⁵ Die Universität ging daher ab dem Wintersemester 1948/49 dazu über, auch Teilnachlässe zu gewähren, um mehr Studenten eine Unterstützung zukommen lassen zu können. So kamen nun über 1.000 Studenten in den Genuss reduzierter Studiengebühren: 141 erhielten volle Gebührenbefreiung, 853 wurden zu drei Vierteln, weitere 76 zur Hälfte befreit.³⁰⁶ Die Ausdifferenzierung des Gebührenerlasses erforderte auch ein detaillierteres Auswahlverfahren der Bewerber. Die Philosophische Fakultät führte daher analog zum Auswahlverfahren der Studienbewerber auch bei der Vergabe des Gebührenerlasses ein Punktesystem ein. In diesem wurden neben der finanziellen Situation und den Studienleistungen des Bewerbers auch dessen Heimatort, Gesundheitszustand, familiäre Situation und Kriegsschädigung berücksichtigt.³⁰⁷

Im Sommersemester 1949 stieg die Zahl der geförderten Studenten noch einmal auf nunmehr rund 1.500 Studenten (26 %) an.³⁰⁸ Damit lag Bonn leicht über dem Landesdurchschnitt, der für 1949 mit 20 bis 25 % beziffert wurde.³⁰⁹ Zu Beginn der 50er Jahre lag der Anteil der Studenten der Universität Bonn, die vom Gebührenerlass profitierten, zwischen 25 % und 30 %.³¹⁰ Dies entsprach im Sommersemester 1951 einer Förderungssumme von 175.000 DM.³¹¹ In den folgenden Semestern sank der Anteil der unterstützten Studenten kontinuierlich ab.³¹² Durch die allmähliche Konsolidierung der wirtschaftlichen Lage waren immer weniger Studenten auf Unterstützungszahlungen angewiesen.

Neben der Gewährung von Gebührenerlass war die Zahlung von Studienbeihilfen die zweite wichtige Form der Studienförderung. Die Beihilfeszahlungen wurden von Seiten der Universität im Sommersemester 1946 aufgenommen.

304 Sitzung vom 7.5.1947, UAB PF 138–187.

305 UAB UV 69–17.

306 UAB UV 69–17.

307 UAB PF 77–67; ein vergleichbares Punktesystem kam auch in der Katholisch-Theologischen Fakultät zur Anwendung, Protokoll der Sitzung des Gebührenerlassausschusses vom 18.1.1949, AKFB, Ordner ohne Titel [Gebührenerlass].

308 Jahresbericht Rektor Klausner, UAB UV 69–165.

309 Arbeitstagung des VDS mit dem Sekretariat der deutschen Studentenwerke am 27.4.1949, UAB UV 69–74.

310 Im WS 1951/52 bei 29 %, im SS 1952 bei 27,6 %, UAB PF 138–116.

311 Jahresbericht Rektor Friesenhahn, Chronik 1950/51, S. 11.

312 Im WS 1953/54 lag der Anteil nur noch bei 21,1 %, UAB PF 138–116.

Auch hier ist ein stetiges Ansteigen der zur Verfügung stehenden Geldsumme zu erkennen. 1946 erhielten 114 Studenten Beihilfen in Höhe von insgesamt 18.200 RM. Bis zum Wintersemester 1948/49 war die Zahl der Beihilfeempfänger auf 1.018 angestiegen, die mit insgesamt 144.540 DM unterstützt wurden.³¹³ Die Gewährung von Beihilfen erfolgte im Regelfall in Abhängigkeit von der Bedürftigkeit des Studenten. In Einzelfällen wurden jedoch auch Stipendien als Bezahlung für geleistete Dienste gewährt. So hatte ein Student im Sommer 1945 eine Vereinbarung mit der Universität getroffen, in der er sich bereit erklärte, für drei Monate alle Transporte der Universität zu übernehmen. Im Gegenzug bewilligte ihm die Universität ein Entgelt von 200 RM monatlich, das ihm nach der Wiedereröffnung der Universität als Forschungsstipendium in Raten ausgezahlt werden sollte.³¹⁴

Nach der Währungsreform stieg die Bedeutung finanzieller Unterstützung für Studenten stark an. Im Wintersemester 1948/49 erhielten 17 % der Studenten ein Stipendium. Weitere 18 % wurden durch Gebührenerlass oder -ermäßigung gefördert.³¹⁵ Auch wenn diese Förderungsquote erstaunlich hoch erscheint, so reichten die zur Verfügung stehenden Gelder nicht aus, um allen bedürftigen Studenten zu helfen. Besonders angesichts der zahlreichen Flüchtlingsstudenten, die zum großen Teil ihr Studium ohne elterliche Unterstützung finanzieren mussten, wuchs das Bedürfnis nach einer umfassenderen Möglichkeit zur Gewährung von Studienbeihilfen. Im Zusammenhang mit der von den Briten geforderten Öffnung der Universität für breitere Bevölkerungskreise wurde das Problem der Studienbeihilfen auch auf der Hochschulkonferenz besprochen, die im Herbst 1946 zur Wiederbelebung der 1925 gegründeten Studienstiftung des deutschen Volkes aufrief.³¹⁶ Dieser Aufruf verhallte jedoch weitgehend ungehört. Das Thema wurde auf der Hochschulkonferenz ein ganzes Jahr lang nicht mehr angesprochen.

Auch von Seiten der Studentenschaft war die Wiedererrichtung der Studienstiftung eine der zentralen Forderungen an die Militärregierung, die 1947 auf dem Hamburger Studententag formuliert wurden. Die Studenten sahen im Aufbau eines Stipendienwesens einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung ihrer dramatischen sozialen Lage.³¹⁷ Auch die Kommission zur Studienreform hatte in ihrem Blauen Gutachten die Abschaffung von Studiengebühren und die Einrichtung eines umfassenden Stipendienwesens gefordert.³¹⁸

Im Herbst 1947 äußerte sich Konen auf der Hochschulkonferenz zurückhal-

313 UAB UV 69–17.

314 UAB UV 69–25.

315 Zahlen nach UAB UV 69–17.

316 6. Hochschulkonferenz am 24./25.9.1946 in Bonn, Neuhaus, Dokumente, S. 20.

317 Schaefers, Die soziale Lage, S. 11.

318 Phillips, Pragmatismus, S. 58 und 75.

tend zur Wiedererrichtung der Studienstiftung, da nach seiner Auffassung die Studenten im Moment eher über zu viel als zu wenig Geld verfügten. Außerdem sei auf Grund der geringen Vorbildung der Studenten die Auswahl der Kandidaten schwierig.³¹⁹ Die Teilnehmer der Nordwestdeutschen Hochschulkonferenz konnten sich dieser Argumentation Konens nicht anschließen und befürworteten die Wiedereinrichtung der Studienstiftung, was schließlich zu ihrer Neugründung im März 1948 führte.³²⁰ Der Schwerpunkt der Förderung lag dabei auf der Unterstützung von Hochbegabten unabhängig von deren sozialer Stellung. Auf die Aufnahme der sozialen Bedürftigkeit in die Auswahlkriterien wurde ausdrücklich verzichtet.³²¹

Neben der Studienstiftung des deutschen Volkes nahmen auch andere Einrichtungen die Vergabe von Stipendien auf, so etwa die Friedrich-Ebert-Stiftung, die ab Wintersemester 1947/48, allerdings nur in sehr bescheidenem Rahmen, die Förderung von Studenten aufnahm.³²² Um die Gelder der verschiedenen Stipendientöpfe gerecht zu verteilen, forderte der VDS 1949 auf einer gemeinsamen Sitzung mit dem Sekretariat des deutschen Studentenwerks die Koordination aller stipendienvergebenden Körperschaften. Das nach der Währungsreform häufig auftretende Werkstudententum sollte eine Zeiterscheinung bleiben und nicht zu einer Tugend werden. Als Ziel formulierte der VDS, dem unverheirateten Studenten ein Existenzminimum von 125 DM im Monat zu garantieren.³²³ Außerdem empfahlen die Vertreter des Studentenwerks und des VDS, Listen aller geförderten Studenten im Sekretariat des deutschen Studentenwerks zu sammeln, um eine Mehrfachförderung zu vermeiden.³²⁴

Auch von staatlicher Seite wurde nach Gründung der Bundesrepublik mit der finanziellen Unterstützung bedürftiger Studenten begonnen. Die 1949 eingerichtete Förderung durch die Sofort-Beihilfe für Studenten richtete sich besonders an Flüchtlinge, Spätheimkehrer und ehemals politisch Verfolgte. Sie sollte einen schnellen Abschluss des Studiums ermöglichen und wurde daher nur an solche Studenten ausgezahlt, die bis Sommer 1950 ihr Studium abschließen würden.³²⁵ Die Sofort-Beihilfe verstand sich ausdrücklich als zeitlich begrenzte Fördermaßnahme. Mit einem Fördervolumen von 2,5 Millionen DM

319 12. Hochschulkonferenz am 9./10.9.1947 in Münster, Heinemann, Hochschulkonferenzen 2, S. 401.

320 Ebd.; Konen hatte sich wiederholt als Gegner der Öffnung der Universitäten für Studenten aus sozial schwachen Familien profiliert, vgl. dazu oben Kap. 3.6.

321 Kunze, Studienstiftung, S. 272.

322 Albrecht, SDS, S. 74.

323 Protokoll der Arbeitstagung des Verbandes deutscher Studentenschaften mit dem Sekretariat der deutschen Studentenwerke am 27.4.49, UAB UV 69–74.

324 Ebd.

325 Bekanntmachung über Sofort-Beihilfen für Studierende vom 14.11.49, UAB PF 138–92.

trug sie maßgeblich dazu bei, den Generationswechsel in der Studentenschaft Anfang der 50er Jahre zu beschleunigen.

Mit der Währungsreform wurde das Geld zu einem Faktor, der die Möglichkeiten zur Aufnahme oder Fortsetzung eines Studiums entscheidend beeinflusste. Der Bedarf an Stipendien stieg an. Mit der Etablierung einer funktionierenden Geldwirtschaft nach der Währungsreform entstand gleichzeitig auch die Möglichkeit zur Wiedererrichtung eines umfangreichen Stipendienwesens. Waren die Studenten in den ersten Nachkriegssemestern auf Zahlungen von Seiten der Universität oder des Landes angewiesen, so begannen nach 1948 viele der alten Stiftungen wieder mit der Vergabe von Stipendien. Die Währungsreform war für die Studenten in finanzieller Hinsicht ein tiefer Einschnitt. Geldnöte traten mit ihr in den Vordergrund und bestimmten den studentischen Alltag bis weit in die 50er Jahre hinein. Die finanzielle Not der Studenten blieb insbesondere in den 50er Jahren ein vorherrschendes Problem, welches von Seiten des Staates sehr spät erkannt wurde. Erst 1957 setzte mit dem Honnefer Modell eine wirksame Studienförderung ein, mit der die Notlage der Studenten deutlich verbessert werden konnte.

4.3. Universitäres Leben in der Nachkriegszeit

4.3.1. Die Situation der Lehre

Hatten sich die allgemeinen Lebensumstände in der Nachkriegszeit bereits als widrig erwiesen, so verschärfte sich die Notlage im Hinblick auf die Situation der Lehre noch weiter. Durch die Zerstörungen des Bombenkrieges standen nur wenige Hörsäle zur Verfügung, viele Seminare mussten eine provisorische Unterkunft finden. Auch der akademische Lehrkörper war durch Entlassungen oder noch nicht abgeschlossene Entnazifizierungsverfahren deutlich kleiner als vor dem Krieg. Schließlich fehlte es an Lehrmaterialien, die für die Durchführung eines ordentlichen Studiums unabdingbar waren. Naturwissenschaftliche Laboratorien waren nur notdürftig eingerichtet, den Geisteswissenschaften standen nur Bruchteile des einstigen Bibliotheksbestandes zur Verfügung.

Hinzu kam, dass den Studenten durch den für die Bewältigung des Nachkriegsalltags notwendigen enormen Zeitaufwand nur wenig Zeit zum eigentlichen Studium blieb. Doch war der Hunger nach Bildung und die Begeisterung für das Studium gerade bei den Kriegsteilnehmern, die oft viele Jahre auf den Beginn ihres Studiums hatten warten müssen, stark ausgeprägt und ließ viele Unbilden des Nachkriegsstudiums in den Hintergrund treten:

»There was an enormous hunger for education; ten thousands of young soldiers sat shivering wrapped in old coats in rooms without glassed windows and often without roofs, listening to their professors in breathless enthusiasm.«³²⁶

In vielen Bereichen des Studiums musste nach dem Krieg improvisiert werden. Bei Eröffnung der Universität war das Hauptgebäude noch in weiten Teilen eine Ruine, Hörsäle standen den Geisteswissenschaften und den Theologien nur im Akademischen Kunstmuseum zur Verfügung. Für einzelne Vorlesungen konnte auch der Saal des Leoninums genutzt werden.³²⁷ Die bis zur Zerstörung ebenfalls im Hauptgebäude untergebrachten Juristen fanden eine provisorische Unterkunft im Otto-Kühne-Pädagogium und in der Villa Cahn in Godesberg.³²⁸

Mediziner und Naturwissenschaftler mussten in den wenigen nutzbaren Hörsälen in Poppelsdorf zusammenrücken. So fanden die physiologischen Vorlesungen in den ersten drei Nachkriegssemestern beispielsweise im Hörsaal des Physikalischen Institutes, das physiologische Praktikum im Waschsaal des Anatomischen Institutes statt.³²⁹ Die Historiker wurden in den ersten Nachkriegssemestern provisorisch im Institut für Landeskunde in der Poppelsdorfer Allee untergebracht. Daneben fanden viele kleinere Veranstaltungen in den Privatwohnungen der Professoren statt, wo auch zum Teil ganze Institute einschließlich der Bibliotheken untergebracht wurden. So wurde das Philologische Seminar im Haus von Professor Willibald Kirfel, das Seminar für alte Geschichte bei Professor Oertel untergebracht. Die Übungen des dogmatischen Seminars fanden in der Wohnung von Professor Bernhard Geyer statt.³³⁰ Für die Laboratorien der Naturwissenschaften mangelte es darüber hinaus an technischer Ausstattung. Ein besonderes Problem war in den ersten Nachkriegssemestern die Gasversorgung. So konnten chemische Praktika im Wintersemester 1945/46 nicht stattfinden, da die Gasversorgung für die Labors noch nicht wieder hergestellt war. Im Sommersemester 1946 mussten die Praktika auf die Mittagszeit gelegt werden, da nur dann Gas zur Verfügung stand.³³¹

Erschwert wurde der Studienbetrieb ebenfalls durch den Mangel an Lehrpersonal. Jeder Dozent musste sich im Rahmen der Entnazifizierung einer politischen Überprüfung unterwerfen, bevor er die Erlaubnis zum Unterrichten erhielt. Dieses Verfahren erwies sich als äußerst langwierig und führte dazu, dass

326 Lobkowitz, *The German Universities*, S. 147.

327 Behn an Konen am 13.9.1945, UAB UV 69–70, vgl. auch den Stadtplan mit eingetragenen Universitätseinrichtungen im Anhang.

328 Schaber, *A Tale*, S. 32, ebenso Brönnner, *Villa Cahn*, S. 113.

329 UAB UV 69–18.

330 UAB UV 69–17; zu weiteren Übergangslösungen vgl. auch die Berichte der Seminare und Institute in der *Chronik 1939/40–1948/49*.

331 Pfeiffer an Ebbecke am 29.5.1946, UAB MF 68–11.

eine Reihe von Lehrstühlen bei der Wiedereröffnung der Universität nicht besetzt waren.³³² Erst nach und nach gelang es durch Neuberufung, Reaktivierung von Emeriti oder durch den erfolgreichen Abschluss einzelner Entnazifizierungsverfahren, vakante Stellen zu besetzen. Entscheidend verzögert wurde die Neubesetzung durch die in Nordrhein-Westfalen übliche Regelung, dass die Entscheidung über die Berufung auf einen Lehrstuhl vom Gesamtkabinettt getroffen werden musste.³³³

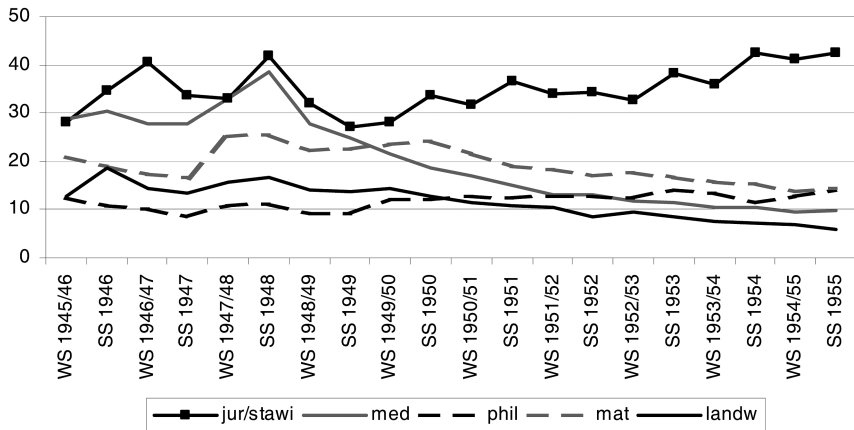


Diagramm 19: Anzahl der Studenten pro Dozent nach Fakultäten (Die Zahlen wurden den Vorlesungsverzeichnissen bzw. der Chronik entnommen. Für das Wintersemester 1945/46 entstammen die Dozentenzahlen George, Das rekonstruierte Vorlesungsverzeichnis. Die Zahlenverhältnisse in den beiden theologischen Fakultäten sind starken Schwankungen unterworfen, da sowohl die Zahl der Dozenten als auch der Studenten in diesen Fakultäten sehr niedrig ist und sich kleine Veränderungen dadurch sehr stark auf den Quotienten auswirken. Zur besseren Übersichtlichkeit wurde daher auf die grafische Abbildung der Zahlen dieser Fakultäten verzichtet. Die Werte entsprechen zu Beginn der 50er Jahre in etwa dem Bundesdurchschnitt, vgl. Anger, Probleme, S. 188 für das WS 1953/54.)

Obige Grafik verdeutlicht die Entwicklung des Zahlenverhältnisses der Studenten zu den Lehrkräften. Erkennbar wird, dass sich das Betreuungsverhältnis in den meisten Fakultäten zu Beginn der 50er Jahre normalisierte. Die Ursachen dafür lagen bei der Medizinischen Fakultät im Rückgang der Studentenzahlen. Bei den übrigen Fakultäten ist dagegen die Vergrößerung des Lehrkörpers für die Verbesserung des Betreuungsverhältnisses verantwortlich. Eine Ausnahme bildete die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät. Diese hatte in den ersten Nachkriegssemestern besonders unter der verzögerten Lehrstuhlbeset-

332 Zur Rekonstituierung des Lehrkörpers nach 1945, vgl. George, Wiederaufbau.

333 Chronik 1939/40 – 1948/49, S. 10.

zung zu leiden und beklagte sich deshalb wiederholt bei der Landesregierung.³³⁴ Erst gegen Ende der 40er Jahre konnten die anstehenden Lehrstuhlbesetzungen vollzogen werden. Das Betreuungsverhältnis verbesserte sich daraufhin deutlich. Doch mit dem zunehmenden Drang der Studenten zu den rechts- und staatswissenschaftlichen Fächern seit Beginn der 50er Jahre, stieg die Zahl der Studenten im Verhältnis zu den Dozenten erneut deutlich an und erreichte Mitte der 50er Jahre erneut die Spitzenwerte vom Sommersemester 1948. Obwohl sich die Situation seit dem Beginn der 50er Jahre in den meisten Fakultäten entspannt hatte, bezeichnete Rektor Werner Richter in seinem Bericht für das akademische Jahr 1952/53 das Zahlenverhältnis zwischen Lehrkräften und Studenten wohl hauptsächlich mit Blick auf die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät als »besorgniserregend«.³³⁵

Für die Geisteswissenschaften war der Bücherverlust der Bibliotheken das größte Problem. Viele Bibliotheken hatten große Verluste durch Bombenangriffe hinnehmen müssen. Um die Verluste an Büchern auszugleichen, richtete der Senat eine Kommission ein, die mit der Buchbeschaffung und dem Austausch von Büchern betraut wurde. Diese stellte bis zum Sommer 1946 einen Katalog deutscher wissenschaftlicher Schriften zusammen, den sie mit der Bitte um Tausch an anglo-amerikanische Bibliotheken versandte.³³⁶

Vor allem die Instituts- und Seminarbibliotheken profitierten von ausländischen Bücherspenden. Die Bibliothek des Historischen Seminars erbte 1948 nach dem Tod des jüdischen Historikers Wilhelm Levison einen Großteil von dessen Bibliothek. Levison musste Bonn in der Zeit des Nationalsozialismus verlassen und fand eine Anstellung an der Universität Durham. Trotz seiner Vertreibung blieb er der Universität Bonn bis zu seinem Tode verbunden.³³⁷ Weitere Spenden erreichten die Universität Bonn vor allem aus der Schweiz, aus Großbritannien und aus den USA. Das Smithsonian Institut in Washington spendete 1946/47 100.000 Bücher an Bibliotheken in allen Besatzungszonen. Die Universität Oxford spendete 1947 Bücher an die Bonner alma mater.³³⁸ Ebenso

334 Friesenhahn an Ministerpräsident am 26.11.1947, HStAD NW 25 – 107, p. 295 ff.

335 Chronik 1952/53, S. 9. Werner Richter (1887 – 1960) wurde als Ordinarius für Germanistik in Berlin 1933 aus politischen Gründen in den Ruhestand versetzt und emigrierte in die USA. 1949 wurde er nach Bonn berufen, wo er bis zu seiner Emeritierung 1955 wirkte, 1951 – 1953 amtierte er als Rektor der Universität.

336 BUZ Nr. 3, 18.6.1946, S. 8.

337 Zu Levison vgl. Letha Böhringer: »...glaube ich durch Schrift und Tat der deutschen Sache mehrfach genützt zu haben. Wilhelm Levison als politische Persönlichkeit, in: Matthias Becher, Alheydis Plassmann (Hg.): Wilhelm Levison – ein jüdisches Forscherleben zwischen wissenschaftlicher Anknüpfung und politischem Exil (im Druck), an dieser Stelle sei Frau Dr. Böhringer herzlich für die freundliche Überlassung des Manuskripts gedankt.

338 UAB PF 138 – 89.

erhielt die Universität Spenden von den Quäkern,³³⁹ von der amerikanischen Armee³⁴⁰ und von dem 1947 in Zürich gegründeten Hilfswerk für das geistige Deutschland.³⁴¹

Andere Bibliotheken profitierten von der Auflösung der Bibliothek der NS-Ordensburg Vogelsang. Bereits im Sommer 1945 unternahm Professor Oertel im Auftrag des Oberpräsidenten eine Erkundungsfahrt in die Eifel, um den Bestand der umfangreichen Vogelsanger Bibliothek in Augenschein zu nehmen.³⁴² Der Verbleib der Bibliothek lag dabei zunächst im Dunkeln. Bis August gelang es Oertel, etwa 22.000 Bände ausfindig zu machen.³⁴³ Im August wurde Oertel damit beauftragt, die Reste der Bibliothek nach Bonn zu bringen,³⁴⁴ auf Befehl der Militärregierung gelangten die Bücher jedoch zunächst an die Universität Köln. In der Folge entbrannte ein Streit zwischen den Universitäten Köln und Bonn um die Bibliothek. Erst im Juni 1946 wurde eine endgültige Entscheidung zu Gunsten Bonns getroffen. Bis 1948 konnten der Bonner Universität zumindest 10.000 Bände aus der Bibliothek Vogelsang gesichert werden.³⁴⁵ Nach Aussortierung der NS-Literatur erfolgte die Verteilung auf die Universitätsbibliothek und die Institutsbibliotheken. Besonders die Bibliotheken des Historischen Seminars und des Seminars für Alte Geschichte erfuhren durch die Bestände aus Vogelsang einen erheblichen Zuwachs.³⁴⁶

Um möglichst alle in Bonn vorhandene wissenschaftliche Literatur für die Universität nutzbar zu machen, wurde das Projekt des Zentralkatalogs angegangen. Dieser Katalog sollte als Nachweis aller wissenschaftlichen Bibliotheken Bonns einschließlich der Privatbibliotheken der Professoren dienen. Dazu wurden zunächst die Zettelkataloge der Institutsbibliotheken von Einsatzstudenten abgeschrieben und in einem Gesamtkatalog zusammengefasst. Bis Sommer 1947 wurden 240.000 Bände verzettelt.³⁴⁷ 1950 sah man den Zettelkatalog in seiner Anlage vom bibliothekarischen Standpunkt aus als verfehlt an und hielt seine Weiterführung in bisherigem Umfang für nicht vertretbar. Andere Aufgaben, wie der Aufbau der Universitätsbibliothek hatten nun Vorrang.³⁴⁸

339 Senatssitzung vom 17.6.1948, UAB Senat 33–4.

340 UAB AStA 47–7.

341 Zu Bücherspenden vgl. UAB PF 138–89.

342 Senatssitzung vom 5.7.1945, UAB Senat 33–1.

343 Schreiben Oertels und Lelbachs an Oberpräsident Fuchs am 28.8.1945, HStAD NW 25–148.

344 Senatssitzung vom 2.8.1945, UAB Senat 33–1, auch UAB UV 69–364.

345 Rath, Bericht der Universität Bonn, S. 385.

346 Zur Geschichte der Vogelsanger Bibliothek vgl. Schröders, Michael: Die Bibliothek der ehemaligen NS-Ordensburg Vogelsang 1944–1947. Fragen zu einem verloren geglaubten Bestand, in: Paul Ciupke, Franz-Josef Jelich (Hg.): Weltanschauliche Erziehung in Ordensburg des Nationalsozialismus. Zur Geschichte und Zukunft der Ordensburg Vogelsang, Essen 2006 (Geschichte und Erwachsenenbildung 20), S. 127–140.

347 Fakultätssitzung vom 16.7.1947, UAB PF 138–187.

348 Lelbach an Rektor, 16.1.1950, UAB PF 138–174.

Die Lehre war in den ersten Nachkriegssemestern noch stark von Improvisationen geprägt. Institutsgebäude, Labore und Bibliotheken waren nur notdürftig wieder in einen nutzbaren Zustand gebracht worden, durch die schleppende Entnazifizierung war das Zahlenverhältnis zwischen Dozenten und Studenten sehr ungünstig. Am Ende der 40er Jahre konnten viele dieser Provisorien, die das Studium der ersten Nachkriegsstudenten geprägt hatten, überwunden werden.

4.3.2. Die Bemühungen um eine Studienreform

Nach dem Krieg setzten von verschiedenen Seiten Bestrebungen zur Reform der Universitäten ein. Auslöser war die sich durchsetzende Erkenntnis, dass sich die Universitäten im ›Dritten Reich‹ weitgehend ohne Widerstand für die ideologischen Ziele des Nationalsozialismus hatten instrumentalisieren lassen. Nach britischer Einschätzung hätte jedoch gerade von den Hochschulen ein entschiedenes Eintreten für die Freiheit der Wissenschaft erwartet werden können:

»The recent history of the Universities is deplorable; it was in them that hot resistance to the Nazis ought to have appeared in the earliest stages of the movement, but it did not.«³⁴⁹

Eine Reform des deutschen Hochschulwesens schien den Briten daher unvermeidlich. So waren es vor allem Vertreter der Besatzungsmächte, von denen verschiedene Ansätze zur Hochschulreform ausgingen. Als Hauptkritikpunkte wurden die konservative Haltung der Professorenschaft, der fehlende Kontakt zur gesellschaftlichen Öffentlichkeit und die mangelnde Vermittlung von Allgemeinbildung angeführt.³⁵⁰ Daneben war es ein besonderes Anliegen der Briten, eine Öffnung der Universitäten für Studenten aus unteren sozialen Schichten sowie für Frauen herbeizuführen.³⁵¹ Waren die Briten einerseits der Ansicht, dass eine Reform der Universität dringend erforderlich sei, so waren sie ebenso überzeugt, dass eine Hochschulreform nur dann erfolgreich sein könne, wenn sie von den Universitäten selbst herbeigeführt werden würde. Das Prinzip der »indirect rule« stand im Bildungsbereich besonders im Vordergrund.³⁵² Die Briten ließen seit Herbst 1945 den Hochschulen die Freiheit, sich selbst zu re-

349 Denkschrift von Educational Adviser Robert Birley vom 20.12.1946, PRO FO 371–64386.

350 James M. Read, Leiter der Abteilung für Erziehung und Kultur des High Commissioner of Germany (HICOG), in der Neuen Zeitung vom 9.5.1951, zitiert nach Tellenbach, Bericht, S. 107.

351 Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 14.

352 Kettenacker, Planning, S. 67; Pakschies, Re-Education, S. 112.

formieren, obwohl bald erkennbar wurde, dass auf Seiten der Hochschulen dazu keinerlei Bereitschaft vorhanden war: »it was very soon obvious (as many of us learned in 1946), that it was almost hopeless to expect any changes or reforms from within the universities themselves«,³⁵³ so schrieb der Kölner UECO Beckhough im Rückblick auf die gescheiterten Reformbemühungen der Briten.

Auch den deutschen Zeitgenossen fiel die mangelnde Bereitschaft der Universitäten auf, sich den Anforderungen der gewandelten Zeitumstände zu stellen.³⁵⁴ Als die Reformunwilligkeit mehr und mehr deutlich wurde, begannen die Briten im Herbst 1946 mit einer eigenen Initiative zur Reform der deutschen Hochschulen. Im September 1946 und im Januar 1947 besuchte eine Delegation des britischen Hochschullehrerverbandes AUT verschiedene deutsche Universitäten, um Vorschläge für deren Reform zu unterbreiten.³⁵⁵ Im März legte die Kommission ihren Bericht vor, in welchem sie sich pessimistisch zu den Möglichkeiten einer Hochschulreform äußerte.³⁵⁶ Die älteren Professoren, die die Universitäten dominierten, seien überwiegend reaktionär eingestellt und in keiner Weise aufgeschlossen gegenüber möglichen Neuerungen.³⁵⁷ Das hohe Durchschnittsalter der Professoren, das sich durch den Rückgriff auf politisch unbelastete Fachkräfte ergeben hatte, erweise sich nun als Hypothek für die von britischer Seite gewünschten Reformen.³⁵⁸ Mit solchen Vorwürfen konfrontiert, nahmen die Universitäten die Vorschläge der AUT-Kommission überwiegend feindselig auf. Die Professoren fühlten sich angegriffen und sahen sich zur Verteidigung genötigt. Insofern wirkte das Gutachten aus britischer Sicht kontraproduktiv, da es Widerstände mobilisierte, die die Durchführung konkreter Reformen in weite Ferne rückte.³⁵⁹ Durch die Übergabe der Hoheit im Bildungswesen an die deutschen Behörden zum Jahresbeginn 1947 hatten die Briten selbst die Möglichkeit zur aktiven Durchführung von Universitätsreformen aus der Hand gegeben.³⁶⁰ Im Herbst 1947 machte sich auf britischer Seite Resignation breit, da auch nach den Anstößen des AUT-Gutachtens von den Universitäten keine Reformbereitschaft zu erkennen war. Dagegen vermeinten

353 Bericht Beckhoughs vom 29.12.1947 in: PRO FO 945/266, zitiert nach Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 7 Anm. 39.

354 Killy, Studium generale, S. 15.

355 Phillips, Universitätsreform, S. 8 und S. 14.

356 Die Universitäten in der britischen Zone Deutschlands. Bericht der Delegation der britischen Association of University Teachers. Beilage zur Monatsschrift Die Sammlung, Jg. 3 (1948) Heft 2, Übersetzung aus The Universities Review 19, Nr. 3 (1947), von Reinhard Schaefer.

357 Cox, British University Police, S. 187; Phillips, Universitätsreform, S. 31; gerade an dieser Behauptung entzündete sich die Kritik Walter Hallsteins am AUT-Gutachten, vgl. Hallstein, Deutsche Universitäten in britischer Sicht, S. 18.

358 Defrance, Les alliés occidentaux, S. 121.

359 Wadischat, Hochschulpolitik, S. 73.

360 Defrance, Hochschulreformatoren, S. 41.

die Briten, die Unterstützung der progressiven Gruppen der Universität zu verlieren, da die jüngeren Dozenten die Einstellung der älteren übernahmen und die älteren ihren Mut und ihre Initiative verlören.³⁶¹

Auf Initiative des Educational Adviser der britischen Zone, Robert Birley, wurde 1948 ein hauptsächlich aus deutschen Experten bestehender Studienausschuss für Hochschulreform eingerichtet. Dieser erarbeitete ein als ›Blaues Gutachten‹ bekannt gewordenes Papier, in dem Reformvorschläge für die Universitäten unterbreitet wurden.³⁶² Grundlage für die Empfehlungen waren Fragebogen, die an Universitäten, studentische Vereinigungen und prominente Persönlichkeiten verschickt wurden. Im Sommer 1948 besuchte der Ausschuss die Universität Bonn und sprach mit Professoren und Studenten. Als Ergebnis der Fragebogen stellte sich heraus, dass 73 % der Befragten die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Reform der Hochschule positiv einschätzten.³⁶³ Sinn und Ziel einer Reform wurden von den Deutschen jedoch häufig anders gesehen als von britischer Seite. So vertrat der Bonner Professor Burckhardt Helferich³⁶⁴ die Auffassung, eine Reform sei nur insofern nötig, als zu dem Hochstand der deutschen Universitäten vor 1914 zurückzukehren sei.³⁶⁵

Der Studienausschuss formulierte in seinem Gutachten klar die Empfehlung, die Stellung der Studenten innerhalb der Universität zu stärken, indem die Studentenschaft als organisches Glied in den Gesamtkörper der Hochschule eingeordnet und bei allen Fragen, die die Zulassung, Studien- oder Prüfungsordnung betrafen, studentische Vertreter hinzugezogen werden sollten.³⁶⁶ Insgesamt ging vom Blauen Gutachten kein unmittelbarer Reformdruck aus. Es wurde zwar von der Presse positiv aufgenommen,³⁶⁷ letztendlich wurde das Ziel, Reformen direkt anzustoßen, durch das Blaue Gutachten nur in geringem Maße erreicht, da es von Seiten der Universitäten auf allgemeine Ablehnung stieß.³⁶⁸ Allerdings hat das Blaue Gutachten als »Magna Carta der Universitätsreform«³⁶⁹

361 10. Sitzung der UEOs am 24./25.9.1947, PRO FO 1050/1233.

362 Gutachten zur Hochschulreform, hg. vom Studienausschuss zur Hochschulreform, Hamburg 1948.

363 Phillips, Pragmatismus, S. 22.

364 Burckardt Helferich (1887–1982) war Ordinarius für Chemie in Greifswald und Leipzig. 1945 wurde er als Gastprofessor nach Bonn berufen und 1947 zum Ordinarius ernannt. 1955 wurde er emeritiert, nachdem er im akademischen Jahr 1954/55 die Universität Bonn als Rektor geleitet hatte.

365 Phillips, Pragmatismus, S. 24.

366 Gutachten zur Hochschulreform, S. 76.

367 So schrieb der British Zone Review zu den Empfehlungen des Gutachtens: »The recommendations are considered to be both revolutionary and practical.«, British Zone Review 2. Jg. Nr. 18, 20.12.1948, S. 2.

368 Ausnahmen bildeten dabei der Göttinger Rektor Ludwig Raiser und der Bonner Pädagoge Theodor Litt, die sich positiv zum Gutachten äußerten, Scanlon, Student Aid, S. 33.

369 Jürgen Fischer, Generalsekretär der WRK, zitiert nach Phillips, Pragmatismus, S. 124.

eine enorme Langzeitwirkung entfaltet und bis in die 60er Jahre hinein alle nachfolgenden Reformansätze beeinflusst.

Verschiedene Ansätze zur Reform der Hochschulen gingen nach 1945 auch von der Landesregierung aus. Grund war hier ebenfalls die erkennbar fehlende Bereitschaft der Hochschulen zur Reflexion ihrer im Nationalsozialismus erschütterten wissenschaftlichen Grundlagen.³⁷⁰ Die Universitäten wandten sich gegen jede Reformbestrebung der Landesregierung. Deutlich wurde dies beispielsweise in der Weigerung der Universitäten Bonn und Münster, jeweils ein Institut zur Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus einzurichten, wie das Landesparlament 1947 beschlossen hatte.³⁷¹ Das Parlament seinerseits mochte jedoch wegen der Analogie zum Interventionismus des Nationalsozialismus seine Vorschläge nicht mit staatlichen Mitteln durchzusetzen.³⁷²

Auch die vom nordrhein-westfälischen Landtag vorgebrachte Initiative zur Einrichtung eines Lehrstuhls für Politik wurde von den Universitäten nicht umgesetzt. Politologie und Soziologie waren 1945 an deutschen Universitäten quasi nicht existent, so dass Gegenwartsprobleme der Universitäten nicht studierbar waren und auch im gesellschaftlichen Diskurs keine Rolle spielten.³⁷³ In Bonn wurde der Lehrstuhl für Politikwissenschaft erst 1952 eingerichtet. Bis dahin konnte die Universität Bonn jedoch vom Bonner Regierungssitz profitieren. Die Politologie wurde bis 1952 u. a. durch Hermann Höpker-Aschoff (FDP), Ludwig Bergsträßer (SPD) und Ludwig Erhard (CDU) vertreten.³⁷⁴

Gerade in den ersten Nachkriegssemestern wirkte sich die Last der Alltagsbewältigung lähmend auf die Reformbestrebungen aus.³⁷⁵ Zudem hatte der Wiederaufbau sowohl für die Länder als auch für die Hochschulen selbst Priorität vor der Hochschulreform.³⁷⁶ So ist es wenig erstaunlich, dass erste Reformansätze erst dann verwirklicht wurden, als der Wiederaufbau schon weit fortgeschritten war. Auf der anderen Seite waren die universitären Strukturen nun schon wieder soweit gefestigt, dass an eine grundsätzliche Reform, die den Studenten mehr Mitwirkungsmöglichkeiten bei der akademischen Selbstverwaltung gegeben oder die Macht der Ordinarien beschränkt hätte, nicht mehr zu denken war. Vielmehr konzentrierten sich die Reformansätze auf die Lehre und

370 Hüttenberger/Wadischat, Hochschulpolitik, S. 152 f.

371 Ebd., S. 150.

372 Ebd., S. 154.

373 Krohn, Unter Schwerhörigen, S. 107.

374 Wadischat, Hochschulpolitik, S. 31. Zum Beginn der Politologie in Bonn vgl. Ulrike Quadbeck: Karl Dietrich Bracher und die Anfänge der Bonner Politikwissenschaft, Baden-Baden 2009 (Nomos Universitätschriften Geschichte 19), zugl. Univ. Bonn, Diss. 2008, S. 86–89.

375 Hess, Die deutsche Universität, S. 25.

376 Osietzki, Modernisierung, S. 15.

hier vor allem auf die Verbreiterung der Allgemeinbildung der Studenten durch das Studium Universale oder den Dies Academicus, die Grundstruktur der Ordinariuniversität blieb dagegen unverändert erhalten. Das Bemühen zur Normalität zurückzukehren, bestimmte nach 1945 alle Beteiligten. Die traditionelle Ordinariuniversität, die »Diktatur des Ordinariats«³⁷⁷ wurde wieder hergestellt, die alten Autoritäts- und Abhängigkeitsverhältnisse verfestigten sich.³⁷⁸ Bis zum Ende der 50er Jahre wurden an Forschung und Lehre nur minimale Änderungen vorgenommen, die Hochschulreform wurde als Dauerreform institutionalisiert und damit aufgeschoben.³⁷⁹

Die Ursache für die Passivität der Universität in Fragen der Hochschulreform lag vor allem in der Struktur des Lehrkörpers, der zum großen Teil aus älteren Professoren bestand, die noch in der Kaiserzeit sozialisiert worden waren. Aber auch auf Seiten der Studentenschaft bestand kein deutlich artikuliertes Interesse an einer grundlegenden Reform der Hochschule.³⁸⁰ Die Möglichkeiten des Neuanfangs, die sich den Universitäten nach dem Zusammenbruch boten, wurden nicht wahrgenommen. 1945 erhielt die Universität »noch einmal eine geschichtliche Chance, die sie nun freilich nicht genutzt hat.«³⁸¹

4.3.3. Studium Generale

Bereits vor Wiedereröffnung der Universität begannen grundsätzliche Diskussionen um die Struktur der Lehre. Allgemeinbildende Vorlesungen wurden vor allem für Kriegsabiturienten als dringend notwendig erachtet, da deren schulische Vorbildung zu schlecht sei. Im Oktober 1945 richtete der Senat daher eine Kommission für Allgemeinvorlesungen ein.³⁸² Die Tradition der Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten bestand bereits in der Zeit des Nationalsozialismus. Dieses Angebot wurde nun jedoch deutlich erweitert. In den ersten Nachkriegssemestern wurden je zehn bis zwanzig Vorlesungen zu allgemeinbildenden Themen, zumeist aus dem Bereich der Geisteswissenschaften, für Hörer aller Fakultäten angeboten.

Ab 1949 setzten in Bonn Bestrebungen zur Durchführung eines Studium generale ein als Reaktion auf die im Blauen Gutachten formulierte Forderung nach einer Überwindung des Spezialistentums. Die im Sommersemester 1949 unter dem Titel ›Universitas‹ initiierte Vorlesungsreihe richtete sich an Hörer

377 Leonhardt, Die deutschen Universitäten, S. 357.

378 Friedeburg, Universität nach 1945, S. 72 f.

379 Webler, Geschichte der Hochschule, S. 175.

380 Bolz, Ansätze, S. 81.

381 Arentin, Die deutsche Universität, S. 692.

382 Senatssitzung vom 25.10.1945, UAB Senat 33 – 1.

aller Fakultäten und zielte darauf ab, die Studenten mit fachfremden Themen zu konfrontieren. Um allen Studenten die Teilnahme zu ermöglichen, wurde beschlossen, den Termin von allen anderen Vorlesungen freizuhalten.³⁸³ 1950 wurde eine weitere Vorlesungsreihe zu Grundfragen der wissenschaftlichen und politischen Weltorientierung und zu politischen Tagesfragen etabliert. Hierzu sprachen im Sommersemester 1950 u. a. Konrad Adenauer, Carlo Schmidt und Hans Böckler. Etwa 10 % der Studentenschaft nahmen an den Vorlesungen teil, meist jedoch Studenten der Philosophischen oder der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät. Das Ziel, Hörer aller Fakultäten anzusprechen, wurde nicht erreicht.³⁸⁴

Die Schwierigkeit bei der Überwindung des reinen Fachstudiums lag offenbar nicht nur in den fehlenden Angeboten. Hier konnte durch die Veranstaltungen des Studium generale Abhilfe geschaffen werden. Vielmehr lagen die Hemmnisse auch bei der Einstellung der Studenten, bei denen sich eine »Schülermentalität«³⁸⁵ verhängnisvoll bemerkbar machte. Das Fachstudium und die Berufsausbildung standen für viele im Vordergrund.

Bereits 1952 äußerte sich der Beirat der Universität kritisch zum Studium generale. Der Ruf danach sei zwar an den Universitäten laut, jedoch seien die einzelnen Maßnahmen umstritten. Es sei nicht Aufgabe der Universität, nachzuholen, was die Oberschulen versäumt hätten.³⁸⁶ In den 50er Jahren wurde das Studium generale wieder eingestellt. In der Wirtschaftswunderzeit ging der Idealismus, mit dem nach dem Krieg die Erneuerung der Lehre durch das Studium generale betrieben wurde, wieder verloren.³⁸⁷

Wie in vielen anderen Bereichen des akademischen Lebens verpufften die Bemühungen um einen grundlegenden Neuanfang in der universitären Lehre zu Beginn der 50er Jahre. War unmittelbar nach dem Krieg angesichts der Notwendigkeit zur Improvisation ein günstiges Klima für das Beschreiten alternativer Wege gegeben, so erlahmte mit der Normalisierung des universitären Alltags auch der Wille zum grundlegenden Neuanfang und man besann sich wieder auf das Althergebrachte.

383 Dies wurde jedoch nicht von allen Professoren befolgt, Rundschreiben des Rektors an die Dekane 14.7.1949, UAB UV 69–165.

384 UAB StU 10–118.

385 Tellenbach, Bericht, S. 108.

386 UAB PF 138–116.

387 Krönig/Müller, Nachkriegssemester, S. 206.

4.4. Kontakte zum Ausland

Als wichtiger Gradmesser für die Entwicklung des studentischen Alltags können die Kontakte zum Ausland angesehen werden. Schon während des ›Dritten Reiches‹ war der wissenschaftliche Austausch mit ausländischen Universitäten zurückgegangen und die deutsche Wissenschaft so in eine geistige Isolation geraten. Bei Kriegsende waren auf Ebene der Universitäten sämtliche institutionellen Verbindungen zum Ausland abgerissen. Die Briten sahen daher in der Überwindung der Isolation der deutschen Wissenschaft eines der vordringlichsten Ziele der Re-Education.³⁸⁸ Um dieses Ziel zu erreichen, verfolgten sie mehrere Wege: Zum einen leisteten sie Hilfe bei der Beschaffung ausländischer Literatur und neuer Lehrmittel, die den Stand der internationalen Forschung repräsentierten, zum anderen bemühten sie sich, direkte Kontakte deutscher Studenten mit Ausländern herzustellen, sei es durch die Einladung ausländischer Gastdozenten oder -studenten nach Deutschland oder durch die Organisation von Auslandsreisen zu Studien-, Arbeits- oder Erholungszwecken.³⁸⁹

Ein wichtiges Kontaktforum bildeten die ab 1946 eingerichteten internationalen Ferienkurse, bei denen deutsche mit ausländischen Studenten mehrere Wochen gemeinsam lernen und diskutieren konnten. Neben den britischen Bemühungen unternahm die Universität auch selbst Schritte, um die Auslandsarbeit wieder aufzunehmen. Führende Rollen spielten hierbei die Akademische Auslandsstelle und das Auslandsreferat des AStA.

4.4.1. Die Akademische Auslandsstelle und das AStA-Auslandsreferat

Auslandsarbeit wurde von Seiten der Universität auf zwei Ebenen betrieben. Sowohl das Auslandsreferat des AStA als auch die Akademische Auslandsstelle der Universität bemühten sich um die Knüpfung von Kontakten zu ausländischen Universitäten. Angesichts der gleichen Zielsetzung ist es wenig verwunderlich, dass beide Institutionen in Konkurrenz zueinander standen und die jeweiligen Kompetenzen erst nach langen Diskussionen abgegrenzt werden konnten.

Während des Krieges war die Auslandsarbeit der Universität zum Erliegen gekommen. Die alte Akademische Auslandsstelle, die bis dahin die Kontakte der Universität zum Ausland koordiniert hatte, musste ihre Tätigkeit einstellen.³⁹⁰ Auch nach Kriegsende war die Kommunikation mit dem Ausland erschwert. Der

388 Haupts, Befreiung, S. 338.

389 Krönig/Müller, Nachkriegssemester, S. 239.

390 Holle, Auslandsamt, S. 63.

Postverkehr mit dem Ausland war für Deutsche bis Anfang 1946 unmöglich, jeder Kontakt konnte nur über die Militärregierung abgewickelt werden. Auch von Seiten des Auslands bestand zunächst wenig Interesse an einem geistigen Austausch mit dem Land, das die Welt sechs Jahre lang mit Krieg überzogen hatte. Auf der ersten Hochschulkonferenz im Sommer 1945 erklärte ein Vertreter der Militärregierung, es sei noch unbestimmt, wann wieder Kontakte zum Ausland möglich seien, zuerst müsse sich die Gesinnung im Ausland ändern.³⁹¹ Die Rektoren fassten dennoch die Bildung eines Auslandsausschusses zur Fühlungnahme mit ausländischen Wissenschaftlern ins Auge.³⁹² Nach der Wiedereröffnung der Universität standen jedoch zunächst andere Sorgen im Vordergrund, so dass die Auslandsarbeit im Wintersemester 1945/46 nicht mit Nachdruck betrieben wurde.

Einen für Bonn in mehrfacher Hinsicht wichtigen Schritt zur Knüpfung von Auslandskontakten stellte die Rückberufung Karl Barths für ein Gastsemester im Sommer 1946 dar. Mit Barth kam nicht nur einer der renommiertesten evangelischen Theologen nach Bonn, vielmehr folgte mit Barth auch der erste Emigrant unter den während der Zeit des Nationalsozialismus aus Bonn vertriebenen Professoren einem erneuten Ruf an seine alte Wirkungsstätte. Die Berufung Barths wurde im Ausland sehr positiv aufgenommen.³⁹³ Zudem gewannen die Bonner Studenten in Barth einen prominenten Fürsprecher, der nicht müde wurde, gerade unter den Schweizer Studenten um Verständnis für ihre deutschen Kommilitonen zu werben. In einem vielbeachteten und mehrfach publizierten Vortrag forderte er materielle und ideelle Unterstützung für die notleidenden deutschen Studenten.³⁹⁴ Barth warnte auch vor der fast hermetischen Abschließung Deutschlands dem Ausland gegenüber, in der er eine der Hauptgefahren erkannte, welche die Studenten bedrohte.³⁹⁵

1946 kam der Austausch mit dem Ausland auf der Ebene der Professoren in Gang. Der Bonner Anglist Walter Schirmer war der Ansprechpartner der Briten für die Auslandskontakte der Universität Bonn.³⁹⁶ 1946 wurde er als einer der ersten deutschen Professoren zu einem mehrwöchigen Aufenthalt nach Großbritannien eingeladen.³⁹⁷ An die Wiederaufnahme von Beziehungen zu auslän-

391 1. Hochschulkonferenz am 26./27.7.1945 in Göttingen, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 74.

392 Ebd. S. 75.

393 3. Hochschulkonferenz am 25.–27.2.1946 in Goslar, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 129.

394 Karl Barth, Der deutsche Student heute und morgen, in: Schweizer Annalen 3 (1946/47), S. 679–685, auch: Neue Zeitung 8.12.1947, verkürzt unter dem Titel »Verlorene Generation« in: Göttinger Universitätszeitung 2. Jg. (1947) Nr. 2, 23.5.1947, S. 1 f.

395 Barth, Der deutsche Student, S. 682.

396 Holle, Auslandsamt, S. 63.

397 Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 21 f.

dischen Universitäten war dagegen von Seiten der Studenten zunächst nicht zu denken. Erst mit der Konstituierung einer Studentenvertretung im Sommer 1946 erhielt die Studentenschaft einen Organisationsgrad, der die Kontaktaufnahme zum Ausland ermöglichte. Doch stand Auslandsarbeit erst einmal nicht auf der Agenda des AStA. Unter den im Sommer 1946 eingerichteten Ausschüssen und Referaten des AStA findet sich noch kein Auslandsreferat.³⁹⁸ Erst nach der AStA-Wahl im Sommer 1947 wurde ein Auslandsreferat gebildet.³⁹⁹ Im August 1946 war auf einer AStA-Sitzung erstmals die Rede von einem für das kommende Sommersemester geplanten Studentenaustausch mit England und der Schweiz.⁴⁰⁰ Im Mai 1947 kündigte UEO Gregor Smith den ersten Ferienkurs an, an dem im Sommer 1947 100 deutsche und 100 ausländische Studenten aus West- und Nordeuropa teilnehmen sollten.⁴⁰¹ Dieser Ferienkurs war für die Studentenvertreter die erste Möglichkeit, in Kontakt mit ausländischen Kommilitonen zu treten.

Der Ferienkurs war Anlass für die Entstehung einer Auslandsstelle der Universität, die von Professor Schirmer geleitet wurde. Im Dezember 1948 wurde die Auslandsstelle als offizielle Institution der Universität Bonn anerkannt.⁴⁰² Zwischen Auslandsstelle und AStA-Auslandskommission entwickelte sich 1949 ein Konkurrenzverhältnis, das erst nach langen Diskussionen durch die neuen Statuten des Auslandsamtes beigelegt werden konnte. Diese von Professor Paul Egon Hübinger⁴⁰³ entworfenen Statuten sahen eine klare Abgrenzung der Kompetenzen von Auslandsstelle und AStA-Auslandskommission vor.⁴⁰⁴ Mit den neuen Statuten wurde 1950 die bisherige Auslandsstelle aufgelöst und durch das Auslandsamt der Universität Bonn unter der Leitung von Professor Werner Betz ersetzt.⁴⁰⁵ Das Akademische Auslandsamt entwickelte sich zur zentralen Koordinierungsstelle für die Auslandsarbeit der Universität. 1951 übernahm Gerhard Funke⁴⁰⁶ die Leitung, nachdem Professor Betz in den auswärtigen Dienst berufen worden war.⁴⁰⁷

398 AStA-Sitzung vom 2.7.1946, UAB AStA 47 – 1.

399 AStA-Sitzung vom 6.6.1947, UAB AStA 47 – 1.

400 UAB AStA 47 – 1.

401 AStA-Sitzung vom 6.5.1947, UAB AStA 47 – 1.

402 Holle, Auslandsamt, S. 65.

403 Der Historiker Paul Egon Hübinger (1911–1987) promovierte und habilitierte sich in Bonn. Seit 1945 wirkte Hübinger als Dozent in Bonn. 1948 wurde er als Gastdozent an die Universität Cambridge eingeladen, 1950 zum beamteten außerordentlichen Professor in Bonn ernannt. 1951 wechselte er an die Universität Münster und wurde 1954 zum Ministerialdirigenten im Bundesinnenministerium ernannt. 1954 erfolgte die Ernennung zum Honorarprofessor, 1959 zum Ordinarius in Bonn.

404 UAB UV 69–84.

405 Ebd.

406 Gerhard Funke (1914–2006) habilitierte sich 1947 in Bonn und wirkte hier als Dozent bis er 1958 einen Ruf an die Universität Saarbrücken erhielt

Regelmäßige Kontakte deutscher Studenten mit dem Ausland bestanden seit 1947. Im Mai 1947 fuhr eine erste Gruppe von sieben Studenten von den Universitäten der britischen Zone auf Einladung des International Student Service (ISS) nach England. Im Sommer folgte dann die erste Schweizaktion, bei der 130 Studenten zum Landdienst in die Schweiz fuhren. Das Programm sah drei Wochen Arbeit auf einem Bauernhof als Erntehelfer und anschließend eine Woche Kontakt mit Schweizer Studenten vor. Nach dem Erfolg des ersten Ernteeinsatzes wurde dieser im Folgejahr auf 562 Studenten ausgeweitet.⁴⁰⁸ 1948 kamen auch Ernteeinsätze in Großbritannien dazu. Diese Möglichkeit zur Auslandsreise wurde von den Studenten gerne angenommen. Wegen des großen Erfolgs wurde die Zahl der Plätze 1949 erhöht. Von der Universität Bonn nahmen 44 Studenten an den achtwöchigen Einsätzen in Großbritannien teil.⁴⁰⁹

Die Anbahnung von Kontakten zum Ausland war in den ersten Jahren die Hauptaufgabe der Akademischen Auslandsstelle. Erst nachdem sich nach der Gründung der Bundesrepublik das Verhältnis zu ausländischen Universitäten normalisiert hatte, verschob sich der Aufgabenschwerpunkt des Auslandsamtes hin zur Betreuung ausländischer Studenten in Bonn. Studierten 1950 nur 97 Ausländer in Bonn, so stieg deren Zahl in den folgenden Jahren rasant an: 1954/55 waren es bereits 450, 1955/56 510. 1958/59 wurde erstmals die Zahl 1.000 überschritten.⁴¹⁰ Eine der wichtigsten Aufgaben des Auslandsamtes war die Durchführung von Sprachkursen für Ausländer zur Vorbereitung auf das Fachstudium.

1949 wurde auf einer von den Briten einberufenen Sitzung von ausländischer Seite der Wunsch geäußert, den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) wiederzuerrichten. Die Hochschulkonferenz richtete daraufhin eine Kommission ein, die sich über die Bedürfnisse des Auslandes und der deutschen Universitäten hinsichtlich eines akademischen Austausches informieren sollte. Die Federführung in dieser Kommission übernahm der Bonner Rektor Klausner. Auf Empfehlung der Kommission wurde der DAAD wiedererrichtet. Dieser nahm ab 1950 in der Lennéstraße in Bonn vorläufig seine Arbeit auf. Im August 1950 fand im Bonner Rektorat die feierliche Gründungsversammlung statt, bei der Klausner zum Vorsitzenden gewählt wurde.⁴¹¹ Der DAAD blieb im gesamten Untersuchungszeitraum unter Bonner Führung. 1953 wurde Ernst Bizer⁴¹² zum

407 UAB UV 69–88.

408 Bericht vom 16.6.1948 über Besuche im Ausland von April 1947 bis Juni 1948, HStAD NW 25–89.

409 HStAD NW 25–158, p. 92.

410 Holle, Auslandsamt, S. 71.

411 Der Deutsche Akademische Austauschdienst, S. 36 ff.

412 Ernst Bizer (1904–1975) war nach seinem Theologiestudium seit 1934 Pfarrer in Tailfingen,

Vizepräsidenten ernannt, 1954 trat der Bonner Altrektor Werner Richter die Nachfolge Klausers als Präsident an.⁴¹³

4.4.2. Ferienkurse

Die Wiederherstellung der Verbindung der deutschen Universitäten mit dem Ausland war eines der wichtigsten Ziele der britischen Re-Education-Politik. Neben der Ermöglichung von Auslandsaufenthalten für deutsche Studenten war auch der Kontakt mit ausländischen Kommilitonen in Deutschland eine Maßnahme der Briten, welche die Re-Education voranbringen sollte. Da britischen Studenten ein Studium in Deutschland nach Auffassung der Militärregierung nicht zugemutet werden konnte,⁴¹⁴ verlegte man sich auf die Durchführung mehrwöchiger internationaler Studententreffen in den Sommermonaten, die dem Austausch zwischen deutschen und ausländischen Studenten dienen sollten. Ziel dieser Ferienkurse war die Überwindung der geistigen Isolation der deutschen Universitäten⁴¹⁵ durch Vorträge ausländischer Dozenten, aber auch durch persönliche Kontakte auf studentischer Ebene. Die UECOs hatten bereits frühzeitig die Idee der Ferienkurse aufgegriffen und unterbreiteten im Frühjahr 1946 konkrete Vorschläge für deren Durchführung,⁴¹⁶ die sich jedoch in der britischen Education Branch nicht durchsetzen ließen. So waren es die Amerikaner, die im September 1946 den ersten Ferienkurs durchführten, zu dem jede Universität 10–15 Studenten entsandte.⁴¹⁷ Das internationale Echo auf diesen Ferienkurs war so groß, dass nun auch die britische Militärregierung beschloss, ähnliche Kurse in ihrer Zone durchzuführen.⁴¹⁸

Im März 1947 wurde dem Bonner Senat mitgeteilt, dass auf Initiative der Militärregierung im Herbst eine Zahl britischer Studenten und Dozenten zu Ferienkursen nach Bonn kommen werde. Zur Vorbereitung dieser Kurse bildete der Senat eine Kommission, die aus den Professoren Carl Troll, Ernst Friesenhahn und Walter Schirmer sowie den Studenten Horst Stützer und Hans Günter

bevor er 1948 als Ordinarius für Kirchengeschichte an die Evangelisch-Theologische Fakultät der Universität Bonn berufen wurde.

413 Ebd., S. 63.

414 Diese Auffassung vertrat 1947 die Delegation der britischen Hochschullehrervereinigung, Bericht vom 31.3.1947, PRO FO 1050/1055.

415 »Breaking down the spiritual isolation of the German Universities« formulierte es die 17. Konferenz der UECOs am 8.2.1949, PRO FO 1050/1047.

416 1. Konferenz der UECOs am 3.4.1946, PRO FO 945/137.

417 5. Hochschulkonferenz am 16.8.1946 in Bünde, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 207.

418 6. Hochschulkonferenz am 24./25.9.1946 in Bonn, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 244.

Wirtz und einem Vertreter des Klubs Bonner Studenten bestand.⁴¹⁹ Die Leitung der Bonner Kommission übernahm der Anglist Walter Schirmer, dem der Senat im Mai 5.000 Mark zur Durchführung der Kurse zur Verfügung stellte.⁴²⁰

Der Ferienkurs, der vom 4. bis 22. August 1947 durchgeführt wurde, stand unter dem Thema »Die europäische Gesellschaft in den letzten 100 Jahren«. ⁴²¹ Von deutscher Seite beteiligten sich mit den Dozenten und Professoren Joseph Schmidt-Goerg, Friedrich Becker, Friedrich Oertel, Franz Oelmann, Heinrich Lützeler, Herbert von Einem, Leo Weisgerber, Paul Egon Hübinger, Walter Schirmer und Werner Betz ausschließlich Mitglieder der Philosophischen Fakultät am Ferienkurs.⁴²² Die Teilnehmer wurden im Godesberger Aloysius-Kolleg untergebracht, wo auch ein Teil der Vorlesungen stattfand. Das Programm bestand aus mehreren Diskussionsabenden u. a. zu den Themen »Die Idee der Universität«, »Die Lage des deutschen Studenten«, »Unterschiede im deutschen und englischen Sprachausdruck«. Daneben wurde das Programm durch gesellige Abende, Konzerte und Besichtigungsfahrten abgerundet.⁴²³

Die UEOs werteten die Ferienkurse als große Erfolge. Es wurde besonders hervorgehoben, dass die Studenten aller Nationalitäten sich gut gemischt und die Deutschen viel von ihren ausländischen Kommilitonen gelernt hätten. Für das kommende Jahr 1948 wurde die Durchführung von Ferienkursen an allen Universitäten vorgesehen.⁴²⁴ Auch die deutschen Studenten beurteilten die Kurse positiv. Ein Teilnehmer sah vor allem in der Begegnung zwischen deutschen und ausländischen Studenten einen wichtigen Schritt zu einer gegenseitigen Annäherung. Zwar gäbe die Versorgung mit »englischen Kalorien« den ausländischen Teilnehmern ein falsches Bild von der Versorgungslage in Deutschland, doch werde in den Diskussionen über aktuelle politische Themen das Bemühen um gegenseitiges Verständnis deutlich. Obwohl vor allem von Seiten der norwegischen und niederländischen Teilnehmer viel Bitterkeit und Hass gegenüber den Deutschen spürbar wurde, zog der Student das Fazit: »Ein Anfang ist gemacht worden, eine Bresche ist geschlagen worden – und das ist viel«. ⁴²⁵

Für die Studenten stand vor allem die Möglichkeit der Kontaktaufnahme mit ausländischen Kommilitonen im Vordergrund. Die Briten hatten dagegen ein

419 Senatssitzung vom 13.3.1947, UAB Senat 33 – 3. Carl Troll (1899 – 1975) wurde 1938 von Berlin auf ein Ordinariat für Geographie berufen. Im akademischen Jahr 1960/61 amtierte er als Rektor der Universität Bonn.

420 Senatssitzung vom 2.5.1947, UAB Senat 33 – 3.

421 Phillips, *University Officers*, S. 54.

422 Holle, *Auslandsamt*, S. 64.

423 HStAD NW 25 – 165.

424 10. Konferenz der UEOs am 24./25.9.1947, PRO FO 1050/1233.

425 Bericht eines anonymen (deutschen) Studenten über den Ferienkurs 1947, in UAB NL Hübinger 5, p. 42.

weitergehendes Interesse an den Ferienkursen. Für sie ging es neben der Überwindung der geistigen Isolation Deutschlands und der Horizonterweiterung der Studenten durch Gespräche mit ausländischen Studenten und Dozenten auch darum, sich ein Bild von der politischen Einstellung der deutschen Studenten zu machen. Daher wurden die britischen Gastdozenten der Ferienkurse aufgefordert, ihre Eindrücke über die deutschen Studenten zu schildern. Dabei fiel das Urteil über die deutschen Studenten wenig positiv aus: sie seien in den Diskussionen sehr emotional und subjektiv, es zeige sich eine Unfähigkeit zum Diskutieren, darüber hinaus sei der Nationalismus unter den Studenten sehr stark, weitaus stärker als in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, gerade bei den Ostflüchtlingen unter den Studenten erreiche dieser Nationalismus geradezu manische Züge.⁴²⁶

Es zeigte sich, dass die Erziehung im Nationalsozialismus bei den Studenten deutliche Spuren hinterlassen hatte und nicht so einfach abzulegen waren. Diskussionsfähigkeit, Fairness im Urteil und Überwindung eines überstarken Nationalismus waren Dinge, die aus ausländischer Sicht von den Deutschen erst wieder neu gelernt werden mussten. Hierzu stellten die Ferienkurse eine Plattform dar, die aus deutscher Sicht die Möglichkeit bot, ausländische Vorstellungen, Ideen und Methoden kennen zu lernen, die aber aus britischer Sicht gleichzeitig ein Test für den Erfolg der Re-Education waren. Auch wenn sich die deutschen Studenten dessen nicht bewusst waren, wurde der Erfolg der Ferienkurse am Auftreten der deutschen Studenten gemessen.

Auch in den folgenden Jahren wurden von der Militärregierung in Zusammenarbeit mit der Universität Ferienkurse durchgeführt, die von den deutschen Teilnehmern geradezu enthusiastisch angenommen wurden.⁴²⁷ UEO Dundas-Grant berichtete über die »considerable keenness to find out about international affairs and to discuss general issues in a profound and thoughtful manner« der deutschen Studenten.⁴²⁸ Aus der Perspektive eines britischen Dozenten waren es vor allem die englischen Diskussions- und Lehrmethoden, die einen starken Eindruck auf die deutschen Teilnehmer machten:

»...one of the deepest impressions made on the Germans in these courses was the contact they were able to make with British methods of lecturing, discussing and debating. They admired the frank and easy manners of the British participants, their tolerance, their humor, their appreciation of the other man's point of view, their refusal to talk down to the Germans or to suggest anything that implied ›re-education‹.«⁴²⁹

426 Berichte englischer Dozenten über die Ferienkurse 1947, PRO FO 1013/179.

427 Phillips, *University Officers*, S. 61.

428 Ebd., S. 64.

429 George Murray über die Ferienkurse 1948 in PRO FO 371/70715.

Der Ferienkurs 1948 stieß aber auch auf Kritik. Wenngleich das allgemeine Echo positiv war, so merkten die UEOs doch an, das »low calibre of the lecturers« im Vergleich zum letzten Jahr sei eine große Enttäuschung gewesen. Auch die Überbetonung der Freizeit gegenüber den akademischen Vorlesungen wurde kritisiert.⁴³⁰ Für 1949 legten die Briten daher im Vorfeld großen Wert auf die Planung der Kurse. Im Februar 1949 wiesen sie die vorliegenden Entwürfe als nicht zufriedenstellend und die Themenfelder als zu breit zurück.⁴³¹

1949 wurde der Ferienkurs erstmals von englischen Studentengruppen in Zusammenarbeit mit der Bonner Auslandsstelle durchgeführt. 1950 organisierte das neugegründete Akademische Auslandsamt einen ersten internationalen Ferienkurs in eigener Verantwortung mit dem Thema »Rhein und Ruhr in ihrer Bedeutung für Deutschland und Europa«. ⁴³² Die Tradition der Ferienkurse wurde auch nach dem Ende der Besatzungszeit aufrechterhalten. Die Nachfrage von Seiten der Studentenschaft war sehr groß. 1952 nahmen über 300 Studenten an dem Kurs teil, über 200 mussten abgewiesen werden.⁴³³

Für die erste Nachkriegsstudentengeneration waren die Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme mit Ausländern und dem Ausland nur sehr begrenzt. Ein regelhaftes Auslandsstudium war nur in wenigen Ausnahmefällen möglich. Die Ferienkurse stellten daher zusammen mit Arbeits- und Ernteeinsätzen für das Gros der Studenten die einzige Möglichkeit dar, in Kontakt zu ausländischen Kommilitonen zu treten. Erst für die nachfolgende Generation wurde nach der Gründung der Bundesrepublik die Möglichkeit eines Studiums im Ausland selbstverständlicher. Entsprechend wandelte sich die Ausrichtung der Ferienkurse. Nach der Gründung der Bundesrepublik trat die Vermittlung deutscher Kultur an ausländische Studenten mehr und mehr in den Vordergrund. Die Zahl der ausländischen Teilnehmer stieg deutlich an. Im Sommer 1953 wurden bereits zwei Ferienkurse veranstaltet, dazu trat ein Sommerkurs für deutsche Sprache und Literatur.⁴³⁴ 1954 nahmen rund 400 ausländische Studenten an dem Kursprogramm der Universität Bonn teil, 1955 waren es schon ca. 500.⁴³⁵

430 15. Konferenz der UEOs am 20./21.9.1948, PRO FO 1050/1046 und 16. Konferenz der UEOs am 30.11./1.12.1948, PRO FO 1050/1047.

431 17. Konferenz der UEOs am 8.2.1949, PRO FO 1050/1047.

432 Holle, Auslandsamt, S. 65 f.

433 Chronik 1951/52, S. 84.

434 Chronik 1952/53, S. 100.

435 Chronik 1953/54, S. 98; Chronik 1954/55, S. 100.

4.4.3. Studentenaustausch

Die Briten erwiesen sich bei der Wiederanknüpfung von Kontakten zum Ausland als wichtige Unterstützer. Dabei wurden nicht nur auf der Ebene der Professoren Verbindungen zum Ausland wieder hergestellt, auch Studenten sollte die Möglichkeit gegeben werden, in Kontakt zu ihren ausländischen Kommilitonen zu treten. Gerade den internationalen Austausch von Studenten sahen die Briten als einen der wichtigsten Wege an, um die deutschen Studenten dazu zu befähigen, eine eigenständige und verantwortungsvolle Rolle in der Universität zu spielen und künftig in der Gesellschaft zu übernehmen.⁴³⁶

Erste gegenseitige Besuche zwischen Deutschen und Briten wurden bereits 1946 von der Militärregierung organisiert. 150 Deutsche wurden zu Aufenthalten nach England eingeladen, während im Gegenzug 100 britische Besucher nach Deutschland kamen.⁴³⁷ Unter diesen Besuchern waren jedoch nur wenige Studenten. Um auch auf studentischer Ebene Kontakte mit dem Ausland zu ermöglichen, wurden Auslandsreisen für deutsche Studenten, meist im Zusammenhang mit Arbeitseinsätzen oder kürzeren Studienaufenthalten, organisiert. Seit Sommer 1947 bot der studentische Erntedienst einer größeren Anzahl deutscher Studenten die Möglichkeit, das Ausland zu besuchen. Zielländer waren hier vor allem die Schweiz, Großbritannien und die skandinavischen Länder. Der Wert solcher Auslandsaufenthalte deutscher Studenten wurde von der Militärregierung hoch eingeschätzt.⁴³⁸

Dagegen standen die Briten der Einrichtung von regelmäßigen Studentenaustauschen anfänglich skeptisch gegenüber. Noch im Frühjahr 1947 riet die Kommission der britischen Hochschullehrervereinigung von einem Studium englischer Studenten an deutschen Universitäten ab, da sie die Studenten für nicht in der Lage hielten, unter den dortigen Lebensbedingungen zu studieren, und befürchtete, dass eine Beeinflussung der deutschen durch einzelne britische Studenten nicht erreicht werden konnte, eine umgekehrte Beeinflussung dagegen als wahrscheinlicher angesehen werden musste.⁴³⁹ Die UECOs vor Ort hielten jedoch bereits im Sommer 1946 die Zeit für gekommen, britische Universitäten für den Studentenaustausch mit Deutschland anzusprechen.⁴⁴⁰ Mit Unterstützung von UECO Gregor Smith konnte Ende 1946 ein Briefwechsel zwischen dem Bonner englischen Seminar und den Universitäten Edinburgh, Southampton, Leeds und dem King's College in London aufgenommen wer-

436 Wüstemeyer, Re-Education, S. 233.

437 Balfour, Vier-Mächte-Kontrolle, S. 357.

438 6. Hochschulkonferenz am 24./25.9.1946 in Bonn, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 228 f.

439 Bericht der Delegation der AUT vom 31.3.1947, PRO FO 1050/1055.

440 4. Konferenz der UECOs am 3.7.1946, PRO FO 1010/89.

den.⁴⁴¹ Auch wurden erste Planungen für einen Studentenaustausch mit England und der Schweiz im kommenden Jahr vorgestellt.⁴⁴² Im September 1946 besuchte eine Vorausgruppe deutscher Studenten mit einem Vertreter der britischen Militärregierung die Schweiz und wurde dort freundlich aufgenommen.⁴⁴³ Ein Schweizer Kommilitone regte daraufhin in einem in der Bonner Universitätszeitung veröffentlichten Brief die Aufnahme von Austauschbeziehungen an.⁴⁴⁴ Der erste Studienaufenthalt für deutsche Studenten in der Schweiz wurde jedoch von anderer Seite ermöglicht. Es war Karl Barth, dem es nach seinem Gastsemester im Sommer 1946 in Bonn gelang, für das Wintersemester 1946/47 die Einreiseerlaubnis für sechs deutsche Studenten in die Schweiz zu erreichen, darunter der spätere Verfassungsrichter und Präsident des deutschen evangelischen Kirchentages Helmut Simon.⁴⁴⁵

Auch englische Studenten signalisierten ihre Bereitschaft zur Kontaktaufnahme mit der Bonner Universität. Die regen Briefwechsel zwischen Bonn und Oxford hatten 1946 eine enge Beziehung zur Universität Oxford entstehen lassen, die im Laufe des Jahre 1947 zu einer Partnerschaft erwuchs. Als im Herbst 1947 die offizielle Städtepartnerschaft zwischen Bonn und Oxford begründet wurde, erschien auch die Anbahnung der Universitätspartnerschaft beider Städte wünschenswert.⁴⁴⁶ Im Sommer hatte Oxford bereits die Bereitschaft signalisiert, eine deutsche Universität zu adoptieren.⁴⁴⁷ In einem offenen Brief wandten sich Studenten aus Oxford an die Bonner Kommilitonen und boten die Aufnahme einer Partnerschaft an. Ziel dieser Partnerschaft sollte zunächst der Austausch von Büchern und Zeitschriften, später auch von Studenten und Dozenten sein. Mitunterzeichner und vermutlich maßgeblicher Initiator des offenen Briefes war der ehemalige Bonner UECO Olaf Brann.⁴⁴⁸ In Oxford bestand offenbar reges Interesse am Kontakt zu Bonner Studenten. Für die 30 Plätze, die für die Teilnahme am Bonner Ferienkurs zur Verfügung standen, hatten sich 107 Studenten aus Oxford beworben.⁴⁴⁹ Die Ferienkurse waren für die Festigung der Partnerschaft zur Universität Oxford von großer Bedeutung. Während des ersten Ferienkurses wurde 1947 das Bonn-Oxford-Komitee gegründet, das sich in den folgenden Jahren um die Intensivierung der Partnerschaft kümmerte.⁴⁵⁰

Im Januar 1948 besuchte eine Gruppe von fünf Bonner Studenten als Gäste

441 Monatsbericht November 1946, UECO Gregor Smith, PRO FO 1013/2209.

442 AStA-Sitzung vom 6.8.1946, UAB AStA 47 – 1.

443 BUZ Nr. 8, 4.11.1946, S. 11.

444 BUZ Nr. 9, 19.11.1946, S. 9.

445 Busch, Karl Barths Lebenslauf, S. 355.

446 Sitzung der Stadtvertretung am 9.10.1947, StAB Pr 9/69 p. 351.

447 Senatssitzung vom 26.6.1947, UAB Senat 33 – 3.

448 BUZ Nr. 22/23, 25.7.1947, S. 2.

449 Ebd.

450 BUZ Nr. 49, 30.3.1949, S. 1.

der Universität Oxford für drei Wochen Großbritannien.⁴⁵¹ Weitere angedachte Partnerschaften der Universität Bonn mit den Universitäten Glasgow und Edinburgh kamen dagegen nicht zustande.⁴⁵² 1949 führte das Komitee eine deutsch-englische Arbeitsgemeinschaft mit 14 Oxforder und 15 deutschen Teilnehmern durch.⁴⁵³ Die Studenten in Oxford zeigten großes Interesse für die Universität Bonn, welches durch mehrmalige Besuche des Bonner UECO in Oxford gestärkt wurde.

Eine wichtige Rolle bei der Entstehung internationaler Kontakte spielte der Hochschulsport. Im Sommer 1947 wurde der erste internationale Leichtathletikwettkampf nach dem Krieg durchgeführt, bei dem sich Studenten aus Großbritannien und Nordrhein-Westfalen gegenüberstanden. Die deutschen Teilnehmer waren sich der Bedeutung dieser ersten Sportwettkämpfe als Neuanfang internationaler Beziehungen bewusst.⁴⁵⁴ Am Karfreitag 1948 kam es in Bonn zu einem der ersten deutschen Fußballländerspiele seit dem Krieg.⁴⁵⁵ Die Mannschaft der Universität Bonn, der westdeutsche Hochschulmeister 1947,⁴⁵⁶ trat gegen die Berner Hochschulmannschaft an. Im Bonner Poststadion siegte die Bonner Mannschaft vor 13.000 Zuschauern mit 3:1. Diese für ein Fußballspiel zweier Universitätsmannschaften unglaublich hohe Zuschauerzahl zeigt die enorme Bedeutung, die dem Spiel von deutscher Seite beigemessen wurde. Beim Rückspiel in Bern, das die Bonner Mannschaft mit 4:1 gewann, waren nur 100 Zuschauer anwesend.⁴⁵⁷ Auch in den kommenden Jahren spielte die überaus erfolgreiche Bonner Universitätsfußballmannschaft mehrfach gegen ausländische Teams. 1949 trat sie beispielsweise gegen die Mannschaft der tierärztlichen Hochschule Stockholm an. Das von 5.000 Zuschauern beobachtete Spiel endete 4:1 für Bonn.⁴⁵⁸

Bis zur Währungsreform war der Aufenthalt in Arbeits- oder Erntelagern im Ausland die am häufigsten genutzte Möglichkeit für einen Auslandsaufenthalt.⁴⁵⁹

451 HStAD NW 25 – 89.

452 Phillips, Rekindling, S. 112 f.

453 BUZ Nr. 49, 30.3.1949, S. 1 und 3.

454 »Wir durften den Anfang machen«, BUZ Nr. 25, 10.10.1947, S. 12.

455 Dieser Termin war von der Schweizer Mannschaft ausdrücklich gewünscht worden. Das Rückspiel fand am Ostermontag in Bern statt, HStAD NW 25 – 64, p.25; vgl auch Schreiben Thörners an den Rektor am 8.3.1948, UAB UV 69 – 46; Deutschland war 1946 aus der Fifa ausgeschlossen worden. Die Schweiz unterstützte den deutschen Wiederaufnahmeantrag 1948 nachdrücklich und unterlief das Länderspielverbot, indem sie bilaterale Begegnungen auf Vereinsebene förderte, vgl. dazu Werner Skrentny: Nachkriegspremiere. »Eine Bresche in die Mauer«, in: Dietrich Schulze-Marmeling (Hg.): Die Geschichte der Fußball-Nationalmannschaft, Göttingen 2004, S. 130.

456 BUZ Nr. 21, 17.6.1947, S. 12.

457 BUZ Nr. 35, 27.4.1948, S. 12.

458 WSZ 1, Nr. 1., 30.5.1949, S. 9.

459 Ebenso für die TH Braunschweig, Maaß, Studentenschaft, S. 160.

Seit 1948 begann auch der Austausch zu Studienzwecken in größerem Umfang. Die Universität Liverpool vereinbarte den Tausch eines Studenten mit Bonn. Ebenso konnte durch das Stevenson Exchange Scholarship ein Student einer schottischen Universität mit Bonn in Austausch treten.⁴⁶⁰

Der AstA trug den wachsenden Auslandskontakten dadurch Rechnung, dass er 1949 das bis dahin bestehende Auslandsreferat zu einer Auslandskommission erweiterte, die sich in zwölf Länderreferate untergliederte.⁴⁶¹ Eine der ersten Aufgaben dieser Kommission war die Betreuung einer Gruppe englischer, schwedischer und amerikanischer Studenten. Während dieses Besuches wurden mit den schwedischen Teilnehmern erste Kontakte geknüpft,⁴⁶² die durch einen Besuch des Bonner Skandinavienreferenten Bernhard Jirku in Schweden vertieft wurden. Aus dieser Verbindung entstand der erste regelmäßige Studentenaustausch der Universität Bonn nach dem Krieg. Initiator war der schwedische Major Per Bolinder, der seit 1947 die Speisungen des schwedischen Roten Kreuzes in Bonn betreute. Nach seiner Rückkehr nach Schweden richtete er einen Stipendienfonds für Studienaufenthalte Bonner und Kölner Studenten in Schweden ein.⁴⁶³ Eine ursprünglich geplante Adoption Bonns durch die Universität Uppsala kam dagegen nicht zustande.⁴⁶⁴ 1950 wurden von der Universität Uppsala zwei Stipendien für einen zweimonatigen Studienaufenthalt an Bonner Studenten vergeben, ebenso lud die landwirtschaftliche Hochschule Ultuna einen Bonner Landwirtschaftsstudenten nach Schweden ein. Zudem wurde für 15 Landwirtschaftsstudenten die Möglichkeit geschaffen, an einem Erntelager in Schweden teilzunehmen.⁴⁶⁵

Nach diesem ersten Besuch Bonner Studenten in Schweden erfolgten von deutscher Seite Gegeneinladungen, die sich seit Anfang der 50er Jahre zu regelhaften Kontakten mit Stipendienaustausch, gegenseitigen Einladungen zu sportlichen Wettkämpfen und Besuchen von studentischen Kulturgruppen verstetigte. Seit 1953 etablierte sich der regelmäßige Austausch von vierwöchigen Kontaktstipendien in den Sommermonaten.⁴⁶⁶ Die Universität Uppsala und die landwirtschaftliche Hochschule Ultuna waren damit die ersten Hochschulen,

460 15. Konferenz der UEOs am 20./21.9.1948, PRO FO 1050/1046.

461 Nachrichtenblatt 1. Jg. (1949), Nr. 1.

462 Zu dieser schwedischen Studentengruppe gehörte u. a. auch der spätere Ministerpräsident Olof Palme, Bericht über die Arbeit des Skandinavienreferates vom Mai 1949 bis August 1950, UAB AstA 47 – 10.

463 UAB UV 69 – 364.

464 Nachrichtenblatt 1. Jg. (1949), Nr. 2.

465 Bericht über die Arbeit des Skandinavienreferates vom Mai 1949 bis August 1950, UAB AstA 47 – 10.

466 Vgl. dazu auch den Bericht eines Bonner Studenten über seinen Aufenthalt in Uppsala im Nachrichtenblatt 7. Jg. (1955), Nr. 6, S. 14 – 16 und Nr. 7, S. 8 – 9.

die mit der Universität Bonn einen regelmäßigen Studentenaustausch aufnahmen, der bis weit in die 50er Jahre fortgeführt wurde.

Nach der Gründung der Bundesrepublik und der Wiedererrichtung des DAAD wurden die Kontakte zu ausländischen Universitäten immer mehr ausgeweitet. Die Zahl der vom DAAD vergebenen Auslandsstipendien stieg deutlich an. Waren es 1952 nur acht, so stieg die Zahl bis 1954 auf 168.⁴⁶⁷ Auch an der Universität Bonn nahm die Zahl der Auslandskontakte deutlich zu. 1949 stand der Bonner AStA in Verhandlungen mit mehreren italienischen Universitäten, für 1950 war ein Austauschprojekt mit den Niederlanden geplant.⁴⁶⁸ Im Wintersemester 1950/51 liefen Stipendienaustauschprogramme mit Frankreich, Irland, Schweden und Spanien an.⁴⁶⁹ 1955 wurde ein regelmäßiger Studienaustausch zwischen dem 1949 gegründeten University College of North Staffords-hire in Newcastle-under-Lyme (heute University of Keele) und Bonn eingeleitet. Die Initiative dieses Austausches ging vom nachmaligen AStA-Auslandsreferenten Hans-Werner Flender aus, der 1951/52 als erster kontinentaleuropäischer Student am neugegründeten College in Newcastle studiert hatte.⁴⁷⁰

Eine Sonderrolle spielten Patenschaftsbeziehungen, die von verschiedenen Universitäten mit Bonn anvisiert wurden. Die Universität Redlands in den USA hatte seit 1948 eine Patenschaft für die Bonner Universität übernommen. Initiator war der in Köln geborene Professor Henry G. Dittmar, der in Redlands lehrte. Durch seine Promotion in Bonn kannte er die Bonner Verhältnisse und setzte sich in Redlands für die Gründung eines Partnerschaftskomitees ein, die im Dezember 1948 erfolgte.⁴⁷¹ Die Universität Redlands veranstaltete regelmäßig einen Bonn-Tag, seit Anfang der 50er Jahre regelmäßige ›Bonn Weeks‹, in denen Spenden für die Universität Bonn gesammelt wurden.⁴⁷² Der darüber hinaus geplante Studentenaustausch kam offenbar nicht zustande.⁴⁷³ Die Beziehungen schiefen bald nach 1948 wieder ein und wurden erst zu Beginn der 50er Jahre wieder enger.⁴⁷⁴

1951 wurden nach einem Besuch einer Vertreterin der Universität von Madison/Wisconsin mit ersten Planungen für die Einrichtung einer Patenschaft zwischen Madison und Bonn begonnen.⁴⁷⁵ Doch erst 1953 wurden die Beziehungen enger. Die Universität Madison richtete ein Partnerschaftskomitee ein,

467 Der Deutsche Akademische Austauschdienst, S. 175.

468 AStA-Sitzung vom 10.11.1949 und 12.1.1950, UAB AStA 47–4.

469 Holle, Auslandsamt, S. 66.

470 Nachrichtenblatt 7. Jg. (1955), Nr. 4, S. 9–10.

471 BUZ Nr. 48, 15.3.1949, S. 1–2.

472 Nachrichtenblatt 4. Jg. (1952), Nr. 3, S. 13 und 5. Jg. (1953), Nr. 6, S. 16.

473 UAB UV 69–365, vgl. auch: Senatssitzung vom 9.12.1948, UAB Senat 33–4.

474 Senatssitzung vom 22.3.1951, UAB Senat 33–7.

475 Senatssitzung vom 13.2.1951, UAB Senat 33–7.

das durch Professor Troll, der zu der Zeit ein Gastsemester in Madison absolvierte, in engem Kontakt zur Universität Bonn stand.⁴⁷⁶ Geplant war zunächst die Etablierung eines regelmäßigen Briefkontaktes mit dem Fernziel eines Studentenaustauschs. Ende 1953 ernannte der AStA einen Vertreter, der sich in Zusammenarbeit mit dem Auslandsreferenten insbesondere um die Kontakte zu den beiden US-amerikanischen Partneruniversitäten Madison und Redlands kümmern sollte.⁴⁷⁷ Auch in der Partnerschaft mit Madison war es schwer, einen wirklichen Kontakt zu etablieren. Von Bonner Seite bestand wenig mehr als ein Briefkontakt zwischen den Auslandsreferenten, während die Universität Madison Sammlungen für Bonn veranstaltete und ein großes Interesse an den Bonner Verhältnissen zeigte. 1954 schickte sie beispielsweise eine von 1.500 Studenten unterschriebene Grußkarte an den Bonner AStA.⁴⁷⁸ Mitte der 50er Jahre intensivierten sich die Kontakte zu Madison. Im Wintersemester 1954/55 erfolgte erstmals ein Studentenaustausch in Form eines Jahresstipendiums für einen Bonner und einen amerikanischen Studenten.⁴⁷⁹ Doch bereits nach dem ersten erfolgreich durchgeführten Austausch musste die Universität Madison die Stipendienvergabe wegen Geldmangels einstellen.⁴⁸⁰

Studentischer Austausch mit dem Ausland wurde seit Beginn der 50er Jahre zunehmend zu einem Normalfall. Ein Auslandssemester oder zumindest ein längerer Besuch im Ausland im Rahmen des Studiums waren keine Ausnahmereisungen mehr. Dagegen waren Auslandsaufenthalte für die erste Nachkriegsstudentengeneration eine große Ausnahme, die nur wenigen Studenten zuteil wurde. Auslandsreisen erfolgten in der Regel zu Ernteeinsätzen, nicht zu Studienzwecken. Erst nach Gründung der Bundesrepublik wurde die Möglichkeit eines Auslandsstudiums immer mehr zu einer Selbstverständlichkeit, von der jedoch vor allem die nachrückenden jüngeren Studenten profitieren konnten.

4.5. Zusammenfassung: Die allmähliche Normalisierung

Die Untersuchungen des vorangegangenen Kapitels haben gezeigt, welche Studienbedingungen in den ersten Nachkriegssemestern herrschten, welche Maßnahmen zur Linderung der Not ergriffen wurden und wie sich nach Währungsreform und Gründung der Bundesrepublik die Verhältnisse zu verbessern begannen. Dabei wurde deutlich, dass gerade die erste Nachkriegsstudenten-

476 Nachrichtenblatt 5. Jg. (1953), Nr. 6, S. 7.

477 AStA-Sitzung vom 15.12.1953, UAB AStA 81 – 66.

478 Nachrichtenblatt, 6. Jg. (1954), Nr. 4, S. 4 f. und Nr. 5, S. 23.

479 Nachrichtenblatt, 7. Jg. (1955), Nr. 3, S. 25 f.

480 AStA-Sitzung vom 3.5.1955, UAB AStA 81 – 70.

generation in besonderem Maße den widrigen Studienbedingungen der Wiederaufbauzeit ausgesetzt war. Die nachfolgende, jüngere Generation konnte dagegen ihr Studium in normalisierten Verhältnissen absolvieren.

Bei der Wiedereröffnung der Universität war die Unterbringung der Studenten das größte Problem, das es zu lösen galt. Durch die Einrichtung von Notunterkünften in ehemaligen Luftschutzbunkern konnte allen Studenten zumindest ein Dach über dem Kopf geboten werden. Die schnell ansteigenden Studentenzahlen verschärften die Wohnungsnot bis im Wintersemester 1947/48 der Höhepunkt erreicht war. Der Rückgang der Bewerberzahlen in den folgenden Semestern und der fortschreitende Wiederaufbau der Stadt Bonn sorgten für eine allmähliche Entspannung auf dem Wohnungsmarkt. Seit Beginn der 50er Jahre standen den Studenten mehrere vom Studentenwerk betreute Wohnheime zur Verfügung. Wenn auch Zimmer weiterhin ein knappes Gut blieben, so war doch ab Anfang der 50er Jahre eine menschenwürdige Unterkunft auch für Studenten eine Selbstverständlichkeit.

Neben der Wohnungsnot war die Nahrungsmittelknappheit die größte Sorge der Studenten. Die Briten führten das deutsche Zuteilungssystem fort, mussten aber bereits kurz nach Kriegsende die Rationen drastisch reduzieren. Insbesondere Studenten, die fern der Heimat nicht auf die Unterstützung ihrer Familien zählen konnten, waren gezwungen, sich durch Schwarzmarktgeschäfte die notwendige Kalorienzahl zu organisieren. Durch die 1947 anlaufenden Hilfslieferungen aus dem Ausland konnte die schlimmste Not gelindert werden. Doch blieb der Hunger bis 1948 für viele Studenten ein ständiger Begleiter. Mit der Währungsreform entspannte sich die Versorgungsnot auf dem Nahrungsmittelmarkt. 1950 wurden die Studentenspeisungen und die Rationierung der Lebensmittel eingestellt. Die Einrichtung der Mensa im Studentenhaus 1950 tat ein Übriges zur Verbesserung der Versorgungslage.

Eine direkte Folge der schlechten Lebensmittelversorgung in den ersten Nachkriegsjahren war der besorgniserregende Gesundheitszustand der Studenten. Unterernährung mit Hungerödemen und Tuberkulose waren häufige Erkrankungen. Seit 1946 wurden daher regelmäßig Reihenuntersuchungen der Studenten durchgeführt. Mit der Einführung neuer Medikamente und der sich verbessernden Ernährungslage gingen seit 1948 die Verbreitung der Tuberkulose und die Mortalität der Erkrankten unter den Studenten deutlich zurück. Auch die kriegsversehrten Studenten, die das Bild der Universität in den ersten Nachkriegsjahren prägten, schlossen ihr Studium zum großen Teil bis Anfang der 50er Jahre ab und verließen die Universität.

Neben Nahrung und Wohnung mangelte es den Studenten auch an anderen materiellen Gütern. Hier sind vor allem Kleidung, Bücher und Schreibwaren zu nennen. Auch hier halfen Spenden aus dem Ausland, die ab 1947 in größerem Umfang einsetzten. Hinsichtlich der materiellen Notlage bildete die Wäh-

rungsreform einen deutlichen Einschnitt. Bis 1948 verfügten die Studenten zum Großteil über ausreichende Geldmengen, ihnen mangelte es jedoch an materiellen Gütern. Diese Situation kehrte sich mit der Währungsreform um. Die Studenten kompensierten den durch die Reform bedingten Geldverlust durch Werkstätigkeit. Mit Verbesserung der allgemeinen Versorgungslage ging die materielle Not zurück, Geldnöte blieben aber auch in den 50er Jahren für viele Studenten akut.

Zur Bewältigung der sozialen Not der Studenten gründete sich bereits 1945 wieder der Verein Studentenwohl. Dieser richtete zunächst mehrere provisorische Mensabetriebe und ein Akademisches Wohnungsamt ein, um der drängendsten studentischen Bedürfnisse Herr zu werden. Im Laufe der Zeit differenzierten sich die Aufgaben, es wurde das Akademische Hilfswerk als Dachorganisation gegründet. Unter der Leitung von Friedrich Oertel übernahm dieses die Koordination aller Hilfseinrichtungen der Universität. 1948 begann der Verein mit dem Wiederaufbau des Studentenhauses, das 1949 fertiggestellt werden konnte. Das Studentenhaus wurde zum Symbol der Überwindung der Provisorien im Bereich der studentischen Fürsorge. Zu Beginn der 50er Jahre traten die außerordentlichen Aufgaben der Nachkriegszeit, wie Spendenverteilung und Betreuung der Bunkerstudenten, mehr und mehr in den Hintergrund und wurden durch die klassischen Aufgaben der Studentenwerke, wie Mensa- und Wohnheimverwaltung, ersetzt.

Nach der Währungsreform trat die finanzielle Unterstützung der Studenten in den Vordergrund. Aus den Einnahmen aus dem studentischen Sozialbeitrag, später auch gefördert durch umfangreiche Mittel des Landes Nordrhein-Westfalen, gewährte der Verein Studentenwohl Vergünstigungen an bedürftige Studenten in Form von Darlehen, Beihilfen oder Gebührenerlassen. Die dafür aufgewandten Gelder stiegen stetig an, immer mehr Studenten konnten davon profitieren. Die finanziellen Probleme, mit denen die Studenten nach der Währungsreform konfrontiert wurden, konnten dadurch jedoch nur zum Teil gelöst werden. Ein Großteil der Studenten blieb auf Werkarbeit angewiesen. Trotz Ausweitung des Stipendienwesens von Seiten des Staates oder privater Stiftungen blieb die Studienfinanzierung bis in die 50er Jahre eine der vorrangigsten Sorgen der Studenten. Hier schuf erst die Studienförderung nach dem Honnefer Modell Abhilfe.

Die Struktur der Lehre änderte sich nach 1945 nur wenig. Zwar waren die ersten Nachkriegssemester von notwendiger Improvisation geprägt, die Chance zu einer umfassenden Universitätsreform wurde jedoch nicht wahrgenommen. Die Überwindung der Provisorien und die möglichst schnelle Wiederherstellung der Normalität hatten nach dem Krieg Vorrang. Als ab 1947 auf Druck der Briten Vorschläge zu einer Universitätsreform unterbreitet wurden, hatten sich die universitären Strukturen bereits soweit wieder verfestigt, dass sich die Re-

formansätze gegen den Widerstand der Ordinarien nicht durchsetzen ließen. Allein die Einführung des Studium Generale wurde als Reformansatz verwirklicht.

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Normalisierung der Verhältnisse stellte die Wiederaufnahme von Kontakten zum Ausland dar. Bereits 1946 wurden erste Schritte in diese Richtung unternommen, ab 1947 fanden regelmäßige Reisen deutscher Studenten ins Ausland statt. Lag zunächst der Schwerpunkt noch bei Ernteeinsätzen in der Schweiz und Großbritannien, so entwickelten sich im Laufe der Zeit Partnerschaften mit ausländischen Universitäten, mit denen ein regelmäßiger Studentenaustausch vorgenommen wurde. Die erste dieser Partnerschaften wurde 1949 mit der landwirtschaftlichen Hochschule Ultuna in Uppsala aufgenommen.

Alles in allem wird deutlich, dass sich nach den Einschnitten der Währungsreform und der Gründung der Bundesrepublik die Studiensituation normalisierte. Parallel zum Abgang der ersten Nachkriegsstudentengeneration von der Universität verloren auch die besonderen Notlagen der Nachkriegszeit an Bedeutung. Die nachfolgende Studentengeneration sah sich in weit weniger starkem Maße mit Hunger und Mangel konfrontiert. Es bleibt mit einem Kommilitonen aus dem Jahre 1951 mit Blick auf die ersten Nachkriegssemester festzustellen: »Die Kämpfe der Nachkriegszeit sind vorbei. Der Ausnahmezustand ist beendet. Ein neues, geregeltes Leben hat begonnen.«⁴⁸¹ Die Generation der ersten Nachkriegsstudenten, die wie im dritten Kapitel gezeigt wurde, schon durch vergleichbare Einflüsse während des ›Dritten Reiches‹ und vor allem während des Krieges eine homogene Gruppe bildete, auf die der Generationsbegriff Anwendung finden kann, wurde durch die auch in der Zeit nach dem Krieg gemeinsam durchlebten Erfahrungen, in der Ausbildung eines Generationsbewusstseins bestärkt. Die ersten Nachkriegsstudenten konstituierten sich nun angesichts der durchlebten Nachkriegsnot auch als Erfahrungsgemeinschaft, die sich seit dem Ende der 40er Jahre immer stärker in Abgrenzung von den jüngeren Studenten als eigene Generation definierte.

481 Gerd Hennenhofer, *Musenstadt mit 2 Kanonen*, in: DSZ 1 (1951), H. 3/4, April 1951.

5. Organisation und Einstellung der Studentenschaft

In den vorangegangenen Kapiteln wurde deutlich, dass die Studentenschaft der Nachkriegszeit eine besondere Struktur aufwies und dass sie unter besonderen Bedingungen ihr Studium absolvierte. Bei beiden untersuchten Aspekten war eine Umbruchszeit zwischen 1948 und 1952 erkennbar. Mit dem Generationswechsel innerhalb der Studentenschaft, dem Abgang der ersten Nachkriegsstudentengeneration von der Universität, ging auch eine Änderung der Studienbedingungen einher.

Im Folgenden soll nun untersucht werden, ob der konstatierte Generationswechsel auch Einflüsse auf die Organisation und die Einstellung der Studenten hatte. Es wird also der Frage nachgegangen, ob sich aus der Analyse einzelner studentischer Gruppen und studentischer Meinungsäußerungen eine spezifische Haltung der ersten Nachkriegsstudenten zu politischen, universitären oder gesellschaftlichen Themen ableiten lässt. Da der einzelne Student in seiner politischen Haltung nur dann fassbar wird, wenn er sich aktiv am Hochschulleben beteiligt, wird der Blick zunächst auf die drei Bereiche gelenkt, in denen den Studenten die Möglichkeit gegeben wird, seiner Meinung Ausdruck zu verleihen: der studentischen Selbstverwaltung, den studentischen Vereinigungen und den studentischen Zeitungen.

Durch Untersuchung der Organisationsstruktur der Studenten wird verdeutlicht, welche Studenten sich an der aktiven Gestaltung der universitären Entwicklung beteiligten und welche Ziele die einzelnen Gruppen und Strömungen verfolgten. Dabei steht zunächst der Allgemeine Studentenausschuss (AStA) im Mittelpunkt, der den Studenten die unmittelbarste Möglichkeit der Mitwirkung an hochschulpolitischen Entscheidungsprozessen eröffnete. In einem weiteren Schritt wird dann das weite Spektrum studentischer Vereinigungen in den Blick genommen, das eine Fülle von unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Studentenschaft deutlich werden lässt. Dabei wird auch hier das Augenmerk besonders auf mögliche Umbrüche zu Beginn der 50er Jahre zu lenken sein. Als dritter Bereich studentischer Meinungsäußerungen leitet die Analyse der studentischen Zeitungen als individuellste Möglichkeit der Stel-

lungnahme zu politischen und gesellschaftlichen Themen zum letzten Abschnitt über, in welchem abschließend die Haltung der Studenten zu konkreten politischen Zeitfragen untersucht wird. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, ob sich angesichts einer generationsbildenden gemeinsamen Erfahrung während des ›Dritten Reiches‹ einerseits und der besonderen Studiensituation in der Nachkriegszeit andererseits eine spezifische politische Haltung der ersten Nachkriegsstudentengeneration herausbildete, die sich von der der nachfolgenden jüngeren Studentengeneration unterscheiden lässt.

5.1. Die studentische Selbstverwaltung

Die studentische Selbstverwaltung konnte nach dem Zweiten Weltkrieg bereits auf eine knapp dreißigjährige Geschichte zurückblicken. Im Verlauf der Novemberrevolution 1918 hatten sich die ersten Allgemeinen Studentenausschüsse als Interessenvertretung der Studentenschaften einzelner Hochschulen gebildet.¹ Im Jahr darauf schlossen sich die einzelnen Studentenschaften in der Deutschen Studentenschaft (DSt) zusammen.² Diese wurde in Preußen 1920 durch eine Verordnung des Staatsministeriums anerkannt und mit der Wahrnehmung der studentischen Selbstverwaltung beauftragt.³

Die Studentenschaften der Weimarer Republik wurden von den Korporationen dominiert. Parteipolitik spielte zunächst keine Rolle. Erst mit dem Auftreten des NSDStB begann die Einflussnahme parteipolitischer Gruppen auf die Studentenvertretung.⁴ Nach 1933 wurde auch die Studentenvertretung von der Gleichschaltungspolitik der Nationalsozialisten erfasst. An die Stelle der gewählten Ausschüsse traten vom Reichswissenschaftsminister (später vom Reichsstudentenführer) ernannte Studentenschaftsführer.⁵ Die studentische Selbstverwaltung im Sinne einer gewählten Studentenvertretung existierte damit nicht mehr.

In der Deutschen Studentenschaft hatte der NSDStB bereits seit 1931/32 die Führung übernommen.⁶ Zwischen DSt und Studentenbundsführung entwickelten sich andauernde Kompetenzkonflikte, die erst durch Adolf Scheel, der 1936 in Personalunion die Führung von Studentenbund und DSt übernahm,

1 Gieseke: Die verfaßte Studentenschaft, S. 13. In Bonn war die Bezeichnung Allgemeine Studenten-Arbeitsgemeinschaft (ASTAG) üblich.

2 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 26.

3 Rohwedder, Selbsthilfe, S. 236.

4 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 31.

5 Gieseke, Die verfaßte Studentenschaft, S. 20.

6 Ebd.

überwunden werden konnten.⁷ 1945 wurde der NSDStB aufgelöst. Auch die Deutsche Studentenschaft wurde von den Alliierten als NS-Organisation angesehen und erlitt das gleiche Schicksal. Damit bestand bei der Wiedereröffnung der Universitäten keine Körperschaft, welche die Vertretung studentischer Interessen für sich in Anspruch nehmen konnte.

Die Wiedereinrichtung von Studentenvertretungen war für die Briten ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Demokratisierung der Hochschulen. Bereits im September 1945 erachtete es die Education Branch für wünschenswert, dass nach der Wiedereröffnung der Universitäten so schnell wie möglich Studentenvertretungen gebildet würden.⁸ Doch ließen die zugelassenen Studenten bei den Briten Zweifel wachsen, ob die Zeit für eine AStA-Wahl schon gekommen sei. Ein Memorandum der University Section äußerte sich Ende November 1945 kritisch zu frühzeitigen AStA-Wahlen und bezeichnete die Studenten als dafür noch nicht reif genug.⁹ Dagegen setzten von Seiten der Studenten selbst erste Bestrebungen zum Aufbau einer Selbstverwaltung schon vor der Wiedereröffnung der Universität ein. Im September 1945 meldeten sich drei Medizinstudenten beim Rektor und erklärten ihre Bereitschaft, beim Aufbau einer Studentenschaft mitzuwirken.¹⁰ Zum Vorbild der Bonner Studenten avancierte dabei der »Zentralausschuss der Hamburger Studenten«, der sich bereits im Frühjahr 1945 konstituiert hatte.¹¹ Dieser Ausschuss, der von Seiten der Militärregierung und der Hamburger Universität anerkannt wurde, suchte im Herbst 1945 den schriftlichen und persönlichen Kontakt zu anderen Hochschulen der britischen Zone. Auf Vermittlung Konens traten die drei Bonner Medizinstudenten Anfang Oktober in Verbindung mit einer Abordnung des Hamburger Zentralausschusses, die Bonn besuchte.¹² Die Anerkennung durch die Universität blieb der Studentengruppe jedoch versagt. Es wurde ihr nur eine Anerkennung als Fachschaftsvertretung, nicht als Vertretung der gesamten Studentenschaft ausgesprochen.¹³ Auch in der Philosophischen Fakultät gab es eine Gruppe von Studenten, die Pläne für eine Studentenvertretung ausarbeiteten. Der Initiator war hier der Student Helmut Tappen, der zusammen mit dem von

7 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 94.

8 Schreiben vom 14.9.1945, PRO FO 1050/1279.

9 The Future of German Universities, Memorandum vom 26.11.1945, PRO FO 1050/1279.

10 Brief eines Studenten an Rektor Konen vom 8.10.1945, UAB MF 68 – 11.

11 Die erste Sitzung des Ausschusses fand bereits am 5.5.1945 statt, Lang, Deutsche Anglistik, S. 233. Zum Hamburger Studentenausschuss vgl. Albrecht, Hans-Christian: Student 1945. Ein Zeitzeuge erinnert sich, S. 24 f.

12 Brief eines Studenten an Rektor Konen vom 8.10.1945, UAB MF 68 – 11.

13 Auf der Senatssitzung vom 22.11.1945 erwähnt Konen die Existenz einer Fachschaftsvertretung, UAB Senat 33 – 1.

den Nationalsozialisten verfolgten kommunistischen Dozenten Walter Markov im Herbst 1945 ein erstes Treffen arrangierte.¹⁴

Nach der Wiedereröffnung der Universität konnten konkrete Schritte zur Errichtung einer Studentenvertretung eingeleitet werden. Noch im November 1945 forderte die britische Militärregierung die deutschen Hochschulen auf, Studentenvertretungen so schnell wie möglich einzurichten.¹⁵ Die Universität Bonn blieb zunächst untätig, überließ den Studenten die Initiative und stand letztlich den studentischen Bestrebungen sogar reserviert gegenüber.¹⁶ In Bonn hatte sich im Laufe des Wintersemesters 1945/46 aus verschiedenen Gruppen aktiver Studenten ein Kreis geformt, der mit Vorbereitungen für eine Organisation der Studentenschaft begann. Dieser Kreis wandte sich im Frühjahr 1946 schließlich an Rektor und UECO und man verständigte sich darauf, dass ein provisorischer Ausschuss die Aufgaben der Studentenvertretung kommissarisch übernehmen und ordentliche Wahlen vorbereiten sollte.¹⁷

In der ersten Ausgabe der Bonner Universitätszeitung wandte sich der provisorische Ausschuss erstmals an die studentische Öffentlichkeit. Er berichtete über den Stand der Vorbereitungen zur Einrichtung einer gewählten Studentenvertretung und über die bisher geleistete Arbeit. Dazu gehörten die Mitarbeit im Verein Studentenwohl, die Gründung der Bonner Universitätszeitung und die Einrichtung einer Auskunftsstelle für alle studentischen Angelegenheiten. Der provisorische AStA rief gleichzeitig die Kommilitonen zur tatkräftigen Mitarbeit auf und kündigte an, dass bald Wahlen für einen ordentlichen AStA durchgeführt würden.¹⁸

Die an den Vorarbeiten für eine Studentenvertretung im Wintersemester 1945/46 beteiligten Studenten stammten aus allen Fakultäten mit Ausnahme der Landwirtschaftlichen.¹⁹ Besonders auffällig ist das große Engagement der katholischen Theologen, die sich mit fünf Studenten an den Arbeiten beteiligten. Festzustellen ist, dass sich besonders im Studium fortgeschrittene Studenten für die Schaffung einer Studentenvertretung einsetzten. Das Alter der aktiven Studenten lag um fast ein ganzes Jahr über dem Durchschnitt.²⁰

Über die politische Zusammensetzung des Ausschusses gibt es zwei grund-

14 Gecks, Erste Versuche, S. 32.

15 Chief ECO Colonel Walker an Oberpräsident Lehr am 15. 11. 1945, UAB AStA 47 – 1.

16 So ist wohl die Bemerkung Tappens in: BUZ Nr. 1, 16. 5. 1946, S. 1 zu verstehen, dass gegen Ende des Wintersemesters »nunmehr auch bei Magnifizenz und dem Senat keine Bedenken mehr« gegen die Einrichtung einer Studentenvertretung bestünden.

17 Tappen, in: BUZ Nr. 1, 16. 5. 1946, S. 1 – 2. Erstmals erwähnt wird die Existenz eines provisorischen Studentenausschusses in Bonn in der Senatssitzung vom 18. 4. 1946, UAB Senat 33 – 2.

18 Tappen, in: BUZ Nr. 1, 16. 5. 1946, S. 1 – 2.

19 BUZ, Nr. 3, 18. 6. 1946.

20 Angaben nach Studentenkartei.

verschiedene Ansichten. Nach den Lebenserinnerungen Walter Markovs kam der Ausschuss vor allem unter parteipolitischen Erwägungen zustande, so dass diesem auch die drei KPD-Mitglieder Bönninger, Engelbert und Pollmann angehörten.²¹ Hierbei handelt es sich wohl um Mitglieder der o.g. Gruppe, die sich um Helmut Tappen (SPD) und Walter Markov (KPD) gebildet hatte. Der Ausschuss selbst sah sich dagegen als parteipolitisch und konfessionell neutral und maß der politischen Ausrichtung seiner Mitglieder wenig Bedeutung bei. In einem Bericht über den provisorischen Ausschuss in der Bonner Universitätszeitung im Sommer 1946 werden 23 Studenten und Studentinnen namentlich genannt, die sich an der Studentenvertretung beteiligt hatten.²² Nicht erwähnt werden hier die drei KPD-Mitglieder, die in der Erinnerung Markovs eine wichtige Rolle spielten.

Walter Markov deutete die von der Studentenvertretung versicherte parteipolitische Neutralität nicht als überparteiliche Zusammenarbeit, sondern als Zusammenarbeit von Vertretern aller Parteien. Die dabei von Markov zunächst beobachtete Dominanz der linken Parteien sah er durch die vorzeitig durchgeführten Wahlen unterbrochen und das konservative Element im Studentenausschuss gestärkt.²³ Es scheint jedoch so, als ob die Mitarbeit der kommunistischen Kandidaten auch vor der Wahl von den übrigen Mitgliedern der provisorischen Studentenvertretung nicht wahrgenommen oder nicht gewünscht wurde. Konservative, d. h. nichtkommunistische Mitglieder gaben bereits vor der Wahl im provisorischen AStA den Ton an.

Zudem konnte von einer vorzeitigen Wahl in Bonn keine Rede sein. Die Militärregierung mahnte auf der Hochschulkonferenz Ende Mai 1946 an, dass bis zum Beginn des Sommersemesters 1946 studentische Ausschüsse gebildet werden müssten. Hintergrund war eine von den Briten initiierte Zonenkonferenz der Studenten, zu der jede Universität gewählte Vertreter entsenden sollte.²⁴ Bis zum 25. Juni 1946 dauerte es schließlich, bis in Bonn die erste Wahl einer Studentenvertretung durchgeführt werden konnte. Die Vertreter wurden dabei auf Fakultätsebene für ein Jahr gewählt. Von jeder Fakultät wurden zwei (von der medizinischen als größter Fakultät drei) Vertreter in den AStA entsandt. Die

21 Markov, Zwiesprache, S. 129; dem schließt sich Gecks, Erste Versuche, S. 32 ff. an.

22 Paul Adenauer (kath.theol), Karl Becker (ev.theol), Oskar Berndt (med), Paul Didden (med), Marianne Elfes (med), Paul Gensenhus (rer.nat), Georg Gussmann (phil), O. Haferkamp (med), F. Heussen (med), Eduard Kaes (jur), Kurt Kluth (rer.nat), Matthias Kreuels (rer.nat), Wilhelm Mauer (phil), Helmut Münz (kath.theol), Martin Neuffer (jur), August Reinerl (phil), Helmut Rottleb (kath.theol), Kurt Rüsse (med), Johannes Schmitz (kath.theol), Erich Seiler (jur), Helmut Tappen (phil), Ferdinand Weiler (jur), Matthias Wolber (kath.theol), BUZ Nr. 3, 18. 6. 1946, S. 3 – 4.

23 Markov, Zwiesprache, S. 129.

24 4. Hochschulkonferenz am 28./29. 5. 1946 in Göttingen, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 159 f.

Kandidaten wurden auf Grund von Wahlvorschlägen mit mindestens 25 Unterschriften aufgestellt und mussten sich in den großen Vorlesungen den Kommilitonen ihrer Fakultät vorstellen. Von jeder Parteivertretung wurde dabei bewusst abgesehen. Für die Wahl eines Kandidaten war die absolute Mehrheit erforderlich.²⁵

So kann man mit Recht den 26. Juni 1946 als Geburtsstunde der Studentenvertretung in Bonn ansehen, als der am Tag zuvor gewählte AStA zum ersten Mal auf Einladung des Rektors zusammenkam und von diesem mit Handschlag verpflichtet wurde.²⁶ Zum provisorischen Vorsitzenden wurde stud. theol. Johannes Schmitz gewählt, der Vorstand bestand aus Frau Weber (stud. phil.) Horst Stützer (stud. jur.) und Hans Dieter Wolff (stud. med.).²⁷

Der provisorische AStA konnte damit seine Arbeit beenden. Insgesamt hatte er innerhalb der Universität einen schweren Stand. Sowohl von Seiten der Universität als auch von Seiten der Studenten wurde ihm wenig Anerkennung zuteil. Die Studenten standen ihm reserviert und gleichgültig gegenüber.²⁸ Von den 23 aktiven Studenten des Wintersemesters wurden nur sechs in die immerhin 30 Mitglieder umfassende Studentenvertretung gewählt.²⁹ Unmittelbar nach der Wahl wurden in der Presse Stimmen laut, die die Zusammensetzung des AStA scharf kritisierten. Die kommunistische ›Volksstimme‹ warf dem Bonner AStA vor, es handele sich dabei nicht um eine Studentenvertretung, sondern um eine »Offiziersverschwörung«.³⁰ Ähnliche Vorwürfe hatte es auch an anderen Hochschulen gegeben.³¹ Es kann daher darin eher der Versuch gesehen

25 BUZ Nr. 2, 5. 6. 1946, S. 3. Dabei wurde offenbar jedem Kandidaten ein Stellvertreter an die Seite gestellt, so dass jede Fakultät vier (die Mediziner sechs) Vertreter in den AStA entsandten, vgl. unten Anm. 28.

26 UAB AStA 47 – 1.

27 BUZ Nr. 4, 1. 7. 1946, S. 2. Weitere Mitglieder waren [Paul Gerhard] Bergmann (ev.theol), [Arnold Emil] Berge (phil), [Horst] Bürckle (ev.theol), [Karl] Büscher (agr), Paul Didden (med), Marianne Elfes (med), Eva Engels (rer.nat), Ingeborg Flör (med), [Horst] Frowein (jur), [Gisela] Harder (phil), Toni Hippchen (med), [Matthias] Kreuels (rer.nat), [Gerhard Friedrich] Manderbach (agr), Wilhelm Mauer (phil), [Walter] Meister (jur), [Paul] Mikat (kath.theol), H[ans] Roßlenbroich (kath.theol), Helmut Rottleb (kath.theol.), Joh[annes] Schmitz (kath.theol), Schneider (ev.theol), [Hartmut Dieter] Scholz (rer.nat), [Heinz] Ste[mm]ler (agr), [Horst] Stützer (jur), [Anton] Thié von Bomhoff (rer.nat), [Hermann] Versen (agr), [Friedhelm] Waffenschmidt (ev. theol), Frau Weber (phil), Günter Wirtz (med), Hans Dieter Wolff (med).

28 Chronik 1939/40 – 1948/49, S. 74.

29 Gecks, Erste Versuche, S. 33, geht irrtümlich davon aus, dass keiner der aktiven Studenten des Wintersemesters in den ersten AStA gewählt wurde.

30 »AStA-Wahl oder Offiziersverschwörung«, Volksstimme vom 4. 7. 1946, vgl. auch AStA-Sitzung vom 9. 7. 1946, UAB AStA 47 – 1.

31 Beispielsweise in Düsseldorf, dazu: Bayer, Medizinische Akademie, S. 188; hier gab es allerdings tatsächlich eine Kontinuität von NS-Funktionären im AStA, vgl. dazu Sparing, Es wurde gearbeitet, S. 183.

werden, die Arbeit des AStA zu diskreditieren als der, einen Missstand aufzudecken. Der AStA wandte sich in einer öffentlichen Stellungnahme in der BUZ gegen diese Vorwürfe³² und auch Rektor Konen äußerte in einem Brief an den Schriftleiter der Volksstimme sein Unverständnis.³³ Zudem gab stud. med. Hans-Dieter Wolff, Mitglied des AStA-Vorstandes, der persönlich wegen seiner Aktivitäten in einer Studentenkompanie während des Nationalsozialismus angegriffen worden war, eine Erklärung ab, in der er alle Anschuldigungen von sich wies und vermutlich nicht ganz zu Unrecht seinerseits den Vorwurf erhob, hinter dem Artikel stünden Studentengruppen, die bei der AStA-Wahl unterlegen waren.³⁴

Nach seiner konstituierenden Sitzung nahm der AStA am 2. Juli 1946 seine Arbeit auf, indem er durch die Gründung mehrerer Ausschüsse sein künftiges Tätigkeitsfeld absteckte: Gegründet wurden ein Mensaausschuss, der für ein gerechtes Verhältnis zwischen Markenabgabe und gelieferten Lebensmitteln sorgen sollte, ein Sozialausschuss, der für die Zusammenarbeit mit dem Verein Studentenwohl zuständig war, ein Wohnungsausschuss, ein Amt für Zusammenarbeit mit anderen Universitäten sowie ein Kultur-, ein Verfassungs- und ein Sportausschuss. Darüber hinaus wurde ein Pressereferat eingerichtet.³⁵ Deutlicher Schwerpunkt der AStA-Arbeit lag in den ersten Jahren auf der sozialen und wirtschaftlichen Unterstützung der Studenten.

Auf den Sitzungen des AStA wurde eines der wichtigsten Themen gleich zu Beginn angesprochen: die Lösung der Heizfrage im kommenden Winter. Die von der Studentenschaft favorisierte Lösung sah die Vorverlegung des Wintersemesters vor, um bei der befürchteten Brennstoffknappheit die Überschneidung des Wintersemesters mit der Heizperiode möglichst kurz zu halten.³⁶ Der Rektor lehnte diesen Vorstoß jedoch ab, da die Semesterferien für den Wiederaufbau der Universitätsgebäude genutzt werden sollten. Der AStA beschloss daraufhin, eine Urabstimmung in den Fakultäten durchzuführen und den Senat mit dem Ergebnis zu konfrontieren. Zwar war diese erste Initiative des AStA erfolglos, da auch der Senat den Vorschlag zurückwies,³⁷ doch wird erkennbar, dass sich die Studentenschaft sehr schnell demokratische Grundprinzipien zu eigen machte und sie zu ihrem Vorteil zu nutzen versuchte.

Wie sehr man gewillt war, sich auf das neue politische System einzulassen, zeigten auch die früh einsetzenden Bestrebungen zur Ausarbeitung einer Verfassung. Noch im Sommer 1946 setzte der AStA einen Ausschuss ein, der mit der

32 BUZ Nr. 5, 17.7.46, S. 1 und 3.

33 Konen an den Hauptschriftleiter der Volksstimme am 4. 7. 1946, StAB Pr 8/15.

34 Erklärung Wolff vom 4. 7. 1946, HStAD NW 2 – 2, p. 70.

35 AStA-Sitzung vom 2. 7. 1946, UAB AStA 47 – 1

36 AStA-Sitzung vom 16. 7. 1946, UAB AStA 47 – 1.

37 Senatssitzung vom 18. 7. 1946, UAB Senat 33 – 2.

Formulierung einer Verfassung beauftragt wurde.³⁸ Zunächst wurde jedoch lediglich eine Geschäftsordnung festgelegt und die Erarbeitung einer Verfassung nicht weiterverfolgt. Erst 1949 wurde das Thema erneut aufgegriffen und ein neuer Verfassungsausschuss eingesetzt.³⁹ Dieser legte im Wintersemester 1949/50 einen Entwurf vor, der im Wesentlichen der bislang praktizierten Ordnung entsprach, als Ergänzung aber einen Ältestenrat vorsah, der mit der Kassenprüfung und der Feststellung von Verfassungsverletzungen beauftragt wurde.⁴⁰ Am 23. November 1949 wurde der Verfassungsentwurf im Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft veröffentlicht und in der Folge von den Studenten lebhaft diskutiert. In einer am Ende des Wintersemesters 1949/50 durchgeführten Urabstimmung entschied sich die Studentenschaft mit großer Mehrheit für die Annahme der Verfassung,⁴¹ die nach Genehmigung durch den Senat in Kraft treten konnte.

Die Hauptaufgaben des AStA waren auf der einen Seite die Wahrnehmung studentischer Interessen, wobei die parteipolitische Betätigung zunächst noch strikt untersagt war, auf der anderen Seite die studentische Selbstverwaltung. Diese umfasste vor allem die wirtschaftliche Selbsthilfe, aber auch die Pflege des Sports, des geistigen und geselligen Lebens, die Auslands- und Ausländerarbeit und die Förderung des Studiums durch Fachschaften.⁴² Die Wahl der Studentenvertretung erfolgte zunächst einmal im Jahr bevor man 1948 dazu überging, semesterweise je die Hälfte des AStA neu zu wählen.⁴³ Die Wahlbeteiligung war ein Grund steter Klage des AStA.⁴⁴ Sie erschien zu niedrig, die Arbeit des AStA dadurch zu wenig gewürdigt. Die Wahlbeteiligung der ersten Wahl ist leider nicht überliefert. 1947 lag sie je nach Fakultät zwischen 20 % (med.) und 50 % (mat.nat. und kath.theol.) und damit nach heutigen Maßstäben sehr hoch.⁴⁵ Aus damaliger Sicht erschien »der Rückhalt, den der AStA bei 25–30 % der Studentenschaft findet, [...] lächerlich schwach.«⁴⁶ Im Allgemeinen stieg die Wahlbeteiligung am Ende der 40er Jahre an, um in den 50er Jahren wieder zurückzugehen.⁴⁷ Für Bonn liegen leider keine durchgehenden Zahlen dazu vor. Die Klagen über die niedrige Wahlbeteiligung reißen jedoch auch am Ende der

38 AStA-Sitzung vom 2. 7. 1946 UAB AStA 47–1.

39 Sitzung vom 22. 2. 1949, UAB AStA 47–6.

40 Chronik 1949/50, S. 29.

41 UAB PF 138–92, die Studenten der Philosophischen Fakultät stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 54 % mit 75,7 % für die Verfassung.

42 Gieseke, Studentenschaft, S. 21.

43 Sitzung vom 16. 7. 1948, UAB AStA 47–7.

44 AStA-Sitzung vom 21. 5. 1947, UAB AStA 47–1; BUZ Nr. 25, 10. 10. 1947, S. 1.

45 AStA-Sitzung vom 21. 5. 1947, UAB AStA 47–1.

46 Studentische Repräsentation, BUZ Nr. 20, 3. 6. 1947, S. 2.

47 Zur Beteiligung bei AStA-Wahlen allgemein vgl. Krönig/Müller, Nachkriegssemester, S. 221 und 225; Adam, Studentenschaft, S. 5.

40er Jahre nicht ab,⁴⁸ obwohl die Beteiligung bei den beiden Wahlen im Jahr 1948 anscheinend außergewöhnlich hoch gelegen hatte.⁴⁹ Seit Beginn der 50er Jahre stabilisierte sich in Bonn die Wahlbeteiligung zwischen 40 % und 50 %.⁵⁰

Es ist zu bemerken, dass in der Nachkriegszeit tatsächlich der AStA gewählt wurde, nicht ein Studentenparlament. Alle gewählten Vertreter bildeten zusammen den AStA. Sie bestimmten aus ihren Reihen einen Vorstand. Jeder Vertreter war verpflichtet, eine Aufgabe innerhalb des AStA zu übernehmen.⁵¹ Die Einrichtung eines Studentenparlaments nach Berliner Vorbild wurde in der Bonner Universitätszeitung zwar diskutiert, die Mehrheit der Studenten sprach sich jedoch dagegen aus, da ein Studentenparlament ein zu großes Gremium sei, dass die praktische Arbeit behindere und nach Auffassung vieler Studenten nur zum Reden und nicht zum Handeln führe.⁵² Deutlich wird in den Stellungnahmen die tiefe Skepsis gegenüber der parlamentarischen Demokratie, die offenbar bei einem Großteil der Studenten vorherrschte. Diese Skepsis hatte ihre Wurzeln in der nationalsozialistischen Erziehung, die den Parteienstreit der Weimarer Republik als Hauptgrund ihres Niedergangs hervorgehoben hatte.

Trotz des geringen Rückhaltes in der Studentenschaft darf die Bedeutung des AStA in der Zeit vor der Währungsreform insbesondere hinsichtlich der Lösung von Versorgungsproblemen und der Selbsthilfe als nicht zu gering eingeschätzt werden. In der Ausnahmesituation der ersten Nachkriegssemester herrschte eine hohe Interessensolidarität zwischen Studenten- und Professorenschaft in dem Bestreben, möglichst schnell normale Studienverhältnisse zu schaffen.⁵³ Dadurch eröffneten sich dem AStA weitreichende Möglichkeiten zur Mitwirkung bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen Not. Nach der Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse traten die sozialen Aufgaben des AStA zunehmend in den Hintergrund. Diese Entwicklung ist deutschlandweit zu beobachten. Die AStA verloren Ende der 40er Jahre an Bedeutung, da einerseits ihre sozialen Aufgaben mehr und mehr durch die neugegründeten Studentenwerke übernommen wurden, andererseits ihre hochschulpolitischen Mitsprachemöglichkeiten weiterhin eingeschränkt blieben.⁵⁴

Das Vertrauen der Studenten in den AStA wurde durch mehrere Krisen er-

48 AStA-Sitzung vom 21. 7. 1949, UAB AStA 47 – 5.

49 Bei der Wahl im Juli 1948 lag die Beteiligung je nach Fakultät zwischen 48 % (med) und 94 % (landw), BUZ Nr. 37/38; bei der Wahl im November 1948 wird die Beteiligung als ‚hoch‘ bezeichnet, in der Philosophischen Fakultät lag sie bei 50 %, UAB PF 138 – 90.

50 Stengel, Student und Politik, S. A40.

51 Ein dahingehender Beschluss wurde am 16. 7. 1948 gefasst, UAB AStA 47 – 7. Aber auch vorher wurde die Mitarbeit aller Gewählten erwartet.

52 Was halten Sie von der Einrichtung eines Studentenparlaments?, in: BUZ Nr. 20, 3. 6. 1947, S. 3.

53 Adam, Studentenschaft, S. 18.

54 Krönig/Müller, Nachkriegssemester, S. 231.

schüttert. Im Sommer 1947 trat der AStA zum ersten Mal zurück,⁵⁵ da er keine Basis für die weitere Zusammenarbeit mit Rektorat und Senat mehr sah. Die Studenten zeigten für dieses Verhalten wenig Verständnis, warfen ihrer Vertretung vielmehr vor, beleidigt die Flinte ins Korn geworfen zu haben, statt sich um die Lösung der Probleme zu bemühen.⁵⁶ Im selben Jahr belastete die ›Schweiz-Affäre‹ das Verhältnis zwischen AStA und Studentenschaft stark, als die AStA-Vertreter der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät geschlossen an der unter Beteiligung des AStA organisierten Schweizreise teilnahmen.⁵⁷ Ebenfalls 1948 traten erstmals bei einer Kassenprüfung Unregelmäßigkeiten zu Tage, die zu einem wachsenden Misstrauen der Studentenschaft gegen ihre Vertretung führten.⁵⁸

Gerade diese finanziellen Unregelmäßigkeiten ließen eine Reform des AStA dringend geboten erscheinen. Im Sommer 1948 wurden erste Überlegungen zur Einrichtung eines Aufsichtsgremiums angestellt.⁵⁹ 1949 wurde schließlich der Ältestenrat geschaffen, dessen Aufgaben in der Kassenprüfung, in der Feststellung von Verfassungsverletzungen sowie in der Maßregelung bestanden.⁶⁰ Mit dem Ältestenrat gab sich der AStA eine interne Kontroll- und Aufsichtsinstanz.

Zu einer Entfremdung zwischen den Studenten und ihren Vertretern trug die seit Beginn der 50er Jahre hervortretende Prägung vieler AStA durch korporierte Studenten bei.⁶¹ Seit dem Ende der 40er Jahre hatten sich die Korporationen an den Universitäten wieder etabliert und übten eine zunehmende hochschulpolitische Aktivität aus. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Korporationen die Studentenschaft nur noch zu einem geringen Teil erfassten und von vielen Studenten mit Skepsis oder Ablehnung betrachtet wurden. In Bonn liegen nur über die Zeit von Wintersemester 1950/51 bis Wintersemester 1951/52 konkrete Angaben über die Korporationszugehörigkeit der AStA-Mitglieder vor. Im Wintersemester 1950/51 sowie im Sommersemester 1951 waren rund zwei Drittel der AStA-Mitglieder korporiert, im Wintersemester 1951/52 waren es noch 50 %. Die Meisten gehörten einer katholischen Verbindung oder Vereinigung an.⁶² Aus diesen Zahlen wird deutlich, dass das Potenzial zum hochschulpolitischen Engagement bei Studenten mit Korporationshintergrund

55 AStA-Sitzung vom 8.7.1947, UAB AStA 47 – 1.

56 *Sic transit gloria mundi*, in: BUZ Nr. 22/23, 25.7.1947, S. 2.

57 Hastenrath, *Der wirkliche AStA*, in: BUZ Nr. 25, 10.10.1947, S. 2.

58 Chronik 1939/40 – 1948/49, S. 76.

59 AStA-Sitzung vom 17.6.1948, UAB AStA 47 – 7.

60 UAB AStA 47 – 22.

61 Killy, *Studium Generale*, S. 72.

62 Statistik des AStA, in: UAB AStA 47 – 38 und -39.

besonders hoch war, bzw. dass gesellschaftlich aktive Studenten in besonderem Maße den Kontakt zu den Korporationen suchten.

Die Arbeitsfelder des AStA spiegelten sich in seinen Referaten wider. Die in den ersten Semestern nach der Gründung des AStA eingerichteten Ausschüsse zeigen die besonderen Aufgabengebiete der Nachkriegszeit auf. So wurden ein Referat für Studienplatztausch, ein Kohlereferat und ein Mensaausschuss eingerichtet, der die Lebensmittelabgabe der Mensen kontrollierte. Neben diesen speziellen Ausschüssen, die auf die Not der Nachkriegsjahre unmittelbar reagierten, kristallisierten sich bald die Kernaufgaben des AStA heraus, die in den Referaten für Kultur, Ausland, Soziales und Sport angegangen wurden.

Das Kulturreferat sah seine Hauptaufgabe in der Durchführung von Kulturveranstaltungen für Studenten bzw. im Organisieren von verbilligten Karten für die Bonner Theater. Im August 1946 waren die Verhandlungen mit den städtischen Bühnen so weit gediehen, dass für das Wintersemester 1946/47 erste geschlossene Theater-, Opern- und Konzertaufführungen für Studenten mit einer Preisermäßigung von 50–60 % stattfinden konnten.⁶³ Anfang November 1946 wurden für die verbleibenden anderthalb Monate bis Weihnachten insgesamt sechs Bühnenwerke sowie verschiedene Konzerte angekündigt.⁶⁴ Die rege Tätigkeit des Kulturreferates musste nach der Währungsreform auf Grund finanzieller Schwierigkeiten zunächst stark eingeschränkt werden und konnte sich erst zum Sommersemester 1949 wieder entfalten.⁶⁵

Das Auslandsreferat war für Knüpfung und Pflege von Auslandskontakten zuständig, die schon bald in engem Kontakt mit dem UEO angebahnt werden konnten. Die im Referat anfallenden Arbeiten wurden zunehmend umfangreicher, so dass der AStA 1949 das Referat zu einer Auslandskommission mit insgesamt zehn Referenten erweiterte.⁶⁶

Hinsichtlich einer effektiven Vertretung studentischer Belange gelang es dem AStA auf lange Sicht nicht, eine weitreichende Beteiligung an den Universitätsgremien durchzusetzen. Zwar entsandte der AStA Vertreter in den Beirat der Universität, den Disziplinarausschuss, die Immatrikulations- und Förderausschüsse der Fakultäten, den Förderungshauptausschuss, das Auslandsamt, den Soforthilfeausschuss, den Akademischen Sportausschuss, das Kuratorium des Internationalen Studentenbundes und den Vorstand des Studentenwerkes,⁶⁷ das wichtigste Gremium, der Senat, blieb dem AStA jedoch weitestgehend versperrt. Die Arbeit des AStA wurde von Seiten der Professoren nicht geschätzt, die Anwesenheit von Studentenvertretern im Senat war nicht erwünscht und wurde nur

63 AStA-Sitzung vom 6. 8. 1946, UAB AStA 47–1.

64 AStA-Sitzung vom 5. 11. 1946, UAB AStA 47–1.

65 Chronik 1939/40–1948/49, S. 75.

66 AStA-Sitzungen vom 27. 6. und 19. 7. 1949, UAB AStA 47–5.

67 Hans Salz, Die Studentenschaft, in: Studienführer Bonn 1952, S. 188–191, hier S. 190.

akzeptiert, wenn unmittelbar studentische Belange betroffen waren, wobei die Definition dieses Themenfeldes eng begrenzt wurde.⁶⁸ Die von britischer Seite erhobene Forderung, die Studenten in stärkerem Maße an der akademischen Selbstverwaltung zu beteiligen, wurde von den Universitäten schlichtweg ignoriert.⁶⁹ Eine weitgehende Demokratisierung der Universitäten scheiterte so am Widerstand der Professorenschaft: »I am not suggesting that the majority of the professors did not want a democratic Germany, but that many were not keen in favour of democracy in the universities«⁷⁰, so erkannte der Göttinger UECO Bird rückblickend auf die Nachkriegszeit. Ein deutliches Licht auf die Einschätzung der studentischen Selbstverwaltung durch die Professorenschaft wirft der Verfassungsentwurf der Universität Bonn aus dem Jahr 1949. Dieser sah in § 69 eine beratende Beteiligung der Studentenschaft bei allen studentischen Angelegenheiten betreffenden Senatssitzungen vor. In einer Anmerkung zu diesem Paragraphen forderte die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät ein Auflösungsrecht des Senats gegenüber dem AStA sowie die Festsetzung, dass sich die Organe der Studentenschaft ausschließlich mit studentischen Angelegenheiten zu befassen hätten, deren Definition dem Senat vorbehalten bleiben sollte.⁷¹ Wie der Senat die Wichtigkeit der studentischen Beteiligung am obersten Gremium der akademischen Selbstverwaltung einschätzte, zeigte sich an der Frequenz der Teilnahme von Studentenvertretern an Senatssitzungen. Zwischen Oktober 1952 und Januar 1954 waren Vertreter der Studentenschaft zu keiner einzigen Senatssitzung eingeladen worden.⁷²

Eine Umfrage unter Professoren Anfang der 50er Jahre ergab, dass 56 % der Befragten nicht in der Lage waren, aus eigener Erfahrung ein Urteil über den AStA abzugeben. Zwar sahen 81 % im AStA eine notwendige Einrichtung, für eine aktive Mitwirkung an den Universitätsgremien sprachen sich jedoch nur 18 % der befragten Dozenten aus.⁷³ Eine Folge dieser ablehnenden Haltung war ein beschränkter Handlungshorizont des AStA, der die ohnehin reservierte Haltung der Studenten gegenüber ihren Vertretern noch verstärkte. Selbst AStA-Mitglieder sahen ihre Funktion überspitzt auf die Verteilung von Lebensmittelspenden beschränkt.⁷⁴ Zu Beginn der 50er Jahre erkannte auch die Hochschulkonferenz einen Handlungsbedarf hinsichtlich der Beteiligung der Studentenvertretungen an der akademischen Selbstverwaltung. Die Hinterzartener

68 Anger, Probleme, S. 172; Prah, Sozialgeschichte, S. 328.

69 Rohwedder, Selbsthilfe, S. 239.

70 Bird, The Universities, S. 150.

71 UAB Senat 16–16.

72 Nachrichtenblatt 6. Jg. (1954), Nr. 3, 17.2.1954, S. 1–2.

73 Anger, Probleme, S. 158 ff.

74 Horst Uhrig, in: Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform, S. 224.

Konferenz empfahl 1952 die Ausweitung des Verantwortungsbereichs der AStA.⁷⁵ Dieser Aufruf verhallte jedoch in Bonn ungehört.

Einen Einschnitt und Generationswechsel für den AStA bedeutete das Sommersemester 1950. Vorausgegangen war eine Verlautbarung des AStA-Vorstandes zum Schulartikel der Verfassung Nordrhein-Westfalens, der heftige Diskussionen über die Berechtigung des AStA, zu politischen Fragen Stellung zu nehmen, auslöste.⁷⁶ Die Wahrnehmung eines allgemeinpolitischen Mandates war für viele AStA in der Nachkriegszeit eine Selbstverständlichkeit. Bewusst traten sie aus der politischen Zurückhaltung heraus, um sich nicht von dem gegenüber den Universitäten häufig geäußerten Vorwurf der unpolitischen Geistigkeit treffen lassen zu müssen.⁷⁷ Der Bonner AStA hatte bislang in politischen Fragen große Zurückhaltung geübt. Nun sah er sich jedoch durch den Schulartikel der Landesverfassung zu einer Stellungnahme veranlasst. Dies stieß innerhalb der Bonner Studentenschaft auf Widerstand. Besonders die katholischen Verbände wandten sich deutlich gegen ein allgemeinpolitisches Mandat des AStA.⁷⁸ Schließlich billigte der AStA dennoch die ergangene Verlautbarung und fasste den Beschluss, dass der AStA berechtigt sei, zu politischen Fragen öffentlich Stellung zu beziehen.⁷⁹ Um dies mit der Studentenschaft abzustimmen, beraumte der AStA eine Urabstimmung zu dem Thema an, die gleichzeitig mit der Vertrauensfrage verbunden wurde. Nach einer für damalige Verhältnisse mit großer Heftigkeit geführten Propagandaschlacht, die mit Flugblättern und Lautsprecherwagen durchgeführt wurde,⁸⁰ fiel das Votum der Studenten ungewöhnlich deutlich aus: Bei einer Wahlbeteiligung von 55 % sprachen nur 38 % der Studenten dem AStA das Vertrauen aus, 60 % stimmten gegen das politische Mandat. Der AStA trat daraufhin geschlossen zurück, blieb aber bis Semesterende im Amt, um die Arbeit an den im November 1950 neu gewählten AStA zu übergeben.⁸¹ Keiner der alten Mitglieder trat bei der Wahl erneut an, der AStA begann im Wintersemester 1950/51 mit einer komplett neuen Besetzung.

Es wurde deutlich, dass der AStA nur wenig Rückhalt in der Studentenschaft fand. Der AStA war Träger einer demokratischen Aufbruchstimmung, die nicht von allen Studenten geteilt wurde.⁸² Seine Handlungsspielräume waren dabei in den ersten Nachkriegsjahren angesichts der großen Not und der erst im Wie-

75 Anger, Probleme, S. 155.

76 Vgl. dazu Chronik 1949/50, S. 30 f..

77 Adam, Studentenschaft, S. 43.

78 Schmidtman, Katholische Studierende, S. 63; in Bonn tat sich hier besonders die Arminia (KV) hervor, dazu Senff, Generation, S. 87.

79 Sitzung vom 20. 6. 1950, UAB AStA 47 – 3.

80 Chronik 1949/50, S. 31.

81 Sitzung vom 11. 7. 1950, UAB AStA 47 – 3.

82 Maaß, Studentenschaft, S. 145.

derer stehen begriffenen akademischen Hilfswerke deutlich größer als nach deren Konsolidierung. Die Studentenwerke übernahmen in den späten 40er Jahren die Aufgaben des AStA und ließen damit die »vielfältige Initiative der ersten Jahre« abkühlen. Nach dem Generationswechsel im AStA im Wintersemester 1950/51 war die »Notgemeinschaft der ersten Nachkriegsjahre« zerbrochen. »Eine um zehn Jahre jüngere Studentenschaft hatte nun das Heft in der Hand.«⁸³

5.2. Die studentischen Vereinigungen

Das studentische Vereinigungswesen ist eines der markantesten Merkmale des universitären Lebens. Bis in die Weimarer Zeit drückten vor allem die traditionellen Korporationen der Corps, Burschenschaften, Turner- oder Landsmannschaften sowie die verschiedenen katholischen Studentenvereinigungen und -verbindungen dem studentischen Gemeinschaftsleben ihren Stempel auf. Durch die Auflösung der Korporationen im Nationalsozialismus wurden diese Traditionen abgeschnitten. Das Ziel der Nationalsozialisten, mit Kameradschaften eine neue studentische Gemeinschaftstradition zu begründen, scheiterte am geringen Interesse der Studenten. Die Briten verboten nach dem Krieg die Wiederbegründung der alten Korporationen mit ihren aus britischer Sicht feudalen Praktiken und extremen nationalistischen Tendenzen.⁸⁴ Dagegen bemühten sie sich nach Kräften, neue Formen des studentischen Gemeinschaftslebens zu fördern.

Auch die Mehrzahl der Studenten und des universitären Lehrkörpers stand den Korporationen in den ersten Nachkriegsjahren ablehnend gegenüber. Das Bedürfnis nach deren Wiederbelebung war dementsprechend zunächst gering. Dagegen entstanden viele neue Gruppen, die sich bewusst von den Traditionen der alten Verbindungen distanzieren.⁸⁵ Die meisten dieser Gruppen bildeten nur lockere Zusammenschlüsse und hatten eher den Charakter von Freundes- und Interessenskreisen, die sich beispielsweise zur Lektüre bislang verbotener Autoren trafen.⁸⁶ Nach dem Wegfall der aufgezwungenen Organisation im NS-Staat sahen gerade viele junge Menschen die Chance, sich nach ihren persönlichen Interessen ohne Zwang zusammenzuschließen. Dementsprechend erfolgte die Bildung von Gruppen überwiegend informell.⁸⁷ Die meisten dieser entstanden Gruppen waren unpolitisch und erloschen, als die erste Nach-

83 Nachrichtenblatt, 6. Jg. (1954), Nr. 3, S. 2.

84 Some Observations on the political Situation in the Universities, PRO FO 1013/2208

85 Anger, Probleme, S. 74.

86 Hörnemann, Packpapier für Thomas Mann, S. 10.

87 Tietgens, Studieren in Bonn, S. 730.

kriegsgeneration die Universität verließ.⁸⁸ Ein kennzeichnendes Merkmal des studentischen Gemeinschaftslebens in den ersten Nachkriegsjahren war die allgemeine Ablehnung des traditionellen Korporationswesens, das mit der Suche nach neuen Gemeinschaftsformen einherging. Selbst solche Gruppen, die sich mit einer Altherrenschafft zu einer Korporation zusammenschlossen, beabsichtigten oftmals, die Traditionen der Verbindungen zu durchbrechen und auf eine neue Grundlage zu stellen. Die erste Nachkriegsstudentengeneration erwies sich dabei als Träger dieser Neuerungsbewegung, die durchaus in der Lage war, den Restaurierungstendenzen innerhalb der Altherrenschafften zu widerstehen.⁸⁹

Die Briten hatten ein wachsames Auge auf das sich neu entwickelnde studentische Gemeinschaftswesen. Jede neue Vereinigung musste Satzung, Vorstands- und Mitgliederliste dem UECO einreichen und von diesem genehmigen lassen. Auch nach der Übergabe der Hoheit im Bildungsbereich behielten sich die Briten die Aufsicht über die Zulassung studentischer Vereinigungen vor. Dies zeigt, welchen Stellenwert sie den studentischen Vereinigungen beimaßen. Erst im Sommer 1947 begannen die Briten, sich aus dem Zulassungsverfahren für studentische Vereinigungen allmählich zurückzuziehen. Ein Entwurf einer entsprechenden Verordnung wurde auf der Konferenz der UEOs im September 1947 besprochen. Die UEOs zeigten sich angesichts dieser Pläne beunruhigt. Nach ihrer Auffassung war die Zeit noch nicht reif für die Aufgabe der direkten Kontrolle. Der Bonner UEO Kirk verwies darauf, dass besonders der Umgang mit den katholischen Vereinigungen sehr schwierig sei, da diese häufig in überregionalen Dachverbänden organisiert seien und sich so der Kontrolle durch den UEO vor Ort entziehen konnten. Insgesamt sei an den Universitäten ein Driften in eine mehr konservative Richtung zu beobachten, fügte der ehemalige Bonner UECO und damalige Vorsitzende der University Section Pender hinzu.⁹⁰

Dennoch wurde zum Wintersemester 1947/48 das Zulassungsverfahren für studentische Vereinigungen neu geordnet. Die neue Regelung sah vor, dass die Militärregierung die Zulassung von Studentenvereinigungen den Universitäten überlassen und nur im Notfall einschreiten sollte. Nunmehr musste jede neue Gruppe die Lizenzierung durch den Senat beantragen, sofern sie Wert auf Anerkennung durch die Universität legte, mit der die Nutzung der Schwarzen Bretter, der BUZ oder von Universitätsräumlichkeiten für Veranstaltungen verbunden war. Jede Gruppe war darüber hinaus verpflichtet, zu Beginn jedes

88 Krönig/Müller, Nachkriegssemester, S. 258.

89 Damit sei ausdrücklich Helmut Schelsky widersprochen, der v. a. die Professoren als Träger aller Versuche, zu neuen studentischen Gemeinschaftsformen zu kommen, anspricht, vgl. Schelsky, Skeptische Generation, S. 325.

90 10. Konferenz der UEOs am 24./25.9.1947, PRO FO 1050/1233.

Semesters eine Vorstands- und Mitgliederliste einzureichen. Außerdem musste die Satzung durch den Senat genehmigt werden. Seit Januar 1950 wurde auch der AStA am Lizenzierungsverfahren beteiligt.⁹¹ Der Antrag auf Genehmigung ging danach zuerst zum AStA, der eine Empfehlung aussprach und diese an den Senat weiterleitete. Neben der Anerkennung durch den Senat war bis zum Beginn des Sommersemesters 1950 auch die Zustimmung des UEO erforderlich.⁹²

Die einzelnen Vereinigungen waren in ihrer Struktur und Zielsetzung äußerst heterogen. Als erste studentische Zusammenschlüsse wurden die Studentengemeinden von der Militärregierung wieder zugelassen. Die Gemeinden bestanden zum Teil über das Kriegsende hinweg fort oder gründeten sich, wie die Bonner katholische Studentengemeinde, bereits vor der Wiedereröffnung der Universität neu.

Auch politische Hochschulgruppen entstanden unmittelbar nach der Wiedereröffnung der Universitäten. Im Hinblick auf die angestrebte Demokratisierung der Gesellschaft förderten die Briten jede politische Interessenvereinigung. Dabei war die Anlehnung an eine politische Partei für die studentischen Gruppen zunächst sowohl verboten als auch von den Studenten selbst unerwünscht.

Mit einiger Verzögerung gegenüber den Hochschulgemeinden und den politischen Gruppen gründeten sich die Korporationen neu. Diese entstanden auf Grund des britischen Verbotes zunächst unter Decknamen als Gruppen innerhalb der Katholischen Studentengemeinschaft (KSG). Von dort aus schlossen sich viele Gruppen einer der noch bestehenden Altherrenschaften an, so dass wieder Korporationen im ursprünglichen Sinne entstanden, die bald gegen den Willen der Universität und der Briten ihre alten Traditionen aufnahmen.

Neben diesen drei Kategorien von studentischen Vereinigungen gab es gerade in der Nachkriegszeit eine Fülle von Interessengemeinschaften, Clubs und Gruppen mit unterschiedlichster Zielsetzung. Die meisten von ihnen bestanden nur kurze Zeit. Da die umfassende Quellenüberlieferung jedoch erst mit der Beteiligung der Universität am Zulassungsverfahren 1947 einsetzt, sind diese Gruppen nur in wenigen Fällen in den Akten fassbar.

5.2.1. Die Studentengemeinden

Die Kirchen beider Konfessionen erlebten nach dem Krieg eine starke Aufwertung. Sie waren diejenigen Institutionen, die als weitgehend frei von nationalsozialistischer Durchdringung angesehen wurden. Insbesondere die katholische

91 Senatssitzung vom 10. 1. 1950, UAB Senat 33 – 6.

92 Nachrichtenblatt 2. Jg. (1950), Nr. 3, S. 9.

Kirche und die Bekennende Kirche der Protestanten hatten sich als Instanzen erwiesen, die in dem Ruf standen, gegen den Nationalsozialismus Widerstand geleistet zu haben und denen nach dem Krieg großes Vertrauen entgegengebracht wurde. Gleichzeitig wurden sie von den Besatzungsmächten als geeignet angesehen, bei der moralischen und geistigen Erneuerung Deutschlands eine wichtige Rolle zu spielen.⁹³ Gestützt wurde die führende Rolle der Kirchen in der Gesellschaft der Nachkriegszeit vor allem durch das hohe Ansehen, das sie bei der Militärregierung genossen, die immer wieder auf Kirchenführer als verlässliche Ansprechpartner zurückgriff.⁹⁴

Auch an den Universitäten gewannen die Studentengemeinden an Bedeutung. Die Kirchen waren die ersten, die nach dem Zusammenbruch den Raum und die Möglichkeit zur Etablierung studentischer Gruppen bieten konnten.⁹⁵ Angesichts einer tief verunsicherten Generation von Kriegsteilnehmern konnten die Gemeinden einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Selbstbewusstseins der Studenten leisten.⁹⁶ Die Gemeinden beider Konfessionen hatten nach dem Krieg starken Zulauf. Mitscherlich spricht gar von einer regelrechten »Flucht ins Christentum«.⁹⁷

5.2.1.1. Die katholische Studentengemeinde

Die katholische Studentenseelsorge war während des Nationalsozialismus durch die Auflösung der katholischen Studentenverbindungen, die zum Träger der sich erst langsam entwickelnden Studentengemeinden geworden waren, in eine tiefe Krise gestürzt worden. Die Auflösung der Verbindungen hatte jedoch andererseits dem Gemeindebewusstsein neue Impulse geben können.⁹⁸ Das katholische Gemeinschaftsleben konzentrierte sich nunmehr an einem einzigen Ort: in der Studentengemeinde, die sich um den jeweiligen Studentenseelsorger bildete.

Die bestimmende Figur der Bonner katholischen Studentengemeinde nach dem Krieg war Prälat Josef Steinberg.⁹⁹ Ursprünglich Studentenpfarrer in Köln, verschlug es ihn nach der Zerstörung der Kölner Universität nach Bonn, wo er Wohnung bei seinen drei Tanten in der Riesstraße 22 bezog. Hier wurde er von Kardinal Frings mit der vertretungsmäßigen Betreuung der Bonner Studenten

93 Thierfelder, Kirchenpolitik, S. 6; Grebing, Nachkriegsentwicklung, S. 116.

94 Schmidtman, Katholische Studierende, S. 103.

95 Ebd., S. 104.

96 Krönig/Müller, Nachkriegssemester, S. 273, auch Maaß, Studentenschaft, S. 218.

97 Mitscherlich, Not der Studenten, S. 158.

98 Maul, Möglichkeiten, S. 14.

99 Zur Rolle Steinbergs und zur Geschichte der katholischen Studentengemeinde vgl. v. a. die aus Anlass seines 70. Geburtstages von den »Alten Bonnern« herausgegebene Festschrift »Bonner Studentengemeinde mit Josef Steinberg 1945 – 1957«, Bonn 1974.

beauftragt. Der bisherige Studentenfarrer Wilhelm Tosetti hatte nach der Zerstörung seiner Wohnung Bonn verlassen. So war es Steinberg, der die Geschicke der Bonner Studentenseelsorge nach dem Krieg in die Hand nahm, als klar wurde, dass Tosetti nicht mehr nach Bonn zurückkehren würde.¹⁰⁰ Er begann, eine Gemeinde um sich zu sammeln, organisierte die ersten Veranstaltungen und las ab Juli 1945 regelmäßig Messen.¹⁰¹ Am 6. Juli 1945 lud Steinberg zu einem Vortrag von Kaplan Wolff ein, der ersten Veranstaltung der Studentengemeinde nach dem Krieg.¹⁰² Zu diesem Vortrag kamen 375 Zuhörer, eine beachtliche Zahl, wenn man bedenkt, dass die Universität zu diesem Zeitpunkt noch nicht wiedereröffnet worden war. Mitte August setzten mit einem weiteren Vortrag von Wilhelm Neuss eine regelmäßige Veranstaltungsreihe ein, die das rege Leben der katholischen Studentengemeinde dokumentierte.¹⁰³ Bereits vor der Wiedereröffnung der Universität hatte sich damit um Steinberg ein Kreis gebildet, der den Kern der späteren Katholischen Studentengemeinschaft (KSG) darstellte. Eine von Steinberg im Sommer 1945 angelegte Liste der »Allerersten« enthielt 104 Namen.¹⁰⁴

Nach der Wiedereröffnung der Universität fand die Studentengemeinde großen Zulauf. Neben der Sonntagsmesse wurde eine wöchentliche Werktagmesse donnerstags morgens um sieben Uhr gehalten. Es wurden mehrere Arbeitskreise etabliert, ein Singkreis und eine Schola gründeten sich.¹⁰⁵ Der Fokus in der frühen Zeit lag auf den Arbeitskreisen, in welchen religiöse, philosophische und gesellschaftliche Themen erörtert wurden sowie auf der karitativen Arbeit. Die Gruppe um Steinberg vergrößerte sich im ersten Nachkriegssemester stark, so dass bald die Bildung von Untergruppen erforderlich wurde. Im Januar 1946 gründeten sich die St. Georg- und die Winfried-Gruppe, wenig später die St. Engelbert-Gruppe.¹⁰⁶ Etwa 200 Studenten bildeten im Wintersemester 1945/46 insgesamt neun Gruppen, die sich teilweise selbst als Lebensgemeinschaften nach Art der früheren Korporationen verstanden.¹⁰⁷

Im Januar 1946 entstanden Bestrebungen, der Studentengemeinde eine feste Form zu geben. Erste Impulse gingen dabei von den Arbeitskreisen aus. Die Vorarbeiten übernahmen die bestehenden Gruppen. Diese bildeten einen Arbeitsausschuss, der die Konstituierung der Katholischen Studentengemeinschaft als Zusammenschluss der Gruppen der Studentengemeinde vorbereitete

100 Bericht Steinbergs an das Generalvikariat am 20. 7. 1945, AEK, CR II 9,1.1.

101 Die erste Messe fand am 19. Juli statt, AEK CR II 9,1.2.

102 Einladungskarte ebd.

103 Tagebuchaufzeichnungen Steinbergs, AEK NL Steinberg 90 (56).

104 Bonner Studentengemeinde, S. 23.

105 AEK CR II 9,1.1.

106 Bonner Studentengemeinde, S. 27.

107 AEK NL Steinberg 127 (58).

und eine Verfassung ausarbeitete. Ende Juli 1946 wurde die ›Verfassung der KSG‹ angenommen¹⁰⁸ und am 11. Oktober 1946 die KSG als studentische Vereinigung durch die Militärregierung genehmigt.¹⁰⁹ Die offizielle Gründungsfeier erfolgte am 1./2. Februar 1947 unter der Anwesenheit von Kardinal Frings.¹¹⁰ Zwischen Studentengemeinde und KSG ist dabei zu unterscheiden. Während die Studentengemeinde aus allen katholischen Universitätsangehörigen bestand – wie bei einer regulären Kirchengemeinde – unabhängig davon, ob sich der Einzelne zugehörig fühlte oder nicht, so war die KSG ein Zusammenschluss der einzelnen Gruppen, die sich innerhalb der Studentengemeinde gebildet hatten. Die Mitgliedschaft in der KSG erfolgte also durch den Eintritt in eine Gruppe und war somit von der individuellen Entscheidung des einzelnen Studenten abhängig.

Eine wichtige Etappe auf dem Weg zur geistigen Orientierung der Studentengemeinde war das Treffen von Vertretern der Studentengemeinden in Hardehausen im Oktober 1946. Auf diesem Treffen verabschiedeten die versammelten Vertreter das ›Grundgesetz der Katholischen Deutschen Studentenschaft‹, das sogenannte ›Hardehausener Grundgesetz‹. In diesem wurden die Prinzipien der Deutschen Katholischen Studentenschaft (DKS) festgeschrieben. Sie bekannte sich darin zu dem Ziel einer religiösen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensgestaltung, zur Freiheit studentischer Gemeinschaftsformen, zur gegenseitigen Achtung der Geschlechter, zur Ökumene und zur Ablehnung parteipolitischer Bindung der DKS.¹¹¹ Die katholischen Studenten griffen damit bestimmende Themen der Nachkriegszeit auf, die auch für die übrige Studentenschaft von Bedeutung waren. Gerade die gegenseitige Achtung von Mann und Frau sowie die Ablehnung parteipolitischer Bindungen von studentischen Organisationen waren auch für die nicht konfessionell gebundenen Studenten von großer Wichtigkeit. Das ökumenische Bekenntnis stand für junge Christen in der Nachkriegszeit ebenfalls im Fokus und äußerte sich in Bonn in einer engen Zusammenarbeit der Studentengemeinden beider Konfessionen gerade auf karitativem Gebiet.

Zu Beginn des Sommersemesters 1946 war die Zahl der Gruppen der KSG bereits auf zwölf angewachsen, die sehr unterschiedlichen Charakter aufwiesen. Es gab politisch, kulturell oder karitativ ausgerichtete Gruppen. Die meisten knüpften aber an die Traditionen der Korporationen an und bemühten sich um Aufnahme in einen katholischen Korporationsverband oder um Kontakte zu einer Altherrenschaft. Die KSG unterstützte diese Bestrebungen aus sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die Altherrenschaften hatten angeboten,

108 Bonner Studentengemeinde, S. 27.

109 Steinberg am 24. 11. 1946 an Kardinal Frings, AEK CR II 9,1.1.

110 Bonner Studentengemeinde, S. 54.

111 Grundgesetz der Deutschen Katholischen Studentenschaft (Hardehausen, 3.10.46), AEK CR II 9,1.1.

die KSG bei der Linderung der studentischen Not zu unterstützen. Auf der Arbeitsausschusssitzung im Mai 1946 wurde daher beschlossen, einen Altherrentag durchzuführen, zu dem alle Alten Herren eingeladen werden sollten, um die Kontaktaufnahme zu den Studenten zu ermöglichen.¹¹² Dabei verhinderte ein Gesetz der Militärregierung zunächst die offizielle Verbindung einer Studentengruppe mit einer Altherrenschafft. Die KSG, die in ihrer Gesamtheit über die Zulassung der Militärregierung verfügte, bot jedoch die Möglichkeit, dieses Verbot zu umgehen. Ein Kreis von Studenten konnte der KSG beitreten und ein als Patenschaft bezeichnetes Verhältnis zu einer Altherrenschafft eingehen. Die einzelnen Gruppen brauchten dabei nicht um eine separate Zulassung durch die Militärregierung nachzusuchen.

Im Sommer 1946 traten die Winfried- und die St. Engelbert-Gruppe unter dem Namen »Arminische Gruppe der KSG« gemeinsam dem Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine (KV), wenig später die St. Georg-Gruppe dem Unitas-Verband bei.¹¹³ Mit der Gründung der Aktivitas der Arminia und dem Anschluss an den entsprechenden Altherrenverband im KV war die Arminia die erste der katholischen Verbindungen, die sich in alter Form mit Aktivitas und Altherrenverband neu konstituierte.¹¹⁴

Viele der ehemaligen katholischen Korporationen, beispielsweise Alania, Novesia und Bavaria, konstituierten sich so unter dem Dach der KSG. Die KSG bildete ein Umfeld, in welchem alte Verbindungstraditionen wieder aufleben konnten. Die Briten betrachteten das Wiedererstehen der katholischen Verbindungen misstrauisch, sahen aber keinen Anlass zum Eingreifen, da das Far-bentragen zunächst nicht auflebte und sich die Aktivitäten der einzelnen Gruppen auf gemeinsame Messbesuche und soziale Treffen danach beschränkte.¹¹⁵

Bis zum Wintersemester 1948/49 war die Zahl der Gruppen innerhalb der KSG auf 35 angewachsen. Dazu gehörten neun Verbindungen des Cartellverbands der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV), sieben KV-Verbände und eine kleinere Anzahl Gruppen des Unitas-Verbandes und des Rings katholischer deutscher Burschenschaften (RKDB). Daneben existierten verschiedene Gruppen in der bündischen Tradition des Bundes Neudeutschland, mehrere freie sowie sechs Studentinnen- und vier gemischte Gruppen.¹¹⁶ Unter den gemischten Gruppen ist besonders der Christophorus hervorzuheben, der im Sommersemester 1947 in bewusster Abkehr von den Traditionen der katholischen Korporationen und »aus der Erkenntnis heraus, daß nach den

112 Sitzung des Arbeitsausschusses am 31. 5. 1946, Bonner Studentengemeinde, S. 70 f.

113 Vorstandssitzung der KSG am 1. 8. 1946, Bonner Studentengemeinde, S. 54.

114 Zur Arminia vgl. Feldkamp, Arminia 1863 – 1988, bes. S. 26 – 28.

115 Special political Report Bonn University vom 27. 8. 1947, PRO FO 1013/2209.

116 Bonner Studentengemeinde, S. 128.

Katastrophen der Vergangenheit unsere gegenwärtige Zeit im studentischen Gemeinschaftsleben nur in neuen Formen bewältigt werden könne«¹¹⁷ gegründet wurde. Im Dezember schlossen sich die einzelnen Christophorus-Gruppen zum überregionalen Christophorus-Verband nichtkorporierter katholischer Studenten zusammen. Diesem Verband trat u. a. auch die Bonner KSG-Gruppe St. Ursula bei.¹¹⁸

Wie die einzelnen Korporationen sich nach dem Krieg bald wieder in Dachverbänden zusammenschlossen, waren auch die Studentengemeinden bestrebt, sich überregional zu organisieren. Mit der Gründung der Katholischen Deutschen Studenten-Einigung (KDSE) schlossen sich die deutschen katholischen Studentengemeinden im Frühjahr 1947 zu einer Dachorganisation zusammen und erreichten damit einen Organisationsgrad, dem die Bischöfe Rechnung trugen und in der Folge die Studentengemeinden als kirchliche Institutionen anerkannten. Der Studentenseelsorger wurde zum Studentenfarrer, ohne dass die KSG dabei ihr Selbstverständnis als Laieninitiative verlor.¹¹⁹

Die katholische Studentengemeinde war die größte studentische Vereinigung in der Nachkriegszeit. Nach ihrem Selbstverständnis gehörten ihr alle immatrikulierten katholischen Studenten, also rund zwei Drittel der Bonner Studentenschaft an. Auch wenn man nur den Kreis der Aktiven betrachtet, bleibt die Studentengemeinde die größte Vereinigung. Im Wintersemester 1946/47 bekundeten rund 1.000 Studenten ihren Willen zur Mitarbeit.¹²⁰ Schätzungen aus den 50er Jahren sahen den Anteil der konstant am Angebot der Hochschulgemeinde interessierten Studenten bei einem Viertel bis zu einem Drittel der Gesamtgemeinde.¹²¹ Die aktive Gemeinde wuchs in den ersten Nachkriegssemestern stetig an, so dass die Mitteilungen der KSG im Wintersemester 1947/48 eine Auflage von 2.000 Exemplaren erreichten.¹²²

Schwerpunkt der Gemeinde war die seelsorgerische und die karitative Arbeit. Besonders nach Gründung der Akademischen Vinzenz-Konferenz im Sommer 1946 wurde die karitative Tätigkeit verstärkt, die sich nicht nur auf Studenten bezog, sondern sich auch an die notleidende Bonner Bevölkerung richtete. Die Studenten veranstalteten Sammlungen, betreuten in Bunkern lebende Familien und arbeiteten bei der Bahnhofsmision oder der Jugendgerichtshilfe mit.¹²³ Ein besonderer Arbeitsschwerpunkt war die Betreuung des Barackenlagers im

117 Nachrichtenblatt 5. Jg. (1953), Nr. 11, S. 32.

118 UAB UV 69–392.

119 Steinberg, Kardinal, S. 73 ff.

120 Bonner Studentengemeinde, S. 66.

121 Schmidtman, Katholische Studierende, S. 117.

122 Bonner Studentengemeinde, S. 120.

123 Kurzbericht über die katholische Studentenseelsorge, AEK, NL Steinberg 127 (58).

Bonner Norden.¹²⁴ Seit Sommer 1946 bestand daneben ein Caritas-Studententisch im Leoninum, an dem für 12 RM acht warme Mahlzeiten, zumeist Steckrübensuppe, ausgegeben wurden. Dieser Studententisch wurde bis zur Wiedereröffnung der Mensa im Studentenhaus im Wintersemester 1949/50 aufrechterhalten.¹²⁵ Außerdem richtete die KSG eine Flick- und Nähstunde ein, beteiligte sich an Vermisstensuchaktionen und engagierte sich in der Ostzonenhilfe.¹²⁶ Ein wichtiges Anliegen beider Studentengemeinden in der Nachkriegszeit stellte die Ökumene dar. Bereits im Wintersemester 1946/47 hatte sich eine ökumenische sozial-ethische Arbeitsgemeinschaft gebildet.¹²⁷ Seit dem Sommersemester 1948 entwickelte sich eine intensive Zusammenarbeit der KSG mit dem sozialen Arbeitskreis der evangelischen Studentengemeinde.

Ende der 40er Jahre machte sich ein Generationswechsel in der Studentenschaft auch in der katholischen Studentengemeinde bemerkbar. Hatte die erste Nachkriegsgeneration noch die Messfeier als den Mittelpunkt ihres christlichen und gemeinschaftlichen Lebens gesehen, ging das sakramentale Leben nun stark zurück. Die Teilnehmerzahlen bei den religiösen Bildungsabenden sanken deutlich ab. Mit der »Ablösung der Soldatengeneration durch die jungen Abiturienten« vollzog sich ein tiefgreifender Wandel an den Hochschulen.¹²⁸ Ebenso traten die karitativen Aufgaben in den Hintergrund. Die Studentengemeinde verlor so ihre zentrale Stellung im religiösen und sozialen Leben der katholischen Studenten.

Dagegen traten Ende der 40er Jahre politische Gruppen innerhalb der KSG in den Vordergrund. Im Sommer 1948 gründete sich der Bendorfer Kreis, der ab dem Wintersemester 1948/49 regelmäßig christlich-politische Arbeitstagungen in Bendorf durchführte.¹²⁹ Mit dem Honnefer Kreis gründete sich 1953 eine weitere Gruppe, die sich überwiegend der politischen Arbeit widmete.¹³⁰ Die parteipolitische Teilnahmslosigkeit der ersten Nachkriegsstudenten konnte durch diese Arbeitskreise überwunden und sogar zeitweise eine enge Zusammenarbeit mit dem SDS etabliert werden.

Der Beginn der 50er Jahre läutete eine Phase der inneren Konsolidierung der Studentengemeinde ein. Im Sommer 1950 wurde auf Vorschlag des Kultusministeriums die Jesuitenkirche in der Bonngasse als katholische Universitätskir-

124 Schümmer, Akademische Vinzenzkonferenz, S. 47.

125 Bonner Studentengemeinde, S. 66.

126 Maul, Möglichkeiten, Anhang.

127 Bonner Studentengemeinde, S. 66.

128 Rede des Studentenpfarrers Löwenstein auf einem Gespräch der Vorsitzenden der Verbände und der Studentenseelsorger auf Einladung des Erzbischofs von Paderborn zum Thema »Studentenseelsorge und Studentenverbindung« ca. 1952, AEK KDSE 1139.

129 Bonner Studentengemeinde, S. 136 f.

130 Maul, Möglichkeiten, Anhang.

che eingerichtet.¹³¹ Die KSG erhielt damit einen eigenen Gottesdienstraum. Zur gleichen Zeit wurde mit der Errichtung des Newman-Hauses in der Adenauerallee als Gemeindezentrum mit angeschlossenem Studentenwohnheim begonnen, das im Sommer 1951 eingeweiht werden konnte. Der Beginn der 50er Jahre markiert aber auch eine zunehmende Selbstständigkeit der Korporationen innerhalb der KSG. Nachdem 1951 einige Vertreter katholischer Studentenverbindungen in der Öffentlichkeit farbentragend aufgetreten waren, eskalierte der seit längerem schwelende Konflikt mit der Universitätsleitung um das Wiederaufleben studentischer Traditionen. Sechs katholische Studentenverbindungen wurden suspendiert, die Sammellizenz der KSG für aufgehoben erklärt und die einzelnen Gruppen aufgefordert, einen eigenständigen Antrag auf Zulassung einzureichen.¹³² Da die Erteilung der Lizenz von Seiten der Universität an die Bedingung geknüpft wurde, auf das Tragen von Korporationsfarben in der Öffentlichkeit zu verzichten, erhoffte sich die Universität von diesem Schritt, eine stärkere Kontrolle über die Korporationen ausüben zu können.

Gerade bei der Betrachtung der Entwicklung der KSG nach dem Krieg wird der Umschwung in der Haltung der Studenten in Zusammenhang mit dem Generationswechsel in der Studentenschaft deutlich. Das Anliegen der Gründergeneration war die christliche Verantwortung für die Gesellschaft und die eigene Bildung, die es in der geistlichen Gemeinschaft der KSG umzusetzen galt. Für die nachfolgende Generation verlor die Studentengemeinde ihre zentrale Stellung im religiösen und liturgischen Leben des einzelnen Studenten.¹³³ Dagegen gewannen die katholischen Korporationen mit ihren traditionellen Formen an Attraktivität für die jungen Studenten. Seit Anfang der 50er Jahre waren es daher die Korporationen mit ihrem stark formalisierten Gemeinschaftsleben, das dem Bedürfnis der jüngeren Studenten nach Orientierung eher entgegenkam, als die nur am gemeinsamen liturgischen Leben orientierte und darüber hinaus auf Eigeninitiative angewiesene Gemeinschaft in der Studentengemeinde.

5.2.1.2. Die evangelische Studentengemeinde

Die evangelische Kirche stand während des Nationalsozialismus im Zeichen der Auseinandersetzung zwischen den Deutschen Christen, die auf eine enge Zusammenarbeit der Kirche mit den Nationalsozialisten abzielten, und der Bekennenden Kirche, die eine Anlehnung der Theologie an die nationalsozialistische Ideologie ablehnte. Vor dem Hintergrund der Bestrebungen zur Schaffung

131 Fakultätssitzung vom 7. 6. 1950, AKFB, Ordner Fakultätssitzungen.

132 Rundschreiben des Rektorats vom 29. 2. 1952, UAB UV 69 – 386.

133 Zu diesem Schluss kommt auch ein um 1950 für die KDSE verfasster Kurzbericht über die Situation der heutigen Studentenschaft und der heutigen Hochschule, AEK, KDSE 1139.

einer gleichgeschalteten Reichskirche unter der Führung der Deutschen Christen erfuhr die Bonner Evangelisch-Theologische Fakultät eine radikale Umwandlung.¹³⁴ Insgesamt zehn der 14 ursprünglichen Fakultätsmitglieder wurden bis 1936 versetzt oder entlassen, darunter auch Karl Barth, der nach der Barmer Bekenntnissynode zum Exponenten der Bekennenden Kirche geworden war.¹³⁵ Gleichzeitig wurden die freigewordenen Lehrstühle mit Vertretern der Deutschen Christen besetzt. Insbesondere der Fall Karl Barth erregte international großes Aufsehen und hatte zur Folge, dass die Studentenzahlen an der Evangelisch-Theologischen Fakultät rapide sanken, da die Bekennende Kirche zu einem Boykott der Universität Bonn aufrief. Im Wintersemester 1940/41 waren nur noch sechs Studenten an der Evangelisch-Theologischen Fakultät eingeschrieben.¹³⁶

Die Spaltung zwischen Deutschen Christen und der Bekennenden Kirche setzte sich auch auf der Ebene der Studentengemeinden fort. Bereits 1934 war in Bonn von Theologiestudenten eine Bekenntnisgruppe gegründet worden, die in enger Verbindung mit der Bonner Bekenntnisgemeinde stand. Diesem Kreis gehörten Ende 1934 etwa 200 Studenten an.¹³⁷ Seit 1935 entsandte der Bruderrat der Bekennenden Kirche Prediger nach Bonn mit dem Auftrag, die Studenten-seelsorge zu übernehmen. Eine besondere Rolle fiel der Arbeit der Studenten-seelsorger dabei nach dem Verbot der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung zu, die als eine der letzten Korporationen 1938 aufgelöst wurde. Seit dem Wintersemester 1938/39 bestand damit keine Vereinigung mehr, innerhalb der sich christliche Studenten versammeln konnten. Es waren nur noch Bibelstunden unter der Leitung eines Pfarrers erlaubt.¹³⁸ Die Studentenfarrer wurden so zu Kristallisationspunkten der sich bildenden Studentengemeinden. In Bonn übernahm 1938 die Leitung des Studentenkreises der illegale Pastor Heinrich Giesen, der nicht von der offiziellen deutsch-christlichen Kirchenleitung, sondern von der Bekennenden Kirche ordiniert worden war.¹³⁹ Nach dem Einzug

134 Zur Bonner Evangelisch-Theologischen Fakultät vgl. Höpfner, Universität Bonn, S. 141 – 173; Bizer, Zur Geschichte, S. 253 – 265.

135 Zu Karl Barth vgl. Hans Prolingheuer: Der Fall Karl Barth 1934 – 1935. Chronologie einer Vertreibung, Neukirchen-Vlyn 1977; Wolfram Kinzig: Wort Gottes in Trümmern. Karl Barth und die Evangelisch-Theologische Fakultät vor und nach dem Krieg, in: Thomas Becker (Hg.): Zwischen Diktatur und Neubeginn, Die Universität Bonn im ›Dritten Reich‹ und in der Nachkriegszeit, Bonn 2008, S. 23 – 57; Eberhard Busch, Karl Barths Lebenslauf, München 1976.

136 Titze, Wachstum und Differenzierung, S. 108.

137 Hinz-Wessels, Evangelische Kirchengemeinde, S. 179.

138 Ludwig, Auseinandersetzung, S. 161.

139 Zur Geschichte der Evangelischen Studentengemeinde Bonn im ›Dritten Reich‹ und in der Nachkriegszeit vgl. Wilhelm Olmesdahl, Zur Geschichte der Evangelischen Studentengemeinde Bonn von 1934 bis 1954, UAB Slg. Wiederaufbau 21. Der Verfasser dankt Prof. Dr. Heiner Faulenbach für die Überlassung des Manuskripts.

Giesens zum Kriegsdienst übernahm Pfarrer Friedrich Langensiepen dessen Aufgaben.¹⁴⁰ Um den Schein der Legalität zu wahren, wurde Ortspfarrer Friedrich Frick die nominelle Leitung der Studentengemeinde übertragen. Als 1941 die deutsch-christliche Kirchenleitung in Düsseldorf von der Existenz einer Studentengemeinde in Bonn erfuhr, beauftragte sie Pfarrer Friedrich Mummenhoff damit, in Bonn eine eigene Studentengemeinde in Konkurrenz zum bestehenden Studentenkreis der Bekennenden Kirche zu organisieren. In den letzten Kriegsjahren bestand die ursprüngliche Studentengemeinde aus ca. 40–50 Mitgliedern.¹⁴¹ Mummenhoff erfasste in den Jahren 1942/43 rund 65 Studenten.¹⁴² Kurz vor Kriegsende verließen Mummenhoff und Langensiepen Bonn. Die Leitung des Kreises um Langensiepen übernahm Pfarrer Frick.

Nach dem Krieg standen die Kirchen als einzige Großverbände da, die den Nationalsozialismus und seinen Zusammenbruch überstanden hatten. Von den Alliierten wurde ihnen großes Vertrauen entgegengebracht und die Erlaubnis zur Fortsetzung ihrer Arbeit sofort erteilt.¹⁴³ Angesichts der Ungewissheit der Zukunft und der Orientierungslosigkeit nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus suchten viele Menschen Zuflucht bei den Kirchen. Trotz aller Kontinuität und wiedergewonnener moralischer Autorität, hatte besonders die evangelische Kirche mit dem Erbe des Nationalsozialismus zu kämpfen. Es herrschte zwar weitgehend Einigkeit darüber, dass der Einfluss der Deutschen Christen zu beseitigen sei, eine Aufarbeitung der engen Verbindungen auch der Bekennenden Kirche zur NSDAP fand jedoch nicht statt. Im Gegenteil wurde die Bekennende Kirche zu einem wichtigen Bestandteil des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus verklärt.

Dennoch erfolgte innerhalb der evangelischen Kirche eine gründlichere Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit als in ihrer katholischen Schwesterkirche.¹⁴⁴ Bereits im August 1945 gab sich die evangelische Kirche auf der Konferenz in Treysa mit der Gründung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) eine neue Struktur, die keine Beteiligung der Deutschen Christen vorsah. Innerhalb der neugegründeten EKD etablierten sich zwei Strömungen: Eine Minderheit um Martin Niemöller und Karl Barth trat für eine rigorose Selbstreinigung der Kirche und ein öffentliches Schuldbekenntnis ein, was jedoch von der Mehrheit abgelehnt wurde.¹⁴⁵

Auch die Bonner Fakultät bedurfte einer völligen Neuorganisation. Nachdem

140 Ebd., S. 3.; zu Langensiepen vgl. auch Günther van Norden, *Friedrich Langensiepen. Ein deutsches Leben zwischen Pfarrhaus und Gefängnis*, Stuttgart 2006.

141 Olmesdahl, *Studentengemeinde*, S. 4.

142 Hinz-Wessels, *Evangelische Kirche*, S. 186.

143 Vollnhals, *Evangelische Kirche*, S. 114.

144 Grebing, *Nachkriegsentwicklung*, S. 117.

145 Zu Treysa, vgl. Besier/Ludwig/Thierfelder, *Der Kompromiß von Treysa*, S. 709–743.

die Militärregierung alle politisch belasteten Dozenten entlassen hatte, wurde Ethelbert Stauffer als einziger unbelasteter Ordinarius der Fakultät mit deren Neuorganisation beauftragt. Im April 1945 beantragte er die Rückberufung sämtlicher während des Nationalsozialismus vertriebener Professoren.¹⁴⁶ Zum Wintersemester 1945/46 kehrten Hermann Schlingensiepen und Friedrich Horst nach Bonn zurück.¹⁴⁷ Die Rückberufungsverhandlungen mit Ernst Wolf, Karl Ludwig Schmidt und Fritz Lieb scheiterten dagegen.¹⁴⁸ Im Sommer 1946 wurde Hans Emil Weber wieder auf seinen alten Lehrstuhl zurückberufen.¹⁴⁹

Im Gegensatz zur Evangelisch-Theologischen Fakultät zeichnete sich die Bonner Studentengemeinde durch personelle Kontinuität aus. Nach dem Krieg ließ sich Pfarrer Frick von der neuen Kirchenleitung zum Studentenfarrer bestellen und sorgte so für ein bruchloses Fortbestehen der Gemeinde über den Zusammenbruch des Nationalsozialismus hinaus. Innerhalb der Studentengemeinde stieß die Ernennung Fricks jedoch auf Widerspruch, da sich dieser bereits in vorgerücktem Alter befand und neben der Studentengemeinde auch seine normale Kirchengemeinde zu betreuen hatte. Vertreter der Studentengemeinde wandten sich daher im November 1945 an die Kirchenleitung mit der Bitte, zu Semesterbeginn einen jüngeren Pfarrer mit der Betreuung der Bonner Studentengemeinde zu beauftragen.¹⁵⁰

Die Hauptlast der studentischen Arbeit lag im Wintersemester 1945/46 auf den Schultern von Vikar Karl F. Schneider, der die Bonner Gemeinde auch auf dem ersten Treffen der Studentenfarrer im Oktober 1945 in Marburg vertrat.¹⁵¹ Anfang 1946 gelang es endlich, mit Erwin Krämer einen geeigneten Pfarrer für die Übernahme der Studentenseelsorge in Bonn zu finden.¹⁵² Doch war dieser im

146 Stauffer an Generalsuperintendent Stoltenhoff am 16.2.1946, UAB UV 69 – 181.

147 HStAD NW 15 – 248, p. 89 f. Hermann Schlingensiepen (1896 – 1980), war 1935 aus politischen Gründen als Leiter des kirchlichen Auslandsseminars Ilsenburg entlassen worden, wirkte von 1938 – 1945 als Pfarrer in Siegen und wurde 1946 als Ordinarius für Praktische Theologie nach Bonn berufen. Friedrich Horst (1896 – 1962) habilitierte sich 1923 in Bonn, amtierte seit 1930 als außerordentlicher Professor für Altes Testament, 1936 wurde er aus politischen Gründen entlassen und wirkte fortan als Pfarrer in Steeg bei Bacharach, 1945 wurde er rehabilitiert, 1948 folgte er einem Ruf an die Universität Mainz.

148 Ebd.; Ernst Wolf (1902 – 1971) war von 1930 – 1935 Ordinarius für Systematische Theologie in Bonn, 1935 wechselte er nach Halle, 1945 nach Göttingen. Karl Ludwig Schmidt (1891 – 1956) folgte 1929 dem Ruf auf das Ordinariat für Neues Testament nach Bonn und wurde 1933 aus politischen Gründen entlassen. Er wirkte anschließend als Pfarrverweser in Lichtensteig bei St. Gallen bevor er 1935 einen Ruf an die Universität Basel annahm.

149 UAB UV 69 – 17. Hans Emil Weber (1882 – 1950) war seit 1913 Ordinarius für Neues Testament. 1935 wurde er aus politischen Gründen nach Münster versetzt, 1937 entlassen. 1946 wurde er erneut zum Ordinarius in Bonn ernannt und wirkte dort bis zu seiner Emeritierung 1950.

150 Olmesdahl an Beckmann am 9.11.1945, AEKiR HA Oberkirchenrat Haas 13.

151 Ludwig, Auseinandersetzung, S. 162.

152 Schlingensiepen an Olmesdahl am 16.1.1946, AEKiR HA Oberkirchenrat Haas 13.

März 1946 nach dem Tod seiner Frau in den Osten gereist, um seine drei Kinder zu sich zu holen. Angesichts seiner familiären Situation war fraglich geworden, ob Krämer das Amt in Bonn überhaupt antreten würde.¹⁵³ Im Juni kündigte Krämer an, dass er nicht nach Bonn kommen könne.¹⁵⁴ Die Kirchenleitung sah sich nach Alternativen um, es gelang ihr jedoch nicht, zum Sommersemester einen geeigneten Studentenpfarrer für Bonn zu finden.¹⁵⁵ Schließlich erklärte sich Professor Günther Dehn¹⁵⁶ im Mai 1946 bereit, in Zusammenarbeit mit Professor Hermann Schlingensiepen die Leitung der Gemeinde zu übernehmen.¹⁵⁷ Eine offizielle Übertragung des Amtes scheiterte aber am Widerstand Pfarrer Fricks.

Im Sommer 1946 zeichnete sich eine innere Spaltung der Studentengemeinde ab. Diese entzündete sich an dem zwischen Vikar Schneider und Pfarrer Frick ausgebrochenen Konflikt um die Leitung der Studentengemeinde. Verschärft wurde die Auseinandersetzung durch die enge Anlehnung Fricks an Dekan Stauffer, der von weiten Teilen der Gemeinde abgelehnt wurde. Stauffer hatte sich im Nationalsozialismus als Vorkämpfer der Deutschen Christen und Gegner Karl Barths gezeigt und gerierte sich nach dem Krieg, da er als einziges Nichtparteimitglied der Fakultät von der Militärregierung nicht entlassen worden war, als Gegner der Nationalsozialisten.¹⁵⁸ Nachdem Karl Barth im Sommersemester 1946 für ein erstes Gastsemester nach Bonn zurückgekehrt war,¹⁵⁹ traten die Spannungen innerhalb der Studentengemeinde immer offener zu Tage. Es bildeten sich zwei Fraktionen, die eine um Pfarrer Frick und Dekan Stauffer, die andere um Karl Barth. Zwar trat Stauffer auf Druck des Kreises um Karl Barth im

153 Schlingensiepen an Pfarrer Bannach am 5.3.1946, AEKiR HA Oberkirchenrat Haas 13.

154 Krämer an Schlingensiepen am 4.6.1946, AEKiR HA Oberkirchenrat Haas 13.

155 Der kurzfristig angefragte Pfr. Koschorke war für das SS 1946 in Bad Boll gebunden, AEKiR HA Oberkirchenrat Haas 13.

156 Günther Dehn (1882–1970) war 1933 aus politischen Gründen als Ordinarius für praktische Theologie in Halle entlassen worden. 1946 wurde er nach Bonn berufen und übernahm dort bis zu seiner Emeritierung 1952 das Amt des Universitätspredigers.

157 Superintendent Boué an Schlingensiepen am 16.5.1946, AEKiR HA Oberkirchenrat Haas 13.

158 Ludwig, Auseinandersetzung, S. 168. Stauffer hatte sich Anfang der 30er Jahre stark für die Deutschen Christen engagiert und war aus diesem Grunde 1933 mit gerade 31 Jahren nach Bonn berufen worden. Stauffer profilierte sich zunächst als Gegner Karl Barths, distanzierte sich aber seit Mitte der 30er Jahre zunehmend von den Deutschen Christen. 1943 wurde er nach einem Vortrag über Augustus und Kleopatra bei der Gestapo angezeigt, da er sich über die Gedankenwelt des Nationalsozialismus lustig gemacht habe, zu Stauffer vgl. Höpfner, Universität Bonn, S. 160 ff. Die Nachrichtenkommission empfahl in ihrem Entnazifizierungsgutachten zu Stauffer die vorübergehende Einschränkung seiner Rechte, etwa eine Rückversetzung auf eine Dozentur, wegen seiner anfänglichen Begeisterung für den Nationalsozialismus, UAB UV 69–34 und UV 139–312; vgl. auch die in seiner Personalakte enthaltenen Gutachten, UAB PA 9396.

159 Zu den Bonner Gastsemestern Karl Barths vgl. Kinzig, Wort Gottes, S. 33 ff.

Juni 1946 als Dekan der Evangelisch-Theologischen Fakultät zurück, dennoch begann innerhalb der Studentengemeinde eine heftige Kontroverse um die Stellung zum Stuttgarter Schuldbekenntnis.¹⁶⁰ Unter der vermittelnden Führung des EKD-Vorsitzenden Theophil Wurm hatte der Rat der EKD im Oktober 1945 das sogenannte Stuttgarter Schuldbekenntnis formuliert, in welchem die Kirche ihre Schuld während des Nationalsozialismus bekannte:

»Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unermessliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. Was wir in unseren Gemeinden oft bezeugt haben, das sprechen wir jetzt im Namen der ganzen Kirche aus: Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im Nationalsozialistischen Gewaltregime seinen Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.«¹⁶¹

Die Erklärung stieß bei der Mehrzahl der Gemeinden auf Empörung und Ablehnung. Nur vier der 27 Landeskirchen stellten sich ausdrücklich hinter die Erklärung.¹⁶² Auch Pfarrer Frick stand dem Bekenntnis ablehnend gegenüber.¹⁶³ Dagegen verfasste eine Gruppe von Studenten eine Erklärung, die das Stuttgarter Schuldbekenntnis befürwortete. In der Schrift »Bekenntnis und Stellungnahme der Evangelischen Studentengemeinde Bonn« hatten die Verfasser unter Führung des Studenten Jörg Simpfendörfer¹⁶⁴ ein auf fünf Thesen beruhendes Arbeitspapier vorgelegt, das von den Verfassern als Grundlage der weiteren Arbeit der Studentenschaft angesehen wurde. Zentrale Forderung war die Anerkennung des Stuttgarter Schuldbekenntnisses und das ausschließliche und vorbehaltlose Bekenntnis zu Jesus Christus, das von jedem Gemeindemitglied gefordert wurde. Dies bedeutete den Ausschluss der Suchenden und noch Unentschlossenen aus der Gemeinde und war damit eine Forderung, die Pastor Frick ablehnte.¹⁶⁵ Da sich weite Teile der Studentengemeinde hinter das Bekenntnis stellten, Pastor Frick aber zu keinem Entgegenkommen bereit war, kam es nach einem Vermittlungsversuch der Kirchenleitung im Juli 1946 zum offenen Bruch in der Bonner Studentengemeinde. Die Gruppe um Simpfendörfer bat Günther

160 Ludwig, Auseinandersetzung, S. 169.

161 Zitiert nach Vollnhals, Die Evangelische Kirche, S. 133.

162 Ludwig, Auseinandersetzung, S. 139.

163 Olmesdahl, Studentengemeinde, S. 7.

164 Es ist davon auszugehen, dass Karl Barth an der Entstehung des Bekenntnisses nicht unmittelbar beteiligt war, allerdings war Simpfendörfer Barth bekannt. Barth sah es offenbar mit einer gewissen Genugtuung, dass die Gruppe um Simpfendörfer »Frick mit einer Art Bekenntniserklärung zur Schuldfrage auf den Leib« rückte, Brief Barths an die Familie vom 6. 7. 1946, KBA 9246.252.

165 Bericht über die Entwicklung der Studentengemeinde Bonn im SS 1946 von Hanfried Müller (25. 7. 1946), EZA 36/623.

Dehn, die wöchentlichen Bibelstunden zu übernehmen, und kehrte damit Pfarrer Frick den Rücken.¹⁶⁶

Seit Juli 1946 gab es somit zwei evangelische Studentengemeinden in Bonn. Die neugegründete Gemeinde bezeichnete sich nun als Evangelische Studentengemeinde Bonn und nahm damit den heute gebräuchlichen Namen an.¹⁶⁷ Als eine der ersten Aufgaben veröffentlichte die neue Studentengemeinde ihr Bekenntnis und stellte sich damit öffentlich auf den Boden der Barmer Erklärung von 1934 und hinter das Stuttgarter Schuldbekenntnis:

»Wir können unsere Arbeit in der Zukunft nicht fortsetzen ohne uns hinsichtlich der Vergangenheit ausdrücklich und ohne Vorbehalt mitschuldig zu bekennen an der Schuld unseres Volkes, göttliche Ordnungen verletzt zu haben.«¹⁶⁸

Damit war die abgespaltene Bonner Studentengemeinde die einzige Studentengemeinde in Deutschland, die das Schuldbekenntnis unterstützte.¹⁶⁹

Erst als zu Beginn des Wintersemesters 1946/47 Pfarrer Erwin Krämer doch noch nach Bonn kam und das Amt des Studentenpfarrers übernahm, konnte die Spaltung überwunden werden. Krämer stellte sich auf die Seite der Studentengemeinde um Dehn und machte damit diese, die von der Universität bislang als illegal bezeichnet wurde, zur offiziellen Studentengemeinde.¹⁷⁰ Als Zeichen der Überwindung der Trennung wurde ein Vertreter der Gruppe um Pastor Frick in den Arbeitskreis berufen. Unter Krämer konnte sich die Gemeinde, von ihren inneren Auseinandersetzungen befreit, verstärkt um ihre religiösen und sozialen Aufgaben kümmern. Zum Zentrum der religiösen Arbeit entwickelte sich die wöchentliche Bibelarbeit, die starken Zulauf fand, sowie die regelmäßigen Morgenwachen und Gottesdienste. Die eigentliche Gemeindegemeinschaft erfolgte in Form von Kleinkreisen, die sich religiösen, karitativen, politischen oder künstlerischen Themen widmeten. Großer Beliebtheit erfreuten sich auch die zwei- bis dreimal pro Semester angebotenen Freizeiten.¹⁷¹

Unter den sozialen Aufgaben sind besonders die organisierten Mittags- und Abendtische für notleidende Studenten und die Einrichtung von Wohnheimen zu erwähnen. Seit dem Wintersemester 1946/47 wurde ein Freitisch für 25 Personen angeboten.¹⁷² Die Zahl der Teilnehmer konnte von Semester zu Semester in Zusammenarbeit mit der katholischen Studentengemeinde erhöht werden,

166 Ebd., vgl. auch Ludwig, Auseinandersetzung, S. 169.

167 Schreiben Fricks an den Rektor am 26.7.1946, UAB UV 69–163.

168 Bekenntnis und Stellungnahme der evangelischen Studentengemeinde, UAB UV 69–163.

169 Ludwig, Auseinandersetzung, S. 139; Vollnhals, Evangelische Kirche, S. 139.

170 Bericht über die Entwicklung der Studentengemeinde Bonn im SS 1946 von Hanfried Müller (25.7.1946), EZA 36/623.

171 Vgl. die Semesterberichte in EZA 36/749.

172 Semesterschlussbericht vom 26.8.1946, EZA 36/623.

bis schließlich im Sommer 1948 1.000 Studenten täglich eine warme Mahlzeit erhielten.¹⁷³ Im Wintersemester 1949/50 wurden die Freitische eingestellt, da sie neben dem günstigen Angebot der neuen Mensa nicht mehr erforderlich waren.¹⁷⁴

Die Studentengemeinde verfügte seit 1948 wieder über zwei Wohnheime: das Goebenstift und das Humboldtstift, die Platz für je 15–20 Studenten boten.¹⁷⁵ Gerade bei der Betreuung der Wohnheime zeigte sich, wie eng die Studentengemeinde mit den universitären Sozialeinrichtungen zusammenarbeitete. So unterstützte der Verein Studentenwohl 1948 das Humboldtstift nach dem Weggang der Haushälterin mit zwei Einsatzstudentinnen, die deren Dienst übernahmen.¹⁷⁶

Daneben war die Studentengemeinde seit dem Sommersemester 1946 eine Patenschaft mit der Studentengemeinde in Greifswald eingegangen. Der Kontakt wurde von Bonner Seite durch einen Kleinkreis gepflegt und erschöpfte sich nicht im Übersenden von Päckchen und Kollekten, sondern konnte auch durch persönliche Begegnungen vertieft werden.¹⁷⁷ Im Wintersemester 1954/55 und im Sommer 1955 besuchte jeweils eine Gruppe Studenten aus der Greifswalder Patengemeinde die ESG in Bonn.¹⁷⁸

Anfang 1949 trat Krämer von seinem Amt als Studentenfarrer nach einer schweren Verfehlung zurück und verzichtete auf die Rechte des geistlichen Standes.¹⁷⁹ Ein Nachfolger konnte nicht direkt gefunden werden, so dass die Gemeinde im Sommersemester 1949 ohne Leitung auskommen musste. Zum Wintersemester 1949/50 trat Friedrich Ziegel als neuer Studentenfarrer seinen Dienst an.¹⁸⁰

Die Ablösung Krämers durch Ziegel mit der einsemestrigen Vakanz bedeutete für die Studentengemeinde einen tiefen Einschnitt. Ein Großteil der Kleinkreise löste sich auf, nachdem deren Leiter vom Dienst zurückgetreten waren. Bestanden im Sommersemester 1948 noch 13 Kleinkreise, so mussten nach der

173 Pfr. Krämer an Pfr. Bannach am 28. 6. 1948, EZA 36/562.

174 Semesterbericht WS 1949/50, EZA 36/749.

175 Das Goebenstift wurde 1948 von 12 Studenten bezogen, im WS 1948/49 waren es 21, AEKiR, HA Quaas 13. Im SS 1948 wurde eine Wohngenehmigung für das Humboldtstift für 15 Studenten erteilt, AEKiR 9 HEL-20; 1951 wurde das Haus von 20 Studenten bewohnt, AEKiR 9 HEL-26.

176 Bericht der Rendantin Seifert über das Haus Humboldtstr. 42, AEKiR 9 HEL-20.

177 EZA 36/623.

178 Semesterberichte in EZA 36/749.

179 Brief Krämers an die Studentengemeinde vom 1. 11. 1949: »ich bin in einem entscheidenden Moment schuldig geworden und bitte um Verzeihung«. Krämer wünschte der Gemeinde, dass ihr ein neuer und besserer Pfarrer gegeben werde, AEKiR NL Schlingensiepen 293. Krämer hatte mit Fr. E. ein uneheliches Kind gezeugt, Brief Karl Barths an Erwin Krämer vom 11. 3. 1949, KBA 9249–66.

180 Am 23. 11. 1949 wurde Ziegel eingeführt, UAB UV 69–34.

Vakanz fast alle Kleinkreise neu aufgebaut werden. Bis 1950 hatten sich erst wieder sieben Kleinkreise gebildet.¹⁸¹ Zudem machte sich ein Generationswechsel in der Gemeinde bemerkbar. Viele Studenten der ersten Jahre beendeten ihr Studium und verließen die Universität, Jüngere rückten nach und gaben der Gemeinde ein anderes Gepräge. Der Semesterbericht der Studentengemeinde sprach von einem »Stabwechsel zwischen den ›Veteranen‹ und den Jüngeren«.¹⁸²

Unter Pfarrer Ziegel wurde der Bau eines Gemeindezentrums mit Wohnheim für die Studentengemeinde vorangetrieben. 1952 konnte das Grundstück in der Königstraße erworben werden und mit Hilfe landeskirchlicher Unterstützung erste Bauplanungen erfolgen.¹⁸³ Am 13. November 1954 wurde das Dietrich-Bonhoeffer-Haus eingeweiht.¹⁸⁴ Damit hatte die Studentengemeinde nach neun Jahren wechselnder Orte ein Zentrum erhalten.

Die Studentengemeinde war für die Studenten der ersten Nachkriegsgeneration eine wichtige Anlaufstelle, da sie in der Zeit der Orientierungslosigkeit nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus für viele Studenten einen Ort mit einem gesicherten Wertesystem darstellte. Gerade die Auseinandersetzung mit Pastor Frick verdeutlicht die Ernsthaftigkeit und Grundsätzlichkeit, mit der die Studenten bereit waren, an christlichen Werten festzuhalten und sie nicht relativieren zu lassen. Die große Teilnehmerzahl an den Veranstaltungen der ESG zeigt,¹⁸⁵ dass es nicht nur Einzelne waren, die ihrer religiösen Überzeugung im Rahmen der Universität nachgehen wollten, sondern dass eine große Menge Studenten auf der Suche nach religiöser und sozialer Orientierung ihren Weg in die Studentengemeinde fand. Ihre Zahl wurde 1948 mit rund 500 angegeben.¹⁸⁶ Das theologische Bekenntnis und die Auseinandersetzung mit der Schuldfrage erscheinen symptomatisch für die erste Studentengeneration, die ein großes Bedürfnis nach Selbstreflexion hatte und in stärkerem Maße als die nachfolgenden Studenten für ihre Werte eintrat. Wurde in den ersten Nachkriegsjahren von den Aktiven der Gemeinde noch eine eindeutige Positionierung gefordert, hielt der Alltag in der Studentengemeinde nach und nach Einzug. Theologische Grundsatzfragen rückten in den Hintergrund. Wie auch ihr katholisches Pendant, verlor die evangelische Studentengemeinde an Bedeutung für die Studenten. Die Studentengemeinden teilten damit das Schicksal der

181 Semesterberichte EZA 36/749; Fragebogen zur Studentengemeinde EZA 36/623.

182 EZA 36/749.

183 Semesterbericht SS 1952, EZA 36/749.

184 Semesterbericht WS 1954/55, EZA 36/749.

185 An den wöchentlichen Bibelstunden nahmen durchschnittlich 250 Studenten teil, einzelne Vortragsveranstaltungen, wie z. B. der Vortrag Karl Barths im Sommersemester 1946 lockten bis zu 1.000 Teilnehmer an; Semesterschlussbericht 1946 und Fragebogen zur Studentengemeinde, EZA 36/623.

186 Fragebogen zur Studentengemeinde (Angaben für das SS 1948), EZA 36/623.

Kirchen insgesamt, die nach dem Wiedererstehen der Parteien, Interessenverbände sowie der demokratisch legitimierten Landesregierungen ihre einzigartige Stellung der frühen Nachkriegszeit verloren und damit einen Bedeutungsverlust erlitten.¹⁸⁷

5.2.2. Politische Vereinigungen

Dass die Nachkriegsstudenten unpolitisch gewesen seien, ist eine weitverbreitete Ansicht. Besonders Klönne und Jarasch sprechen von der »neutralisierenden« bzw. »entpolitizierenden« Wirkung der Sozialisation während des Nationalsozialismus, die zu einer Flucht aus der Politik in die Privatheit geführt habe.¹⁸⁸ Bereits Boll hat darauf hingewiesen, dass in der Nachkriegszeit als unpolitisch galt, was nicht explizit parteipolitische Züge trug.¹⁸⁹ Auch Kleinen führte in ihrer Untersuchung zur Universität Köln diese Einschätzung auf einen auf Parteipolitik verengten Politikbegriff zurück.¹⁹⁰ Dagegen sei von einem allgemeinen politischen Desinteresse nichts zu spüren, im Gegenteil stecke hinter der parteipolitischen Zurückhaltung ein echtes Interesse an den Vorgängen in der Welt und eine hohe Bereitschaft zur Auseinandersetzung in allen Bereichen des gesellschaftlichen, politischen und geistig-kulturellen Lebens.¹⁹¹ »Man hat selten an den deutschen Universitäten so leidenschaftlich diskutiert wie heutzutage«,¹⁹² bringt es ein damaliger Student auf den Punkt. Die erste Studentengeneration nach 1945 hat aus ihren Erfahrungen in und mit dem »Dritten Reich« »starke Impulse für ein nicht nur abstraktes, sondern durchaus konkret-politisches Engagement gezogen.«¹⁹³ Nur die Parteipolitik wurde von Seiten der Studenten allgemein abgelehnt.

Diese Einschätzung beschränkte sich keineswegs nur auf die Jugend, sondern betraf die gesamte Gesellschaft der Nachkriegsjahre. Noch 1948 ergab eine Umfrage der Briten, dass 76 % der Befragten diejenigen für keine guten Deutschen hielten, die sich mehr für Parteipolitik als für nationale Politik interessierten.¹⁹⁴ Vielleicht war dies die schlimmste Folge der Entnazifizierung, dass viele Deutsche aus dem Verfahren als nachdrücklichste Erfahrung den Schluss

187 Grebing, Nachkriegsentwicklung, S. 121.

188 Vgl. dazu ausführlich Kleinen, Ringen um Demokratie, S. 249 f.

189 Boll, Jugend im Umbruch, S. 507.

190 Kleinen, Hoffnung, S. 155; Kleinen, Ringen um Demokratie, S. 354 f.

191 Kleinen, Hoffnung, S. 149; ebenso Flitner, Studentisches Gemeinschaftsleben, S. 121.

192 Cheval, Probleme, S. 19.

193 Briem, SDS, S. 17.

194 Braun/Zörkler: Die sozialwissenschaftliche Forschung, S. 175.

zogen, es sei der größte Fehler gewesen, einer Partei anzugehören.¹⁹⁵ Alexander von Plato sieht in der Kombination von politischer Abstinenz mit vor- oder unpolitischem Aktivismus geradezu ein Charakteristikum der Nachkriegsgesellschaft.¹⁹⁶

Die starke Ablehnung jeglicher Parteipolitik bei gleichzeitigem hohen Interesse an den allgemeinpolitischen Vorgängen der Zeit lässt sich auch bei den Bonner Studenten der Nachkriegszeit beobachten. Verstärkt wurde die Ablehnung der Parteipolitik bei den Studenten durch Forderungen der älteren Generation, namentlich von Rektor Konen, der den Studenten ausdrücklich parteipolitische Abstinenz nahe legte. Auf seiner Rede anlässlich der feierlichen Immatrikulation zum Wintersemester 1945/46 gestand Konen den Studenten zwar ihre alte akademische Freiheit zu, knüpfte diese aber an die Bedingung, sich innerhalb der Universität nicht parteipolitisch zu betätigen: »Es gibt nur eine Art von Politik: Dienst an der Wahrheit, der Wissenschaft.«¹⁹⁷ Auch nach der Einrichtung des AStA und der Etablierung zahlreicher, auch politischer Studentengruppen blieb Konen bei dieser Haltung und bekräftigte sie in seiner Rede zur Eröffnung des akademischen Jahres 1946/47, indem er betonte, dass gerade im Hinblick auf die Wahl der akademischen Körperschaften die Parteipolitik im Widerspruch zum akademischen Geist stehe.¹⁹⁸

Konen beließ es nicht bei Ratschlägen an die Bonner Studenten, sondern setzte sich auch auf der Hochschulkonferenz für eine Beschränkung der politischen Aktivität der Studenten ein. Im Dezember 1945 schlug er auf der Hochschulkonferenz in Bünde vor, zunächst nur fachliche Vereinigungen zuzulassen, da die Studenten für politische Diskussionsclubs noch nicht reif seien.¹⁹⁹ Dieser Ansicht schlossen sich die Rektoren auf der dritten Hochschulkonferenz in Goslar ausdrücklich an.²⁰⁰ Die Studenten dagegen scheinen ihr politisches Interesse deutlich bekundet zu haben, da einige Rektoren auf der vierten Hochschulkonferenz in Göttingen im Mai 1946 ein starkes Bedürfnis der Studenten nach politischer Diskussion bemerkt zu haben glaubten und nun für die Zulassung politischer Gruppen plädierten. Konen lehnte dies jedoch nach wie vor ab, da die Studenten noch weit davon entfernt seien, vernünftig zu diskutieren.²⁰¹

Auch in Bonn war ein politisches Interesse der Studenten durchaus vorhanden. Bereits im ersten Nachkriegssemester hatten sich politische Clubs gebildet.

195 Kertz, Student im Wintersemester 1945/46, S. 172

196 Plato, Hitler Youth Generation, S. 219.

197 UAB UV 69–21.

198 Rede Konens zur Eröffnung des akademischen Jahres 1946/47, BUZ Nr. 8, 4. 11. 1946, S. 2 f.

199 2. Hochschulkonferenz am 17./18. 12. 1945 in Bünde, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 102.

200 Ebd., S. 118.

201 Ebd., S. 162.

Dabei handelte es sich zumeist um wenig organisierte Gruppen, die sich zur Diskussion politischer Themen trafen, nicht um Vereinigungen, die sich einer bestimmten politischen Richtung verpflichtet fühlten. Ein Beispiel dafür war der 1946 gegründete Club Bonner Studenten, der sich besonders die Anbahnung und Pflege von Kontakten zum Ausland zum Ziel gesetzt hatte. Der Bildung von parteipolitischen Gruppen stand die Studentenschaft dagegen ablehnend gegenüber. Entsprechend verhielt sich auch der AStA, der im August 1946 dem Antrag, politische Gruppen innerhalb der Universität für unerwünscht zu erklären, mehrheitlich zustimmte.²⁰² Stattdessen forderte er eine objektive Schulung durch ein überparteiliches politisches Seminar, »damit nicht ein politisches Proletariat die Schlüsselstellungen übernehme«.²⁰³ Auslöser der Diskussion war eine Unterredung mit Vertretern der Militärregierung, die sich eindeutig für die Zulassung parteipolitischer Gruppen ausgesprochen hatten.²⁰⁴ In der hier formulierten Angst vor der Übermacht einer Partei wird einerseits die auf den Erfahrungen des Nationalsozialismus gründende Skepsis gegenüber der Stabilität des neuen demokratischen Systems deutlich. Die Politisierung der AStA durch den NSDStB Anfang der 30er Jahre hatte die Schwächen der Demokratie deutlich vor Augen geführt. Andererseits war die Ablehnung der Parteipolitik auch ein Nachhall nationalsozialistischer Erziehung, die den »Parteienzwist der ›Systemzeit‹ immer als Beweis für die Unfähigkeit der Demokratie hingestellt«²⁰⁵ und die Demokratie insgesamt als Dekadenzerscheinung abgestempelt hatte. Eine Einstellung, die nach Auffassung von Zeitgenossen auch 1948 noch von vielen Kommilitonen vertreten wurde.²⁰⁶

Auch die Briten lehnten die Zulassung politischer Gruppen zunächst ab.²⁰⁷ Bemerkenswert ist, dass die Briten politische Studentengruppen nur im Kontext politischer Parteien als solche einstufen. Gruppen wie der Club Bonner Studenten, der u. a. die Haltung der evangelischen Kirche zur Schuldfrage oder die Aberkennung der Ehrendoktorwürde Thomas Manns diskutierte und dazu Stellung bezog, wurden von den Briten als nicht-politische Vereinigungen eingestuft.²⁰⁸ Die reservierte Haltung der Briten gegenüber parteipolitischen Studentengruppen ging nach der Wiedereröffnung der Universitäten schnell zurück. Seit Januar 1946 wurde die Zulassung politischer Studentengruppen von der Education Branch grundsätzlich befürwortet. Auslöser für diesen Um-

202 12 Ja-Stimmen, 5 Ablehnungen, 1 Enthaltung, AStA-Sitzung vom 6.8.1946, UAB AStA 47-1.

203 Ebd.

204 AStA-Sitzung vom 30.7.1946, UAB AStA 47-1.

205 Kurt Richter, Probleme der Demokratie, in: BUZ Nr. 10, 3.12.1946, S. 8-9.

206 Cheval, Probleme, S. 23.

207 Konferenz der ECOs am 11.12.1945, PRO FO 1010/89.

208 Special political Report Bonn University 27.8.1947, PRO FO 1013/2209.

schwung war vermutlich die Erkenntnis, dass angesichts der konstatierten Apathie der Studenten in politischen Dingen²⁰⁹ keine politische Opposition zu befürchten war, andererseits die politische Meinungsbildung für die Entwicklung einer stabilen Demokratie als unerlässlich angesehen wurde. Da die Briten sich der weiterhin ablehnenden Haltung der Hochschulrektoren bewusst waren, übten sie sich jedoch zunächst in Zurückhaltung, da sie die Entschlüsse der Hochschulkonferenz nicht übergehen mochten.²¹⁰

Im September 1946 wurden schließlich die ersten politischen Studentengruppen von der Militärregierung genehmigt, untersagt wurde aber weiterhin die Anlehnung an eine politische Partei.²¹¹ Der Bonner AStA stand den neuen Gruppen skeptisch gegenüber und setzte ein politisches Exekutivkomitee ein, das die zugelassenen politischen Gruppen kontrollieren sollte.²¹² Innerhalb der Studentenschaft stieg im Laufe des Jahres 1946 das Interesse an politischen Fragen an. Obwohl Parteipolitik nach wie vor abgelehnt wurde, bemühten sich die Studenten um einen eigenen Standpunkt und zeigten sich zunehmend aufgeschlossener auch gegenüber dem Gedankengut der Sozialdemokraten, wie ein Bonner Student in einem von britischen Behörden abgefangenen vertraulichen Brief seinem Professor mitteilte.²¹³

Als erste parteipolitische Studentengruppe bildete sich im Oktober 1946 ein Studentenkreis der SPD,²¹⁴ aus dem später die Gruppe der Universität Bonn des im September 1946 in Hamburg gegründeten Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) hervorgehen sollte. Bis zum Sommer 1947 bildeten sich in Bonn neben dem SDS der christlich-demokratische Hochschulring (CDH) und die Demokratische Hochschulgruppe (DHG, später Liberaler Studentenbund Deutschlands LSD). Diese Gruppen standen zwar politisch den entsprechenden Parteien nahe, waren jedoch formal unabhängig und betonten ihre parteipolitische Ungebundenheit.²¹⁵

Der SDS entwickelte sich nach seiner Gründung zu einem Sammelbecken antifaschistischer und antirestaurativer Studenten. Erst nach und nach gelang es ihm, ein eigenständiges Profil zu entwickeln. Seit 1946 richtete sich der SDS mehr und mehr nach der realpolitischen Linie der SPD aus und verkündete folgerichtig 1947 in einem ersten Unvereinbarkeitsbeschluss die Abgrenzung

209 Bericht über Nationalismus an deutschen Universitäten, ca. März 1947, PRO FO 945/138.

210 Schreiben des Directors der Education Branch an die Political Branch vom Januar 1945, PRO FO 1050/1279.

211 Kleinen, Ringen um Demokratie, S. 400.

212 AStA-Sitzung vom 15. 11. 1946, UAB AStA 47 – 1.

213 PRO FO 1013/2209.

214 Albrecht, SDS, S. 33.

215 So z. B. der SDS in UAB 69 – 430.

gegenüber SED und KPD.²¹⁶ Gegen diesen Beschluss gab es jedoch Widerstand von der NRW-Gruppe des SDS, die sich zunächst weigerte, ihre KPD-Mitglieder auszuschließen.²¹⁷ Bildungspolitisches Hauptziel des SDS war die Öffnung der Hochschulen für alle Befähigten, insbesondere die Förderung des Studiums von Abiturienten aus den unteren sozialen Schichten.²¹⁸

Mit dem Wiedererstarben der Korporationen entstand dem SDS ein Gegner, den sie mit allen politischen Mitteln bekämpften. 1953 wurde zunächst in einem zweiten Unvereinbarkeitsbeschluss die Mitgliedschaft in einer schlagenden oder farbentragenden Korporation für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zum SDS erklärt, schließlich jede Zusammenarbeit mit den Korporationen abgelehnt.²¹⁹ Zu Beginn der 50er Jahre profilierte sich der SDS als Gegner der Wiederbewaffnung. Die Frage der Wehrpflicht wurde zur ersten Bewährungsprobe des SDS, der sich als »Sachwalter seiner eigenen Generation« erstmals mit der Erfahrung persönlicher Betroffenheit durch die gesellschaftliche und politische Realität konfrontiert sah.²²⁰ Als sich die Wiederbewaffnung als unvermeidbar erwies, schwenkte der SDS 1953 auf die realpolitische Linie der SPD ein.

Die einflussreichste politische Gruppe war der CDU-nahe christlich-demokratische Hochschulring. Dieser hatte eine breite Mitgliedschaft und organisierte große Veranstaltungen mit bekannten Rednern.²²¹ Sowohl SDS als auch DHG verfügten über eine kleinere Mitgliedschaft.²²² Im Gegensatz zu SDS und DHG gelang den verschiedenen CDH-Hochschulgruppen erst spät der überregionale Zusammenschluss. Erste Bestrebungen dazu setzten zwar bereits 1947 ein, doch erst 1951 konstituierte sich der Bund christlich-demokratischer Studenten, der sich noch im selben Jahr in Ring christlich-demokratischer Studenten (RCDS) umbenannte.²²³ Vor allem die Demokratische Hochschulgruppe entwickelte früh eine hohe Aktivität bei der Durchführung von Vorträgen und Veranstaltungen. Als Eröffnungsredner für die Vortragsreihe »Politiker sprechen zur Studentenschaft« gelang es ihnen sogar, Bundeskanzler Adenauer zu gewinnen.²²⁴

Eine Folge der einhelligen Ablehnung der Parteipolitik war die Bereitschaft

216 Briem, SDS, S. 62 f.

217 Auch der Bonner Gruppe des SDS gehörten KPD-Mitglieder an, Fichter, SDS und SPD, S. 72.

218 Albrecht, SDS, S. 108 f.

219 Ebd., S. 199 f.

220 Briem, SDS, S. 102, 407.

221 Nach britischen Angaben verfügte der CDH im SS 1946 über rund 100 Mitglieder, PRO FO 1013/2208; nach eigenen Angaben des CDH schwankte die Mitgliederzahl bis 1955 zwischen 30 und 70 Studenten, UAB UV 69–416.

222 Die Mitgliederzahlen schwankten stark und lagen beim SDS zwischen 10 und 40, beim LSD zwischen 15 und 75 Studenten, UAB UV 69–430 und -409.

223 Zur Gründung des RCDS vgl. Weberling, Für Freiheit und Menschenrechte, bes. S. 27–52.

224 Schreiben vom 21.8.1948, StAB Pr 8/15.

zur Zusammenarbeit zwischen allen politischen Vereinigungen. Die Gruppen ließen sich von ihren politischen Differenzen nicht davon abhalten, gemeinsame Veranstaltungen durchzuführen,²²⁵ ein deutliches Zeichen, wie gering die Bedeutung parteipolitischer Bindung zu jener Zeit erachtet wurde. Ende der 40er Jahre schlossen sich die politischen Hochschulgruppen zum politischen Forum Bonner Studenten zusammen, das sich dem gemeinsamen Ziel, die politische Meinungsbildung unter den Studenten zu fördern, verpflichtet sah.²²⁶ Als Reaktion auf das Wiedererstarken der Korporationen schlossen sich im Februar 1951 die politischen und verschiedene freie Studentengruppen zum ›Ring politischer und freier Studentenverbände und Gemeinschaften Deutschlands‹ zusammen. Dem Ring gehörten neben dem SDS u. a. der RCDS, der LSD, der ›Internationale Studentenbund, Studentenbewegung für übernationale Föderation‹ (ISSF) und die Bonner ›Freie studentische Gemeinschaft‹ an.²²⁷ Im Laufe der 50er Jahre verstärkten sich jedoch die politischen Gegensätze. Hauptstreitpunkt war die Stellung zu den Korporationen. Als der RCDS erste Verhandlungen mit den Korporationen aufnahm, wurde dies von LSD und SDS vehement abgelehnt, so dass der Ring 1955 zerbrach und damit die Zeit der »großen Koalition« zwischen SDS und RCDS beendet war.²²⁸

Bis 1949 hatten sich an der Universität Bonn insgesamt sechs politische Hochschulgruppen gegründet.²²⁹ Das politische Interesse der Studenten stieg Ende der 40er Jahre analog zum wachsenden Handlungsspielraum deutscher Politik an. Zwar blieb die Ablehnung der Parteipolitik noch erhalten und das politische Interesse der Studenten nach Einschätzung der Briten akademisch und passiv,²³⁰ der Bonner UEO John Newton machte jedoch deutliche Unterschiede zwischen dem anscheinenden und dem tatsächlichen Interesse der Studenten aus. Während die Zahl der Mitglieder in politischen Klubs an der Universität Bonn mit rund 200 nicht besonders hoch lag, besuchte doch eine große Anzahl Studenten regelmäßig die Debatten im Bundeshaus.²³¹ In den folgenden Semestern bildeten sich weitere politische Gruppen, deren Schwerpunkte in der Behandlung politischer Einzelfragen lagen, wie die Hochschulgruppe für gesamtdeutsche Politik oder der studentische Arbeitskreis für ost-

225 8. Konferenz der UEOs am 24./25.3.1947, PRO FO 1050/1233.

226 Die Gründung erfolgte am 4.5.1950, Gründungsmitglieder waren SDS, CDH, LHG, ISSF, ESG und KSG, vgl. UAB UV 69–410.

227 Fichter SDS und SPD, S. 188.

228 Albrecht, SDS, S. 202; Kleinfeld, Wende zum Geist, S. 104.

229 UAB UV 69–86.

230 Some Observation on the political Situation in the Universities in NRW, ca. Februar 1950, PRO FO 1013/2208.

231 John Newton, Some Observations on Political Thoughts and Feelings at Bonn University, 4.5.1949, PRO FO 1013/2208.

deutsche Fragen, der Studentenzirkel zum Studium des Marxismus oder die studentische Wählergemeinschaft für Persönlichkeits- und Mehrheitswahl.²³²

Zu Beginn der 50er Jahre ist im AStA ein Wandel in der Haltung zu politischen Äußerungen erkennbar. Lehnte er noch 1949 politische Stellungnahmen ab, da diese Angelegenheit der politischen Gruppen seien,²³³ so behielt sich der AStA in der Diskussion um seine Rolle als Gliedkörperschaft der Universität ein Jahr später das Recht vor, seinen politischen Standpunkt nach außen hin zu vertreten.²³⁴ Dies wurde im Sommer 1950 noch einmal durch einen Beschluss bekräftigt, der mit 16 Stimmen bei sechs Ablehnungen und einer Enthaltung angenommen wurde: »Der AStA ist berechtigt, als Studentenvertretung zu wichtigen politischen Entscheidungen, durch die auch die Studentenschaft betroffen wird, öffentlich Stellung zu nehmen.«²³⁵ Die Inanspruchnahme dieses Rechtes durch den AStA löste jedoch eine heftige Diskussion in der Studentenschaft aus, die schließlich dazu führte, dass der AStA in einer Urabstimmung die Frage des politischen Mandates mit der Vertrauensfrage verknüpfte. In dieser Abstimmung wurde dem AStA bei hoher Beteiligung mehrheitlich das Misstrauen ausgesprochen.²³⁶ Es wurde hier offenbar, wie weit die Vorstellungen zwischen Studentenschaft und AStA über die Reichweite politischen Engagements auseinanderklafften.

Mit der Gründung der Bundesrepublik hatte die Parteipolitik die Möglichkeit bekommen, ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Die Ablehnung parteipolitischer Aktivität ging in der Gesellschaft zurück. Auch in der Studentenschaft trat die rigorose Ablehnung der Parteipolitik in den Hintergrund. Dass es dennoch nicht zu einem nennenswerten Anwachsen politischer Gruppen kam, ist dem allgemeinen Rückgang des politischen Interesses in den 50er Jahren zu verdanken. Gerade die offene Auseinandersetzung mit der Demokratie entsprach dem Temperament der Kriegsgeneration, die Anfang der 50er Jahre von den Universitäten »wegalterten« und eine Lücke hinterließen, die auch durch den Rückgang der Ablehnung parteipolitischen Engagements nicht gefüllt werden konnte. Mitte der 50er Jahre waren nur etwa 2 % der Studenten in einer politischen Hochschulgruppe aktiv.²³⁷ In den ersten Nachkriegssemestern bekannte sich dagegen eine Mehrheit der Studenten zum politischen Engagement.

232 Die ›Hochschulgruppe für gesamtdeutsche Politik‹ wurde 1953 gegründet und vom Senat anerkannt, Senatssitzung vom 18.6.1953, UAB Senat 33–9. Der ›Studentenzirkel zum Studium des Marxismus‹ und die ›Studentische Wählergesellschaft für Persönlichkeits- und Mehrheitswahl‹ wurden 1948 genehmigt und lösten sich 1950 wieder auf, UAB UV 69–387.

233 AStA-Sitzung vom 25.1.1949, UAB AStA 47–6.

234 AStA-Sitzung vom 24.1.1950, UAB AStA 47–4.

235 AStA-Sitzung vom 20.6.1950, UAB AStA 47–3.

236 Mit über 60 % der abgegebenen Stimmen war dem AStA das Misstrauen ausgesprochen worden, AStA-Sitzung vom 11.7.1950, UAB AStA 47–3; vgl. hierzu auch oben Kap. 5.1.

237 Luchsinger, Junge Generation, S. 147, 150.

Jedoch ließen nur wenige diesem Bekenntnis Taten folgen.²³⁸ Dieser Einschätzung Schumms ist auch im Hinblick auf die Bonner Studenten zuzustimmen. Viele Studenten waren bereit, ihre Meinung in Diskussionsclubs oder in der Bonner Universitätszeitung öffentlich zu machen, den Anschluss an eine politische Partei suchten sie jedoch nicht. Mit dem Generationswechsel innerhalb der Studentenschaft am Ende der 40er Jahre wandelte sich diese Einstellung. Die Diskreditierung des parteipolitischen Engagements verlor mehr und mehr an Bedeutung. Die Aktivität in einer politischen Partei wurde zunehmend akzeptiert. Auf der anderen Seite schritt die Entpolitisierung der Studentenschaft fort. Die Diskussionsfreudigkeit und die idealistische Aufbruchstimmung der Anfangsjahre verebbte. Dem großen Diskussionsbedürfnis der ersten Nachkriegsstudenten bei gleichzeitiger Abneigung gegen starre Verbandsstrukturen stand bei der Nachfolgeneration ein insgesamt rückläufiges Bestreben nach politischem Engagement gegenüber, das jedoch in stärkerem Maße innerhalb organisierter Verbände artikuliert wurde. Man kann also von einem individualistisch geprägten Bedürfnis nach politischer Äußerung der ersten Nachkriegsgeneration gegenüber einem stärker programmatisch ausgerichteten Engagement der jüngeren Studenten sprechen, welches seinen Ausdruck eher im Rahmen politischer Parteien und Gruppierungen fand. Eine vergleichbare Entwicklung ist bei der Haltung der Studenten gegenüber den Korporationen zu beobachten.

5.2.3. Korporationen

Ein seit dem 19. Jahrhundert bestimmendes Element des studentischen Lebens waren die Korporationen. Bis in die Weimarer Zeit hinein war die Mehrzahl der männlichen Studenten in einer Korporation organisiert. Allen Korporationen gemeinsam ist das Lebensbundprinzip. Dies bedeutet, dass der Student eine lebenslange Verbindung mit seiner Korporation eingeht, die ihn während der Studienzeit fördert und die er seinerseits nach seinem Studium als Alter Herr unterstützt. Jenseits dieser gemeinsamen Grundlage hat der Sammelbegriff Studentenkorporation allenfalls als Gattungsname Gültigkeit.²³⁹ Zentrale Punkte der Unterscheidung waren und sind das Tragen von Farben in Form von Mütze und Band sowie die Praxis des Mensurenfechtens und die konfessionelle Ausrichtung. Die einzelnen Korporationen am Hochschulort sind in Dachverbänden zusammengeschlossen, die sich durch eine gemeinsame Tradition definieren. Die größte Gruppe der Korporationen stellen die katholischen Verbin-

238 Schumm, Kritik der Hochschulreform, S. 63.

239 Bartscher, Korporationen, S. 40.

dungen und Vereine dar, die sich im Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine (KV), im Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV), im Verband der wissenschaftlichen katholischen Studentenvereine (UV) und im Ring katholischer deutscher Burschenschaften (RKDB) zusammengeschlossen haben. Alle katholischen Korporationen lehnen die Mensur grundsätzlich ab. Die Vereine des KV tragen darüber hinaus auch keine Farben. Für die Mehrheit der übrigen Korporationen, insbesondere für die in der Deutschen Burschenschaft (DB) zusammengeschlossenen Burschenschaften und die Corps des Köseiner Senioren-Convents-Verbandes (KSCV) ist die Mensur ein wesentlicher Teil ihrer Tradition und für die endgültige Aufnahme eines neuen Mitgliedes zwingend erforderlich.

Hatten sich die Korporationen, insbesondere die Burschenschaften im 19. Jahrhundert als Vorkämpfer für Freiheitsrechte und Demokratie erwiesen, so entwickelten sie nach der Revolution von 1848 eine konservative Einstellung, die sich seit dem Kaiserreich zu einem starken Nationalismus entwickelte. Nach der russischen Revolution gesellte sich ein nicht minder starker Antikommunismus hinzu. Es ist daher wenig verwunderlich, dass die Korporationen sich früh der Ideologie des aufkommenden Nationalsozialismus annäherten. Es waren insbesondere Korporationsstudenten, die nach 1933 zum »Motor der Gleichschaltung«²⁴⁰ wurden. Besonders die schlagenden Verbindungen profitierten von der Allianz mit den Nationalsozialisten, da diese das seit den 20er Jahren bestehende Verbot des Masurenschlagens aufhoben.²⁴¹ Die Korporationen begrüßten im Allgemeinen die Machtübernahme der Nationalsozialisten und passten ihre Satzungen den nationalsozialistischen Idealen an. So suspendierten die Burschenschaften ihre »jüdisch versippten« Alten Herren, die meisten Korporationen führten das Führerprinzip ein und betrieben nachdrücklich ihre Selbstgleichschaltung.²⁴² Auch die katholischen Verbände des KV und CV bemühten sich, ihre Satzungen mit dem Nationalsozialismus in Einklang zu bringen, führten das »Arierprinzip« ein und hoben 1934 ebenso wie der RKDB das Konfessionsprinzip auf.²⁴³

Träger des nationalsozialistischen Enthusiasmus waren vor allem die aktiven Studenten, während die Alten Herren den Neuerungen zurückhaltender oder gar widerstrebend gegenüberstanden. In Einzelfällen versuchten jedoch auch aktive Korporationen, sich der Gleichschaltung zu widersetzen. So wurden beispielsweise die Alemannia und die Frankonia Bonn aus der Deutschen Burschenschaft ausgeschlossen, da sie sich weigerten ihre »jüdisch versippten« Alten Herren zu

240 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 62.

241 Jaraus, Deutsche Studenten, S. 166.

242 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 288 ff.

243 Der UV folgte wenig später, Botzet, Sozialer Wandel, S. 169.

suspendieren. Auch der Kösener SC lehnte 1935 den Ausschluss seiner verbliebenen »nichtarischen« Mitglieder ab.²⁴⁴

Nach der Machtübernahme versuchte der NSDStB, den Zugriff der Korporationen auf die Studentenschaft zurückzudrängen und forderte, die Korporationen in Kameradschaften und deren Häuser in Kameradschaftsheime unter der Führung des NSDStB umzuwandeln. Dabei konnte sich der NSDStB zunächst nicht gegen die Korporationen behaupten. Die Ablehnung des NSDStB durch die Korporationen verhinderte bis 1935 vielmehr eine »positive Aufbauarbeit« des Studentenbundes.²⁴⁵ Als der Bonner Studentenfürher Bockhorn ein vierzehntägiges Couleurverbot gegen die katholischen Korporationen verhängte, die sich an der Fronleichnamsprozession beteiligt hatten, und wenig später bei einer gemeinsamen Kundgebung von HJ und Waffenring ein HJ-Redner die Korporationen beleidigte, kam es zu einer beeindruckenden Demonstration: Alle, die berechtigt waren, Couleur zu tragen, erschienen am nächsten Tag mit ihren Farben in der Universität. Sogar Professoren hielten ihre Vorlesung in Couleur. Die Korporationen zeigten sich geschlossen solidarisch gegenüber den Angriffen des NSDStB und konnten noch einmal ihre Machtposition an der Universität demonstrieren. Studentenfürher Bockhorn musste in der Folge der Auseinandersetzungen zurücktreten.²⁴⁶

Diese Episode aus den frühen 30er Jahren wirft einen Blick auf die damaligen Machtverhältnisse zwischen Korporationen und NSDStB, die sich jedoch bald zu Ungunsten der Verbindungen verschieben sollten. Durch den zunehmenden Druck des NSDStB und vor allem nachdem die Partei die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der HJ mit dem Korporationsstudententum verkündet hatte, setzte ab September 1935 eine Welle nach außen hin freiwilliger Auflösungen der Korporationen ein.²⁴⁷ Mit dem Verbot für alle Parteimitglieder, einer Korporation anzugehören erfolgte 1936 ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Zerschlagung der Korporationen. 1938 wurden die katholischen Verbindungen verboten und die Altherrenschaften im NS-Altherrenbund gleichgeschaltet.²⁴⁸

Die Umwandlung der Korporationen in Kameradschaften hatte sich nie endgültig durchsetzen können. 1936/37 gehörten in Bonn nur 10 % der Studenten einer Kameradschaft an.²⁴⁹ In vielen Kameradschaften blieb das burschenschaftliche oder corpsstudentische Leben bestimmend, so dass diese unter

244 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 297 f., 308.

245 Fischer, Der Weg ins Reich, S. 47.

246 Forsbach, Medizinische Fakultät, S. 601; Giles, Verbändepolitik, S. 122; Rösgen, Auflösung, S. 143.

247 Faust, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund, S. 131.

248 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 310 ff.

249 Dagegen waren Anfang der 30er Jahre rund 1/3 der Studenten korporiert, Giles, Verbändepolitik, S. 144, Rösgen, Auflösung, S. 182 ff.

dem Deckmantel der aufgezwungenen Form ihr traditionelles Korporationsleben mit Kneipen, Farben und Comment insgeheim weiterpfl egten.²⁵⁰ Die Alten Herren verschiedener Bonner Corps übernahmen die Betreuung der Kameradschaft ›Yorck von Wartenburg«, riefen die Corpsstudenten zum Eintritt in diese Kameradschaft auf und sicherten so den corpsstudentischen Einfluss auf die übrigen Angehörigen der Kameradschaft. Das Fortbestehen des traditionellen Korporationslebens zeigte sich besonders, als während des Krieges die Kontrolle der Kameradschaften nachließ, da viele Funktionäre des Studentenbundes eingezogen wurden. In der Folge entwickelten sich in den Kameradschaften wieder die Traditionen der aufgelösten Korporationen. Bierzipfel und Band wurden wieder getragen, der Convent wieder eingesetzt und damit das Führerprinzip abgeschafft. Auch die seit 1938 verbotene Mensur lebte wieder auf. 1941 schlug die Kameradschaft Yorck ihre erste von insgesamt 60 Mensuren während des Krieges.²⁵¹ Man kann von einer verdeckten Rückverwandlung der Kameradschaften in Korporationen sprechen.²⁵²

Trotz der Auseinandersetzungen zwischen den Korporationen und dem NS-Studentenbund wurde das Korporationsstudententum 1945 vor allem in seiner Mitverantwortung für die Zersetzung der Weimarer Republik und den Aufstieg der Nationalsozialisten begriffen und bewertet.²⁵³ Die Briten standen den Korporationen grundsätzlich ablehnend gegenüber und verweigerten ihnen die Wiederzulassung. Sie sahen in den Korporationen Vereinigungen, die sich wegen der »Überbetonung gesellschaftlicher Intoleranz [...] und ihrem Duellwesen [...] als guter Nährboden für üppig wuchernde autoritäre und faschistische Elemente« erwiesen hatten.²⁵⁴ Diese Ansicht wurde von weiten Teilen der Dozentschaft und der Mehrheit der Studenten geteilt.²⁵⁵ Noch 1947 sah der Bonner Medizinhistoriker Gernot Rath die studentischen Korporationen als Kinder ihrer Zeit an, die in der alten Form nicht wieder auferstehen würden.²⁵⁶

Im August 1945 sprach die britische Militärregierung ein ausdrückliches Verbot der Bildung von Korporationen aus.²⁵⁷ Insbesondere die Vereinigungen der Alten Herren, von denen man einen negativen Einfluss auf die jungen Studenten erwartete, wurden von den Briten mit großem Misstrauen betrachtet. Noch 1948 sprachen sich die UEOs einmütig für ein Verbot der Altherrenver-

250 Amberger, Wiedererstehen, S. 17.

251 Mehring, Die Kameradschaft Yorck.

252 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 404.

253 Elm, Das Vergangene, S. 181.

254 Watt, England, S. 109.

255 Elm, Das Vergangene, S. 181.

256 Rath, Bericht der Universität Bonn, S. 388.

257 ECI Nr. 11 vom 22. 8. 1945 Punkt 16, vgl. Respondek, Wiederaufbau, S. 231.

bände aus,²⁵⁸ da diese nach dem Krieg die Träger der Kontinuität des Korporationswesens und damit die Keimzellen für das Wiederaufleben der Verbindungen gewesen waren.²⁵⁹ Die Verbände der Alten Herren, die während des ›Dritten Reiches‹ nicht aufgelöst worden waren, verfügten nach dem Krieg über nicht unerhebliche finanzielle Mittel und waren häufig auch noch im Besitz der ehemaligen Korporationshäuser. Dadurch ging von ihnen für viele Studentenvereinigungen eine große Attraktivität aus und es kam so zu einer Annäherung einiger studentischer Vereinigungen an Altherrenschaften ehemaliger Korporationen.²⁶⁰ Nach den Vorstellungen der Briten sollte dieser finanzielle Vorteil der Altherrenverbände dadurch überwunden werden, dass diese den Studentenwerken und damit der gesamten Studentenschaft ihr Vermögen zur Verfügung stellten.²⁶¹ Durch die Übergabe der Hoheit im Bildungswesen an die Deutschen waren den Briten jedoch die Hände gebunden und es wurde den UEOs Ende 1948 klar, dass es praktisch unmöglich war, die Altherrenverbände mit legalen Mitteln zu verbieten.²⁶² Dennoch bemühten sich die UEOs auch in den folgenden Jahren, den Einfluss der Altherrenverbände auf die Studentenschaft möglichst gering zu halten.

Auch Schelsky sah für das Anwachsen der Korporationen vorwiegend materielle Gründe.²⁶³ Besonders die Möglichkeiten einer Berufsvermittlung ohne sachliche Qualifikation in Zeiten, in denen soziale Ziele nur über eine berufliche Qualifikation zu erreichen waren, seien das Hauptmotiv der Studenten gewesen, den Kontakt zu Altherrenschaften zu suchen.²⁶⁴ Hier greift jedoch Schelskys Analyse m. E. zu kurz, da durch ein rein aus materiellen Gründen anwachsendes Korporationswesen nicht der Anfang der 50er Jahre aufflammende Kampf der Korporierten um ihre Symbole und Traditionen zu erklären ist, die man in den ersten Nachkriegssemestern für überlebt und nicht mehr zeitgemäß erachtete. Nur für die ersten Nachkriegssemester ist Schelskys These zuzustimmen. Die Attraktivität der Korporationshäuser sowie die Vorteile von Konnexion und Protektion durch die Altherrenverbände führten dazu, dass studentische Vereinigungen zunehmend den Kontakt zu Altherrenschaften suchten und mit diesen mitunter Patenschaften eingingen. Die Alten Herren fanden sich in vielen Fällen bereits kurz nach dem Krieg wieder zusammen und begründeten die erloschenen Verbindungen schnell wieder neu. Auch einige aktive Verbindun-

258 14. Konferenz der UEOs, PRO FO 1050/1046.

259 Anger, Probleme, S. 74.

260 Trautmann auf der 7. Hochschulkonferenz am 14.2.1947 in Bad Driburg, Heinemann, Hochschulkonferenzen 1, S. 280.

261 13. Konferenz der UEOs am 5./6.4.1948, PRO FO 1050/1046.

262 16. Konferenz der UEOs am 30.11./1.12.1948, PRO FO 1050/1047.

263 Schelsky, Skeptische Generation, S. 244.

264 Ebd., S. 245.

gen hatten als lose Freundschaftsbünde das Kriegsende überstanden. Diese schlossen sich nun wieder fester zusammen und suchten Fühlung mit ihren Alten Herren.²⁶⁵ Dies bedeutete jedoch nicht zwangsläufig, dass mit der Annäherung an einen Altherrenverband auch eine Wiederaufnahme von Traditionen der alten Korporationen verbunden war. Vielmehr suchten die neugebildeten Aktivitas der Korporationen nach dem Krieg neue Formen des studentischen Lebens und standen dabei häufig in Opposition zu den Altherrenverbänden.

Dennoch wurde die Praxis der Verbindung mit Altherrenverbänden von Seiten der Universität kritisch betrachtet. Auch die Studentengemeinden lehnten vielfach dieses Vorgehen in besonderer Hinsicht auf die katholischen Studentenverbindungen und -vereine ab, ebenso sprach sich die KDSE gegen ein Wiederaufleben der Korporationen aus. Dennoch billigte Kardinal Frings, selbst ein Alter Herr im KV, 1947 gegen den Willen vieler Studentenseelsorger Patenschaften zwischen Studentengruppen und Altherrenschaften.²⁶⁶ Diese Patenschaften waren für viele studentische Gruppen eine Vorstufe zum vollständigen Anschluss an eine Altherrenschaft und damit zur Bildung einer Studentenverbindung nach traditionellem Muster. Viele der Gruppen, die eine Patenschaft eingegangen waren, konstituierten sich später offiziell als Aktivitas ihrer Altherrenschaft. Die Aktivitas blieb dabei weiterhin Teil der KSG. Umstritten ist, von wem die Initiative zur Annäherung ausging, von den Altherrenschaften oder von den Studenten. Während Gladen von einem Wunsch der Studenten nach der Restauration der Korporationen gegen den Widerstand der Alten Herren ausging,²⁶⁷ sehen andere Autoren die treibende Kraft in der Altherrenschaften.²⁶⁸ Wenn auch die Initiative zur Wiedererrichtung im Einzelfall untersucht werden muss, so wird dennoch deutlich, dass die Altherrenverbände schneller wieder zu ihrer alten Struktur zurückfanden und in den ersten Nachkriegsjahren die Initiative zur Gründung von Aktivenverbänden ergriffen.²⁶⁹ Gegen Ende der 40er Jahre hatten sich auch die studentischen Vereinigungen wieder soweit gefestigt, dass sie von sich aus den Anschluss an eine Altherrenverbindung suchten.

Allen Verboten zum Trotz gründeten sich viele der alten Korporationen bereits in den ersten Nachkriegssemestern neu oder knüpften mehr oder weniger bruchlos an ihre auch in der Zeit des Nationalsozialismus aufrechterhaltenen Strukturen an. Um die Genehmigung von Seiten der Briten zu erhalten, gaben sich viele den Anschein einer politisch oder fachlich ausgerichteten Gruppe und legten sich entsprechende Namen zu. So firmierte beispielsweise die Bur-

265 Amberger, *Wiedererstehen*, S. 18.

266 Steinberg an Kardinal Frings am 8.10.1946, AEK CR II 9.1,1; vgl. auch Schmidtman, *Katholische Studierende*, S. 180.

267 Gladen, *Gaudeamus igitur*, S. 52.

268 Weniger, *Korporationswesen*, S. 128.

269 So beispielsweise beim Corps Saxonia, UAB Saxonia 111 – 154.

senschaft Alemannia unter dem Namen »Akademischer Freundschaftsbund Ernst Moritz Arndt«, die Burschenschaft Frankonia unter dem Namen »Akademischer Carl-Schurz-Bund.«²⁷⁰ Bemerkenswerterweise sah sich die Frankonia in der Nachkriegszeit derselben Notwendigkeit zur Tarnung ausgesetzt wie zur Zeit des Nationalsozialismus.

»Die Kameradschaft ›Heinrich von Treitschke‹ und der ›Carl-Schurz-Bund‹ hatten die Tradition der Frankonia getarnt und durch die Zeitverhältnisse bedingt, nur in gewissem Umfang und nur durch einige Mitglieder weitergetragen.«²⁷¹

Beide Tarnorganisationen wurden vom Frankenkreis 1948 als legitime interimistische Fortsetzung der Frankonia anerkannt. Inoffiziell wurde neben der Tarnbezeichnung bereits der alte Name wiederverwandt. Daneben wurden auch alte Traditionen, wie beispielsweise das Bändertragen, heimlich wieder gepflegt.²⁷²

Als Kristallisationspunkte erwiesen sich häufig die Häuser der Verbindungen, sofern es den Alten Herren gelungen war, die Beschlagnehmung durch die nationalsozialistischen Behörden zu verhindern. So bildete beispielsweise für den Akademischen Ruderclub Rhenus das völlig zerstörte Bootshaus am Rhein ein Zentrum, um das sich das Verbindungsleben neu zu entfalten begann. Bereits im Mai 1946 fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung in den Ruinen des Bootshauses statt, im Wintersemester 1946/47 zogen wieder acht Studenten in das notdürftig wiederhergestellte Haus ein.²⁷³ Auch das Corps Rhenania gründete unmittelbar nach dem Krieg die Akademische Hausgemeinschaft Rhenanenhau,²⁷⁴ ebenso gründeten Alte Herren des Corps Saxonia den »Verein Koblenzerstr. 125 e.V.«, der 1947 die Rückgabe des von den Nationalsozialisten beschlagnahmten Verbindungshauses forderte.²⁷⁵ Das Haus war für das Verbindungsleben von zentraler Bedeutung. Wenn es nicht zum Ausgangspunkt der Wiederbelebung wurde, so war es das Ziel vieler neu erstandener Korporationen, ein Haus zu erwerben oder zu bauen, um dem Verbindungsleben einen Mittelpunkt zu geben. So schlossen sich beispielsweise die Bonner Unitas-Vereini-

270 Weitere Beispiele für die Namensänderung: Naturwissenschaftlich-Landwirtschaftliche Vereinigung (Landsmannschaft Salia), Medizinisch-Naturwissenschaftlicher Verein (Landsmannschaft Prusso-Marksburgia), Gruppe St. Georg in der KSG (Unitas-Rhenania), Görres-Gruppe in der KSG (Ripuarica im CV), Akademischer Juristenverein (Rhenocolonia), UAB UV 69–373.

271 Frankonia, dir gehör' ich, S. 86 f.

272 Amberger, Wiedererstehen, S. 19.

273 65 Jahre Akademischer Ruder-Club ›Rhenus‹ Bonn 1890–1955, S. 77.

274 UAB UV 69–378.

275 UAB Saxonia 111–779.

gungen 1949 zum Hausbauverein Unitas Bonn zusammen.²⁷⁶ Ebenso rief die Ascania 1948 den Verein Ascanenheim mit dem Ziel des Baus eines Verbindungshauses ins Leben.²⁷⁷

Größeres Zutrauen als in die Corps und Burschenschaften hatten die Briten in die konfessionellen Verbände, die als erste Korporationen ihre Zulassung erhielten.²⁷⁸ Die katholischen Studentenverbindungen konstituierten sich zunächst als Gruppe innerhalb der KSG. 1948 gründeten sich die konfessionellen Dachverbände Unitas (UV), Ring Katholischer Deutscher Burschenschaften (RKDB) und der evangelische Wingolfbund neu. 1949/50 folgten der Cartellverband der Katholischen Deutschen Studentenverbindungen (CV) und der Kartellverband katholischer Deutscher Studentenvereine (KV).²⁷⁹ Trotz des ihnen von britischer Seite entgegengebrachten Vertrauens waren es gerade diese Verbände, die sich zu Anfang der 50er Jahre besonders um die Anknüpfung an die alten Traditionen bemühten.

Seit dem Sommersemester 1948 wurde das Thema der Verbindungen akut, so dass sich die Hochschulkonferenz damit beschäftigte. Sie lehnte im Einvernehmen mit der Militärregierung das Wiederaufleben der Korporationen ab, begrüßte aber sowohl die Gründung studentischer Vereinigungen als auch deren finanzielle Unterstützung durch Altherrenschaften, allerdings müsse der Einfluss der Altherrenschaften zurückgedrängt und die Gruppen enger an die Universitäten gebunden werden.²⁸⁰ Unter den studentischen Vereinigungen sah der studentische Vertreter auf der Hochschulkonferenz, Adler, zwei Gruppen: 1. diejenigen politischen oder fachlichen Vereinigungen, die nach dem Krieg neu entstanden waren und 2. diejenigen Gruppen, die an die alten Traditionen der Korporationen anknüpfen wollten. In der zweiten Gruppe gebe es das Lager derjenigen, die den alten Stil ablehnten und das derjenigen, die den Anschluss an eine Altherrenschaft in alter Tradition suchten.²⁸¹

Innerhalb der Korporationen machte sich in den ersten Nachkriegssemestern bei den Aktiven ein starker Drang zur Abkehr von den überkommenen Formen studentischen Gemeinschaftslebens bemerkbar. Gerade die Kriegsteilnehmer unter den Studenten sahen die Notwendigkeit zur Reform der Korporationstraditionen: »Les étudiants de la génération qui avait fait la guerre (Kriegsgeneration) essayèrent de donner aux corporations des nouveaux fondements et

276 Studien und Dokumente zur Geschichte des W.K.St.V. Unitas-Rhenania Bonn.

277 Hauschild, Wiederbegründung, S. 105.

278 Elm, Das Vergangene, S. 185.

279 Ebd., S. 185 f.

280 15. Hochschulkonferenz am 26.7.1948 in Braunschweig, Heinemann, Hochschulkonferenzen 2, S. 489 f.

281 Ebd., S. 491.

un nouveau contenu.«²⁸² Noch 1948 war die allgemeine Ablehnung der Korporationen so stark, dass Goossens in seiner Studie über die Studenten in Bayern in der Nachkriegszeit zu dem Schluss kam: »die Befürchtung, mit dem Zusammenschluss in Verbindungen könnte die alte ›Burschenherrlichkeit‹ wieder aufleben, ist unbegründet.«²⁸³ Die entscheidende Wende im Korporationswesen erfolgte in den Jahren 1948/49 als nach der Währungsreform allmählich geordnete materielle Verhältnisse einkehrten und Geselligkeit im alten Stil wieder möglich wurde.²⁸⁴

Die Übernahme der alten Traditionen erfolgte jedoch nicht immer konfliktfrei. Die Diskussionen zwischen konservativem und progressivem Flügel gerade innerhalb der Burschenschaften entzündeten sich vor allem an den Fragen des Farbentragens und der Pflichtmensur.²⁸⁵ Die Fronten verliefen dabei nicht selten zwischen Altherrenschaft und Aktivitas. So eskalierte beispielsweise in der Burschenschaft Sigfridia (RKDB) ein Konflikt zwischen den aus dem Krieg heimgekehrten Studenten und den Alten Herren soweit, dass 1950 nahezu alle Aktiven aus der Burschenschaft austraten und eine neue Aktivitas gründeten.²⁸⁶ Bei der Rheno-Guestphalia (RKDB) entzündete sich die Auseinandersetzung zwischen Alten Herren und Aktivitas an der Aufnahme von Protestanten. Die Aktivitas fühlte sich in starkem Maße der Ökumene verpflichtet und sprach sich für die Aufgabe des Konfessionsprinzips aus. Nach dem Einschreiten der Altherrenschaft gründeten die protestantischen Mitglieder der Rheno-Guestphalia mit der Cheruskia eine eigene evangelische Burschenschaft.²⁸⁷

Die jüngeren Studenten dagegen zeigten sich gegenüber den traditionellen studentischen Gemeinschaftsformen aufgeschlossener. Angesichts ungesicherter Zukunftsaussichten erlagen gerade die jüngeren Studenten den Verlockungen von »Konnexion und romantischer Farbigkeit.«²⁸⁸ Mit dem Ausscheiden der Kriegsgeneration verschob sich die Haltung der Studentenschaft und die Ablehnung des Korporationswesens wurde schwächer.²⁸⁹ Der Aufschwung des Korporationswesens Ende der 40er Jahre wurde durch den steigenden Einfluss der Alten Herren sowie durch das Nachrücken jüngerer Studenten begünstigt.²⁹⁰ Entscheidend waren jedoch vor allem die gestiegenen Sozial- und Sicherheitsbedürfnisse der jüngeren Studenten sowie die zunehmende Entpolitisierung der

282 Schuetze, *Le retour des corporations*, S. 9.

283 Goossens, *Student in Bayern*, S. 72.

284 Anger, *Probleme*, S. 75; Flitner, *Studentisches Gemeinschaftsleben*, S. 121.

285 Amberger, *Wiedererstehen*, S. 22.

286 Geiner, *Sigfridia*, S. 251; *Geschichte der Sigfridia*, S. 56.

287 *Geschichte der Sigfridia*, S. 55.

288 Menck, *Neue Burschenherrlichkeit*, S. 124.

289 Schmidtman, *Katholische Studierende*, S. 123.

290 Schuetze, *Le retour des corporations*, S. 9.

Studenten, die ein Absterben der in den ersten Nachkriegsjahren zahlreich gegründeten Interessengruppen und Diskussionszirkel zur Folge hatte, deren Erbe die Korporationen antraten.²⁹¹ Mit dem Generationswechsel innerhalb der Studentenschaft vollzog sich ein Wandel der sozialen Bedürfnisse, der sich nirgendwo deutlicher niederschlug als in der gewandelten Einstellung zum Korporationswesen.

Angesichts des Erstarkens der Korporationen veröffentlichte der Senat einen Beschluss, dass es der Studentenschaft nur unter der Bedingung freistehe, sich zusammenzuschließen,

»dass gewisse unzeitgemäße Erscheinungen der alten Korporationen, wie die Bestimmungsmensur und das Tragen von Farben nicht wieder aufgenommen werden. Studierende, die gegen diese Bedingungen verstoßen, werden vom Studium ausgeschlossen.«²⁹²

In der folgenden Sitzung wurde der Senat noch deutlicher, als er sich den im Oktober gefassten Beschlüssen der Tübinger Hochschulkonferenz anschloss und formulierte:

»Der Senat hält es unter den heutigen Verhältnissen für untragbar, dass studentische Verbindungen Farben in irgendeiner Form in der Öffentlichkeit zeigen und dass Mensuren, sei es als Bestimmungsmensuren, sei es als Folge des Prinzips der Satisfaktion, gefochten werden.«²⁹³

Die Rektorenkonferenz wiederholte bis 1953 regelmäßig ihr Bekenntnis zu den Tübinger Beschlüssen.²⁹⁴ Doch wurde schnell deutlich, dass sie die Entwicklung nicht aufhalten konnte.

1950 restituierte sich mit der Deutsche Burschenschaft der erste Dachverband neu, der sich zum Prinzip der Mensur bekannte. Zwar war die Bestimmungsmensur bei der Neugründung der DB noch umstritten, bis 1954 hatten sich jedoch die Befürworter durchgesetzt.²⁹⁵ Zunächst stellten die Burschenschaften den Sportcharakter der Mensur heraus, nachdem jedoch der Bundesgerichtshof die Mensur für nicht strafbar erklärt hatte, griff die DB auf die traditionelle Begründung der Mensur als Mittel der Erziehung, der Auslese, der Gemeinschaftsbildung und der Bewährung zurück.²⁹⁶ 1951 folgten der DB auch der Coburger Convent (CC) als Zusammenschluss von Turner- und Landsmann-

291 Adam, Studentenschaft, S. 88.

292 Senatssitzung vom 22. 12. 1949, UAB Senat 33 – 5.

293 Senatssitzung vom 10. 1. 1950, UAB Senat 33 – 6.

294 Kleifeld, Wende zum Geist, S. 98 f.

295 Heither, Verbündete Männer, S. 283.

296 Ebd., S. 285.

schaften und der Kösener Senioren-Convents-Verband (KSCV) als Dachverband der ebenfalls traditionell schlagenden Corps.²⁹⁷ Die Dachverbände der schlagenden Verbindungen schlossen sich darüber hinaus in der Arbeitsgemeinschaft Andernach der mensurbeflissenen Verbände (AGA) zusammen.²⁹⁸ Im Juli 1951 bekannten sich Vertreter der in der AGA organisierten Verbände öffentlich zum Prinzip der Mensur.²⁹⁹ Auch die ablehnende Haltung von Seiten der Universität wurde nach und nach aufgeweicht. So hielt beispielsweise der Musikwissenschaftler Kurt Stephenson 1951 auf Einladung der Alten Breslauer Burschenschaft einen Vortrag zum Thema »Student und Waffe«.³⁰⁰ Auch Professor Walter Thörner, ebenfalls alter Burschenschafter, unterhielt enge Verbindungen zum Corps Rhenania und bildete für dieses einen »stille[n] Draht zum Senat.«³⁰¹ 1952 nahm die Breslauer Burschenschaft offiziell den Paukbetrieb wieder auf.

Auch hinsichtlich des Farbentragens machten die Korporationen seit dem Ende der 40er Jahre aus ihrer Absicht keinen Hehl, auch diese studentische Tradition wieder aufleben zu lassen. So war es nur eine Frage der Zeit, bis der Konflikt zwischen den farbentragenden Verbindungen und dem Senat offen ausbrechen musste. Bei der 65. CV-Versammlung 1951 in Bonn zeigten sich erstmals Mitglieder von sechs katholischen Korporationen öffentlich in ihren Farben. Der Senat hatte den CV im Vorfeld der Versammlung ausdrücklich vor einer solchen Provokation gewarnt und machte nun von seiner Disziplinarergreifung Gebrauch und entzog den Korporationen ihre Lizenz.³⁰² Ein erneuter Antrag auf Wiederzulassung wurde den Korporationen erst für den 1. Januar 1953 in Aussicht gestellt.³⁰³ Die betroffenen Verbindungen legten gegen den Lizenzentzug Widerspruch ein,³⁰⁴ einige von ihnen zogen vor Gericht. In einem Urteil des Landesverwaltungsgerichts in Köln wurden 1952 die Beschlüsse gegen die Staufia aufgehoben und dem Senat grundsätzlich das Recht abgesprochen, einer Vereinigung die Lizenz entziehen zu dürfen.³⁰⁵ In der Urteilsbegründung hieß es:

297 Kleifeld, *Wende zum Geist*, S. 125, 246.

298 Ebd., S. 263 f.

299 Senatssitzung vom 26. 7. 1951, UAB Senat 33 – 7.

300 Garbotz, *Wiederbeginn*, S. 259 f. Kurt Stephenson (1899 – 1985) wirkte seit 1939 als Dozent für Musikwissenschaft an der Universität Bonn. 1948 wurde er zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

301 Wüsthoff, *Nachkriegsjahre*, o.S.; Walter Thörner (1886 – 1969) habilitierte sich 1918 in Bonn und wurde 1922 zum außerplanmäßigen Professor ernannt. Von 1924 – 1951 war er Leiter der biologischen Abteilung des Instituts für Leibesübungen und Sportarzt der Universität Bonn, ab 1945 Leiter des Instituts für Leibesübungen.

302 Dabei handelte sich um die Ascania, Bavaria, Novesia, Ripuarica, Staufia, Tuisconia (alle CV), UAB UV 69 – 386.

303 UAB UV 69 – 11.

304 UAB UV 69 – 422.

305 UAB UV 69 – 423.

»Man wird nicht übersehen dürfen, daß die Auffassung über die Beurteilung des Farbentragens in der öffentlichen Meinung keineswegs konstant ist, sondern im Wandel der Zeiten Veränderung unterliegt. Die Ansichten über studentische Gebräuche sind im Jahre 1949 unmittelbar nach der Übernahme der entsprechenden Machtbefugnisse von den Besatzungsmächten auf die Universitätsorgane naturgemäß von der ausnahmslos strengen Auffassung der Besatzungsinstanzen beeinflusst. Diese Ansichten haben bis Ende 1951 [...] eine Wandlung erfahren, welche am sichtbarsten auf den Gebieten zum Ausdruck kommt, die mit der Wehrhaftmachung in Zusammenhang stehen.«³⁰⁶

Es ist offensichtlich, dass die emotional geführte Debatte auch dem Gericht den klaren Blick für ein juristisch ausgewogenes Urteil verstellte. Als Argument zur Begründung des Urteils wurde die öffentliche Meinung herangezogen, die angesichts der Debatte um die Wiederbewaffnung den Korporationen nun positiv gegenüberstand. Dass es bei dem Streitpunkt nur um das Tragen von Farben ging und es sich bei den Klägern um nichtschlagende Verbindungen handelte, die in keiner Weise in ihren Gebräuchen mit der Wehrhaftmachung in Zusammenhang gebracht werden konnten, war dem Gericht dabei offenbar entgangen.

Entscheidend für die Rolle der Korporationen an der Universität Bonn war die Haltung, die der Rektor zu den Verbindungen einnahm. Während die seit 1948 amtierenden Rektoren Theodor Klauser, Ernst Friesenhahn und Werner Richter den Korporationen ablehnend gegenüberstanden, wendete sich für die Korporationen das Blatt mit der Wahl Paul Martinis zum Rektor im Wintersemester 1953/54 zum Positiven. Martini war alter CVer und stand dem Farbentragen positiv gegenüber, obwohl er bedauerte, dass die CV-Verbindungen mit ihrem rigorosen Eintreten für das Farbentragen den schlagenden Verbindungen zugearbeitet hatten.³⁰⁷ Martini verfolgte als Rektor einen Kurs des offenen Dialogs mit den Korporationen, nahm als erster Rektor seit dem Krieg 1953 an einem Festkommers einer farbentragenden Verbindung teil und bemühte sich, zwischen den Korporationen und ihren Gegnern zu vermitteln. Auf seiner Rede anlässlich des CV-Kommerses im November 1953 hielt er ein eindringliches Plädoyer für die Beschränkung des Farbentragens auf festliche Anlässe, um die bisher erreichte Anerkennung der Korporationsideale nicht zu gefährden.³⁰⁸

Die Kontroverse um das Farbentragen macht deutlich, dass es der Universität

306 Ebd.

307 Martini an Winkler am 10. 12. 1951, MHI NL Martini, Ordner »Studenten nach dem Krieg«. Paul Martini (1889–1964) wurde 1932 auf das Ordinariat für Innere Medizin nach Bonn berufen. 1945 wurde er zum Direktor der Medizinischen Klinik und der Klinischen Anstalten der Universität Bonn ernannt. Im Akademischen Jahr 1953/54 amtierte er als Rektor der Universität Bonn.

308 Rede auf dem CV-Kommers in Bonn am 19.11.53, MHI NL Martini, Ordner Rektorat 1953/54.

nicht gelang, das Wiederaufleben der Verbindungstraditionen zu unterbinden. Der Druck von außen hat im Gegenteil viel zur inneren Festigung der Korporationen beigetragen.³⁰⁹ Die Einstellung der Studenten zum Thema Farbentragen hatte sich um 1950 entscheidend gewandelt. Während die Studenten der ersten Nachkriegsgeneration zwar nicht die Korporationen als solche abgelehnt, sich aber gegen das Wiederaufleben von Farben und Mensuren ausgesprochen hatten, war die nachfolgende Generation bestrebt, ebendiese Traditionen wieder zu etablieren und ihre Interessen auch gegen den Widerstand von Rektor und Senat durchzusetzen. Der restaurative Umschwung erfolgte nach Gründung der Bundesrepublik. Der antinationalistische, antimilitaristische und radikaldemokratische Geist der frühen Nachkriegszeit ging mit der ersten Studentengeneration verloren. Heither sieht das Wiedererstehen der Korporationen als Folge des Niedergangs alternativer Reformbestrebungen in der frühen Nachkriegszeit, die zur Gründung neuer studentischer Vereinigungen geführt hatte.³¹⁰ Beide Entwicklungen sind Symptome einer gewandelten Einstellung der Studentenschaft. Bemerkenswert dabei ist, dass gerade die katholischen Vereinigungen die Vorreiterposition bei der Diskussion um das Farbentragen einnahmen und damit den schlagenden Verbindungen den Weg zur Durchsetzung der Mensur ebneten.³¹¹

Das Erstarren der Korporationen ist in engem Zusammenhang mit dem Generationswechsel innerhalb der Studentenschaft zu sehen. Der Reformdruck auf die Altherrenschaft ließ in dem Maße nach, wie die erste Nachkriegsstudentengeneration durch jüngere Studenten ersetzt wurde und mit ihr der Idealismus und das Verantwortungsbewusstsein für die universitäre Entwicklung der ersten Nachkriegsjahre verschwanden. Dies beobachteten Günter und Werner Schuetze bereits 1953 in einer für eine französische Leserschaft geschriebenen scharfsinnigen Analyse des Wesens der deutschen Studentenverbindungen:

»Cette [...] évolution n'a été rendue possible que par la disparition de l'individualisme et du sens des responsabilités montrés par la ›Kriegsgeneration‹ et par leur remplacement par une certaine passivité et le manque de confiance en soi des nouveaux arrivants.«³¹²

Das Wiedererstarren der Korporationen spiegelt auch den restaurativen Umschwung in der Bundesrepublik in den Jahren 1949/50 wider. Nachdem die Aufbruchstimmung der frühen Nachkriegszeit abgeflaut war, fanden konser-

309 Botzet, Sozialer Wandel, 181, ebenso: Geschichte der Sigfridia, S. 57.

310 Heither, Verbündete Männer, S. 283.

311 Mauke, Auferstehung, S. 17.

312 Schuetze, Le retour des corporations, S. 9.

vative und nationalistische Tendenzen wieder vermehrt Verbreitung.³¹³ Besonders im Bereich der Verbindungszeitschriften hielt darüber hinaus auch nazistisches Gedankengut Einzug. Rechtsextreme Autoren fanden dort wie selbstverständlich ihren Platz. Die Rechtfertigungsideologie wurde zu einem Charakteristikum der burschenschaftlichen Geschichtsschreibung der 50er Jahre.³¹⁴ Gerade für die Burschenschaften erwies es sich als Vorteil, dass ihr Vaterlandsprinzip auf das Streben nach der deutschen Einheit anwendbar war.³¹⁵

Trotz ihres starken Zuwachses im ersten Jahrzehnt nach Gründung der Bundesrepublik konnten die Korporationen ihren Einfluss aus Weimarer Zeit nicht wieder erreichen. Zwar konstituierten sich bis 1952 deutschlandweit 18 Dachverbände mit 722 Korporationen, von welchen rund die Hälfte mensurbeflissen war,³¹⁶ doch waren 1954 nur knapp 30 % der männlichen Studenten korporiert, Anfang der 30er Jahre hatte der Anteil noch bei rund 60 % gelegen.³¹⁷ Insgesamt hat die Auseinandersetzung zwischen den Universitäten und den Verbindungen der Nachkriegszeit zu einer Entfremdung von Hochschulen und Korporationen geführt und damit zu einer Schwächung der Stellung der Korporationen innerhalb der Universitäten beigetragen. Mitte der 50er Jahre erreichte der Anteil der Korporierten den Höchststand, danach war er rückläufig.³¹⁸ Nach den Umwälzungen durch die Studentenbewegung der späten 60er Jahre ging die Bedeutung der Korporationen an den deutschen Universitäten noch weiter zurück.

5.2.4. Sonstige Vereinigungen

Neben Studentengemeinden, politischen Vereinigungen und Korporationen bestand eine Fülle weiterer studentischer Vereinigungen. Dabei handelte es sich vor allem um Gruppen aus bündischer Tradition, um Fachschaften oder Interessenvereinigungen, kulturelle Gruppen oder um Vereinigungen von Studenten gleicher Herkunft oder gleichen Schicksals, wie beispielsweise der Arbeitskreis aus der Sowjetzone verdrängter Studenten.

Die bündische Tradition wurde in Bonn vor allem von den Gruppen des Bundes Neudeutschland (ND) getragen. Dieser war nach dem Ersten Weltkrieg als katholische Schülerbewegung entstanden, die den Ideen der bündischen

313 Elm, *Das Vergangene*, S. 189.

314 Ebd., S. 207, ebenso Grossherr, *Korporationen*, S. 404, Heither, *Verbündete Männer*, S. 288.

315 Botzet, *Sozialer Wandel*, S. 178.

316 Gladen, *Gaudeamus igitur*, S. 53.

317 Kleifeld, *Wende zum Geist*, S. 30 und 58; Bartscher, *Korporationen*, S. 31, nennt für das WS 1954/55 einen Anteil von 27,2 % der männlichen Studenten.

318 Bartscher, *Korporationen*, S. 31.

Jugend verbunden war. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges bestand der Bund aus Jungengemeinschaft und Älterenbund. Nach Kriegsende wurde unter den Studenten das Bedürfnis nach einem eigenen Bund innerhalb des ND laut. Die ersten studentischen Gruppen bildeten sich im Sommersemester 1946 unter dem Dach der KSG. 1947 trafen sich die Neudeutschen Studenten zu einer ersten gemeinsamen Tagung in Limburg/Lahn, auf der sie sich zum ND-Hochschulring zusammenschlossen.³¹⁹ Dieser sah seine Aufgabe darin, »bei den Veränderungen und Formen im hochschulpolitischen Bereich und der Hochschulgemeinden mitzuwirken.«³²⁰ Ziel der Neudeutschen war es, ein neues studentisches katholisches Gemeinschaftsleben in Abkehr von den Traditionen der katholischen Korporationen zu entwickeln.³²¹ Daneben gründete sich 1948 ebenfalls innerhalb der KSG eine Gruppe des Heliand, dem formal selbstständigen aber den Ideen des ND verbundenen Studentinnenverbandes. 1948 konstituierte sich der Bund Neudeutschland auf Bundesebene neu. Zu diesem Zeitpunkt hatten die vier Bonner Gruppen (St. Anno, St. Michael, Albertinum, Leoninum) 82 Mitglieder, davon waren 24 noch in der Probezeit.³²² Die Mitgliederzahlen blieben bis Mitte der 50er Jahre in etwa konstant.³²³ Ebenfalls den Idealen der katholischen bündischen Jugend verpflichtet, gründete sich im Wintersemester 1947/48 die gemischtgeschlechtliche Quickborn-Gruppe.³²⁴ Im Dezember 1953 wurde sie vom Senat anerkannt, verfügte zu dieser Zeit aber nur über 13 Mitglieder.³²⁵

Eine weitere große Gruppe studentischer Vereinigungen stellten die Fachschaften dar. Dabei handelt es sich im engeren Sinne nicht um freiwillige Zusammenschlüsse von Studenten, da jeder Student qua Immatrikulation Mitglied der entsprechenden Fachschaft war. Doch hatten einige Studentengruppen sich als Interessenvertretung von Fachstudenten konstituiert, sich eine Satzung gegeben und den Namen Fachschaft angenommen, ohne dabei auf den Charakter einer studentischen Vereinigung mit der Möglichkeit zum Bei- oder Austritt zu verzichten.

Erste Fachschaften entstanden in Bonn sehr früh. Schon vor der Wiedereröffnung der Universität ging von einer Gruppe von Medizinstudenten das Bestreben zur Gründung einer Studentenvertretung aus. Diese Gruppe wurde vom Senat als Fachschaftsvertretung der Mediziner anerkannt.³²⁶ Im Wintersemester

319 ND-Archiv, E 1.1.01 HSR 1946–51.

320 ND-Archiv, C 1.1.901 Zur Bundesgeschichte.

321 Zur Entwicklung der ND-Hochschulgruppen vgl. Eilers, Konfession und Lebenswelt, S. 218 ff.

322 ND-Archiv, E 1.1.01 HSR 1946–51.

323 Vgl. die Zahlenangaben in UV 69–408.

324 BUZ Nr. 29/30, 15.12.1947, S. 13.

325 UV 69–387.

326 UAB MF 68–11; von einer medizinischen Fachschaft ist danach allerdings erst wieder im

1945/46 konstituierten sich Geographiestudenten als Fachschaft. Die Gründung wurde von Rektor Konen jedoch abgelehnt, da kein Fragebogen eingereicht worden war und daher keine Genehmigung von Rektor und Senat vorlag.³²⁷ Zur offiziellen Gründung der Fachschaft kam es nach Erinnerungen eines Zeitzeugen erst im Wintersemester 1947/48.³²⁸ Im selben Semester organisierte sich der Arbeitskreis deutscher Landwirtschaftsstudenten.³²⁹ Besonders in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät war das Bedürfnis der Studenten nach einem fachbezogenen Zusammenschluss offenbar groß. Es gründeten sich Fachschaften der Pharmazeuten, Chemiker und der Mathematiker und Physiker.³³⁰ Ende des Wintersemesters 1948/49 wurde mit der BIOFA, der Fachschaft der Biologen, die letzte naturwissenschaftliche Fachschaft begründet.³³¹ Für das Sommersemester 1949 wurde die Existenz von insgesamt neun Fachschaften angegeben.³³²

Im Zuge der Diskussion um die Verfassung der Studentenschaft bestand der Senat 1950 auf der Ergänzung des AStA-Entwurfs um Fachschaften als Organe der Selbstverwaltung.³³³ Damit war die Bezeichnung Fachschaft zu einem verfassungsrechtlichen Begriff geworden, der eine Zusammenfassung aller Studenten eines Fachbereichs beinhaltete. Wie Universitätsrichter von Weber 1950 feststellte, bestanden solche Fachschaften an der Universität Bonn noch nicht.³³⁴ Die als studentische Vereinigung organisierten Fachschaften der Naturwissenschaftler wurden daher vom Senat aufgefordert, sich in Fachkreise umzubenennen.³³⁵ Da Fachschaften nunmehr nicht als studentische Vereinigungen angesehen wurden, konnte auf die Zulassung durch den Senat verzichtet werden.³³⁶

Während die studentischen Zusammenschlüsse der Naturwissenschaftler sich in der Folge zu echten Fachschaften im Sinne der Verfassung der Studentenschaft entwickelten, bestanden bei den Studenten der Philosophischen Fakultät nur einige wenige Vereinigungen auf fachlicher Ebene, die nicht den Umfang einer Fachschaft erreichten. So gründete sich 1951 der Bonner An-

Wintersemester 1949/50 die Rede, Nachrichtenblatt 2. Jg. (1950), Nr. 1, S. 7; vgl. dazu auch Kap. 5.1.1.

327 Sitzung des Vereins Studentenwohl vom 15.2.1946, UAB UV 69–82.

328 Horst Uhrig, in: Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform, S. 224.

329 UAB UV 69–451.

330 Vgl. UAB UV 69–400, -402 und -451.

331 BUZ Nr. 51, 29.9.1949, S. 6.

332 UAB UV 69–86.

333 Nachrichtenblatt, 5. Jg. (1950), Nr. 9, S. 19.

334 UAB UV 69–451.

335 AStA-Sitzung vom 6.6.1950, UAB AStA 47–3.

336 Dies wurde auf der Senatssitzung vom 30.7.1953 bestätigt (UAB Senat 33–9) und hatte zur Folge, dass die Fachschaften betreffende Überlieferung in den Akten des Universitätsarchivs sehr gering ist.

glistenkreis als Gemeinschaft von Studenten und Dozenten.³³⁷ Bereits 1950 bestand die Vereinigung Bonner Geschichtsstudenten.³³⁸ Seit 1949 gab es auch bei den evangelischen Theologen Pläne zur Gründung einer Fachschaft. Diese kam jedoch erst 1953 zustande.³³⁹

Der Zusammenschluss zu Fachschaften stellte für die meisten Studenten kein vordringliches Anliegen dar. Die Verbindung zu den Kommilitonen des gleichen Fachs wurde auch ohne das Band einer festen Organisation empfunden und konnte im Rahmen persönlicher Kontakte leicht gepflegt werden. Gemeinsame Aktionen, wie die Durchführung von Festen oder die Kontaktaufnahme zu Fachkollegen an anderen Universitäten, waren auch ohne organisatorischen Rahmen möglich. Ein stärkeres Bedürfnis nach Zusammenschluss war dagegen bei den Studenten der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät zu beobachten.

Neben den Fachschaften gründete sich eine Fülle von studentischen Interessengruppen, die gesellschaftliche oder kulturelle Ziele verfolgten. Dazu gehörten Arbeitskreise für deutsche Sprache,³⁴⁰ für Jazzmusik,³⁴¹ eine studentische Sing- und Wandergemeinschaft,³⁴² der studentische Filmclub³⁴³ und verschiedene Theatergruppen.³⁴⁴ Insgesamt beantragten 17 solcher freien studentischen Gruppen, die nicht in größeren Verbänden organisiert waren, die Lizenzierung durch die Universität. Es ist zu vermuten, dass noch weitere Gruppen inoffiziell bestanden, die nicht den Antrag auf Lizenzierung gestellt hatten. Leider sind die

337 Nachrichtenblatt, 6. Jg. (1954), Nr. 10, S. 17.

338 Senatssitzung vom 15.2.1951, UAB Senat 33 – 7.

339 UAB UV 69 – 384.

340 Die später in ›Wilhelm von Humboldt-Kreis: Studentische Arbeitskreis für Sprache‹ umbenannte Vereinigung verfolgte die Pflege der Sprache auf wissenschaftlicher Grundlage. Sie bestand seit 1948 und hatte im WS 53/54 21 Mitglieder, UAB UV 69 – 387.

341 Der Arbeitskreis für Jazzmusik, der seit 1952 bestand, bemühte sich, durch Konzerte und Vorträge die Verbreitung der Jazzmusik zu fördern, Nachrichtenblatt 7. Jg. (1955), Nr. 4, S. 17.

342 Die studentische Sing- und Wandergemeinschaft war aus der Verbindung Bardia hervorgegangen und hatte sich 1951 von dieser abgespalten, als die Mitgliedschaft von Frauen in Frage gestellt wurde. 1954 erfolgte die Umbenennung in Studentischer Singkreis. Dieser hatte im SS 54 26 Mitglieder, UAB UV 69 – 417.

343 Der Studentische Filmclub war aus dem Film-Club Bonn hervorgegangen und wurde 1953 gegründet. 1954 hatte er bereits über 600 Mitglieder. Die Mitgliedschaft war jedoch mit keinerlei Engagement verbunden und bedeutete lediglich die Möglichkeit der Teilnahme an den vom Club organisierten Filmabenden in Hörsaal 1, Nachrichtenblatt 6. Jg. (1954), Nr. 5, S. 24.

344 Im WS 1947/48 bestand die Studentische Theatergruppe, die sich im Mai 1949 wegen finanzieller Schwierigkeiten auflöste. Anfang 1951 gründete sich die Studentenbühne an der Universität Bonn, deren ursprüngliches Ziel, das Fehlen der Theaterwissenschaften an der Universität Bonn durch studentische Initiative zu kompensieren, vom Senat nicht anerkannt wurde. Diese Gruppe hatte im WS 1953/54 24 Mitglieder und wurde im September 1957 aufgelöst, UAB UV 69 – 387.

Mitgliederzahlen dieser Gruppen unvollständig. Rechnet man die überlieferten Zahlenangaben hoch,³⁴⁵ so ist für die beginnenden 50er Jahre von rund 300 Studenten auszugehen, die in freien studentischen Vereinigungen organisiert waren.

Insgesamt ist seit dem Wintersemester 1947/48 bis zum Ende der 40er Jahre ein starker Anstieg der Zahlen der in den verschiedenen Vereinigungen organisierten Studenten zu beobachten. Dieser Anstieg erklärt sich zum großen Teil daher, dass das Lizenzierungsverfahren im Wintersemester 1947/48 eingeführt wurde und es sich über mehrere Semester hinzog, bis alle lizenzierungswilligen Vereinigungen den entsprechenden Antrag gestellt hatten. Zu Beginn der 50er Jahre stiegen die Mitgliederzahlen der Vereinigungen nur noch langsam an. Auf Grund des leider nur lückenhaft überlieferten Zahlenmaterials darf nach vorsichtiger Interpolation der Anteil der in einer Vereinigung (ausgenommen Fachschaften) organisierten Studenten zu Beginn der 50er Jahre auf etwa 35–40 % geschätzt werden.

Bei der Betrachtung studentischer Vereinigungen ist ein deutlicher Wandel innerhalb der Studentenschaft zu beobachten. Unmittelbar nach dem Krieg war das Bedürfnis nach einem lockeren, ungezwungenen Zusammenschluss zu studentischen Gruppen mit wenig gefestigten Strukturen groß. Besonders kirchliche oder im weitesten Sinne politisch orientierte Gruppen entsprachen den Bedürfnissen der ersten Nachkriegsstudenten nach Reflexion und politischer oder weltanschaulicher Diskussion.³⁴⁶ Einigkeit herrschte in der Ablehnung der traditionellen Verbindungen. Der nur lockere Zusammenschluss der neugebildeten Gruppen erwies sich seit dem Ende der 40er Jahre als wenig tragfähig, da viele dieser Gruppen mit dem Weggang der ersten Nachkriegsstudentengeneration ausstarben. Gleichzeitig mit dem Generationswechsel innerhalb der Studentenschaft vollzog sich der Aufstieg der Korporationen. Die jüngere Studentengeneration stand den Korporationen weit weniger ablehnend gegenüber als die Kriegsteilnehmer. Zudem hatten sich die Altherrenschaften wieder formiert und verfügten seit der Währungsreform auch über die notwendige Finanzkraft, um die aktive Verbindung zu unterstützen. Alle Bemühungen um die Reform der traditionellen Verbindungen, die vor allem von den Kriegsteilnehmern getragen wurden, scheiterten mit dem Erstarken des Einflusses der Alten Herren nach dem Weggang der Kriegsgeneration.

345 Mitgliederzahlen studentischer Vereinigungen finden sich in UAB UV 69–373 ff., Mitgliederzahlen freier Studentengruppen in UAB UV 69–387.

346 Adam, Studentenschaft, S. 88.

5.3. Studentische Zeitungen

Eine wichtige Quelle zur Analyse der Einstellung der Studenten zu aktuellen gesellschaftlichen, universitären und politischen Themen sind die Artikel in studentischen Zeitungen. Diese bildeten in der Nachkriegszeit ein Forum der öffentlichen Diskussion hochschulpolitischer Probleme. An vielen Universitäten, so auch in Bonn, wurden diese Zeitungen bis zur Währungsreform durch Dozenten und Studenten gemeinsam herausgegeben. Erst gegen Ende der 40er Jahre entstanden spezifisch studentische Zeitungen.³⁴⁷

In Bonn bestand zwischen Sommer 1946 und Sommer 1949 mit der Bonner Universitätszeitung (BUZ) eine Zeitschrift, die in gemeinsamer Trägerschaft von Dozenten und Studenten gestaltet wurde. Ursprünglich hatte der spätere Chefredakteur der BUZ, Alfred Klutmann, den Vorschlag einer gemeinsamen »Akademischen Rundschau« der Universitäten Aachen, Köln und Bonn vorgebracht.³⁴⁸ Schließlich entschied man sich jedoch für eine selbstständige Zeitung für jede Hochschule. Im April 1946 wurde die BUZ als eigenständige Bonner Universitätszeitung gegründet, im Mai erhielt sie die Lizenz der Militärregierung.³⁴⁹ Lizenznehmer waren Rektor Konen und Professor Friedrich Becker. Darüber hinaus wurde ein Redaktionsausschuss gebildet, dem neben Professor Johannes Steudel ausschließlich Studenten angehörten, darunter Paul Adenauer und Alfred Klutman.³⁵⁰ Mit ihrem Bestehen bis 1949 erwies sich die BUZ als eine der langlebigsten Studentenzeitungen der Nachkriegszeit. Die große Mehrheit der frühen studentischen Zeitungen überlebte den Einschnitt der Währungsreform dagegen nicht.³⁵¹

Die erste BUZ erschien am 16. Mai 1946. Rektor Konen verfasste einen einleitenden Artikel für die Titelseite, in der er die Aufgaben der Universitätszeitung umriss. Diese sollte im Zusammenwirken von Dozenten und Studenten »ein deutliches Bild der Zustände und des geistigen Lebens der Hochschule« liefern.³⁵² Genau diesem Aufgabenbild entsprach die BUZ in den kommenden Ausgaben. Sowohl Dozenten als auch Studenten lieferten die Beiträge, die sich mit aktuellen Fragen der Situation der Studenten, der Hochschule, der Kultur sowie der Politik beschäftigten. Bereits in der ersten Ausgabe wurde deutlich, was den Charakter der Zeitung dauerhaft prägen sollte: die lebhaftige Diskussion. Ein von dem Psychologen Carl Fervers³⁵³ in drei Teilen veröffentlichter Artikel

347 Bohrmann, Strukturwandel, S. 124.

348 UAB UV 69 – 126.

349 Senatssitzung vom 23. 5. 1946, UAB Senat 33 – 2.

350 Senatssitzung vom 18. 4. 1946, UAB Senat 33 – 2; vgl. auch UAB UV 69 – 126.

351 Killy, Studium generale, 81.

352 BUZ Nr. 1, 16. 5. 1946, S. 1.

353 Carl Fervers (1898 – 1972) habilitierte sich 1936 in Bonn. 1950 wurde er zum Abteilungs-

über »Die seelische Struktur des Studenten von heute und seine Neigung zu psychopathischen Reaktionen« konstatierte bei den Studierenden eine Veranlagung zu krankhaften Psychosen und unterteilte die Studenten in Kategorien, die vom »puerilen Negativist« als harmlosester Form, bis zum »neurotischen Querulant« reichten.³⁵⁴ Entsprang der Artikel der aufrichtigen Sorge um die geistige Verfassung der Studenten, so rückte er doch die Mehrheit der Studenten in die Nähe zur Geisteskrankheit. Der Protest von Seiten der Studenten war unvermeidbar. In zahlreichen Briefen an die Redaktion wurde Fervers Artikel scharf angegriffen und damit eine Diskussionskultur begründet, die für die BUZ typisch bleiben sollte.

Nach der AStA-Wahl im Sommer 1946 wurde der Redaktionsausschuss neu gebildet und die redaktionelle Arbeit professionalisiert. Dabei wurden die Ressorts Kulturpolitik, Weltanschauung, Politik, Feuilleton, Hochschulnachrichten, Hochschulpolitik, Wissenschaften und Sport eingerichtet.³⁵⁵ Die Studenten hatten mit der BUZ erstmals die Möglichkeit, ihre Gedanken, Meinungen und Ideen einer Öffentlichkeit mitzuteilen. Die BUZ wurde so, wie ein damaliger Student es sah, zu einem »Sprachrohr studentischer Selbstverwirklichung«.³⁵⁶ Seit Herbst 1946 forderte die BUZ durch die »BUZ-Frage« zu aktuellen politischen (Was beunruhigt Sie, wenn Sie an die Zukunft Deutschlands denken, am meisten?) oder universitären Belangen (Was halten Sie von der Einrichtung eines Studentenparlaments?) die Studenten zur Stellungnahme auf.

Obwohl die Resonanz auf die gestellten Fragen groß war, bestand doch ein stetiger Mangel an aktiven Mitarbeitern. Der Redaktionskreis war so klein, dass sich die BUZ den Vorwurf gefallen lassen musste, sie sei ein »Familienblatt«, da die Artikel nur von einer kleinen Gruppe Studenten verfasst worden seien.³⁵⁷ Traf dieser Anwurf im Kern zwar zu, so lag es doch an den Studenten selbst, die den zahlreichen Aufrufen zur Mitarbeit an der BUZ keine Folge leisteten. Die Zahl der Leserbriefe war jedoch hoch, so dass ein breites Meinungsspektrum der Studentenschaft in der Zeitung zum Ausdruck kam. Dabei wurde durchaus auch Kritik geübt. Bereits im Dezember 1946 erregte der Artikel »Ostflüchtling Philosophie« so großes Aufsehen, dass der Rektor der TH Dresden beim Bonner Senat Beschwerde einlegte und dieser sich daraufhin genötigt sah, eine genauere Überprüfung der Artikel vor deren Veröffentlichung anzumahnen.³⁵⁸ Von Seiten

leiter des Medizinisch-Psychologischen Instituts und zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

354 BUZ Nr. 1, 16. 5. 1946, S. 4; BUZ Nr. 2, 5. 6. 1946, S. 5; BUZ Nr. 3, 18. 6. 1946, S. 5–6.

355 UAB UV 69–126. Das Ressort Hochschulpolitik übernahm der spätere nordrhein-westfälische Kultusminister Paul Mikat.

356 Deutz, Das erste Semester, S. 22.

357 BUZ Nr. 21, 17. 6. 1947.

358 Senatssitzung vom 18. 12. 1946, UAB Senat 33–6.

der Militärregierung erfolgte bereits eine inoffizielle Zensur der einzelnen Universitätszeitungen, die von den UECOs vorgenommen wurde.³⁵⁹

Seit 1947 ging die Unterstützung der BUZ durch die Professorenschaft allmählich zurück. Bereits im Februar 1947 traten Differenzen im Redaktionsausschuss offen zu Tage, als auf einer AStA-Sitzung der Rücktritt der Professoren Steudel und Becker gefordert wurde.³⁶⁰ Im November 1947 stellte Professor Becker sein Amt als Lizenznehmer der BUZ zur Verfügung, erklärte sich aber bereit, die Geschäfte bis zur Ernennung eines Nachfolgers weiterzuführen.³⁶¹ Da sich offenbar kein Nachfolger fand, trat er im Sommer 1948 endgültig zurück. Die Militärregierung bat ihn, sein Amt weiterzuführen, der Senat dagegen ließ es auf ein Auslaufen der Lizenz ankommen und war bereit, die BUZ nötigenfalls eingehen zu lassen.³⁶²

Ohne die Unterstützung des Senates entwickelte sich die BUZ zu einem selbstständigen Organ der Redaktion und nahm mehr und mehr studentischen Charakter an. Die Auswertung der BUZ durch Stengel förderte diesen Umbruch deutlich zu Tage.³⁶³ Wissenschaftliche, feuilletonistische und politische Artikel verschwanden 1949 fast vollständig aus der BUZ, dagegen nahmen nun vor allem universitäre Mitteilungen und Beiträge des AStA und einzelner studentischer Gruppen einen breiten Raum ein. Durch die veränderte Schwerpunktsetzung wurde die BUZ nach Auffassung des Senats ihrer Rolle als Universitätszeitung immer weniger gerecht, die reservierte Haltung des Senats gegenüber der BUZ wurde weiter verstärkt. Immer häufiger kam Kritik an einzelnen Artikeln oder generell am Niveau der BUZ im Senat zur Sprache.³⁶⁴ Schließlich forderte der Senat 1949, endlich wieder einen Ordinarius in die Redaktion aufzunehmen und drohte, der Zeitung die Lizenz zur Führung ihres Namens zu entziehen.³⁶⁵ Die Auseinandersetzungen mit der BUZ ließen im Senat die Vorbehalte gegen die eigene Universitätszeitung soweit wachsen, dass dieser dem Vorschlag, die einzelnen Hochschulzeitungen zu Gunsten eines zentralen Hochschulorgans aufzugeben, wenig später bereitwillig zustimmte.³⁶⁶ Dieses Projekt scheiterte jedoch zunächst.³⁶⁷

Nachdem der Wegfall der Unterstützung durch den Bonner Senat offenbar geworden war, suchte die Redaktion der BUZ nach einer Möglichkeit zur Fort-

359 Pender auf der 7. Sitzung der ECOs am 6. 11. 1946, PRO FO 1050/1233.

360 AStA-Sitzung vom 27. 2. 1947, UAB AStA 47 – 1.

361 Senatssitzung vom 6. 11. 1946, UAB Senat 33 – 2.

362 Senatssitzung vom 17. 6. 1948, UAB Senat 33 – 4.

363 Stengel, Student und Politik, S. A6.

364 Senatssitzungen vom 5. 1. und 10. 2. 1949, UAB Senat 33 – 5.

365 Senatssitzung vom 3. 3. 1949, UAB Senat 33 – 5.

366 Senatssitzung vom 28. 4. 1949, UAB Senat 33 – 5.

367 Senatssitzung vom 2. 6. 1949, UAB Senat 33 – 5.

führung der Zeitung. Bereits im Sommer 1948 hatten sich Vertreter der Studentenzeitungen der rheinischen Hochschulen getroffen, um Pläne für den Ausbau der BUZ zu einer gemeinsamen Studentenzeitung zu erörtern.³⁶⁸ In Zusammenarbeit mit dem VDS gründete die BUZ-Redaktion im Jahr 1949 die Westdeutsche Universitätszeitung als Publikationsorgan der westdeutschen Studentenschaften. Die Bonner Universitätszeitung stellte damit ihr Erscheinen mit der 52. Ausgabe im Mai 1949 ein.

Schon im Sommer 1949 entstanden jedoch zwischen der Redaktion und dem VDS tiefgehende Differenzen über Aufmachung und Inhalt der Westdeutschen Studentenzeitung.³⁶⁹ Auf ihrer Konferenz in Seeshaupt beschloss der VDS daher, der Zeitung seine Unterstützung zu entziehen. Der VDS konzentrierte seine Bemühungen nun auf die Deutsche Universitätszeitung (DUZ), die aus der Göttinger Universitätszeitung hervorgegangen war. Mit der DUZ bestand seit 1949 ein zentrales Organ der Studentenschaften der einzelnen Hochschulen, das allein von Studenten redaktionell betreut wurde.

Mit dem Aufgehen der BUZ in der Westdeutschen Studentenzeitung und der Gründung der DUZ ging dem Bonner AStA ein wichtiges Medium für die Verbreitung lokaler Nachrichten verloren. Wegen des überregionalen Charakters der DUZ konnte der Universität Bonn weniger Raum gewährt werden. Deshalb entschloss sich der AStA im Sommer 1949 mit der Genehmigung des Senates ein eigenes »Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft« herauszugeben, das den Charakter eines gedruckten schwarzen Brettes erhalten sollte.³⁷⁰

Diesem Anspruch wurde die Zeitung zunächst auch gerecht, wie die nachfolgende Grafik zeigt. Universitäre Belange, Mitteilungen und Hinweise nahmen in den ersten Ausgaben einen breiten Raum ein. Erst im Laufe des Jahres 1950 wurden wieder wissenschaftliche Beiträge aufgenommen und ein Feuilleton eingerichtet, das vor allen Dingen Besprechungen von lokalen Opern-, Konzert- oder Theateraufführungen beinhaltete. Auffällig ist auch, dass mit dem Wiedererstehen der studentischen Verbindungen Ende der 40er Jahre die Berichte von bzw. über diese Gruppen immer mehr Raum einnehmen. Ein Trend, der sich bruchlos von der BUZ zum Nachrichtenblatt fortsetzte. Politische Themen treten in der Umbruchszeit zwischen BUZ und Nachrichtenblatt zunächst in den Hintergrund, werden aber zu Beginn der 50er Jahre wieder wichtiger, ohne jedoch den breiten Raum der frühen BUZ-Jahre zu erreichen. Dabei ist bemerkenswert, dass bei den politischen Beiträgen der Schwerpunkt sehr deutlich

368 15. Hochschulkonferenz am 26.7.1948 in Braunschweig, Heinemann, Hochschulkonferenzen 2, S. 509.

369 Schreiben von Dr. Raabe an den Rektor vom 5.7.1949, UAB UV 69–123. Die WSZ stellte nach nur 5 Nummern im Sommer 1949 ihr Erscheinen ein.

370 AStA-Pressereferat an Rektor am 27.6.49, UAB UV 69–125; Senatssitzung vom 30.6.1949, UAB Senat 33–5.

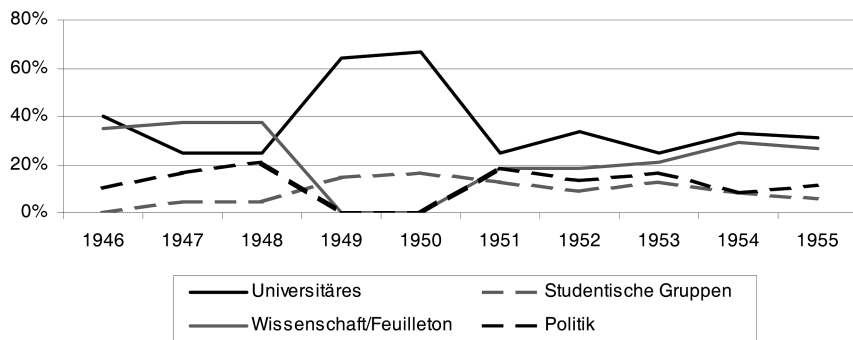


Diagramm 20: Themenbereichsanalyse der BUZ und des Nachrichtenblattes (Angaben nach Stengel, Student und Politik)

auf dem deutsch-deutschen Themenfeld liegt. 1952 bis 1954 beschäftigen sich 75 – 100 % aller politischen Artikel mit ostdeutschen Themen.³⁷¹ Dies spiegelt die enorme Bedeutung wieder, die diesem Themenkomplex innerhalb der Studentenschaft beigemessen wurde.

Das Nachrichtenblatt, das zunächst als Notlösung wegen der allzu knappen Berichterstattung in der DUZ gegründet wurde, verstand sich offenbar lange Zeit nur als Provisorium. Im Januar 1951 wurde im AStA vermeldet, dass man am Nachrichtenblatt zunächst festhalten müsse, bis die NRW-Beilage der Westdeutschen Studentenzeitung erscheinen werde.³⁷² Doch sollte dem Nachrichtenblatt ein langes Bestehen vergönnt sein. 1956 wurde es in Spuren umbenannt und erschien von 1961 bis 2008 unter dem Titel »Akut. Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft.«

5.4. Die politische Haltung der Studentenschaft

Es ist nur schwer möglich, eine bestimmte Haltung der Studentenschaft zu politischen Themen herauszustellen. Zu heterogen waren die Auffassungen der einzelnen Studenten. Zudem ist das, was heute aus den AStA-Protokollen oder den Artikeln der Bonner Universitätszeitung als politische Haltung fassbar ist, immer nur die Äußerung einer kleinen Gruppe aktiver Studenten. Die Auffassung des Gros der Studenten bleibt, damals wie heute, ungewiss. Nur wenige Studenten äußerten sich in öffentlichen Stellungnahmen, beispielsweise in der Bonner Universitätszeitung, zu tagespolitischen Fragen. Der Ruf nach einer größeren Beteiligung der Studenten an den Diskussionen der Zeit durchzieht die

³⁷¹ Stengel, Student und Politik, S. A6.

³⁷² AStA-Sitzung vom 9. 1. 1951, UAB AStA 47 – 2.

Bonner Universitätszeitung ebenso wie die Kritik, es wären immer dieselben Autoren einer kleinen Gruppe, die ihre Meinung äußerten.³⁷³ Es scheint gleichsam ein Spezifikum der ersten Nachkriegszeit zu sein, dass politische Debatten im privaten Kreis und nicht öffentlich geführt wurden.³⁷⁴ Alexander von Plato spricht in diesem Zusammenhang von einer »Dominanz des Privaten«, da sich die Politik insgesamt desavouiert hätte.³⁷⁵ Politikmüdigkeit war ein weitverbreitetes Phänomen in der Nachkriegszeit. Als Ursache wurde vielfach die Desillusionierung nach dem Zusammenbruch des »Dritten Reiches« genannt. So beschrieb der Vorsitzende des Bonner CDH, Josef Deutz, die politische Haltung seiner Kommilitonen:

»The aversion of the individual student, as well as of whole groups, against any kind of political practice or orientation, resulting from the disillusionment of the nation-wide breakdown, is wide-spread.«³⁷⁶

Oftmals wurde jedoch die parteipolitische Aktivität als Maßzahl demokratischer Einstellung gewertet. Wie Beyer und Holtmann feststellten, bleibt bei dieser Betrachtungsweise »soziale, potentiell politische Aktivität, die sich »vor Politik« entfaltet« ebenso unbeachtet, wie die zeitaufwändige Alltagsbewältigung der Nachkriegszeit, die sich dämpfend auf das politische Engagement ausgewirkt hatte.³⁷⁷ Auch Eric Colledge, Leiter der Hochschulabteilung der Education Branch erkannte, dass die Parteien den Studenten angesichts des enormen Aufwands an Zeit- und Energieressourcen, die ein parteipolitisches Engagement erfordert, nur wenig zu bieten hatten. Trotz aller Ablehnung der Parteipolitik hätten sich die Studenten dennoch eine gesunde demokratische Einstellung erhalten, die in der Arbeit der Studentenvertretungen sichtbar werde.³⁷⁸ Die politische Indifferenz der Studenten muss somit im historischen Kontext der Nachkriegszeit gesehen und kann nicht nur auf Sozialisierungserfahrungen im »Dritten Reich« zurückgeführt werden. Die Verhaltensanforderungen des Besatzungsalltags ließen nur wenig Zeit und Spielraum für die Verwirklichung politischer Interessen.³⁷⁹

Insgesamt muss die These der politischen Zurückhaltung der jungen Generation in der Nachkriegszeit, die seit Schelskys Werk über die skeptische Generation die Literatur durchzieht, insbesondere auch im Hinblick auf die Bonner

373 »Familienblatt«, BUZ Nr. 21, 17.6.1947, S. 1.

374 Krönig/Müller, Nachkriegssemester, S. 65.

375 Plato, Mit alten Köpfen, S. 23, 25.

376 Deutz, Josef: Reconstruction of Bonn University, in: British Zone Review 1 (1946), Nr. 33 (21.12.1946), S. 6–7, hier S. 7.

377 Beyer/Holtmann, Sachpolitik, S. 149.

378 Colledge, German Universities, S. 107.

379 Dudek, Übergang zur Demokratie, S. 195.

Studenten relativiert werden. Es gab in der Studentenschaft der Nachkriegszeit ein »tatkräftiges Potential zur Veränderung und Neugestaltung der Gesellschaft«³⁸⁰, das sich jedoch nicht zwangsläufig in politischer Aktivität äußern musste. An den Universitäten von Nordrhein-Westfalen war in der Nachkriegszeit ein starkes Gefälle politischer Aktivität zu beobachten. An der Spitze stand neben der Universität Münster vor allem die Bonner Universität, dagegen fiel das Engagement der Studenten in Aachen und Köln deutlich ab.³⁸¹

Die BUZ gibt Zeugnis von einer regen Diskussionskultur. Trotz der enormen physischen und psychischen Anstrengung, die für die praktische Alltagsbewältigung aufgewandt werden musste, fanden nicht wenige Studenten Zeit und Kraft, ihre Meinung in der BUZ zu äußern. Die Zahl der Leserbriefe weist auf einen großen Leserkreis, der die angesprochenen Themen aufmerksam und interessiert verfolgte. Die Skepsis gegenüber der Politik bezog sich ausschließlich auf das »Gezänk« der Parteipolitik und bedeutete nicht automatisch Desinteresse und Gleichgültigkeit gegenüber politischer Diskussion.³⁸² Im Gegenteil wird von vielen Zeitzeugen der Eindruck vermittelt, die Studenten hätten ihre neuerworbene Freiheit, über politische Themen unbeschränkt diskutieren zu können, weidlich genutzt.³⁸³ Eine psychologische Untersuchung über die Lage der Studenten kam 1955 zu dem Ergebnis, dass die Kriegsteilnehmer unter den Studenten zwar skeptisch, aber aufgeschlossen gewesen seien, die einige Jahre nach dem Krieg an die Hochschule kommende Generation sich dagegen wesentlich passiver verhielte.³⁸⁴

Das politische Desinteresse der jüngeren Studenten ist auch vor dem Hintergrund einer Politik der frühen Bundesrepublik zu sehen, welche die politische Partizipation der Bürger eher bremste als förderte. In einem allgemeinen Klima politischer Zurückhaltung war es insbesondere für die Generation der Heranwachsenden schwer, sich politische Mündigkeit zu erwerben und zu einer aktiven Gestaltung ihres gesellschaftlichen Umfeldes beizutragen. »Im Gefolge einer restaurierten Nachkriegsgesellschaft wurde die Studentenschaft schon

380 Kleinen, Hoffnung, S. 151.

381 Spix, Abschied vom Elfenbeinturm, S. 75 f.

382 »Was der Student in der Politik ablehnt, ist parteipolitisches Gezänk, demagogische Verzerrung der tatsächlichen Verhältnisse und ein gefährliches Beharren auf weltanschaulichen Doktrinen selbst dann, wenn sich eine Lösung auf anderem Wege ebenso rasch erreichen ließe«, Josef Deutz, Um das politische Maß, BUZ Nr. 10, 3.12.1946, S. 7.

383 So berichtet u. a. Felfe, Im Dienst des Gegners, S. 124 über leidenschaftliche politische Diskussionen; ebenso Manfred Seidler in: Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform, S. 227: »Wir haben tage- und nächtelang diskutiert...«; auch der Semesterbericht der Evangelischen Studentengemeinde für das WS 1945/46 berichtet von einer auffallenden Diskussionsfreudigkeit, EZA 36/623.

384 Franke, Psychohygiene, S. 35.

frühzeitig von außen im Sinne einer unpolitischen Haltung beeinflusst.«³⁸⁵ Deutlich wird dies gerade im Hinblick auf die jüngere Generation in der Diskussion um die Herabsetzung des Wahlalters in den 50er Jahren.³⁸⁶ Man muss sich vor Augen führen, dass der normale Studienanfänger noch nicht volljährig war und daher auch kein Wahlrecht besaß. Hinzu kam, dass die Studenten über keinerlei Erfahrungen mit Politik, Demokratie, toleranter Auseinandersetzung und selbstverantwortlichem Handeln verfügten.³⁸⁷ Die Zurückhaltung bei der aktiven Gestaltung von Politik rührte also zum großen Teil auch daher, dass ihnen die grundlegenden politischen Kenntnisse fehlten.

Es waren vor allem drei Themenkomplexe, die nach den Umfragen von Krönig und Müller die Diskussionen der Nachkriegsstudenten bestimmten: die Frage der Reparationen, die deutsche Frage und die Wiederbewaffnung.³⁸⁸ Diesen drei Komplexen wird in den folgenden Abschnitten nachgegangen werden, wobei die Frage der Reparationen im Zusammenhang mit dem grundsätzlichen Verhältnis zur Besatzungsmacht behandelt wird. Zunächst steht jedoch die Frage nach dem Fortleben nationalsozialistischer Weltanschauung im Vordergrund.

5.4.1. Das Fortleben nationalsozialistischen Gedankengutes

Die Studenten der ersten Nachkriegsgeneration waren allesamt während des Nationalsozialismus erzogen worden und hatten in der Regel die Stationen des nationalsozialistischen Erziehungssystems von Jungvolk, Hitlerjugend, Schule und Arbeitsdienst zumindest partiell durchlaufen. Auch wenn die Ideologisierung der individuellen Erziehung höchst unterschiedlich sein konnte, so ist doch bei der Mehrheit der Studenten von einer Prägung durch die nationalsozialistische Weltanschauung auszugehen. Dabei hatte sich die Ideologisierung bei den älteren Jahrgängen weniger stark durchsetzen können. Sie waren von der später durchgesetzten Zwangsmitgliedschaft in der HJ nicht betroffen und deshalb zu einem größeren Teil nicht von den Jugendorganisationen der NSDAP erfasst worden. Zudem waren sie durch ihre Kriegererlebnisse in der Lage, die Ideologie des Nationalsozialismus realistischer einzuschätzen, während die jüngeren stärker der Indoktrination ausgesetzt gewesen und noch nicht zu einem differenzierten Urteil über den Nationalsozialismus gekommen waren.

Die Kriegererfahrungen hatten bei vielen Studenten der ersten Nachkriegs-

385 Adam, Studentenschaft, S. 73.

386 Jugendliche und Erwachsene '85, S. 335.

387 Boll, Jugend im Umbruch, S. 518.

388 Krönig/Müller, Nachkriegssemester, S. 235.

generation das Gefühl wachsen lassen, betrogen und missbraucht worden zu sein. Mit Verweis auf ihr Alter suchten die Nachkriegsstudenten die Schuld für die Katastrophe des ›Dritten Reiches‹ bei ihrer Vätergeneration und formulierte auf dem ersten Studententag der britischen Zone 1946 in Göttingen: »Wir sind der Ansicht, daß die deutsche Jugend für die geschichtliche Entwicklung und die Geschehnisse der vergangenen 13 Jahre nicht verantwortlich gemacht werden kann.«³⁸⁹ Mit der Zurückweisung der Verantwortung für das Geschehene durch »kollektive Regression in kindliche Unschuld«³⁹⁰ verzichtete diese Studentengeneration nach Fichter und Lönnendonker indirekt auf ein politisches Mandat und fiel in eine Denkweise zurück, die weit hinter das zurückging, was die Jugendbewegung nach dem Ersten Weltkrieg aufwies.³⁹¹

Auf der anderen Seite bedeutete das fortgeschrittene Alter der höheren Semester aber neben einer größeren Reife auch eine geringere Flexibilität und Bereitschaft zur Neuorientierung nach dem Zusammenbruch. Die jüngeren Jahrgänge dagegen waren nach dem Krieg in einem Alter, das ihnen leichter die Neuausrichtung ihrer noch weitgehend ungefestigten politischen Einstellung ermöglichte.³⁹² Gerade die Flakhelfergeneration war einerseits alt genug, den Krieg und den Untergang des ›Dritten Reiches‹ bewusst mitzuerleben, andererseits aber jung genug, um neu anzufangen.

Die dreifache Niederlage Deutschlands in militärischer, politischer und moralischer Hinsicht erforderte 1945 von jedem Einzelnen eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die durch die alliierten Entnazifizierungs- und Re-Education-Programme gefördert wurden. Die ersten Nachkriegsjahre wurden so zu einer Zeit der »Gewissenserforschung« wie sie mit solchem Ernst in Deutschland nie wieder betrieben wurde.³⁹³ Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus erfolgte somit in erster Linie in den ersten Jahren nach dem Krieg und nicht mehr in den 50er Jahren.³⁹⁴

Zu Beginn der Besatzungszeit beobachteten die Briten die Universitäten sehr genau und vor allem die britische Presse reagierte empört auf jeden Hinweis nationalsozialistischer Aktivität unter deutschen Studenten.³⁹⁵ Die Militärregierung hielt die Berichte über nationalsozialistische Umtriebe an deutschen Universitäten für übertrieben, doch blieb das Ausmaß der nationalsozialistischen Einstellung der Studenten letztlich schwer einzuschätzen: »Clearly there

389 Zitiert nach Fichter/Lönnendonker, SDS, S. 18.

390 Ebd.

391 Fichter, SDS, S. 40.

392 Plato, Hitler Youth Generation, S. 217; ebenso Schörken, Luftwaffenhelfer, S. 230 mit Blick auf die Flakhelferjahrgänge.

393 Bender, Deutschlands Wiederkehr, S. 78.

394 Herbert, politische Generationen, S. 105.

395 Beispielsweise der Observer in einem Artikel vom 17.2.1946, Phillips, Re-opening, S. 8 f.

was a lot of confusion about the extent of nationalist resurgence or even the danger of it.«³⁹⁶ Die britischen Dozenten der ersten Sommerkurse 1946 wurden zum Verfassen von Erfahrungsberichten aufgefordert, in welchen sie gerade zur politischen Haltung der deutschen Studenten Stellung nehmen sollten. Diese Berichte sprechen von einem starken Nationalismus unter den Studenten, der über das Maß, das nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zu beobachten war, hinausgehe. Auch sei die Ablehnung der organisierten Politik stark und die Fähigkeit zur Diskussion und zur objektiven Beurteilung eines Standpunktes noch nicht wieder neu entwickelt worden.³⁹⁷ Besonders nach der Übergabe der Kontrolle im Bildungswesen wuchs die Besorgnis der Briten über die politische Einstellung der Studenten. Die UEOs wurden angewiesen, die politischen Trends in der Studentenschaft, insbesondere jeden Hinweis auf die Wiederenstehung von Nationalismus, Antisemitismus oder Militarismus, an das Hauptquartier der Intelligence Division weiterzuleiten.³⁹⁸

Betrachtet man die auf den Sitzungen des AStA geführten Diskussionen und die in der Bonner Universitätszeitung veröffentlichten Artikel, so ist aller Besorgnis der Briten zum Trotz eine deutliche anti-nationalsozialistische Grundhaltung der Bonner Nachkriegsstudenten festzustellen. Die Studenten zeigten sich den neuen Verhältnissen gegenüber aufgeschlossen und bereit zur Mitarbeit. Es ist natürlich davon auszugehen, dass solche Studenten, die Artikel in einer Studentenzeitung veröffentlichten oder im AStA mitarbeiteten, eher eine positive Einstellung zu Demokratie und Politik im Allgemeinen einnahmen. Außerdem wurde die BUZ von Seiten des Redaktionsausschusses und der Militärregierung in den ersten Jahren einer Zensur unterworfen.³⁹⁹ Eine offene Befürwortung des Nationalsozialismus wäre also schlechterdings unmöglich gewesen. Dennoch ist davon auszugehen, dass es sich bei der grundsätzlichen Abkehr vom Nationalsozialismus bei der überwiegenden Mehrheit der Studenten nicht nur um Lippenbekenntnisse handelte. Zu groß waren gerade unter den ehemaligen Soldaten die Enttäuschung und das Gefühl, von den Nationalsozialisten betrogen und missbraucht worden zu sein.⁴⁰⁰

Daneben überdauerten jedoch Wertvorstellungen des ›Dritten Reiches‹ den Untergang und fanden, losgelöst von ihrem nationalsozialistischen Kontext,

396 Phillips, Pragmatismus, S. 9.

397 PRO FO 1013/179.

398 Educational Intelligence im Licht der Verordnung 57, 7.10.47, PRO FO 1050/1197.

399 UECO Pender sprach sich auf der UECO-Konferenz am 7. 11. 1946 dafür aus, die inoffiziell praktizierte Zensur der Universitätszeitungen durch die UECOs beizubehalten, PRO FO 1050/1233.

400 Der Student Horst Ruhrmann (Jg. 1921) sah in der »grenzenlosen Enttäuschung« der Jugend über die Politik des Nationalsozialismus eine der Hauptursachen für das politische Desinteresse der Studenten, BUZ Nr. 17, 19. 3. 1947, S. 9.

Eingang in die Werthaltung der Studenten.⁴⁰¹ Zu dieser Haltung, die Maaß mit Blick auf die Nachkriegsstudenten in Braunschweig als »nationalkonservativer Grundkonsens« beschrieben hat,⁴⁰² gehörte die Vorstellung einer Überlegenheit der Deutschen als Volk und als Kulturschaffende. So trat beispielweise der Student Hans Oppenheimer (Jg. 1918) in einem Artikel der BUZ für eine offene Haltung deutscher Studenten gegenüber Ausländern ein und rief zur Behandlung jedes Menschen nach seinem Charakter, nicht nach seiner Nationalität auf. In diesem Artikel, der als Aufruf zur Völkerverständigung zu werten ist, steht aber auch der Satz: »Wir dürfen uns aber einem Russen nicht überlegen fühlen, nur weil er einer Nation angehört, deren Durchschnittsniveau unter dem deutschen Durchschnittsniveau liegt.«⁴⁰³ Ebenso formulierte die Studentin Ellen Konrad (Jg. 1924) in einem Beitrag zum Thema »Unser Weg«, in dem sie die Forderung zur Entwicklung einer geschlossenen Persönlichkeit erhob, da nur aus einem umfassenden Horizont wissenschaftliche Leistung entstehen könne: »Wir sind hier nicht in Rußland, sondern wir gehören einem Volke an, das stolz auf seine universalen Geister war und ist.«⁴⁰⁴ Aus diesen Äußerungen wird ersichtlich, wie tief sich die »völkische« Überlegenheit im Denken der Deutschen verankert hatte, so dass sie selbst dort zu Tage trat, wo grundsätzlich einer Erweiterung des persönlichen Horizontes und der Verständigung mit anderen Nationen das Wort geredet wurde.

Eine ähnliche Vorstellung trat bei der in der BUZ intensiv geführten Diskussion um den Wert des Jazz zu Tage. Während einer von der Studentenvereinigung »Club der Cavaliere«⁴⁰⁵ organisierten Rheinfahrt war vorwiegend Jazz gespielt worden, was einige Kommilitonen zum Anlass nahmen, solche Art von Musik als »Urwaldgepolter und Niggermusik« abzutun.⁴⁰⁶ Auch weniger polemische Beiträge klärten darüber auf, dass der Wert dieser Musik allein deswegen gering zu veranschlagen sei, da ihr Ursprung in den Gesängen schwarzafrikanischer Sklavenarbeiter lag.⁴⁰⁷

Viele Beiträge der BUZ setzten sich intensiv mit der Demokratie und dem Beitrag der Studenten zum Neubeginn in Deutschland auseinander. Das Bekenntnis zur Demokratie, das der Student Martin Neuffer in der ersten Ausgabe

401 Vgl. auch Schörken, Jugend 1945, S. 148.

402 Maaß, Studentenschaft, S. 22.

403 BUZ Nr. 3, 18. 6. 1946, S. 7.

404 BUZ Nr. 6, 1. 8. 1946, S. 9–10.

405 Der Club der Cavaliere war eine Vorläuferorganisation der Atlantia, die sich später in Burschenschaft der Norddeutschen und Niedersachsen umbenannte. Er zeichnete sich seit dem WS 1946/47 durch regelmäßige Festkommerse, Dampferfahrten und Tanzabende aus, UAB UV 69–411.

406 Wolfgang Wilms, in: BUZ Nr. 21, 17. 6. 1947, S. 8.

407 Vgl. dazu die Beiträge in BUZ Nr. 22/23, 25. 7. 1947, S. 16.

der BUZ abgab, steht für eine Auffassung, die von vielen Kommilitonen geteilt wurde:

»Wir wollen die Freiheit des Denkens und Handelns und die Achtung vor der Integrität der Persönlichkeit! [...] Jedes Einzelnen Pflicht ist es jetzt, sich den vollen Gehalt des Begriffs Demokratie zu eigen zu machen und tätig an ihrer Realisation mitzuarbeiten.«⁴⁰⁸

Statt Skepsis finden wir in den Äußerungen der Studenten einen großen Anteil von Idealismus. Dies zeigte sich gerade im Hinblick auf den Umgang mit der sowjetischen Zone, bei dem die Studenten lange an der Hoffnung auf eine deutsche Einheit festhielten, sowie an der Diskussion um die Wiederbewaffnung, die von der Studentenschaft erst dann positiv aufgenommen wurde, als mit der Generation der Kriegsteilnehmer auch der Pazifismus die Universitäten verlassen hatte.

Dass nach 1945 nicht alle Überzeugungen sofort über Bord geworfen werden konnten und auch in öffentlichen Diskussionen rassistische oder nationalistische Auffassungen vereinzelt zu Wort kamen, wird weniger verwundern, als die Selbstverständlichkeit, mit der ab Beginn der 50er Jahre die Sensibilität im Umgang mit dem Nationalsozialismus zunehmend vernachlässigt wurde. Die erste Nachkriegsgeneration war von großem Idealismus und Engagement be-seelt und bemühte sich nach Kräften, ihren Beitrag zu einer Neuordnung der politischen und universitären Verhältnisse zu leisten. Wurden sie dabei zunächst in ihrem Eifer von den Verantwortlichen an der Universität gebremst, die auf eine Restauration Weimarer Verhältnisse aus waren, so rückte nach ihrem Weggang eine Generation nach, die den Idealismus der Kriegsgeneration nicht teilte. Von den Alltagsnöten weniger zu eigenständigem Handeln gezwungen, sahen sie Deutschland unter der konservativen Regierung Adenauers eingeordnet in ein neues Bündnissystem, das einerseits wirtschaftliche und militärische Sicherheit sowie die Möglichkeit zum Aufstieg zum gleichberechtigten Partner in der internationalen Staatenwelt bot, andererseits die Aufgabe der Einheit Deutschlands forderte. Die hier verlangten realpolitischen Entscheidungen ließen wenig Platz für idealistische Vorstellungen.

Die Hauptstoßrichtung des politischen Engagements der Studenten zielte auf eine Überwindung des nationalsozialistischen Erbes und auf die Demokratisierung. Das sich dabei aufbauende Protestpotenzial verebte jedoch mit der wirtschaftlichen Konsolidierung und politischen Stabilisierung der Adenauer-Ära. Prahl sieht eine Transformierung dieses Potenzials in Kampagnen gegen die

408 Martin Neuffer, Bekenntnis zur Demokratie, BUZ Nr. 1, 16. 5. 1946, S. 5.

Zustände in Osteuropa und in ein starkes Engagement für die Europabewegung.⁴⁰⁹

Doch ihre Lektion in Demokratie hatten auch die jüngeren Studenten gut gelernt. Dies zeigte sich beispielsweise bei den Demonstrationen und Protestveranstaltungen gegen den 1952 anlaufenden neuen Film des NS-Propagandafilmregisseurs Veit Harlan. Als Studenten in Freiburg und Göttingen vor Kinos, in denen der Film gezeigt wurde, demonstrierten, wurden sie von Passanten und Kinobesuchern angepöbelt. Nach dem Eingreifen der Polizei kam es zu gewaltsamen Übergriffen von Seiten der Polizisten, gegen welche die Universität nachdrücklich protestierte. Als die Übergriffe bekannt wurden, schlossen sich die AStA vieler anderer Universitäten den Protesten an⁴¹⁰ und legten damit ein eindeutiges Bekenntnis für Meinungsfreiheit und gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus ab.⁴¹¹

Im selben Jahr gab es in Bonn eine Auseinandersetzung am Rande einer von der deutschen Reichsjugend veranstalteten Sonnwendfeier. Diese Jugendorganisation, die sich als Fortsetzung der Hitlerjugend betrachtete, hatte in der Universität Flugblätter verteilt und zur Sonnwendfeier eingeladen. Daraufhin rief der Ring politischer Studentenverbände zu einer Protestkundgebung auf dem Marktplatz auf, die von einigen hundert Personen besucht wurde.⁴¹²

Im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit stellten die Jahre um 1950 eine Phase des Umbruchs dar. War die erste Phase bis etwa 1950 von den Bemühungen und Diskussionen der Studenten um einen neuen Anfang und von der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit geprägt, schlug das Klima zu Beginn der 50er Jahre um.⁴¹³ Die konservativen und restaurativen Kräfte begannen sich durchzusetzen und autoritäre Staats- und Politikvorstellungen fanden gerade unter den jüngeren Studenten weite Verbreitung, die auch mit einer positiven Stellungnahme zum Nationalsozialismus verbunden waren.⁴¹⁴ Dieser Wandel betraf dabei nicht nur die Studentenschaft, sondern ist gesamtgesellschaftlich zu beobachten. In einer im März 1948 vom britischen Public Opinion Research Office durchgeführten Meinungsstudie wurde die Frage »Glauben Sie, daß manche Menschenrassen zum Herrschen geeigneter sind als andere?« nur von rund einem Drittel der Befragten verneint. 11 % hielten die

409 Prahl, Sozialgeschichte, S. 330.

410 In Bonn riefen die politischen Studentengruppen zum Protest gegen den Harlan-Film im Residenz-Theater am 4.4.1952 auf, UAB UV 69–416 und UV 69–387; der Bonner AStA lehnte dagegen einen Antrag, sich mit den Freiburger Kommilitonen solidarisch zu erklären, ab, Sitzung vom 22.1.1952, UAB AStA 81–68.

411 Zu den Protesten gegen Veit Harlan vgl. Eppe, Jugendprotest, S. 67 f.

412 Fähnlein, Fanfaren und Deutscher Gruß, in: BUZ Nr. 4 (1952), Nr. 6, S. 2–3.

413 Krappmann, Studentenschaft, S. 156.

414 Jugendliche und Erwachsene '85, S. 333.

weiße Rasse für besser zum Herrschen geeignet als die schwarze, weitere 27 % waren zumindest von der Existenz von Rassen überzeugt.⁴¹⁵ Gefragt nach ihrer Einstellung gegenüber Juden äußerten sich 1949 41 % der Befragten tolerant, 23 % gaben antisemitische Stellungnahmen ab. Im Dezember 1952 ergab die gleiche Fragestellung nur noch 23 % tolerante, dagegen 34 % antisemitische Äußerungen.⁴¹⁶

Jarausich kommt zu dem Schluss, große Teile der Nachkriegsgeneration seien für restaurative Tendenzen offen, unpolitisch und nur formal demokratisch gewesen.⁴¹⁷ Diese Beurteilung greift für die erste Nachkriegsstudentengeneration zu kurz. Gerade unter den Studenten der ersten Nachkriegssemester ist ein starker Wille zum Neuanfang und zum Bruch mit dem alten System spürbar. Die Einschätzung entspringt eher einer Übersensibilisierung für nationalistische Tendenzen innerhalb der Studentenschaft, wie sie von der britischen Presse und den Behörden der Militärregierung gezeigt wurde. Während in der ersten Nachkriegsstudentengeneration eine gewisse Unsicherheit mit demokratischem Handeln und der Terminologie des neuen Systems spürbar wird, ist doch eine große Bereitschaft zur Abkehr vom Nationalsozialismus vorhanden. Dagegen machen sich unter den jüngeren Studenten restaurative Tendenzen wieder stärker bemerkbar. Das Wiedererstehen der Studentenverbindungen ist dabei ein Symptom, an dem diese Entwicklung deutlich wird. Wie die Beispiele gezeigt haben, waren jedoch die Weichen für den demokratischen Neuaufbau gestellt, ein Zurück war nicht mehr möglich.

5.4.2. Das Verhältnis zur britischen Besatzungsmacht

Das Verhältnis zur britischen Besatzungsmacht kann als Gradmesser für den Erfolg der Besatzungspolitik besonders hinsichtlich der von den Briten angestrebten Demokratisierung und Re-Education gewertet werden. Je erfolgreicher die Neuorientierung der Deutschen auf die Werte der westlichen Demokratien gelang, desto einvernehmlicher musste sich das Verhältnis zu den Besatzern gestalten. Dabei hing der Erfolg aller Maßnahmen von der Art und Weise ihrer Umsetzung ab. Demokratisierung unter Zwang konnte kein probates Mittel der Re-Education darstellen. Andererseits waren Entnazifizierung und Besetzung ohne die Anwendung von Zwangsmaßnahmen kaum umsetzbar. Für die Briten bedeutete die Re-Education gerade der Studenten als der künftigen Elite eines neuen Deutschlands eine Gratwanderung. Die Stimmung innerhalb der Stu-

415 Braun/Zörkler: Sozialwissenschaftliche Forschung, S. 294.

416 Noelle/Neumann, Jahrbuch der öffentlichen Meinung, S. 128.

417 Jarausich, Deutsche Studenten, S. 223.

dentenschaft im Hinblick auf die Besatzungspolitik war für die britische Öffentlichkeit und für die Militärregierung selbst ein wichtiger Faktor, der einer steten Beobachtung unterstand und der bei Planungen für die Ausrichtung der Re-Education berücksichtigt wurde.

Die Briten hatten unter den Westalliierten einen großen Vertrauensvorschluss. Man erwartete von ihnen eine umsichtige Besatzungspolitik, weniger impulsiv als die der Amerikaner und weniger feindlich als die der Franzosen.⁴¹⁸ Gerade in der frühen Zeit der Besatzung standen jedoch die Zwangsmaßnahmen noch im Vordergrund. Die Briten waren gezwungen, Entlassungen im universitären Lehrkörper durchzuführen, wenn die Entnazifizierung Erfolg haben sollte. Ebenso ließ ihnen die dramatische Versorgungslage keine andere Wahl, als die Nahrungsmittelversorgung stark einzuschränken. Gerade diese Maßnahmen waren es jedoch, die in der deutschen Bevölkerung und auch unter den Studenten äußerst unpopulär waren und Protest und Widerstand auslösten. Demokratisierung und Re-Education litten bis 1948 immer unter der Hypothek der Versorgungskrise.

Nachdem sich auch im zweiten Nachkriegswinter die Versorgungslage mit Lebensmitteln und Kohlen als dramatisch erwiesen hatte, wuchs der Unmut gegenüber den Briten. Es kam zu einem deutlichen Vertrauensverlust, der sich in einer kritischen Stimmung innerhalb der Studentenschaft äußerte. Die Briten waren bei anti-britischen Äußerungen von Seiten der Studenten sehr sensibel und neigten dazu, die Lage bedrohlicher einzuschätzen, als sie sich tatsächlich darstellte. Im Sommer 1946 konstatierte UECO Pender einen Trend der Bonner Studenten in Richtung Nationalismus. War man bislang von 25 % der Studenten ausgegangen, die einen nationalistischen Standpunkt einnahmen, so sei diese Gruppe in Folge der Rationenkürzungen auf über 40 % angewachsen.⁴¹⁹

In einem »Special political report« über die Universität Bonn, der für den Regional Intelligence Officer zusammengestellt wurde, hieß es, in Bonn würde die Beschuldigung, mit den Alliierten zu kollaborieren, offen ausgesprochen und einige kooperationsbereite Professoren, darunter Cloos, fürchteten, nach dem Ende der Besatzung zum Verlassen der Universität aufgefordert zu werden.⁴²⁰ Die Briten registrierten jede kritische Äußerung genau. Es entging ihnen weder eine Rede des CDH-Vorsitzenden Werner Hastenrath, in welcher er Deutschland als Opfer schlechter britischer Verwaltung hingestellt hatte, noch der allgemeine Stimmungsumschwung innerhalb der Studentenschaft, der sich nach dem

418 Spoelgen, Vergangenheit, S. 430.

419 Monatsbericht vom 27. 8. 1946, PRO FO 1013/2209.

420 Special political Report Bonn University 27. 8. 1947, PRO FO 1013/2209.

zweiten Versorgungsminimum im Frühjahr 1947 immer deutlicher artikulierten.⁴²¹

Es zeigte sich, dass das Ansehen der Briten in engem Zusammenhang mit der Versorgungslage stand. Angesichts des nahenden Winters bemerkte UECO Gregor Smith im November 1946 einen schwindenden Glauben an die guten Absichten der Briten, der nur mit Brot und Kohle wieder hergestellt werden könne.⁴²² Auf dem Höhepunkt der zweiten Ernährungskrise im Frühjahr 1947 mehrten sich die Stimmen, die ihre Unzufriedenheit mit der britischen Besatzungspolitik äußerten. In seinem Monatsbericht vom März 1947 vermerkte Gregor Smith, dass sich die Meinung der Professoren gegenüber den Briten verhärtet hätte. Besonderer Kritikpunkt sei die vermeintliche britische Gleichgültigkeit gegenüber der materiellen Not, die Kontrollmethoden und die Entnazifizierungspolitik.⁴²³ Wenig später fiel den Briten ein Brief Professor Schirmers an einen Kollegen in England in die Hände, in welchem er bemerkte, dass das Ansehen der Briten, das nach dem Krieg sehr hoch war, zusammengebrochen sei und reaktionäre Tendenzen in der Studentenschaft an Boden gewannen.⁴²⁴

Auf der anderen Seite taten sich die Universitäten mit dem zunehmenden Rückgang der Zwangsmaßnahmen seit 1947 im Umgang mit der Militärregierung leichter. Der Übergang der Verantwortung im Bildungswesen zum 1. Januar 1947 auf deutsche Behörden bildete hier einen wichtigen Einschnitt. In der Rolle des UEO spiegelte sich der hier vollzogene Wandel für die Studenten am stärksten wider. Die Kontrollfunktion trat in den Hintergrund,⁴²⁵ dagegen rückte die Knüpfung von Auslandsverbindungen in den Vordergrund. Ebenso wandte sich der Fokus der UEO von der Universitätsleitung mehr und mehr den Studenten zu. Besonders deutlich wird dies in der Einsetzung der Assistant-UEO, die sich besonders um studentische Belange kümmern sollten. UEO Newton machte es sich zur Gewohnheit, Studenten zu sich nach Hause einzuladen, da er sich von intensiven persönlichen Kontakten die größte Möglichkeit der Einflussnahme versprach.⁴²⁶ Trotz des lockeren Umgangs, den Newton mit den Studenten pflegte, sah er das Erstarken nationalistischer Tendenzen innerhalb der Studentenschaft mit großer Sorge. Die jüngeren Studenten seien von ihrer Einstellung her nationalistischer (chauvinistic) als die Älteren, die im Krieg

421 Ebd.

422 Monatsbericht vom 28. 11. 1946, PRO FO 1013/2209.

423 Monatsbericht vom 4. 3. 1947, PRO FO 1013/2209.

424 Schirmer an F.B.Alken-Sneath in London am 8.6.47, PRO FO 1013/2209.

425 Für Bonn bildete die Absetzung Konens Ende 1947, an der UEO Kirk maßgeblich beteiligt war, eine wichtige Ausnahme. Hier vollzog sich der angesprochene Wandel de facto erst nach dem Weggang Kirks.

426 21. Konferenz der UEOs am 31. 1. 1950, PRO FO 1050/1048.

gekämpft hätten. Die Jüngeren seien daher ein größeres Ärgernis (nuisance), ebenso sei der Antisemitismus unter den Jüngeren stärker verbreitet.⁴²⁷

Auch wenn die Versorgungslage die Grundlage für Proteste gegen die Briten lieferte, so waren es doch vor allem politische Entscheidungen, die in der Kritik standen. Die Lebensart und Wertvorstellungen der Briten wurden dagegen in der Studentenschaft mit großer Offenheit aufgenommen. Als eine der ersten Studentenvereinigungen bildete sich 1946 unter der Leitung von Professor Cloos der Club Bonner Studenten, der sich die Wiederaufnahme von kulturellen und geistigen Beziehungen zum Ausland, insbesondere zu England zum Ziel gesetzt hatte.⁴²⁸ Vor Studenten des Clubs hielt UEO Gregor Smith im Dezember 1947 einen mit großer Begeisterung aufgenommenen Vortrag über englische Dichtung.⁴²⁹ Besonders beeindruckte die Deutschen, die Art und Weise, mit der ihre britischen Kommilitonen politische Themen diskutierten.⁴³⁰

Kritik an der Besatzungsmacht äußerte sich von studentischer Seite vor allem im Zusammenhang mit der Ernährungslage. Die Reparationsfrage wurde dagegen kaum thematisiert.⁴³¹ Insgesamt blieb das Verhältnis der Studenten zur Besatzungsmacht weitgehend spannungsfrei, was nicht zuletzt dem Engagement der Bonner UEO, allen voran Gregor Smith und Newton sowie den Assistent-UEO zu verdanken war, die sich intensiv um ein vertrauensvolles Verhältnis zur Studentenschaft bemühten.

5.4.3. Die Haltung zu politischen Fragen

5.4.3.1. Die Frage nach der deutschen Einheit

Ein Thema, das die politische Diskussion in den ersten Nachkriegsjahren beherrschte, war die Frage nach der Einheit Deutschlands. Die Aufteilung des Restreiches in vier voneinander weitgehend abgeschottete Besatzungszonen und die sich schnell bemerkbar machenden Differenzen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion stießen bald nach Kriegsende eine Auseinanderentwicklung der einzelnen Zonen an. Insbesondere zur sowjetischen Zone wurden Unterschiede deutlich, die sich aus den divergierenden ideologischen Ausrichtungen der Besatzungsmächte ergaben.

427 22. Konferenz der UEOs am 25. 4. 1950, PRO FO 1050/1048.

428 Frowein, Der »Club Bonner Studenten« stellt sich vor, in: BUZ Nr. 11, 19. 11. 1946, S. 12.

429 Monatsbericht Gregor Smiths für Dezember 1947, PRO FO 1013/2209.

430 PRO FO 371/70715.

431 Lediglich zwei Artikel in der BUZ äußern sich zu diesem Thema, BUZ Nr. 9, 9. 11. 1946 und BUZ Nr. 28, 25. 11. 1947. Der Ansicht von Krönig/Müller, Nachkriegssemester, S. 235, die Reparationsfrage sei eines der bestimmenden Themen der Nachkriegszeit gewesen, kann daher mit Blick auf die Bonner Studenten nicht zugestimmt werden.

In Bonn war durch die Nähe der Grenze zur französischen Zone die Teilung Deutschlands auch im Alltag ständig präsent. Für Reisen nach Remagen, Koblenz oder Trier waren Interzonenpässe erforderlich, besonders der Transport von Waren war erschwert. So erforderte beispielsweise die Organisation des Rücktransportes der in die spätere französische Zone ausgelagerten Bücher der Universität Bonn höchstes Verhandlungsgeschick und konnte erst durch das Engagement des Bonner UECO Olaf Brann im Sommer 1946 durchgeführt werden.⁴³² Die Grenzen zwischen den Zonen der Westalliierten erwiesen sich jedoch schnell als überwindlich. Der Zusammenschluss der britischen und amerikanischen Zone zur Bizone im Sommer 1946 machte Interzonenpässe überflüssig und vereinfachte das Reisen zwischen den Zonen. 1948 hob auch die französische Zone die Reisebeschränkungen auf. Dagegen manifestierte sich die Grenze zur sowjetischen Besatzungszone seit 1946 zu einem »Eisernen Vorhang«⁴³³, der die Einheit Deutschlands zunehmend in Frage stellte.

Die Studenten sahen sich als junge Generation verantwortlich für den Aufbau eines geeinten Deutschlands und bemühten sich früh um die Ausbildung transzoner Organisationen. Bereits auf dem ersten Studententag, der im Sommer 1946 in Göttingen abgehalten wurde, wandten sich die dort versammelten Studenten in einer Verlautbarung »gegen alle separatistischen Bestrebungen« und sprachen die zonale Teilung als Hindernis für die Einheit Deutschlands direkt an: »In diesem Sinne sehen wir auch die bestehenden Zonengrenzen als für unsere Ziele hinderlich an.«⁴³⁴ Auf dem zweiten Studententag im folgenden Jahr wurde ein Koordinierungsausschuss zur Schaffung einer überzonalen studentischen Vertretung eingerichtet. Der Bonner AStA stand dabei zunächst einer Zentralisierung des studentischen Lebens, wie er nach seiner Auffassung in der Schaffung übergeordneter Organisationen und der Etablierung eines ständigen Zonenaustausches zum Ausdruck käme, ablehnend gegenüber. Die Bonner Studentenvertreter plädierten stattdessen für monatliche Konferenzen der Verbindungsmänner der einzelnen Universitäten.⁴³⁵

Obwohl bereits auf den ersten Studententagen der Graben zwischen Ost und West sichtbar wurde, gelang noch 1948 die Durchführung einer interzonalen Studententagung in Berlin. In einer gemeinsamen Resolution unterstrichen die Studenten ihren Willen zur Einheit Deutschlands: »Wir deutschen Studenten meinen, daß Zonengrenzen uns zur Zeit zwar trennen, daß sie aber auf Dauer

432 3. Konferenz der UECOs am 5. 6. 1946, PRO FO 1010/89.

433 Churchill verwandte den Begriff im Frühjahr 1946 erstmals mit Blick auf die Abschottung der sowjetischen Einflussphäre in Osteuropa, vgl. dazu: Churchill, Der Zweite Weltkrieg, S. 1079.

434 Otto, Studenten, S. 7.

435 AStA-Sitzung vom 2. 7. 1946, UAB AStA 47 – 1.

unsere Wiedervereinigung nicht verhindern können.«⁴³⁶ Währenddessen wurde durch die getrennte Währungsreform und die Berlinblockade im Laufe des Jahres 1948 immer klarer, dass eine Einheit Deutschlands auf kurze Sicht nicht zu verwirklichen war. Trotzdem hielten die Studentenvertreter in Ost und West an ihrer prinzipiellen Bereitschaft zum Dialog und zur Zusammenarbeit fest. Die tiefen Gräben, die sich vor allem durch die fortgesetzte Politisierung und Ideologisierung der studentischen Vertretungen der Ostuniversitäten aufbauten, machten eine Verständigung jedoch mehr und mehr unmöglich. Konfliktpunkte waren vor allem die unterschiedliche Haltung zu den Studentenverhaftungen im Osten, zu politischen Pflichtvorlesungen und zu der von den Studentenschaften der Westuniversitäten in Frage gestellten demokratischen Legitimierung der Studentenräte der Ostzone.⁴³⁷ Die Krise zwischen den Studentenschaften in Ost und West verschärfte sich im Sommersemester 1948, als drei Studenten der Berliner Humboldt-Universität, die sich in der Selbstverwaltung engagiert hatten, verhaftet wurden und die Zonenvertreter der westzonalen Studentenschaften öffentlich gegen die Verhaftungen protestierten. Noch deutlicher wurde der Konflikt in der Gründung der Freien Universität Berlin, die von den Weststudentenschaften unterstützt, von den Studentenräten der sowjetischen Zone jedoch vehement abgelehnt wurde.⁴³⁸

Eine Konferenz der Vorsitzenden aller deutschen Studentenschaften fand im Januar 1949 in Marburg ohne Beteiligung von ostzonalen Vertretern statt. Auf dieser Konferenz wurde der Verband deutscher Studentenschaften (VDS) gegründet. Damit waren die Studentenschaften der Westzonen in einem gemeinsamen Dachverband organisiert. Da die Studentenräte der sowjetischen Zone dem Verband nicht beitraten, wurden mit der Gründung des VDS gleichzeitig die Weichen für eine Abkehr vom Ziel der Einheit Deutschlands gestellt. Zum Vorsitzenden des VDS wurde der Kölner AStA-Vorsitzende Helmut Glaszinski gewählt. Sitz des Verbandes war Bonn, die Geschäftsräume wurden in der Nassestraße 11 eingerichtet. Der Bonner AStA trat dem VDS unmittelbar nach dessen Gründung im Februar 1949 bei.⁴³⁹ Hier wird ein Wandel in der Haltung des AStA deutlich, der eine allgemeine Entwicklung in der Studentenschaft der Nachkriegszeit widerspiegelt. Noch 1947 hatte sich der Bonner AStA gegen eine Zentralisierung, wie sie nach seiner Auffassung in dem Zusammenschluss aller Studentenschaften zu einem Dachverband zum Ausdruck kam, ausgesprochen. Zwei Jahre später war der Beitritt zum neugegründeten VDS eine reine For-

436 Otto, *Studenten*, S. 75; zur Entwicklung der Beziehungen zwischen den Studentenschaften in Westdeutschland und der sowjetischen Zone vgl. v. a. Glaszinski, *Studentenschaften im geteilten Deutschland*.

437 Otto, *Studenten*, S. 95.

438 Glaszinski, *Studentenschaften im geteilten Deutschland*, S. 11 ff.

439 AStA-Sitzung vom 22. 2. 1949, UAB AStA 47 – 6.

malität, die ohne längere Diskussion verabschiedet wurde. Die Abneigung gegen eine allzu starke Organisation des gesellschaftlichen und politischen Lebens, die sich auch in den Vorbehalten gegen Studentenverbindungen und politische Parteien geäußert hatte, war am Ende der 40er Jahre der Bereitschaft gewichen, gemeinsame Ziele durch Organisation in einem Verband nach außen hin deutlich zu machen.

Der Zusammenschluss der westdeutschen Studentenschaften im VDS war ein deutliches Anzeichen für die Auseinanderentwicklung der Studentenschaften in Ost und West. Zwar war die Integration der Studentenschaften der Ostzone das erklärte Ziel des VDS-Vorstandes, de facto hatte aber gerade die Gründung des VDS ohne Beteiligung der Ostuniversitäten dieses Ziel in weite Ferne gerückt. Auf dem interzonalen Studententreffen in Seeshaupt im Sommer 1949 kam es schließlich zum offenen Bruch zwischen den Studentenschaften in Ost und West. Die Gegensätze wurden für unüberbrückbar gehalten und der VDS brach die Beziehungen zu den Vertretern der Ostuniversitäten ab, da er keine Möglichkeit zu Verhandlungen mehr sah:

»Der Verband Deutscher Studentenschaften hat feststellen müssen, daß keine Möglichkeit besteht, mit den z. Zt. in der sowjetischen Zone amtierenden Studentenräten zu verhandeln.«⁴⁴⁰

Dieser als ›Seeshaupter Beschluss‹ bekannt gewordenen Entscheidung schlossen sich nicht alle AStA an. Auch der Bonner AStA entschied, weiterhin offizielle Delegierte zu Veranstaltungen in die sowjetische Zone zu entsenden, sofern diese nicht ausdrücklich politischen Charakters waren. So nahm er beispielsweise 1950 eine Einladung des FDJ-Hochschulamtes Frankfurt für einen Studentenaufenthalt in der Sowjetischen Zone an.⁴⁴¹ Doch die zunehmende Ideologisierung des ostdeutschen Hochschulbetriebes machte auch dem Bonner AStA deutlich, dass eine Zusammenarbeit keine gemeinsame Grundlage haben konnte. Ein Rundschreiben der Studentenräte von Halle und Jena an die AStA der westdeutschen Universitäten mit der Bitte, sich im Sinne der Grotewohl-Briefe bei Adenauer für die Verständigung zwischen Ost und West einzusetzen, wurde vom Bonner AStA mit dem Hinweis abgelehnt, man fühle sich nicht zuständig und sähe außerdem die Studentenräte nicht als legitimierte Vertreter der jeweiligen Studentenschaft an.⁴⁴² Damit befand sich der Bonner AStA wieder auf der politischen Linie des VDS, der 1951 die westdeutschen AStA aufgefordert

440 Otto, Studenten, S. 94.

441 AStA-Sitzung vom 23. 2. 1950, UAB AStA 47 – 4; Otto, Studenten, S. 51.

442 AStA-Sitzung vom 13. 12. 1950, UAB AStA 47 – 2; Otto Grotewohl hatte im November 1950 in einem an Adenauer gerichteten Schreiben die Schaffung eines gesamtdeutschen Rates zur Vorbereitung gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung vorgeschlagen.

hatte, solche als Propagandaschreiben gewertete Briefe mit der Forderung nach Freiheit auf dem Gebiet des Hochschullebens zu beantworten.⁴⁴³

Um aber die Verbindungen mit den ostdeutschen Universitäten nicht vollständig abreißen zu lassen, ernannte der Bonner AStA 1951 einen Beauftragten für gesamtdeutsche Fragen, der auch mit der Betreuung der Flüchtlinge aus der Ostzone betraut wurde.⁴⁴⁴ Weitere Einladungen ostdeutscher Universitäten wurden jedoch mit Hinweis auf die nicht anerkannte Legitimität der Studentenvertreter abgelehnt.⁴⁴⁵ Dagegen wurden zunehmend Solidaritätssammlungen und -kundgebungen für die Kommilitonen in der Ostzone durchgeführt.⁴⁴⁶ Weniger Berührungsängste ergaben sich für die Studentengemeinden, die sich aus ihrer karitativen Grundeinstellung heraus durch die Not der Kommilitonen in der Ostzone zur Hilfe aufgefordert sahen. Zudem half ihnen das gemeinsame christliche Bekenntnis, politische Differenzen zu überbrücken. So bestanden seit Ende der 40er Jahre Patenschaften von Seiten der katholischen Hochschulgemeinde Bonn zur Hochschulgemeinde in Rostock, von der evangelischen Studentengemeinde zur ESG in Greifswald.⁴⁴⁷

1954 entspann sich eine weitere Diskussion um das Verhältnis zu den Studentenschaften in der Ostzone. Im VDS setzte sich die Meinung durch, dass die Aufnahme von sportlichen Beziehungen unter der Bedingung, dass die Besuche nicht zur politischen Propaganda genutzt würden, den Seeshaupter Beschlüssen nicht widersprächen. Auf einer Delegiertenkonferenz des VDS im Sommer 1954 in Hamburg wurde daher der Sportverkehr mit der DDR befürwortet. Der Bonner AStA schloss sich dieser Haltung an. Bereits im Oktober desselben Jahres besuchten Bonner Leichtathletik- und Fußballmannschaften Ostberlin. Dieser Besuch bestärkte den AStA in seiner Haltung, da die Aufnahme als sehr angenehm empfunden wurde und die Teilnehmer keiner politischen Beeinflussung ausgesetzt gewesen waren. Allerdings wurde die Auseinanderentwicklung der Studenten in Ost- und Westdeutschland offenbar. »Die Kluft zwischen unserem Denken und Fühlen hier und dem der Studenten in der SBZ ist schon erschreckend groß«, formulierte es ein Bonner Teilnehmer des Ostberlinbesuches.⁴⁴⁸

Nachdem eine weitere Delegiertenkonferenz des VDS im November 1954 wieder eine ablehnende Haltung zum Sportverkehr mit DDR-Universitäten einnahm, setzte sich der Bonner AStA vehement für die Aufrechterhaltung der Beziehungen ein. Der Verzicht auf den Sportverkehr bedeute, auf die letzte Möglichkeit der Verständigung zu verzichten. Die Bonner Studentenvertreter

443 Otto, Studenten, S. 55 und 102.

444 Chronik 1951/52, S. 34.

445 Chronik 1953/54, S. 34.

446 Chronik 1954/55, S. 31.

447 Chronik 1950/51, S. 42.

448 AStA-Protokoll vom 14.06.1955, UAB AStA 81 – 70.

waren der Ansicht, die Studenten müssten in dieser Frage eine »Verantwortung auf [sich] nehmen, die der Wiedervereinigung Deutschlands nutzt.«⁴⁴⁹ Mit großer Mehrheit sprach sich der AStA für die Beibehaltung der sportlichen Beziehungen aus und formulierte einen entsprechenden Antrag für die nächste Delegiertenkonferenz des VDS.

Die Diskussion um das Verhältnis zu den Studentenschaften der sowjetischen Zone offenbarte zwei Grundeinstellungen der westdeutschen Studentenschaften: Zum einen den starken Willen, sich zur Einheit Deutschlands zu bekennen und mit großem Idealismus dafür einzutreten, selbst dann noch, als die politische Realität schon keine Umsetzungsmöglichkeit mehr bot, zum anderen eine tiefverwurzelte Ablehnung jeglicher parteipolitischen Einmischung in studentische Belange. Viele Konflikte mit den kommunistischen Studentenvertretern entzündeten sich an deren Bereitschaft, Hochschulpolitik im Sinne der SED zu betreiben und ihrer Forderung an die Vertreter des Westens, in ähnlichem Sinne aktiv zu werden.

Deutlich wird auch ein erstarkender Antikommunismus, der seit Beginn der 50er Jahre immer deutlicher zu Tage trat. War der beginnende Kalte Krieg zunächst von dem Willen nach der Einheit Deutschlands überlagert worden, trat nach der doppelten Staatsgründung zunehmend die Ablehnung des ostdeutschen Systems in den Vordergrund. Der Ost-West-Konflikt mit seinen klaren Fronten war dabei geeignet, die nach dem Zusammenbruch entstandene Unsicherheit zu überwinden⁴⁵⁰ und bot sich als Folie an, vor der man die Niederlage des Hitlersystems in eine Überlegenheit der westdeutschen Demokratie gegenüber dem kommunistischen System in Ostdeutschland umdeuten konnte. Er bot zudem die Möglichkeit, den Antikommunismus in der stark emotionalen Ausprägung der Zeit des Nationalsozialismus beizubehalten und so zumindest an diesem Inhaltsbereich der NS-Propaganda festzuhalten.⁴⁵¹ Die Seeshaupter Beschlüsse symbolisierten einen ersten Höhepunkt dieser Entwicklung. Verhandlungen zwischen den Studentenschaften in Ost und West wurden zunehmend als aussichtslos angesehen. Auch der Bonner AStA, der seiner idealistischen Einstellung länger treu blieb als der VDS, musste 1951 einsehen, dass keine gemeinsamen Grundlagen und Ziele mit den ostdeutschen Studentenschaften mehr bestanden.

Dagegen wurden nun auch im Westen in stärkerem Maße Studenten mit vermeintlich kommunistischen Sympathien öffentlich diskreditiert. Ein Beispiel dafür ist die Affäre um den Bonner AStA-Vorsitzenden Felix Ingenhorst. Dieser war während seiner russischen Gefangenschaft Mitglied im »antifaschistischen

449 Ebd.

450 Plato, *Hitler Youth Generation*, S. 221.

451 Rosenthal, *Hitlerjugend-Generation*, S. 99 f.; ebenso Schörken, *Jugend 1945*, S. 145.

Aktiv gewesen. Deshalb wurde gegen ihn 1953 ein Misstrauensantrag im AStA gestellt, der jedoch mit 15:4 Stimmen abgelehnt wurde. Die Fachschaft Naturwissenschaft verlangte dennoch den Rücktritt Ingenhorsts und veröffentlichte mehrere Angriffe gegen ihn in der Presse. Auch nachdem eine von Ingenhorst gestellte Vertrauensfrage ihn in seinem Amt eindeutig bestätigt hatte, ließ der Widerstand gegen ihn nicht nach. Mehrere Fachschaftsvertreter legten ihr Mandat nieder, worauf Ingenhorst ein Verfahren im Ältestenrat gegen sich selbst beantragte. Dieser verkündete als Entscheidung im Fall Ingenhorst:

»Die bloße Zugehörigkeit zu einer mißbilligen Organisation in der Vergangenheit schließt von der Übernahme eines studentischen Ehrenamtes nicht unter allen Umständen aus.«⁴⁵²

Ingenhorst sei aber dennoch auf Grund der Art und Weise, wie er nach Bekanntgabe der Vorwürfe in seiner Stellung beharrte, als AStA-Vorsitzender untragbar. Der Ältestenrat sah jedoch keine Veranlassung, Maßnahmen zu ergreifen. Ingenhorst blieb bis zum Semesterende im Amt, gehörte aber dem neugewählten AStA im Wintersemester 1953/54 nicht mehr an.⁴⁵³ Diese von der Deutschen Studentenzeitung als »Hexenprozess« bezeichnete Behandlung des Falles Ingenhorst⁴⁵⁴ weist exemplarisch auf das stark ideologisch aufgeladene politische Klima an den Universitäten der Nachkriegszeit zu Beginn der 50er Jahre hin. Der wenige Jahre zuvor noch mit Empörung abgelehnte Vorwurf einer Kollektivschuld wurde nun mit Selbstverständlichkeit auf den politischen Gegner angewandt.

Die politischen Auseinandersetzungen zwischen den Studentenschaften in Ost- und Westdeutschland spiegeln die bundespolitische Diskussion der Nachkriegsjahre wider. Mit zunehmender Entfremdung der Siegermächte rückte auch das Ziel der deutschen Einheit bei gleichzeitiger Westintegration mehr und mehr in unerreichbare Ferne. Nach der Berlinkrise 1948 war die Entscheidung zu Gunsten der Westintegration gefallen. Auch in der Studentenschaft, die sich bis 1948 als einzige wirklich gesamtdeutsch denkende Kraft empfunden hatte,⁴⁵⁵ traten die Einigkeitsbestrebungen vor der zunehmenden Ost-West-Konfrontation mehr und mehr in den Hintergrund.

Die Einbindung Deutschlands in ein geeintes Europa war nach dem Krieg eine in weiten Teilen der Bevölkerung konsensfähige Vorstellung, die in dem politischen Vakuum, das der Untergang des Nationalsozialismus erzeugt hatte, in der

452 UAB AStA 47–22.

453 Zum Fall Ingenhorst vgl. UAB AStA 47–22 und die entsprechenden AStA-Sitzungen in AStA 81–66.

454 DSZ 3. Jg. (1953), Nr. 8/9, S. 2.

455 Krönig, *Studentische Existenz*, S. 56.

Lage war, eine Perspektive für eine politische Zukunft aufzuzeigen.⁴⁵⁶ Dagegen bildete die Westintegration nur für eine Minderheit eine akzeptable Lösung. Erst mit der Berlinblockade wuchs die Einsicht in die Unmöglichkeit einer Einheit Deutschlands, die sich 1949 in der doppelten Staatsgründung manifestierte. Aber auch hier schien für die Mehrheit der Bevölkerung und weite Teile der politischen Führungsschicht die Konsequenz noch nicht deutlich geworden zu sein. Schließlich brachte die Diskussion um die Wiederbewaffnung seit 1950 die definitive Entscheidung für die Westintegration und gegen die ohnehin illusorisch gewordene Einheit der beiden deutschen Staaten.⁴⁵⁷

Auch in der Studentenschaft ging angesichts der zunehmenden Entfremdung zwischen Ost und West die mit der deutschen Einheit verbundenen idealistischen Vorstellungen schnell zurück und machten einer aggressiven antikomunistischen Haltung Platz, die jede Kontaktaufnahme von Seiten des Ostens als ideologisch motiviert zurückwies und den Vertretern der Ostuniversitäten die Legitimierung als Verhandlungspartner absprach.

5.4.3.2. Die Frage der Wiederbewaffnung

Mit dem Ende des Krieges hörte auch die Wehrmacht auf zu existieren. Die Entmilitarisierung und Entwaffnung Deutschlands war eines der vordringlichsten Ziele, die seit der Konferenz von Jalta für alle Alliierten unstrittig waren. An einen künftigen Neuaufbau einer deutschen Armee war bis 1949 nicht zu denken. Erst mit der Gründung der Bundesrepublik wurde der Rahmen geschaffen, in dem solche Überlegungen ermöglicht wurden. Vor dem Hintergrund des seit 1948 vehement zu Tage tretenden Ost-West-Gegensatzes wurde die Möglichkeit einer Wiederbewaffnung Deutschlands mit Blick auf die Bedrohung durch die Sowjetunion, die in der Berlin-Blockade offensichtlich geworden war, offen diskutiert. Im Oktober 1949 sprachen sich bei einer Umfrage 50 % der befragten Männer in Nordrhein-Westfalen für die Wiederbewaffnung Deutschlands im Rahmen eines europäischen Verteidigungsbündnisses aus. Zur gleichen Zeit waren es in West-Berlin, wo die Bedrohung durch die Sowjetunion unmittelbar empfunden werden musste, 78 %.⁴⁵⁸

Lehnten die Briten zunächst eine Wiederbewaffnung Deutschlands ab, so vollzogen sie 1950 in dieser Frage eine politische Wende. Im März 1950 hatte Churchill in einer Unterhausrede einen stärkeren Beitrag Westdeutschlands für die Verteidigung Westeuropas gefordert. Zwar veröffentlichte das Foreign Office daraufhin eine Stellungnahme mit Argumenten gegen eine Wiederbewaffnung,

456 Loth, Rettungsanker Europa, S. 207 f.

457 Ebd., S. 217.

458 Braun/Zörkler, Soziologische Forschung, S. 253.

auf Druck der Amerikaner stimmten die Briten jedoch einer westdeutschen Armee im Rahmen der geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft EVG zu.⁴⁵⁹ Durch den Ausbruch des Koreakrieges im Sommer 1950 wurde die Frage der Verteidigung Westeuropas und des westdeutschen Beitrags dazu zu einer Angelegenheit von hoher Dringlichkeit. Im Sommer 1950 machte der britische Botschafter Sir Ivone Kirkpatrick in einer Rede in Bonn deutlich, dass England die Wiederbewaffnung Deutschlands wünsche.⁴⁶⁰ Ende August 1950 bot Adenauer in einem an die Außenminister der Westmächte gerichteten Memorandum einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik im Rahmen einer internationalen westeuropäischen Armee an.⁴⁶¹ Dabei war sich Adenauer bewusst, dass ein deutscher Beitrag zu einer europäischen Verteidigungsarmee in der Bevölkerung äußerst unpopulär war,⁴⁶² doch erschien ihm die Wiederbewaffnung als wichtiger Schritt in Richtung der Erlangung der Souveränität Deutschlands.⁴⁶³ In den ersten Jahren nach dem Untergang des ›Dritten Reiches‹ herrschte ein allgemeiner Widerwille gegen Krieg, Soldatentum und den Kult um alles Militärische, in dem die Ursachen des Unglücks gesehen wurden. Die Erfahrung des kollektiven Fronterlebnisses der Kriegsgeneration hatte nach Kriegsende vielfach eine Friedenssehnsucht zur Folge.⁴⁶⁴ Erst der Koreakrieg brachte einen Stimmungsumschwung. Äußerten sich im März 1950 vor Kriegsausbruch in einer Umfrage noch 52 % der Befragten ablehnend zur Frage nach dem Aufbau einer neuen Wehrmacht,⁴⁶⁵ so hatte sich im September 1951 die Meinung genau gedreht: Nun sprachen sich 52 % für die Wiederbewaffnung aus.⁴⁶⁶ Der Koreaschock stürzte die Deutschen im Westen in eine geradezu hysterische Kriegsangst. Auf der anderen Seite entwickelte sich aber auch die ›Ohne-mich‹-Bewegung, die sich einem aktiven Verteidigungsbeitrag Deutschlands entgegenstellte.⁴⁶⁷ Eine wesentliche Rolle in der Diskussion um eine mögliche Wiederbewaffnung spielten auch antirussische Bedrohungsgefühle, die von den Nationalsozialisten geschürt worden waren und die sich durch die sowjetische Politik in Ostdeutschland zu bestätigen schienen.⁴⁶⁸ Die Studenten waren von der Frage der Wiederbewaffnung und einer möglichen Dienstpflicht

459 Watt, England, S. 138 f.

460 Dundas-Grant, Assistant University Officer, S. 120.

461 »Sicherung des Bundesgebietes nach innen und außen«, Memorandum von Bundeskanzler Adenauer, 29. 8. 1950, auszugsweise abgedruckt in: Steininger, Deutsche Geschichte 2, S. 165–167.

462 Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 385.

463 Ebd., S. 345.

464 Fichter, SDS, S. 14.

465 Noelle/Neumann, Jahrbuch der öffentlichen Meinung, S. 357.

466 Afflerbach, Militär, S. 250, 254.

467 Bender, Deutschlands Wiederkehr, S. 15 und 74.

468 Ebd., S. 257, 268.

in einer deutschen Armee unmittelbar betroffen. Die Studenten der FU Berlin sprachen sich 1950 in einer Urabstimmung mehrheitlich für die Aufstellung einer Armee in der Bundesrepublik aus.⁴⁶⁹

An den Universitäten war die Frage der Wiederbewaffnung eng mit der Frage des Mensurenfechtens verknüpft. Fechten war nach dem Krieg durch eine Direktive der Briten verboten worden. Bis Mitte der 50er Jahre wurde die Mensur jedoch bei den meisten Verbindungen wieder eingeführt. 1952 waren in Bonn 400 Studenten in schlagenden Verbindungen organisiert.⁴⁷⁰ Das Waffenstudententum wurde so zum Garanten der Wehrhaftmachung der Bundesrepublik und erlangte gerade im Rahmen der Wiederbewaffnungsdiskussion eine politische Brisanz.⁴⁷¹

In der Studentenschaft war die Frage nach der Wiederbewaffnung keineswegs unumstritten. Vor allem der SDS vertrat eine pazifistische Linie, die den Aufbau einer künftigen bundesdeutschen Armee ablehnte. Zudem war es der SDS, der die Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg kritischer betrachtete, als die meisten übrigen Studenten. Zu einem Eklat kam es nach einem Vortrag General Hasso von Manteuffels (FDP), der nach Auffassung des SDS-Mitglieds und späteren SDS-Bundesvorstandmitglieds Claus Arndt die Wehrmacht zu positiv darstellte. Als Arndt gegen diese Darstellung protestierte, kam es zu einem Tumult, so dass die Polizei die Bühne räumen musste.⁴⁷²

Innerhalb der Studentenschaft führte die Frage der Wiederbewaffnung zu einem Aufbrechen der Gegensätze der Studentengenerationen. Während sich in der Kriegsgeneration insbesondere in den letzten Kriegsjahren eine Mentalität etabliert hatte, die das Überleben als zentralen Wert ansah und die nun nach dem Krieg ein großes Engagement gegen die Wiederbewaffnung zeigte,⁴⁷³ waren die jüngeren Studenten eher bereit, der Einrichtung einer neuen Wehrmacht zuzustimmen. Der Beginn der Wiederbewaffnungsdiskussion fiel mit dem Abgang der Kriegsgeneration von der Universität zusammen, so dass die Befürworter innerhalb der Studentenschaft ein größeres Gewicht bekamen. Im Unterschied zu der Zeit vor 1945 war jedoch mit der Zustimmung zur Wiederbewaffnung nach zeitgenössischer Einschätzung keine Überhöhung des Soldatentums verbunden, sondern wurde als notwendiges Übel im Rahmen der staatsbürgerlichen Pflicht angesehen, der man sich angesichts der empfundenen Bedrohung durch den Kalten Krieg nicht entziehen wollte oder konnte.⁴⁷⁴

Nachdem die Entscheidung über die Wiederbewaffnung gefallen war, be-

469 Schlicht, *Vom Burschenschafter*, S. 49.

470 Beiratssitzung vom 9.2.1952, PF 138 – 116.

471 Heither, *Verbündete Männer*, S. 283.

472 Arndt, *Spuren der Zeit*, S. 59.

473 Klönne, *Deutsche Jugend im Zweiten Weltkrieg*, S. 31 f.

474 Luchsinger, *Die junge Generation*, S. 151.

gannen im AStA Diskussionen über die Haltung der Studentenschaft zur Dienstpflicht. Dabei entzündete sich ein Konflikt zwischen dem VDS und dem Bonner AStA über das Thema der Stellungnahme. Während der VDS das Ob der Dienstpflicht diskutieren wollte und in dieser Frage zu einer öffentlichen Stellungnahme bereit war, lehnte der Bonner AStA dieses Vorgehen ab, da der VDS nicht zu allgemeinen politischen Fragen Stellung beziehen dürfe. Nach Auffassung des Bonner AStA war nur die Frage der Art der Durchführung der Dienstpflicht diskutabel, da diese unmittelbar studentische Interessen berührte. Zentrales Anliegen des AStA war die freie Wahl des Zeitpunktes seines Wehrdienstes durch den Studenten. Die Dienstpflicht sollte entweder vor oder wahlweise nach dem Studium erfüllt werden können, die ordnungsgemäße Absolvierung des Studiums aber in jedem Fall gewährleistet werden.⁴⁷⁵

An der Frage der Wiederbewaffnung wird ein Wandel in der öffentlichen Meinung deutlich, der sich auch in der Haltung der Studentenschaft niederschlug. Waren die ersten Nachkriegsstudenten überwiegend von dem Wunsch nach Vermeidung eines weiteren Krieges beseelt, so trat nach 1950 angesichts der im Koreakrieg konkret gewordenen Bedrohung durch die Sowjetunion das Bedürfnis nach Verteidigung auch mit militärischen Mitteln in den Vordergrund. Die Gründung der Bundesrepublik schuf dabei den Rahmen, innerhalb dessen diesen Vorstellungen ein Realitätsgehalt verliehen wurde. Die Auseinandersetzungen um studentische Traditionen, die seit den späten 40er Jahren ausgefochten wurden, spiegeln auf studentischer Ebene den Meinungswandel wider. Während sich in den ersten Nachkriegssemestern die Besatzungsinstitutionen mit der Universitätsleitung und der Mehrheit der Studenten über die Ablehnung der korporierten Bräuche einig waren, lebte das Korporationswesen bald wieder auf und bemühte sich nach einer anfänglichen Phase der versuchten Neuorientierung um die Anknüpfung an die traditionellen Bräuche. Dem Konflikt um das Farbtragen folgte schnell die Auseinandersetzung um die Mensur. Beide Streitfragen wurden letztlich juristisch geklärt, wobei die gewandelte öffentliche Meinung einen deutlichen Einfluss auf die Rechtsprechung ausübte.⁴⁷⁶

5.5. Studenten und Professoren

Ein deutliches Licht auf die Einstellung der Studenten wirft auch der Blick auf ihr Verhältnis zu den Professoren. Die traditionell große Distanz zwischen Professor und Student musste angesichts der enormen Probleme, vor welchen die

475 AStA-Sitzungen vom 25. 1. 1955 und vom 8. 2. 1955, UAB AStA 81 – 70.

476 Vgl. dazu auch Kap. 5.2.3.

Universität nach 1945 stand, vorübergehend aufgegeben werden. Hatten bereits die Katastrophe des Kriegs und des Zusammenbruchs Studenten und Professoren sozial und menschlich einander näher gebracht, blieb diese Nähe auch in den ersten Nachkriegssemestern bestehen. Man war gezwungen, die Universität vereint neu zu erschaffen.⁴⁷⁷ Die gemeinsame Erfahrung von Alltagsnot, von Entnazifizierung und Hunger schuf eine Solidarität zwischen Professoren und Studenten.⁴⁷⁸

Diese äußerte sich in Bonn durch studentische Aktionen für im Verlauf der Entnazifizierung entlassene Professoren. Im Frühjahr 1946 berichtete Professor Thyssen über eine Aktion, die von einer Reihe von Studenten zu Gunsten Professor Naumanns organisiert worden sei.⁴⁷⁹ Der Germanist Hans Naumann war einer der profiliertesten Nationalsozialisten an der Universität Bonn. 1932 unterschrieb er den Tübinger Aufruf für Hitler, trat 1933 der Partei bei und verließ seiner Hoffnung auf Hitler in verschiedenen Aufsätzen Ausdruck. Vor allem durch seine Beteiligung als Redner an der Bücherverbrennung im Mai 1933 hatte sich Naumann zu sehr zum Exponenten des Nationalsozialismus gemacht, um für die Universität als Dozent weiterhin tragbar zu sein.⁴⁸⁰ Zudem fielen in Naumanns Amtszeit als Rektor mit der Entlassung Karl Barths und der Aberkennung der Ehrendoktorwürde Thomas Manns zwei Ereignisse, für die Naumann zwar nicht direkt verantwortlich gemacht werden konnte, die aber als herausragende Ereignisse nationalsozialistischer Hochschulgeschichte in Bonn mit seinem Namen verknüpft blieben. Im November 1945 wurde Naumann von der Militärregierung entlassen.⁴⁸¹ Diese Entlassung blieb rechtskräftig, allen positiven Eingaben seiner Kollegen und allen Unterschriftenlisten seiner ehemaligen Studenten zum Trotz.⁴⁸² Dagegen gab es auch von studentischer Seite Proteste gegen eine mögliche Wiedereinsetzung Naumanns. Im August 1945 wandte sich »eine Handvoll kath. Studenten vom Rhein« an den Rektor und

477 Kater, Professoren und Studenten, S. 486.

478 Kertz, Student im Wintersemester 1945/46, S. 172.

479 Thyssen am 19. 2. 1946, HStAD NW 25 – 78, p. 31.

480 Gutachten der Nachrichtenkommission, UAB UV 139 – 311 und Gutachten der Gutachterkommission, UAB UV 139 – 316, zur Rolle Naumanns im Nationalsozialismus vgl. Schirmmacher, Thomas: »Der göttliche Volkstumsbegriff« und der »Glaube an Deutschlands Größe und heilige Sendung«. Hans Naumann als Volkskundler und Germanist im Nationalsozialismus. Eine Materialsammlung mit Daten zur Geschichte der Volkskunde an den Universitäten Bonn und Köln, Neuaufl. in einem Bd., Bonn 2000 (Disputationes linguarum et cultuum orbis Sectio V: Volkskunde und Germanistik 2), zugl. Los Angeles, Pacific Western Univ., Diss. 1989, S. 197 – 208 und Hübinger, Paul Egon: Thomas Mann, die Universität Bonn und die Zeitgeschichte. Drei Kapitel deutscher Vergangenheit aus dem Leben des Dichters 1905 – 1955, München, Wien 1974, S. 179 ff.

481 UAB PF 138 – 161, ebenso UV 139 – 308 und UV 69 – 38.

482 Schirmmacher, Volkstumsbegriff, S. 362 ff. listet die Fürsprecher auf, die Unterschriftenlisten finden sich in UAB PA 12232 Hans Naumann.

protestierte gegen die Rückkehr von Professoren nach Bonn, die man nur als »Lumpen« bezeichnen könne, da sie ihren akademischen Einfluss aufs übelste missbraucht, den Nationalsozialismus verherrlicht und hämische Bemerkungen über das Christentum gemacht hätten.⁴⁸³ Zu der Gruppe dieser »Lumpen« zählten die Studenten neben Naumann auch den Religionswissenschaftler Gustav Mensching.⁴⁸⁴

Ebenfalls 1947 löste die Entlassung des Philosophen Erich Rothacker einen regelrechten Proteststurm unter den Studenten aus.⁴⁸⁵ Rothacker hatte sich zu Beginn des »Dritten Reiches« als Nationalsozialist profiliert, sehr schnell aber den wahren Charakter der Ideologie erkannt und sich zum Gegner der Nationalsozialisten gewandelt. Nach Einschätzung der Nachrichtenkommission war Rothacker »zweifelloso der schwierigste Fall der gesamten Fakultät«.⁴⁸⁶

Eine gemeinsame Basis zwischen Studenten und Professoren schuf der nationalkonservative Grundkonsens, auf Grund dessen sich das Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden bis in die 60er Jahre hinein als weitgehend konfliktfreies Miteinander gestaltete.⁴⁸⁷ Aus Sicht der Briten und von anderen Außenstehenden, wie beispielsweise Karl Barth, waren es jedoch gerade die Professoren, die einen schlechten Einfluss auf die Studenten ausübten. Barth nannte in seinem Portrait der deutschen Nachkriegsstudenten die ältere Generation, die den Studenten in der Gestalt der Mehrzahl ihrer Professoren gegenübertritt, als eine der wesentlichen Gefahren, die die deutschen Studenten bedrohten: »Es ist fatal, daß so viele deutsche Studenten dem Unterricht, der Erziehung, dem Vorbild gerade dieses Professorentyps ausgeliefert sind.«⁴⁸⁸ Barth spielte damit auf jene älteren Professoren an, die auf Grund ihrer fortgeschrittenen Karriere dem Druck zum Parteieintritt widerstehen konnten, die dennoch den Nationalsozialisten nicht entgegentraten und sich nach dem Krieg als politisch Unbelastete jeglicher Verantwortungszuweisung für das Geschehene entzogen.

Unabhängig von Distanz oder Nähe zu ihren Studenten gab es einzelne Professoren, die von der Studentenschaft in besonderer Weise verehrt wurden. Zu dieser Gruppe gehörte beispielsweise Rektor Konen, der wegen seines un-

483 UAB PF 138 – 161.

484 Gustav Mensching (1901 – 1978) erhielt 1936 einen Lehrauftrag an der Universität Bonn. Er wurde 1938 zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor, 1942 zum beamteten außerordentlichen Professor ernannt. 1964 wurde er zum Ordinarius für Vergleichende Religionswissenschaft ernannt. Zur Rolle Menschings im Nationalsozialismus vgl. Höpfer, Universität Bonn, S. 383 – 387.

485 Monatsbericht UEO Gregor Smith vom März 1947, PRO FO 1013/2209. Erich Rothacker (1888 – 1965) habilitierte sich 1920 in Heidelberg und wurde 1928 nach Bonn berufen.

486 UAB UV 139 – 311.

487 Maaß, Studentenschaft, S. 47.

488 Barth, Der deutsche Student, S. 682 f.

ermüdlichen Einsatzes für die Bonner Universität und ihre Studenten beliebt war oder Professor Neuss, der besonders von katholischen Studenten wegen seiner aufrechten Stellungnahme gegen Rosenbergs Mythos verehrt wurde.⁴⁸⁹

Mit zunehmender Normalisierung der Lebensverhältnisse ging auch die Konsolidierung der gesellschaftlichen Rollen einher, welche die Distanz zwischen Professoren und Studenten wieder anwachsen ließ. So war es vor allem die erste Nachkriegsstudentengeneration, welche die Solidarität zwischen Studenten und Professoren angesichts der gemeinsam zu bewältigen Alltagsnot erlebte.

5.6. Zusammenfassung: Der Umbruch zu Beginn der 50er Jahre

Der Umbruch innerhalb der Studentenschaft um 1950 manifestierte sich nicht nur in ihrer Zusammensetzung und im Wandel der Studiensituation. Auch hinsichtlich der inneren Einstellung der Studenten zu politischen und gesellschaftlichen Fragestellungen sowie im Hinblick auf die Organisationsformen der Studentenschaft ist dieser Umbruch feststellbar.

Im AstA fand nach der gescheiterten Urabstimmung über das politische Mandat der Studentenvertretung im Wintersemester 1950/51 ein Generationswechsel statt. Dieser Wechsel symbolisiert gleichzeitig das Ende des politischen Idealismus der ersten Nachkriegsjahre. Hatte sich der AstA angesichts der noch wenig verfestigten Strukturen der Universität in den ersten Nachkriegsjahren und der Interessensolidarität zwischen Studenten und Professoren einen beachtlichen Handlungsspielraum erarbeiten können, so blieb ihm jedoch die wichtigste Mitsprachemöglichkeit, die Vertretung im Senat, verwehrt und seine Einflussmöglichkeiten damit langfristig auf soziale und kulturelle Tätigkeitsfelder beschränkt.

Bei den Studentengemeinden ging die starke Betonung des Glaubens zurück. Das mit großer Ernsthaftigkeit vollzogene Ringen um ein zeitgemäßes christliches Bekenntnis trat in den Hintergrund. Mit zunehmender Ausdifferenzierung der Gemeindestruktur und der Ausweitung der Aktionsfelder, verlor die wöchentliche Gottesdienstfeier als Kristallisationspunkt der Gemeinde ihre bestimmende Stellung.

Eine stärkere Bedeutung erlangten dagegen zu Beginn der 50er Jahre die politischen Hochschulgruppen. Während in den ersten Nachkriegsjahren Parteipolitik von den Studenten allgemein abgelehnt wurde, gleichzeitig aber ein hoher Bedarf an politischer Diskussion und Auseinandersetzung bestand, wandelte sich diese Einstellung mit der jüngeren Generation. Die starke Ablehnung der Parteipolitik trat in den Hintergrund, während gleichzeitig die

489 Wolff, Bonner Hochschulwochen, S. 53.

Entpolitisierung der Studentenschaft fortschritt. Die lebhaften Diskussionen in den studentischen Zeitungen endeten, politisches Engagement beschränkte sich auf die Aktivität in einer politischen Hochschulgruppe und erfasste nur noch einen kleinen Teil der Studentenschaft.

Auch die Ablehnung der traditionellen Korporationen schwand zu Beginn der 50er Jahre. Viele der in den ersten Nachkriegssemestern neu entstandenen Gruppen suchten Anschluss an eine Altherrenschaft. Reformansätze der neuformierten Aktivitas scheiterten, als nach dem Generationswechsel innerhalb der Studentenschaft der Reformwille erlahmte und sich gegen den Widerstand der Alten Herren nicht mehr durchzusetzen vermochte. Vielmehr kämpften nun die Aktiven der Studentenverbindungen vehement für die Akzeptanz überkommener Traditionen. Dabei waren es gerade die katholischen Studentenverbindungen, die durch ihren Rechtsstreit um die Erlaubnis des öffentlichen Farbentragens den schlagenden Verbindungen den Weg für die offizielle Wiederaufnahme der Mensur ebneten.

Diskussionen über politische Zeitfragen begannen zu Beginn der 50er Jahre stärker parteipolitische Züge zu tragen. Die kommunistische Alternative, die sich in den ersten Nachkriegsjahren noch als eine Möglichkeit erwiesen hatte, zeigte sich durch das abschreckende Beispiel der neuerrichteten Diktatur in der sowjetischen Zone als Bedrohung. Die sich seit der Berlinkrise allgemein durchsetzende Ablehnung und Bekämpfung des Kommunismus und Sozialismus wurde zum einenden Band der Studentenschaft.

Bei der Diskussion politischer Tagesfragen stand früh die Einheit Deutschlands oben auf der Tagesordnung. Die Studenten verstanden sich dabei als Vorkämpfer dieser Einheit und behielten lange ihren Idealismus, auch als sich die Teilung Deutschlands bereits als unvermeidbar abzeichnete. Nach der Gründung der Bundesrepublik trat die Frage nach der Wiederbewaffnung in den Vordergrund. War die erste Nachkriegsstudentengeneration noch von einem starken Pazifismus beseelt, trat die jüngere Generation angesichts des Kalten Krieges für eine Wiederbewaffnung ein. Deutlich wird, dass zu der konstatierten Sozialisations- und Erfahrungsgemeinschaft der Nachkriegsstudenten eine Handlungsgemeinschaft trat. Eine Studentengeneration hatte sich konstituiert, die auch in ihren gemeinsamen Einstellungen und Haltungen zu politischen und gesellschaftlichen Themen fassbar wird.

Fazit

Zielsetzung der Arbeit war die Analyse der ersten Nachkriegsstudentengeneration an der Universität Bonn. Es wurde postuliert, dass sich um 1950 in Abgrenzung von den zu dieser Zeit neu an die Universität strömenden jüngeren Studenten ein Generationsbewusstsein bei den ersten Nachkriegsstudenten herausbildete. Es standen vor allem drei Fragen im Vordergrund:

1. Inwieweit können diese Studenten als eigene Generation angesprochen werden?
2. Welche Prägungen erfuhr diese Generation während ihrer Studienzzeit?
3. Kann eine bestimmte Haltung dieser Generation zu gesellschaftlichen oder politischen Themen festgestellt werden?

Zur Klärung dieser Fragen wurden die Struktur der Studentenschaft, die Studienbedingungen in der Nachkriegszeit sowie die Organisationsformen und Einstellungen der Studenten untersucht.

Die Zusammensetzung der ersten Nachkriegsstudentenschaft wies verschiedene Besonderheiten auf, die eine deutliche Abgrenzung von den jüngeren Studenten ermöglichte. Herausstechende Merkmale waren der vergleichsweise hohe Frauenanteil in den ersten Nachkriegssemestern und das hohe Durchschnittsalter der Studenten. Ein weiteres Charakteristikum war der häufige Nachweis der Hochschulreife der Studenten durch eine Sonderqualifikation, die als Reifevermerk während des Krieges oder durch einen Sonderkurs nach Kriegsende erworben wurde. Hinsichtlich ihrer politischen Belastung durch Mitgliedschaften in NS-Organisationen zeichneten sich die ersten Nachkriegsstudenten durch geringere Quantität, aber – altersbedingt – durch höhere Qualität der Belastung aus. Eine Sondergruppe innerhalb der Studentenschaft stellten in den Jahren bis 1949 die DP-Studenten dar, die in Bonn 10 % der Studenten ausmachten.

Zu Beginn der 50er Jahre vollzog sich ein Generationswechsel, der an der Struktur der Studentenschaft deutlich ablesbar ist. Die oben angesprochenen

generationsspezifischen Merkmale der ersten Nachkriegsstudenten traten in den Hintergrund. Hinsichtlich der Fächerwahl verlagerte sich der Schwerpunkt von der Medizinischen zur Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät. Zudem ist eine Ausweitung der geographischen Herkunft der Studenten zu beobachten. Besonders augenfällig wird der Generationswechsel aber bei der Betrachtung der militärischen Vergangenheit der Studenten. Die Kriegsteilnehmer verließen bis 1950 zum großen Teil die Universität und wurden durch jüngere Kommilitonen ohne Kriegserfahrung ersetzt. Bei nahezu allen untersuchten Parametern konnte ein Umbruch in der Struktur der Studentenschaft in den Jahren um 1950 festgestellt werden. Ausnahmen bildeten lediglich die Konfession und die gesellschaftliche Herkunft, bei denen kaum Änderungen auftraten.

Als Ergebnis kann damit festgehalten werden, dass der Generationsbegriff auf die Studenten der ersten Nachkriegsjahre anwendbar ist, der sich an der biografischen Homogenität der Studenten festmachen lässt. Die Studenten hatten Jugend und Adoleszenz im gleichgeschalteten Erziehungssystem der Nationalsozialisten und in der Wehrmacht durchlebt und waren damit in hohem Maße gleichen Einflüssen ausgesetzt gewesen, die diese Studentengeneration zu einer Sozialisationsgemeinschaft werden ließ. Diese vergleichbare Sozialisation schuf die Basis für das sich um 1950 ausbildende Generationsbewusstsein.

Wurde bereits in der Zusammensetzung der Studentenschaft ein hohes Maß an Gemeinsamkeiten der ersten Nachkriegsstudentengeneration deutlich, so verstärken sich diese bei der Betrachtung der Studienbedingungen. Die ersten Nachkriegsjahre waren geprägt vom Mangel an Wohnungen, Lebensmitteln, Kleidung sowie an für das Studium erforderlichen Materialien. Insbesondere der Hunger wurde für die ersten Nachkriegsstudenten zu einer existenziellen Erfahrung, die das gesamte Alltagsleben beeinflusste. Die Unterernährung beanspruchte die Gesundheit der Studenten und führte zu sinkenden Studienleistungen. Zudem bedeutete die Organisation von Lebensmitteln einen erheblichen Zeitaufwand, dem sich das Studium unterordnen musste.

Erst die Etablierung einer Friedenswirtschaft in Kombination mit der wirtschaftlichen Stabilisierung durch die Währungsreform brachte die Wende. Der Mangel an Gütern konnte überwunden werden, dagegen rückten nunmehr Geldnöte in den Vordergrund, denen die Studenten durch vermehrte Werkätigkeit zu begegnen suchten. Die Not der ersten Nachkriegsjahre hatte eine Solidarisierung der Studenten untereinander sowie zwischen Studenten und Professoren zur Folge. Die anstehenden Probleme konnten nur gemeinsam gelöst werden. Studentischer Initiative wurde viel Entfaltungsraum geboten. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand vom Krieg verfestigten sich die universitären Strukturen. Die auch von Studenten getragenen sozialen Aufgaben wurden mehr und mehr durch das Studentenwerk übernommen. Die Studenten wurden so in

eine Passivität gedrängt, die für die nachfolgenden Kommilitonen zu einer Selbstverständlichkeit wurde.

Ein wirklicher Neuanfang wurde nach dem Krieg nicht gewagt, obwohl die Möglichkeit dazu bestanden hätte. Die personelle Neuorganisation der Universitätsleitung, die Neuzulassung aller Studenten sowie der Zwang, eine Alternative zu den nationalsozialistischen Statuten und Ordnungen der Universität und der einzelnen Fakultäten zu finden, ließen das Jahr 1945 zur ›Stunde Null‹ der Universität werden. Doch wurde die Chance, die Struktur der Universität grundlegend zu reformieren, nicht genutzt. Die Bekämpfung der Not hatte Priorität und verdrängte alle Ansätze zu einer Hochschulreform, allen Anstrengungen der Briten zum Trotz. Nur wenige Aspekte der verschiedenen Reformprogramme der Nachkriegszeit, wie die Einführung des Studium generale, wurden verwirklicht. Diese konnten aber – ebenso wie die schnell im Sande verlaufenden Versuche zur Etablierung neuer studentischer Wohnformen – die Universität nie dem Ziel einer umfassenden Reform näher bringen.

Wenn es den Briten auch nicht gelungen war, eine Reform der deutschen Universitäten anzustoßen, so waren sie maßgeblich an der Wiederaufnahme von Kontakten zum Ausland beteiligt. Ernteeinsätze im Ausland und internationale Ferienkurse in Bonn ermöglichten erste Kontakte deutscher Studenten mit ausländischen Kommilitonen und trugen maßgeblich dazu bei, die zwölfjährige Isolation Deutschlands zu überwinden. Nach der Gründung der Bundesrepublik gehörten ausländische Studenten in Bonn wieder zur Tagesordnung und Auslandssemester rückten für deutschen Studenten in den Bereich des Möglichen.

Die gemeinsamen Erfahrungen der Nachkriegszeit, insbesondere das kollektive Erleben von Hunger und Mangel verstärkten den gemeinschaftlichen Erfahrungshorizont dieser Studentengeneration. Der Sozialisationsgemeinschaft als Grundlage der Generationsbildung trat damit die Erfahrungsgemeinschaft der Nachkriegsnot zur Seite, welche die Gemeinsamkeiten der ersten Nachkriegsstudentengeneration verstärkte und dadurch die Abgrenzung von den jüngeren Studenten förderte, die diese Notzeiten nicht durchlebt hatten.

Auch im Hinblick auf die Organisation der Studentenschaft ist zu Beginn der 50er Jahre ein deutlicher Wandel bemerkbar. Mit großem Elan ging der erste provisorische AStA Anfang 1946 daran, eine Studentenvertretung aufzubauen und eine studentische Beteiligung an den Gremien der universitären Selbstverwaltung und den sozialen Einrichtungen der Universität zu etablieren. Schnell wurde jedoch klar, dass den wenigen Studenten im AStA der Rückhalt durch ihre Kommilitonen fehlte. Die Wahlbeteiligung blieb gering, ebenso die Bereitschaft zur Mitarbeit. Dagegen war der AStA einer steten Kritik von Seiten seiner Wähler ausgesetzt. Die Studenten des AStA waren als Träger einer demokratischen Aufbruchsstimmung nicht repräsentativ für die Gesamtstudentenschaft, die sich eher passiv verhielt. Mit dem Rückgang der sozialen Probleme

der Nachkriegszeit und gleichzeitigem Aufbau der Studentenwerke verlor der AStA ein wichtiges Aufgabenfeld. Da es ihm zudem nicht gelang, sich durch eine Beteiligung an den Entscheidungsgremien der Universität eine dauerhafte Möglichkeit zur Mitbestimmung zu sichern, schwand die Bedeutung des AStA. Dieser Bedeutungsverlust wurde nach dem Generationswechsel im AStA im Wintersemester 1950/51 widerspruchlos akzeptiert.

Deutlich ablesbar ist der Wandel innerhalb der Studentenschaft auch an den verschiedenen studentischen Vereinigungen. Als erste Vereinigungen nach dem Krieg gründeten sich die Hochschulgemeinden. Die Kirchen beider Konfessionen boten nach Kriegsende Orientierung und Halt im Glauben angesichts des völligen Zusammenbruchs des nationalsozialistischen Wertesystems. Entsprechendes galt auch für die Studentengemeinden, die weite Teile der Studentenschaft erfassten. Bestimmend für beide Gemeinden war eine Rückbesinnung auf die Liturgie als zentralem Element des Gemeindelebens. Besonders in der Evangelischen Studentengemeinde trat die intensive Auseinandersetzung mit der Rolle der Kirche im ›Dritten Reich‹ in der Vordergrund. Dies war jedoch ein Spezifikum der Bonner Gemeinde, das in der Zerschlagung der Fakultät durch die Nationalsozialisten und der Rückkehr Karl Barths in den Sommersemestern 1946 und 1947 begründet ist und sich sicher nicht auf andere Universitäten übertragen lässt. Mit dem Abgang der ersten Nachkriegsstudenten verloren die Gemeinden an Bedeutung, wie auch die Betonung des christlichen Bekenntnisses innerhalb der Studentenschaft allmählich schwand.

Am augenfälligsten manifestierte sich der Generationswechsel im Wiederaufstehen der Korporationen. Diese waren vielfach bereits kurz nach dem Krieg wieder gegründet worden. Doch waren die ersten Nachkriegsstudenten nicht bereit, alle Traditionen unhinterfragt zu übernehmen. Es bestand vielmehr von studentischer Seite ein starker Reformdruck, der jedoch am Widerstand der Alten Herren und am fehlenden Widerhall in der nachwachsenden Studentengeneration scheiterte. Die jüngeren Studenten waren im Gegensatz zu ihren älteren Kommilitonen darum bemüht, die umstrittenen Traditionen des Farbentragens und Mensurenfechtens wieder aufzunehmen. In langen Auseinandersetzungen mit der Universität wurde Anfang der 50er Jahre das öffentliche Farbentragen legalisiert, die Mensur bis Mitte der 50er Jahre bei den traditionell schlagenden Verbindungen wieder eingeführt. Dabei waren es vor allem die katholischen Verbindungen des CV, die sich im Streit um die Wiedereinführung des Farbentragens durchsetzten.

War die Ablehnung der Parteipolitik noch ein Charakteristikum der ersten Nachkriegsgeneration, so trug das bereits früh erkennbare politische Interesse nach 1950 stärker parteipolitische Züge. Das individualistisch geprägte Bedürfnis nach politischer Äußerung der ersten Nachkriegsgeneration stand einem stärker programmatisch ausgerichteten Engagement der jüngeren Stu-

dentem gegenüber, welches seinen Ausdruck im Rahmen politischer Parteien und Gruppierungen fand. Der Streit um das politische Mandat der Studentenvertretung wurde schließlich zum auslösenden Moment des Generationswechsels im AStA. Die Studentenschaft votierte 1950 mit deutlicher Mehrheit gegen ein politisches Mandat und stellte sich damit gegen ihre Vertreter. Hier prallten die unterschiedlichen Vorstellungen der beiden Studentengenerationen aufeinander. Die nach außen getragene individuelle politische Aktivität, welche die AStA-Vertreter der älteren Generation für sich in Anspruch nahmen, war gegenüber der mehrheitlich der jüngeren Generation angehörenden Studentenschaft nicht mehr vertretbar.

Die Bemühung um die Einheit Deutschlands, die von der Studentenschaft länger verfolgt wurde als von der Bundesregierung, mündete nach dem Weggang der ersten Nachkriegsstudenten in eine vehemente Ablehnung des politischen Systems der DDR. Die Orientierung am außenpolitischen Kurs der Adenauerregierung bot den Studenten die Möglichkeit, am ›Antikommunismus‹ der Nationalsozialisten festzuhalten und so zumindest diese Kontinuität wahren zu können. Vor diesem Hintergrund wurden die Beziehungen zu ostdeutschen Universitäten erschwert oder auf sportlichen Austausch beschränkt. Die Bonner Studentenvertreter bemühten sich dabei – entgegen der offiziellen Linie des VDS – um eine Aufrechterhaltung und Ausweitung der Beziehungen. Für die jüngere Studentengeneration wie auch für weite Teile der westdeutschen Gesellschaft wurde die Ablehnung der DDR zu einer einenden Klammer.

Es wurde deutlich, dass sich aus der Sozialisations- und Erfahrungsgemeinschaft der Generation der ersten Nachkriegsstudenten auch eine Handlungsgemeinschaft ableiten lässt, die sich in der Einstellung zu politischen und universitären Fragen manifestierte. Mit dem Abgang der ersten Nachkriegsgeneration von der Universität vollzog sich um 1950 ein tiefgreifender Wandel in der Studentenschaft. Der Idealismus, der die erste Nachkriegsstudentengeneration noch beseelt hatte und der an vielen Stellen gerade im Hinblick auf die Neugestaltung studentischer Vereinigungen, die Geschlechterbeziehungen und das politische und universitäre Engagement der Studenten sichtbar wurde, konnte von der nachrückenden Studentengeneration, die weniger vom Gefühl der Notwendigkeit eines Neubeginns getrieben wurde, nicht aufrecht erhalten werden. Viele von den ersten Nachkriegsstudenten angestoßene Initiativen verliefen im Sand oder waren durch den Wandel der Zeitumstände obsolet geworden. »Nachdem die Kriegsgeneration [...] nicht mehr genügend Einfluss hat, wurde [...] das, was als neuer Geist bezeichnet wurde, zum Verschwinden gebracht.«¹

1 Stud. Banzer, Vertreter des SDS, während einer Aussprache des VDS mit Vertretern der Korporationen am 13./14.7.1951, UAB UV 69 – 377.

Anhang

1. Tabellen

Tabelle 1: Die Entwicklung der Studentenzahlen der Universität Bonn¹

Semester	Gesamtzahl	Semester	Gesamtzahl	Gasthörer
WS 32/33	5625	WS 45/46	2709	183
SS 33	5455	SS 46	3474	639
WS 33/34	4918	WS 46/47	4326	939
SS 34	4382	SS 47	4387	1387
WS 34/35	3972	WS 47/48	6327	581
SS 35	3643	SS 48	6428	360
WS 35/36	3552	WS 48/49	5920	544
SS 36	3205	SS 49	5950	663
WS 36/37	2971	WS 49/50	6159	751
SS 37	2721	SS 50	6554	412
WS 37/38	2645	WS 50/51	6521	keine Angabe
SS 38	2515	SS 51	6668	412
WS 38/39	2458	WS 51/52	6567	451
SS 39	2500	SS 52	6604	537
1. TM 1940	1429	WS 52/53	6885	264
2. TM 1940	1308	SS 53	6909	261
3. TM 1940	1957	WS 53/54	6803	255
1. TM 1941	1850	SS 54	7209	206
		WS 54/55	7289	379
		SS 55	7655	342

¹ Gesamtzahl der Studenten einschließlich Ausländer. Die Zahlenangaben für die Zeit des Nationalsozialismus entstammen Titze, Wachstum und Differenzierung, S. 103; für die letzten Kriegesemester liegen keine Zahlen vor; die Zahlen für die Semester nach 1945 wurden der Chronik entnommen. Da sich diese Zahlen bis zum WS 1948/49 nur auf die deutschen Studenten beziehen, wurden für diesen Zeitraum die Ausländerzahlen nach UAB UV 69–55 hinzuaddiert. Die Zahl der Gasthörer wurde bis SS 1950 der Chronik, ab SS 51 dem jeweiligen Vorlesungsverzeichnis entnommen, für das WS 1950/51 wird keine Gasthörerzahl genannt.

Tabelle 2: Die Erziehungsoffiziere der Universität Bonn

Monat	UECO	Assistent	Monat	UECO	Assistent
1945 Dez	Olaf Brann		1949 Jan	John Newton	Joan E. Seedhouse
1946 Jan			1949 Feb		
1946 Feb		Vertreter Harry Beckhough	1949 Mär		
1946 Mär			1949 Apr		
1946 Apr			1949 Mai		
1946 Mai			1949 Jun		
1946 Jun			1949 Jul		
1946 Jul		Robert H. Pender	1949 Aug		
1946 Aug			1949 Sep		
1946 Sep	Ronald Gregor Smith		1949 Okt	Valerie Dundas-Grant	
1946 Okt			1949 Nov		
1946 Nov			1949 Dez		
1946 Dez			1950 Jan		
1947 Jan			1950 Feb		
1947 Feb			1950 Mär		
1947 Mär			1950 Apr		
1947 Apr			1950 Mai		
1947 Mai			1950 Jun		
1947 Jun			1950 Jul		
1947 Jul			1950 Aug		
1947 Aug	George A. Kirk		1950 Sep	J.G. Dixon	
1947 Sep			1950 Okt		
1947 Okt			1950 Nov		
1947 Nov			1950 Dez		
1947 Dez			1951 Jan		
1948 Jan			1951 Feb		
1948 Feb			1951 Mär		
1948 Mär			1951 Apr		
1948 Apr			1951 Mai		
1948 Mai			1951 Jun		
1948 Jun			1951 Jul		
1948 Jul		1951 Aug			
1948 Aug		1951 Sep			
1948 Sep		1951 Okt			
1948 Okt		1951 Nov			
1948 Nov		1951 Dez			
1948 Dez		1952 Jan			
		Joan E. Seedhouse			

2. Abbildungen

7a
W³
V²

Antrag

auf Zulassung zum Universitäts-Studium in Bonn

1. Name [REDACTED] Vorname Michael Rudolf

2. Geburtstag 11.9.24 Geburtsort Düsseldorf

3. Heimatanschrift Düsseldorf, Lütfgowstrasse

4. Familienstand ledig

5. Name und Beruf des Vaters Herrnrich [REDACTED], Kaufm. Direktor

6. Haben Sie bereits eine Unterkunft in Bonn oder Umgebung? Wo? ja, Godesberg, Sedanstrasse

7. Abiturientenzeugnis ja

a) wann? März 1944

b) von welcher Schule (Art der Schule) mit Latein? ohne Latein? Gymnasium

c) Abschlußprüfung? Reifeprüfung

d) Notreife? (Genau Bezeichnung des Abgangsexamens)

e) Latinum?

8. Studienfach

9. Waren Sie bereits immatrikuliert? nein (Fernimmatrikulation zählt nicht)

a) an welcher Hochschule?

b) für welches Studium?

c) Zahl der Semester (Trimester)?

d) für welches Studium wird Immatrikulation beantragt?

e) wollen Sie das Studium wechseln?

10. Haben Sie das Studium unterbrochen?

von wann bis wann?

weshalb?

11. Abgelegte Prüfungen

12. a) Beabsichtigter Beruf Rechtsanwalt

b) Besondere Begabung:

13. a) Arbeitsdienst von bis

b) Wehrdienst von April 1942 bis 8. Mai 1945

c) Kriegseinsatz von bis

Abbildung 1: Der Immatrikulationsantrag für das Wintersemester 1945/46, Seite 1

14. Letzter militärischer Dienstrang? *09./u.*

15. Sind Sie Kriegsversehrter?
Versehrtenstufe? *1/II*

16. Sind Sie politisch oder rassistisch geschädigt? *nein*

17. Zugehörigkeit zur NSDAP oder deren Gliederungen?

a) NSDAP	von	bis	Amt	Rang
b) HJ	von	bis	Amt	Rang
c) BDM	von	bis	Amt	Rang
d) Allg. SS	von	bis	Amt	Rang
e) Waffen-SS	von	bis	Amt	Rang
f) SD	von	bis	Amt	Rang
g) SA	von	bis	Amt	Rang
h) NS Studentenbund	von	bis	Amt	Rang
i) NSKK	von	bis	Amt	Rang
k) NSEK	von	bis	Amt	Rang
l) NSF	von	bis	Amt	Rang
m) von HJ in die Partei überführt?	<i>nein</i>			
n) Studentenführer?	<i>nein</i>			

18. Bemerkungen: (Erläuterungen zu 1–17)

Wal. Radtke
(Unterschrift)

Diesem Antrag sind handgeschriebener Lebenslauf und wenn möglich Abschrift des Reifezeugnisses beizufügen.

Entscheid der Immatrikulations-Kommission:

1. Zulassung **genehmigt:**
 - a) ohne Nebenbestimmungen *Dr. Vogt*
 - b) mit der Auflage, mindestens *12,45* Wochenstunden allgemeinbildende Vorlesungen zu hören.
2. Zurückstellung
3. Abweisung

Der Immatrikulationsantrag für das Wintersemester 1945/46, Seite 2

Regis. Antr. in dem Vorprüf. Dm m 16

51

Verwaltungsvermerke. Nichts ausfüllen!

in Bonn beheimatet	1
in Bonn oder seiner näheren Umgebung wohnend	2
3 Jahre	3
4 Jahre	4
5 Jahre	5
6 Jahre	6
7 Jahre	7
8 Jahre und mehr	8
Kriegsversehrter Stufe I	9
Kriegsversehrter ab Stufe II	10
Kriegserwitwe oder Kriegswaise	11
durch n. s. Maßnahmen erheblich Zeitverlust	12
Examen wird abgelegt S. S. 46 od. W. S. 46/47	13
letzten beiden Semester in Bonn studiert	14
Immatrikulation in Bonn W. S. 45/46 abgelehnt	15
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät	16
Rechtswissenschaftliche Fakultät	17
Medizinische Fakultät	18
Philosophische Fakultät	19
Antrag entgegengenommen und formal geprüft:	
A <input checked="" type="checkbox"/>	20
B <input checked="" type="checkbox"/>	21
C	22
D	23
E	24

ANTRAG AUF ZULASSUNG ZUR IMMATRIKULATION AN DER UNIVERSITÄT BONN

1. Name: [REDACTED] Vorname: Rudolf Mich.
(Deutsch in Druckschrift)

2. Geburtstag: 11. 9. 1924 Geburtsort: Düsseldorf

3. Staatsangehörigkeit: deutsch

4. Heimatanschrift: Düsseldorf, Lützowstr.

5. Semesteranschrift in Bonn oder näheren Umgebung (falls schon bekannt):
Bad-Godesberg, Sedanstr.

6. Familienstand: ledig Zahl der Kinder: keine

7. a) Reifezeugnis 9 stufige Schule, 8 stufige Schule
Reifevermerk, Vorsemestervermerk
Sonderreife mit 1 Fremdsprache, mit 2 Fremdsprachen
(Zutreffendes unterstreichen)
Schulkenntnisse: Franz. Englisch Latein, Griechisch, Italienisch

b) Wann haben Sie die Hochschulreife erhalten? 4. 3. 42

c) Art der Schule: Gymnasium

Entscheid der Immatrikulationskommission
(Das Zutreffende ist unterstrichen)

1. Zulassung genehmigt a) ohne Auflage, b) mit Auflage, 2. Zulassung abgelehnt

Bonn, 16. 4. 1946 i. A.: Krill

Lebenslauf vorgeprüft: 2426 a: _____ b: _____

Immatrikulationsnummer

Abbildung 2: Der Immatrikulationsantrag seit dem Sommersemester 1946, Seite 1

8. Fakultät: Rechts und Staatswissenschaft

9. Studienfach: jura

10. a) An welchen Hochschulen waren Sie bereits immatrikuliert? (Fernimmatrikulation zählt nicht):
Bonn

b) Für welche Studien waren Sie immatrikuliert? jura

c) Wieviel Semester haben Sie studiert? 1 d) Welches Semester war Ihr letztes? Wintersem. 45/46

e) In welchen Semestern haben Sie in Bonn studiert? Winter-Semester 45/46

f) Hatten Sie in Ihren letzten beiden Semestern (mit Ausnahme des W. S. 1944/45) in Bonn ordnungsmäßig belegt?
nein

11. An welchen Hochschulen hatten Sie für das W. S. 1945/46 die Immatrikulation beantragt?
Bonn

12 a) Welche Berufs- und Hochschulprüfungen haben Sie abgelegt?
Keine

12 b) Haben Sie am Bonner Studenteneinsatz (Holzaktion, Baurupp usw.) teilgenommen? nein

13. Sind Sie Student in den Abschlusssemestern, d. h. ist es sicher, daß Sie sich Ihrem Abschlußexamen im S. S. 46 oder im W. S. 46/47 unterziehen werden? nein

14. a) Arbeitsdienst vom nein bis Zahl der Monate

b) Wehrdienst vor dem Kriege vom nein bis Zahl der Monate

c) Wehrdienst im Kriege vom 8.4.42 bis 12.11.45 Zahl der Monate 42

d) Arbeits- und Wehrdienst zusammen: Jahre Monate

e) Letzter militärischer Dienstgrad: Unteroffizier

15. Sind Sie Kriegsversehrter? ja Versehrtenstufe? IV

16. a) Sind Sie Kriegerwitwe? nein 16. b) Kriegswaise? nein

17. Haben Sie durch Sie persönlich betreffende besondere politische Maßnahmen der NS-Regierung erhebliche Zeit in Ihrer Berufsausbildung eingeübt? nein (Wenn ja, nähere Begründung auf besonderer Anlage, siehe Ziffer 19. e)

Der Immatrikulationsantrag seit dem Sommersemester 1946, Seite 2

18. Zugehörigkeit zur NSDAP oder deren Gliederungen:

Organisation	Mitglied Ja / Nein	Dauer der Mitgliedschaft	Ämter oder Rang
Partei	nein		
HJ	ja	17 Jahr	Keine 1942 umgel. Karten
BDM	nein		
Allg. SS	nein		
Waffen-SS	nein		
SA	nein		
NS-DSTB	nein		
NSKK	nein		
NSFK	nein		
NSF	nein		
SD	nein		

19. Ich überreiche folgende Anlagen (Nichtzutreffendes durchstreichen, die Hinweise auf Seite 4 beachten!)

- a) Reifennachweis *(liegen beim*
- b) Studiennachweis und Prüfungszeugnisse zu Ziff. 10 und 12 dieses Antrages
- c) Lebenslauf
- d) Führungszeugnis oder Erklärung, letztere auf Seite 4 dieses Antrages
- e) Etwaige Erklärungen und Nachweise, ob und welche Bevorzugungsgründe vorliegen (Vollständige Aufzählung auf besonderem Blatte)
- f) Adressierter und frankierter Briefumschlag *liegt bei*
- g) _____
- h) _____
- i) _____
- j) _____

bereits beim Sekretariat eingereicht.

Ich versichere, daß meine Angaben wahr sind.

Bonn, den *21. März* 1946 *Andolf Michael* [REDACTED]
Unterschrift

Der Immatrikulationsantrag seit dem Sommersemester 1946, Seite 3

Haben Sie ohne eine gesetzlich vorgeschriebene allgemeine aktive Dienstpflicht oder über die Dauer einer solchen Dienstpflicht hinaus freiwillig bei der deutschen Wehrmacht gedient oder sich als Wehrmachtsbeamter anstellen lassen?

nein

und nicht gemeldet.

Ich versichere, daß ich nicht zu den in III. der Immatrikulationsbedingungen vom 15. Oktober 1945 aufgeführten Personen gehöre.

Da von der für mich zuständigen Polizeibehörde z. Zt. ein polizeiliches Führungszeugnis nicht zu erhalten ist, versichere ich, daß ich gerichtlich nicht bestraft bin.

Bad Godesberg, 21. 3. 46
Ort und Datum

Bad Godesberg 21. 3. 46
Ort und Datum

Rudolf Michael
Unterschrift

Rudolf Michael
Unterschrift

Statt dieser Erklärung können Sie die gerichtlichen Urteile, die gegen Sie ergangen sind, mit den dazu gehörigen Begründungen der Immatrikulationskommission vorlegen.

Für die Anmeldung zur Immatrikulation für das Sommer-Semester 1946 sind folgende Hinweise zu beachten:

Die Anmeldungen haben persönlich in der Zeit vom 25. März bis 6. April von 8 bis 13 Uhr im Museum Koenig, Koblenzer Straße zu erfolgen. Schriftliche Anmeldungen können nicht entgegengenommen werden. Für die ordnungsmäßige Abwicklung ist es dringend erforderlich, daß die Antragsformulare sorgfältig und lückenlos in gut leserlicher Schrift ausgefüllt vorgelegt werden und alle erforderlichen Unterlagen beigefügt sind. Auf allen Beilagen sind der Name und die Heimatadresse zu vermerken. Statt Originalzeugnisse sind beglaubigte Abschriften oder Fotokopien einzureichen. Können solche wegen Verlust oder Nichtbeschaffbarkeit der Originale nicht vorgelegt werden, so können statt ihrer zunächst entsprechende schriftliche Erklärungen abgegeben werden, die jedoch mit größter Beschleunigung durch geeignete Unterlagen, notfalls durch Prüfungen, die der Senat einrichten wird, zu erhärten sind.

Die Immatrikulationskommission wird über die Zulassung erst befinden, wenn sämtliche Anträge fristgemäß abgegeben sind. Die Entscheidung wird schriftlich zugestellt. Zu diesem Zwecke ist bei der Einreichung des Antrages ein adressierter und frankierter Briefumschlag abzugeben, der die Adresse trägt, an die der Antragsteller den Bescheid zugestellt zu haben wünscht. Dabei wird auch der Tag der Immatrikulation durch den Rektor bekanntgegeben werden, an dem sich der Aufzunehmende persönlich einzufinden hat.

Die Inskription in die Fakultäten erfolgt nach der Immatrikulation.

Soennecken - Nr. 770

Der Immatrikulationsantrag seit dem Sommersemester 1946, Seite 4

25/30	26	46/47	44	47/48	48
Hochschul-Nr. 285					
Familiennamen: [REDACTED]					
Vornamen: HANS FRIEDRICH					
Geburtsdaten: 30. III. 1924 Geburtsort: WUPPERTAL					
[nähere Bezeichnung, falls notwendig]					
Familienstand: LED.					
Anschrift am Hochschulort: Baal Aodesberg Postanstalt bzw. -bezirk: Kunfursterstr. Straße *) Platz Nr.					
bei: WUPPERTAL-BARMEN Heimatanschrift (**): EINTRACHT Postanstalt bzw. -bezirk: EINTRACHT Straße *) Platz Nr.					
**) Anschrift der Eltern, des Vaters, der Mutter, des Pflegevaters, des Vormundes oder eigener dauernder Wohnsitz. (Zutreffendes unterstreichen!)					
Name des Vaters: (falls verstorben, Name der Mutter oder des Pflegevaters oder-Vormundes)					
Hochschulbildung: SELBSTSTÄNDIG Beruf: SELBSTSTÄNDIG Berufsstellung: SELBSTSTÄNDIG					
Wohnung des Vaters: (nur ausfüllen, wenn die gleiche Anschrift nicht schon unter [6] angegeben ist!)					
Geschwister: Bruder, 1 Schwester(n) 1 davon studieren bzw. haben studiert: 1 es sind erwerbstätig: 1					
Reichsdeutscher Student					
Fakultät: med.		Fachgruppe: Vollleges		Fachschaft: Med	
Hochschulsem.: 6		Fachsem.: 6		Studienziel: Examen	
Frühere Studiengebiete:		von bis einsch.		von bis einsch.	
1.		3.		4.	
2.		4.			
Schulvorbildung: REIFEPRÜFUNG in Wuppertal-Barmen					
Charakter der Reifeprüfung: 8. JAHRE OBERSCHULE					
Maturitätsjahrgang: Sommer 1942 als Schüler Herbst Externer					
Sonstige außerordentliche Zulassung, Art:					
wann: Tag Monat Jahr durch (welche Stelle):					
Immatrikuliert am:		unter Hochschulnummer:		Exmatrikuliert am:	
25. 11. 45		285		30. 10. 47	
Grund: H. W. Düffendorf					
Mitglied der NSDAP.: NEIN					
Münchener Nr.: NEIN					
Amt in der NSDAP.: NEIN					
Amt im NSDStB.: NEIN					
Angehöriger welcher Gliederung bzw. welches angeschlossenen Verbandes der NSDAP.: KEINE					
seit: KEINE					
Tag Monat Jahr *) Nichtzutreffendes streichen!					

Abbildung 3: Karte der Studentenkartei



Abbildung 4: Die Lage der Universitätsinstitute in der Nachkriegszeit

1	Universitäts-Rektorat und -Sekretariat	Joachimstraße 6
5	Universitäts-Hpt.-Verwaltung	Meckenheimer Allee 104
5	Universitäts-Kasse (Quästur)	Meckenheimer Allee 104
6	Ev. theol. Fakultät	Am Hof 1e
23	Kath. theol. Fakultät	Rittershausstraße 15
2	Medizinische Fakultät	Beethovenstraße 44
3	Philosophische Fakultät	Argelanderstraße 144
5	Mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät	Meckenheimer Allee 104
5	Landwirtschaftliche Fakultät	Meckenheimer Allee 104
5	Universitäts-Bibliothek, Lesesaal	Meckenheimer Allee 102
23	Asta, Geschäftszimmer	Rittershausstraße 15
3	Verein Studentenwohl	Argelanderstraße 144
3	Akademisches Wohnungsamt	Argelanderstraße 144
24	Stud. Baurupp	Poppelsdorfer Allee 25a
19	Mensa	Poppelsdorfer Allee 23
6	Universitäts-Hauptgebäude	Am Hof
13	Akademisches Kunstmuseum	Am Hofgarten
14	Poppelsdorfer Schloß	
15	Reichsmuseum A. Koenig	Koblenzer Straße 162
5	Physikalisches Institut	Nußallee 6
11	Leonikum	Endenicher Straße 13
12	Albertinum	Koblenzer Straße 19
5	Staatshochbauamt	Meckenheimer Allee 104
6	Bauleitung	Am Hof 1e
7	Verwaltungsdirektor der Universitäts-Kliniken	Wilhelmstraße 35
7	Augenklinik	Wilhelmstraße 35
7	Medizinische Poliklinik	Wilhelmstraße 31
7	Chirurgische Poliklinik	Wilhelmstraße 31
8	Medizinische Klinik	Rosenburg
9	Psychiatrische und Nervenkl. und Poliklinik	Kaiser-Karl-Ring 20
9	Hautklinik und Poliklinik	Kölnstraße 208
9	Frauenklinik und Poliklinik	Kaiser-Karl-Ring 20
10	Klinik für Ohren-, Hals- und Nasenranke	Kreuzbergweg 4
5	Klinik für Mund-, Zahn- und Kieferranke	Nußallee 1
25	Institut für Leibesübungen	Koblenzer Straße 98
18	Wirtschaftsamt	Bonner Talweg 27
20	Stadthaus	Botterplatz
21	Hauptpost	Münsterplatz
22	Arbeitsamt	Kaiser-Karl-Ring 9
16	Rheinisches Landesmuseum	Colmantstraße 16
17	Beethovens Geburtshaus und Musik. Seminar	Bonnstraße 20
26	Bavarenhaus	Koblenzer Straße 107

Legende zum Lageplan der Universitätsinsitute

3. Abkürzungsverzeichnis

AEK	Historisches Archiv des Erzbistums Köln
AEKiR	Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland
AGA	Arbeitsgemeinschaft Andernach der mensurbeflissenen Verbindungen
AKFB	Archiv der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn
ANSt	Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Studentinnen
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ArchivalZ	Archivalische Zeitschrift
ARSTFB	Archiv der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn
AStA	Allgemeiner Studenten-Ausschuss
AStAG	Allgemeine Studenten-Arbeitsgemeinschaft
AUT	Association of University Teachers
BAOR	British Army of the Rhine
BBKL	Biographisch-bibliographisches Kirchenlexikon
BDFA	British Documents on Foreign Affairs
BDM	Bund deutscher Mädels
BUB	Bonner Universitätsblätter
BUZ	Bonner Universitätszeitung
CC	Coburger Convent
CDH	Christlich Demokratischer Hochschulring
CDU	Christlich Demokratische Union
CV	Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DB	Deutsche Burschenschaft
DHG	Demokratische Hochschulgruppe
DJ	Deutsches Jungvolk
DKS	Deutsche Katholische Studentenschaft
DP	Displaced Person
DSt	Deutsche Studentenschaft
DSZ	Deutsche Studentenzeitung
DUZ	Deutsche Universitätszeitung
ECI	Education Control Instruction
ECO	Education Control Officer
EIGA	Education Instruction for German Authorities
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
ESG	Evangelische Studierendengemeinde
Ev	Evangelisch-Theologische Fakultät
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EZA	Evangelisches Zentralarchiv Berlin
FO	Foreign Office
GiW	Geschichte im Westen
GUZ	Göttinger Universitätszeitung
HA	Handakten

HICOG	High Commissioner of Germany
HJ	Hitler-Jugend
HStAD	Landeshauptarchiv Nordrhein-Westfalen, Staatsarchiv Düsseldorf
IRO	International Refugee Organisation
ISSF	Internationaler Studentenbund, Studentenbewegung für übernationale Föderation
JCS	Joint Chiefs of Staff
JM	Jungmädels
Jur	Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
Kath	Katholisch-Theologische Fakultät
KBA	Karl Barth-Archiv Basel
KDSE	Katholische Deutsche Studenteneinigung
KV	Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine
KSCV	Kösender Senioren-Convents-Verband
KSG	Katholische Studentengemeinschaft
Landw	Landwirtschaftliche Fakultät
LHG	Liberale Hochschulgruppe
LSD	Liberaler Studentenbund Deutschlands
MatNat	Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät
MHI	Medizinhistorisches Institut
MVBL.	Mitteilungs- und Verordnungsblatt des Oberpräsidenten der Nord-Rhein-provinz
NC	Numerus clausus
NL	Nachlass
NPL	Neue Politische Literatur
NRW	Nordrhein-Westfalen
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrer-Korps
OMGUS	Office of Military Government for Germany
PRO	Public Record Office / The National Archives, Kew, GB
PSSB	Public Safety (Special Branch)
PWDP-Division	Prisoners of War / Displaced Persons-Division
RCDS	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
RGBI	Reichsgesetzblatt
RhVjBl	Rheinische Vierteljahrsblätter
RKDB	Ring katholischer deutscher Burschenschaften
SA	Sturm-Abteilung
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHAEF	Supreme Headquarters of the Allied Expeditionary Forces
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutz-Staffel
SS	Sommersemester
StAB	Stadtarchiv Bonn
Stawi	Staatswissenschaften

Tbc	Tuberkulose
TH	Technische Hochschule
TM	Trimester
UAB	Universitätsarchiv Bonn
UAK	Universitätsarchiv Köln
UECO	University Education Control Officer
UEO	University Education Officer
ULB	Universitäts- und Landesbibliothek Bonn
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration
UV	Unitasverband wissenschaftlicher katholischer Studentenvereine
VDS	Verband deutscher Studentenschaften
VjhZG	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WS	Wintersemester
WSZ	Westdeutsche Studentenzeitung
WO	War Office

4. Verzeichnis der Diagramme

1.	Die Zahl der Studierenden an den deutschen Universitäten	33
2.	Die Gesamtzahl der Bonner Studenten	117
3.	Die Entwicklung der Studentenzahlen in Bonn 1932 – 1955	120
4.	Der Frauenanteil an der Studentenschaft der Universität Bonn	124
5.	Durchschnittsalter und Median der Bonner Studenten	132
6.	Durchschnittsalter und Median der Neuimmatrikulierten im Winter- bzw. Sommersemester	133
7.	Die geschlechtsspezifische Entwicklung des Durchschnittsalters	134
8.	Fächerverteilung der deutschen Bonner Studenten (ohne Gasthörer)	138
9.	Frauenanteil im WS 1945/46 und im WS 1954/55 nach Fakultäten	139
10.	Fächerverteilung der männlichen Studenten nach Jahrgängen	141
11.	Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen an der Studentenschaft	148
12.	Die Vaterberufe der Bonner Studenten	152
13.	Fächerwahl in Abhängigkeit von der Konfession	160
14.	Die Zusammensetzung der männlichen Studentenschaft nach Jahrgängen	167
15.	Anteil der kriegsversehrten Bonner Studenten	170
16.	Displaced Persons an der Universität Bonn	176
17.	DPs und andere ausländische Studenten an der Universität Bonn	187
18.	Die Zahl der ausländischen Studenten der Universität Bonn aus den fünf wichtigsten Herkunftsländern	188
19.	Anzahl der Studenten pro Dozent nach Fakultäten	246
20.	Themenbereichsanalyse der BUZ und des Nachrichtenblatts	333

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Archivalien

1.1. Archive in Bonn

1.1.1. Archive innerhalb der Universität Bonn

Archiv der Universität Bonn [UAB]

<i>Bestand AB</i>	<i>Amtsbücher</i>
AB 21	Hauptstammbuch 1945 – 1956
<i>Bestand AStA 47</i>	<i>Allgemeiner Studentenausschuss</i>
AStA 47 – 1	Protokollbuch [1946 – 1947]
AStA 47 – 2	Protokolle [WS 1950/51]
AStA 47 – 3	Protokolle [SS 1950]
AStA 47 – 4	Protokolle [WS 1949/50]
AStA 47 – 5	Protokolle [SS 1949]
AStA 47 – 6	Protokolle [WS 1948/49]
AStA 47 – 7	Protokolle [SS 1948]
AStA 47 – 8	Protokolle [1947]
AStA 47 – 9	Protokolle [1947]
AStA 47 – 10	Studentenaustausch mit Uppsala
AStA 47 – 22	Korrespondenz, Beschlüsse, Entwürfe
AStA 47 – 38	Allgemeines WS 1950/51
AStA 47 – 39	Handakte Günter Huch
<i>Bestand AStA 81</i>	<i>Allgemeiner Studentenausschuss</i>
AStA 81 – 66	AStA-Protokolle SS 1953 – SS 1954
AStA 81 – 67	AStA-Protokolle SS 1952 – WS 1952/53
AStA 81 – 68	AStA-Protokolle SS 1951 – WS 1951/52
AStA 81 – 70	AStA-Protokolle WS 1954/55 – SS 1955
<i>Bestand Kl.Slg.</i>	<i>Kleinere Sammlungen</i>
Kl. Slg. 6	Schließung der Universität am 13.10.1944

<i>Bestand Kur 106</i>	<i>Kuratorium vor 1945</i>
Kur 106 – F2	Studentenschaft
Kur 106 – H1.6	Gesetzliche Bestimmungen

Bestand Med Prom

<i>Bestand MF 68</i>	<i>Medizinische Fakultät</i>
MF 68 – 7	Militärregierung
MF 68 – 8	Organisation und Verwaltung
MF 68 – 11	Studienbetrieb

<i>Bestand PF 77</i>	<i>Philosophische Fakultät</i>
PF 77 – 34	Bücherbergung
PF 77 – 44	Studenten Arbeits-Einsatz
PF 77 – 67	Gebührenerlass

<i>Bestand PF 138</i>	<i>Philosophische Fakultät</i>
PF 138 – 89	Allgemeine Fakultätsangelegenheiten 1945 – 1948
PF 138 – 92	Allgemeine Fakultätsangelegenheiten 1949 – 1950
PF 138 – 93	Allgemeine Fakultätsangelegenheiten 1950 – 1951
PF 138 – 94	Allgemeine Fakultätsangelegenheiten 1951
PF 138 – 116	Beirat
PF 138 – 161	Untersuchungsausschuss
PF 138 – 163	Rundschreiben und Mitteilungen des Dekans
PF 138 – 164	Universitätsangelegenheiten allgemein
PF 138 – 168	Zulassung – Immatrikulationen 1945 – 54
PF 138 – 169	Zulassungen
PF 138 – 174	Universitätsangelegenheiten allgemein
PF 138 – 175	Rundschreiben des Rektors
PF 138 – 187	Fakultätsprotokolle 1945 – 49
PF 138 – 188	Fakultätsprotokolle 1949 – 53
PF 138 – 200	Ministerial- und Kuratorialverfügungen

<i>Bestand PA</i>	<i>Personalakten</i>
PA 4377	Heinrich Mathias Konen
PA 6810	Jaroslav Pasternak
PA 9396	Ethelbert Stauffer
PA 9775	Johannes Thyssen
PA 12232	Hans Naumann

Bestand Sammlung Wiederaufbau

Slg. Wiederaufbau – 1	Mechthild Schumann »Ich erinnere mich«
Slg. Wiederaufbau – 2	Manfred Seidler »Wie war das damals«
Slg. Wiederaufbau – 12	Johanna Holzmann »In memoriam an das Sommersemester 1946«
Slg. Wiederaufbau – 13	Inge Cramer: Erlebnisbericht
Slg. Wiederaufbau – 16	Wilhelm Olmesdahl: Zur Geschichte der Evangelischen Studentengemeinde Bonn von 1934 bis 1954
Slg. Wiederaufbau – 22	Zeitzeugeninterview mit Lotte Perpeet
Slg. Wiederaufbau – 23	Zeitzeugeninterview mit Rudolf König
Slg. Wiederaufbau – 24	Zeitzeugeninterview mit Ilse L.
Slg. Wiederaufbau – 25	Zeitzeugeninterview mit Dieter W.

<i>Bestand Sem. alte Ges. 146</i>	<i>Seminar für Alte Geschichte</i>
Sem. alte Ges. 146–7	Verschiedenes
<i>Bestand Senat 15</i>	<i>Baukommission</i>
Senat 15–15	Baukommission
<i>Bestand Senat 16</i>	<i>Verfassungskommission</i>
Senat 16–16	Verfassungsentwürfe
<i>Bestand Senat 33</i>	<i>Senatsprotokolle</i>
Senat 33–1	Senatsprotokolle 1945
Senat 33–2	Senatsprotokolle 1946
Senat 33–3	Senatsprotokolle 1947
Senat 33–4	Senatsprotokolle 1948
Senat 33–5	Senatsprotokolle 1949
Senat 33–6	Senatsprotokolle 1950
Senat 33–7	Senatsprotokolle 1951
Senat 33–8	Senatsprotokolle 1952
Senat 33–9	Senatsprotokolle 1953
Senat 33–10	Senatsprotokolle 1954
Senat 33–11	Senatsprotokolle 1955
<i>Bestand StU 10</i>	<i>Studium Universale</i>
StU 10–118	Kommissionsunterlagen über die Gründung des »Studium Universale«
<i>Bestand UR 67</i>	<i>Universitätsrichter</i>
UR 67–1	Disziplinarsachen [1946–1947]
UR 67–2	Disziplinarsachen [1946–1947]
UV 67–12	Allgemeine Beschwerden und Meldungen [1949–1951]
UR 67–65	Disziplinarsachen [1948]
<i>Bestand UV 69</i>	<i>Universitätsverwaltung nach 1945</i>
UV 69–1	Wiedereröffnung
UV 69–2	Kopien aus dem Nachlass von Beckerath [ULB]
UV 69–3	Denkschrift an das Oberkommando der Besatzungsarmee
UV 69–8	Erlasse und Entscheidungen der Militärregierung
UV 69–9	Rundschreiben des Rektors, Bd. 1
UV 69–11	Rundschreiben des Rektors, Bd. 3
UV 69–12	Statistik 1945–1948
UV 69–13	Statistik 1948–1952
UV 69–17	Unterlagen für Chronik 1939–1949, Bd. 1
UV 69–18	Unterlagen für Chronik 1939–1949, Bd. 2
UV 69–21	Berichte von Sondersitzungen
UV 69–25	Rückführungsangelegenheiten
UV 69–27	Rundschreiben Wiedereröffnung der Universität
UV 69–28	Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät – Allgemeines, Bd. 1
UV 69–29	Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät – Allgemeines, Bd. 2
UV 69–34	Evangelisch-Theologische Fakultät – Allgemeines
UV 69–38	Philosophische Fakultät – Allgemeines
UV 69–43	Medizinische Fakultät – Kliniken
UV 69–44	Medizinische Fakultät – Verwaltung der Kliniken

UV 69–46	Institut für Leibesübungen, Bd. 1
UV 69–49	Philosophische Fakultät – Seminare M-Z
UV 69–53	Immatrikulation – Presseberichte
UV 69–54	Immatrikulation, Immatrikulationsausschüsse
UV 69–55	Education Control Officer
UV 69–56	Immatrikulation, Reifezeugnis, Numerus Clausus
UV 69–70	Nachrichten-Kommission, geheim [eigentl. Kommission Übergang]
UV 69–72	Institut für Leibesübungen, Bd. 2
UV 69–74	Akademisches Hilfswerk, Verein Studentenwohl
UV 69–77	Akademisches Hilfswerk, Verein Studentenwohl
UV 69–80	Auslandsangelegenheiten
UV 69–82	Verein Studentenwohl
UV 69–84	Auslandsangelegenheiten
UV 69–85	Akademische Krankenkasse
UV 69–86	Umfrage des World Student Relief
UV 69–88	Akademisches Auslandsamt
UV 69–90	Baukommission
UV 69–91	Unterlagen für die Chronik
UV 69–117	Gebühren
UV 69–123	Deutsche Universitätszeitung
UV 69–125	Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft
UV 69–126	Bonner Universitätszeitung
UV 69–129	Funk-Universität
UV 69–136	Anerkennung von Reifezeugnissen anderer Zonen
UV 69–137	Zwischenprüfungen
UV 69–160	Immatrikulationsverfahren
UV 69–161	Pflichtuntersuchung der Studierenden
UV 69–163	Studentengemeinden
UV 69–165	Eigene Veranstaltungen
UV 69–169	Statistisches Landesamt
UV 69–170	Studentenstatistik
UV 69–172	Speckspende 1947 – Verteilung durch Prof. Oertel
UV 69–176	Displaced Persons
UV 69–178	Wohnungsamt
UV 69–181	Evangelisch-Theologische Fakultät – Berufungen
UV 69–321	Korrespondenz des Rektorats
UV 69–326	Displaced Persons – Statistiken
UV 69–331	Rückverlagerung der Dienststellen der Bonner Universität
UV 69–333	Gasthörer
UV 69–337	Zulassung
UV 69–338	Zulassungsbestimmungen
UV 69–339	Zulassungen
UV 69–353	Zulassungen
UV 69–361	Displaced Persons
UV 69–364	Spenden
UV 69–373	Studentenvereinigungen
UV 69–374	Studentenvereinigungen
UV 69–377	Materialsammlung zum Thema Farbentragen
UV 69–378	Farbentragen, Mensur, Zulassung studentischer Vereinigungen
UV 69–384	Evangelische Studentengemeinde, Evangelisch-Theologische Fachschaft
UV 69–385	Studentische Vereinigungen A-J

UV 69 – 386	Rundschreiben, Studentische Vereinigungen
UV 69 – 387	Anerkennungsverfahren studentischer Vereinigungen anderer Universitäten
UV 69 – 389	Studentische Vereinigungen A-Z
UV 69 – 406	ISSF
UV 69 – 408	Bund Neudeutschland
UV 69 – 409	Studentische Vereinigungen L-M
UV 69 – 410	Studentische Vereinigungen O-P
UV 69 – 411	Studentische Vereinigungen N
UV 69 – 416	RCDS
UV 69 – 417	Studentische Vereinigungen S
UV 69 – 422	Prozesse gegen katholische Studentenvereinigungen
UV 69 – 423	Prozesse gegen katholische Studentenvereinigungen
UV 69 – 430	SDS
UV 69 – 436	Studentischer Bautrup
UV 69 – 451	Fachschaft Allgemein

<i>Bestand UV 139</i>	<i>Entnazifizierung</i>
UV 139 – 307	Kommission zur politischen Überprüfung der Studentenschaft
UV 139 – 308	Entnazifizierungsbescheide der Militärregierung
UV 139 – 309	Nachrichtenkommission
UV 139 – 311	Gutachten der Nachrichtenkommission N-S
UV 139 – 312	Gutachten der Nachrichtenkommission Sch-Z
UV 139 – 316	Gutachten der Prüfungskommission
UV 139 – 318	Nachrichtenkommission
UV 139 – 325	Politischer Gutachterausschuss

<i>Bestand UV 223</i>	<i>Bau- und Liegenschaftsabteilung</i>
UV 223 – 6	Aufgehobene Anmietungen
UV 223 – 28	Anmietung nach dem Krieg für Institute

<i>Bestand Exmatrikelakten</i>	
[ohne Signatur]	Nagel, Claus (WS 1945/46)

<i>Depositum Saxonia 111</i>	
Saxonia 111 – 154	Rekonstitution 1951 Saxonia Jena et Bonn
Saxonia 111 – 779	Liquidation I, Behörden und dergleichen A-P

<i>Nachlass Paul Egon Hübinger</i>	
NL Hübinger 5	Korrespondenz

Archiv der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn (AKFB)

[ohne Signatur]	Fakultätssitzungen
[ohne Signatur]	ohne Titel [Gebührenerlass]
IV/4	Studenten und Studien
IV/4	Immatrikulation und Inskription

Archiv der Rechts- und Staatswissenschaftl. Fakultät der Universität Bonn (ARSFB)

ARSFB – 17	Fakultätssitzungen
------------	--------------------

*Archiv des Medizinhistorischen Instituts der Universität Bonn (MHI)**Nachlass Paul Martini*

- [ohne Signatur] Studenten nach dem Krieg
 [ohne Signatur] Rektorat 1953/54, Reden vor Studenten

Nachlass Johannes Steudel

- [ohne Signatur] Sekretariat und Immatrikulationsausschuss [schwarze Kiste ohne Aufschrift]
 [ohne Signatur] A-K 1947 [Korrespondenz]

*Universitäts- und Landesbibliothek Bonn (ULB)**Nachlass Heinrich M. Konen*

- NL Konen 1 Korrespondenz
 NL Konen 4 Zeitungsausschnittsammlung bezüglich des Rücktritts von Konen 1948

1.1.2. Weitere Archive in Bonn

Stadtarchiv Bonn (StAB)

- Bestand Pr* *Preußische Zeit*
 Pr 8/15 Büro des Oberbürgermeisters – Schriftverkehr mit der Universität
 Pr 9/69 Niederschriftenbuch der Stadtvertretung
 Pr 9/219 Niederschriften von Sitzungen verschiedener Ausschüsse
 Pr 9/357 Kulturausschuss 18.4.1946 – 14.12.1950
 Pr 9/396 Wohnungsausschuss
 Pr 10/593 Lageberichte der [eigentlich: für die] Militärregierung
 Pr 10/617 Unterlagen zum Monatsbericht an die Militärregierung Januar 1948 – August 1951
 Pr 10/637 Der Bürgerrat 1945 – 1946
 Pr 10/753 Schriftverkehr mit der Militärregierung
 Pr 10a/10 Bildung und Zusammensetzung der Ratsausschüsse
 Pr 14/22 Bevölkerungsstatistik
 Pr 14/41 Allgemeines betr. Versorgung der Bevölkerung u. a.
 Pr 14/72 Verpflegung von besonderen Personengruppen
 Pr 42/709 Universitäts-Wohnungsausschuss
 Pr 42/941 Universitätsrückführung aus Göttingen

- Bestand N* *Nordrhein-Westfälische Zeit*
 N 2/124 Büro Oberstadtdirektor, Monatsberichte an die Militärregierung
 N 2/128 ohne Titel [Universitätsangelegenheiten]
 N 10/191 Hauptamt, Besprechungen mit der Militärregierung
 N 64/253 Wohnungsamt
 N 1988/1171 Beirat der Universität, AStA, GEFFRUB, Studentenwerk, VDS

Nachlass Heinrich Lützeler

- NL Lützeler 87 Bau- und Grundstückskommission
 NL Lützeler 94 Universität 1939 – 46

*Archiv der Katholischen Hochschulgemeinde Bonn (KHG)*¹

240 Rektor und Verwaltung, Kultusministerium
[ohne Signatur] Alte Bonner

Archiv des Bundes Neudeutschland (ND-Archiv)

C 1.1.901
E 1.1.01

1.2. Archive außerhalb Bonns

1.2.1. Archive in Köln

Archiv der Universität zu Köln (UAK)

Nachlass Josef Kroll (Zug. 191)
NL Kroll 5 Absetzung des Bonner Rektors Konen durch die Militärregierung

Historisches Archiv des Erzbistums Köln (AEK)

Bestand CR II Cabinetts-Registratur Neubestand
CR II 9.1,1 Studentenseelsorge
CR II 9.1,2 Studentenseelsorge
CR II 9.1,3 Studentenseelsorge

Nachlass Josef Steinberg

NL Steinberg 90 (56) Tagebuchartige Aufzeichnungen
NL Steinberg 122 (1) Briefe 1945/46
NL Steinberg 127 (58) Kurzbericht über die Katholische Studentenseelsorge in Bonn

Bestand KDSE Katholische Deutsche Studenteneinigung
KDSE 1139 ohne Titel

1.2.2. Archive in Düsseldorf

Landesarchiv NRW – Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStAD)

Bestand NW 2 Kultusministerium 1945 – 1947
NW 2 – 2 Zulassung zum Studium

Bestand NW 15 Kultusministerium 1945 – 1965
NW 15 – 93 Finanzierung von Studentenwohnheimen und Mensen, Bd. 4
NW 15 – 94 Finanzierung von Studentenwohnheimen und Mensen, Bd. 1
NW 15 – 100 Finanzierung von Studentenwohnheimen und Mensen, Bd. 2
NW 15 – 248 Personalvorgänge der Universität Bonn, Bd. 8
NW 15 – 442 Arbeitsbesprechungen der Studentenwerke, Bd. 1

Bestand NW 25 Kultusministerium 1945 – 1960
NW 25 – 64 Organisation und Geschäftsverteilung des eigenen Sachgebiets
NW 25 – 78 Statistik

1 Die Archivalien wurden inzwischen an das Archiv des Erzbistums Köln abgegeben.

- | | |
|---|---|
| NW 25 – 89 | Reisen ins Ausland |
| NW 25 – 90 | Spende des schwedischen Roten Kreuzes |
| NW 25 – 107 | Besetzung von Lehrstühlen |
| NW 25 – 122 | Verfahren bei Berufung von Hochschullehrern |
| NW 25 – 147 | Kataloge |
| NW 25 – 148 | Zusammenarbeit mit anderen Universitätsbibliotheken |
| NW 25 – 155a | Unterstützungen an DP-Studenten |
| NW 25 – 158 | Studentischer Hilfsdienst und politische Angelegenheiten der Studenten |
| NW 25 – 159 | Numerus clausus |
| NW 25 – 160 | Studentenbetreuung |
| NW 25 – 162 | Verteilung der Spende des NWDR |
| NW 25 – 163 (2) | Immatrikulation, Exmatrikulation |
| NW 25 – 165 | Ferienkurse |
| NW 25 – 218 | Entnazifizierungsgesetz |
| <i>Bestand NW 53</i> | <i>Staatskanzlei 1945 – 1955</i> |
| NW 53 – 380 | Deutsche Abschriften der Ausgänge an die Militärregierung |
| NW 53 – 389 (1) | Allgemeiner Schriftverkehr des Oberpräsidenten mit der Militärregierung |
| <i>Bestand NW 144</i> | <i>Kultusministerium Abt. II 1945 – 1976</i> |
| NW 144 – 13 | Statistik |
| NW 144 – 14 | Statistische Meldungen 1949 |
| NW 144 – 15 | Statistische Meldungen 1950 |
| NW 144 – 72 | Löwenstein |
| NW 144 – 142 | Studentenwohnheim Annaberg, Baltisch-Christlicher Studentenbund |
| NW 144 – 341 | Hans Barion |
| NW 144 – 343 | Hans Barion |
| NW 144 – 344 | Hans Barion |
| NW 144 – 359 | Personalvorgänge Universität Bonn, Buchstabe K |
| <i>Bestand NW 179</i> | <i>Staatskanzlei 1945 – 1958</i> |
| NW 179 – 894 | Korrespondenz des Ministerpräsidenten mit Hochschulgremien |
|
<i>Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland (AEKiR)</i> | |
| <i>Bestand 9 HEL</i> | <i>Handakten Präses Held</i> |
| 9 HEL – 20 | Evangelisch-Theologisches Stift |
| 9 HEL – 26 | Evangelisch-Theologisches Stift |
|
<i>Handakten Oberkirchenrat Quaas</i> | |
| HA Quaas 13 | Theologische Fakultät Bonn |
|
<i>Nachlass Hermann Schlingensiepen</i> | |
| NL Schlingensiepen 286 | Autobiographie Teil 1 |
| NL Schlingensiepen 293 | Biographische Unterlagen Nachkriegszeit |

1.2.3. Weitere Archive außerhalb Bonn

Evangelisches Zentralarchiv Berlin (EZA)

<i>Bestand 36</i>	<i>Evangelische Studentengemeinde</i>
36 – 562	ESG Bonn 1946 – 1965
36 – 623	Vertrauensstudenten Bonn 1945 – 55
36 – 749	[ohne Titel] Semesterberichte

*Karl-Barth-Archiv Basel [KBA]**Briefe von Karl Barth 1946 – 1947*

KBA 9246.252	Brief an die Familie (6.7.1946)
KBA 9247.173	Brief an die Familie (26.5.1947)
KBA 9247.201	Brief an Superintendent Boué (9.6.1947)
KBA 9249.66	Brief an Pfr. Erwin Krämer (11.3.1949)

Public Record Office – The National Archives, London (PRO)

<i>Bestand FO</i>	<i>Foreign Office</i>
FO 371 / 39093	Studies on re-education of Germany
FO 371 / 64386	Education in the British Zone 1947
FO 371 / 70715	Reports of British lecturers who took part in »University Vacation Courses«
FO 945 / 137	Universities education control officers conference
FO 945 / 138	Universities: evidence of unrest
FO 945 / 265	Educational establishments: general policy on universities
FO 945 / 266	Educational establishments: Cologne university
FO 945 / 695	Educational, cultural and welfare facilities for displaced persons in Germany
FO 1010 / 89	Conferences of education control officers 1945 – 1946
FO 1013 / 179	Education reports 1947 – 1948
FO 1013 / 2173	Education control instructions: correspondence 1945 – 1946
FO 1013 / 2208	Political situation in the universities in North Rhine/Westphalia 1948 – 1949
FO 1013 / 2209	Bonn University 1946 – 1949
FO 1050 / 1046	University ECOs conferences: vol. II 1948
FO 1050 / 1047	University ECOs conferences: vol. III 1948 – 1949
FO 1050 / 1048	University ECOs conferences: vol. IV 1949 – 1950
FO 1050 / 1055	Association of University Teachers (AUT) delegation report
FO 1050 / 1121	Education reports: North Rhine/Westphalia 1947 – 1948
FO 1050 / 1197	Educational Instructions 1946 – 1947
FO 1050 / 1233	University ECOs conferences: vol I
FO 1050 / 1242	Education of DPs 1947 (admittance to universities)
FO 1050 / 1279	German Universities 1945 – 1946
FO 1050 / 1303	German Education Policy 1945 – 1947
FO 1052 / 303	Polish Camp University at Bonn-Duisdorf 1945 – 1946
<i>Bestand WO</i>	<i>War Office</i>
WO 171 / 7936	Detachment 201, 1945

2. Periodika

- Amtliches Personalverzeichnis der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn und der Landwirtschaftlichen Hochschule Poppelsdorf, Bonn 1920–1922.
- Bonner Universitätszeitung [BUZ], hg. von der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Nr. 1.1946–52.1949; damit Ersch. eingest.
- British Zone Review. A fortnightly review of activities of the Control Commission for Germany, 1.1945/47–2.1947/49; 3.1949,1–4; damit Ersch. eingest.
- Chronik der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, hg. vom Rektor der Universität Bonn, Jg. 64, NF Jg. 53 (1939/40–1948/49) – Jg. 70, NF Jg. 59 (1954/55).
- Deutsche Studentenzeitung [DSZ]. Unabhängige Zeitung der Deutschen Studentenschaft, hg. vom Verband Deutscher Studentenschaften, München 1 (1951) – 8 (1958/59), damit Ersch. eingest.
- Göttinger Universitätszeitung [GUZ], hg. von Dozenten u. Studenten d. Universität Göttingen, Göttingen, 1 (1945/46) – 4 (1949), H. 18; damit Ersch. eingest.
- Hauptversammlung der Gesellschaft von Freunden und Förderern der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn, hg. von der Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität Bonn, 27 (1950) – 32 (1955).
- Kath, Gerhard: Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin, hg. vom Deutschen Studentenwerk, 1 (1952) – 2 (1954).
- Mitteilungs- und Verordnungsblatt des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz [MVBl.], 1 (1945).
- Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft, hg. vom Allgemeinen Studenten-Ausschuss der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, 1 (1949) – 8 (1956).
- Reichsgesetzblatt [RGBl.], Teil 1, hg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1933, 1935.
- Statistische Berichte, hg. vom Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Arb. Nr. VIII,4: Der Hochschulbesuch im Bundesgebiet 1.1947/48–4.1949/50 (1950), weitergeführt als Statistische Berichte, hg. vom Statistischen Bundesamt Arb. Nr. VIII,4: Hochschulstatistiken, veröffentlicht in: Statistik der Bundesrepublik Deutschland H. 130,1 und H. 196,1.
- Studienführer der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, hg. v. der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Ausgaben 1948, 1952 und 1954.
- Die Studienrenden an den wissenschaftlichen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, Ergebnisse der Hochschulstatistik, hg. vom Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, WS 1952/53 – WS 1965/66.
- Vorlesungsverzeichnis, hg. von der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, WS 1932/33 – SS 1955.
- Westdeutsche Studentenzeitung [WSZ], hg. unter Mitwirkung des Verbandes Deutscher Studentenschaften, 1 (1949), damit Ersch. eingest.
- Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen, hg. in dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin 1933–1934.

3. Selbstzeugnisse

- Arndt, Claus: Spuren der Zeit. Politische und persönliche Erinnerungen aus einem halben Jahrhundert, Düsseldorf 1991.
- Barth, Karl: Brief an Dr. Arthur Frey, Schweizerischer Evangelischer Pressedienst, Zürich 1946, in: Offene Briefe 1945 – 1958, hg. v. Dieter Koch, Zürich 1984 (Karl Barth Gesamtausgabe 5: Briefe), S. 67.
- Brinkhues, Irmela, geb. Volckmar, in: Annette Kuhn u. a. (Hg): 100 Jahre Frauenstudium. Frauen der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Dortmund 1996, S. 230 – 234.
- Chapeaurouge, Donat de: Zwischen Politik und Kunstgeschichte. Erinnerungen, Wuppertal 2001.
- Cramer, Inge: Erlebnisbericht über die Wiederaufnahme des Studienbetriebes nach dem 2. Weltkrieg an der Universität Bonn, UAB Slg. Wiederaufbau 13.
- Daniels, Hans: Erinnerungen an die Kriegs- und Nachkriegszeit im Bonner Albertinum, in: Festschrift zum 10-jährigen Jubiläum des Vorstands 1969 – 1979 im Collegium Albertinum zu Bonn, Bonn 1979, S. 68 – 71.
- Deutz, Josef: Das erste Semester begann im Trümmerfeld. Die Studenten wollten etwas Neues an die Stelle des Alten setzen, in: Bonn – Jahre des Aufbruchs. Erinnerungen an die Zeit nach dem Krieg, Bonn 1986, S. 21 – 24.
- Felfe, Heinz: Im Dienst des Gegners. 10 Jahre Moskaus Mann im BND, Hamburg 1986, S. 124 – 125.
- Gieseke, Ludwig: Notizen zu meiner Bautruppzeit im Sommer 1947, UAB Slg. Wiederaufbau 14.
- Grütter, Heinz-Theo: WS 1945/46 – erstes Semester nach dem Kriege, in: Bonner katholische Studentengemeinde mit Josef Steinberg 1945 – 1957. Festschrift zum 70. Geburtstag für Prälat Dr. theol. Josef Steinberg, hg. im Namen der Alten Bonner von Maria Hansen u. a., Köln 1974, S. 30 – 31.
- Gutacker, Hans Wilhelm: Das Wintergärtchen – ein echtes Bonner Gewächs. Ein Studentenkabarett der frühen Präbafögzeit, in: Bonn – Jahre des Aufbruchs. Erinnerungen an die Zeit nach dem Krieg, Bonn 1986, S. 25 – 28.
- Hammer, Ursula, geb. Dobrowolski, in: Annette Kuhn u. a. (Hg): 100 Jahre Frauenstudium. Frauen der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Dortmund 1996, S. 234 – 237.
- Helmer, Irmela, in: Annette Kuhn u. a. (Hg): 100 Jahre Frauenstudium. Frauen der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Dortmund 1996, S. 238 – 239.
- Hirschfelder, Johanna, geb. Holzmann, in: Annette Kuhn u. a. (Hg): 100 Jahre Frauenstudium. Frauen der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Dortmund 1996, S. 239 – 243.
- Hirschfelder, Johanna geb. Holzmann: In memoriam an das Sommersemester 1946, UAB Slg. Wiederaufbau 12.
- Hirschfelder, Johanna geb. Holzmann: Tempora mutantur et nos mutamur in illis, UAB Slg. Wiederaufbau 19.
- Hodgkins, William: Bonn Revisted, in: The Christian World 7. Juli 1949.

- Höneköpp, Irmgard, in: Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform. Erinnerungsberichte von Zeitzeugen, Bonn 1991 (Bonner Geschichtsblätter 41), S. 217.
- Hörnemann, Werner: Packpapier für Thomas Mann. Bücher gab es nach dem Krieg nur im Tausch gegen Altpapier, in: Bonn- Jahre des Aufbruchs. Erinnerungen an die Zeit nach dem Krieg, Bonn 1986, S. 9 – 10.
- Hüttenbach, Ingeborg, in: Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform. Erinnerungsberichte von Zeitzeugen, Bonn 1991 (Bonner Geschichtsblätter 41), S. 213.
- John, Antonius: Als Heimkehrer, Student und Kleinakteur, in: Bonn – Jahre des Aufbruchs. Erinnerungen an die Zeit nach dem Krieg, Bonn 1986, S. 11 – 16.
- Kertz, Werner: Student im Wintersemester 1945/46, in: Neue Sammlung 1986, S. 170 – 180, Nachdruck aus Göttinger Universitätsreden 77, S. 31 – 46.
- Kirchner, Elly: Splitter der Erinnerung, UAB Slg. Wiederaufbau 4.
- Kleinheyer, Gerd: Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät nach der Stunde Null, in: Thomas Becker (Hg.): Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im ›Dritten Reich‹ und in der Nachkriegszeit, Göttingen 2008, S. 245 – 252.
- König, Rudolf: Zeitzeugeninterview, UAB Slg. Wiederaufbau 23.
- Kugelmeier, Clemens: Renaissancen, in: Dorothea F. Voigtländer (Hg.): Mein Bonn. Zeitzeugen-Erinnerungen aus Bonn und Umgebung 1914 – 1998, Berlin 2006 (Zeitgut regional 1), S. 97 – 104.
- Kugelmeier, Clemens: Akademisches Blackout, in: Dorothea F. Voigtländer (Hg.): Mein Bonn. Zeitzeugen-Erinnerungen aus Bonn und Umgebung 1914 – 1998, Berlin 2006 (Zeitgut regional 1), S. 105 – 107.
- L., Ilse: Zeitzeugeninterview, Slg. Wiederaufbau 24.
- Lützeler, Heinrich: Die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Ders.: Die Bonner Universität. Bauten und Bildwerke, Bonn 1968 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818 – 1968).
- Lützeler, Heinrich: An der Bonner Universität 1921 – 1968, in: Ein Gruß von Heinrich Lützeler, Privatdruck, Bonn 1969, S. 40 – 71.
- Lützeler, Heinrich: Bonn am Rhein, so wie es war, Bd. 2, Düsseldorf 1980, S. 24 – 26.
- Markov, Walter: Zwiesprache mit dem Jahrhundert, dokumentiert von Thomas Grimm, Berlin 1989.
- Perpeet, Lotte: Zeitzeugeninterview, UAB Slg. Wiederaufbau 22.
- Rath, Gernot: Bericht der Universität Bonn, in: Studium Generale 1 (1947/48), H. 6, S. 383 – 388.
- Reppen, Konrad: 44 Jahre danach. Etappen unserer Kirchengeschichte, in: Plück, Kurt (Hg.): Alte Bonner. Katholische Studentengemeinde um Josef Steinberg. Dokumente und Texte, Bonn 1991, S. 11 – 35.
- S. Helga, Erfahrungsbericht über ihren Einsatz in der Bewährungshilfe, in: Franke, Peter: Das studentische Jugendarbeitsprogramm in Westdeutschland und Berlin, hg. vom VDS, Bonn 1954, S. 77.
- Schaffnit, Ernst: Erlebtes, Erstrebtes und Erreichtes, zugleich ein Beitrag zur Chronik der Universität Bonn und der Geschichte des Instituts für Pflanzenkrankheiten, Bonn 1957.
- Scholz, Helge geb. Oertel: Erinnerungen an das Kriegsende 1945 und die ersten Jahre des Wiederaufbaus der Bonner Universität, UAB Slg. Wiederaufbau 6.
- Schumann, Mechthild, geb. Schilken, in: Bonn zwischen Kriegsende und Währungsre-

- form. Erinnerungsberichte von Zeitzeugen, Bonn 1991 (Bonner Geschichtsblätter 41), S. 229 – 230.
- Schumann, Mechthild, geb. Schilken: Ich erinnere mich 1945 – 48, UAB Slg. Wiederaufbau 1.
- Seidler, Manfred, in: Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform. Erinnerungsberichte von Zeitzeugen, Bonn 1991 (Bonner Geschichtsblätter 41), S. 224 – 228.
- Seidler, Manfred: Rübenkraut und Tuffstein aus der Eifel, in: Bonn – Jahre des Aufbruchs. Erinnerungen an die Zeit nach dem Krieg, Bonn 1986, S. 5 – 6.
- Seidler, Manfred: »Jetzt muss alles anders und besser werden«. Die Jahre 1945 bis 1950 waren die Zeit besten Wollens, in: Bonn – Jahre des Aufbruchs. Erinnerungen an die Zeit nach dem Krieg, Bonn 1986, S. 37 – 41.
- Seidler, Manfred: Wie war das damals – als Student in Bonn vor und nach der Währungsreform, UAB Slg. Wiederaufbau 2.
- Senff, Heinzgeorg: Generation zwischen den Generationen. Zum Selbstverständnis der Aktivitas 1946 – 1952, in: Arminia 1863 – 1963. Religion, Wissenschaft, Freundschaft. Abhandlungen, Erinnerungen und Reden gesammelt zum hundertjährigen Bestehen des Katholischen Studentenvereins Arminia, Bonn 1963, S. 74 – 88.
- Sponder, Stephen: Deutschland in Ruinen. Ein Bericht, Frankfurt a.M. 1998, [1. Aufl. 1946] (suhrkamp taschenbuch 2861).
- Stammeier, Eleonore: Bericht über den Studentenbunker Trierer Str. 26, UAB Slg. Wiederaufbau 15.
- Stein, Heribert, in: Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform. Erinnerungsberichte von Zeitzeugen, Bonn 1991 (Bonner Geschichtsblätter 41), S. 214.
- Steiner, Maximilian: Studentische Wohngemeinschaften und Studium Generale, in: Studium Generale in Nordrhein-Westfalen, Ratingen 1953, S. 33 – 41.
- Sternheim-Peters, Eva: Von der Hochschule zum Hauptdiplom. Ein weiblicher Bildungsweg in Krieg und Nachkriegszeit, in: Kersting, Franz-Werner (Hg.): Jugend vor einer Welt in Trümmern. Erfahrungen und Verhältnisse der Jugend zwischen Hitler- und Nachkriegsdeutschland, Weinheim, München 1998 (Materialien zur historischen Jugendforschung), S. 233 – 255.
- Sühnel, Rudolf: Die euphorischen Jahre vor der Währungsreform. Inmitten der Trümmer begann die Rehumanisierung des Weltbildes, in: Bonn – Jahre des Aufbruchs. Erinnerungen an die Zeit nach dem Krieg, Bonn 1986, S. 33 – 36.
- Tietgens, Hans: Studieren in Bonn nach 1945. Versuch einer Skizze des Zeitgeistes, in: Wolfgang Kuhlmann, Dietrich Böhler (Hg.): Kommunikation und Reflexion. Zur Diskussion der Transzedentalpragmatik. Antworten auf Karl-Otto Apel, Frankfurt a.M. 1982 (suhrkamp taschenbuch wissenschaft 408), S. 720 – 744.
- Trier, Eduard: Als Freigelassener im Bonner Vorfrühling. Zwischen Schloß Alfter und dem Kunsthistorischen Institut, in: Bonn – Jahre des Aufbruchs. Erinnerungen an die Zeit nach dem Krieg, Bonn 1986, S. 29 – 32.
- Uhrig, Horst, in: Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform. Erinnerungsberichte von Zeitzeugen, Bonn 1991 (Bonner Geschichtsblätter 41), S. 218 – 224.
- Vermehren, Isa, in: Annette Kuhn u.a. (Hg): 100 Jahre Frauenstudium. Frauen der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Dortmund 1996, S. 243 – 244.
- W., Dieter: Zeitzeugeninterview, UAB Slg. Wiederaufbau 25.

Wellershoff, Dieter: Wohnungen, Umgebungen, in: Die Arbeit des Lebens. Autobiographische Texte, Köln 1985, S. 187 – 262.

4. Veröffentlichte Quellen und Forschungsliteratur

- 65 Jahre Akademischer Ruder-Club ›Rhenus‹ Bonn 1890 – 1955, Saarbrücken 1955.
- 70 Jahre Deutsches Studentenwerk, hg. vom Deutschen Studentenwerk, Redaktion Dieter Schäferbarthold, Bonn 1993.
- 150 Jahre Klassenuniversität. Reaktionäre Herrschaft und demokratischer Widerstand am Beispiel der Universität Bonn, hg. von der Studentengewerkschaft, Bonn 1969.
- Abelshauer, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, Bonn 2004 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 460).
- Adam, Heribert: Studentenschaft und Hochschule. Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik, Frankfurt a.M. 1965.
- Adenauer, Konrad: Briefe, Bd. 1: 1945 – 1947, bearb. v. Hans Peter Mensing, Berlin 1983 (Rhöndorfer Ausgabe).
- Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1945 – 1953, Stuttgart 1963.
- Afflerbach, Holger: Das Militär in der deutschen Gesellschaft nach 1945, in: Ders. (Hg.): Sieger und Besiegte. Materielle und ideelle Neuorientierung nach 1945, Tübingen, Basel 1997, S. 249 – 272.
- Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1946. Bd. 1: September 1945 – Dezember 1946, bearb. v. Walter Vogel und Christoph Weisz, München, Wien 1976.
- Albert, Wilhelm; Oehler, Christoph: Materialien zur Entwicklung der Hochschulen 1950 – 1967, Hannover 1969.
- Albrecht, Hans-Christian: Student 1945. Ein Zeitzeuge erinnert sich des Neuanfangs, in: uni-hh 26 (1995), H. 4, S. 24 – 28.
- Albrecht, Willy: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994.
- Amberger, Heinz: Das Wiedererstehen der Deutschen Burschenschaft 1945 – 1952, in: Burschenschaftliche Bücherei NF 7 (1953), S. 17 – 28.
- Anger, Hans: Probleme der deutschen Universität. Bericht über eine Erhebung unter Professoren und Dozenten, Tübingen 1960.
- Arens, Johannes: Die irische Speckspende von 1947, in: BUB 2008, S. 37 – 47.
- Arentin, Karl Otmar von: Die deutsche Universität im Dritten Reich, in: Frankfurter Hefte 23 (1968), S. 689 – 696.
- Arndt, Claus: Spuren der Zeit. Politische und persönliche Erinnerungen aus einem halben Jahrhundert, Düsseldorf 1991.
- Bachof, Otto: Die ›Entnazifizierung‹, in: Andreas Flitner (Hg.): Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen, Tübingen 1965, S. 195 – 216.
- Balfour, Michael: Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945 – 1946, Düsseldorf 1959.
- Ballof, Dominica: Christine Teusch (1899 – 1968), in: Zeitgeschichte in Lebensbildern 2, Mainz 1975, S. 202 – 213.

- Bargmann, Wolfgang: Wiederaufbau und Gestaltung der deutschen Universitäten 1945 bis 1955, in: *Universitas* 10 (1955) H. 6, S. 649 – 659.
- Barth, Karl: Der deutsche Student heute und morgen, in: *Schweizer Annalen* 12 (1946/47), S. 679 – 685.
- Barth, Karl, Der deutsche Student, in: *Neue Zeitung*, 8. Dezember 1947.
- Bartscher, Ulrich: Korporationen in Hochschule und Gesellschaft. Eine empirische Studie über traditional orientierte Institutionen in einer sich wandelnden sozialen Umwelt, Augsburg 1971, zugl. Univ. Köln, Diss. 1970.
- Bayer, Karen: Die Medizinische Akademie Düsseldorf zwischen Diktatur und Demokratie, in: Dies. u. a. (Hg.): *Universitäten und Hochschulen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit*, Stuttgart 2004, S. 183 – 196.
- Becker, Thomas (Hg.): *Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im ›Dritten Reich‹ und in der Nachkriegszeit*, Göttingen 2008.
- Becker, Thomas: *Zeiten des Hungers. Studentischer Alltag in einer zerstörten Universität*, in: Ders. (Hg.): *Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im ›Dritten Reich‹ und in der Nachkriegszeit*, Göttingen 2008, S. 301 – 320.
- Becker, Winfried: Wegbereiter eines abendländischen Europa. Der Bonner Romanist Hermann Platz (1880 – 1945), in: *RhVJBl* 70 (2006), S. 236 – 260.
- Beckhough, Harry: The Role of the British University Control Officer in Post-War Germany, in: David Phillips (Hg.): *German Universities after the Surrender. British Occupation Policy and the Control of Higher Education*, Oxford 1983, S. 76 – 89.
- Below, Nicolaus von: *Als Hitlers Adjutant 1937 – 1945*, Mainz 1980.
- Bender, Peter: *Deutschlands Wiederkehr. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945 – 1990*, Stuttgart 2007.
- Bennighaus, Christina: Das Geschlecht der Generation. Zum Zusammenhang von Generationalität und Männlichkeit um 1930, in: Ulrike Jureit, Michael Wildt (Hg.): *Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs*, Hamburg 2005, S. 127 – 158.
- Besier, Gerhard: Zwischen Neuanfang und Restauration. Die evangelischen Kirchen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Hans-Erich Volkmann (Hg.): *Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau*, München, Zürich 1995 (Serie Piper 2056), S. 709 – 743.
- Besier, Gerhard; Ludwig, Hartmut; Thierfelder, Jörg (Hg.): *Der Kompromiß von Treysa. Die Entstehung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 1945. Eine Dokumentation*, Weinheim 1995.
- Beyer, Jutta; Holtmann, Everhard: »Sachpolitik«, Partizipation und Apathie in der Nachkriegsgesellschaft, in: *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft* 18, 1987, S. 144 – 153.
- Bird, Geoffrey: The Universities, in: Arthur Hearnden (Hg.): *The British in Germany. Educational Reconstruction after 1945*, London 1978, S. 146 – 157.
- Birley, Robert: British Policy in Retrospect, in: Arthur Hearnden (Hg.): *The British in Germany. Educational Reconstruction after 1945*, London 1978, S. 46 – 63.
- Bizer, Ernst: Zur Geschichte der Evangelisch-Theologischen Fakultät von 1919 bis 1945, in: *Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Evangelische Theologie*, Bonn 1968 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818 – 1968), S. 227 – 275.

- Blalock, Hubert M.: *Social Statistics*. Internatinal Student Edition, Tokyo u.a. 1972 (McGraw-Hill Series in Sociology).
- Bohrmann, Hans: *Strukturwandel der deutschen Studentenpresse. Studentenpresse und Studentenzeitschriften 1948–1974*, München 1975 (Kommunikation und Politik 4).
- Bockhorni, Reinhard u. a.: *Ausländerstudium in der Bundesrepublik Deutschland. Bestandsaufnahme und Bewertung der Literatur*, Baden-Baden 1982.
- Böhm, Roland: Fritz Kern, in: *BBKL* 3 (1992), Sp. 1399–1402.
- Böhringer, Letha: »...glaube ich durch Schrift und Tat der deutschen Sache mehrfach genützt zu haben«. Wilhelm Levison als politische Persönlichkeit, in: Matthias Becher, Alheydis Plassmann (Hg.): *Wilhelm Levison – ein jüdisches Forscherleben zwischen wissenschaftlicher Ankennung und politischem Exil (im Druck)*.
- Bölcke, Willi A.: *Der Schwarzmarkt 1945–1948. Vom Überleben nach dem Kriege*, Braunschweig 1986.
- Boll, Friedhelm: *Auf der Suche nach Demokratie. Britische und deutsche Jugendinitiativen in Niedersachsen nach 1945*, Bonn 1995 (Veröffentl. d. Instituts für Sozialgeschichte e.V. Braunschweig, Bonn).
- Boll, Friedhelm: *Jugend im Umbruch vom Nationalsozialismus zur Nachkriegsdemokratie*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 37 (1997), S. 482–520.
- Bolz, Rüdiger: *Ansätze einer Universitätsreform im Spiegel deutscher Nachkriegszeitsschriften*, in: Gerhard Hay (Hg.): *Zur literarischen Situation 1945 bis 1949*, Kronberg 1977, S. 63–85.
- Bonn 1945–1950. *Fünf Jahre Stadtverwaltung. Verwaltungsbericht*, hg. v. d. Stadtverwaltung Bonn, Bonn 1950.
- Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform. *Erinnerungsberichte von Zeitzeugen*, Bonn 1991 (Bonner Geschichtsblätter 41).
- Bonner katholische Studentengemeinde mit Josef Steinberg 1945–1957. *Festschrift zum 70. Geburtstag für Prälat Dr. theol. Josef Steinberg*, hg. im Namen der Alten Bonner von Maria Hansen u. a., Köln 1974.
- Botzet, Günter: *Sozialer Wandel der studentischen Korporationen. Eine theoretisch-strukturelle Analyse von Kleinsystemen*, Univ. Münster, Diss. 1971.
- Bracher, Karl Dietrich: *Die Gleichschaltung der deutschen Universität*, in: *Universitäts-tage 1966. Nationalsozialismus und die deutsche Universität*, Berlin 1966, S. 126–142.
- Braubach, Max: *Die Gesellschaft von Freunden und Förderern der RFWU zu Bonn ›Geffrub‹*, in: *Wege und Formen der Studienförderung*, Bonn 1968 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818–1968), S. 91–104.
- Braun, Hans; Zörkler, Maria: *Die sozialwissenschaftliche Forschung im Rahmen der britischen Besatzungspolitik in Westdeutschland zwischen 1945 und 1949*, Trier 1989.
- Brautmeier, Jürgen: *Der Weg zum Landesparlament. Die Provinzialräte der Nordrheinprovinz und Westfalens 1945/46*, in: *GiW* 1 (1986) H. 1, S. 31–52.
- Briem, Jürgen: *Der SDS. Die Geschichte des bedeutendsten Studentenverbandes der BRD von 1945 bis 1961*, Frankfurt a.M. 1976.
- British Documents on Foreign Affairs. [B DFA] Reports and papers from the Foreign Office confidential Print. Part III: From 1940 through 1945; Series F: Europe, hg. v. Patrick Salmon. Vol. 7: Central Europe April 1945 – September 1945, Frederick, Md. 1998.
- British Documents on Foreign Affairs. [B DFA] Reports and papers from the Foreign Office confidential Print. Part IV: From 1946 through 1950; Series F: Europe, hg. v. Denis

- Smyth, Vol. 7: Austria, Central Europe (General) and Germany January 1947 – December 1947, Bethesda, Md. 2001.
- Brockert-Dibner, Ursula Ruth: The History of the National Socialist German Student League, Ann Arbor 1969, zugl. Univ. Michigan, Diss. 1969.
- Brönnner, Wolfgang: Die Villa Cahn. Ein »deutsches Haus« am Rhein, Köln 1991 (Beiträge zu den Bau- und Kunstdenkmälern im Rheinland 31).
- Brunck, Helma: Die Entwicklung der Deutschen Burschenschaft in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. Eine Analyse, Univ. Mainz, Diss. 1996.
- Büchel, Karl Heinz: 80 Jahre GEFFRUB. Ein Blick durch die Geschichte, in: BUB 1997, S. 9–22.
- Bude, Heinz: »Generation« im Kontext. Von den Kriegs- zu den Wohlfahrtsstaatsgenerationen, in: Ulrike Jureit, Michael Wildt (Hg.): Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs, Hamburg 2005, S. 28–44.
- Bude, Heinz: Deutsche Karrieren, Lebenskonstruktionen sozialer Aufsteiger aus der Flakhelfergeneration, Frankfurt a.M. 1987.
- Bugs, Wolfgang: Unternehmen Aesculap. Die Studenten-Kompanien der Wehrmacht 1939–1945, Osnabrück 1995.
- Busch, Eberhard: Karl Barths Lebenslauf, München ²1976.
- Chapeaurouge, Donat de: Zwischen Politik und Kunstgeschichte. Erinnerungen, Wuppertal 2001.
- Cheval, René J.: Probleme der deutschen Universitäten, Tübingen 1948.
- Chroust, Peter: Demokratie auf Befehl? Grundzüge der Entnazifizierungspolitik an den deutschen Hochschulen, in: Renate Knigge-Tesche (Hg.): Berater der braunen Macht. Wissenschaft und Wissenschaftler im NS-Staat, Frankfurt a.M. 1999, S. 133–149.
- Churchill, Winston S.: Der Zweite Weltkrieg, Bern, München, Wien 1948, Neuauflage 1985.
- Cieslok, Ulrike: Eine schwierige Rückkehr. Remigranten an nordrhein-westfälischen Hochschulen, in: Exilforschung 9 (1991), S. 115–127.
- Clemens, Hans: Die Interimsverbindung DStV Corona Bonn 1939 bis 1946/47, in: Friedrich Golücke (Hg.): Korporationen und Nationalsozialismus, Schernfeld 1990 (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen 2), S. 239–243.
- Coing, Helmut: Der Wiederaufbau und die Rolle der Wissenschaft, in: Wissenschaftsgeschichte seit 1900. 75 Jahre Universität Frankfurt, Frankfurt a.M. 1992 (suhkamp taschenbuch 2150), S. 85–99.
- Colledge, Eric: The German Universities after the War, in: The Universities Review 19 (1947), S. 103–108.
- Cox, Sarah: British University Police in Germany 1945–49. Edited Summary of the Plenary Sessions, in: Manfred Heinemann (Hg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945–1952, Teil 1: Britische Zone, bearb. v. David Phillips, Hildesheim 1990, S. 157–194.
- Dahrendorf, Ralf: Arbeiterkinder an deutschen Universitäten, Tübingen 1965.
- Dankwort, Dieter: Anpassungsprobleme von Studenten und Praktikanten aus Entwicklungsländern in Westdeutschland, Hamburg 1958.
- »Das war ein Vorspiel nur...«. Bücherverbrennung Deutschland 1933: Voraussetzungen und Folgen. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung der Akademie der Künste Berlin, hg. von Hermann Haarmann, Walter Huder, Klaus Siebenhaar, Berlin 1983.

- Defrance, Corine: La sélection des nouvelles élites dans les universités de l'Allemagne occupée 1945 – 1949, in: Ilja Mieck, Pierre Guillen (Hg.): Nachkriegsgesellschaften in Deutschland und Frankreich im 20. Jahrhundert, München 1998, S. 207 – 220.
- Defrance, Corine: Les alliés occidentaux et les universités allemands 1945 – 1949, Paris 2000 (CNRS Histoire).
- Defrance, Corine: Entnazifizierung an westdeutschen Universitäten in der Besatzungszeit, in: Kurt Hochstuhl (Hg.): Deutsche und Franzosen in einem zusammenwachsenden Europa 1945 – 2000, Stuttgart 2003 (Werkhefte der staatl. Archivverwaltung in Baden-Württemberg, Serie A: Landesarchivdirektion, H. 18), S. 43 – 59.
- Defrance, Corine: Die Westalliierten als Hochschulreformatoren (1945 – 1949). Ein Vergleich, in: Andreas Franzmann, Barbara Wolbring (Hg.): Zwischen Idee und Zweckorientierung. Vorbilder und Motive von Hochschulreformen seit 1945, Berlin 2007 (Wissenskultur und gesellschaftlicher Wandel 21), S. 35 – 45.
- Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1925 bis 1975, Bonn 1975 (DAAD-Forum Studien, Berichte, Materialien 7).
- Die deutschen immatrikulierten Studierenden im Sommersemester 1946 an acht Hochschulen der britischen Zone, hg. vom Statistischen Amt für die britische Besatzungszone, Hamburg 1946.
- Deutz, Josef: Reconstruction of Bonn University, in: British Zone Review 1 (1946), Nr. 33 (21. 12. 1946), S. 6 – 7.
- Dietrich, Susanne: »Auf dem Weg zur Freiheit«. Die jüdischen Lager in Stuttgart nach 1945, in: Dies., Julia Schulze Wessel (Hg.): Zwischen Selbstorganisation und Stigmatisierung. Die Lebenswirklichkeit jüdischer Displaced Persons und die neue Gestalt des Antisemitismus in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Stuttgart 1998 (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart 75), S. 13 – 130.
- Dietz-Görrig, Gabriele: Displaced Persons. Ihre Integration in Wirtschaft und Gesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, Univ. Düsseldorf, Diss. 1992.
- Dotterweich, Volker: ›Arrest‹ und ›Removal‹. Die amerikanische Besatzungsdirektive JCS 1067 und die Entnazifizierungskonzeption der Westmächte, in: Ders., Walther L. Bernecker (Hg.): Deutschland in den internationalen Beziehungen des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1996 (Schriften der Philosophischen Fakultät der Universität Augsburg 50), S. 287 – 316.
- Dudek, Peter: Der schwierige Übergang zur Demokratie. Einstellungen und Wertorientierungen Jugendlicher nach 1945, in: Geschichte, Erziehung, Politik 3 (1992), S. 191 – 202.
- Dundas-Grant, Valerie: As Assistant University Officer in Göttingen and Bonn. An Erfahrungsbericht, in: Manfred Heinemann (Hg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945 – 1952, Teil 1: Britische Zone, bearb. v. David Phillips, Hildesheim 1990, S. 109 – 122.
- Düring, Werner Joachim, Der Caritas-Studententisch, in: Bonner katholische Studentengemeinde mit Josef Steinberg 1945 – 1957. Festschrift zum 70. Geburtstag für Prälat Dr. theol. Josef Steinberg, hg. im Namen der Alten Bonner von Maria Hansen u. a., Köln 1974, S. 74 – 76.
- Düwell, Kurt: Zwischen Emigration, Entnazifizierung und Neubeginn. Startbedingungen und erste Entwicklung des nordrhein-westfälischen Hochschulwesens nach 1945, in:

- Gaudeamus. Das Hochschulland wird 50. Eine Ausstellung des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW, Düsseldorf 1996, S. 26–35.
- Echternkamp, Jörg: Nach dem Krieg. Alltagsnot, Neuorientierung und die Last der Vergangenheit 1945–1949, Zürich 2003 (Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert).
- Eder, Angelika: Die Baltische Universität 1946 bis 1949, in: *Baltica* 10 (1997) H. 4, S. 9–27.
- Ehling, Manfred: Als Ausländer an deutschen Hochschulen. Das Studium von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland – historische, theoretische und soziale Aspekte, Darmstadt 1987 (Bildung, Repression, Befreiung).
- Eich, Klaus-Peter: Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen 1945–1954, Düsseldorf 1987. (Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 20).
- Eilers, Rolf: Konfession und Lebenswelt. 75 Jahre Bund Neudeutschland 1919–1994, Mainz 1998.
- Elm, Ludwig: Das Vergangene ist nicht vergangen (1945 bis 1969), in: Ders. u. a. (Hg.): Fuxe, Burschen, Alte Herren. Studentische Korporationen vom Wartburgfest bis heute, Köln ²1992, S. 180–219.
- Epkenhans, Michael: Neue Literatur zur britischen Deutschland- und Besatzungspolitik, in: *Westf. Forschungen* 41 (1991), S. 517–529.
- Eppe, Heinrich: Jugendprotest gegen Aufführungen von Veit-Harlan-Filmen. Reaktionen von Jugendverbänden auf personelle Kontinuitäten in den Führungsschichten der Bundesrepublik zu Beginn der 50er Jahre, in: Ulrich Herrmann (Hg.): Jugendpolitik in der Nachkriegszeit. Zeiteugen-Forschungsberichte-Dokumente, Weinheim 1993, S. 67–73.
- Erdmann, Karl Dietrich: Das Ende des Reiches und die Neubildung deutscher Staaten, München ⁶1988 (Gebhard Handbuch der deutschen Geschichte 22; dtv Wissenschaft 4222).
- Erger, Johannes: Der Neubeginn der Lehrerbildung nach 1945 in der Nord-Rheinprovinz und in Nordrhein-Westfalen, in: *Bildung und Erziehung* 36 (1983) H. 1, S. 19–33.
- Erhard, Manfred: Hochschulstatistikgesetz. Kommentar, Bad Honnef 1972 (Hochschulrecht des Bundes 4).
- Erker, Paul: Hunger und soziale Politik in der Nachkriegszeit, in: Manfred Gailus, Heinrich Volkmann (Hg.): Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990, Opladen 1994 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 74), S. 392–408.
- Erlinghagen, Karl: Katholisches Bildungsdefizit in Deutschland, Freiburg, Basel, Wien 1965 (Herder Bücherei 195).
- Eulenburg, Franz: Die Frequenz der deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart, photomechanischer Nachdruck der Ausg. v. 1904, Berlin 1994.
- Evertz, Wilfried: Das Konvikt zwischen Zweitem Weltkrieg und Zweitem Vatikanischen Konzil (1945–1965), in: Ders. (Hg.): Im Spannungsfeld zwischen Staat und Kirche. 100 Jahre Priesterausbildung im Collegium Albertinum, Siegburg 1992, S. 263–289.
- Faulk, Henry: Die deutschen Kriegsgefangenen in Großbritannien – Re-Education, München 1970 (Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs XI/2).
- Faust, Anselm: Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Na-

- tionalsozialismus in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1973 (Geschichte und Gesellschaft).
- Fehre, Horst: Bonn im Spiegel der Zahlen, in: Bonner Geschichtsblätter 6 (1952), S. 121 – 148.
- Feldkamp, Michael F.: Arminia 1863 – 1988. Geschichte und Entwicklung, in: Ders. (Hg.): Arminia 1863 – 1988. Festschrift zum 125. Bestehen des Katholischen Studentenvereins Arminia, Bonn 1988, S. 9 – 31.
- Fichter, Tilman; Lönnendonker, Siegwand: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstauflösung, Berlin 1977.
- Fichter, Tilmann: SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei, Opladen 1988. (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 52).
- Fischer, Hugo: Der Weg ins Reich 1933 – 1937, in: Wir tragen das Banner der Freiheit. 10 Jahre Kampf um eine Hochschule. Festschrift zum 10jährigen Bestehen des NSD-Studentenbundes, Hochschulgruppe Bonn, Bonn 1938, S. 47 – 50.
- Fischer, Klaus: Repression und Privilegierung. Wissenschaftspolitik im Dritten Reich, in: Dietrich Beyrau (Hg.): Im Dschungel der Macht. Intellektuelle Professionen unter Stalin und Hitler, Göttingen 2000, S. 170 – 196.
- Flitner, Wilhelm: Studentisches Gemeinschaftsleben und Hochschulreform, in: Die Sammlung 7 (1952), S. 116 – 125.
- Floud, Roderick: Einführung in quantitative Methoden für Historiker, dt. Bearb. aufgrund der Bearb. v. Volker Henn und Ursula Irsigler, hg. v. Franz Irsigler, Stuttgart 1980.
- Fogt, Helmut: Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell, Opladen 1982.
- Forsbach, Ralf: Die medizinische Fakultät der Universität Bonn im ›Dritten Reich‹, München 2006.
- Forst, Walter: Geschichte Nordrhein-Westfalens. Band 1: 1945 – 1949, Köln, Berlin 1970.
- Franke, Manfred: Die Psychohygiene – ein Arbeitsgebiet des Verbandes Deutscher Studentenwerke. Ein zusammenfassender Bericht über die bisherige Arbeit, in: Ders., C. Bondy, H. Schulte (Hg.): Psychohygiene bei Studierenden. Ein Versuch zur Erfassung und Lösung geistig-seelischer Probleme der Studierenden, Bonn 1955, S. 23 – 46.
- Franke, Peter: Das studentische Jugendarbeitsprogramm in Westdeutschland und Berlin, hg. vom VDS, Bonn 1954.
- Frankonia, Dir gehör' ich. Ein Buch der Bonner Franken 1845 – 1970, hg. vom Verein Alter Bonner Franken, Wangen [1970].
- Friedeburg, Ludwig von: Die Universität nach 1945, in: Everhard Holtman (Hg.): Wie neu war der Neubeginn? Zum deutschen Kontinuitätsproblem nach 1945. Wissenschaftliche Tagung am 7. und 8. Juli 1989 im Kollegienhaus, Universität Erlangen-Nürnberg, Erlangen 1989, S. 70 – 83.
- Fritsch, Robert: Entnazifizierung. Der fast vergessene Versuch einer politischen Säuberung nach 1945, in: APuZ B 24 (1972), S. 11 – 30.
- Fuchs, Walther Peter: Studentische Wohnheime und Gemeinschaftshäuser in Westdeutschland. Ein Bericht, Frankfurt a.M. 1951.
- Fürstenau, Justus: Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte, Neuwied, Berlin 1969 (Politica 40).
- Garbotz, Klaus-Hinrich: Vom Wiederbeginn bis zur Vollendung des Zusammenschlusses

- der vier Breslauer Burschenschaften 1954, in: Hans-Joachim Kempe (Hg.): 150 Jahre Breslauer Burschenschaft. Festschrift zur 150. Wiederkehr der Gründung der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczecks zu Bonn in Breslau am 27.X.1817, Bonn 1967, S. 253 – 265.
- Gatz, Erwin: Die Bonner Katholisch-Theologische Fakultät im ›Dritten Reich‹ und in der Nachkriegszeit, in: Thomas Becker (Hg.): Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im ›Dritten Reich‹ und in der Nachkriegszeit, Göttingen 2008, S. 59 – 77.
- Gecks, Alfred: Über einige erste Versuche demokratischer Umgestaltung nach 1945, in: 150 Jahre Klassenuniversität. Reaktionäre Herrschaft und demokratischer Widerstand am Beispiel der Universität Bonn, hg. von der Studentengewerkschaft, Bonn 1969. S. 30 – 36.
- Geinert, Jochen, Katholische Deutsche Burschenschaft Sigfridia zu Bonn im RKDB, in: Karl Kromphardt u. a. (Hg.): Studentenverbindungen und Verbindungsstudenten in Bonn, Haltern 1989, S. 250 – 252.
- George, Christian: Der Wiederaufbau des Lehrkörpers der Universität Bonn 1945 – 47, unveröffentl. Magisterarbeit, Bonn 2004.
- George, Christian: Das rekonstruierte Vorlesungsverzeichnis der Universität Bonn für das Wintersemester 1945/46, in: Chronik der Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 119/120, NF 108/109 (2005), S. 348 – 377.
- George, Christian: Neubeginn in Trümmern. Die Universität Bonn von ihrer Zerstörung bis zur Absetzung des ersten Nachkriegsrektors Heinrich M. Konen, in: Thomas Becker (Hg.): Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im ›Dritten Reich‹ und in der Nachkriegszeit, Bonn 2008, S. 229 – 251.
- Gerstein, Hannelore: Studierende Mädchen. Zum Problem des vorzeitigen Abgangs von der Universität, München 1965.
- Geschichte der Katholischen Deutschen Burschenschaft Sigfridia zu Bonn im Ring Katholischer Deutscher Burschenschaften 1910 – 1980, Bonn 1980.
- Geyer, Martin H.: Die Hungergesellschaft, in: Jost Dülffer (Hg.): »Wir haben schwere Zeiten hinter uns«. Die Kölner Region zwischen Krieg und Nachkriegszeit, Vierow 1996 (Veröffentl. d. Kölnischen Geschichtsvereins 40), S. 167 – 184.
- Ghasemnia, Morteza: Iraner und Iranerinnen in Deutschland. Migrationsgeschichte, Lebenssituation und Integrationsprobleme, Univ. Hannover, Diss. 1996.
- Gieseke, Ludwig: Die verfaßte Studentenschaft. Ein nicht mehr zeitgemäßes Organisationsmodell von 1920, Baden-Baden 2001 (Bonner Schriften zum Wissenschaftsrecht 6).
- Giles, Geoffrey J.: Die Verbändepolitik des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, in: Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert 11 (1981), S. 97 – 157.
- Giles, Geoffrey J.: Students and National Socialism in Germany, Princeton 1985.
- Gladen, Paulgerhard: Gaudeamus igitur. Die studentischen Verbindungen einst und jetzt, München 1986, Lizenzausgabe Köln 2001.
- Glaszinski, Helmut: Studentenschaft im geteilten Deutschland. Ein dokumentarischer Bericht über die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Studentenschaft Westdeutschlands/Westberlins mit den Studentenschaften der sowjetische besetzten Zone vom Göttinger Studententag 3.–5.7.1946 bis zur 3. ordentlichen Delegiertenkonferenz des VDS in Seeshaupt 9. und 10. 7. 1949, Bonn [1949].

- Gödde, Joachim: Entnazifizierung unter britischer Besatzung. Problemskizze zu einem vernachlässigten Kapitel der Nachkriegsgeschichte, in: GiW 5 (1990), S. 62–73.
- Goeken-Haidl, Ulrike: Der Weg zurück. Die Repatriierung sowjetischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener während und nach dem Zweiten Weltkrieg, Essen 2006, zugl. Univ. Freiburg, Diss. 2003.
- Golczewski, Frank: Kölner Universitätslehrer und der Nationalsozialismus, Köln, Wien 1988 (Studien zur Geschichte der Universität zu Köln 8).
- Goossens, Franz: Der Student in Bayern nach dem Zusammenbruch. Sozialökonomische Tatsachen und Probleme. Unter besonderer Berücksichtigung der Universität München, Univ. München, Diss. 1948.
- Grebing, Helga u. a. (Hg.): Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland 1945–1949, Bd. 2: Politik und Gesellschaft, Stuttgart 1980 (Studienreihe Politik 7).
- Gries, Rainer: Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität, Leipzig, München und Köln nach dem Kriege, Münster 1991, zugl. Univ. Freiburg, Diss. 1991.
- Grossherr, Dieter: Die Korporationen und die Demokratie, in: Die neue Gesellschaft 3 (1965), S. 442–455.
- Grüttner, Michael: Studenten im Dritten Reich, Paderborn u. a. 1995.
- Gutachten zur Hochschulreform, hg. vom Studienausschuss zur Hochschulreform, Hamburg 1948.
- Hagen, Doreen vom: Die Wohnsituation der Studierenden, in: Margit Szöllösi-Janze (Hg.): Zwischen »Endsieg« und Examen. Studieren an der Kölner Universität 1943–1948. Brüche und Kontinuitäten, Nümbrecht 2007, S. 71–77.
- Hallmann, Hans: Fritz Kern (1884–1950), in: Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn, Bd. 1: Geschichtswissenschaften, Bonn 1968 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818–1968), S. 351–378.
- Hallstein, Walter: Deutsche Universitäten in englischer Sicht. Bemerkungen zu dem Bericht der Delegation des britischen Hochschullehrerverbandes, in: GUZ 3 (1947/48), Nr. 7/8, S. 15–18; Nr. 9, S. 10–12.
- Hammerstein, Notker: Die Johann-Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule, Bd. 1: 1914 bis 1950, Frankfurt a.M. 1989.
- Hannemann, Laura: »Sehr fleißig und im Examen recht gut«. Displaced Persons an der Universität Bonn 1945–1950, in: Thomas Becker (Hg.): Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im »Dritten Reich« und in der Nachkriegszeit, Göttingen 2008, S. 273–300.
- Haude, Rüdiger: Dynamiken des Beharrens. Die Geschichte der Selbstverwaltung der RWTH Aachen seit 1945. Ein Beitrag zur Theorie der Reformprozesse, Aachen 1993.
- Haupts, Leo: Befreiung durch Restauration. Der Neubeginn an der Universität Köln im Herbst 1945, in: Jost Dülffer (Hg.): »Wir haben schwere Zeiten hinter uns.« Die Kölner Region zwischen Krieg und Nachkriegszeit, Vierow 1996, S. 330–354.
- Hauschild, Ulrich: Von der Wiederbegründung 1946 bis 1980, in: Ders., Willi Zettel (Hg.): Geschichte der Katholischen Deutschen Studentenverbindung Ascania von 1894–1980, S. 85–161.
- Hearnden, Arthur: Education in the British Zone, in: Ders. (Hg.): The British in Germany. Educational Reconstruction after 1945, London 1978, S. 11–45.

- Heimbüchel, Bernd: Die neue Universität. Selbstverständnis, Idee und Verwirklichung, in: Ders., Klaus Pabst (Hg.): Kölner Universitätsgeschichte, Bd. 2: Das 19. und 20. Jahrhundert, Köln, Wien 1988, S. 101 – 692.
- Heinemann, Manfred: Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945 – 1952, Teil 1: Britische Zone, bearb. v. David Phillips, Hildesheim 1990.
- Heinemann, Manfred: 1945: Universitäten aus britischer Sicht, in: Ders. (Hg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945 – 1952, Teil 1: Britische Zone, bearb. v. David Phillips, Hildesheim 1990, S. 41 – 60.
- Heinemann, Manfred (Hg.): Nordwestdeutsche Hochschulkonferenzen 1945 – 1948, bearb. v. Siegfried Müller, Hildesheim 1990 (Geschichte von Bildung und Wissenschaft: Reihe C, Editionen, 1).
- Heither, Dietrich: Verbündete Männer. Die Deutsche Burschenschaft. Weltanschauung, Politik und Brauchtum, Köln 2000.
- Heitzer, Horstwalter: Die CDU in der britischen Zone 1945 – 1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik, Düsseldorf 1988 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 12).
- Henke, Klaus-Dietmar: Die Trennung vom Nationalsozialismus. Selbstzerstörung, politische Säuberung, »Entnazifizierung«, Strafverfolgung, in: Ders., Hans Woller (Hg.): Politische Säuberungen in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1991, S. 21 – 83.
- Hennenhofer, Gerd: Musenstadt mit 2 Kanonen, in: DSZ 1 (1951), H. 3/4, April 1951, o. S.
- Herbert, Ulrich: Drei politische Generationen im 20. Jahrhundert, in: Jürgen Reulecke (Hg.): Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München 2003 (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquium 58), S. 95 – 114.
- Herkenhoff, Michael: Der Wiederaufbau der Universitätsbibliothek, in: Thomas Becker (Hg.): Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im »Dritten Reich« und in der Nachkriegszeit, Göttingen 2008, S. 321 – 334.
- Hervé, Florence: Studentinnen in der BRD. Eine soziologische Untersuchung, Köln 1973 (Kleine Bibliothek 33).
- Hess, Gerhard: Die deutsche Universität 1930 – 1970, Neuwied 1968.
- Hey, Willi: Oberkassel im Krieg und in der Nachkriegszeit (1939 – 1948), Bonn-Oberkassel 1995 (Schriftenreihe des Heimatvereins Bonn-Oberkassel 12).
- Heyer, Helmut: Zur Geschichte des evangelisch-theologischen Studienhauses Adolf Clarenbach in Bonn 1897 – 1971, in: Karl Heinz zur Mühlen, André Ritter (Hg.): 100 Jahre evangelisch-theologisches Studienhaus Adolf Clarenbach 1897 – 1997, Köln 1997 (Schriftenreihe des Vereins für rheinische Kirchengeschichte 125), S. 45 – 54.
- Hildebrand, Klaus: Universität im »Dritten Reich«. Eine historische Beobachtung, in: Klaus Borchard (Hg.): Opfer nationalsozialistischer Unrechts an der Universität Bonn. Gedenkstätte anlässlich der 60. Wiederkehr der Reichspogromnacht, Bonn 1999 (Alma Mater 88), S. 25 – 35; auch abgedruckt in Thomas Becker (Hg.): Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im »Dritten Reich« und in der Nachkriegszeit, Göttingen 2008, S. 13 – 22.
- Hinz-Wessels, Annette: Die Evangelische Kirchengemeinde Bonn in der Zeit des Nationalsozialismus (1933 – 1945), Bonn 1996 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn 57).

- Hodenberg, Christina von: Politische Generationen und massenmediale Öffentlichkeit. Die »45er« in der Bundesrepublik, in: Ulrike Jureit, Michael Wild (Hg.): Generationen. Zur Relevanz eines Grundbegriffs, Hamburg 2005, S. 266 – 294.
- Hofmanis, Edmunds: Einige Gedanken über die Anfänge des baltischen christlichen Studentenbunds, in: Baltisches Jahrbuch 1987, S. 92 – 102.
- Holborn, Louise W.: The International Refugee Organization. A Specialized Agency of the United Nations. Its History and Work 1946 – 1952, London, New York, Toronto, 1956.
- Holle, Wigbert: Das Akademische Auslandsamt, in: Wege und Formen der Studienförderung, Bonn 1968 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818 – 1968), S. 63 – 77.
- Höpfner, Hans-Paul: Die Universität Bonn im »Dritten Reich«. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft, Bonn 1999 (Academica Bonnensia 12).
- Horn, Joachim: Der Wiederaufbau der Universität Bonn 1945 – 1947, unveröffentl. Staatssarb., Bonn 1981.
- Horn, Joachim: Schwierige Orientierung. Die Neuanfänge der Universitäten, in: Klaus Honnef, Hans M. Schmidt (Hg.): Aus den Trümmern. Kunst und Kultur im Rheinland und in Westfalen 1945 – 52. Neubeginn und Kontinuität, Köln 1985, S. 487 – 491.
- Hübinger, Paul Egon: Thomas Mann, die Universität Bonn und die Zeitgeschichte. Drei Kapitel deutscher Vergangenheit aus dem Leben des Dichters 1905 – 1995, München, Wien 1974.
- Huerkamp, Claudia: Bildungsbürgerinnen. Frauen im Studium und in akademischen Berufen 1900 – 1945, Göttingen 1996 (Bürgertum. Beiträge zur europäischen Gesellschaftsgeschichte 10).
- Hüttenberger, Peter: Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie, Siegburg 1973 (Veröffentl. d. staatl. Archive des Landes NRW: Reihe C: Quellen und Forschungen 1).
- Hüttenberger, Peter; Wadischat, Eberhard: Hochschulpolitik, in: Peter Hüttenberger (Hg.): Vierzig Jahre. Historische Entwicklungen und Perspektiven des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1986 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 17), S. 149 – 170.
- Jacobmeyer, Wolfgang: Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945 – 1951, Göttingen 1985 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 65).
- Jaeger, Hans: Generationen in der Geschichte. Überlegungen zu einer umstrittenen Konzeption, in: Geschichte und Gesellschaft 3 (1977), H. 4, S. 429 – 452.
- Jahn, Eberhard: Das DP-Problem. Eine Studie über die ausländischen Flüchtlinge in Deutschland, hg. vom Institut für Besatzungsfragen, Tübingen 1950.
- Jansen, Christian: Mehr Masse als Klasse – Mehr Dokumentation denn Analyse. Neuere Literatur zur Lage der Studierenden in Deutschland und Österreich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: NPL 43 (1998), S. 398 – 440.
- Jarusch, Konrad: Deutsche Studenten 1800 – 1970, Frankfurt a.M. 1984 (Edition Suhrkamp 258).
- John, Antonius: Als Heimkehrer, Student und Kleinakteur, in: Bonn – Jahre des Aufbruchs. Erinnerungen an die Zeit nach dem Krieg, Bonn 1986, S. 11 – 16.
- Jones, Jill: Eradicating Nazism from the British Zone of Germany. Early Policy and Practice, in: German History Vol. 8 Nr. 2 (1990), S. 145 – 162.

- Jugendliche und Erwachsene '85. Generationen im Vergleich, Bd. 3: Jugend der Fünfziger Jahre – heute, hg. vom Jugendwerk der Deutschen Shell, Leverkusen 1985.
- Jureit, Ulrike; Wildt, Michael: Generationen, in: Dies. (Hg.): Generationen. Zur Relevanz eines Grundbegriffs, Hamburg 2005, S. 7–26.
- Jureit, Ulrike: Generationenforschung, Göttingen 2006 (Grundkurs neuere Geschichte).
- Jürgensen, Kurt: The Concept and Practise of ›Re-Education‹ in Germany 1945–50, in: Nicholas Pronay (Hg.): The Political Re-Education of Germany & her Allies after World War II, Beckenham 1985, S. 83–96.
- Jürgensen, Kurt: Kulturpolitik und Politik der Re-Education in der britischen Zone, in: Winfried Becker (Hg.): Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland. Symposium an der Universität Passau 30.–31.10.1985, Köln, Wien 1987 (Passauer Historische Forschungen 5), S. 127–139.
- Kahle, Paul: Die Universität Bonn vor und während der Nazi-Zeit (1923–1939), hg. v. John H. Kahle und Wilhelm Bleek, Bonn 1998 (Originaltitel: Bonn University in Pre-Nazi and Nazi Times, London 1945).
- Kalischer, Wolfgang (Bearb.): Die Universität und ihre Studentenschaft. Versuch einer Dokumentation aus Gesetzen, Erlassen, Beschlüssen, Reden, Schriften und Briefen, Essen 1967 (Stifterverband d. dt. Wissensch. Jahrbuch 1966/67).
- Kanther, Michael Alfred (Bearb.): Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1946 bis 1950 (Ernennungsperiode und erste Wahlperiode), Siegburg 1992 (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes NRW, Reihe K: Kabinettsakten 1).
- Kater, Michael H.: Professoren und Studenten im Dritten Reich, in: Archiv für Kulturgeschichte 67 (1985), S. 465–487.
- Kath, Gerhard; Oehler, Christoph: Die verheirateten Studierenden an den Hochschulen in der Bundesrepublik und Westberlin im Sommersemester 1963, Bonn 1964.
- Kaupen, Heidrun; Kaupen, Wolfgang: Der Einfluss gesellschaftlicher Wertvorstellungen auf die Struktur der deutschen Studentenschaft, in: Kölner Zeitschr. f. Soziologie und Sozialpsychologie 16 (1964), S. 125–140.
- Keim, Wolfgang: Erziehung unter der Nazi-Diktatur. Bd. 2: Kriegsvorbereitung, Krieg und Holocaust, Darmstadt 1997.
- Kersting, Franz-Werner: Helmut Schelskys Skeptische Generation von 1957. Zur Publikation und Wirkungsgeschichte eines Standardwerks, in: VjhZG 50 (2002), S. 465–495.
- Kertz, Werner: Student im Wintersemester 1945/46, in: Neue Sammlung 1986, S. 170–180, Nachdruck aus Göttinger Universitätsreden 77, S. 31–46.
- Kettenacker, Lothar: The Planning of ›Re-Education‹ during the Second World War, in: Nicholas Pronay (Hg.): The Political Re-Education of Germany & her Allies after World War II, Beckenham 1985, S. 59–81.
- Killy, Walter: Studium generale und studentisches Gemeinschaftsleben, hg. von der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Berlin 1952.
- Kinzig, Wolfram: Wort Gottes in Trümmern. Karl Barth und die Evangelisch-Theologische Fakultät vor und nach dem Krieg, in: Thomas Becker (Hg.): Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im ›Dritten Reich‹ und in der Nachkriegszeit, Bonn 2008, S. 23–57.
- Klafki, Wolfgang: Die fünfziger Jahre – eine Phase schulorganisatorischer Restauration. Zur Schulpolitik und Schulentwicklung im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik, in:

- Dieter Bansch (Hg.): Die fünfziger Jahre. Beiträge zur Kultur und Politik, Tübingen 1985 (Deutsche Textbibliothek 5), S. 131 – 162.
- Kleinfeld, Helge: »Wende zum Geist?« Bildungs- und hochschulpolitische Aktivitäten der überkonfessionellen studentischen Korporationen an westdeutschen Hochschulen 1945 – 1961, Köln 2002 (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen 12).
- Kleinberger, Aharon F.: Gab es eine nationalsozialistische Hochschulpolitik?, in: Manfred Heinemann (Hg.): Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Teil 2: Hochschule, Erwachsenenbildung, Stuttgart 1980 (Veröffentlichungen der Hist. Komm. der Dt. Ges. f. Erziehungswissenschaft 4,2), S. 9 – 30.
- Kleinen, Karin: Frauenstudium in der Nachkriegszeit (1945 – 1950). Die Diskussion in der britischen Besatzungszone, in: Jahrbuch für Historische Bildungsforschung 2 (1995), S. 281 – 300.
- Kleinen, Karin: »...weil alles, was wir hatten, war Hoffnung«. Studentische Initiativen für eine ›bessere Zukunft‹ nach dem Krieg 1945 – 1949, in: Petra Götte, Wolfgang Gippert (Hg.): Historische Pädagogik am Beginn des 21. Jahrhunderts. Bilanzen und Perspektiven, Essen 2000, S. 149 – 168.
- Kleinen, Karin: Ringen um Demokratie. Studieren in der Nachkriegszeit. Die akademische Jugend Kölns (1945 – 1950), Köln, Weimar, Wien 2005 (Studien zur Geschichte der Universität zu Köln 17), zugl. Univ. Köln, Diss. 2003.
- Klett, Werner: Die Entwicklung der sozialwirtschaftlichen Einrichtungen, in: Wege und Formen der Studienförderung, Bonn 1968 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818 – 1968), S. 9 – 60.
- Klönne, Arno: Deutsche Jugend im Zweiten Weltkrieg. Lebensbedingungen, Erfahrungen, Mentalitäten, in: Ders. (Hg.): Deutsche Jugend im Zweiten Weltkrieg, Rostock 1991, S. 25 – 32.
- Klönne, Arno: Jugend im Dritten Reich. Die Hitlerjugend und ihre Gegner, Köln 2003.
- Klose, Werner: Freiheit schreibt auf eure Fahnen. 800 Jahre deutsche Studenten, Oldenburg 1968.
- Korsten, David: Schloss Wahn und der erste internationale Ferienkurs, in: Szöllösi-Janze, Margit (Hg.): Zwischen ›Endsieg‹ und Examen. Studieren an der Kölner Universität 1943 – 1948. Brüche und Kontinuitäten, Nümbrecht 2007, S. 164 – 174.
- Koszyk, Kurt: ›Umerziehung‹ der Deutschen aus britischer Sicht. Konzepte und Wirklichkeit der ›Re-Education‹ in der Kriegs- und Besatzungsära, in: APuZ 29 (1978), S. 3 – 12.
- Krämer, Jörg D.: Das Verhältnis der politischen Parteien zur Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen, Frankfurt a.M. 2001 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, 898), zugl. Univ. Bonn, Diss. 2001.
- Krappmann, Lothar: Die Studentenschaft in der Auseinandersetzung um die Universität im Dritten Reich, in: Universitätstage 1966. Nationalsozialismus und die deutsche Universität, Berlin 1966, S. 156 – 173.
- Krause, Christiane: Studenten im Aufbruch. Ein Beitrag nicht nur zur Rostocker Universitätsgeschichte, Rostock 1994.
- Kroener, Bernhard R.: Auf dem Weg zu einer ›nationalsozialistischen Volksarmee‹. Die soziale Öffnung des Heeresoffizierskorps im Zweiten Weltkrieg, in: Martin Broszat u. a. (Hg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in

- Deutschland, München 1988 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 26), S. 651 – 682.
- Krohn, Claus-Dieter: Deutsche Wissenschaftsemigration seit 1933 und ihre Remigrationsbarrieren nach 1945, in: Rüdiger vom Bruch, Brigitte Kaderas (Hg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 437 – 452.
- Krohn, Claus-Dieter: Unter Schwerhörigen? Zur selektiven Rezeption des Exils in den wissenschaftlichen und kulturpolitischen Debatten der frühen Nachkriegszeit, in: Bernd Weisbrod (Hg.): Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002 (Veröffentl. d. zeitgesch. Arbeitskr. Niedersachsen 20), S. 97 – 120.
- Kroll, Frank-Lothar: Kultur, Bildung und Wissenschaft im 20. Jahrhundert, München 2003 (Enzyklopädie deutscher Geschichte 65).
- Krönig, Waldemar; Müller, Klaus-Dieter: Nachkriegssemester. Studium in Kriegs- und Nachkriegszeit, Stuttgart 1990.
- Krönig, Waldemar: Studentische Existenz in Ost und West 1945 – 1961, in: Technische Hochschulen und Studentenschaft in der Nachkriegszeit. Referate beim Workshop zur Geschichte der Carolo-Wilhelmina am 4. und 5. Juli 1994, Braunschweig 1995 (Projektberichte zur Geschichte der Carolo-Wilhelmina, H. 10), S. 51 – 60.
- Krosta, Frank: Die Universitätsbibliothek Bonn in der Zeit des Nationalsozialismus. Personal, Erwerbung, Benutzung, München 2008 (Forum Deutsche Geschichte 19).
- Krüger, Wolfgang: Entnazifiziert! Zur Praxis der politischen Säuberung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1982, zugl. Univ. Düsseldorf, Diss. 1981.
- Krukowska, Uta: Die Studierenden an der Universität Hamburg in den Jahren 1945 – 1950, Hamburg 1993.
- Kuhn, Annette u. a. (Hg.): 100 Jahre Frauenstudium. Frauen der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Dortmund 1996.
- Kullmer, Hans: Die Hochschulstatistik im Rahmen der Bildungsstatistik in der Bundesrepublik Deutschland. Geschichte, Stand, Problematik, Zukunft, in: Statistische Informationen 2 (1967).
- Kunkel, Wolfgang: Der Weg der deutschen Universität 1945 – 1955, in: Ruperto-Carola 18 (1955), S. 21 – 25.
- Kunze, Rolf-Ulrich: Die Studienstiftung des deutschen Volkes seit 1925. Zur Geschichte der Hochbegabtenförderung in Deutschland (Edition Bildung und Wissenschaft 8). Berlin 2001.
- Kupsch, Joachim: Die Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität Bonn, in: 150 Jahre Klassenuniversität. Reaktionäre Herrschaft und demokratischer Widerstand am Beispiel der Universität Bonn, hg. von der Studentengewerkschaft, Bonn 1969, S. 65 – 77.
- Lang, Bernhard: Die Studentenbücherei, in: Wege und Formen der Studienförderung, Bonn 1968 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818 – 1968), S. 81 – 87.
- Lang, Hans-Joachim: Deutsche Anglistik im Dritten Reich. Meine Studienzeit 1939/46, in: Dieter Kastovsky u. a. (Hg.): Anglistentag 2001 Wien, Trier 2002 (Proceedings of the Conference of the German Association of University Teachers of English 23), S. 233 – 241.

- Lange, Edwin: Ursprung und Entwicklung der Görres-Gruppe, in: Bonner katholische Studentengemeinde mit Josef Steinberg 1945 – 1957. Festschrift zum 70. Geburtstag für Prälat Dr. theol. Josef Steinberg, hg. im Namen der Alten Bonner von Maria Hansen u. a., Köln 1974, S. 90 – 93.
- Lange, Irmgard (Bearb.): Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen. Richtlinien, Anweisungen, Organisation, Siegburg 1976 (Veröff. d. staatl. Archive des Landes NRW; Reihe C: Quellen und Forschungen 2).
- Langer, Ingrid: Die Mohrrinnen hatten ihr Schuldigkeit getan. Staatlich-moralische Aufrüstung der Familien, in: Dieter Bänsch (Hg.): Die fünfziger Jahre. Beiträge zur Kultur und Politik, Tübingen 1985 (Deutsche Textbibliothek 5), S. 108 – 130.
- Laurien, Ingrid: Politisch-kulturelle Zeitschriften in den Westzonen 1945 – 1949. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Nachkriegszeit, Frankfurt a.M. u. a. 1991 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 502).
- Leibach, Karl: 35 Jahre Bonner Studentenbücherei, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 2 (1954), S. 1 – 9.
- Leonhardt, Rudolf Walter: Die deutschen Universitäten 1945 – 1962, in: Hans Werner Richter (Hg.): Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz 1962, München, Wien, Basel 1962, S. 351 – 360.
- Lindner, Ulrike: Gesundheitspolitik in der Nachkriegszeit. Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, München 2004 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 57).
- Lipgens, Walter: Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945 – 1950, Erster Teil 1945 – 1947, Stuttgart 1977.
- Lobkowitz, Nicholas: The German Universities since World War II, in: History of European Ideas 8 (1987), S. 147 – 154.
- Long, Eugene Thomas (Hg.): God, Secularization, and History. Essays in Memory of Ronald Gregor Smith, Columbia 1974.
- Lorenz, Charlotte: Entwicklung und Lage der weiblichen Lehrkräfte an den wissenschaftlichen Hochschulen Deutschlands, Berlin 1953.
- Loth, Wilfried: Rettungsanker Europa? Deutsche Europa-Konzeptionen vom Dritten Reich bis zur Bundesrepublik, in: Hans-Erich Volkmann (Hg.): Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München, Zürich 1995 (Serie Piper 2056), S. 201 – 221.
- Luchsinger, Fred: Die junge Generation in Westdeutschland, in: Wingolfsblätter. Zeitschrift des Wingolfsbundes 74 (1955), H. 6, S. 145 – 152 [Erstabdruck in: Neue Zürcher Zeitung 13.8.1955 (Morgenausgabe Nr. 2118) und 15.8.1955 (Abendausgabe Nr. 2138)].
- Ludwig, Hartmut: Die Auseinandersetzung mit der Schuldfrage in den evangelischen Studentengemeinden nach 1945, in: Bernd Hey, Günther van Norden (Hg.): Kontinuität und Neubeginn. Die rheinische und westfälische Kirche in der Nachkriegszeit (1945 – 1949), Köln 1996, S. 159 – 182.
- Lüscher, Kurt: Ambivalenz – eine Annäherung an das Problem der Generationen. Die Aktualität der Generationenfrage, in: Ulrike Jureit, Michael Wildt (Hg.): Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs, Hamburg 2005, S. 53 – 78.
- Lutzbäck, Rolf: Die Bildungspolitik der britischen Militärregierung im Spannungsfeld

- zwischen ›education‹ und ›reeducation‹ in ihrer Besatzungszone, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg in den Jahren 1945–47, Frankfurt a.M. u.a. 1991.
- Lützeler, Heinrich: Die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Ders. (Hg.) Die Bonner Universität. Bauten und Bildwerke, Bonn 1968 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818–1968).
- Lützeler, Heinrich: Bonn am Rhein, so wie es war, Bd. 2, Düsseldorf 1980.
- Maass, Rainer: Die Studentenschaft der Technischen Hochschule Braunschweig in der Nachkriegszeit, Husum 1998 (Historische Studien 453), zugl. TH Braunschweig, Diss. 1996.
- Maier, Hans: Nationalsozialistische Hochschulpolitik, in: Die deutsche Universität im Dritten Reich, München 1966, S. 71–102.
- Mannheim, Karl: Das Problem der Generation, in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie 7 (1928/29) 2, S. 157–185 und 3, S. 309–330.
- Marshall, Barbara: German Attitudes to British Military Government 1945–47, in: Journal of Contemporary History 15 (1980), S. 655–684.
- Mauke, Michael: Die Auferstehung der Alten Herren, in: Standpunkt 1 (1957), S. 16–22.
- Maul, Uta: Möglichkeiten, Grenzen und Wandel der Pastoral in Studentengemeinden. Dargestellt am Beispiel der Katholischen Studentengemeinde Bonn in den Jahren 1945 bis 1975, unveröffentl. theol. Dipl.-Arbeit, Bonn 1980.
- Mehring, Konstantin: Die ›Kameradschaft Yorck von Wartenburg‹ 1938 bis 1944, in: Festschrift zum 150. Stiftungsfest des Corps Rhenania zu Bonn.
- Meichsner, Dieter: Die Studenten von Berlin, Hamburg 1954.
- Menck, Clara: Neue Burschenherrlichkeit? Die westdeutsche Nachkriegs-Universität und ihre Hörer, in: Wort und Wahrheit 9 (1954), S. 117–125.
- Merritt, Anna J.; Merritt, Richard L. (Bearb.): Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS-Surveys 1945–1949, Chicago, London 1970.
- Mertens, Lothar: Vernachlässigte Töchter der Alma Mater. Ein sozialhistorischer und bildungssoziologischer Beitrag zur strukturellen Entwicklung des Frauenstudiums in Deutschland seit der Jahrhundertwende, Berlin 1991 (Sozialwissenschaftliche Schriften 20).
- Metz-Göckel, Sigrid; Roloff, Christine; Schlüter, Anne: Frauenstudium nach 1945 – ein Rückblick, in: APuZ 39 (1989), S. 13–21.
- Meyer, Georg: Soldaten ohne Armee. Berufssoldaten im Kampf um Standesehre und Versorgung, in: Martin Broszat u.a. (Hg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 26), S. 683–750.
- Mitscherlich, Alexander: Die Not der Studenten, in: Marburger Hochschulgespräche 12. bis 15. Juni 1946. Referate und Diskussionen, Frankfurt a.M. 1947, S. 157–159.
- Moses, Dirk: Die 45er. Eine Generation zwischen Faschismus und Demokratie, in: Neue Sammlung 40 (2000), S. 233–263.
- Müller, Ulrich: Fremde in der Nachkriegszeit. Displaced Persons – zwangsverschleppte Personen – in Stuttgart und Württemberg-Baden 1945–1951, Stuttgart 1990 (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart 49).
- Murray, George: The British Contribution, in: Arthur Hearnden (Hg.): The British in Germany. Educational Reconstruction after 1945, London 1978, S. 64–94.

- Neuhaus, Rolf (Bearb.): Dokumente zur Hochschulreform 1945 – 1959, Wiesbaden 1961 (Veröffentlichung der WRK).
- Neumann, Franz: Studieren im Sozialstaat der fünfziger Jahre, in: Götz Eisenberg, Hans-Jürgen Linke (Hg.): Fuffziger Jahre, Gießen 1980 (Texte zu Sozialgeschichte und Alltagsleben), S. 33 – 66.
- Nitsch, Wolfgang: Hochschule in der Demokratie. Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität, Berlin 1965.
- Noelle, Elisabeth; Neumann, Erich Peter (Hg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947 – 1955, Allensbach 1956.
- Nolte, Ernst: Zur Typologie des Verhaltens der Hochschullehrer im Dritten Reich, in: APuZ 46/65, S. 3 – 14.
- Norden, Günther van: Friedrich Langensiepen. Ein deutsches Leben zwischen Pfarrhaus und Gefängnis, Stuttgart 2006.
- Oellers, Norbert: Germanistik in Bonn und Köln 1945 – 1955, in: Dieter Breuer, Gertrude Cepl-Kaufmann (Hg.): Öffentlichkeit der Moderne. Die Moderne der Öffentlichkeit. Das Rheinland 1945 – 1955. Vorträge des interdisziplinären Arbeitskreises zur Erforschung der Moderne im Rheinland, Essen 2000 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und Geschichte Nordrhein-Westfalens 53), S. 175 – 195.
- Oldenhage, Klaus: Die Bonner Korporationen vom Beginn der Weimarer Republik bis zu ihrer Auflösung in den den Jahren 1935/36, in: Karl Kromphardt u. a. (Hg.): Studentenverbindungen und Verbindungsstudenten in Bonn, Haltern 1989, S. 83 – 119.
- Olmesdahl, Wilhelm: Zur Geschichte der Evangelischen Studentengemeinde Bonn von 1934 bis 1954, unveröffentl. Manuskript. (UAB Slg. Wiederaufbau 21).
- Osietzki, Maria: Modernisierung oder Reform? Das Erbe der Wissenschafts- und Bildungspolitik der 50er Jahre, in: Burkhard Dietz u. a. (Hg.): Universität und Politik. Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Ruhr-Universität Bochum Bd. 1, Bochum 1990, S. 11 – 54.
- Otto, Detlev E.: Studenten im geteilten Deutschland. Ein Bericht über die Beziehungen zwischen den Studentenschaften in Ost- und Westdeutschland 1945 – 1958, Berlin 1959 (Schriften des VDS 1).
- Pakschies, Günter: Re-education und die Vorbereitung der britischen Bildungspolitik in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges, in: Manfred Heinemann (Hg.): Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich, Stuttgart 1981 (Veröff. d. Hist. Komm. d. Dt. Ges. f. Erziehungswiss. 5), S. 103 – 113.
- Pakschies, Günter: Umerziehung in der britischen Zone 1945 – 1949. Untersuchungen zur britischen Re-education-Politik, Köln, Wien ²1984 (Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte 9).
- Paletschek, Sylvia: Entnazifizierung und Universitätsentwicklung in der Nachkriegszeit am Beispiel der Stadt Tübingen, in: Rüdiger vom Bruch, Brigitte Kaderas (Hg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 393 – 408.
- Pauwels, Jacques R.: Women, Nazis and Universities. Female University Students in the Third Reich 1933 – 1945, Westport, London 1984 (Contribtions in women's studies 50).

- Pätzold, Björn: Ausländerstudium in der BRD. Ein Beitrag zur Imperialismuskritik, Köln 1972 (Sammlung junge Wissenschaft), zugl. Univ. Hamburg, Diss. 1972.
- Pegel, Michael: Fremdarbeiter, Displaced Persons, Heimatlose Ausländer. Konstanten eines Randgruppenschicksals in Deutschland nach 1945, Münster 1997 (Zeitgeschichte – Zeitverständnis 1).
- Peisert, Hansgert: Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland, München 1967 (Studien zur Soziologie 7).
- Pfeiffer, Heinrich: Ausländische Studenten an den wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik und West-Berlin 1951 – 1961, Wiesbaden 1962.
- Phillips, David: Britische Initiative zur Hochschulreform in Deutschland. Zur Vorgesichte und Entstehung des ›Gutachens zur Hochschulreform‹ von 1948, in: Manfred Heinemann (Hg.): Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich, Stuttgart 1981 (Veröffentl. d. hist. Komm. d. Dt. Ges. f. Erziehungswiss. 5), S. 172 – 189.
- Phillips, David: Zur Universitätsreform in der britischen Besatzungszone 1945 – 1948, Köln, Wien 1983 (Studien und Dokumentation zur deutschen Bildungsgeschichte 24) [Titel der Originalausgabe: British Influences on University Reform Proposals in Germany after the War, in: Compare 12 (1982) 2].
- Phillips, David: The University Officers of the British Zone, in: Ders. (Hg.): German Universities after the Surrender. British Occupation Policy and the Control of Higher Education, Oxford 1983, S. 51 – 75.
- Phillips, David (Hg.): German Universities after the Surrender. British Occupation Policy and the Control of Higher Education, Oxford 1983.
- Phillips, David: The Re-opening of Universities in the British Zone: The Problem of Nationalism and Student Admission, in: Ders. (Hg.): German Universities after the Surrender. British Occupation Policy and the Control of Higher Education, Oxford 1983, S. 4 – 19 [in deutscher Übersetzung: Die Wiedereröffnung der Universitäten in der britischen Zone. Nationalistische Gesinnung, Entnazifizierung und das Problem der Zulassung zum Studium, in: Bildung und Erziehung 36 (1983) H. 1, S. 35 – 53].
- Phillips, David: Introduction: The Work of the British University Officers in Germany, in: Manfred Heinemann (Hg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945 – 1952, Teil 1: Britische Zone, bearb. v. David Phillips, Hildesheim 1990, S. 11 – 41.
- Phillips, David: The rekindling of cultural and intellectual life in the universities of occupied Germany with particular reference to the British Zone, in: Gabriele Clemens (Hg.): Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945 – 1949, Stuttgart 1994 (Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, Beiheft 10), S. 102 – 116.
- Phillips, David: Pragmatismus und Idealismus. Das ›Blaue Gutachten‹ und die britische Hochschulpolitik in Deutschland 1948, Köln, Weimar, Wien 1995 (Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte 56).
- Pingel, Falk: Attempts at University Reform in the British Zone, in: David Phillips (Hg.): German Universities after the Surrender. British Occupation Policy and the Control of Higher Education, Oxford 1983, S. 20 – 27.
- Pingel, Falk: Wissenschaft, Bildung und Demokratie. Der gescheiterte Versuch einer Universitätsreform, in: Josef Foschepoth, Rolf Steininger (Hg.): Die britische

- Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985 (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart), S. 183–212.
- Plato, Alexander von: Mit alten Köpfen in neue Zeiten. Erfahrungsstrukturen der Besatzungszeit nicht nur in Nordrhein-Westfalen, in: Gerhard Brunn (Hg.): Neuland. Nordrhein-Westfalen und seine Anfänge nach 1945/46, Essen 1986, S. 9–27.
- Plato, Alexander von: The Hitler Youth Generation and its roles in the two post-war German states, in: Mark Roseman (Hg.): Generations in conflict. Youth revolt and Generation formation in Germany 1770–1968, Cambridge 1995, S. 210–226.
- Plato, Alexander von; Leh, Almut: Ein unglaublicher Frühling. Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945–1948, hg. von der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1997.
- Plück, Kurt: Der zweite Fragebogen. Repräsentationsumfrage im Kreise der Alten Bonner im Frühjahr 1990, in: Ders. (Hg.): Alte Bonner. Katholische Studentengemeinde um Josef Steinberg. Dokumente und Texte, Bonn 1991, S. 123–150.
- Plück, Kurt (Hg.): Alte Bonner. Katholische Studentengemeinde um Josef Steinberg. Dokumente und Texte, Bonn 1991.
- Polian, Pavel: Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im ›Dritten Reich‹ und ihre Repatriierung, München, Wien 2001 (Kriegsfolgen-Forschung 2).
- Prahl, Hans-Werner: Sozialgeschichte des Hochschulwesens, München 1978.
- Prolingheuer, Hans: Der Fall Karl Barth 1934–1935. Chronologie einer Vertreibung, Neukirchen-Vlym 1977.
- Pronay, Nicholas: Introduction. »To stamp out the whole Tradition...«, in: Ders. (Hg.): The Political Re-Education of Germany & her Allies after World War II, Beckenham 1985, S. 1–36.
- Pross, Helge: Über die Bildungschancen von Mädchen in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 1969.
- Quadbeck, Ulrike: Karl Dietrich Bracher und die Anfänge der Bonner Politikwissenschaft, Baden-Baden 2009 (Nomos Universitätsschriften Geschichte 19), zugl. Univ. Bonn, Diss. 2008.
- Raiser, Ludwig: Wiedereröffnung der Hochschulen – Ansätze zum Neubeginn, in: Universitätstage 1966. Nationalsozialismus und die deutsche Universität, Berlin 1966 (Veröffentlichung der Freien Universität Berlin), S. 174–188.
- Rauh-Kühne, Cornelia: Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte 35 (1995), S. 35–70.
- Reeb, Knud: Student und Währungsreform, in: Auditorium 3 (1948), H. 6, S. 21–25.
- Remy, Steven P.: The Heidelberg Myth. The Nazification and Denazification of a German University, Cambridge 2002.
- Respondek, Peter: Der Wiederaufbau der Universität Münster in den Jahren 1945–1952 auf dem Hintergrund der britischen Besatzungspolitik, Münster 1995, zugl. Univ. Münster, Diss. 1992.
- Rey, Manfred van: Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn vom 18. Oktober 1944 bis 17. November 1945, in: BUB 1995, S. 29–44.
- Rohwedder, Uwe: Zwischen Selbsthilfe und ›politischem Mandat‹. Zur Geschichte der verfassten Studentenschaft in Deutschland, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 8 (2005), S. 235–244.

- Rosendahl, Klaus: Studentischer Widerstand an der Universität, in: Josef Matzerath (Hg.): Bonn. 54 Kapitel Stadtgeschichte, Bonn 1989, S. 317 – 322.
- Rosenthal, Gabriele (Hg.): Die Hitlerjugend-Generation. Biographische Thematisierung als Vergangenheitsbewältigung, Essen 1986.
- Rosenthal, Gabriele: »...wenn alles in Scherben fällt...« Von Leben und Sinnwelt der Kriegsgeneration. Typen biographischer Wandlungen, Opladen 1987 (Biographie und Gesellschaft 6).
- Rösgen, Hans Jürgen: Die Auflösung der katholischen Studentenverbände im Dritten Reich, Bochum 1995 (Dortmunder Historische Studien 15), zugl. Univ. Dortmund, Diss 1995.
- Salz, Hans, Die Studentenschaft, in: Studienführer der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn für das Jahr 1952, S. 188 – 191.
- Satzinger, Georg (Hg.): Das kurfürstliche Schloss in Bonn. Residenz der Kölner Erzbischöfe, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, München, Berlin 2007.
- Scanlon, Theresa M.: Student Aid in Western Germany 1945 – 1971. A study with Particular Reference to the Honnef Scheme, Köln, Weimar, Wien 1993 (Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte 46), zugl. Univ. Manchester, Diss. 1988.
- Schaber, Will: A Tale of two continents. Pages from History of the Families Coon, Feuerstein, Leser, Maubach, Merrill and Wittekind, New York 1977.
- Schaefers, Edith: Die soziale Lage des Studenten, in: Auditorium 1 (1947) H. 3, S. 7 – 11.
- Schäfer, Karl Theodor: Verfassungsgeschichte der Universität Bonn 1818 bis 1960, Bonn 1968 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität 1818 – 1968).
- Schairer, Reinhold: Das erste Jahrzehnt des Deutschen Studentenwerks 1921 – 1932, in: Deutsches Studentenwerk 1921 – 1961. Festschrift zum vierzigjährigen Bestehen, Bonn 1961, S. 42 – 62.
- Schelsky, Helmut: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf 1963.
- Schildt, Axel: Im Kern gesund? Die deutschen Hochschulen 1945, in: Helmut König u. a. (Hg.): Vertuschte Vergangenheit. Der Fall Schwerte und die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen, München 1997 (Beck'sche Reihe 1204), S. 223 – 240.
- Schlicht, Uwe: Vom Burschenschafter bis zum Sponti. Studentische Opposition gestern und heute, Berlin 1980.
- Schirmacher, Thomas: »Der göttliche Volkstumsbegriff« und der »Glaube an Deutschlands Größe und heilige Sendung«. Hans Naumann als Volkskundler und Germanist im Nationalsozialismus. Eine Materialsammlung mit Daten zur Geschichte der Volkskunde an den Universitäten Bonn und Köln, Neuaufl. in einem Bd., Bonn 2000 (Disputationes linguarum et cultuum orbis Sectio V: Volkskunde und Germanistik 2), zugl. Los Angeles, Pacific Western Univ., Diss. 1989.
- Schlömer, Hans: Die Gleichschaltung des KV im Frühjahr 1933, in: Friedrich Golücke (Hg.): Korporationen und Nationalsozialismus, Schernfeld 1990 (Abhandlungen zum Studenten und Hochschulwesen, 2), S. 14 – 71.
- Schmidtman, Christian: Katholische Studierende 1945 – 1973. Eine Studie zur Kultur- und Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Paderborn u. a. 2006 (Veröffentl. d. Komm. f. Zeitgesch.: Reihe B: Forschungen 102).
- Schmitz, Hubert: Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter 1939 – 1950, dargestellt am Beispiel der Stadt Essen, Essen 1956.

- Schmoeckel, Mathias: Insel der Seligen?, in: Ders. (Hg.): Die Juristen der Universität Bonn im ›Dritten Reich‹, Köln, u. a. 2004 (Rechtsgeschichtliche Schriften 18), S. 1 – 45.
- Schmoeckel, Mathias (Hg.): Die Juristen der Universität Bonn im ›Dritten Reich‹, Köln, u. a. 2004 (Rechtsgeschichtliche Schriften 18).
- Scholtyssek, Joachim: Stunde null? Die deutschen Universitäten im Wiederaufbau, in: Thomas Becker (Hg.): Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im ›Dritten Reich‹ und in der Nachkriegszeit, Göttingen 2008, S. 209 – 222.
- Schneider, Ullrich: Die Hochschulen in Westdeutschland nach 1945. Wandel und Kontinuität aus britischer Sicht, in: Bernd Jürgen Wendt (Hg.): Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts, Bochum 1984 (Arbeitskreis Deutsche England-Forschung Veröffentlichung 3), S. 219 – 240.
- Schörken, Rolf: Luftwaffenhelfer und Drittes Reich. Die Entstehung eines politischen Bewußtseins, Stuttgart 1984.
- Schörken, Rolf: Jugend 1945. Politisches Denken und Lebensgeschichte, Opladen 1990.
- Schörken, Rolf: Die Niederlage als Generationserfahrung. Jugendliche nach dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft, Weinheim, München 2004 (Materialien zu Historischen Jugendforschung).
- Schröder, Stefan: ›Displaced Persons‹ im Rheinland – das Nachkriegsschicksal befreiter Zwangsarbeiter in regionaler Perspektive, in: GiW 18 (2003) H. 2, S. 180 – 204.
- Schröder, Stefan: Displaced Persons im Landkreis und in der Stadt Münster 1945 – 1951, Münster 2005 (Geschichtliche Arbeiten zur Westfälischen Landesforschung 22).
- Schröders, Michael: Die Bibliothek der ehemaligen NS-Ordensburg Vogelsang 1944 – 1947. Fragen zu einem verloren geglaubten Bestand, in: Paul Ciupke, Franz-Josef Jelich (Hg.): Weltanschauliche Erziehung in Ordensburgen des Nationalsozialismus. Zur Geschichte und Zukunft der Ordensburg Vogelsang, Essen 2006 (Geschichte und Erwachsenenbildung 20), S. 127 – 140.
- Schuetze, Günter und Werner: Le retour des corporations dans les universités, in: Allemagne 5 (1953) H. 26/27, S. 8 – 10.
- Schumm, Wilhelm: Kritik der Hochschulreform. Eine soziologische Studie zur hochschulpolitischen Entwicklung in der BRD, München 1969.
- Schümmer, Albert: Die Akademische Vinzenzkonferenz in den Nachkriegssemestern, in: Bonner katholische Studentengemeinde mit Josef Steinberg 1945 – 1957. Festschrift zum 70. Geburtstag für Prälat Dr. theol. Josef Steinberg, hg. im Namen der Alten Bonner von Maria Hansen u. a., Köln 1974, S. 46 – 49.
- Schwarz, Hans-Peter, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945 – 1949, Darmstadt 1966.
- Seemann, Silke: Die politischen Säuberungen des Lehrkörpers der Freiburger Universität nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges (1945 – 1957), Freiburg 2002 (Rombach Wissenschaften, Reihe Historiae 14).
- Seier, Hellmuth: Die nationalsozialistische Wissenschaftspolitik und das Problem der Hochschulmodernisierung, in: Hochschule und Nationalsozialismus. Referate beim Workshop zur Geschichte der Carolo-Wilhelmina am 5. und 6. Juli 1993, Braunschweig 1994 (Projektberichte zur Geschichte der Carolo-Wilhelmina 9), S. 55 – 66.
- Senff, Heinzgeorg: Generation zwischen den Generationen. Zum Selbstverständnis der Aktivitas 1946 – 1952, in: Arminia 1863 – 1963. Religion, Wissenschaft, Freundschaft.

- Abhandlungen, Erinnerungen und Reden gesammelt zum hundertjährigen Bestehen des Katholischen Studentenvereins Arminia, Bonn 1963, S. 74 – 88.
- Seyffert, Rudolf: Methode und Ergebnis einer Gesamtbefragung der Kölner Studenten im Winter-Semester 1946/47, Köln 1958 (Sonderheft der Mitteilungen des Instituts für Handelsforschung an der Universität zu Köln 19).
- Skrentny, Werner: Nachkriegspremiere. »Eine Bresche in die Mauer«, in: Dietrich Schulze-Marmeling (Hg.): Die Geschichte der Fußball-Nationalmannschaft, Göttingen 2004.
- Sons, Hans-Ulrich: Gesundheitspolitik während der Besatzungszeit. Das öffentliche Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen 1945 – 1949, Wuppertal 1983 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 7).
- Sparing, Frank: »Es wurde gearbeitet wie wohl noch nie in der Geschichte der deutschen Hochschulen.« Das Studium an der Medizinischen Akademie Düsseldorf nach Kriegsende, in: Ders. u. a. (Hg.): Nach der Diktatur. Die Medizinische Akademie Düsseldorf vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die 1960er Jahre, Düsseldorf 2003 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 66), S. 163 – 203.
- Sparing, Frank (Hg.): Nach der Diktatur. Die Medizinische Akademie Düsseldorf vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die 1960er Jahre, Düsseldorf 2003 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 66), S. 163 – 203.
- Speidel, Jürgen: Fritz Lieb, in: BBKL 5 (1993), Sp. 31 – 34.
- Spix, Boris: Abschied vom Elfenbeinturm. Politisches Verhalten Studierender 1957 – 1967. Berlin und Nordrhein-Westfalen im Vergleich, Essen 2008, zugl. Univ. Siegen, Diss. 2007.
- Spoelgen, Eduard: Aus Bonns jüngster Vergangenheit. Erinnerungen von Eduard Spoelgen, in: Bonner Geschichtsblätter 15 (1961), S. 417 – 469.
- Spranger, Eduard: Fünf Jugendgenerationen 1900 – 1949, in: Ders. (Hg.): Pädagogische Perspektiven, Heidelberg ³1955, S. 25 – 57.
- Statistik des Bildungswesens 1950 – 1975, Wuppertal u. a. 1968 (Strukturförderung im Bildungswesen des Landes Nordrhein-Westfalen 6).
- Steffen-Korflür, Brigitte: Studentinnen im »Dritten Reich«. Bedingungen des Frauenstudiums unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, Microfiche-Ausgabe, Bielefeld 1991.
- Steinberg, Josef: Der Kardinal und die Studenten. Zum 70. Geburtstag von Kardinal Frings im Jahr 1956, in: Kurt Plück (Hg.): Alte Bonner. Katholische Studentengemeinde um Josef Steinberg. Dokumente und Texte, Bonn 1991, S. 69 – 76.
- Steiner, Maximilian: Studentische Wohngemeinschaften und Studium Generale, in: Studium Generale in Nordrhein-Westfalen, Ratingen 1953, S. 33 – 41.
- Steininger, Rolf: Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente, Bd. 2: 1947 – 1955, Frankfurt a.M. 2002 (Fischer-Taschenbuch 15581).
- Stengel, Bernhard: Student und Politik. Die politischen Aktivitäten der Bonner Studentenschaft in den Jahren 1946 bis 1976. Eine Analyse des Nachrichtenblattes der Bonner Studentenschaft sowie von Flugblättern hochschulpolitischer Gruppen, unveröffentl. Magisterarbeit Bonn 1983.
- Stephany, Gerda: Das Honnefer Modell, Berlin 1968 (Schriften zum Öffentlichen Recht 77), zugl. Univ. Münster, Diss. 1967.

- Stickler, Matthias: Neuerscheinungen zur Studentengeschichte seit 1994. Ein Forschungsbericht über ein bisweilen unterschätztes Arbeitsfeld der Universitätsgeschichte, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 4 (2001), S. 262 – 270.
- Stüber, Gabriele: Der Kampf ums Überleben. Die Ernährungssituation der ersten Nachkriegsjahre, in: Winfried Becker (Hg.): Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland. Symposium an der Universität Passau 30.–31. 10. 1985, Köln, Wien 1987 (Passauer Historische Forschungen 5), S. 97 – 125.
- Studien und Dokumente zur Geschichte des W.K.St.V. Unitas-Rhenania Bonn, hg. v. Wolfgang Burr u. a., Bonn 2002.
- Studien zum Mythos des 20. Jahrhunderts. Epiloge, hg. vom Erzbischöflichen Generalvikariat, Köln (Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Köln, 1934 November und Dezember, 1935 Amtliche Beilage).
- Szöllösi-Janze, Margit: »Wir Wissenschaftler bauen mit«. Universitäten und Wissenschaften im Dritten Reich, in: Bernd Sösemann (Hg.): Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Einführung und Überblick, Stuttgart, München 2002, S. 155 – 171.
- Szöllösi-Janze, Margit (Hg.): Zwischen »Endsieg« und Examen. Studieren an der Kölner Universität 1943 – 1948. Brüche und Kontinuitäten, Nümbrecht 2007.
- Tellenbach, Gerd: Bericht über Bedeutung und Möglichkeiten eines »Studium generale« (1951). Erstattet im Auftrag der Westdeutschen Rektorenkonferenz, in: Reinhard Mielitz (Hg.): Der sibyllinische Preis. Schriften und Reden zur Hochschulpolitik 1946 – 1963, Freiburg 1963. S. 107 – 114.
- Thierfelder, Jörg: Die Kirchenpolitik der vier Besatzungsmächte und die evangelische Kirche nach der Kapitulation 1945, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1992) H. 1, S. 5 – 12.
- Thies, Jochen: What is going on in Germany? Britische Militärverwaltung in Deutschland 1945/46, in: Claus Scharf, Hans-Jürgen Schröder (Hg.): Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945 – 1949, Wiesbaden 1979 (Veröffentl. d. Inst. f. europ. Gesch. Mainz, Abt. Universalgesch., Beih. 6), S. 29 – 50.
- Thome, Helmut: Grundkurs Statistik für Historiker, Teil 2: Induktive Statistik und Regressionsanalyse, Köln 1990 (Historical Social Research-Supplement-Heft 3).
- Tietgens, Hans: Studieren in Bonn nach 1945. Versuch einer Skizze des Zeitgeistes, in: Wolfgang Kuhlmann, Dietrich Böhler (Hg.): Kommunikation und Reflexion. Zur Diskussion der Transzedentalpragmatik. Antworten auf Karl-Otto Apel, Frankfurt a.M. 1982 (suhrkamp taschenbuch wissenschaft 408), S. 720 – 744.
- Titze, Hartmut: Das Hochschulstudium in Preußen und Deutschland 1820 – 1944, Göttingen 1987 (Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte 1,1).
- Titze, Hartmut: Wachstum und Differenzierung der deutschen Universitäten 1830 – 1945, Göttingen 1995 (Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte 1,2).
- Trittel, Günter J.: Hunger und Politik. Die Ernährungskrise der Bizone (1945 – 1949), Frankfurt a.M., New York 1990 (Historische Studien 3).
- Trittel, Günter J.: Hungerkrise und kollektiver Protest in Westdeutschland 1945 – 1949, in: Manfred Gailus, Heinrich Volkmann (Hg.): Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmittelmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770 – 1990, Opladen 1994 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 74), S. 377 – 391.

- Die Universitäten in der britischen Zone Deutschlands. Bericht der Delegation der britischen Association of University Teachers. Beilage zu Die Sammlung 3 (1948) H. 2 [Übersetzung aus The Universities Review 19 (1947), Nr. 3 von Reinhard Schaefer].
- Vetter, Hermann: Zur Lage der Frau an den westdeutschen Hochschulen. Ergebnisse einer Befragung von Mannheimer und Heidelberger Studierenden, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 13 (1960/61), S. 644 – 660.
- Vogt, Helmuth: Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten 1914 – 1948, in: Von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt, Bonn 1989 (Geschichte der Stadt Bonn 4), S. 438 – 638.
- Vogt, Helmut: Bonn im Bombenkrieg, Bonn 1989 (Bonner Geschichtsblätter 38).
- Vogt, Helmut: Neue Quellen zur britischen Besetzung des Raumes Bonn 1945 – 1949, in: Bonner Geschichtsblätter 39 (1989/1992), S. 429 – 449.
- Völkischer Beobachter, Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands, München, Nr. 189 (8.7.1933).
- Vollnhals, Clemens: Die Evangelische Kirche zwischen Traditionswahrung und Neuorientierung, in: Martin Broszat u. a. (Hg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 26), S. 113 – 167.
- Vollnhals, Clemens (Hg.): Entnazifizierung. Die politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945 – 1949, München 1991 (dtv dokumente 2962).
- Vollnhals, Clemens: Entnazifizierung. Politische Säuberung unter alliierter Herrschaft, in: Hans-Erich Volkmann (Hg.): Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München 1995.
- Wadischat, Eberhard: Die Hochschulpolitik des Landes NRW in den Jahren 1948 – 1968, Univ. Düsseldorf, Diss. 1993.
- Walterscheid, Johannes (Hg.): Das wissenschaftliche Deutschland und die Universität Bonn, Bonn 1952.
- Watt, Donald C.: England blickt auf Deutschland. Deutschland in Politik und öffentlicher Meinung Englands seit 1945, aus dem Englischen von Thomas M. Höpfner, Tübingen 1965.
- Watt, Donald C.: Hauptprobleme der britischen Deutschlandpolitik 1945 – 1949, in: Claus Scharf, Hans-Jürgen Schröder (Hg.): Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945 – 1949, Wiesbaden 1979 (Veröffentl. d. Inst. f. europ. Gesch. Mainz, Abt. Universalgesch., Beih. 6), S. 15 – 28.
- Weber, Alfred: Student und Politik. Ein Vortrag, in: Die Wandlung 2 (1947), H. 4, S. 283 – 294.
- Weber, Rosco G.S.: Die deutschen Corps im Dritten Reich, Köln 1998 (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen 8). [Titel der Originalausgabe: The German Student Corps in the Third Reich, London 1986].
- Weberling, Johannes: Für Freiheit und Menschenrechte. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) 1945 – 1986, Düsseldorf 1990, zugl. Univ. Freiburg, Diss. 1989.
- Webler, Wolff-Dietrich: Geschichte der Hochschule seit 1945, in: Enzyklopädie Erziehungswissenschaft 10, Stuttgart 1983, S. 169 – 192.
- Wege und Formen der Studienförderung, Bonn 1968 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818 – 1968).

- Wellershoff, Dieter: Der Ernstfall. Innenansichten des Krieges, Köln 1995.
- Wenig, Otto (Hg.): Verzeichnis der Professoren und Dozenten der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818 – 1968, Bonn 1968 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818 – 1968).
- Weniger, Erich: Das Korporationswesen als soziologisches Problem, in: Die Sammlung 7 (1952), S. 125 – 131.
- Weyrather, Ingrid: Numerus Clausus für Frauen – Studentinnen im Nationalsozialismus, in: Mutterkreuz und Arbeitsbuch. Zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, hg. v. d. Fachgruppe Faschismusforschung, Frankfurt a.M. 1981, S. 131 – 162.
- Wieben, Matthias: Studenten der Christian-Albrechts-Universität im Dritten Reich, Frankfurt a.M. 1994 (Kieler Werkstücke, Reihe A, 10).
- Wienert, Walter: DP-Studierende an deutschen Hochschulen. Ihre seelische und wirtschaftliche Notlage, in: DUZ 5 (1950) H. 3, S. 8 – 10.
- Wienert, Walter: Der Unterricht in Kriegsgefangenenlagern. Schule und Hochschule hinter Stacheldraht, Göttingen 1956.
- Wir tragen das Banner der Freiheit. 10 Jahre Kampf um eine Hochschule. Festschrift zum 10jährigen Bestehen des NSD-Studentenbundes Hochschulgruppe Bonn, Bonn 1938.
- Wirtz, Karen: Die Entnazifizierung in der britischen Besatzungszone (mit Beispielen aus der Stadt Bonn), unveröffentl. Staatsarbeit, Bonn 1997.
- Wißkirchen, Josef: Stadt Pulheim. Geschichte ihrer Orte von 1914 bis zu Gegenwart, Köln 1992 (Sonderveröffentlichung des Vereins für Geschichte und Heimatkunde Pulheim 7).
- Wolff, Paul: Die Bonner Hochschulwochen 1947 – 1961, in: Renovatio. Zeitschrift für das interdisziplinäre Gespräch 37 (1981), H. 2, S. 53 – 57.
- Woodbridge, George: The Displaced Persons Operations, in: Ders. (Hg.): UNRRA. The History of the United Nations Relief and Rehabilitation Administration, Bd. 2, New York 1950, S. 467 – 532.
- Woelk, Wolfgang; Sparing, Frank: Forschungsergebnisse und -desiderate der deutschen Universitätsgeschichtsschreibung. Impulse einer Tagung, in: Dies., Karen Bayer (Hg.): Universitäten und Hochschulen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit, Stuttgart 2004, S. 7 – 32.
- Wüstemeyer, Manfred: Reeducation – die Verlierer lernen Demokratie, in: Holger Afflerbach, Christoph Cornelißen (Hg.): Sieger und Besiegte. Materielle und ideelle Neuorientierung nach 1945, Tübingen 1997, S. 219 – 247.
- Wüsthoff, Eduard, Die Nachkriegsjahre 1945 bis 1949, in: Festschrift zum 150. Stiftungsfest des Corps Rhenania zu Bonn, Bonn 1970.
- Wynar, Lubomyr R.: Ukrainian Scholarship in Postwar Germany 1945 – 52, in: Wsevolod Isajiw u. a. (Hg.): The Refugee Experience. Ukrainian Displaced Persons after World War II, Edmonton 1992, S. 311 – 340.
- Zinnecker, Jürgen: »Das Problem der Generationen«. Überlegungen zu Karl Mannheims kanonischem Text, in: Jürgen Reulecke (Hg.): Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München 2003 (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquium 58), S. 33 – 58.
- Zittel, Bernhard: Die UNRRA-Universität in München 1945 – 1947, in: ArchivalZ 75 (1979), S. 280 – 301.